

# Schriften des Historischen Kollegs

Herausgegeben  
von der  
Stiftung Historisches Kolleg

Kolloquien  
9

R. Oldenbourg Verlag München 1988

Klientensysteme  
im Europa  
der Frühen Neuzeit

Herausgegeben von  
Antoni Maćzak  
unter Mitarbeit von  
Elisabeth Müller-Luckner

## Schriften des Historischen Kollegs

im Auftrag der  
Stiftung Historisches Kolleg im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft  
herausgegeben von  
Horst Fuhrmann  
in Verbindung mit

Knut Borchardt, Lothar Gall, Alfred Herrhausen, Karl Leyser, Christian Meier, Horst Niemeyer,  
Arnulf Schlüter, Rudolf Smend, Rudolf Vierhaus und Eberhard Weis

Geschäftsführung: Georg Kalmer

Redaktion: Elisabeth Müller-Luckner

Organisationsausschuß:

Georg Kalmer, Franz Letzelter, Elisabeth Müller-Luckner, Heinz-Rudi Spiegel

Die Stiftung Historisches Kolleg hat sich für den Bereich der historisch orientierten Wissenschaften die Förderung von Gelehrten, die sich durch herausragende Leistungen in Forschung und Lehre ausgewiesen haben, zur Aufgabe gesetzt. Sie vergibt zu diesem Zweck jährlich Forschungsstipendien und alle drei Jahre den „Preis des Historischen Kollegs“. Die Forschungsstipendien, deren Verleihung zugleich eine Auszeichnung darstellt, sollen den berufenen Wissenschaftlern während eines Kollegjahres die Möglichkeit bieten, frei von anderen Verpflichtungen eine größere Arbeit abzuschließen. Professor Dr. Antoni Mączak (Warschau) war – zusammen mit Professor Dr. Jürgen Kocka (Bielefeld) und Professor Dr. Konrad Reppen (Bonn) – Stipendiat des Historischen Kollegs im vierten Kollegjahr (1983/84). Den Obliegenheiten der Stipendiaten gemäß hat Antoni Mączak aus seinem Arbeitsbereich ein Kolloquium zum Thema „Patronat – Klientel – Beziehungen in der Frühen Neuzeit“ vom 17. bis 20. Oktober 1984 in der Bayerischen Akademie der Wissenschaften gehalten. Die Ergebnisse des Kolloquiums werden in diesem Band veröffentlicht.

Die Stiftung Historisches Kolleg wird vom Stiftungsfonds Deutsche Bank zur Förderung der Wissenschaft in Forschung und Lehre und vom Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft getragen

*CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek*

**Klientensysteme im Europa der frühen Neuzeit** / hrsg. von  
Antoni Mączak unter Mitarb. von Elisabeth Müller-Luckner. –  
München: Oldenbourg, 1988

(Schriften des Historischen Kollegs: Kolloquien; 9)

ISBN 3-486-54021-1

NE: Mączak, Antoni [Hrsg.]; Historisches Kolleg (München):

Schriften des Historischen Kollegs / Kolloquien

© 1988 R. Oldenbourg Verlag GmbH, München

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Gesamtherstellung: R. Oldenbourg Graphische Betriebe GmbH, München

ISBN 3-486-54021-1

# Inhalt

Zur Einführung	
<i>Antoni Mączak</i> .....	VII
Verzeichnis der Tagungsteilnehmer .....	VIII
I. Soziale Verflechtungen im Reich unter den Gesichtspunkten Recht, Konfession und Politik	
Einleitung zur Diskussion:	
<i>Peter Moraw</i>	
Über Patrone und Klienten im Heiligen Römischen Reich des späten Mittelalters und der frühen Neuzeit .....	1
<i>Volker Press</i>	
Patronat und Klientel im Heiligen Römischen Reich .....	19
<i>Wolfgang Reinhard</i>	
Oligarchische Verflechtung und Konfession in oberdeutschen Städten .....	47
<i>Karl Otmar Frbr. von Aretin</i>	
Die Großmächte und das Klientelsystem im Reich am Ende des 18. Jahrhunderts .....	63
II. Soziale Verflechtungen in England, Frankreich und den Niederlanden unter den Gesichtspunkten Hochadel, Beamtenschaft und Staat	
Einleitung zur Diskussion:	
<i>Antoni Mączak</i>	
Patronage im Herzen des frühneuzeitlichen Europa .....	83
<i>Victor Morgan</i>	
Some Types of Patronage, Mainly in Sixteenth- and Seventeenth-Century England .....	91
<i>Wim Blockmans</i>	
Patronage, Brokerage and Corruption as Symptoms of Incipient State Formation in the Burgundian-Habsburg Netherlands .....	117
<i>Helmut G. Koenigsberger</i>	
Patronage, Clientage and Elites in the Politics of Philip II, Cardinal Gran- velle and William of Orange .....	127
<i>Denis Richet</i>	
Les liens de clientèle: l'exemple de la «robe» en France aux XVI <sup>e</sup> et XVII <sup>e</sup> siècles .....	149

III. Klientelsysteme an der Peripherie Europas: Schottland, Polen, Rußland	
Einleitung zur Diskussion: <i>Gottfried Schramm</i>	
Patronage im Staat, Patronage an Stelle des Staates .....	153
<i>Jenny Wormald</i>	
Laisser-Faire Government and Local Patronage: Scotland, Sixteenth to Early Seventeenth Century .....	159
<i>Wojciech Tygielski</i>	
A Faction Which Could not Lose .....	177
<i>Zofia Zielińska</i>	
Magnaten und Adel im politischen Landleben Polen-Litauens des 18. Jahrhunderts .....	203
<i>David L. Ransel</i>	
Character and Style of Patron-Client Relations in Russia .....	211
IV. Klientelsysteme in Italien: im Norden und im Mezzogiorno	
Einleitung zur Diskussion: <i>Anthony Molbo</i>	
Patronage and the State in Early Modern Italy .....	233
<i>Giorgio Chittolini</i>	
Feudalherren und ländliche Gesellschaften in Nord- und Mittelitalien (15.–17. Jahrhundert) .....	243
<i>Walter Barberis</i>	
Die Bildung der „milizia paesana“ in Piemont: Zentrale Gewalt und lokale Verhältnisse zwischen dem 16. und 17. Jahrhundert .....	261
<i>Aurelio Lepre</i>	
Feudalstrukturen und Klientelstrukturen im Süden Italiens .....	299
V. Klientelsysteme in Spanien	
Einleitung zur Diskussion: <i>Helmut G. Koenigsberger</i>	
Queries on Spain .....	313
<i>María-Teresa Pérez Picazo/Guy Lemennier</i>	
Formes du pouvoir local dans l’Espagne moderne et contemporaine: des bandos au caciquisme au royaume de Murcie (XV <sup>e</sup> – XIX <sup>e</sup> siècles) .....	315
VI. Diskussionsbericht .....	343
<i>Antoni Mączak</i>	
Register .....	365

## Zur Einführung

Mit dem Gedanken, eine Tagung über Patrone und Klienten im Europa der Frühen Neuzeit abzuhalten, habe ich mich bereits seit den späten 70er Jahren getragen. Erst das wissenschaftliche Interesse am Thema wie auch die finanzielle Unterstützung bei der Ausrichtung eines derartigen, notwendigerweise internationalen Fachgesprächs durch das Historische Kolleg ließen den Wunsch dann Wirklichkeit werden. Im Verlauf der Kolloquiums-Vorbereitungen zeigte sich freilich, daß der projektierte Rahmen, der durch Referate abgedeckt werden sollte, begrenzt werden mußte. Teilnehmer, die über die Kolonien in Amerika wie auch für Schweden sprechen sollten, konnten nicht kommen. Professor Aurelio Lepre, auf den wir ebenfalls verzichten mußten, war so freundlich, uns sein Papier zu schicken.

So schade einerseits die Absage einzelner, mir bereits bekannter Experten war, so erfreulich war andererseits der Umstand, daß ich im Laufe der eingehenden Vorbereitung auf Gelehrte gestoßen bin, die sich auf das lebhafteste für das Thema interessierten, sich zur aktiven Teilnahme an der Tagung bereit erklärten und versprachen, von ihren Spezialgebieten her zur weiteren Präzisierung des Begriffes von Patronage und deren Beziehung zu anderen Formen von Macht und sozialer Verflechtung beizutragen.

Die Anordnung der Referate in vorliegendem Band entspricht dem Programmablauf des Kolloquiums. Die Ausführungen der Berichterstatter, die einzelne Beiträge nicht nur kritisch kommentierten, sondern durchweg auch neue Ideen und Informationen einbrachten, wurden ebenfalls publiziert. Referate in italienischer Sprache wurden ins Deutsche übersetzt.

Bei der Zusammenfassung der Diskussion nach Sachgebieten war es unmöglich, alle Wortmeldungen zu berücksichtigen. Von den schriftlich ausgearbeiteten Beiträgen zur Schlußdiskussion habe ich so viel wie möglich übernommen. Wenn mir, trotz meines Bemühens, einen exakten Bericht zu geben, Fehler unterlaufen sein sollten, trage ich dafür die volle Verantwortung.

Zuletzt möchte ich mich herzlich bedanken: beim Kuratorium des Historischen Kollegs für seine stets wertvolle Unterstützung, bei den Mitarbeitern des Historischen Kollegs für ihre freundliche und effiziente Hilfe vor, während und nach dem Kolloquium und auch bei den Herren Götz-Erik Flohr und Markus Schreiber für ihre Übersetzerdienste, denen es zu danken war, daß trotz des vielsprachigen Teilnehmerkreises eine babylonische Sprachverwirrung vermieden werden konnte.

# Verzeichnis der Tagungsteilnehmer

Prof. Dr. Karl Otmar Frhr. von Aretin, Mainz  
Dr. Walter Barberis, Turin  
Prof. Dr. Wim Blockmans, Rotterdam  
Prof. Dr. Karl Bosl, München  
Prof. Dr. Giorgio Chittolini, Mailand  
Prof. Dr. Troels Dahlerup, Århus/Dänemark  
Götz-Erik Flohr, München (Historisches Kolleg)  
Prof. Dr. Horst Fuhrmann, München  
Georg Kalmer, München (Historisches Kolleg)  
Dr. Dorothy Koenigsberger, London  
Prof. Dr. Helmut G. Koenigsberger, London (Stipendiat des Historischen Kollegs  
1984/85)  
Prof. Dr. Eberhard Kolb, Köln (Stipendiat des Historischen Kollegs 1984/85)  
Dr. E. I. Kouri, München  
Prof. Dr. Guy Lemeunier, Murcia/Spanien  
Dr. Franz Letzelter, Essen  
Prof. Dr. Antoni Maćzak, Warschau (Stipendiat des Historischen Kollegs 1983/84)  
Prof. Dr. Anthony Molho, Providence, RI/USA  
Prof. Dr. Peter Moraw, Gießen  
Dr. Victor Morgan, Norwich/England  
Dr. Elisabeth Müller-Luckner, München (Historisches Kolleg)  
Priv. Doz. Dr. Rainer A. Müller, München  
Prof. Dr. María Teresa Pérez Picazo, Murcia/Spanien  
Prof. Dr. Hans Conrad Peyer, Zürich (Stipendiat des Historischen Kollegs 1981/82)  
Prof. Dr. Volker Press, Tübingen  
Prof. Dr. Paolo Prodi, Villazzano-Trient  
Prof. Dr. David L. Ransel, Urbana-Champaign, Ill./USA  
Prof. Dr. Wolfgang Reinhard, Augsburg  
Prof. Dr. Denis Richet, Paris  
Prof. Dr. Marzio Achille Romani, Mantua  
Prof. Dr. Pierangelo Schiera, Villazzano-Trient  
Fritz Schmidt, Heidelberg  
Dr. Georg Schmidt, Gießen  
Prof. Dr. Gottfried Schramm, Freiburg  
Markus Schreiber, München (Historisches Kolleg)  
Prof. Dr. Winfried Schulze, Bochum (Stipendiat des Historischen Kollegs 1984/85)  
Prof. Dr. Wolfgang von Stromer, Altdorf  
Dr. Wojciech Tygielski, Warschau  
Prof. Dr. Hermann Wellenreuther, Göttingen  
Dr. Jenny Wormald, Glasgow  
Dr. Zofia Zielińska, Warschau

# I. Soziale Verflechtungen im Reich unter den Gesichtspunkten Recht, Konfession und Politik

## Einleitung zur Diskussion

*Peter Moraw*

### Über Patrone und Klienten im Heiligen Römischen Reich des späten Mittelalters und der frühen Neuzeit\*

#### I

Der folgende Text führt zu den drei Beiträgen hin, die dem Gesamtthema des Kolloquiums für den Raum des Heiligen Römischen Reiches<sup>1</sup> gewidmet sind, und sieht sich damit zugleich umfassenderen Fragen gegenüber. Es soll ein Ganzes erastet werden, von dem heute bestenfalls vage Konturen erkennbar sind. Beinahe das einzige, was klar hervortritt, ist der Kontrast zwischen der zu vermutenden Bedeutung der Thematik und dem dürftigen Forschungsstand. Trotz der reichen Literatur über das spätmittelalterliche und frühneuzeitliche Deutschland<sup>2</sup> liegen nur sehr wenige einschlägige Spezialarbeiten vor, und wohl ebenso selten ist innerhalb umgreifender Stu-

\* Frau Dr. Sigrid Jahns (Oberursel) und Herrn Kollegen Volker Press (Tübingen) bin ich für freundliche Hinweise zu Dank verpflichtet.

<sup>1</sup> Gemäß der neuzeitlichen Grenzziehung ist der Beitrag von Willem Blockmans einem anderen Zusammenhang zugeordnet; ein Teil der von ihm behandelten Territorien gehörte dem Alten Reich an.

<sup>2</sup> Propyläen Geschichte Deutschlands: *Peter Moraw*, Von offener Verfassung zu gestalteter Verdichtung, 1250–1490, Bd. 3 (Berlin 1985); *Heinrich Lutz*, Das Ringen um deutsche Einheit und kirchliche Erneuerung, 1490–1648, Bd. 4 (Berlin 1983); *Rudolf Vierhaus*, Staaten und Stände, 1648–1763, Bd. 5 (Berlin 1984). Vgl. *Peter Moraw*, *Karl Otmar Frb. v. Aretin* u. a., Reich, in: *Geschichtliche Grundbegriffe*, hrsg. von *Otto Brunner*, *Werner Conze* und *Reinbart Koselleck*, Bd. 5 (Stuttgart 1984) 423–508.

dien ausdrücklich von Patronat und Klientel die Rede<sup>3</sup>. Dieser quantitative Tatbestand hat viel mit einem qualitativen zu tun. Die Skepsis vieler Historiker gegenüber sozialwissenschaftlichen Begriffen und Anregungen ist bekannt, oder anders formuliert: die vielfach vorherrschende Orientierung an der Sichtweise der Rechtsgeschichte oder an einer am modernen Verwaltungsstaat maßnehmenden Verfassungsgeschichte steht Neuerungen jener Art im Weg. Demgemäß gelten Patronat und Klientel in den führenden deutschen Lexika der Gegenwart als Begriffe der antiken Geschichte, der Völkerkunde aus exotischen Bereichen und bestenfalls dann des englischen Parteienlebens im 18. Jahrhundert<sup>4</sup>; in Deutschland kam dergleichen nicht vor. Angesichts dieser Situation wird auch in dieser Übersicht eher von Voraussetzungen und Rahmenbedingungen und von Einzelfällen die Rede sein, wie es einer Einführung wohl auch zukommt. Diese wird subjektiv ausfallen, gemäß dem Arbeitsgebiet des Verfassers die Mediävistik stark beachten und dafür das Verständnis der Neuhistoriker erbiten.

Für eine solche Einführung hinderlich ist zunächst ein gleichsam objektiver Tatbestand, der am Anfang zu nennen ist: Das Reich des späten Mittelalters und der frühen Neuzeit war wohl das vielgestaltigste und komplizierteste Gemeinwesen des Zeitalters. Um 1500 jedenfalls zählte das Reich mehr Fürsten, mehr Städte oder auch mehr Universitäten als jedes andere Land Europas, zugleich bestand eine unübersehbare Zahl von Klöstern und Stiften. Dem Reich entsprach kein einheitliches Wirtschaftsgebiet, vielmehr bestanden im Norden und Süden mindestens zwei, die jeweils auch über die Grenzen hinausgriffen. Nach den seinerzeitigen Rahmenbedingungen, die für jedes Urteil ausschlaggebend sind, wird man zumindest vom Reich um 1500 wie von einem kleinen Kontinent sprechen, der von der einen Grenze zur anderen kaum schneller als in Monatsfrist durchquert werden konnte. Innerhalb dieses Raumes bestanden beträchtliche Entwicklungsunterschiede, die den Entwicklungsunterschieden Europas zwischen Süden und Norden, Westen und Osten entsprachen. So hatte das Reich zugleich Anteil an dem einen der beiden Modernisierungszentren Europas im weiten Umkreis der Rheinmündung und an Regionen mit noch recht ertümlichen Lebensformen. Das andere Modernisierungszentrum, Oberitalien, war durch unzählige Personenbeziehungen mit Oberdeutschland verknüpft. Selbstverständlich war das Reich eingebettet in die breiten Kulturströme des Gebens und Nehmens in Europa, dessen Mitte es zumindest geographisch bildete.

Die klassische Grenze zwischen Mittelalter und Neuzeit um 1500 hat für das Thema „Patronat und Klientel in Deutschland“ keine nennenswerte Bedeutung. In vieler Hinsicht exekutierte die frühe Neuzeit Entscheidungen, die im Mittelalter gefallen waren: soziale, wirtschaftliche, kulturelle und politische Tatbestände und der Rah-

<sup>3</sup> Rolf Pflücke, Beiträge zur Theorie von Patronage und Klientel (Diss. Heidelberg 1972); Verena Burkolter-Trachsel, Strukturelle Bedingungen für das Entstehen und die Transformation von Patronage, in: Schweizerische Zs. für Soziologie 1 (1977) 3–30; einzelnes unten in Anm. 6f., 11f., 15f., 19, 22 ff., 30f., 33, 35 ff.

<sup>4</sup> Brockhaus Enzyklopädie Bd. 10 (Wiesbaden 1970) 262; Bd. 14 (Wiesbaden 1972) 305 ff.; Meyers Enzyklopädisches Lexikon Bd. 13 (Mannheim 1975) 780; Bd. 18 (Mannheim 1976) 301.

men der Reichsverfassung dauerten fort. Hier nicht zu erörtern ist die Frage nach den Anfängen der Thematik als außerhalb der Zeitgrenzen des Kolloquiums gelegenes Problem, bei welchem Sach- und Quellenmomente abzuwägen wären. Eine sehr wesentliche Grenze dürften die neuen Rahmenbedingungen gesetzt haben, die den Beginn des alteuropäischen Zeitalters, den „Aufbruch“ in Deutschland ungefähr im 12. Jahrhundert, kennzeichneten – als zum Beispiel das Städtewesen in der Breite ins Leben zu treten begann und die territoriale Verdichtung einsetzte. Das Ende des alteuropäischen Zeitalters ist ungefähr um 1800 zu datieren, wobei man ebensogut ältere Strukturen darüber hinaus verfolgen kann, wie Anfänge des „modernen“ Neuen weiter zurückliegen mochten. Der sicherlich bemerkenswerte Einschnitt der Reformation war zum Teil gerade im sozialen Bereich durch ältere Wandlungsvorgänge vorbereitet, die immer wieder ungefähr um 1470 einsetzten. Damals wurde ein Zeitalter überwiegender Stagnation, das seinerseits im 14. Jahrhundert das Ende des „Aufbruchs“ bezeichnet hatte, durch eine neue Dynamik abgelöst. Charakteristisch für das Reich sind jedesmal die beträchtlichen Phasenverschiebungen während dieser „Trendwenden“, die mehrere Jahrzehnte, ja zwischen dem äußersten Westen und dem äußersten Osten zwei Generationen betragen mochten. Bei dieser Gelegenheit erinnert man sich zweckmäßigerweise an das – weiterwirkende – historische Erbe aus der Entstehungsgeschichte Deutschlands, die von einem Randgebiet des Karolingerreiches den Ausgang nahm und als langwährender Wachstumsprozeß sehr ungleiche Bestandteile zu einem Ganzen vereinigen sollte. Solchen Unterschieden standen bedeutsame Ausgleichsvorgänge gegenüber, über welche noch wenig bekannt ist. Der Begriff der „Verdichtung“ beschreibt jedenfalls die Entwicklungsrichtung mehrerer dieser Prozesse; Verdichtung schuf allmählich auch einen stabilisierten Kernbereich im Verfassungsleben, was freilich zugleich Abschichtungsvorgänge am Rand zur Folge hatte. Für die Verfassungsgeschichte des späten Mittelalters und der beginnenden Neuzeit werden diese weitreichenden und wesentlichen Tatbestände durch die Aggregatzustände der „Offenen Verfassung“ und der „Gestalteten Verdichtung“ dargetan<sup>5</sup>.

Die sozialen<sup>6</sup> und politischen<sup>7</sup> Tatsachen und Regeln im besonderen, die wie üblich in untrennbarer Verknüpfung das Rahmenwerk von Patronat und Klientel darstellten, waren nicht weniger komplex als die allgemeine Situation, erst recht angesichts der hier zu überblickenden Zeitspanne von ungefähr vierhundert Jahren mit ihren zahlreichen Wandlungen, Zäsuren und auch Kontinuitäten. Der mehrfach rechtlich und vielfach ökonomisch abgestufte Adel war wie üblich der klassische politische Stand. Dazu traten der vorreformatorische höhere Klerus in ungefähr fünfzig Bistümern, das führende Bürgertum in mehr als dreitausend Städten, von denen freilich die meisten klein blieben, bäuerliche Führungsgruppen in den weit mehr als hunderttausend Dör-

<sup>5</sup> Wie Anm. 2.

<sup>6</sup> Handbuch der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, hrsg. von *Hermann Aubin* und *Wolfgang Zorn*, Bd. 1 (Stuttgart 1971); Deutsche Führungsschichten in der Neuzeit. Eine Zwischenbilanz, hrsg. von *Hanns Hubert Hofmann* und *Günther Franz* (Boppard 1980).

<sup>7</sup> Deutsche Verwaltungsgeschichte, hrsg. von *Kurt G. A. Jeserich*, *Hans Pohl* und *Georg-Christoph von Unruh*, Bd. 1 (Stuttgart 1983).

fern und dorfartigen Siedlungen, die heranwachsende „Kaste“ der gelehrten Juristen und der nachreformatorische Stand der universitätsbezogenen Pfarrer und späthumanistisch Gebildeten als hier in erster Linie interessierende Gruppen. Am Meer und im Gebirge zeigten sich Sonderformen archaisch-wehrhaften Gepräges<sup>8</sup>, die sich aufgrund von Abstoßungsvorgängen gegenüber der herrschenden und normgebenden Adelsgesellschaft auch politisch absondern mochten – eine Zeitlang oder für die Dauer.

Wie wohl jede alteuropäische Großformation ist auch das Reich während des ganzen Zeitraums ungeachtet der angesprochenen Verdichtungsvorgänge zuerst als vielfältig regionalisiertes Phänomen aufzufassen; insofern ist das Reden von einer älteren deutschen wie auch von einer älteren französischen Geschichte in ansehnlichem Maße perspektivisch-anachronistisch. Diese Regionalisierung der allermeisten öffentlich handelnden Gruppen war ein schlechthin grundlegender Tatbestand. Man braucht kaum zu betonen, wie überlegen sich solche im Idealfall als „face-to-face“-Gesellschaften vorstellbaren Gebilde gegenüber weiträumigen Einheiten erwiesen – gemessen an der Intensität der Beziehungen. Auch hier gab es indessen bedeutsame Wandlungsvorgänge, die umfangreicheren sozialen und politischen Formen größere Möglichkeiten zuwachsen ließen. Das Entstehen einer Gesamtgesellschaft „Reich“, die diesen Namen nach empirischem Nachweis verdient und nicht nur Postulat der Forschung ist, war wohl die wichtigste dieser Wandlungen; diese Gesamtgesellschaft hat spätestens in dem so wesentlichen Halbjahrhundert zwischen 1470 und 1520 so viel an Konkretion und Umfang gewonnen, daß sie nicht mehr rückgängig zu machen war. Der Begriff der „Verdichtung“ beschreibt auch diesen Vorgang einigermaßen bildhaft und zutreffend.

Die nächste Grundtatsache, auf die hinzuweisen gerade angesichts der deutschen Forschungslage nützlich scheint, stellt die „horizontale“ Gefügtheit aller öffentlichen Existenz dar, die zu respektieren ebenso notwendig wie schwierig ist. Was gemeint ist, sei abermals am Beispiel des Gesamtreiches angesprochen, gilt aber wohl prinzipiell für alle Gebilde, die hier von Interesse sind. Ein solches Gefüge setzte sich aus heute akzeptierten oder gar mit Sympathie betrachteten, aus heute irritierenden und heute ausgegrenzten Bestandteilen zusammen. Zu den vertrauten oder als „modern“ begrüßten Merkmalen gehörten etwa Verwaltung und Rechtspflege, zu den irritierenden das Wirken von Personenbeziehungen und von privatem Kapital im „Staat“, zu den abgelehnten Nepotismus und Korruption. Es ist besser, umformulierend statt letzterer etwa vom „Mitunternehmertum“ zu reden als vorschnell und anachronistisch zu verurteilen. Ähnlich problematisch erscheint heute der verhältnismäßig enge Staatszweck des älteren Gemeinwesens, gerade auch des Reiches, der sich zeitweise auf die Selbsterhaltung und die Vornahme oder besser Hinnahme der hierfür unbedingt notwendigen Veränderungen beschränkte. Darüber hinaus begnügte sich das Gemeinwesen mit dem Darbieten eines Rahmens für eine Vielzahl kraftvollerer Lebensäußerungen. Für die deutsche Vergangenheit ist schließlich – anders als in den meisten übrigen Län-

<sup>8</sup> Eidgenossenschaft, Friesland, Dithmarschen, in gewisser Hinsicht das Ordensland Preußen und Livland.

dern Europas – die Identifizierung der Geschichte einer maßgeblichen Dynastie mit der später so erwünschten Nationalgeschichte ein schwieriges Problem; einer solchen Harmonisierung standen die Wahlverfassung, die zeitweilige Existenz mehrerer Großdynastien und die politisch-geographische Randlage der schließlich erfolgreichen Habsburger im Wege. Verschärft wurde diese Problematik jedesmal durch die Mittellage Deutschlands im christlichen Europa. Eine deutsche Großdynastie konnte nicht umhin, europäische Interessen zu entfalten, ebenso wie man ungefähr seit 1470 erkennen kann, daß das politische Geschehen im Reich nicht mehr nur das dynastische Interesse der „Familie der Könige“ Europas, sondern auch ein heranwachsendes machtpolitisches Interesse in der Art der kommenden Staatsräson erweckte. In der gleichen Wendezeit, ebenfalls ungefähr seit 1470, trat der Großdynastie innerhalb des Reiches der institutionalisierte Dualismus gegenüber, der die Reichsstände im sich jetzt ausformenden Reichstag zusammenfaßte. So wuchs – aus deutscher Perspektive gesehen – aus verschiedenen Wurzeln das Mächteuropa der Neuzeit heran, das seinerseits die älteren, selbstverständlich weiterdauernden Patronats- und Klientelverhältnisse zwischen natürlichen Personen um neuartige ergänzte, die als Beziehungen zwischen juristischen Personen aufgefaßt werden können<sup>9</sup>.

Während die letztgenannten Zusammenhänge der deutschen Forschung vertraut sind, kann das Thema „Patronat und Klientel“ im sozialen und persönlichen Umkreis als bisher irritierender oder gar der Ausgrenzung verfallener Tatbestand gelten. Angesichts dieses „Vor“-urteils erfüllt ein Kolloquium wie das hier dokumentierte eine methodisch wichtige Funktion. Wenn das Interesse an der „horizontalen“ gegenüber der allzu geläufigen „vertikalen“ Blickrichtung gestärkt wird, kann man die Staatlichkeit Alteuropas mit Hilfe der Verflechtung möglichst vieler Faktoren als „selbsttragende Größe“ erfahrbar machen. Ferner wird man sich leichter der Tatsache bewußt, wie rasch das Bemühen um die Rekonstruktion der Vergangenheit zur Bildung von Verständnismodellen führt, die den Quellen eher gegenübergestellt als unmittelbar entnommen werden können. In der besonderen deutschen Forschungspraxis sollten auch primär sozialgeschichtliche Tatbestände wie Patronat und Klientel nicht ohne verfassungsgeschichtliche Zuordnung behandelt werden. Man kann geradezu davon sprechen, daß Institutionen jeder Art, vom Rechtsverhältnis bis zur Behörde, und Personenbeziehungen wie Patronat und Klientel im Normalfall wie zwei Seiten einer einzigen Sache existierten. Neulinge sahen sich ebensogut eingespielten Institutionen wie eingespielten Sozialbeziehungen gegenüber, die man beide akzeptieren mußte. Was man Geschäftsgang oder „bürokratisches“ Funktionieren nennt, bedurfte schon angesichts der regelmäßig kleinen Zahl von Amtsträgern, die mit ihrem schlichten Instrumentarium öfter einem weiten Raum mit komplizierten Verhältnissen gegenüberstanden, zusätzlicher sozialer Mechanismen, die erst jenes Funktionieren einigermaßen erklären. Ohne diese vielleicht ungerne akzeptierten Bestandteile gibt es keine einleuchtende Gesamtgeschichte, nicht einmal eine Verwaltungsgeschichte rein technischer Art, die einigermaßen plausibel wäre.

<sup>9</sup> Vgl. den Beitrag von *Karl Otmar Frh. von Aretin* in diesem Band.

Als bemerkenswertem Teil jener Sozialbeziehungen wird man dem Phänomen „Patronat und Klientel“ die bekannten Haupteigenschaften zuerkennen: die Ungleichheit der Macht- und Mittelausstattung von Patron und Klient und ein relativ dauerhaftes, zunächst persönliches Verhältnis dieser Partner auf Gegenseitigkeit, wobei Schutz und Chancen Dienste und Ergebenheit gegenüberstanden. Nicht jeder Beliebige wurde Klient, vielmehr fand gern eine Vorauswahl durch Voraussetzungen statt, die schon aus Gründen der Überlieferung oft nicht genügend klar sind. Nur im Einzelfall ist gewöhnlich die wichtige Frage nach den Wahlmöglichkeiten des Klienten und der Dauer des Verhältnisses und damit am Ende nach Zustand, Dichte und Komplexität der entsprechenden Gesellschaft zu beantworten. Ebenso wesentlich erscheint die kaum beachtete Prämisse des Konsenses zwischen den Partnern – eines Minimalkonsenses, auf dem etwa die Verdichtung des Reiches im 15. und 16. Jahrhundert aufbaute, oder eines Fundamentalkonsenses, den W. Reinhard für das Augsburger Bürgertum voraussetzt; dadurch wurde ebenso sehr die endgültige Polarisierung der Klientelen verhindert wie solche wohl erst ermöglicht. Faßt man diese und jene und alle angeführten Vorbedingungen ins Auge, so wird offenbar, daß man in der historischen Wirklichkeit des spätmittelalterlichen und frühneuzeitlichen Deutschland einer unüberschaubar großen Zahl verschiedenartiger Fälle von Patronat und Klientel begegnen dürfte.

Die Quellsprache zumindest des Mittelalters trägt zur Präzisierung und Abgrenzung der Thematik verhältnismäßig wenig bei<sup>10</sup>. Während die Hauptbegriffe nur gelegentlich ungefähr im modernen Sinn bezeugt sind, überwiegen Umschreibungen oder vage und mehrdeutige Formulierungen des Sachverhalts, unter welchen der Begriff des Freundes und der Freundschaft oder die Familien-Terminologie hervorsteht. In der Regel wird der Tatbestand im Einzelfall überhaupt nicht kompakt und eindeutig ausgesprochen und ist vielmehr aus dem Zusammenhang und aus Parallelfällen gleichsam modellhaft zu erschließen. Wenig Stützen bieten die Nachbarbegriffe, deren Verwaschenheit gerade in der Situation des kritischen Vergleichs hervortritt: Dies gilt für das Sprechen von Nepotismus<sup>11</sup> und von Korruption<sup>12</sup>, für das Bündnis<sup>13</sup> und wohl für alle Termini, die im Umkreis des Begriffsfeldes verwendet wurden. Das deutsche Kernproblem entspricht dem europäischen: Im heiklen Feld der Patronage wurden die Dinge bestenfalls im gleichsam persönlichen Bereich klar ausgesprochen; einschlägige Quellen, vor allem private Briefe, waren auch noch als Gattung etwas Selte-

<sup>10</sup> *Mediae et infimae latinitatis lexicon minus*, comp. J. F. Niermeyer (Leiden 1976) 191, 776; *Latinitatis mediae aevi lexicon Bohemorum*, Lief. 5 (Praha 1983) 712 f.

<sup>11</sup> *Wolfgang Reinhard*, *Freunde und Kreaturen*. „Verflechtung als Konzept zur Erforschung historischer Führungsgruppen“ (München 1979); *ders.*, *Nepotismus*, in: *Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte*, Bd. 3 (Berlin 1984) 947–951.

<sup>12</sup> *Wolfgang Schuller*, *Probleme historischer Korruptionsforschung*, in: *Der Staat* 16 (1977) 373–392; *Jacob van Klaveren*, *Korruption*, in: *Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte*, Bd. 2 (Berlin 1978) 1163–1169.

<sup>13</sup> Vgl. den Beitrag von *Karl Otmar Erb. von Aretin* in diesem Band.

nes. Die Durchsicht der wichtigeren deutschen Briefsammlungen des ausgehenden Mittelalters<sup>14</sup> hat erwartungsgemäß wenig Ertrag gebracht.

Unter diesen Umständen lohnt es sich, den ältesten aufgefundenen Beleg von einigermaßen ausreichender Klarheit zu zitieren und historisch einzuordnen. Es handelt sich um eine rückblickende Selbstaussage des Kanzlers Kaiser Karls IV., des Olmützer Bischofs Johann von Neumarkt (†1380)<sup>15</sup>. Dieser stellt selbst einen äußerst bemerkenswerten Fall sozialer Verflechtung dar, insofern er einem großbürgerlichen Familienverband aus Brünn, Prag und Breslau zuzuordnen ist, der das Kanzleramt Karls IV. und König Wenzels mit geringen Unterbrechungen von 1332 bis 1396 innegehabt hat, Johann selbst am längsten (1353/54–1371/74). Auch die Chance zur fachlichen Qualifikation schon in der Kanzlei König Johanns von Böhmen, des Vaters und Großvaters der genannten Herrscher, entstammt offenbar dieser Sozialbeziehung. Zu alledem ist leider in den Quellen keine ausführliche Selbstaussage auffindbar; die Tatsachen müssen aus zahlreichen Mosaiksteinchen nach dem Verständnismodell des königsnahen Personenverbandes<sup>16</sup> erschlossen werden. Offensichtlich waren die Dinge allzu nahe und allzu fundamental, als daß sie unter den zeitgenössischen Voraussetzungen „politik- und sozialwissenschaftlicher“ Analyse den Weg in die Formulierung gefunden hätten. Abgeschlossen war hingegen schon ein viel kleinerer Bereich und konnte damit als Gegenstand offenkundig ehrlicher Dankbarkeit und liebevoller Zuneigung ausgesprochen werden: das Klientelverhältnis des jungen Johann zur angesehenen schlesischen Adelsfamilie der Pannwitz. Darüber weiß man leider im Detail kaum mehr, als was ein Brief Johanns mitteilt, der an den letzten Überlebenden der Patrone, den Breslauer Domkustos Nikolaus von Pannwitz, gerichtet ist. Der Bischof und Kanzler wählte mit „domine singularis“ eine Anrede, die viel eher die seinerzeitigen als damals gegenwärtige Rangverhältnisse spiegelte, und fuhr fort: „Nam post mortem virorum nobilium videlicet domini Wolframi et domini Jo(hannis) de Panoviz, fratrum vestrorum, quod nobis Dominus dominancium sub minore nostra fortuna patronos attribuit, nullum confugium nullumque presidium consolationis habemus preter venerabilem nobis personam vestram, in cuius gremio veluti amantissimi patris tutela et sinu letior nostri status habitus et felicitas conquievit.“<sup>17</sup> Johann von Neumarkt stand zur Zeit der Niederschrift dieser Zeilen längst selbst als mächtiger Patron – und als Klient noch größerer Herren – im Mittelpunkt eines Netzes von Sozialbeziehungen und hat in dieser Eigenschaft, wie wohl seinerzeit die Pannwitz, zahlreiche Empfehlungen ausgesprochen<sup>18</sup>.

<sup>14</sup> Codex epistolaris Johannis regis Bohemiae, hrsg. von *Theodor Jacobi* (Berlin 1841); Politische Correspondenz des Kurfürsten Albrecht Achilles, hrsg. von *Felix Priebe*, 3 Bde. (Leipzig 1894–98) (Publ. a. d. K. Preuß. Staatsarchiven 59, 67, 71); Deutsche Privatbriefe des Mittelalters, hrsg. von *Georg Steinhausen*, Bd. 1 (Berlin 1899) (Denkmäler der dt. Kulturgesch. I, 1); Nova Alamanniae, hrsg. von *Edmund E. Stengel* und *Klaus Schäfer*, 2 Hälften (Berlin, Hannover 1921–76); Briefe Johanns von Neumarkt, hrsg. von *Paul Piur* (Berlin 1937) (Vom Mittelalter zur Reformation 8).

<sup>15</sup> *Peter Moraw*, Grundzüge der Kanzleigeschichte Kaiser Karls IV., in: ZHF 12 (1985) 11–42.

<sup>16</sup> *Ders.*, in: Deutsche Verwaltungsgeschichte (wie Anm. 7) 28 ff.

<sup>17</sup> Briefe (wie Anm. 14) 122 f. Nr. 80 (1364–1373).

<sup>18</sup> Z. B. ebd., 146 ff. Nr. 91 ff.

Diese und ähnliche Handlungen konnten Ausdruck eines speziellen Patronat-Klientel-Verhältnisses sein, aber auch weit umfassendere Sozialbeziehungen zum Ausdruck bringen. Damit kommen wir zu einem Hauptproblem der Thematik gerade für die deutschen Verhältnisse mit ihren im Vergleich zu Süd- und Westeuropa bemerkenswerten Quellenschwierigkeiten: zur Abgrenzungsfrage. Wenn nämlich nicht – wie im Fall der Pannwitz und Johanns von Neumarkt – ein deutlicher sozialer Abstand vor Augen tritt, der ein schon existierendes (legitimes) Verwandtschaftsverhältnis praktisch ausschließt, besteht sehr häufig Unsicherheit darüber, ob nicht an Stelle „nur“ von Patronat und Klientel die weitaus wirkungskräftigste Sozialbeziehung des alten Europa vorauszusetzen ist, die Verwandtschaft. Über die sittliche Pflicht, Verwandte angemessen zu versorgen, und über die Zweckmäßigkeit, auf die Loyalität von Verwandten zu bauen, braucht man für die hier angesprochenen Jahrhunderte kaum ein Wort zu verlieren. Bei relativ geringem sozialen Abstand konnte ein Nur-Klientelverhältnis in eine Ehebindung und damit in der nächsten Generation in Verwandtschaft übergehen. Jedenfalls sind die vier Hauptformen hochwirksamer Personenbeziehungen, die Verwandtschaft, die Landsmannschaft, die Freundschaft und das Patronat-Klientel-Verhältnis, nach Quellenlage und nach zeitgenössischer Praxis wenigstens für deutsche Verhältnisse sehr eng zusammenzurücken. Ihre Unterscheidung wird häufig idealtypischen Charakter annehmen. Aus der Sicht des Mediävisten kann man noch einen Schritt weitergehen und vermuten, daß die drei letztgenannten Typen nach dem Vorbild des ersterwähnten Typus geformt waren, so daß es sich nicht um Gleichrangiges, sondern um eine führende Sozialform und um ihr zugeordnete handelte.

Der langjährige Umgang mit prosopographischen Quellen zeigt, daß zumindest in Deutschland verhältnismäßig frühe und ausführliche Selbstzeugnisse über solche sozialen Auswirkungen von Verwandtschaft, die man als Vorbilder für Patronat-Klientel-Verhältnisse im strengen Sinne verstehen könnte, ebenfalls sehr selten sind. Daher sei als zweites Beispiel eine bemerkenswerte Aussage, diesmal aus dem Wiener Kirchen- und Universitätsmilieu um und nach 1400, zitiert, die von Johannes Hinderbach (†1486) herrührt. Dr. Hinderbach<sup>19</sup> hat als Jurist, kaiserlicher Rat und Kirchenmann eine bemerkenswerte Karriere gemacht, die zuletzt auf den Bischofsthron von Trient führte. Der Text<sup>20</sup> schildert den Zusammenhalt eines „genus“ (Familie, Geschlecht) und dessen Erfolge, die einem großen Verwandten, dem Theologen Heinrich von Langenstein (†1397), verdankt wurden. „Hic (Heinrich von Langenstein) fuit ex genere meo, ut ab avia mea, que erat sororis eius filia de villa Langenstein (in Hessen), comperi, nobile patre quamquam admodum paupere genitus et ob multitudinem filio-

<sup>19</sup> Peter Moraw, Gelehrte Juristen im Dienst der deutschen Könige des späten Mittelalters (1273–1493), in: Die Rolle der Juristen bei der Entstehung des modernen Staates, hrsg. von Roman Schnur (Berlin 1986) 77–147.

<sup>20</sup> Zitiert bei Hermann Göbler, Das Wiener Kollegiat-, nachmals Domkapitel zum Hl. Stephan in seiner persönlichen Zusammensetzung in den ersten zwei Jahrhunderten seines Bestandes 1365–1554 (Diss. masch. Wien 1932) 160, nach Fontes rerum Austriacarum, II. Abt. Bd. 61 (Wien 1909) 81.

rum ... e patria exulare coactus, sed Parisios studendi causa se contulit, ubi in magna paupertate, uti plerique alii, summum theologie doctoratum cathedramque magistralem adeptus ad partes ... Alberti ducis Austrie pro fundanda scola Wiennensi postea conductus. Qui alium post se genere nostro, magistrum Hermannum nomine de Treysa oriundum, in eodem Wiennensi studio enutrivit. Qui et ipse ad doctoratum resque pervenit et alium iterum ille post se nostri generis, magistrum Dietmarum, educavit et eidem ac fratri suo germano domum, quam hodie possidemus, et alia bona vincta quedam ex testamento reliquit. Cuius ego quoque pietate ad bonarum artium adductus in eum, quem Dei miseratione adeptus sum, gradum et fortunam perveni.“

Viele Aussagen dieses Textes ließen sich ohne Schwierigkeiten auf das Patronat-Klientel-Problem hin interpretieren. Angeführt sei nur eine Kernfrage: Die Sicherheit des Hauses und der engeren Familie, die freilich ihrerseits durch Armut in Frage gestellt werden konnte, war von Sphären der Unsicherheit umgeben – zumindest insofern, als der Zugang zu neuen, wieder Sicherheit gewährenden Positionen nicht sachbezogen und nicht durch abstrakte Qualifikation durch Leistung von diesen Positionen aus geschaffen wurde, sondern durch „zufällige“ Personenbeziehungen. Ob solche Personenbeziehungen durch das haltbarste Bindemittel, die Verwandtschaft, oder durch andere, etwas schwächere Wirkkräfte zustande kamen, die auf ein und derselben Skala anzuordnen wären, war demgegenüber sekundär.

In der historischen Wirklichkeit wird man stets mit einer größeren Menge solcher Kraftlinien zu rechnen haben, die sich auf eine geringere Zahl von Positionen beziehen. Es mußten also Verflechtungen oder Netze von Personenbeziehungen entstehen, in deren Mitte man erfolgreiche Patrone wie Johann von Neumarkt auffinden kann.

Nur Personen am oberen oder unteren Rand der Gesellschaft vermochten entweder nur Patron oder nur Klient zu sein. Der Regelfall war die gleichzeitige Existenz in beiden Rollen, ein Hauptverknüpfungspunkt der alten Gesellschaft. Johann von Neumarkt fühlte sich auf der Höhe seiner Macht als Klient verschiedener Kardinäle und brachte dies brieflich mit den oben beschriebenen „klassischen“ Merkmalen zum Ausdruck<sup>21</sup>. Selbstverständlich war er zugleich in verschiedener Weise Patron einer großen Anzahl von Personen seines dienstlichen und regionalen Umkreises bis hin zur Position eines Vermittlers, wenn er für andere Kleriker an die Kurie supplizierte. In ähnlicher Lage waren seine führenden Kanzleibeamten für ihre entsprechend kleineren Systeme. Solche Zusammenhänge stellen die wichtigste oder gar einzige Beziehung zu den Unterschreibern der Kanzlei dar, die als „Privatbeamte“ ihrer Patrone gelten müssen. Unter diesen Umständen fielen Außenseiter besonders auf, vor allem wenn sie langdauernden Erfolg hatten. Während die Protonotare und leitenden Notare der Kanzlei normalerweise Klienten des amtierenden oder eines vorausgegangenen Kanzlers und demgemäß auch Kleriker waren, vermochte die energische Gemahlin des Kaisers, Anna von Schweidnitz, einen ihrer Gefolgsleute, den Laien Peter von Jauer, in die Kanzlei einzuschleusen und sich dort behaupten zu lassen – begünstigt

<sup>21</sup> Briefe (wie Anm. 14) 106 ff. Nr. 69 ff., 369 ff. Nr. 282 ff., 460 ff. Nr. 373 f.

freilich durch die Herkunft beider aus Schlesien, die Patronin und homo novus mit wichtigen Etablierten teilten<sup>22</sup>.

Die breitgelagerten Endprodukte anfangs feingesponnener Personenbeziehungen sind in den Quellen leichter auffindbar als die diffizilen Entstehungsumstände. Sie sind dann freilich auch weniger spezifisch. So konnte man davon sprechen, daß solche Endprodukte in der Stadt kaum von Oligarchien (W. Reinhard) oder im „feudalen“ Milieu kaum vom System des Lehnswesens (V. Press) unterscheidbar oder sinnvoll ablösbar seien. Man kann diese Feststellungen wohl in der Weise zusammenfassen, daß offenbar alle realen Einheiten: Hof, Reich, Territorium, Stadt, Kirche, Universität und Dorf samt ihren Untergliederungen von vielfältig verflochtenen Gruppen beherrscht waren. Das der Patronat-Klientel-Frage und parallelen Erscheinungen übergeordnete Phänomen könnte man soziale Verflechtung nennen.

Es ist die Schwäche der deutschen Forschung, daß derartige Aussagen verhältnismäßig zeitlos klingen und auch so gemeint sind; denn eine chronologische Differenzierung, etwa in Parallele zu entsprechenden englischen Bestrebungen, ist mit Hilfe verhältnismäßig allgemeiner Kategorien für das Reich vorerst wohl kaum möglich. Man wird auch an das einleitend angesprochene Faktum der äußerst komplizierten Rahmenbedingungen erinnern. Derzeit bleibt kaum etwas anderes übrig als – wie im folgenden versucht – an konkrete Einzelbereiche heranzutreten.

## II

Als das wohl umfassendste Betrachtungsfeld überhaupt, innerhalb dessen Patronat-Klientel-Verhältnisse ertragreich analysiert werden können, hat die vorreformatorische Papstkirche<sup>23</sup> zu gelten. Ihre Grundstrukturen sind während der frühen Neuzeit in den katholisch gebliebenen Teilen Deutschlands nicht grundsätzlich verändert worden. Eine deutsche Besonderheit waren die geistlichen Fürstentümer<sup>24</sup>, die die Thematik gleichsam konzentrierten. In anderer Weise sind Konzentrationslinien in den Karrieren ungewöhnlich erfolgreicher Kirchenmänner zu sehen, die eine Mehr- oder gar Vielzahl von Patronat-Klientel-Verhältnissen nach- und nebeneinander aufweisen konnten<sup>25</sup>. Es gab jedenfalls eine Art Instanzenzug nach Amtshierarchie und gerade

<sup>22</sup> Peter Moraw, *König, Reich und Territorium im späten Mittelalter*, Bd. 1 (Ms. Heidelberger Habilitationsschrift 1971) 335 f.

<sup>23</sup> Bernard Guillemain, *La cour pontificale d'Avignon 1309–1376* (Paris 1962); A.-L. Courtel, *Les clientèles des cardinaux limousins en 1378*, in: *Mélanges de l'École française de Rome* 89, 2 (1977) 889–930; Wolfgang Reinhard, *Die Verwaltung der Kirche*, in: *Deutsche Verwaltungsgeschichte*, Bd. 1, 143–176; Christiane Schubard, *Die Deutschen an der päpstlichen Kurie im späten Mittelalter (1378–1447)* (Diss. masch. Gießen 1984).

<sup>24</sup> Peter Moraw und Volker Press, *Geistliche Fürstentümer*, in: *Theologische Realenzyklopädie*, Bd. 11 (Berlin, New York 1983) 711–719.

<sup>25</sup> Z. B. Erich Meuthen, *Nikolaus von Kues 1401–1464* (Münster 1976); Ivan Hlaváček, *Lamprecht von Brunn, Bischof von Bamberg*, in: *Fränkische Lebensbilder*, Bd. 9 (Neustadt/Aisch 1980) 46–60.

auch vom Papsttum selbst ausgeübte kraftvolle Patronatsverhältnisse nebeneinander mit einer sonst sehr selten auffindbaren Eindringlichkeit. Die Stufung reichte von der Kurie abwärts bis zu den einfachen Stelleninhabern und solchen, die dies erst werden wollten. Daneben bestanden zahlreiche groß- und kleinräumige regionale Verflechtungen, zumal Beziehungen zu adelig-höfisch-„staatlich“-städtischen Kräften, die durch die einstige Kirchengründung legitimiert, durch Abmachung mit dem Papst legalisiert oder einfach usurpiert waren. Es steht heute klar vor Augen, daß längst vor der Reformation der Laieneinfluß kräftig zunahm und sich die Zahl der Kontakte zum Papsttum verringerte. Gewohnheitsrechtliche adelig-großbürgerliche Besitzansprüche auf Pfründen sind vielfach oder fast regelmäßig mit Hilfe sozialer Verflechtung verwirklicht worden. Die vermögenstragende Grundeinheit der Pfründe, in welche sich der personalpolitisch unmittelbar verfügbare Besitz der Kirchen gliederte, die auch ein sehr erstrebenswertes Maß von wirtschaftlicher Unabhängigkeit und zugleich von Abkömmlichkeit sicherte, war ein lohnendes Ziel. Von den Zeitgenossen ist die Stellenbesetzungsfrage in der Kirche unter dem Gesichtspunkt des Mißbrauchs vielfältig diskutiert worden. Modern klingende scharfe Kritik an der Personalpolitik „von oben“ ist freilich jedesmal unter dem Gesichtspunkt zu prüfen, ob nicht die Störung eines eigenen kleineren Interessenkreises abgewendet werden sollte, um innerhalb seiner unbehelligt den gleichen Regeln folgen zu können, die bei anderen getadelt wurden. Wo es so viel zu verteilen gab, lohnten sich Disput und Protest. Den Wettbewerb der Patrone kann man an Dom- und Kollegiatstiften am besten beobachten. Die Kirchengeschichtsschreibung dürfte Gewinn daraus ziehen, wenn sie solche Institutionen nicht in ihrer kirchenrechtlichen Vereinzelung, sondern innerhalb ihrer Netze von Personenzusammenhängen aufsuchen würde<sup>26</sup>. Jener Isolation liegt auch die des Anachronismus verdächtige Vorstellung von einer Qualifikation durch Eignung und Leistung zugrunde, die zumindest viel schwerer beweisbar ist als die soziale Qualifikation. Das Verständnismodell einer komplexen Patronagegesellschaft könnte jedenfalls die (außerhalb des städtischen Milieus) ein wenig in die Isolierung geratenen spätmittelalterlichen Großkirchen leichter dorthin rücken, wohin sie gehören: mitten hinein in die Frage nach dem Funktionieren von Gesellschaft und Verfassung des Alten Reiches.

Die Mitte der Reichsverfassung bildete der Königshof. Der Hof, der im späten Mittelalter die größte Integrationsfähigkeit aufwies, war derjenige Karls IV. (1346–1378)<sup>27</sup>; vergleichbar damit ist erst wieder der bisher weniger gut bekannte Hof Maximilians I. (1493–1519)<sup>28</sup>. Gemessen an den Verhältnissen Frankreichs oder gar Englands war die Anziehungskraft des karolinischen Hofes geringer, was dem geringeren Ausmaß an

<sup>26</sup> *Peter Moraw*, Hessische Stiftskirchen im Mittelalter, in: *Archiv für Diplomatik* 23 (1977) 425–458; *Untersuchungen zu Kloster und Stift* (Göttingen 1980). Viel Material in den Bänden der *Germania Sacra*.

<sup>27</sup> *Peter Moraw*, Zur Mittelpunktfunktion Prags im Zeitalter Karls IV., in: *Europa slavica – Europa orientalis*, Festschrift für Herbert Ludat (Berlin 1980) 445–489.

<sup>28</sup> *Jan-Dirk Müller*, Gedechnus. Literatur und Hofgesellschaft um Maximilian I. (München 1982) (Forschungen zur Geschichte der älteren deutschen Literatur 2).

Staatlichkeit entsprach, das die deutschen Herrscher über die Hausmachtterritorien hinaus zu entfalten vermochten. Die Teilhabe der Reichsglieder an zentralen Entscheidungen war über den Kreis der Kurfürsten hinweg noch nicht institutionalisiert, also patronageverdächtig. Für die Hofverfassung selbst, die ohne schriftliche Ordnung und mit sehr wenigen wirklich durchgeformten Institutionen auskam, galt dasselbe. Man wird am besten von einer patriarchalisch organisierten Gemeinschaft sprechen. Eine bemerkenswerte Quelle für die Patronageverhältnisse am Hof und besonders in der Kanzlei bildet die schon zitierte Korrespondenz des Kanzlers Johann von Neumarkt. Sie weist als Briefempfänger und Briefschreiber eine wegen der vielen Namenslücken schwer feststellbare, jedoch insgesamt wohl dreistellige Zahl von Kontaktpersonen aus. Soziale Makro- und Mikroverhältnisse werden darin abgebildet. Die Kanzlei selbst bietet davon eine breite Skala, sie war als „cancellaria mea“ oder „cancellaria nostra“<sup>29</sup> terminologisch ebenso „privatisiert“ wie ein Teil ihres Personals. Denn während die führenden Beamten, die bischöflichen Rang womöglich schon während der Amtszeit und häufiger danach erreichten, nahezu als Gleichrangige angerechnet wurden, sicherte Johann die besonderen Funktionen der Registratur, der Besiegelung und der Korrektur durch persönliche Klienten niederen Ranges ab. Selten tritt so klar hervor, daß noch wenig entwickelte behördliche Strukturen durch Patronage gestützt werden mußten. Der Schluß ist erlaubt, daß der erfolgreiche Kanzler am leichtesten als erfolgreicher Patron erkennbar wird; auch das Gegenteilige kann als Tatsache gelten. Auf Sozialbeziehungen dürfte auch das besondere Gesicht der karolinischen Kanzlei zurückgehen, das sie von den unentwickelten Verhältnissen Ludwigs des Bayern ebenso unterscheidet wie von der stärker gelehrt-juristisch geprägten Folgezeit; es war eine ökonomische „Elite“, die nicht übel zu Karls eigenem Wesen zu passen scheint. Ein Warnsignal freilich, das hier eher an eine Analogie als an bewußte Personalpolitik zu denken empfiehlt, richtet die wohl interessanteste einschlägige Beobachtung auf: Es war territorialpolitisch sehr unvernünftig, die Kanzlei gegen Ende der Regierungszeit so sehr vom böhmischen „Mutterboden“ abzuheben, daß kein einziges ihrer einigermaßen bedeutenden Mitglieder mehr aus dieser neuen Heimat der Dynastie stammte. Gleichwohl geschah es. Diese Entwicklung, die spätestens im Zeitalter Wenzels zur Krise führte oder beitrug, kann nur durch personelle Eigengesetzlichkeiten in Gang gebracht und unwiderstehlich gemacht worden sein; man muß sie im Bereich der Patronage und verwandter Sozialbeziehungen suchen. Sie waren stärker als politische Erwägungen.

Auch in anderen Bereichen des Hofes zeigt sich das Funktionieren sozialer Beziehungen recht eindrucksvoll. Hier trafen Kräfte aus der territorialen Tradition der jeweiligen Erbländer und aus königlichen Traditionssträngen zusammen. Die 182 namentlich bekannten inländischen Räte und secretarii Karls IV.<sup>30</sup> stammten zu 54 Pro-

<sup>29</sup> Briefe (wie Anm. 14) 152 Nr. 96, 240 Nr. 156.

<sup>30</sup> Peter Moraw, Räte und Kanzlei, in: Kaiser Karl IV. Staatsmann und Mäzen, hrsg. von Ferdinand Seibt (München 1978) 285–292, 460.

zent aus den Hausmachtterritorien und zu 46 Prozent aus dem übrigen Reichsgebiet; jedoch kam nur ein Zehntel der letztgenannten nicht aus den vier königsnahen Landschaften, aus Franken, vom Mittelrhein, aus Schwaben und vom Mittelelbe-Saale-Gebiet. Schon diese Tatsache weist auf den sozialen Faktor bei der Rekrutierung der königlichen Räte hin. Ein starkes Drittel von ihnen gehörte Personenverbänden und Familien an, die man als traditionell königsnah bezeichnen kann. Kaum mehr als zwei Dutzend von Personenverbänden, bei zum Teil verschieden vollziehbarer Abgrenzung, beherrschten den Hof, fünf oder sechs davon die Kanzlei. Außenseiter waren selten. Durch Vererbung und auch durch Patronat reproduzierte sich der Hof gleichsam selbst, solange nur das auswärtige Substrat des jeweiligen Verbandes intakt blieb und sich die geographisch-politischen Grundlagen des Königtums nicht radikal wandelten. Nichtstaatliche Elemente trugen auf diese Weise das Gemeinwesen mit, da man solche Stetigkeit in einem Zeitalter allgemeiner Herrschaftsschwäche als staatlich erwünscht bezeichnen muß. Man wird hier die persönlichen Treuebeziehungen zum Herrn hervorheben; Ämter waren noch kaum versachlicht, es gab weniger Zuständigkeitsbereiche als mehr oder minder ausgeschöpfte Potentiale, die sehr stark mit persönlichen Interessen verbunden waren. Bei den Räten vor allem ist das Stichwort des „Mitunternehmertums“, ja zum Teil der „Mitherrschaft“ angemessen; die eingebrachten Machtmittel sollten auf diese oder jene Weise gleichsam verzinst werden. Manche anrüchigen Begleitumstände würde man heute Korruption nennen, selbst die königliche Gerechtigkeit ist immer wieder käuflich gewesen. Der Königsdienst war jedenfalls attraktiv – auch für Großbürger, deren heimatliche Machtbasis die großen Reichsstädte, Nürnberg oder Frankfurt, waren. Landadelige Herren und Großbürger erwiesen sich zugleich als Mitglieder regionaler Führungsgruppen, so daß der ganze Hof als soziales System zur Auseinandersetzung mit der Umwelt aufgefaßt werden kann. Diese Sozialbeziehungen trugen die Aktivität des Königtums mindestens ebenso sehr wie das offizielle Urkundenhandeln, das seinerseits oft genug durch Vorgänge entlang solcher Verbindungslinien ausgelöst worden sein dürfte. Nach alledem darf man den personalpolitischen Spielraum des Herrschers bei weitem nicht für so groß halten, wie sich dies ein unbefangener Beobachter vorstellen könnte. Es gab wenig neu zu verteilen, weil schon so vieles verteilt gewesen ist. Dort, wo dem direkten Patronat des Königs Platz eingeräumt war, bei der Erhebung treuer Dynasten in den Reichsfürstenstand, erwiesen sich die Erfolge als recht gering; die Vorweghingabe der Belohnung vermochte kein dauerhaftes Band zu knüpfen. Am treuesten waren die Burggrafen von Nürnberg aus dem Hause Hohenzollern, solange sie noch nicht Kurfürsten von Brandenburg geworden waren.

Neues zeigte sich vom ausgehenden 14. Jahrhundert an am deutlichsten in der Juridifizierung des Hofes, die an den führenden Universitäten auch neue Knotenpunkte von später am Hofe fortlebenden Personenbeziehungen schuf. Die gelehrten Juristen des 15. Jahrhunderts wurden zunächst wie zuvor aus regionalen Märkten rekrutiert, bis dann zu einem noch undeutlichen Zeitpunkt nach 1500 ein vom Kaiser genutzter nahezu gesamtdeutscher Juristenmarkt heranwuchs, den auch die Reformation nur zeitweise störte. Das juristische Spezialistentum schuf auch anderwärts bemerkenswert dauerhafte Personenbeziehungen, in deren Verwandtschaftslücken das landsmann-

schaftlich gestützte Patronat eintrat<sup>31</sup>. Im Rahmen der Verdichtung des Reiches seit etwa 1470, die dann zum Höhepunkt der sogenannten Reichsreform hinführte, bildeten sich seit 1471 über regionale Städtebünde hinaus gemeindeutsche Städtetage und wenig später der Reichstag aus. Damit gewann das politische Gefüge einen zweiten einigermaßen festen Mittelpunkt neben dem königlichen Hof, der auf diese Herausforderung seinerseits mit einer erheblichen Fortentwicklung und neuer Attraktivität für neue Gruppen, zuletzt für die „docti“ und „litterati“, antwortete<sup>32</sup>. Die neuen Reichsbehörden der frühen Neuzeit bildeten ihrerseits Zonen sozialer Verdichtung aus, von denen die „Aura“ des zuletzt in Wetzlar beheimateten Kammergerichts als vom Hof und vom Reichstag abgesetztes Zentrum die interessanteste ist<sup>33</sup>. Die Assessoren des Kammergerichts des 17. und 18. Jahrhunderts entstammten gemäß einem besonderen Präsentationsverfahren allen Territorien des Reiches und repräsentierten gleichwohl etwas relativ Einheitliches: die Schicht der Funktionsträger der zentralen und mittleren fürstlichen Verwaltungsbehörden – sozial gesehen neben landsässigem Adel zum deutlich größeren Teil das Honoratiorentum ansehnlicher Städte. Sie kamen nicht als Isolierte, sondern entlang beruflicher und sozialer Aktionslinien und bewiesen insgesamt ein beträchtliches Maß sozialer Kontinuität, das sich in der Abwehr von Außenseibern deutlich zeigte. Die „moderne“ Form der Beziehungsknüpfung durch die Kavalierstour und „gezielte“ Besuche mit Empfehlungsschreiben war längst zur Selbstverständlichkeit geworden.

Der Blick auf das Ganze des Reiches als politisch-soziales Gebilde kann angesichts des Beitrags von V. Press sehr knapp ausfallen und darf ungeachtet der „Störungen“ des Reformationszeitalters auf das späte Mittelalter und die frühe Neuzeit gemeinsam gerichtet bleiben. Unter den großräumigen Neuerungen, die die Thematik von Patronat und Klientel betrafen, war wohl der weiterhin wachsende Erfolg des Fürstentums und seiner Staatenwelt am wichtigsten. Durch die Reformation gewannen schließlich die Fürsten aller Konfessionen. Was ihnen in Gestalt des nichtfürstlichen Adels gegenüberstand, unterschied sich beiderseits der wichtigsten Konfessionsgrenze nicht prinzipiell; eher kann man von Phasenunterschieden in parallelen Entwicklungen sprechen. Hatte das 16. Jahrhundert des Adels, wenn so vereinfacht werden darf, gerade im Bereich gewichtiger sozialer Vorgänge eher ein bürgerliches Etikett getragen, insofern die Höhergeborenen von den Aktiveren lernten, so wurde das 17. Jahrhundert nach diesem „Lernprozeß“ wieder mehr ein adeliges Zeitalter. Im fortdauernden Dualismus der Reichsverfassung trat das Gewicht der großen, immer kompakter werdenden Fürstenstaaten nach vorn. Dem Kaiser verblieben die kleineren Adelsklienten

<sup>31</sup> Peter Moraw, Heidelberg: Universität, Hof und Stadt im ausgehenden Mittelalter, in: Studien zum städtischen Bildungswesen des späten Mittelalters und der frühen Neuzeit, hrsg. von Bernd Moeller u. a. (Göttingen 1983) 524–552 (Abh. der Akad. der Wiss. in Göttingen, Philol.-Hist. Kl. 3. F. 137).

<sup>32</sup> Wie Anm. 2 und 28.

<sup>33</sup> Sigrid Jabns, Brandenburg-Preußen im System der Reichskammergerichts-Präsentationen 1648–1806, in: Politische Ordnungen und soziale Kräfte im Alten Reich, hrsg. von Hermann Weber (Wiesbaden 1980) 169–202; dies., Die Universität Gießen und das Reichskammergericht, in: Academia Gissensis, hrsg. von Peter Moraw und Volker Press (Marburg 1982) 189–219.

spätmittelalterlichen Erbes vor allem im alten königsnahen Bereich, denen der Weg in die Staatlichkeit nur unvollkommen oder gar nicht geglückt war. Im 16. und im 17. Jahrhundert war damit noch beachtliche Kaiserpolitik zu machen und war auf seiten des Adels wegen der Stellenvermehrung und bei Rekatholisierungen einiges zu verdienen, vor allem im 18. Jahrhundert veraltete jedoch dieses System unaufhaltsam<sup>34</sup>

Auch innerhalb der größeren Territorien und erst recht dann, wenn der erfolgreiche Fürst mehrere Länder zu einem Komplex zusammenzuführen suchte, wurden die Beziehungen zwischen den Machträgern, das heißt auch vom Fürstenhof „nach unten“, unausweichlich komplizierter<sup>35</sup>. Der Beitrag von W. Blockmans zeigt dies auf dem Weg vom 13. zum 16. Jahrhundert im besonders hochentwickelten burgundischen Bereich sehr eindrücklich, andere Länder folgten mit entsprechender Phasenverschiebung. Die Entwicklung vollzog sich nicht gleichmäßig schnell, das Jahrhundert zwischen etwa 1450 und 1550 war besonders wichtig. Die wohl wichtigste Neuerung in den protestantisch gewordenen Territorien war die Verflechtung staatlicher und konfessioneller Existenz (man könnte auch sagen: konfessioneller und staatlicher Existenz) in Gestalt eines Amtsadels oder eines gehobenen bürgerlichen Beamtentums aus den ratsfähigen Familien der führenden Landesstädte, manchmal auch der benachbarten Reichsstädte. Die sozialen Prozesse innerhalb dieser Gruppen waren an Intensität kaum zu übertreffen; neben der maßgeblichen Verwandtschaft und Verschwägerung spielten aus der Sicht des Hofes und gegenüber Aufsteigern und Außenseitern auch Patronatsverhältnisse ihre Rolle. Für das mittelgroße Territorium der Landgrafschaft Hessen im 16. Jahrhundert berechnete man einen Kernverband von ungefähr 25 Familien, die württembergische „Ehrbarkeit“ wird bis zum großen Einschnitt von 1534 auf etwa sechzig Familien geschätzt. Bei sozialen Krisen, wie derjenigen, die auf 1534 folgte, steigerte sich natürlich die Vielfalt sozialer Prozesse, bis nach einiger Zeit wieder eine Beruhigung eintrat<sup>36</sup>.

<sup>34</sup> Volker Press, Führungsgruppen in der deutschen Gesellschaft im Übergang zur Neuzeit um 1500, in: Deutsche Führungsschichten in der Neuzeit (wie Anm. 6) 29–77; ders., Stadt und territoriale Konfessionsbildung, in: Kirche und gesellschaftlicher Wandel in deutschen und niederländischen Städten der werdenden Neuzeit, hrsg. von Franz Petri (Köln, Wien 1980) 251–296 (Städteforschung A 10); ders., Das römisch-deutsche Reich – ein politisches System in verfassungs- und sozialgeschichtlicher Fragestellung, in: Spezialforschung und „Gesamtgeschichte“, hrsg. von Grete Klingenstein und Heinrich Lutz (Wien 1981) 221–242 (Wiener Beitr. zur Geschichte der Neuzeit 8); ders., Soziale Folgen der Reformation in Deutschland, in: Schichtung und Entwicklung der Gesellschaft in Polen und Deutschland im 16. und 17. Jahrhundert, hrsg. von Marian Biskup und Klaus Zernack (Wiesbaden 1983) 196–243 (VSWG Beiheft 74).

<sup>35</sup> Peter Morau, Die Entfaltung der deutschen Territorien im 14. und 15. Jahrhundert, in: Landesherliche Kanzleien im Spätmittelalter (München 1984) 61–108 (Münchener Beiträge zur Mediävistik und Renaissance-Forschung 35).

<sup>36</sup> Karl E. Demandt, Amt und Familie, in: Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte 2 (1952) 79–133; Hansmartin Decker-Hauff, Die geistige Führungsschicht Württembergs, in: Beamtentum und Pfarrerstand 1400 bis 1800, hrsg. von Günther Franz (Limburg/Lahn 1972) 51–75 (Deutsche Führungsschichten in der Neuzeit 5). Zu den katholischen Verhältnissen z. B. Volker Press, Korbinian von Prielmair (1643–1707) (Ottenhofen 1978).

Dem in den folgenden Einzelbeiträgen kaum berührten Bereich der Universitäten ist etwas mehr Aufmerksamkeit zu widmen, zumal er für das Thema von Patronat und Klientel im Deutschland des 14./15. Jahrhunderts und der frühen Neuzeit sehr bemerkenswert ist. Die verhältnismäßig spät gegründeten deutschen Universitäten<sup>37</sup> waren seit dem Großen Schisma ihrem regionalen Umkreis in besonderer Weise verhaftet, die meisten waren in der Hand von Fürsten. Entgegen älteren Auffassungen steht heute fest, daß die Universität kein von der Umwelt abgesondertes, anderen Regeln als diese unterworfenes Gebilde gewesen ist. Der Weg in die Universität und das Verhalten innerhalb ihrer waren von den üblichen zeitgenössischen Sozialbeziehungen geprägt, unter welchen Patronat-Klientel-Verhältnisse eher deutlicher als anderswo hervortraten. Bezugspersonen waren Außenstehende wie Landesherren oder städtische Honoratioren, die sich mit der Vergabe von Stiftungsplätzen und Stipendien befaßten, vor allem aber auch die Magister, die für die „Familiae“ ihrer Studenten große Teile des Studiums bestimmten; diese und jene Klientelverhältnisse waren oft landsmannschaftlich unterbaut. Für die großen Herren waren die Juristen am interessantesten, die den ersten sozialen Rang einnahmen; die Hinwendung des Adels zur Universität, besonders im 16. Jahrhundert, vollzog sich in diesem Bereich. Was die Universitätslehrer betraf, so bezeichneten nach den durch ehelose Kleriker geprägten Anfängen die Legisten und Mediziner des 15. Jahrhunderts, die sich zu verheirateten begannen, etwas Neues: die Anfänge jener „Kastenbildung“, die in der frühneuzeitlichen protestantischen Familienuniversität<sup>38</sup> gipfelte. Diese geriet ebenso in die Hand von jeweils wenigen „Universitätsfamilien“, wie der Territorialstaat den Beamten Sippen anheimfiel. Während die Universität als ganze wenigstens zeitweise als sozial eher dynamisches Element aufgefaßt werden kann, zielten die Verhaltensregeln in der Zone sozialer Verdichtung der Universitätsfamilien auf das Beharren ab.

Die protestantische Universität der frühen Neuzeit (seit Marburg 1527) war mit den territorialen Beamtenfamilien aufs engste verbunden. Zugleich wirkte sie am Entstehen einer von diesen stark beeinflussten, sozial darunter angesiedelten neuen Großgruppe entscheidend mit: der protestantischen Pfarrerschaft. Sie neigte in ähnlicher Weise zur oligarchischen Verfestigung, verwirklichte diese jedoch nach unten hin nicht gänzlich. Schon infolge des weitverbreiteten Stipendiatenwesens kamen immer neue Kräfte hinzu, die bei der Rekrutierung häufig durch kleine lokale Kollegien im Territorium und dann in der Stipendiatenanstalt der Universität der Patronage klassische Betätigungsfelder boten; die Position des Ephorus der Stipendiatenanstalt war eine der einflußreichsten und begehrtesten. Ein typischer Aufstiegsvorgang innerhalb der Universität führte von der Lehrerstelle am vorgeschalteten Pädagogium in die immer noch unterste Fakultät, die Philosophische, innerhalb ihrer von einer schlechte-

<sup>37</sup> *Peter Moraw*, Aspekte und Dimensionen älterer deutscher Universitätsgeschichte, in: *Academia Gissensis*, 1–43; *Rainer C. Schwinges*, Deutsche Universitätsbesucher im 14. und 15. Jahrhundert (Wiesbaden 1986).

<sup>38</sup> *Peter Moraw*, Kleine Geschichte der Universität Gießen 1607–1982 (Gießen 1982) 42 ff.

<sup>39</sup> *Ders.*, Humboldt in Gießen, in: *Geschichte und Gesellschaft* 10 (1984) 47–71.

ren zu einer besseren Professur und dann auf einen Lehrstuhl in einer der höheren Fakultäten. Das hohe Maß von Ungleichheit rief auch hier nach dem Patronat und machte die Position des „starken Mannes“ möglich, der organisatorisch, sozial und schließlich auch biologisch der Vater einer Universität werden konnte, wie der Theologe Balthasar Mentzer I. im frühen 17. Jahrhundert in Gießen. In jeder Generation kam der eine oder andere Außenseiter hinzu, der zumeist durch Heirat integriert wurde und damit den Familienverband auffrischte. Jenes konnte durch Patronage vom Hofe her bewerkstelligt werden, wo zum Beispiel die eine Partei den Pietismus gegen die Orthodoxie fördern mochte, oder umgekehrt. Das aufgeklärte 18. Jahrhundert fügte die Figur der wissenschaftlichen Autorität hinzu, die von einer führenden Universität wie Göttingen auf andere Hohe Schulen hinauswirkte und ihre Klienten-Schüler verteilte. An der Wende zum 19. Jahrhundert und danach „regierten“ in dieser Form schon „Könige der Wissenschaft“, zumal die beiden Humboldt oder auch Liebig. Hier wenigstens ist erkennbar, wann und wodurch die alte Gesellschaft beendet wurde, so daß in der Universität der Wissenschaftler an die Stelle des Gelehrten trat: durch den allgemeinen Wandel des 19. Jahrhunderts, das vielfach gänzlich neue Rahmenbedingungen schuf und unter anderem die alten lokal-regionalen Gefüge durch eine wenigstens prinzipiell sprachgebietsweite Auslese nach neuen Gesichtspunkten ablöste<sup>39</sup>

Von der letzten wichtigen „Bühne“ der Patronat-Klientel-Verhältnisse, der Stadt, braucht angesichts des Beitrags von W. Reinhard nur kurz die Rede zu sein. Für diese dichten und engen Räume wird der europäische Vergleich besonders lohnend sein. Er könnte etwa in Anlehnung an die Forschungen von H. Heers<sup>40</sup> von den höchstentwickelten Gebieten im Süden und Westen des Kontinents ausgehen und zur Mitte vorstoßen. Hier freilich trifft Heers' so attraktive Frage nach den Adelparteien, ihren Konflikten und ihrer Patronage schon infolge von Quellenschwierigkeiten auf eine vorerst ungewisse Situation<sup>41</sup>, der sich die Spezialforschung annehmen muß. Die Reformationsgeschichte bietet sicherlich das allgemein-historisch wichtigste Untersuchungsfeld städtischer Parteienbildung. Ungeachtet einer im großen gesehen überdurchschnittlichen Dokumentation stehen in entscheidenden Fällen weiterhin Überlieferungsprobleme im Weg. Hier kann die Sozialtopographie einspringen, da es offenbar Bedeutung hat, wenn die Partei der Welser im Augsburg des 16. Jahrhunderts ebenso im Stadtbild nachbarschaftlich erkennbar wird wie im Brünn des 14. Jahrhunderts die führenden Glieder desjenigen oben erwähnten Personenverbandes, der das luxemburgische Kanzleramt zu monopolisieren suchte. Ein anderes Thema unter einer ganzen Anzahl denkbarer weiterer ist das Hinauswirken der Stadt auf das Umland,

<sup>39</sup> Jacques Heers, *Le clan familial au moyen âge* (Paris 1974).

<sup>41</sup> Jean Schneider, *La ville de Metz au XIIIe et XIVe siècles* (Nancy 1950) 121, G. Weil, *Origine du patriciat strasbourgeois aux XIIIe et XIVe siècles. Les lignages Zorn et Mullenheim*, in: *Bulletin philologique et historique (jusqu'au 1610) du Comité des travaux historiques et scientifiques* 1 (1969) 257–302 bes. 288 f.; Hartmut Boockmann, *Spätmittelalterliche deutsche Stadt-Tyrannen*, in: *Bll. für deutsche Landesgeschichte* 119 (1983) 73–91.

wo zum Beispiel der großstädtische Verleger kleinstädtische und dörfliche Handwerker zu Klienten machen mochte<sup>42</sup>.

Die modernste, schon eine Grenzsituation darstellende Form eines Patronat-Klientel-Verhältnisses brachten die innenpolitischen Bedingungen der Spätphase des Alten Reiches hervor. Ohne daß die Komponente des Fürstlich-Persönlichen ganz geschwunden wäre, trat das Abstrakt-Politische nun deutlich nach vorn. Die neuen Rahmenbedingungen waren das Mächteeuropa des 18. Jahrhunderts und innerhalb seiner der deutsche Dualismus Österreich–Preußen. Der Beitrag v. Aretins zeigt, daß eine für ältere Jahrhunderte erprobte Fragestellung variiert zu wesentlichen neuen Ergebnissen führen kann. Darüber hinaus stellt sich noch einmal die langwährende, jetzt veraltende, von der deutschen Forschung wegen ihrer verschiedenartig gebrochenen historiographischen Traditionen sicherlich zu wenig gewürdigte Kontinuität des Verfassungslbens im Reich dar. Das soziale Leben war unablässig hincingeflochten.

Wenn das alteuropäische Zeitalter der deutschen Geschichte – wie es in diesem Kolloquium geschehen sollte – anhand einer Frage verhältnismäßig hohen Abstraktionsgrades durchmustert wird, bietet sich ein den Systematiker beängstigendes, ja abstoßendes Bild außerordentlicher Vielfalt – erst recht wenn man sich eingesteht, daß die hier angesprochenen Konkretionen sehr unvollständig sind. Der Historiker jedoch ist geneigt, aus dieser Not eine Tugend zu machen, und wird sagen: Wenn Antworten auf jene abstrakte Frage fruchtbar erscheinen sollen, müssen sie an die konkrete Wirklichkeit zurückgebunden werden. Ein möglicher Ertrag dieses Versuchs sollte demnach am wenigsten im definitiven Bereich aufzufinden sein und auch nicht so sehr der Korrektur späterer Lexikonartikel über Patronat und Klientel durch Vermehrung ihrer Beispielsammlung dienen. Wichtiger sind zwei andere Punkte: Die Ergänzung und Bereicherung des Instrumentariums des Historikers für die angesprochenen und für weitere Fälle der deutschen Geschichte und eine Dienstleistung für den übergreifenden europäischen Vergleich von Gesellschaften, dem sich kommende Bestrebungen stellen mögen. Parallel gestellte Fragen und das eine oder andere konkret vergleichbare Datum und Faktum könnten ihn erleichtern. Der damit vielleicht verbundenen Gefahr, daß ganz Europa das vorläufige Endziel seiner Geschichte im modernen Staat erblickt, der Patronage und Klientel endlich zähmen möchte, mag einst ein anderes Münchener Kolloquium entgegenwirken.

<sup>42</sup> *Wolfgang von Strömer*, Verflechtungen oberdeutscher Wirtschaftszentren am Beginn der Neuzeit, in: *Die Stadt an der Schwelle zur Neuzeit*, hrsg. von *Wilhelm Rausch* (Linz 1980) 21–40, bes. 31.

## Patronat und Klientel im Heiligen Römischen Reich

Wenn von Patronat und Klientel im Alten Reich die Rede ist, so ist dies ein ungewöhnliches Thema<sup>1</sup>. Dies hängt zum einen mit der stark rechtsgeschichtlichen Tradition der Betrachtung des Reichsverbandes zusammen. Die Normen, die durch den Westfälischen Frieden von 1648 noch einmal formuliert und fixiert wurden und danach der Interpretation der Reichs- und Territorialjuristen ein weites Feld boten, haben auch die nachfolgende Verfassungsgeschichte bestimmt. Man wird darauf nicht verzichten können, aber hinter diesem Normensystem steht doch ein sehr komplexes politisches System, das – wie wäre es in Alteuropa anders möglich? – auch von Patronats- und Klientelbeziehungen gestützt wurde, die freilich wiederum von dem Geflecht der rechtlichen Beziehungen des Reichsverbandes reguliert wurden. Man wird daher das eine vom andern nicht trennen können – wenn etwa Lehensbeziehungen sich untrennbar mit Klientelbildungen amalgamierten, so hatte dies rechtliche Vorgaben. Der einzelne Adelige hatte oft mehrere Herren, aber die Orientierung auf einen Hof bedeutete sehr häufig die Vernachlässigung des zweiten Lehensherrn, d. h. eines anderen Hofes. Peter Moraw<sup>2</sup> und der Verfasser<sup>3</sup> haben auf diese grundlegenden Ge-

<sup>1</sup> Für freundliche Hilfe habe ich den Herren Ernst Böhme, Manfred Rudersdorf und Werner Hubig (alle Tübingen) zu danken. Die folgenden Untersuchungen beruhen zum großen Teil auf den Beobachtungen bei eigenen Forschungen, da das Problem im deutschen Raum erst am Anfang seiner Diskussion steht. Vgl. den Beitrag von Peter Moraw in diesem Band. Gelegentlich wurde die Berechtigung der Anwendung des Modells von Patronat und Klientel auf die Zustände im Alten Reich unter Hinweis auf die rechtliche Fixierung in der Antike in Frage gestellt. Vgl. *Winfried Becker*, Reformation als Revolution. Die Reformation als Paradigma historischer Begriffsbildung, frühneuzeitlicher Staatswerdung und moderner Sozialgeschichte (Katholisches Leben und Kirchenreform im Zeitalter der Glaubensspaltung 34, Münster <sup>2</sup>1983) 120–122.

<sup>2</sup> *Peter Moraw* und *Volker Press*, Probleme der Sozial- und Verfassungsgeschichte des Heiligen Römischen Reiches im späten Mittelalter und der frühen Neuzeit (13.–18. Jahrhundert), in: *ZHF* 2 (1975) 95–107; *Peter Moraw*, Landesgeschichte und Reichsgeschichte, in: *Jahrbuch für Westdeutsche Landesgeschichte* 3 (1977) 175–191; *ders.*, Franken als königsnaher Landschaft im späten Mittelalter, in: *Blätter für deutsche Landesgeschichte* 112 (1976) 123–138; *ders.*, Hessen und das deutsche Königtum im späten Mittelalter, in: *Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte* 26 (1976) 43–95.

<sup>3</sup> *Volker Press*, Adel, Reich und Reformation, in: *Wolfgang J. Mommsen* (Hrsg.), *Stadtbürgertum und Adel in der Reformation. Studien zur Sozialgeschichte der Reformation in England und Deutschland* (Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts London 5, Stuttgart 1979) 330–383; *ders.*, Stadt und territoriale Konfessionsbildung, in: *Franz Petri* (Hrsg.), *Kirche und gesellschaftlicher Wandel in deutschen und niederländischen Städten der werdenden Neuzeit* (Städteforschung A 10, Wien, Köln, Graz 1980) 251–296.

gebenheiten hingewiesen – Wolfgang Reinhard<sup>4</sup> hat immer wieder eindringlich die zentrale Bedeutung von Beziehungsgeflechten für die altständische Gesellschaft betont.

Es ist noch auf ein weiteres hinzuweisen; derartige Klientelbeziehungen waren oft von sehr langfristiger Dauer, banden Adels- oder Bürgerfamilien auf Generationen an einen bestimmten Patron. Auch das war typisch für die altständische Gesellschaft – Eingriffe in solche festgefühten Klientelbeziehungen konnten in hohem Maße Konflikte produzieren, ebenso wie Ansätze zu neuen Klientelsystemen, die zwangsläufig mit älteren kollidieren mußten. So hat ein Ereignis wie die Reformation notgedrungen traditionelle Strukturen tangiert und auch neue kreiert<sup>5</sup>. Dabei ist festzuhalten, daß nur schwer Politik gemacht, nur schwer Gelder transferiert, nur schwer Informationen weitergegeben werden konnten ohne solche Klientelbeziehungen. Die Fuggersche Klientel in Augsburg<sup>6</sup>, in Oberschwaben, im Reich, gefördert durch Stipendien, macht dies sehr deutlich – sie ragte in die Kanzleien des Kaisers und namhafter deutscher Fürsten und gewann erheblichen Einfluß<sup>7</sup>.

An dieser Stelle sollen vor allem die spezifischen Formen von Patronat und Klientel im Heiligen Römischen Reich diskutiert werden, d.h. unter den besonderen Bedingungen des Territorialstaates und einer immer stärker juridifizierten Verfassungsstruktur. Natürlich gab es auch im Reich und seinen Territorien die auch anderswo typischen Formen von Patronage und Klientelbildung – den Höfling, von seiner Familie umgeben, den Hocharistokraten mit seinem niederadeligen Umfeld, auch Klöster oder sonstige Korporationen in einer Stadt, deren Anhang alle Interpretationsversuche altständischer Gesellschaftsformen nach modernen Schichtungsmodellen so überaus schwierig macht. Hinzu kam die Protektion von Mitgliedern des eigenen grundherrschaftlichen Verbandes bei Hofe und in den neu entstehenden Armeen.

Wichtig und direkt mit der territorialen Entwicklung zusammenhängend erscheint zunächst die Ausbildung einer bürgerlichen Beamtenschaft, die vielfach die Territo-

<sup>4</sup> Wolfgang Reinhard, *Freunde und Kreaturen. „Verflechtung“ als Konzept zur Erforschung historischer Führungsgruppen* (Schriften der philosophischen Fachbereiche der Universität Augsburg 14, München 1979); *ders.*, *Papstfinanz und Nepotismus unter Paul V. (1605–1621). Studien und Quellen zur Struktur und zu quantitativen Aspekten des päpstlichen Herrschaftssystems*, 2 Bde. (Päpste und Papsttum 6/I–II, Stuttgart 1974); *ders.*, *Papa Pius. Prolegomena zu einer Sozialgeschichte des Papsttums*, in: *Von Konstanz nach Trient. Festgabe für August Franzen* (Paderborn 1972) 261–299; *ders.*, *Der Aufstieg des Hauses Borghese 1537–1621*, in: *Quellen und Forschungen aus italienischen Archiven und Bibliotheken* 54 (1974) 328–427; *ders.*, *Herkunft und Karriere der Päpste 1417–1963. Beiträge zu einer historischen Soziologie der römischen Kurie*, in: *Mededelingen van het Nederlandse Historisch Instituut te Rome* 38 (1976) 87–108. Vgl. auch seinen Beitrag in diesem Band.

<sup>5</sup> Dazu demnächst: Volker Press, *Die Territorialstruktur des Reiches und die Ausbreitung der Reformation*, in: *Festschrift Rainer Wohlfeil*.

<sup>6</sup> Olaf Mörke, *Die Fugger im 16. Jahrhundert. Städtische Elite oder Sonderstruktur? – Ein Diskussionsbeitrag*, in: *Archiv für Reformationsgeschichte* 74 (1983) 141–162. Grundsätzlich zur Familie Fugger: *Götz Freiherr von Pölnitz, Die Fugger* (Frankfurt 1960); *ders.*, *Jakob Fugger*, 2 Bde. (Tübingen 1949/51); *ders.*, *Anton Fugger*, 4 Bde. (Tübingen 1958/71).

<sup>7</sup> Eine zusammenfassende Studie über die Fuggerschen Stipendiaten wäre ein dringendes Desiderat der Forschung.

rien erfaßte und sehr schnell untereinander verflochten wurde<sup>8</sup>. Sie hat sich, dank der Parallelität familiärer und konfessioneller Entwicklungen, in der Regel mit dem Glaubensstand des jeweiligen Territoriums in besonders hohem Maße identifiziert – dabei ist die katholische Seite der evangelischen nachgefolgt. Die evangelische Entwicklung ist ohne die Patronage durch führende Reformatoren nicht zu verstehen. So war Luther einer der erfolgreichsten Patrone der deutschen Geschichte – durch die Empfehlung von Pfarrern –, ohne daß er die ihm hier zugewachsenen Möglichkeiten auch nur entfernt ausnutzen konnte, sei es durch die Grenzen der eigenen Kraft, sei es wegen des spezifischen Zusammenhalts der Territorien oder der Städte, in die die Empfohlenen gingen<sup>9</sup>. Eine offenkundig nicht weniger planmäßige Patronagepolitik haben zwei Generationen später die Jesuiten betrieben, die in hohem Maße die Beamten-schaften von katholischen Territorien prägten – und sich dadurch auch ihren Einfluß sicherten<sup>10</sup>. Freilich unterlagen diese Gruppen stets einem schnellen Verfestigungs- und Oligarchisierungsprozeß, da sie rasch eine starke Resistenz gegen neue Aufsteiger ausbildeten. Die Karrieren dieser Gruppen waren sehr oft durch wechselseitige Patronage bestimmt, ebenso wie die Aufnahme in diese Familienverbände bis zur Formalisierung der Prüfungen im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert – auch wenn diese Bewegungen durch oligarchische Verfestigung zunehmend geringer wurden<sup>11</sup>. Im-

<sup>8</sup> *Volker Press*, Stadt und territoriale Konfessionsbildung (wie Anm. 3). Für die spätere Zeit: *Bernd Wunder*, Die Sozialstruktur der Geheimratskollegien in den süddeutschen protestantischen Fürstentümern (1660–1720), in: VSWG 58 (1971) 145–220; *ders.*, Privilegierung und Disziplinierung. Die Entstehung des Berufsbeamtentums in Bayern und Württemberg (1780–1825) (Studien zur modernen Geschichte 21, München 1970).

<sup>9</sup> Bezeichnenderweise ist dieses Problem noch niemals systematisch untersucht worden.

<sup>10</sup> *Bernhard Dubr*, Die Jesuiten an den deutschen Fürstenhöfen des 16. Jahrhunderts (Freiburg/Br. 1901); *ders.*, Geschichte der Jesuiten in den Ländern deutscher Zunge 1 und 2. 1.2 (Freiburg/Br. 1907/13), 3 u. 4 (München/Regensburg 1921/28); *Rainer A. Müller*, Universität und Adel. Eine soziostrukturelle Studie zur Geschichte der bayerischen Landesuniversität 1472–1648 (Ludovico Maximiliana 7, Berlin 1974); *Joseph Kuckhoff*, Geschichte des Gymnasium tricornatum. Ein Querschnitt durch die Geschichte der Jugenderziehung in Köln vom 15. bis zum 18. Jahrhundert (Veröffentlichungen des Rheinischen Museums zu Köln 1, Köln 1931).

<sup>11</sup> Sehr deutlich in der bayerischen Beamten-schaft: *Maximilian Lanzinner*, Fürst, Räte und Landstände. Die Entstehung der Zentralbehörden in Bayern 1511–1598 (Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte 61, Göttingen 1979); *Reinhard Heydenreuter*, Der landesfürstliche Hofrat unter Herzog und Kurfürst Maximilian I. von Bayern (1598–1651) (Schriftenreihe zur bayerischen Landesgeschichte 72, München 1981). Eine Fundgrube dazu: *Georg Ferchl*, Bayerische Behörden und Beamte (1550–1804), in: Oberbayerisches Archiv 53 (1908–1912), 64 (1925). Ähnlich stellt sich die Entwicklung auf evangelischer Seite in Hessen und in Württemberg dar: *Karl Ernst Demandt*, Amt und Familie, in: Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte 2 (1952) 79–133; *Kurt Dülfer*, Fürst und Verwaltung. Grundzüge der hessischen Verwaltungsgeschichte vom 16. zum 18. Jahrhundert, in: Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte 3 (1953) 150–223; *Wolfgang Metz*, Zur Sozialgeschichte des Beamtentums in der Zentralverwaltung der Landgrafschaft Hessen-Kassel bis zum 18. Jahrhundert, in: Zeitschrift des Vereins für Hessische Geschichte und Landeskunde 67 (1956) 138–148; *Albrecht Eckhardt*, Beamte und Diener der Zentral- und Hofverwaltung Hessen-Darmstadt 1704–1728, in: Hessische Familienkunde 9 (1968) 29–44. Zu Württemberg: *Walther Bernhardt*, Die Zentralbehörden des Herzogtums

merhin kann man sagen, daß die Formalisierung der Berufslaufbahnen seit dem 18. Jahrhundert diese traditionellen Formen der Patronage keineswegs sogleich beendete.

Es war freilich nach wie vor in der Regel der Adel, der Chancen bei Hofe zu vergeben hatte – der Aufstieg bürgerlicher Beamter leitete seit dem 15. Jahrhundert einerseits die Entwicklung einer neuen, mit dem Adel konkurrierenden Gruppe ein. Andererseits wurde durch den Adel mit Hilfe überkommener Positionen und Förderungstechniken auch in diese neuen Gruppen hineinprotegiert. Der führende bayerische Politiker unter dem früheren Kurfürsten Max Emanuel von Bayern, Korbinian (Freiherr) von Prielmair (1643–1707)<sup>12</sup>, nahm seinen Aufstieg vom Erdinger Tagelöhnersohn durch die doppelte Protektion der Grafen von Rechberg und der Jesuiten. Freilich konnte ursprüngliche Adelsprotektion auch durch die weiteren Entwicklungen verkehrt werden. Nicht selten wandte sich der Klient am Ende seiner Karriere gegen den Patron – ein Extremfall war der fuggerische Stipendiat Abraham Kolbinger, ein Augsburgener, der von den Fugger in die Dienste Graf Joachims von Ortenburg, eines Verwandten, empfohlen wurde und mit diesem dann die Hinwendung zum Luthertum und zum reformierten Bekenntnis mitmachte. Nachdem Kolbinger als Präzeptor und Prozeßvertreter gegen Bayern beim Reichskammergericht in ortenburgischen Diensten tätig gewesen war, wurde er von seinem Herrn in die Dienste des reformierten Pfälzer Kurfürsten protegiert, in denen er sich nun aber gegen den alten Patron Graf Joachim wandte, als das schwäbische Original zeitweilig die Fäden der Pfälzer Politik in der Hand hatte<sup>13</sup>.

Die Patronage konnte aber auch territorienübergreifend sein – man suchte sich bei politischen Freunden den Einfluß zu sichern, indem man Beamte empfahl oder einsetzte – oder nach Vormundschaften hinterließ; das war nicht nur in der Gegenreformationszeit ein wichtiges Mittel, das etwa Bayern bei seinen badischen Vormundschaften anzuwenden verstand<sup>14</sup>. Der Kaiser oder deutsche Landesfürsten, an ihrer Spitze wiederum Bayern, manövierten ihre Parteigänger in die Dom- und Stiftskapitel, wo sie zu Informanten und bei Wahlen auch zu Votanten im Sinne des Patrons

Württemberg und ihre Beamten 1520–1629, 2 Bde. (Stuttgart 1973); *Irmgard Kotbe*, Der Fürstliche Rat in Württemberg im 15. und 16. Jahrhundert (Stuttgart 1938); *Irmgard Lange-Kotbe*, Zur Sozialgeschichte des Fürstlichen Rates in Württemberg im 15. und 16. Jahrhundert, in: VSWG 33 (1940) 237–267. – Zu den welfischen Territorien im 18. Jahrhundert: *Joachim Lampe*, Aristokratie und Staatspatriziat in Kurhannover. Die Lebenskreise der höheren Beamten in den kurhannoverschen Zentral- und Hofbehörden, 2 Bde. (Göttingen 1963).

<sup>12</sup> *Volker Press*, Korbinian von Prielmair (1643–1707). Bedingungen, Möglichkeiten und Grenzen des sozialen Aufstiegs im barocken Bayern (Ottenhofen 1978).

<sup>13</sup> *Volker Press*, Calvinismus und Territorialstaat. Regierung und Zentralbehörden der Kurpfalz 1559–1611 (Kieler Historische Studien 7, Stuttgart 1970) 347–351 und öfter.

<sup>14</sup> *Friedrich von Weech*, Badische Geschichte (Karlsruhe 1890) 150–153; *Karl Franz Reinking*, Die Vormundschaften der Herzöge von Bayern in der Markgrafschaft Baden im 16. Jahrhundert (Historische Studien 284, Berlin 1935); *Horst Bartmann*, Die Kirchenpolitik der Markgrafen von Baden-Baden 1535–1622 (Freiburger Diözesanarchiv 81, Freiburg 1961); *Helmut Steigelmann*, Der Geistliche Rat in Baden-Baden und seine Protokolle von 1577 bis 1584 (Stuttgart 1962).

werden konnten<sup>15</sup>. Auf diese Frage wird zurückzukommen sein – die zentralen Fragestellungen sollen jedoch den Patronats-Klientel-Beziehungen unter den Bedingungen der Territorialstruktur des Alten Reiches gelten – also jener Besonderheit, die das Reich von anderen europäischen Ländern unterschied. Dabei wird zunächst auf die Territorien, gelegentlich auf die Städte, dann vor allem auf den Kaiser einzugehen sein.

Der Prozeß der Territorialisierung verlief in den einzelnen Teilen Deutschlands unterschiedlich in Geschwindigkeit und Intensität, aber auch in den Formen, stärker im Norden und Osten des Reiches als im Westen und Süden, anders jeweils, was die regionale Gestalt adeliger Herrschaft angeht. Dort, wo geschlossene Flächenstaaten entstanden, war die Situation relativ einfach. Der Landesherr konnte sich auf weiten Strecken gegen den Adel durchsetzen; er tangierte zwar dessen lokale Stellung in der Regel nicht, vermochte jedoch meist, seine Konfession zum Erfolg zu bringen, wenn auch öfter nach langen Auseinandersetzungen. Die Beziehungen des Adels zum Hof und zur Regierung der deutschen Landesstaaten unterlagen den auch anderswo üblichen Gesetzen von Patronat und Klientel, wobei sowohl bei adeligen, bei neuadeligen wie auch bei bürgerlichen Familien eine Tendenz zur Oligarchisierung spürbar wurde. Die Herzöge von Jülich-Cleve-Berg, die Welfen, die Holsteiner, die Mecklenburger, die Pommern, die brandenburgischen Zollern und die sächsischen Wettiner hatten einen relativ geschlossenen Landesstaat erreicht, für die Kontrolle und Einbeziehung der nahen Bistümer freilich spielte der Landadel des Nachbarn eine beträchtliche Rolle. Neben Schutzrechten gewann so die landesfürstliche Klientelbildung in den Domkapiteln zur Integration der geistlichen Gebiete eine beträchtliche Rolle<sup>16</sup>. Dies galt übrigens auch für den Übergang der norddeutschen Bistümer zur Reformation.

Anders stand es in den alten Kerngebieten des Reiches, wo die Staatsbildung gebremst war und in zahlreiche kleine Territorialeinheiten gerann – neben den großen Landesstaaten behaupteten sich Reichsprälaten, Reichsgrafen, Reichsritter und Reichsstädte von mehr oder minder großer Bedeutung. Sie erhielten ihre Reichsunmittelbarkeit, aber sie waren nicht stark genug, als daß sie nicht fast zwangsläufig dem Prozeß einer Klientelbildung unterlagen – in jene Gegenden, die als weiße oder bunte Flecken auf der Landkarte wegen ihrer Kleinkammerung erscheinen, suchte der Stär-

<sup>15</sup> Beim Kaiser bedeuteten die ersten Bitten, also die Besetzung der ersten vakanten Pfründe, eine solche Möglichkeit. Zu Bayern. *Manfred Weitlauff*, Die Reichskirchenpolitik des Hauses Bayern im Zeichen gegenreformatorischen Engagements und österreichisch-bayerischen Gegensatzes, in: *Hubert Glaser* (Hrsg.), *Wittelsbach und Bayern 2/1: Um Glauben und Reich* (München 1980) 48–76. Beispielhaft: *ders.*, Kardinal Johann Theodor von Bayern (1703–1763), Fürstbischof von Regensburg, Freising und Lüttich. Ein Bischofsleben im Zeichen der bayerischen Reichskirchenpolitik (Beiträge zur Geschichte des Bistums Regensburg 4, Regensburg 1970).

<sup>16</sup> Beispiel für Gegenkräfte: *Peter Brunner*, Nikolaus von Amsdorf als Bischof von Naumburg (Schriften des Vereins für Reformationgeschichte 179, Gütersloh 1961); vgl. auch: *Peter Michael Hahn*, Kirchenschutz und Landesherrschaft in der Mark Brandenburg im späten 15. und frühen 16. Jahrhundert, in: *Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands* 28 (1979) 179–220; *Peter Moraw* u. *Volker Press*, Geistliche Fürstentümer, in: *Theologische Realenzyklopädie* 11 (1983) 711–719; *Press*, Adel (wie Anm. 3).

kere mit seinen Mitteln einzudringen. Dabei haben Patronats- und Klientelbildungen eine zentrale Rolle gespielt.

Für die Anbindung gewannen die Höfe eine entscheidende Bedeutung. Lehensbeziehungen, Dienstverhältnisse und Schutzverträge bildeten den rechtlichen Hintergrund und wiesen den Weg für die Lösung schwieriger Probleme – wobei in der Regel bei Mehrfachbeziehungen eine Entscheidung getroffen werden mußte<sup>17</sup>. Dabei spielte freilich andererseits die verständliche Neigung der adeligen Familien eine Rolle, sich doppelt abzusichern oder sich die Optionen offenzuhalten, die eng mit den genannten Mehrfachbeziehungen zusammenhingen. Brüder gingen in unterschiedliche Dienste bei zwei Landesherren, etwa gleichzeitig in hessisch-darmstädtische oder brandenburgisch-ansbachische. Allerdings wurden auch hier durch zwei Vorgänge die Möglichkeiten der Adelligen, in die Klientel eines Landesfürsten einzurücken, eingeschränkt – der Juridifizierungsprozeß der Reichsverfassung hat teils Patronats- und Klientelverhältnisse gefestigt, teils aber zu stärker formalisierten zwischenstaatlichen Beziehungen weiterentwickelt; die Spontaneität und Vielfalt der Möglichkeiten wurde dadurch immer weiter beschnitten; dies wurde wohl in noch viel höherem Maße durch den Konfessionalisierungsprozeß herbeigeführt, der vielfach Alternativen abschnitt, schon durch die Einschränkung des Connubiums. Von der wechselnden Rolle des Kaisers wird am Ende die Rede sein.

Ein auf Lehens- und Schutzbeziehungen gestütztes Klientelsystem hat vor allem in den Kerngebieten des Reiches die politische Landschaft strukturiert – in hohem Maße hat der Pfalzgraf solche Herrschaftstechniken angewandt. Die Heidelberger Kurfürsten des 14. und 15. Jahrhunderts konnten am oberen und niederen Rhein ein richtiges Satellitensystem entwickeln, das durch ihre quasi-königliche Rolle geprägt war und durch die Würde König Ruprechts (König 1400–1410) und die Energie Kurfürst Friedrichs des Siegreichen (1451–1476) kräftige Entwicklungsschübe erhalten hat<sup>18</sup>. Die Attraktion des Heidelberger Hofes stand neben den Schutzbeziehungen, durch die der Deutschmeister, die Bischöfe von Speyer und Worms, die gleichnamigen Reichsstädte nebst Wimpfen an die Pfalz angebunden waren. Der Adel aus einem sehr weiten Umkreis ging gern nach Heidelberg – eine überlegene Konkurrenz zu Pforzheim, Darmstadt, Ansbach, Stuttgart, von den geistlichen Höfen der Satelliten Worms

<sup>17</sup> Zum Beispiel der Reichsritterschaft. *Volker Press*, Die Reichsritterschaft im Reich der frühen Neuzeit, in: *Nassauische Analen* 87 (1976) 101–122; *ders.*, Reichsritterschaften, in: *Kurt G. A. Jersich, Hans Pohl, Georg-Christoph von Unruh* (Hrsg.), *Deutsche Verwaltungsgeschichte* 1 (Stuttgart 1983) 679–689.

<sup>18</sup> *Peter Moraw*, Beamtentum und Rat König Ruprechts, in: *ZGO* 116 (1968) 59–126; *ders.*, Kanzlei und Kanzleipersonal König Ruprechts, in: *Archiv für Diplomatik* 15 (1969) 428–531; *Karl Heinz Spieß*, Lehnsrecht, Lehnspolitik und Lehnordnung der Pfalzgrafen bei Rhein im Spätmittelalter (Geschichtliche Landeskunde 18, Wiesbaden 1978); *Henry J. Cohn*, *The Government of the Rhine Palatinate in the fifteenth Century* (Oxford 1965); *Richard Lossen*, Staat und Kirche in der Pfalz im Ausgang des Mittelalters (Vorreformationsgeschichtliche Forschungen 3, Münster/Westf. 1907); *Max Steinmetz*, Die Politik der Kurpfalz unter Ludwig V. (1508–1544), Teil I: Die Grundlagen. Die Zeit vor der Reformation (Diss. masch., Freiburg 1942); *Volker Press*, Bayerns wittelsbachische Gegenspieler – Die Heidelberger Kurfürsten von 1505–1685, in: *Glaser* (Hrsg.), *Um Glauben und Reich* (wie Anm. 15) 24–39.

und Speyer ganz zu schweigen, die durchweg von Pfälzer Klienten besetzt waren, welche auch in die entsprechenden Domkapitel einrückten. Die Sogkraft des Pfälzer Hofes reichte auch in die oberdeutschen Reichsstädte, deren studierte Bürgersöhne gern Pfälzer Dienste suchten – sie waren es, die dann entscheidenden Anteil an der Hinwendung der Pfalz zum reformierten Bekenntnis nahmen.

Das Zerbrechen des Pfälzer Systems mag ex negativo das Funktionieren eines Klientelsystems beleuchten. 1505 scheiterte das Satellitensystem Heidelbergs in der Katastrophe des Landshuter Krieges, der Verlust der Außenbastionen, vor allem der Landvogtei im Elsaß, manövrierte weite Teile des bislang auf Heidelberg orientierten Adels an die Peripherie. Dennoch blieb der pfalzgräfliche Hof ein „Paradies des Adels“ – aber die Verbürgerlichung und Verwissenschaftlichung der Regierungsstellen und die damit einsetzende Politik nach dem neuen Prinzip der Territorialisierung zerstörte allmählich das Verhältnis zum Adel. Hinzu kam schließlich seit den 1560er Jahren die Option der Kurfürsten für das reformierte Bekenntnis, die der reichsunmittelbare Adel aus legalen Gründen nicht mitzumachen vermochte<sup>19</sup>.

Diese Auseinandersetzungen eskalierten in den 1580er Jahren zu schweren Konflikten. All jene Familien, die bislang den Heidelberger Hof bevölkert hatten, waren nun ausgeschlossen – der Verlust traditioneller Versorgungsmöglichkeiten stand neben der Bedrohung, die die territorialen Ansprüche der Pfalz gegenüber dem Adel für dessen Reichsunmittelbarkeit bedeuteten. Aber auch für die Pfälzer war diese Situation bedrohlich, denn der entvölkerte Hof wirkte prestigemindernd und die Distanz zu den adeligen Vasallen konnte in Krisenzeiten bedrohliche Situationen heraufführen. So gab es starke Anläufe, die Spannungen wieder zu bereinigen – aber es blieben die Reserven gegen den überwiegend lutherischen Adel, der im Ernstfall schwerlich das reformierte Bekenntnis verteidigen würde, sondern eher als eine Art fünfter Kolonne im reformierten Territorium wirken mußte. Dies wiederum führte in der Spannungszeit nach 1600 zu einer neuerlichen Verdrängung und zum Einrücken landfremder reformierter Adelige – das Rekrutierungsprinzip nach der Konfession war hier an die Stelle des alten aus der traditionellen Klientel getreten. Vielleicht hat diese Distanz zum territorialen Umfeld die radikale Pfälzer Politik vor dem Dreißigjährigen Krieg begünstigt oder gar hervorgerufen. Andererseits haben die reformierten Pfälzer Räte immer wieder Reformierte protegirt, begaben sich nun die Reformierten unter den wetterauischen Grafen verstärkt in die Klientel der Pfalz. Als aber dort nach 1685 das katholische Haus Neuburg die Regierung antrat, führte dies zu Verdrängungsvorgängen gegenüber den Evangelischen, die durch das Patronagesystem des Hofes und seine neuerliche Begünstigung der Katholiken gefördert wurden<sup>20</sup>. Dadurch wurde

<sup>19</sup> Volker Press, Die Ritterschaft im Kraichgau zwischen Reich und Territorium 1500–1623, in: ZGO 121 (1974) 35–98.

<sup>20</sup> Diese Bemerkungen stützen sich auf Beobachtungen an den Pfälzer Akten im Generallandesarchiv Karlsruhe – die Bewegungen sind im einzelnen jedoch noch nicht erforscht. Zu den Konfessionskonflikten der Pfalz vor allem neuerdings: Hans Schmidt, Kurfürst Karl Philipp von der Pfalz als Reichsfürst (Forschungen zur Geschichte Mannheims und der Pfalz NF 2, Mannheim 1963); Alfred Hans, Die kurpfälzische Religionsdeklaration von 1705. Ihre Entstehung und Bedeutung für das Zusammenleben der drei im Reich tolerierten Konfessionen (Quellen und Abhandlungen zur mittelhheinischen Kirchengeschichte, 18, Mainz 1973) (mit der älteren Literatur).

die Konfessionsproblematik zwischen den katholischen Kurfürsten und dem vorwiegend reformierten Land weiter verschärft.

Das Pfälzer Beispiel hat einige der Spielregeln, wie sie sich in den zersplitterten Kernbereichen des Reiches entwickelt hatten, sehr deutlich sichtbar werden lassen. Die Höfe konkurrierten um den Adel; rechtliche Vorgaben begünstigten und strukturierten die Hinwendungen – die Territorialisierungspolitik belastete andererseits das Verhältnis. Eine Rangfolge der Höfe, nach finanziellen Möglichkeiten, mehr noch nach dem dynastischen Rang, spielte eine erhebliche Rolle sowohl für die Zahl der Adeligen wie für das Ausgreifen. Ein größerer Hof bedeutete nicht nur mehr Einfluß und Repräsentation, sondern erhöhte auch die landesfürstliche Reputation ganz erheblich. Andererseits waren die Chancen, die der Hof für die adelige Familie bot, sehr wichtig – der Fürstendienst wirkte zunächst finanziell entlastend, der Hof war die Verteilungsstätte für die Chancen, der Ansatzpunkt für eine politische oder militärische Karriere. Erst der barocke höfische Stil hat dann die Situation zugespitzt und zu unerträglichen finanziellen Belastungen der einzelnen Ritter geführt – manche ritterschaftliche Familie hat sich an den Höfen, etwa von Mannheim, Ludwigsburg oder Ansbach, auch von Dresden und München, ruiniert<sup>21</sup>.

Die Bildung einer adeligen Klientel hat also relativ offene Zonen der Reichsverfassung erfaßt und ist dort neben der formalen Reichsunmittelbarkeit des Adels zu sehen, wie sie sich seit den 1540er Jahren verfestigte<sup>22</sup>. Sie hat ganz entscheidend die adelige Konfessionsentscheidung bestimmt – innerhalb der Verbände folgten die einzelnen Ritter den Lehens-, Dienst- und Klientelbeziehungen des Hofes. Heidelberg, Stuttgart, Ansbach haben einerseits unter „ihrem“ Adel dem evangelischen Bekenntnis den Weg geebnet, Innsbruck, München und die geistlichen Höfe andererseits sein Vordringen gehindert<sup>23</sup>. Hier sind entscheidende Weichenstellungen erfolgt, die die deutsche Konfessionspolitik geprägt haben – allerdings hat die reichsrechtliche Loyalität auch die Grenzen markiert. Das reformierte Bekenntnis der Patrone, vor allem der Pfalz, machte die Reichsritterschaft nur in sehr seltenen Fällen mit. – Thomas Schulz hat allerdings am Beispiel des Kantons Kocher jüngst erneut sehr deutlich gezeigt, wie Lehens- und Klientelbeziehungen hier die Konfessionsentscheidungen geprägt haben<sup>24</sup>.

Es fällt allerdings auf, daß es eben das Netz von Klientelbeziehungen war, das mit half, die katholische Position zu stabilisieren und die alte Kirche zu verteidigen – so hat etwa König Ferdinand die finanzielle Sanierung des Bistums Konstanz in den 1540er Jahren damit begründet, daß ein bankrottetes Kapitel sonst in die Hände der

<sup>21</sup> Sehr deutlich akzentuiert bei: *Gert Kollmer*, Die Schwäbische Reichsritterschaft zwischen Westfälischem Frieden und Reichsdeputationshauptschluß – Untersuchungen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage der Reichsritterschaft in den Ritterkantonen Neckar-Schwarzwald und Kocher (Schriften zur Südwestdeutschen Landeskunde 17, Stuttgart 1979).

<sup>22</sup> *Volker Press*, Kaiser Karl V., König Ferdinand und die Entstehung der Reichsritterschaft (Institut für Europäische Geschichte Mainz, Vorträge, Wiesbaden <sup>2</sup>1980).

<sup>23</sup> *Press*, Adel, Reich und Reformation (wie Anm. 3).

<sup>24</sup> *Thomas Schulz*, Der Kanton Kocher der Schwäbischen Reichsritterschaft 1542–1805. Entstehung, Geschichte, Verfassung und Mitgliederstruktur eines korporativen Adelsverbandes im System des Alten Reiches (Diss. phil. masch. Tübingen 1985).

Konstanzer Patrizier fallen würde, was zum Übergang des hegaischen Adels zur Reformation führen müßte<sup>25</sup>. Die drei Patronate des Kaisers, des Innsbrucker und des bayerischen Hofes bedeuteten eine entscheidende Voraussetzung für die Sicherung der alten Kirche in Süddeutschland. Hier zeigte sich das starke Werben um den schwäbischen Adel, der in den Münchener Hof ebenso einrückte wie in das Freisinger Domkapitel, in ein Bistum, das der Herzog als seine Pfarrei bezeichnete. Bei aller katholischen Solidarität gab es zwischen Wittelsbach und Habsburg bittere Rivalitäten um die Führungsrolle in Schwaben, bei der der stiftischen, gräflichen und ritterschaftlichen Klientel eine entscheidende Bedeutung zukam<sup>26</sup>. Hier zeichnete sich von München aus eine ähnlich ausgreifende Politik ab wie jene der Pfalz. Aber die Münchener Wittelsbacher sind daran letztlich ebenso gescheitert wie zuvor ihre Heidelberger Vettern.

Aus den adeligen Beziehungen resultierten vielfache Folgen – so haben die gräflichen Obersten und Generäle im Dreißigjährigen Krieg zuweilen den niederen Adel aus der Umgebung in ihre Regimenter eingeführt. Schon am Beispiel München, aber auch öfter fällt auf, daß die Peripherie des Landes oder der Einflußzone in den Kernbereichen des Hofes oft überproportional vertreten war – andererseits ließ sich der Hofadel gern in der Umgebung der Residenz nieder<sup>27</sup>.

Diese Formen informeller Herrschaft wurden durch die Reformation neu strukturiert – die Konfessionsbildung schnitt zahlreiche alte Beziehungen ab und kreierte neue. Sie öffnete Bayern erhebliche politische Einflußnahmen auf die nordwestdeutschen Bistümer<sup>28</sup>, die allerdings auch das Einrücken von einzelnen Familien aus dem bayerischen Landadel in die Stiftskapitel, etwa von Hildesheim, das Eindringen fremder Familien in die Landstände unter dem Protektorat des wittelsbachischen Bischofs begünstigten. Von der Rolle sächsischen und brandenburgischen Adels für die Anbindung der norddeutschen Stifter war schon die Rede.

<sup>25</sup> Volker Press, Führungsgruppen in der deutschen Gesellschaft im Übergang zur Neuzeit um 1500, in: Hanns Hubert Hofmann und Günter Franz (Hrsg.), Deutsche Führungsschichten in der Neuzeit. Eine Zwischenbilanz (Deutsche Führungsgeschichten in der Neuzeit 12, Boppard 1980) 29–77 Zur weiteren Stellung des Bistums Konstanz: Rudolf Reinhardt, Die Beziehungen von Hochstift und Diözese Konstanz zu Habsburg-Österreich in der Neuzeit (Beiträge zur Geschichte der Reichskirche in der Neuzeit 2, Wiesbaden 1966).

<sup>26</sup> Volker Press, Schwaben zwischen Bayern, Österreich und dem Reich 1486–1805, in: Pankraz Fried (Hrsg.), Probleme der Integration Ostschwabens in den bayerischen Staat. Bayern und Wittelsbach in Ostschwaben (Augsburger Beiträge zur Landesgeschichte Bayerisch-Schwabens 2, Sigmaringen 1982) 17–78.

<sup>27</sup> Pankraz Fried, Die Landgerichte Dachau und Kranzberg (Historischer Atlas von Bayern, Teil Altbayern 11/12, Kallmünz 1958); ders., Herrschaftsgeschichte der altbayerischen Landgerichte Dachau und Kranzberg im Hoch- und Spätmittelalter sowie in der frühen Neuzeit (Studien zur bayerischen Verfassungs- und Sozialgeschichte. Arbeiten aus der historischen Atlasforschung in Bayern, Kallmünz 1962).

<sup>28</sup> Max Lossen, Der Kölnische Krieg, 2 Bde. (München und Leipzig 1882/97); Günter von Lojewsky, Bayerns Weg nach Köln. Geschichte der bayerischen Bistumspolitik in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts (Bonner Historische Forschungen 21, Bonn 1962); Weitlauff, Reichskirchenpolitik (wie Anm. 15).

Natürlich hat eine Patronagepolitik innerhalb der Reichsverfassung auch etwas zu tun mit der Größe des Territoriums. Es gab eine gräfliche Patronagepolitik gegenüber dem umliegenden niederen Adel, wie sie die Hohenlohe, die Oettingen, die Fürstenberg, die Solms und nicht zuletzt die Nassau getrieben haben<sup>29</sup>. Sie kollidierte freilich immer wieder mit den landesfürstlichen Interessen und der Reichsunmittelbarkeit der Ritter. Andererseits gehörten auch Reichsgrafen in die Klientel der großen Höfe, vor allem des habsburgischen, der wittelsbachischen und der geistlichen – Beziehungen, die auch hier für die Konfessionsentscheidung eine beträchtliche Rolle spielten. Es war eben kein Zufall, daß die oberschwäbischen Grafen katholisch blieben, daß die Hohenlohe und die Castell lutherisch wurden, oder daß einzelne Grafen wie Nassau-Dillenburg, Solms-Braunfels und Sayn-Wittgenstein sich dem reformierten Bekenntnis zuwandten. Ihre Bindung an die oranische Verwandtschaft unter dem pfalzgräflichen Patron ermöglichte einen solchen Schritt trotz der kaiserlichen Verbote, man konnte ihn jedenfalls eher wagen als die Ritter, die stets wegen der latenten Territorialisierungspläne den Rückhalt am Kaiser im Auge behalten mußten.

Auch die reichsgräflichen Corpora spiegelten Versuche, sich untereinander im Gefüge des Reiches zu stützen – um sich fremdem Einfluß zu entziehen und selbst solchen zu gewinnen<sup>30</sup>. Diese Situation wurde weiter kompliziert durch die Existenz der geistlichen Stifte. Die Fürstenhöfe wurden hier ergänzt durch die geistliche Korporation der Dom- und Stiftskapitel – der kirchenrechtlich verordnete Zölibat schuf besondere Voraussetzungen. Es war schon die Rede davon, wie sehr die Rekrutierung der Kapitulare und der Beamten Einflußmöglichkeiten im Stift öffnete. Der Nepotismus der Bischöfe und Prälaten wies in den geistlichen wie in den weltlichen Bereich, in das Kapital wie an den Hof. Er konnte Weichenstellungen innerhalb des Adels hervorbringen – so sollte in Kempten die 50jährige Regierungszeit des Fürstbabs Rupert von Bodman (1678–1728) Unmut hervorrufen, da er dadurch drei Generationen Bodman im Stift zu protegieren vermochte<sup>31</sup>. Hier zeigten sich aber auch die Grenzen – so etwa wollten sich die Mitkapitulare, d. h. die dahinterstehenden Familienverbände,

<sup>29</sup> Eine Untersuchung dieses Problems fehlt ganz. Es zeigt sich indessen, daß auch die kleinen Höfe Beziehungen zu benachbarten Adelsgruppen pflegten, die sie unterstützten und auch in Dienstverhältnissen festhielten.

<sup>30</sup> *Karl Wolf*, Der Straßburger Kapitelstreit und der Wetterauer Grafenverein, in: *Nassauische Annalen* 68 (1957) 127–155; *Lutz Hatzfeld*, Die Geschichte des Wetterauer Grafenvereins von seiner Gründung bis zum Ausbruch des Dreißigjährigen Krieges unter besonderer Berücksichtigung der Grafen von Nassau und Katzenelnbogen. Ein Versuch, in: *Mitteilungen des Herborner Altertums- und Geschichtsvereins* II (1954) Nr. 2, 17–31, Nr. 3/4, 39–60; III (1955) Nr. 1, 1–14, Nr. 2, 29–44; *Rolf Glawischnig*, Niederlande, Calvinismus und Reichsgrafenstand 1559–1584. Nassau-Dillenburg unter Graf Johann VI. (Schriften des hessischen Landesamtes für geschichtliche Landeskunde 36, Marburg 1973) 6–56; *ders.*, Die Bündnispolitik des Wetterauer Grafenvereins (1565–1583), in: *Nassauische Annalen* 83 (1972) 78–98. Derzeit bereitet *Georg Schmidt* (Tübingen) eine größere Studie über den Wetterauischen Grafenverein vor. Zu den fränkischen Grafen: *Ernst Böhme*, Das fränkische Reichsgrafenkollegium im 16. und 17. Jahrhundert. Formen und Möglichkeiten korporativer Politik des Grafenstandes im Reich der Frühen Neuzeit (Diss. phil. Tübingen 1985).

<sup>31</sup> Dazu demnächst: *Volker Press*, Der Kemptener Fürstbabs Rupert von Bodman als Reichsprälat.

die lange Dauer einer solchen (im Prinzip akzeptierten) Protektionspolitik nicht länger gefallen lassen. Es wurde schon gezeigt, wie die Landesfürsten durch ihren Landadel in den Domkapiteln Einfluß üben konnten – für den Handlungsspielraum war somit die Rekrutierung von Kapitularern und Beamtenschaft aus der eigenen Stiftsritterschaft ein wichtiger Faktor einer freien Entwicklung. Andererseits konnte eine Diskrepanz zwischen wenigen Stellen und einer zahlreichen Stiftsritterschaft immer wieder innere Krisen produzieren, so etwa im 16. Jahrhundert im Hochstift Würzburg – die Würzburger Krise um Wilhelm von Grumbach erfaßte weite Teile des deutschen Adels<sup>32</sup>. Immerhin blieben die Stifter in hohem Maße attraktiv für den Adel und seine Karrieren.

Sie sollten deshalb zu einer wichtigen Barriere für den Katholizismus gegen den Ansturm der Reformatoren werden – zwar fielen diese Bastionen in Nordwestdeutschland, aber im Süden und Westen sollten zuerst die kaiserlich-österreichisch-bayerische Politik, dann der geistliche Vorbehalt von 1555 die Stifte retten. Das aber bedeutete, daß die adeligen Karrieren in den Stiften schließlich unabdingbar an die Katholizität gebunden wurden – daraus zogen Familien einen beträchtlichen Vorteil, die frühzeitig bereit waren, auf die katholische Seite zu setzen; sie machten den Kern jener Familienverbände aus, die die unterschiedlichen Kapitel verknüpften und schließlich erhebliche Protektionsmöglichkeiten für Karrieren in den geistlichen oder weltlichen Diensten der Stifte boten. Daraus sollten sich im 17. Jahrhundert entscheidende Vorteile für die katholischen Adelsfamilien gegenüber den evangelischen ergeben – allerdings spiegelten die Zusammensetzung der Kapitel, ebenso jene der weltlichen Regierungen, eine größere Verdichtung des Reichsverbandes und eine erhöhte Mobilität des Adels, nachdem der Papst im letzten Drittel des 16. Jahrhunderts die traditionellen Ansprüche des umliegenden Adels auf die Kapitelsitze der südwestdeutschen Stifte gegen die Konkurrenz des niederrheinisch-westfälischen Adels verteidigt hatte, der sich bereits teilweise auf eine modernere Katholizität berief<sup>33</sup>. Die geistlichen Höfe boten so ein anderes Profil als die weltlichen, aber auch sie konnten Zentren der Patronage werden – angesichts der Verflechtungen durch Mehrfachkanonikate oft auf sehr verschlungenen Wegen<sup>34</sup>. – Ein anderer Fall waren die kleinen Prälaturen mit

<sup>32</sup> *Friedrich Ortloff*, Geschichte der Grumbachischen Händel, Bd. 1–4 (Jena 1868/70); *Volker Press*, Wilhelm von Grumbach und die deutsche Adelskrise der 1560er Jahre, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte 113 (1977) 396–431.

<sup>33</sup> Freilich waren andererseits wesentliche Teile des Adels in den westfälischen Territorien zur Reformation übergegangen. Zu den Ansprüchen des niederrheinisch-westfälischen Adels und ihrer Abwehr durch die rheinisch-fränkische Bistumsgruppe: *Andreas Ludwig Veit*, Geschichte und Recht der Stiftsmäßigkeit und die ehemals adeligen Domstifte von Mainz, Würzburg und Bamberg, in: Historisches Jahrbuch 33 (1912) 323–358. Zu den evangelischen Versuchen, die Katholisierung der Stifte abzuwehren: *Hugo Moritz*, Die Wahl Rudolfs II., der Reichstag von Regensburg und die Freistellungsbewegung (Marburg 1895); *Gudrun Westphal*, Der Kampf um die Freistellung auf dem Reichstag zwischen 1556 und 1576 (Diss. phil. Marburg 1975).

<sup>34</sup> *Peter Hersche*, Die deutschen Domkapitel im 17. und 18. Jahrhundert, 3 Bde. (Bern 1984); *H. Hartmann*, Der Stiftsadel in den alten Domkapiteln zu Mainz, Trier, Bamberg und Würzburg, in: Mainzer Zeitschr. 73/74 (1978/79) 94–138; *Hans Erich Feine*, Die Besetzung der Reichsbistümer vom Westfälischen Frieden bis zur Säkularisation 1648–1803 (Kirchenrechtliche Abhandlungen 97/98, Stuttgart 1905, ND Amsterdam 1964).

bürgerlich-bäuerlichen Mitgliedern, in denen es zwar Ansätze zur Patronage, aber keine dauerhafte, die übliche „familia“ des Stifts überschreitende Klientelbildung gab<sup>35</sup>.

Die weiterbestehende Katholizität der Stifter konnte nicht ohne Folgen für den Adel bleiben – er war gleichsam ihre geborene Klientel. So bemerkenswerte Prälaten wie die Erzbischöfe Philipp Christoph von Soetern (von Trier)<sup>36</sup> und Johann Philipp von Schönborn (von Mainz)<sup>37</sup> waren Söhne evangelischer Eltern – vielfach waren das Festhalten an traditionellen geistlichen Positionen und das evangelische Bekenntnis noch bis in den Beginn des 17. Jahrhunderts vereinbar. Es gab sogar Ansätze zu einer Reformation mit Hilfe einer evangelischen Protektionspolitik, wie sie in Norddeutschland zum Erfolg geführt hatte, auch in einzelnen süddeutschen Bistümern, z. B. in Speyer unter Bischof Marquard von Hattstein (†1581)<sup>38</sup>. In der Regel aber haben die Mechanismen der Patronagepolitik im Alten Reich zugleich mit den katholischen Stiftungen auch der alten Kirche selbst gedient; so führte der Weg Soeterns, Schönborns und vieler anderer in eine erneuerte Katholizität, die sich mit der Stabilisierung einer stiftischen Position verbinden ließ. Sehr gut erforscht ist durch die Arbeiten von Alfred Schröcker die Patronage des Hauses Schönborn zu Ende des 17. und zu Anfang des 18. Jahrhunderts – hier wird an einem Musterbeispiel das unglaubliche Ausgreifen einer planmäßigen stiftischen Patronatspolitik sichtbar<sup>39</sup>. Entscheidend war freilich

<sup>35</sup> Dazu demnächst die Studie von *Armgard von Reden-Dobna* über die schwäbischen Prälaten. Vgl. derzeit dazu: *Armgard von Reden-Dobna*, Reichstandschaft und Klosterherrschaft. Die schwäbischen Reichsprälaten im Zeitalter des Barock (Institut für Europäische Geschichte Mainz, Vorträge 78, Wiesbaden 1982).

<sup>36</sup> *Joseph Baur*, Christoph Philipp von Sötern, geistlicher Kurfürst von Trier und seine Politik während des Dreißigjährigen Krieges, 2 Bde. (Speyer 1897/99).

<sup>37</sup> *Carl Wild*, Johann Philipp von Schönborn, genannt der Deutsche Salomo, ein Friedensfürst zur Zeit des Dreißigjährigen Krieges (Heidelberg 1896); *Georg Mentz*, Johann Philipp von Schönborn, Kurfürst von Mainz, Bischof von Würzburg und Worms, 1605–1673, 2 Bde. (Jena 1896/97); *Otto Meyer*, Johann Philipp von Schönborn, Fürstbischof von Würzburg, Bischof von Worms, 1605–1673, in: *ders.*, *Varia Franconiae Historica* 2 (Mainfränkische Studien 14/2, Würzburg 1981) 371–394; *Friedhelm Jürgensmeier*, Johann Philipp von Schönborn, in: *Fränkische Lebensbilder* 6 (1975) 161–184; *ders.*, Johann Philipp von Schönborn (1605–1673) und die römische Kurie. Ein Beitrag zur Kirchengeschichte des 17. Jahrhunderts (Quellen und Abhandlungen zur mittelrheinischen Kirchengeschichte 28, Mainz 1977).

<sup>38</sup> *Heinz-Peter Mielke*, Die Niederadeligen von Hattstein. Ihre politische und soziale Stellung. Zur Geschichte einer Familie der mittelrheinischen Reichsritterschaft von ihren Anfängen bis zum Ende des Dreißigjährigen Krieges mit einem Ausblick auf das Jahr 1767 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Nassau 24, Wiesbaden 1977) 259–337; *ders.*, Schwenkfeldianer im Hofstaat Bischof Marquards von Speyer (1560–1581), in: *Archiv für mittelrheinische Kirchengeschichte* 28 (1976) 77–82; *Volker Press*, Das Hochstift Speyer im Reich des späten Mittelalters und der frühen Neuzeit, in: *Volker Press, Eugen Reinhard und Hansmartin Schwarzmaier* (Hrsg.), *Barock am Oberrhein* (Oberrheinische Studien 6, Karlsruhe 1985) 262f.

<sup>39</sup> *Alfred Schröcker*, Die Patronage des Lothar Franz von Schönborn (1655–1729). Sozialgeschichtliche Studie zum Beziehungsnetz in der Germania Sacra (Beiträge zur Geschichte der Reichskirche in der Neuzeit 10, Wiesbaden 1981); *ders.*, Der Nepotismus des Lothar Franz von Schönborn (1655–1729), in: *Zeitschrift für bayer. Landesgeschichte* 43 (1980) 93–157; *ders.*, Die Schönborn. Eine Fallstudie zum Typus „materiell-konservativ“, in: *Blätter für deutsche Landes-*

dafür vor allem unter dem Erzbischof Lothar Franz (†1729) die Behauptung des Erzstifts Mainz. Die besondere Stellung und das territoriale Ausgreifen des Erzbistums, aber auch seine enge Verklammerung mit dem Kaiserhof boten geradezu ideale Voraussetzungen für eine bewußte Patronagepolitik, wie sie von den Mainzer Kurfürsten auch immer wieder ausgenützt und als Instrument für die politische Durchdringung des umliegenden Raumes benützt worden ist. Das Haus Schönborn freilich vermochte die Mainzer Möglichkeiten durch eine geschickte Familienpolitik ganz erheblich zu steigern, zu Beginn des 18. Jahrhunderts durch eine bewußte Kombination mit den von nicht weniger als vier Neffen des Erzbischofs Lothar Franz besetzten Bistümern und dem Kaiserhof.

In einer solchen einmaligen Konstellation konnte das Haus Schönborn dadurch in der *Germania sacra* eine bemerkenswerte Rolle spielen und sie zu einer ganz bewußten Patronatspolitik nützen, die wiederum ein gewaltiges Einflußfeld absicherte – nach dem Großonkel und dem Onkel auf dem Mainzer Erzstuhl und den vier bischöflichen Brüdern haben dann auch noch drei Neffen – Repräsentanten einer vierten Generation also –, die nicht Schönborn hießen, die Mitra getragen. Das Schönbornsche System war außerordentlich geschickt aufgebaut – es verband in einer Zeit wiederaufsteigender kaiserlicher Macht die Interessen des Reichsoberhauptes und der Familie mit dem Aufbau einer Klientel, die beiden nutzbar gemacht werden konnte. Als der sehr geistlich geprägte Speyerer Bischof und Kardinal Damian Hugo von Schönborn (†1743) gegenüber den eingeschliffenen Spielregeln adeliger Kirchen- und Schönbornscher Protektionspolitik allzusehr die geistlichen Bedürfnisse in den Vordergrund rückte, rief ihn die bischöfliche Verwandtschaft unter Anführung des Erzbischofs Lothar Franz von Mainz ganz energisch zur Ordnung<sup>40</sup>.

Die Querverbindungen der Mainzer Protektionspolitik zum Kaiserhof, vor allem zur Reichshofkanzlei<sup>41</sup>, die dem Mainzer Kurfürsten unterstellt war und die dieser zu

geschichte 111 (1975) 209–231; *ders.*, Besitz und Politik des Hauses Schönborn vom 14. bis zum 18. Jahrhundert, in: Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs 26 (1973) 212–234. Vgl. auch: *Max Domarus*, Würzburger Kirchenfürsten aus dem Hause Schönborn (Wiesentheid 1951); *Otto B. Roegele*, Das „Systema der familie“. Kommunikation als Mittel des Aufstiegs. Das Beispiel des Hauses Schönborn, in: *Andreas Kraus* (Hrsg.), Land und Reich, Stamm und Nation. Probleme und Perspektiven bayerischer Geschichte. Festgabe für Max Spindler zum 90. Geburtstag, Bd. 2 (München 1984) 137–155.

<sup>40</sup> *Franz Xaver Remling*, Geschichte der Bischöfe zu Speyer, Bd. 2 (Mainz 1854) 625–665; *Alfred A. Stynad*, Kardinal Damian Hugo, Reichsgraf von Schönborn im Lichte neuer Quellen, in: Archiv für mittelrheinische Kirchengeschichte 24 (1972) 107–153; *Jacob Wille*, Bruchsal – Bilder aus einem geistlichen Staat im 18. Jahrhundert (Heidelberg <sup>2</sup>1900) 14–45; *Otto Meyer*, Damian Hugo von Schönborn, Deutschordenskomtur, Kardinal, Fürstbischof von Speyer und Konstanz, in: Barock in Baden-Württemberg. Vom Ende des Dreißigjährigen Krieges bis zur Französischen Revolution, Bd. 2: Aufsätze, Ausstellungskatalog Bruchsal (Karlsruhe 1981) 335–342; *Press*, Speyer, 277–283.

<sup>41</sup> *Lothar Groß*, Die Geschichte der deutschen Reichshofkanzlei 1559–1806 (Inventare österreichischer staatlicher Archive V.1, Wien 1933). Mit bemerkenswerten Hinweisen auf die genealogischen Verflechtungen der Mitglieder des Kaiserlichen Geheimen Rates: *Henry F. Schwarz*, The Imperial privy council in the 17<sup>th</sup> Century (Harvard Historical Studies, Cambridge/Mass. 1943).

Zeiten Josephs I. mit dem Neffen Friedrich Karl<sup>42</sup> besetzt hatte, waren ganz deutlich und wirkten sich auch in gezielter Patronage, d.h. Protegierung von Vertrauensleuten aus den Erblanden und aus dem Reich aus. Klientelbildungen gab es auch innerhalb des Reichskammergerichts<sup>43</sup> dank der fürstlichen Präsentation von Assessoren, die oft genug Beziehungen zum Ursprungshof unterhielten und zuweilen auch dorthin zurückkehrten; Sigrid Jahns wird eine Analyse der Reichskammergerichtsassessoren nach 1648 vorlegen, die auch diesen Fragen nachgeht – sie wird diese Spielregeln recht deutlich machen<sup>44</sup>. Freilich gab es Patronagepolitik auch unter den Advokaten und Prokuratoren des Kammergerichts – ihre Wirkungen sind aus der Jurisdiktion dieses obersten Reichsgerichts nicht hinwegzudenken. Aus den Anmerkungen über die Reichshofkanzlei wird überdies deutlich, daß natürlich der Reichshofrat von solchen Phänomenen ganz und gar nicht frei war.

Im komplizierten Gefüge des Alten Reiches war auch nicht selten die Klientelbildung eines Landesherrn im Territorium eines anderen – eine Entwicklung, die sehr gefördert war, vor allem im Zeitalter der Glaubensspaltung. Solche Tendenzen waren freilich schon sehr viel älter – in ihren Möglichkeiten spiegelten sich sehr oft traditionelle, manchmal durch Lehensbeziehungen verfestigte Beziehungsstränge. Die Bildung einer eigenen Partei in einer anderen landesfürstlichen Regierung konnte auf unterschiedliche Weise erfolgen. Von der Abordnung oder Hinterlassung eigener Beamter in fremden Territorien war schon die Rede. Es gab weitere Möglichkeiten – das Einrücken eines fremden Herren in die Klientel, die Gewinnung eines Teils der Räte<sup>45</sup>. Dies konnte geschehen durch die Lage ihres Besitzes in den eigenen Territorien ihres Patrons – eine Situation, die etwa 1778 für Bayern schlagartig durch die österreichische Okkupation und zeitweilige Annexion des Straubinger Landes entstand<sup>46</sup>. Es kamen hinzu direkte Begünstigungen, die oft abenteuerliche Züge annehmen konnten, die Stützung einzelner Gruppen im fremden Territorium.

<sup>42</sup> Hugo Hantsch, Reichsvizekanzler Friedrich Karl von Schönborn (Salzburger Abhandlungen und Texte aus Wissenschaft und Kunst 2, Augsburg 1929).

<sup>43</sup> Rudolf Smend, Das Reichskammergericht 1: Geschichte und Verfassung (Quellen und Studien zur Verfassungsgeschichte des Deutschen Reiches in Mittelalter und Neuzeit Bd. 4, Heft 3, Weimar 1911).

<sup>44</sup> Vgl. zunächst: Sigrid Jahns, Die Universität Gießen und das Reichskammergericht, in: Peter Moraw und Volker Press (Hrsg.), *Academia Gissensis. Beiträge zur älteren Gießener Universitäts-geschichte* (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Hessen 45, Marburg 1982) 189–215; dies., Brandenburg-Preußen im System der Reichskammergerichts-Präsentationen 1648–1806, in: Hermann Weber (Hrsg.), *Politische Ordnungen und soziale Kräfte im Alten Reich* (Veröffentlichungen des Instituts für Europ. Gesch. Mainz, Abt. Universalgesch., Beiheft 8, Wiesbaden 1980) 169–202; dies., Gescheiterte Reichskammergerichtspräsentationen. Der Fall Johann Adam Freiherr von Schroff 1747–1754, in: *Mitteilungen des Wetzlarer Geschichtsvereins* 31 (1985) 102–138.

<sup>45</sup> Diese Frage böte ein weites Feld für die Forschung, wobei gerade bei den wichtigeren deutschen Territorien eine Überprüfung der Beziehungen der jeweiligen Räte von großem Nutzen wäre.

<sup>46</sup> Paul Bernard, Joseph II and Bavaria. Two eighteenth century attempts of German unification (The Hague 1965); Adolf Erhard, Herzogin Maria Anna und der Teschener Friede, in: *Oberbayerisches Archiv* 40 (1881/84) 1–36.

Im Verhältnis zu einem überlegenen Nachbarn konnten hier durchaus prekäre Situationen entstehen. Die nach dem Zusammenbruch der habsburgischen Herrschaft erzwungene Emigration der proösterreichischen Ehrbarkeit und die Klosteraufhebungen in Württemberg nach 1534 hatten auch die Tendenz, eine proösterreichische Klientel nach der Rückeroberung des Landes durch Herzog Ulrich zu verhindern<sup>47</sup>. Sie hätte in einer Krisensituation zugunsten der vertriebenen Österreicher wirken und dem wiedergekehrten Herrn sehr gefährlich werden können – auch unter diesem Aspekt ist das Streben der deutschen Landesfürsten nach konfessioneller Einheit zu sehen. So suchte sich der evangelische bayerische oder österreichische Adel an Württemberg anzulehnen, das freilich – selbst in prekärer Situation – an der Fürstensolidarität mit den katholischen Landesherrn festhielt und allein geistlichen Rückhalt und Emigrationsmöglichkeiten bot<sup>48</sup>. So zerschlug Bayern in den 1620er Jahren sehr rasch nach der Erwerbung der Oberpfalz deren alte lutherische bürgerliche und adelige Oberschicht, die den Hebel für eine fremde Macht hätte bilden können<sup>49</sup> – wie es sich noch 1631 in der Tat beim Einmarsch der Schweden zeigte. Sie hatten aus Oberpfälzer Emigranten in Nürnberg eine Exilregierung gebildet und brachten sie mit ins Land<sup>50</sup>.

Relative Schwäche der Territorien und konfessionelle, aber auch andere Gegensätze konnten zu Klientelbildungen führen, die dem fremden Fürsten ein Einfallstor boten – es ging dabei meist um eine Infiltrierung des Rates, weniger um eine solche der Landstände. So hat sehr frühzeitig Landgraf Philipp der Großmütige von Hessen (†1568) territoriale Ansprüche auf einen allzu weit entfernten Adel fallen lassen, da er erkannte, daß dadurch fremden Einflüssen auf den gesamten Adel seines Landes größere Chancen eröffnet werden konnten<sup>51</sup>. Die Brisanz seiner Auseinandersetzungen mit dem Deutschordenskomtur in Marburg, dem Mittelpunkt eines nichtterritorialen

<sup>47</sup> Hansmartin Decker-Hauff, Die Entstehung der altwürttembergischen Ehrbarkeit (1250–1534) (Diss. phil. masch. Wien 1945). Ergänzend dazu Bernhardt, Zentralbehörden (wie Anm. 11).

<sup>48</sup> Dies zeigte sich etwa in der Haltung Herzog Christophs von Württemberg im Falle des evangelischen bayerischen Ritters Pankraz von Freyberg. Konrad Preger, Pankraz von Freyberg auf Hohenaschau, ein bairischer Edelmann aus der Reformationszeit (Halle 1893); Leonhard Theobald, Der Religionsprozeß gegen Pankraz von Freiberg von 1561, in: Beiträge zur bairischen Kirchengeschichte 21 (1915) 64–72, 108–123, 157–169.

<sup>49</sup> Friedrich Lippert, Geschichte der Gegenreformation in Staat, Kirche und Sitte der Oberpfalz-Kurpfalz zur Zeit des Dreißigjährigen Krieges (Freiburg/Br. 1901); August Spertl, Der oberpfälzische Adel und die Gegenreformation, in: Vierteljahresschrift für Wappenkunde 4 (1900) 1–49; Maximilian Högl, Die Bekehrung der Oberpfalz unter Kurfürst Maximilian I., 2 Bde. (Regensburg 1903); Josef Sturm, Johann Christoph von Preysing. Ein Kulturbild aus dem Anfang des Dreißigjährigen Krieges (München 1923); Wilhelm Gegenfurtner, Jesuiten in der Oberpfalz, 1621–1650, in: Beiträge zur Geschichte des Bistums Regensburg 11 (1977) 71–220; Walter Ziegler, Die Rekatholisierung der Oberpfalz, in: Glaser (Hrsg.), Wittelsbach und Bayern 2.1 (wie Anm. 15) 436–447.

<sup>50</sup> Hierzu hoffe ich eine kleinere Studie vorlegen zu können.

<sup>51</sup> Freundlicher Hinweis von Frau Christa Reinhardt (Tübingen). Vgl. auch Albert Huyskens, Philipp der Großmütige und die Deutschordensballei Hessen, in: Zeitschrift für Hessische Geschichte und Landeskunde 38 (1904) 99–184.

und daher das hessische Territorium sprengenden Klientelverbandes<sup>52</sup>, zeigte die Gefahren dieser Auseinandersetzungen. Das in Süddeutschland exponierte evangelische Württemberg war zwar durch das Ausscheiden des Adels aus dem Territorium und die enge Verflechtung von bürgerlicher Ehrbarkeit, Bürokratie, Pfarrerstand und Landständen sehr geschlossen gefügt, aber auch hier gab es Gefahren einer fremden Klientelbildung. Als 1770 die Kronen England-Hannover, Preußen und Dänemark den württembergischen Erbvergleich garantiert hatten, sorgten der Kaiserhof in Wien und der Herzogshof in Stuttgart für die rasche Entfernung der Gesandten, u. a. weil sie in ihnen einen Kristallisationskern für eine fremde Klientel im evangelischen Lande fürchteten, die dem katholischen Herrscher gefährlich werden konnten<sup>53</sup>. Die Bildung von Parteien an Fürstenhöfen durch fremde, aber auch durch größere deutsche Mächte wäre ein weites Feld, das vor allem im 17. und 18. Jahrhundert einige Bedeutung erlangen konnte – es erreicht freilich die Grenzbereiche von Patronat und Klientelbildung einerseits, auswärtiger Politik andererseits<sup>54</sup>.

Auch für die Reichsstädte war eine solche Entwicklung nicht unbedeutend. Der Rückgang ihrer Stellung angesichts der Verfestigung der deutschen Fürstenstaaten führte dazu, daß die Nachbarn verstärkt in die Städte drängten. Die Reliktpositionen der oft aus den Reichsstädten abgeschobenen alten Stadtherren, der Bischöfe und Prälaten, waren Ansätze einer Klientelbildung, die katholische Elemente in den evangelischen Städten fixierten – diese wiederum waren bemüht, deren Zahl gering zu halten<sup>55</sup>. Die Überlagerungen mehrerer Einflußfelder durch verschiedene Reichsstände innerhalb ein und derselben Stadt können insbesondere in Augsburg und Regensburg, aber auch in kleineren Orten wie Lindau, Gengenbach oder Buchau studiert werden. Die landesfürstlichen Nachbarn haben sich sehr bewußt in den Städten einen Anhang geschaffen; in Schwaben z. B. Württemberg mit Hilfe der Höfe von säkularisierten Klöstern, die es in den Reichsstädten behauptete<sup>56</sup>. Von solchen Positionen aus ließ

<sup>52</sup> *Bernhard Demel*, Von der katholischen zur trikonfessionellen Ordensprovinz. Entwicklungslinien in den Jahren 1526–1680/81, in: *Udo Arnold* u. *Heinz Liebing* (Hrsg.), *St. Elisabeth, der deutsche Orden und ihre Kirche. Festschrift zur 700jährigen Wiederkehr der Weihe der Elisabethkirche Marburg 1983* (Quellen und Studien zur Geschichte des Deutschen Ordens 18, Marburg 1983) 186–281; *Theo Niederquell*, Geschichte der Deutschordensballei Hessen vom Beginn des 16. Jahrhunderts bis zu ihrer Auflösung 1809 (Diss. masch. Marburg 1953); *ders.*, Im Kampf um die Reichsunmittelbarkeit. Die Geschichte der Deutschordensballei Hessen, vornehmlich im 16. Jahrhundert, in: *Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte* 5 (1955) 193–222; *Hans-Peter Lachmann* und *Hermann Langkabel*, Der Deutsche Orden in Hessen (700 Jahre Elisabethkirche in Marburg 1283–1983. Katalog 5, Marburg 1983).

<sup>53</sup> Vgl. die Akten im Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien, *Württembergica* schwarz 13 b, 14.

<sup>54</sup> Vgl. den Beitrag von Karl Otmar Freiherr von Aretin in diesem Band.

<sup>55</sup> Dies gilt für Städte wie Augsburg, Regensburg, Speyer mit ihren bischöflichen Reliktpositionen, aber auch für Frankfurt, wo sich die katholischen Stifte behaupteten.

<sup>56</sup> Die württembergischen Klosterhöfe in Reichsstädten waren immer echte Vorposten württembergischer Einflußnahme. Analog dazu erschien die Präsenz des Landgrafen von Hessen im Hainauer Hof in Frankfurt während der Reformationszeit der Reichsstadt für ihre Freiheit außerordentlich bedrohlich. *Sigrid Jabns*, Frankfurt, Reformation und Schmalkaldischer Bund. Die Reformations-, Reichs- und Bündnispolitik der Reichsstadt Frankfurt a. M. 1525–1536 (Studien zur

sich in die innerstädtischen Konflikte hineinwirken und so eine politisch wirksame Schiedsrichterrolle aufbauen.

Durch die Konzentration auf die reichspolitisch relevanten Probleme wurde naturgemäß der Begriff von Patronat und Klientel sehr weit ausgedehnt. Die Möglichkeiten der Klientelbildung in fremden Territorien scheint relativ stark ausgenützt worden zu sein – dagegen hat die rechtliche Verfestigung des Reichsverbandes auch die Fixierung der informellen Beziehungen mit Hilfe von Klientelverbänden eingeengt. Die Spielregeln wurden, vor allem nach 1648 immer deutlicher festgezogen – namentlich die größeren Herren suchten auch die sich ausbildenden territorialen Möglichkeiten immer konsequenter zur Abwehr fremder Klientelbildungen auszunützen.

Andererseits ist die Grenze dessen, was unter Klientelbildung zu verstehen ist, gerade im Alten Reich sehr schwer zu ziehen. Es fragt sich oft, wo die Klientelbildung aufhört und das formale Bündnis beginnt. Es ist auch nicht leicht, festzustellen, ob ein Reichsfürst oder Reichsgraf als Repräsentant seines Territoriums oder als Vertreter seiner sozialen Gruppe gesehen werden soll. Dabei ist freilich die traditionelle Neigung, die „staatliche“ Dimension zu betonen, geeignet, Perspektiven zu verstellen. Denn selbst Reichsfürsten traten in die Gefolgschaft von noch Größeren und nahmen an ihren Höfen Ämter an. Dies galt vornehmlich für die Kurfürstentümer (dabei handelte es sich freilich in der Regel um neufürstliche Häuser, die Dienste nahmen, aber auch alte Dynastien fehlen nicht, wie die anhaltischen Askanier, die in sächsischen, pfälzischen und nicht zuletzt in brandenburg-preußischen Diensten zu finden waren). Die territoriale Beziehung wurde gleichsam mit der personalen unentwirrbar verflochten – dies konnte auch Widersprüche auslösen. So wurde z. B. Ende des 18. Jahrhunderts der kaiserliche Gesandte beim Schwäbischen Kreis Graf Königsegg-Aulenburg vom Wiener Hof entlassen, da er auf dem Kreistag zwar die kaiserlichen Interessen vertreten hatte, der Vertreter seines eigenen bedrohten Territoriums aber dagegen abgestimmt hatte. Die territorialen Interessen des Grafen deckten sich unter dem Druck der französischen Revolutionsarmeen nicht mehr mit den kaiserlichen<sup>57</sup>.

Vollends fließend werden die Grenzen, wenn man das Patronats- und Klientelsystem des frühneuzeitlichen Kaisers im Reich betrachtet. Der Reichsverband konnte ohne dieses nicht funktionieren – es hat andererseits notwendigerweise auch die territorialen Patronatssysteme entscheidend beeinflusst. Zwar gab es Fürstenhöfe, die ähnliche Methoden anwenden konnten, etwa der pfälzische, dann der bayerische und schließlich und vor allem der preußische – die Möglichkeiten des Kaisers hat dennoch keiner von ihnen erreicht. Dabei erweist sich überdies, daß kaiserliche Patronatspolitik vom 15. bis zum 18. Jahrhundert immer weiter ausgriff und immer mehr verfeinert

Frankfurter Geschichte 9, Frankfurt 1976) 109–113. Als Beispiel für den württembergischen Einfluß mag Esslingen dienen: *Walter Bernhardt*, Esslingen und Württemberg (Ausstellungskatalog, Sigmaringen 1981); *ders.* (Hrsg.), Die Pflughöfe in Esslingen (Ausstellungskatalog, Sigmaringen 1982); *Otto Borst*, Geschichte der Stadt Esslingen am Neckar (Esslingen 1978); *Gerhard Kittelberger*, Der Adelberger Freihof in Esslingen. Das Asylrecht und der Immunitätsschutz im 16. Jahrhundert (Veröff. der Kommission für geschichtl. Landeskunde in Baden-Württemberg B 23, Stuttgart 1970).

<sup>57</sup> Freundlicher Hinweis von Herrn Kollgen Dr. Franz Quarthal (Tübingen).

wurde. In ihr spiegelt sich ein Herzstück der Wiener Reichspolitik – daß sie ihre Wurzeln schon im Mittelalter hat, haben die Studien von Peter Moraw eingehend gezeigt<sup>58</sup>.

In seiner Patronatspolitik konnte der Kaiser freilich nicht absehen von der Struktur des Reiches, die, wie wiederum Moraw gezeigt hat, auch gekennzeichnet war durch unterschiedliche Intensität der Beziehungen, welche die einzelnen Regionen und Zonen zum Kaiser hatten<sup>59</sup>. Es konnte nicht gleichgültig sein, ob er in seine eigenen Erblände, in die dem Reich besonders verbundenen kurfürstlichen, in kaisernahe und kaiserferne Zonen, ob er in große oder kleine, katholische oder evangelische Territorien hineinwirkte. So bestanden die alten Spielregeln des kaiserlichen Einflusses ins Reich auch in die Neuzeit fort. Kaiserliche Klientelbildung außerhalb der Erblände erfolgte naturgemäß und vor allem in den kaisernahen Zonen, und sie war ein wichtiges Instrument der kaiserlichen Politik. Selbst ein so reichsferner Herrscher wie Kaiser Friedrich III. hat daran festgehalten – die Rückkehr Maximilians I. ins Reich 1486 bedeutete in hohem Maße die Mobilisierung und Ausdehnung der kaiserlichen Klientel<sup>60</sup>.

Es zeigte sich, daß der Kaiser immer noch mehr Mittel und Instrumente zur Anbindung zur Verfügung hatte als jeder einzelne deutsche Reichsfürst. Nicht nur, daß er Dienste und Lehen in höherem Maße vergeben konnte – weit mehr: er konnte privilegieren, Standeserhöhungen vornehmen, Exspektanzen verleihen, in seiner richterlichen und schiedsrichterlichen Rolle (in Grenzen) wohlwollender oder weniger wohlwollend sein, zuweilen auch Pfründen in der Reichskirche vergeben. Es wird zu zeigen sein, daß diese kaiserlichen Möglichkeiten im Laufe der Jahre nur noch stiegen<sup>61</sup>.

<sup>58</sup> Peter Moraw, Räte und Kanzlei, in: Ferdinand Seibt (Hrsg.), Karl IV. Staatsmann und Mäzen (München 1978) 282–292; ders., Wesenszüge der „Regierung“ und „Verwaltung“ des deutschen Königs im Reich (ca. 1350–1450), in: Histoire comparée de l'administration (IVe–XVIIIe siècles), publiés par Werner Paravicini und Karl Ferdinand Werner (München 1980) 149–169; ders., Personenforschung und deutsches Königtum, in: ZHF 2 (1975) 7–18; ders., Verwaltung und Raum, Gesellschaft, Schriftwesen, in: Jeserich, Pohl, v. Unruh (Hrsg.), Verwaltungsgeschichte 1 (wie Anm. 17) 27–31. Vgl. auch Rolf Pflücke, Beiträge zur Theorie von Patronage und Klientel (Diss. Heidelberg 1962).

<sup>59</sup> Peter Moraw, Landesgeschichte und Reichsgeschichte im 14. Jahrhundert, in: Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte (1977) 175–191; ders., Franken als königsnaher Landschaft im späten Mittelalter, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte 112 (1976) 123–138; ders., Hessen und das deutsche Königtum im späten Mittelalter, in: Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte 26 (1976) 43–95; ders., Reichsstadt, Reich und Königtum im späten Mittelalter, in: ZHF 6 (1979) 285–324.

<sup>60</sup> Zu Maximilian: Hermann Wiesflecker, Kaiser Maximilian I. Das Reich, Österreich und Europa an der Wende zur Neuzeit, 4 Bde. (München 1971–1981). Ergänzend aus einer stärker verfassungsgeschichtlichen Perspektive: Heinz Angermeier, Einleitung zu Deutsche Reichstagsakten, Mittlere Reihe 5.1 (Göttingen 1983) 23–86; ders., Die Reichsreform 1410–1455. Die Staatsproblematik in Deutschland zwischen Mittelalter und Gegenwart (München 1984).

<sup>61</sup> Hier wird deutlich, wie problematisch eine nationalstaatliche Interpretation der Reichsverfassungsentwicklung ist. Neue Ansätze bei: Heinrich Lutz, Das Ringen um deutsche Einheit und kirchliche Erneuerung (Propyläen-Geschichte Deutschlands 4, Berlin 1983); ders. (Hrsg.), Das Römisch-deutsche Reich im politischen System Karls V. (Schriften des Historischen Kollegs, Kolloquien 1, München 1982); demnächst: Volker Press, Der Kaiser, das Reich und die Reformation, in: Sammelband des Germanischen Nationalmuseums in Nürnberg.

Natürlich gab es eine sehr traditionelle kaiserliche Klientel in den alten Kerngebieten des Reiches – dort wo sich traditionelle Reichsbeziehungen mit den landesfürstlichen Möglichkeiten des Hauses Österreich verbanden, waren ihre Ausformungen besonders intensiv, d. h. in Schwaben. Dabei spielten über die territoriale Konfiguration eine Rolle die unterschiedlichen Zentren Habsburger Einflußmöglichkeiten. Es gab neben dem Hof und der Residenz in Innsbruck, wo bis 1490 und mit Unterbrechungen von 1564–1665 eine eigene österreichische Linie saß, die durchaus eine spezielle Politik trieb und dem Kaiser Schwierigkeiten machen konnte, auch noch die Untertanen in Günzburg, Rottenburg und Freiburg<sup>62</sup>. Vorderösterreich hat auch eine Reihe von außerterritorialen Zentren gehabt, allen voran Augsburg, das bis zum Ende eine Relaisstation kaiserlichen Einflusses auf das Umfeld blieb.

Maximilian I. hat diese Klientel immer bewußt gestützt und in seine Obödienz zurückgeführt, wobei er besonders bemüht war, die Grafen und Ritter zu gewinnen und weiter an sich zu binden – aber auch an Prälaten und Städte appellierte er. So fand er die Plattform für seine Reichspolitik – sein Hof und seine Dienste wurden bewußt als Mittel zur Anbindung auch von Adeligen aus dem Reich genutzt. Aber auch das Bürgertum der Reichsstädte wurde diesem Kaiser verpflichtet. Die Beziehungen zu den einzelnen oberdeutschen Reichsstädten sind sichtbar, in einzelnen Fällen sogar sehr deutlich, aber systematisch wurden sie bislang noch nicht erforscht<sup>63</sup>.

Die Situation komplizierte sich freilich durch die quantitativ wichtigere erbländische Komponente des Hofes – die die grundsätzliche politische Basis des Erzhauses spiegelte<sup>64</sup>. Auch hier gab es deutliche Ansätze zur Klientelbildung, wobei besonders die Inhaber der obersten Hofämter erhebliche Möglichkeiten zur Protektion hatten –

<sup>62</sup> Friedrich Metz (Hrsg.), *Vorderösterreich. Eine geschichtliche Landeskunde* (Freiburg <sup>2</sup>1967); Hans Erich Feine, *Die Territorienbildung der Habsburger im deutschen Südwesten, vornehmlich im späten Mittelalter*, in: *Zeitschrift für Rechtsgeschichte, Germ. Abt.* 67 (1950) 176–308; neuerdings grundlegend die Studien von: Franz Quarthal, *Landstände und landständisches Steuerwesen in Schwäbisch-Österreich* (Schriften zur südwestdeutschen Landeskunde 16, Stuttgart 1980); ders., *Absolutismus und Provinz. Verwaltungsreform und Herrschaftsintensivierung in den österreichischen Vorlanden zur Zeit des Absolutismus* (Habil. Schrift masch. Tübingen 1981); Volker Press, *Schwaben zwischen Bayern, Österreich und dem Reich*, in: Pankraz Fried (Hrsg.), *Probleme der Integration Ostschwabens in den bayerischen Staat. Bayern und Wittelsbach in Ostschwaben* (Augsburger Beiträge zur Landesgeschichte Bayerisch-Schwabens 2, Sigmaringen 1982) 17–78. Demnächst: Hans Maier und Volker Press (Hrsg.), *Vorderösterreich in der frühen Neuzeit*.

<sup>63</sup> Zu den Beziehungen zwischen Kaiser und Reich neuerdings grundsätzlich: Angermeier, *Reichsreform*. Vgl. aber auch: Volker Press, *Die Erblände und das Reich von Albrecht II. bis Karl VI. (1438–1740)*, in: Robert A. Kann u. Friedrich Prinz (Hrsg.), *Deutschland und Österreich* (Wien 1980) 44–88; ders., *Das Römisch-deutsche Reich – ein politisches System in verfassungs- und sozialgeschichtlicher Fragestellung*, in: Grete Klingenstein u. Heinrich Lutz (Hrsg.), *Spezialforschung und „Gesamtgeschichte“*. Beispiele und Methodenfragen zur Geschichte der frühen Neuzeit (Wiener Beiträge zur Geschichte der Neuzeit 8, Wien 1981) 221–242.

<sup>64</sup> Dazu eine Fülle von Material in: Die österreichische Zentralverwaltung, 1. Abt. 1. Bd. – 2. Abt. 5. Bd. (Veröffentlichungen der Kommission für neuere Geschichte Österreichs 5–7, 18, 19, 32, 35, 36, 42, 43, Wien 1907 ff). Außerdem: Hubert Christoph Ebalt, *Ausdrucksformen absolutistischer Herrschaft. Der Wiener Hof im 17. und 18. Jahrhundert* (Wien 1980).

sie waren in der Regel Angehörige des erbländischen Adels. Der Kaiserhof soll hier im einzelnen nicht diskutiert werden – bei einer dominierenden Rolle der Erblande hatte er aber auch die kaiserlichen Rechte am Reich zu verkörpern; es entstand immerhin ein kompliziertes Geflecht von Familienbeziehungen zwischen erbländischem und Reichsadel mit dem Zentrum des Hofes<sup>65</sup>. Dabei entwickelte sich eine Tendenz, Erblande und Reich immer enger zu verklammern. Es gab eine Fülle von personalen Querverbindungen zwischen dem Wiener Hof und dem Reich, die durchaus zum Kern einer Klientelbildung werden konnten.

Diese war naturgemäß in Südwestdeutschland sehr ausgeprägt, vor allem in Oberschwaben, um den territorialen Kern der österreichischen Besitzungen, und sie wurde, wie gesagt, unter Maximilian erheblich intensiviert – dabei stieß man auf die bayerische Konkurrenz, die aber angesichts der kaiserlichen Position auf der einen, der in Schwaben gefürchteten bayerischen Territorialpolitik auf der anderen Seite letztlich unterlegen war<sup>66</sup>. Freilich sollte die Rivalität Bayerns bis nach dem Dreißigjährigen Krieg noch gefährlich bleiben, aber sie vermochte den Kaiser auf Dauer nicht zu überspielen. Das habsburgische Patronat band in Oberschwaben Reichsgrafen, Reichsritter und Reichsprälaten an sich und hielt sie bei der alten Kirche. Es scheint, daß dabei die Reichsritter eher auf Innsbruck und die regionalen Zentren, die Reichsgrafen stärker auf den Kaiserhof orientiert waren. Daß die Konstanz habsburgischer Klientelbildung in Schwaben stets begleitet war von einer Konstanz der Irritationen, die durch die territorialen Ansprüche des Erzhauses begründet waren, war nicht nur ein Störfaktor, sondern auch ein Mittel zur Anbindung.

Dieses System unterlag freilich Belastungen durch eine allzu starke Abwesenheit des Reichsoberhauptes aus dem Reich oder durch die Etablierung einer eigenen habsburgischen Linie in Innsbruck. Aber gerade die Zeiten der Abwesenheit des Herrschers unter Karl V. zeigten<sup>67</sup>, wie nötig es war, daß man der habsburgischen Klientel durch einen zweiten anwesenden Habsburger einen Hof als Rückhalt gab, den Karl V. niemals bieten konnte. Daß freilich die Konfigurationen um den burgundischen Hof Philipps des Schönen und Karls V. ganz offensichtlich Ansätze einer habsburgischen Klientelbildung im nordwestdeutschen Raum ermöglichten, wie sie kein Kaiser seit dem 13. Jahrhundert erreicht hatte, wird sichtbar, müßte aber im einzelnen noch un-

<sup>65</sup> Die Eigenständigkeit des Prager Hofes unter Rudolf II. war durch diese Züge wesentlich bestimmt. Ogleich Rudolf II. durch den Geist der Gegenreformation geprägt war, haben einzelne Adelige immer wieder Unterschlupf an seinem Hof gefunden; neuerdings will Josef Polišínský sogar festgestellt haben, daß eine reformierte Gruppierung mit einer gegenreformatorisch-katholischen um den beherrschenden Einfluß in Prag rang. *Josef Polišínský*, Der Krieg und die Gesellschaft in Europa 1618–1648 (Documenta Bohemica Bellum Tricennale Illustrantia 1, Prag, Wien–Köln–Graz 1971); *Heinz Schilling*, Konfessionskonflikt und Staatsbildung. Eine Fallstudie über das Verhältnis von religiösem und sozialem Wandel in der Frühneuzeit am Beispiel der Grafschaft Lippe (Quellen und Forschungen zur Reformationsgeschichte 48, Gütersloh 1981) 165–167.

<sup>66</sup> *Press*, Schwaben (wie Anm. 62).

<sup>67</sup> Die Abwesenheit Karls V. ist eine kaum zu unterschätzende Grundtatsache der deutschen Geschichte, die gleichsam ihre Achsen nach Westen verschoben hat.

tersucht werden. Andererseits konnte Ferdinand I. selbst als Römischer König nicht jene Möglichkeiten für seine Klientel ausspielen, die einem Reichsoberhaupt zur Verfügung standen<sup>68</sup> – immerhin konnte Bayern unter der Regie Leonhard von Ecks im Zeichen der Abwesenheit Karls V. im schwäbischen Raum den Österreichern mit der teilweisen Anbindung von Prälaten, Grafen und Rittern noch einmal erhebliche Konkurrenz machen. Es wirft ein bezeichnendes Licht auf die Möglichkeiten der Patronatspolitik, wenn Karl V. seinerseits Leonhard von Eck<sup>69</sup>, den Leiter der bayerischen Politik und Gegenspieler aller habsburgischen Aspirationen, selbst durch eine Exspektanz auf die Reichsgrafschaft Haag von Bayern abzuwerben trachtete.

Die Ostorientierung der habsburgischen Politik nach 1526, dem Jahr des Anfalls von Böhmen und – zumindest dem Anspruch nach – von Ungarn, hat Bayern erneut manche Chance gegeben. Diese bayerische Position stützte freilich in konfessioneller Hinsicht zunächst die Wirksamkeit des österreichischen Patronats – die oberdeutschen Kerngebiete haben sich in wachsender Abgrenzung gegen das württembergische Luthertum mit ihrer Katholizität identifiziert; sie haben dadurch zahlreiche kaiserliche und bayerische Parteigänger hervorgebracht – so hat die kaiserliche Klientelbildung, die auf sehr alten reichsgeschichtlichen Wurzeln beruht, den südwestdeutschen Raum auf lange Zeit entscheidend geprägt. Die personalen Beziehungen des verfestigten südwestdeutschen Katholizismus, der sich auf die Innsbrucker Habsburger stützen konnte, wurden die Wurzel einer katholischen Klientelbildung um den Grazer Hof, die wieder nach Südwestdeutschland zurückwirkte und manchen Aufstieg befördert hat. Dies sind wichtige Ereignisse einer gerade abgeschlossenen Arbeit von Georg Wieland in Tübingen<sup>70</sup>.

Der Kaiser konnte sich also auf seine südwestdeutschen Parteigänger verlassen; dies sollte sich im Dreißigjährigen Krieg zeigen, als sie sich gegenüber dem schwedischen Druck und der Sogwirkung der Bündnispolitik Axel Oxenstiernas als absolut resistent erwiesen. In kaum einer Zone des Reiches haben sich die konfessionellen Brüche und Konflikte mit solcher Schärfe abgespielt wie hier, als sich die kaiserliche Klientel gegen ihre evangelische Nachbarschaft und die schwedischen Protektoren zur Wehr

<sup>68</sup> Franz Bernhard von Bucholtz, Geschichte der Regierung Ferdinands I., 9 Bde. (Wien 1831–1838, Neudruck mit einem Vorwort von Berthold Sutter, Graz 1968–71); Alfons Lhotsky, Das Zeitalter des Hauses Österreich. Die ersten Jahre der Regierung Ferdinands I. in Österreich (1520–1527) (Veröffentlichung der Kommission für Geschichte Österreichs 4, Wien 1971); Alfred Kohler, Antihabsburgische Politik in der Epoche Karls V. Die reichsständische Opposition gegen die Wahl Ferdinands I. zum römischen König und gegen die Anerkennung seines Königtums (1524–1534) (Schriftenreihe der Histor. Kommission bei der Bayer. Akademie der Wissenschaften, Göttingen 1982).

<sup>69</sup> Edelgard Metzger, Leonhard von Eck (1480–1550). Wegbereiter und Begründer des frühabsolutistischen Bayern (München 1980).

<sup>70</sup> Wieland hat seine Ergebnisse am Beispiel der Gegenreformation in einer steierischen Stadt dargelegt: Georg Wieland, Leoben in der katholischen Erneuerung. Die Herkunft der innerösterreichischen Führungsschicht und ihre Rolle als Reformträger. Entwicklungszüge der österreichischen Jesuitenprovinz (Diss. Tübingen 1985).

setzte<sup>71</sup>. Mit der Entstehung einer Innsbrucker Linie 1564 und vor allem mit der Festsetzung Kaisers Rudolfs II. in Prag wurden die kaiserlichen Beziehungen nach Schwaben ausgedünnt, aber nicht verschüttet. Im gegenreformatorischen Kaiserhof, vor allem in den Behörden, spielten die Schwaben noch lange Zeit eine beträchtliche Rolle<sup>72</sup> – kein Zufall, da zunächst unter ihnen eine ganze Reihe fuggerischer Stipendiaten war. Andererseits hat die Verlegung des Kaiserhofes nach Prag die Ausstrahlung nach Franken und in den mitteldeutschen Raum befördert. Kaiser Matthias hat dies durch die Rückverlegung des Hofes nach Wien zunächst abgebrochen, aber doch einen Prozeß nicht unterbinden können, der erst später, nach 1648, voll zur Wirkung kommen sollte.

Die relative reichspolitische Passivität Kaiser Rudolfs II. erhöhte nicht nur den bayerischen Spielraum in Schwaben, was den katholischen Parteigängern nicht unlieb war, da es ihnen auch einen gewissen Freiraum eröffnete. Offensichtlich bot der Hof Rudolfs II. – Evans hat in seinen glänzenden Analysen<sup>73</sup> vielleicht die Komponente des Reiches ein wenig vernachlässigt – ein zwiespältiges Bild. Wenn auch reduziert durch die prinzipiell gegenreformatorische Haltung Kaiser Rudolfs II., setzte dieser doch teilweise die überkonfessionellen Züge der maximilianischen Zeit fort, ein neues böhmisches Element verstärkte sich – aber zugleich verspielte der ziemlich passive Hof immer neue Chancen, die sich dem Kaiser eröffneten. Weiter ermöglichte der Prager Kaiserhof dem Landadel Böhmens Querverbindungen nach außen, die eine eigene Brisanz erhalten sollten. Maximilian von Bayern wie auch der habsburgische Deutschmeister Erzherzog Maximilian<sup>74</sup> scheinen das Vakuum teilweise aufgefüllt zu haben, das Desinteresse und Passivität des Reichsoberhauptes geschaffen hatten. Die

<sup>71</sup> Bezeichnenderweise entstammten zwei der katholischen „Triumvirn“, der härtesten Gegner eines Entgegenkommens gegen die Protestanten auf dem Westfälischen Friedenskongreß, der Prior Adami des restituierten Klosters Murrhardt und der Augsburger Ratsherr Johann Leuxelring, der alten kaiserlichen Klientel in Schwaben. Vgl. *Fritz Dickmann*, *Der Westfälische Frieden* (Münster 41977) 199f.; *Geoffrey Parker*, *The Thirty Years War* (London 1985) 181.

<sup>72</sup> Ein Beispiel ist der rührige Reichsvizekanzler des Kaisers Matthias, Hans Ludwig von Ulm, der aus der Umgebung der gleichnamigen Reichsstadt stammte. *Wilhelm Freiberr König von und zu Warthausen*, *Die Reichsvizekanzlerschaft Hans Ludwigs von Ulm, 1612 bis 1627*, mit besonderer Beziehung zur Erzkanzlerpolitik des Kurfürsten Johann Schweikart von Mainz (Diss. phil. München 1935); *Ilse Hübner*, *Reichsvizekanzler Hans Ludwig von Ulm. Eine Biographie* (Diss. phil. masch. Wien 1936); *Schwarz*, *Privy Council* (wie Anm. 41) 374–376. Diese Gruppierung war der schwäbischen Position des Hauses Österreich sehr eng verbunden.

<sup>73</sup> *R. J. W. Evans*, *The Making of the Habsburg Monarchy 1550–1700: An Interpretation* (Oxford 1979); *ders.*, *Rudolf II and his World. A Study in intellectual History* (Oxford 1973); deutsch: *Rudolf II.: Ohnmacht und Einsamkeit* (Graz, Wien, König 1980); *ders.*, *The Austrian Habsburgs. The dynasty as a political institution*, in: *A. G. Dickens* (Hrsg.), *The Courts of Europe, Politics, patronage and royalty. 1400–1800* (London 1977) 121–145. Neuerdings der Sammelband: *Rudolf II. and his World* (Leids Kunsthistorisch Jaarboek 1, Delft 1982).

<sup>74</sup> *Josef Hirn*, *Erzherzog Maximilian, Der Deutschmeister. Regent von Tirol*, bisher 2 Bde. (Innsbruck 1915–36); nun: Teil 2.2 erweiterter Neudruck, hrsg. von *Heinrich Noflatscher* (Bozen 1981); *Heinrich Noflatscher*, *Erzherzog Maximilian, Hoch- und Deutschmeister 1585/90–1618. Das Haus Habsburg, der Deutsche Orden und das Reich im konfessionellen Zeitalter* (Diss. phil. masch. Innsbruck 1980).

Irritationen der kaiserlichen Klientel zu Beginn des Dreißigjährigen Krieges waren unverkennbar – vor allem Bayern hat sie teilweise aufgefangen.

Der Krieg brachte eine Wende. Die Zerschlagung der radikalen evangelischen Partei führte zugleich zu einer Reaktivierung der kaiserlichen Klientel – paradoxerweise haben also die Siege des bayerischen und Ligaheers für den Kaiser in dieser Hinsicht die Position Maximilians von Bayern eher reduziert. Die Konflikte in den Erblanden brachten den Sieg der kaiserlichen Macht gegenüber den opponierenden Landherren und verbanden sich mit der gewaltigsten sozialen Verschiebung innerhalb des europäischen Adels während der Neuzeit. Aus den Gütern der depossidierten evangelischen Rebellen zimmerten sich kaiserliche Parteigänger und Offiziere ein gewaltiges Vermögen. Dies wurde die Grundlage für die Anbindung der neuformierten böhmischen Aristokratie an den Kaiserhof und für den glanzvollen Wiederaufstieg des Wiener Hofes, der nun seine typische barocke Ausformung erreichen konnte<sup>75</sup>. Ferdinand II. versuchte ähnliches auch im Reich mit einer Dotationspolitik zugunsten von erbländischem Adel und kaiserlichen Parteigängern und zu Lasten geächteter evangelischer Gegner, nach der Nördlinger Schlacht von 1634 noch weniger rücksichtsvoll als zuvor – so wurden kaiserliche Beamte und Offiziere bedacht, etwa der nachmalige Prinzipalgesandte in Münster Graf Maximilian Trauttmansdorff mit württembergischen und neippergischen Herrschaften. Vor allem hatte das Restitutionsedikt von 1629 nicht nur eine den Katholiken günstige Auslegung des Religionsfriedens von 1555 im Sinn, sondern auch die klare Zielrichtung einer Verstärkung der traditionellen kaiserlichen Klientel in Schwaben; mit der Vermehrung der reichsunmittelbaren Prälaten sollte eine sehr kaisertreue Gruppe erheblich verstärkt werden<sup>76</sup>. Die Wiedererrichtung katholischer Klöster innerhalb des evangelischen Württemberg brachte genau das, was Herzog Ulrich schon 1534 befürchtet hatte – eine geborene Anhängerschaft des Kaisers im Land.

Bezeichnenderweise kopierte der schwedische Reichskanzler Axel Oxenstierna die kaiserliche Dotationspolitik in verstärktem Maße, als ihm nach 1632 die militärische Vorherrschaft in Südwestdeutschland zugefallen war; der schwedische Reichskanzler hat diese Politik verknüpft mit planmäßigen Verfassungsmaßnahmen – die Pläne gip-

<sup>75</sup> S. Gorge, Zum Besitzwechsel böhmischer Güter im dreißigjährigen Kriege, in: Mitteilungen des Vereins für Geschichte der Deutschen in Böhmen 46 (1908) 36–60; 47 (1909) 101–107; Josef Polišenský u. Frederick Snider, War and Society in Europe 1618–1648 (Cambridge 1978) 202–216; Karl Richter, Die böhmischen Länder von 1471–1740, in: Karl Bosl (Hrsg.), Handbuch der Geschichte der böhmischen Länder 2 (Stuttgart 1974) 281–292; ders., Über den Strukturwandel der grundbesitzenden Oberschicht in Böhmen, in: Probleme der böhmischen Geschichte (Veröffentlichung des Collegium Carolinum, München 1964) 49–67. Zu den erfolgreichsten Erwerbern: Golo Mann, Wallenstein (Frankfurt 1972 u.ö.); Hellmut Diwald, Wallenstein: eine Biographie (München 1969); Walther Ernst Heydendorff, Die Fürsten und Freiherren von Eggenberg und ihre Vorfahren (Graz 1965); Jacob von Falke, Geschichte des fürstlichen Hauses Liechtenstein, Bd. 2 (Wien 1877).

<sup>76</sup> Helmut Urban, Das Restitutionsedikt. Versuch einer Interpretation (Diss. phil. Berlin 1968); Heinrich Günter, Das Restitutionsedikt von 1629 und die katholische Restauration Altwürtembergs (Stuttgart 1901).

felten in der Übergabe des wichtigen Mainz an den Reichskanzler selbst; sie griffen durch eine nahezu vollständige Enteignung der katholischen kaisertreuen Stände tief in die Strukturen des deutschen Südwestens ein. Die Güterdotationen an deutsche Fürsten und schwedische Generäle zielten auf eine evangelische, mit dem Kaiser und den Katholiken zutiefst verfeindete, der Krone Schwedens bedingungslos verpflichtete Parteigängerschaft im Reich, die im Heilbronner Bund auch formal zusammengefaßt war<sup>77</sup>. Die Nördlinger Schlacht vom September 1634 brach die Entwicklung ab und provozierte die Gegenaktion. Beide Experimente aber haben gezeigt, was eine Klientelbildung im Reich bedeuten konnte. Die zahlreichen Stellenvergaben in den Armeen erschlossen ein gewaltiges Potential an Aufstiegschancen für einzelne und für ganze Gruppen, die dadurch zuweilen einen sozialen Aufstieg erkämpften. Freilich sollte von den neuen Entwicklungen auf Dauer vor allem die kaiserliche Klientelbildung im Reich profitieren, da in Friedenszeiten allein der Kaiser die Trümpfe in der Hand hatte. Mit der Zergliederung Bayerns und einer entsprechenden Dotationspolitik an erbländische und kaisertreue Neufürsten und Grafen suchte seit 1705 Joseph I. das Rezept des Dreißigjährigen Krieges im Spanischen Erbfolgekrieg noch einmal zu aktivieren<sup>78</sup>. Auch hier ging es um eine Verstärkung der kaiserlichen Klientel im Reich.

Gerade die kaiserliche Patronatspolitik erwies dann, wie gut das Erzhaus nach 1648 die im Westfälischen Frieden entstandene scheinbar ungünstige Situation bewältigt hat. Die Wiederstabilisierung des Wiener Hofes nach 1618 mündete in einen glänzenden barocken Ausbau; die kaiserliche Armee bestand fort – und sie bot ungewöhnliche Karriere- und Aufstiegsmöglichkeiten; bezeichnenderweise konnte hier der Reichsadel mit dem erbländischen stärker in Konkurrenz treten, denn das erbländische Element am Hof dominierte auch nach 1648 weiter, schon wegen der Option der kaiserlichen Politik im Westfälischen Frieden, erst die interne Stabilisierung zu versuchen. Von hier ließ sich dann erstaunlich rasch ausgreifen, und der kaiserliche Hof konnte geschickt das Rechtssystem des Westfälischen Friedens, die Juridifizierung des Reiches für sich ausnützen. Damit aber ergaben sich neue Möglichkeiten zur Verstärkung der kaiserlichen Klientel – mindestens ebenso wichtig wurden die Möglichkeiten nach 1665, nach dem Anfall der tirolisch-vorderösterreichischen Lande, als der Kaiser dort wieder Landesherr wurde. Die Mobilisierung der Reichskriege gegen Frankreich und der Feldzüge gegen die Türken führten zahlreiche deutsche Adelige in die kaiserliche Armee, die damit auch ein wichtiges Instrument zur Verstärkung der kaiserlichen Klientel im Reich wurde – ihre Mobilität ließ sie auch relativ weit ausgrei-

<sup>77</sup> *Johannes Kretzschmar*, *Der Heilbronner Bund 1632–1635*, 3 Bde. (Lübeck 1922); (*Christoph Friedrich*) *v. Stälin*, *Schwedische Schenkungen im Bezug auf Teile des heutigen Königreichs Württemberg und an Angehörige zu denselben gehöriger Familien während des Dreißigjährigen Krieges*, in: *Württ. Vierteljahreshefte für Landesgeschichte* NF 3 (1894) 411–455.

<sup>78</sup> Diese Politik ist im einzelnen noch ununtersucht. Erste Anmerkungen bei: *Sigmund Riezler*, *Geschichte Bayerns* 8 (Gotha 1914) 201–212.

fen<sup>79</sup>. Natürlich bewirkten die finanziellen Leistungen einzelner Teile des Reiches auch eine besondere Schubkraft für das Aufrücken von Offizieren aus dem Reich.

Allerdings hatten sich auch grundsätzliche Veränderungen ergeben. Zunächst fehlte nicht eine vorsichtige konfessionelle Öffnung, die freilich durchaus ältere Wurzeln hatte – schon Karl V. hatte einzelne evangelische Adelige an sich zu ziehen gesucht. Der Religionsfriede von 1555 gab diesen auch eine gesicherte Grundlage, erneut für den Kaiser zu optieren – eine Entwicklung, die früh einsetzte, aber durch die Verschärfung der Konfessionsspaltung seit dem Ende des 16. Jahrhunderts aufgehalten wurde. Nach 1648 verstärkte sich dieser Trend erneut – aber die kaiserlichen Dienste führten sehr häufig zur Konversion, denn diese eröffnete erhöhte Chancen bei Hofe, in den kaiserlichen Diensten, in der Armee. Die Konversion erwies sich auch als ein beliebtes Mittel bei Zwistigkeiten innerhalb von Fürsten- oder Grafenfamilien, den kaiserlichen Rückhalt gegen die evangelischen Verwandten zu finden<sup>80</sup>, wenn auch die religiösen Motive – etwa die verstärkte Attraktion eines erneuerten Katholizismus – nicht wegzudisputieren sind.

Denn der Wiener Hof war in seiner inneren Struktur katholisch; der katholische Reichsadel war dadurch sozusagen die geborene kaiserliche Klientel. Dieser Vorteil zeigte sich ganz deutlich in den unterschiedlichen sozialen Entwicklungen katholischer und evangelischer Familien. Aber noch wichtiger war die Ausweitung der Zielgebiete. Die bislang hervorragende Stellung Schwabens für die kaiserliche Rolle im Reich relativierte sich nach 1648 ganz erheblich – Ausdruck einer Verdichtung des Reichsverbandes und eines ausgreifenden kaiserlichen Einflusses. Fränkische und auch rheinische Familien traten nun neben die Schwaben und überholten sie, auch wenn die letzteren wichtig blieben. Aber die Anbindung vieler Schwaben wies nach Innsbruck, während die neuerschlossenen Zielgruppen eher auf Wien orientiert waren. Gemäß dem Charakter des Wiener Hofes hatte die bevorzugte Klientel des Erzhauses deutlich hochadelige Züge, während die Reichsritter an Bedeutung verloren. So bildete sich seit dem Dreißigjährigen Krieg jene typische katholische hocharistokratische Gruppe, die den katholischen Adel des Reiches mit dem Erzhaus verband und die schließlich bis in den westfälischen und nach 1715 in den niederländischen Adel hineinragte.

<sup>79</sup> *Bernhard Erdmansdörffer*, Deutsche Geschichte vom Westfälischen Frieden bis zum Regierungsantritt Friedrichs des Großen 1648–1740, 2 Bde. (Berlin 1892/93); *Oswald Redlich*, Weltmacht des Barock. Österreich in der Zeit Kaiser Leopolds I. (Wien 1961); *Hans Erich Feine*, Zur Verfassungsentwicklung des Heil. Röm. Reiches seit dem Westfälischen Frieden, in: *Zeitschrift für Rechtsgeschichte, Germanistische Abteilung* 52 (1932) 65–133; *Anton Schindling*, Der Westfälische Friede und der Reichstag, in: *Weber*, Ordnungen (wie Anm. 44) 113–153; *ders.*, Die Anfänge des Immerwährenden Reichstages zu Regensburg – Ständevertretung und Staatskunst im barocken Reich (Habil. Schr. Würzburg 1982); *Press*, Erblande (wie Anm. 63) 78–84; demnächst *ders.*, Die kaiserliche Stellung nach 1648 – Versuch einer Neubewertung (Vortrag Tübingen, Juni 1979).

<sup>80</sup> Dies begann im reformierten Hause Nassau-Dillenburg mit der Konversion der Grafen Johann VIII. und Johann Ludwig. Ähnlich bei den Häusern Hohenlohe, Oettingen, Ortenburg und Löwenstein, wo einzelne Zweige zur alten Kirche übergegangen sind. In der Reichsritterschaft finden sich Parallelen.

Der fortschreitende Territorialisierungsprozeß hemmte allerdings die Wirksamkeit personaler Beziehungen – aus Klienten wurden formale Verbündete, aber die Kehrseite der Medaille zeichnete sich ab. Die großen Territorien einteilten den kleineren immer mehr, was Autonomie, Festigkeit und Machtentwicklung anging – das Zurückfallen der Kleineren führte diese in großer Zahl in die kaiserliche Klientel. Sie wurde immer mehr Ausdruck einer altertümlichen Welt. Es war die rechtswahrende Funktion des Kaisers, die ihn so attraktiv machte – und sie wirkte sozial-konservativ; zu ihm flüchteten viele vor der drohenden Gefahr einer veränderten Zeit. Eine schwere Finanzkrise sehr vieler kleinerer Reichsstände zeichnete sich ab<sup>81</sup>; zwar ging es dem protestantischen Hochadel noch immer schlechter als dem katholischen – aber auch die traditionelle kaiserliche Klientel geriet allmählich unter Druck und es stellte sich die Frage, ob eine autonome Existenz auf Dauer aufrechtzuerhalten war. Damit zeigte sich, daß der Wiener Hof nach 1618 einen zunächst erfolgreichen Weg eingeschlagen hatte, der aber schließlich in die Sackgasse führte – er stabilisierte eine zunehmend veraltende Welt gegenüber den vorwärtsdrängenden Kräften im Reich<sup>82</sup>.

Freilich war dies nicht gleich deutlich. Vielfach suchten deutsche Höfe wenigstens teilweise in Konkurrenz zu Wien zu treten – zunächst München, dann auch Mannheim und Dresden, vor allem aber Berlin. Der Große Kurfürst suchte seinen Hof zur Gewinnung einer reichsgräflichen Parteigängerschaft zu benutzen. Er erinnerte sich der alten dynastischen Beziehungen zu den katholischen süddeutschen Hohenzollern und zog sie verstärkt an das Kurhaus heran; für die Grafen von Dohna machte er selbst den Brautwerber für eine lippische Heirat; gerade hier freilich zeigten sich die Grenzen dieser brandenburgischen Politik, denn es gab dort wenige Hochadelsfamilien, wie die Dohna, die die reichsgräflichen Familien anzubinden vermochten. Die berühmte kostspielige Hofhaltung des ersten preußischen Königs, Friedrich I., erklärt sich ohne Frage auch durch eine solche Politik, die durch die herzoglich-preußische Souveränität seit 1660 und die neue Königswürde seit 1703 begünstigt wurde<sup>83</sup>. Der

<sup>81</sup> Dazu: *Jobann Jacob Moser*, Von dem Reichs-Ständischen Schulden-Wesen (Frankfurt und Leipzig 1774/75). Vorläufige Zusammenfassung: *Volker Press*, Die aufgeschobene Mediatisierung. Finanzkrise der Kleinterritorien und kaiserliche Stabilisierungspolitik, in: Bericht über die 32. Versammlung deutscher Historiker in Hamburg 4.–8. Oktober 1978 (= Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, Beiheft) (Stuttgart 1979) 139–141.

<sup>82</sup> Eine Untersuchung des Hofes des Großen Kurfürsten fehlt bislang. Vgl. aber die Anmerkungen bei: *Ernst Opgenoorth*, „Ausländer“ in Brandenburg-Preußen als leitende Beamte und Offiziere (Beiheft zum Jahrbuch der Albert-Universität Königsberg/Preußen 28, Würzburg 1967). Allgemein zu dieser Seite der preußischen Entwicklung: *Adolph Friedrich Riedel*, Der Brandenburg-Preußische Staatshaushalt in den beiden letzten Jahrhunderten, (Berlin 1866).

<sup>83</sup> Das soll nicht die problematische Rolle des preußischen Königs verdecken. Aber der Versuch, eine ausstrahlende Attraktion zu schaffen, war deutlich. Es war kein Zufall, daß ein Reichsgraf wie Wittgenstein und ein zu diesem Rang aufgestiegener Reichsritter wie Kolbe die hervorragenden Rollen spielten. Vgl. neuerdings: *Linda* und *Marsba Frey*, Friedrich I. Preußens Erster König (Graz, Köln, Wien 1984) 77–103; dazu immer noch: *Otto Hintze*, Staat und Gesellschaft unter dem ersten König, in: *ders.*, Regierung und Verwaltung. Gesammelte Abhandlungen 3 (Göttingen 1967) 313–418; *Walter Koch*, Hof- und Regierungsverfassung König Friedrichs I. (1697–1710) (Untersuchungen zur deutschen Staats- und Rechtsgeschichte AF 136, Breslau 1936). Dazu die Anmerkungen bei: *Volker Press*, Reich und höfischer Absolutismus, in: *Werner*

Soldatenkönig Friedrich Wilhelm I. brach dann den Wettlauf mit Wien ab; Preußen ließ das höfische System fallen und setzte auf ein bürokratisch-militärisches, dessen Überlegenheit zunächst nur wenige erkannten – es beschränkte seine Hegemonialpolitik auf Norddeutschland und band seine Parteigänger auf moderne rationalere Weise an sich, wobei es sehr geschickt seine überlegenen finanziellen Möglichkeiten ausspielte<sup>84</sup>.

Die Krise Österreichs nach 1740 ließ dann auch in Wien deutlich werden, daß man vor der Gefahr des Zurückbleibens stand – nach wie vor hatte freilich das Patronagesystem des Wiener Hofes eine hohe Bedeutung für das Reich. Der wittelsbachische Kaiser Karl VII. (1742–1745) mußte schmerzlich erfahren, daß er es nicht ohne weiteres nach seiner Wahl zu mobilisieren vermochte, so daß er zum Kostgänger Frankreichs und Preußens wurde. Andererseits zeichneten sich bei ihm Ansätze eines neuen Patronagesystems, ausgehend von seiner Residenz Frankfurt, ab<sup>85</sup>.

Dennoch nahm das Interesse Wiens an seiner traditionellen Klientel im Reich ab; die Großmachtbildung Österreichs verstärkte nun die alte Priorität der Erblande. Sehr deutlich ist die Vernachlässigung dieser traditionellen Bindungen bei Maria Theresia und Joseph II. zu sehen, was bei den alten Parteigängern durchaus zu Irritationen führte. Nun ist beim frühen Joseph II. ein Interesse am Reich nicht zu leugnen, aber seine aufklärerische Rationalität hatte wenig Sinn für die Bedeutung der alten Klientel für das Erzhaus und noch weniger für ihre Verankerung in altertümlichen Vorstellungen<sup>86</sup>. Sehr viel schärfer hat die Bedeutung der habsburgischen Parteigängerschaft Napoleon gesehen, denn bei Säkularisation und Mediatisierung war der Gesichtspunkt

*Conze u. Volker Hentschel* (Hrsg.), *Ploetz, Deutsche Geschichte* (Freiburg <sup>1</sup>1983) 157–168; *Peter Baumgart*, *Der deutsche Hof der Barockzeit als politische Institution*, in: *August Buck, Georg Kauffmann, Blake Lee Spahr u. Conrad Wiedemann* (Hrsg.), *Europäische Hofkultur im 16. und 17. Jahrhundert 1* (Wolfenbütteler Arbeiten zur Barockforschung 8/1, Hamburg 1981) 25–37. Vgl. auch *Gerd Heinrich*, *Der Adel in Brandenburg-Preußen*, in: *Hellmut Rößler*, *Deutscher Adel 1555–1740* (Büdingen Vorträge 1964. Schriften zur Problematik der deutschen Führungsschichten in der Neuzeit 2, Darmstadt 1965).

<sup>84</sup> *Carl Hinrichs*, *Friedrich Wilhelm I. Jugend und Aufstieg* (Darmstadt <sup>4</sup>1974); *Gerhard Oestreich*, *Friedrich Wilhelm I. (Persönlichkeit und Geschichte 96/97, Frankfurt a.M. 1977)*; *Peter Baumgart*, *Epochen der preußischen Monarchie im 18. Jahrhundert*, in: *ZHF 6* (1979) 287–316, hier: 293 f.; *Gerd Heinrich*, *Geschichte Preußens* (Berlin 1981) 146–192. Aus marxistischer Sicht: *Horst Kathe*, *Der „Soldatenkönig“ Friedrich Wilhelm I. 1688–1740* (Berlin <sup>2</sup>1978). Im Gegensatz dazu der Kronprinzenhof Friedrichs des Großen: *Fritz Arnheim*, *Der Hof Friedrichs des Großen. Teil 1. Der Hof des Kronprinzen* (Geschichte des Preussischen Hofes 2.1, Berlin 1912).

<sup>85</sup> *Notker Hammerstein*, *Karl VII. und Frankfurt am Main*, in: *Archiv für Frankfurts Geschichte und Kunst 57* (1980) 19–48; *Volker Press*, *Das wittelsbachische Kaisertum Karls VII. Voraussetzungen von Entstehung und Scheitern*, in: *Andreas Kraus* (Hrsg.), *Land und Reich, Stamm und Nation. Probleme und Perspektiven bayerischer Geschichte. Festgabe für Max Spindler zum 90. Geburtstag*, Bd. 2 (Schriftenreihe zur Bayerischen Landesgeschichte 79, München 1984) 201–234; zuletzt: *Peter Claus Hartmann*, *Karl Albrecht – Karl VII. Glücklicher Kurfürst. Unglücklicher Kaiser* (Regensburg 1985).

<sup>86</sup> *Zur Reichspolitik Josefs II.: Karl Otmar Freiherr von Aretin*, *Heiliges Römisches Reich 1776–1806. Reichsverfassung und Staatssouveränität*, 2 Bde. (Veröffentlichung des Instituts für Europäische Geschichte Mainz 38, Wiesbaden 1967); *Bernard*, *Josef II* (wie Anm. 46).

ihrer Beseitigung und ihrer Ersetzung durch kalkulierbarere Mittelstaaten unverkennbar, während das Erzhaus nur noch zögernd seine alten Anhänger zu stützen vermochte<sup>87</sup>. Das Erbe für das 19. Jahrhundert war dennoch wichtig – der katholische Hochadel Süddeutschlands blieb bis zum Ende der Monarchie im Jahre 1918 mit dem Erzhaus auf das engste verbunden.

Patronat und Klientel gehörten offenbar zu den wichtigsten Spielregeln, nach denen das System des spätmittelalterlichen wie des frühneuzeitlichen Reiches funktionierte. Dies galt sowohl für das Verhältnis des Kaisers zum Reichsverband wie zu seinen Erbländen, für seinen Hof wie für seine „Behörden“, aber auch für Territorien und Städte, unabhängig von ihrer Größe.

Die Ausbildung von Klientelverbänden half den Reichskörper zu strukturieren, sie war nicht nur ein Instrument kaiserlicher Regierung, sondern auch ein wichtiges Mittel zur Ausbildung regionaler Hegemonialsysteme im Reich. Die Konkurrenz um mögliche Klienten war zugleich ein Ausdruck regionaler Machtpolitik. Die Parteigängerschaft dokumentierte sich auf unterschiedliche Weise – im komplexen Gefüge des Reiches war sogar wechselseitige Patronage bei unterschiedlichen Partnern nicht selten. Die Zeitgenossen erkannten die Bedeutung solcher Systeme sehr klar und umschrieben sie auch mit der hier verwandten, aus der Antike entlehnten Terminologie. So war in den Quellen frühzeitig von der kaiserlichen „clientela“ die Rede.

Es erweist sich somit, daß die Frage nach Patronat und Klientel nicht nur ein Mittel ist, das komplizierte System der kaiserlichen Politik im besonderen und des Reiches im allgemeinen zu erfassen und die nach wie vor unentbehrliche rechts- und verfassungsgeschichtliche Fragestellung zu ergänzen. Die Untersuchungen von Lehensverbänden, von Landständen, Stiftskapiteln und landesfürstlichen Behörden bietet für diese Fragestellung eine Fülle von Möglichkeiten – der Parameter von Patronat und Klientel hilft sie neu zu strukturieren, ebenso wie die eng damit verbundene Frage nach der Verflechtung. Selbstverständlich müssen beide Probleme in die großen Zusammenhänge eingebettet bleiben. In jedem Fall aber hilft die Erforschung von Beziehungen unter den Gesichtspunkten von Patronat und Klientel sowie von Verflechtungen, das Bild des alten Reiches und seiner Glieder neu zu beleuchten.

<sup>87</sup> Volker Press, Das „Droit d'Epaves“ des Kaisers von Österreich. Finanzkrise und Stabilisierungspolitik zwischen Lunéville und Preßburger Frieden, in: Geschichte und Gesellschaft 6 (1980) 559–573.

*Wolfgang Reinhard*

## Oligarchische Verflechtung und Konfession in oberdeutschen Städten

Da Kolloquien durch ihre Diskussionen der laufenden Forschung neue Impulse geben sollen, ist es sicher berechtigt, statt ausgereiften Ergebnissen einen Zwischenbericht über ein seit 1979 von der Deutschen Forschungsgemeinschaft gefördertes Projekt vorzulegen, dessen Finanzierung Ende 1988 ausläuft. Dem unabgeschlossenen Charakter des Unternehmens entsprechend kann zwar von mancherlei Erkenntnissen berichtet werden. Es bleiben aber noch genug ungelöste Schwierigkeiten und offene Fragen, für die ich mir den Rat der versammelten Experten erhoffe.

Dem Projekt liegt eine doppelte Fragestellung zugrunde: Erstens soll eine an anderen Gegenständen entwickelte These von der ausschlaggebenden Bedeutung oligarchischer Verflechtung für Rekrutierung und Aktivität von Führungsgruppen an einem weiteren Beispiel exemplarisch überprüft werden. Zweitens soll durch die Wahl bikonfessioneller Städte<sup>1</sup> Oberdeutschlands zwischen Reformation und Dreißigjährigem Krieg als Untersuchungsgegenstand ein Beitrag zur sozialen Infrastruktur städtischer Religionspolitik geleistet werden.

Am Anfang standen Beobachtungen an so weit voneinander entfernten Gegenständen wie der Römischen Kurie um 1600<sup>2</sup> und der deutschen Geschichtswissenschaft des 19. und 20. Jahrhunderts<sup>3</sup>, aus denen sich ergab, daß für die Besetzung von Führungspositionen und das Zustandekommen von Entscheidungen personenbezogene Gesichtspunkte statt sachbezogenen eine sehr viel größere Rolle spielen, als die Mehrheit der Forscher bislang wahrhaben wollte. Nicht selten werden die unverzichtbaren sachlichen Bedürfnisse durch die Selbstverständlichkeit von Rollenzuschreibungen auf die Befriedigung der persönlichen reduziert: Verwandte und allenfalls Landsleute

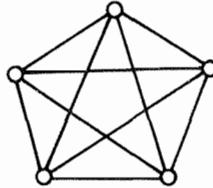
<sup>1</sup> Der Begriff „paritätisch“ wird vermieden, weil er strenggenommen einen fertigen Rechtszustand bezeichnet, der im Untersuchungszeitraum erst im Entstehen begriffen ist.

<sup>2</sup> Die einstweilen skizzenhaft vorliegen, vgl. *Wolfgang Reinhard*, Freunde und Kreaturen. „Verflechtung“ als Konzept zur Erforschung historischer Führungsgruppen. Römische Oligarchie um 1600 (Schriften der Philosophischen Fachbereiche der Universität Augsburg 14, München 1979). Ich hoffe aber, in absehbarer Zeit das bereits gesammelte Material zu einer umfangreichen Untersuchung „Papst Herrschaft und Familienklientel“ verarbeiten zu können.

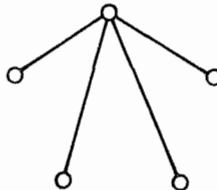
<sup>3</sup> Die inzwischen ausführlich verifiziert sind, vgl. *Wolfgang Weber*, Die Priester der Klio. Historisch-sozialwissenschaftliche Studien zur Herkunft und Karriere deutscher Historiker und zur Geschichte der Geschichtswissenschaft 1800–1970 (Frankfurt 1984); *ders.*, Biographisches Lexikon zur Geschichtswissenschaft in Deutschland, Österreich und der deutschsprachigen Schweiz (Frankfurt 1984).

müssen einfach die bestmöglichen Mitarbeiter eines Papstes sein – der Schüler des berühmten und mit den ortsansässigen Kollegen befreundeten Ordinarius muß einfach der am besten qualifizierte Bewerber sein. Und wer je als Außenseiter kooptiert wird, gerät in einen wie im anderen Fall fast unvermeidlich nachträglich in persönliche Abhängigkeit von maßgebenden Figuren, in ein Klientelverhältnis. Nicht Schicht- oder Klassenzugehörigkeit entscheidet letztlich über die Mitgliedschaft in Führungsgruppen – sie bestimmt höchstens die Vorauswahl –, sondern die persönliche Beziehung zum „richtigen“ Mann – oder auch einmal der „richtigen“ Frau. „Führungsgruppen sind nicht in erster Linie durch gleiche soziale Daten ihrer Mitglieder konstituiert, sondern durch die soziale Verflechtung dieser Mitglieder, weil dadurch Interaktion ermöglicht, begünstigt, kanalisiert wird.“<sup>4</sup> Überscharf formuliert: Jede Herrschaft ist oligarchisch, jede Oligarchie beruht aber auf Verflechtung, also gründet Herrschaft stets auf Verflechtung! Grund genug, sie endlich als historischen Forschungsgegenstand zu thematisieren.

Was aber ist „Verflechtung“? Es handelt sich um eine Anleihe bei der Nachbarwissenschaft Kulturanthropologie, um eine freie Übertragung des dort üblichen Begriffs „network“<sup>5</sup>, der die Beschreibung und graphische Darstellung der Interaktionen zwischen einer beliebigen Anzahl von Personen bezeichnet. Wenn Personen durch Punkte und Interaktionen durch verschieden gestaltbare Geraden zwischen diesen Punkten dargestellt werden, entsteht tatsächlich der optische Eindruck eines Netzes. Ein solches Netz wird selten so homogen sein, daß es das höchstmögliche Maß an „Dichte“ aufweise – es interagiert ja kaum einmal jeder mit jedem in genau gleichem Ausmaß.



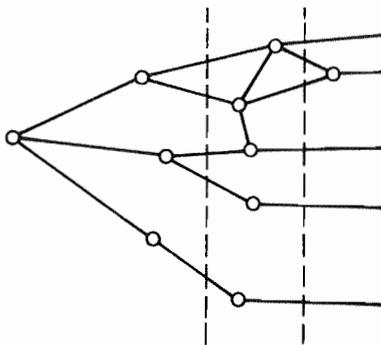
Es wird aber ebensowenig so vollkommen auf eine einzige Person ausgerichtet sein, daß es die höchstmögliche „Zentralität“ erreichte – kaum einmal interagieren sämtliche beteiligten Personen direkt nur mit der Person im Zentrum und untereinander nur indirekt über diese, obwohl dies eine ideale Position zur Ausübung von sozialer Kontrolle und Herrschaft ist.



<sup>4</sup> Reinhard, Freunde, 19.

<sup>5</sup> Für die wörtliche Übersetzung „Netzwerk“ konnte ich mich nicht erwärmen.

Auch wo es im Netz eine zentrale Position gibt, bestehen im Regelfall doch mehrere Zonen mit direktem und indirektem Kontakt, es gibt Randpositionen und lokale Verdichtungen, sogenannte „cluster“.



Schließlich steigt die Zahl der Interaktionen auch zwischen einer begrenzten Zahl von Untersuchungspersonen rasch in die Millionen – keineswegs zufällig haben sich die Pioniere der „network“-Forschung mit Vorliebe auf Inseln getummelt, wo so etwas wie eine natürliche Außengrenze des „Netzes“ unterstellt werden kann.

*Historische* Verflechtungsanalyse hat in der Regel nicht mit dieser Schwierigkeit zu kämpfen, denn ihr ist es ja nicht mehr möglich, durch Interview und Beobachtung die Gesamtzahl aller Interaktionen zu erfassen. Sie verfügt statt dessen nur über eine von der jeweiligen Quellenüberlieferung bereits vorgegebene Auswahl von Daten. Dadurch wird ihr Aktionsradius nicht selten von vorneherein auf die Oberschichten begrenzt, weil diese bekanntlich mehr Quellen hinterlassen haben. Außerdem muß sie für den Vorteil relativer Überschaubarkeit ihres Materials dadurch bezahlen, daß sie sich ständig dem Verdacht ausgesetzt sieht, ihre Ergebnisse seien nur durch den Zufall oder gar die Manipulation der Quellenüberlieferung zustande gekommen. Streng genommen müßte freilich jede Geschichtswissenschaft diesem Verdacht unterliegen! Diese Schwierigkeit läßt sich aber bis zu einem gewissen Grad dadurch beheben, daß sich historische Verflechtungsanalyse weniger auf das Abzählen „zufällig“ überlieferter Interaktionen verlegt (wie viele Briefe wurden in einem gegebenen Zeitraum zwischen Luther und Spalatin gewechselt), als auf den Nachweis von Beziehungen, die solche Interaktion erst ermöglichen und kanalisieren. Wegen ihres höheren Allgemeinheitsgrades sind diese weniger den Zufallsrisiken der Überlieferung ausgesetzt. In der frühen Neuzeit spielen meines Erachtens vier Typen von vorgegebenen<sup>6</sup> oder herstellbaren<sup>7</sup> Beziehungen die wichtigste Rolle:

*Verwandschaft* einschließlich der im Gegensatz zur vorgegebenen Blutsverwandschaft theoretisch beliebig herstellbaren künstlichen oder rituellen Verwandschaft (Verschwägerung, Patenschaft).

<sup>6</sup> Auf Personen bezogen: zugeschriebenen.

<sup>7</sup> Auf Personen bezogen: erworbenen.

*Landsmannschaft* und andere Formen „kommunalistischer“ Solidargemeinschaft, etwa Zugehörigkeit zum selben Orden oder später derselben Studentenverbindung.

*Freundschaft*, aber nicht im romantischen Sinne sentimentaler Zuneigung, sondern als einigermaßen gleichgewichtiges Zweckbündnis nach dem Grundsatz „do ut des“. Allerdings kann der Begriff „Freundschaft“ aber auch zur höflich-euphemistischen Umschreibung einer ungleichgewichtigen Abhängigkeit verwendet werden, einer

*Patron-Klient-Beziehung*, definiert als relativ dauerhaftes Zweckbündnis von Ungleichen, bei dem der mächtigere Partner dem schwächeren Schutz gewährt und dafür Gegenleistungen beanspruchen darf.

In der historischen Wirklichkeit sind diese vier Typen nicht immer reinlich zu scheiden. Obendrein können sie sich überlagern (der Landsmann wird zum Freund und schließlich zum Schwager). Das ist der besonders wichtige Fall der Mehrfachbeziehung, der „Multiplexität“ im Jargon der „network“-Forschung. Multiplexität kann aber nicht nur die vorgegebenen oder hergestellten Beziehungen kennzeichnen, sondern nicht weniger auch die entlang diesen Beziehungslinien abgewickelten Interaktionen. Handelt es sich um Geld, Information, Hilfe, Zuneigung, um mehrere von diesen „Gütern“ oder gar um alle zusammen?

Von besonderer Bedeutung für den Historiker ist schließlich die analytische Kategorie der *Umwelteinflüsse*, denen Gestalt und Inhalt eines „network“ unterliegen. Er hat ja in noch höherem Grad als der Anthropologe, der eine uns fernstehende Kultur erforscht, mit von den uns vertrauten radikal abweichenden Verhältnissen zu rechnen. Am bedeutsamsten dürften der Wandel der Werte, der Institutionen und der sozialen Schichtung sein. Während die römische Gesellschaft des frühen 17. Jahrhunderts die Rolle der Patronage mit einer uns schamlos anmutenden Offenheit zur Sprache bringt, weil sie im Sinne der damaligen Wertordnung als soziale Pflichterfüllung galt, ist hinsichtlich der sozialen Beziehungen in der deutschen Geschichtswissenschaft sehr viel mehr Diskretion geboten, weil in unserer Gesellschaft inzwischen die Leistung den Ausschlag geben soll. Die abnehmende Bedeutung der Institution Familie, die zunehmende Bedeutung der Institution Beruf, der Professionalisierung der Gesellschaft, schlägt sich in kennzeichnenden Unterschieden zwischen dem römischen und dem historistischen Patronagesystem nieder: An die Stelle der Familie tritt die „Schule“. Schließlich können in einer stark hierarchisierten Gesellschaft mit geringer Mobilität die Patron- oder Klientenrollen sehr dauerhaft, ja sogar erblich sein, während unter Bedingungen erhöhter Mobilität ein sorgfältig aufgebautes und gepflegtes „network“ Bedingung des Aufstiegs zum Kardinal oder Lehrstuhlinhaber ist<sup>8</sup>.

Welchen wissenschaftlichen Gewinn können wir uns von der Anwendung dieser Methode auf oberdeutsche Städte des 16. Jahrhunderts versprechen? Wir beabsichtigen nicht weniger als einen neuartigen Versuch, die Hinwendung der städtischen Eliten zur einen oder anderen Form der Reformation beziehungsweise ihr Verbleiben bei der alten Kirche und damit die Konfessionalisierung in den Städten zu erklären. Daß

<sup>8</sup> Zu den allgemeinen Methodenüberlegungen vgl. ausführlicher und mit Literaturangaben *Reinhard*, Freunde.

solche religiösen Entscheidungen einfach durch Summierung persönlicher Heilserfahrungen ohne jeden Bezug zur sozialen Wirklichkeit zustande gekommen sind, wird heute kaum noch angenommen. Statt dessen hat man es mit einer Analyse der betreffenden städtischen Gesellschaften nach Schichten- oder Klasseninteressen versucht.

Doch haben die zahlreich vorliegenden Untersuchungen zu einzelnen Städten, wenn ich richtig sehe, immer wieder das gleiche Ergebnis gebracht. Wenn sich die betreffenden Städte im Rahmen der von Volker Press untersuchten Abhängigkeiten überhaupt frei entscheiden konnten, dann gab es Anhänger des neuen Glaubens in allen gesellschaftlichen Schichten. In diesem allgemeinen Rahmen waren dann die Unterschichten eher neuerungsfreudiger, weil sie mehr zu gewinnen, die Oberschichten zurückhaltender, weil sie mehr zu verlieren hatten – insgesamt nicht gerade ein aufregendes Ergebnis<sup>9</sup>.

Als Alternative versuchen wir statt dessen, städtische Führungsgruppen des konfessionellen Zeitalters weder als Summen gleichartiger Fälle im Sinne der Schichtungsforschung noch als zufälliges Zusammentreffen mehr oder weniger heilsbedürftiger Individuen aufzufassen, sondern als Gebilde, die im bisher geschilderten Sinn durch Verflechtung strukturiert sind. Soziale Beziehungen und Interaktion werden weder als bloße Indizien für Schichtzugehörigkeit noch als zufällige Eigenschaften und Aktivitäten von Individuen aufgefaßt, sondern Führungsgruppen- und damit Schichtzugehörigkeit kommt erst durch sie zustande und das menschliche Handeln wird durch sie geprägt oder erst ermöglicht. Darum erwarten wir, daß auch die reformatorische Botschaft sich entlang sozialer Beziehungslinien fortpflanzt und auf diese Weise Reformation von einem schon bestehenden gesellschaftlichen „Netz“ in der Führungsgruppe getragen wird, während vielleicht ein anderes, mit dem erstgenannten konkurrierendes „network“ sich der alten Kirche zur Verfügung stellt. Freilich zeichnet sich auch die Möglichkeit ab, daß die konfessionelle Spaltung bestehende Netze zerreißt und völlig neue entstehen läßt.

Das könnte aber zur Folge haben, daß sich die Struktur städtischer Führungsgruppen unter den Bedingungen des konfessionellen Antagonismus sogar besonders deutlich beobachten läßt. Deswegen erschien uns die Konzentration auf das konfessionelle Zeitalter und die späteren paritätischen Reichsstädte Augsburg, Biberach, Dinkelsbühl und Ravensburg besonders sinnvoll. Biberach und Dinkelsbühl kamen allerdings aus praktischen Gründen für die Untersuchung nicht in Frage, so daß wir unsere Arbeit zunächst auf die stagnierende Mittelstadt Ravensburg, dann aber vor allem auf die blühende Großstadt Augsburg konzentriert haben<sup>10</sup>.

<sup>9</sup> Vgl. jüngst *Barbara Kroemer*, Die Einführung der Reformation in Memmingen. Über die Beziehung ihrer sozialen, wirtschaftlichen und politischen Faktoren, in: *Memminger Geschichtsblätter* (1980) 1–226; *Hans-Christoph Rublack*, Eine bürgerliche Reformation: Nördlingen (Gütersloh 1982).

<sup>10</sup> Mit Biberach hatte der Sonderforschungsbereich 8 in Tübingen Großes vor, in Dinkelsbühl ist die Quellenlage extrem ungünstig.

Die Untersuchung *Ravensburgs* konnte von *Wolfgang Schütze* bereits 1981 abgeschlossen werden<sup>11</sup>, weil mit den Studien zum Patriziat von *Alfons Dreher* bereits wichtige Vorarbeiten geleistet waren<sup>12</sup> und die Quellenlage darüber hinaus nur einen begrenzten Zugewinn an Information gestattete. Vor allem mußte die Zeit vor der „Verfassungsreform“ Karls V. unberücksichtigt bleiben und die Untersuchung auf den Zeitraum 1551–1648 eingeschränkt werden. Was die Quellenlage diktiert, entspricht aber auch der neuen Stadtverfassung: die Beschränkung der Untersuchung auf die circa 15 Mitglieder des Kleinen Rates als der politischen Elite. Da die Mitgliedschaft lebenslang war und die Ergänzung durch Kooptation erfolgte, handelt es sich nur um 88 Personen, für die Schütze eine ausführliche Prosopographie erstellt hat, die über die in anderen einschlägigen Arbeiten üblichen Angaben hinaus nach Kirchenbüchern und Bürgerlisten um möglichst viele verflechtungsrelevante Daten erweitert wurde. Der Kreis besteht aus den Familien des mehrheitlich katholischen Patriziats, das traditionell in der Gesellschaft „zum Esel“ organisiert war, und aus den überwiegend evangelischen Familien der zünftischen Oberschicht, die sich in der Gesellschaft „zum Ballen“ zusammengefunden hatte.

Unter Zuhilfenahme von Sozio-Matrizen wurde die Verflechtung dieser Familien durch Verschwägerung, Patenschaft, Trauzeugenschaft und Bürgschaften bei der Aufnahme ins Bürgerrecht untersucht. Dabei zeigt sich, daß man in Ravensburg in zunehmendem Maße unter sich bleibt. Die Patrizier und die bürgerliche Oberschicht heiraten je länger desto mehr innerhalb der eigenen Gruppe, und wenn zu Beginn noch Bürgschaften von nicht-verwandten Personen und Angehörigen der anderen Konfession vorkommen, so bürgen gegen Ende des Untersuchungszeitraums nur noch Verwandte. Trauzeugen gibt es ohnehin nur bei den Katholiken. Bei den Patenschaften ist aber bis zum Schluß ein die Grenzen zwischen Patriziern und Bürgern überschreitendes Beziehungsnetz zu erkennen. Allerdings werden dabei die konfessionellen Grenzen immer stärker respektiert: Familien unsicherer konfessioneller Zuordnung werden immer seltener. Darüber hinaus haben Angehörige der Führungsgruppe zahlreiche Taufpatenschaften bei der Mittel- und Unterschicht übernommen – die Katholiken auch Trauzeugenschaften –, ein Indiz für bestehende oder neu begründete Klientelverhältnisse. Man könnte es durch den Nachweis von Nachbarschaften noch wahrscheinlicher machen – wenn solche sozialtopographische Untersuchungen beim Ravensburger Quellenbestand möglich wären.

Insgesamt bietet sich das Bild abnehmender sozialer Mobilität und zunehmender konfessioneller Abgrenzung, was mit wachsender „Verfälschung“ der Führungsgruppen einhergeht. Die Bedeutung des konfessionellen Moments ist aber nicht mit Sicherheit zu gewichten. Wir vermögen nicht auszumachen, wie weit es Ursache oder bloße ver-

<sup>11</sup> *Wolfgang Schütze*, Oligarchische Verflechtung und Konfession in der Reichsstadt Ravensburg 1551/52–1648. Untersuchungen zur sozialen Verflechtung der politischen Führungsschichten (Diss. phil. Augsburg 1981).

<sup>12</sup> *Alfons Dreher*, Das Patriziat der Reichsstadt Ravensburg. Von den Anfängen bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts (Stuttgart 1966), zuerst in: Zeitschrift für Württembergische Landesgeschichte (1960–1965).

	BESSELER (X)	BETZ (X)	BURGAU (X)	DEURING (X)	EBENRIEDT (X)	FABER (X)	GAIST (X)	de GALL (X)	HADENHOFER (X)	MERZ (X)	MILLER	MOCKH	REICHLIN ((X))	ROTH (X)	SCHELLENBERGER (X)	SCHULTHAIS (X)	TÄSCHLER (X)	WOLPARTSHOFER (X)	
BESSELER (X)	X					•													
BETZ (X)		X																	
BURGAU (X)			X																
DEURING (X)				X															
EBENRIEDT (X)					X														
FABER (X)						X													
GAIST (X)							X												
de GALL (X)								X											
HADENHOFER (X)									X										
MERZ (X)										X									
MILLER											X								
MOCKH ((X))												X							
REICHLIN (X)													X						
ROTH (X)														X					
SCHELLENBERGER (X)															X				
SCHULTHAIS (X)																X			
TÄSCHLER (X)																	X		
WOLPARTSHOFER																		X	

SOZIOMATRIX: DIE SOZIALE VERFLECHTUNG DER RAVENSBURGER KLEINRATSFAMILIEN DURCH TRAUZEUGENSCHAFTEN (ZEITRAUM: 1512-1520)

stärkende Begleiterscheinung der zunehmenden sozialen Abgrenzung gewesen ist, die auch mit der wirtschaftlichen Stagnation der Stadt in Zusammenhang gebracht werden könnte. So hat die Untersuchung Ravensburgs zwar zu einer eindrucksvollen Erfassung des Verflechtungspotentials geführt, dessen Aktualisierung in der Politik und der konfessionellen Auseinandersetzung bleibt uns aber aus Quellenrunden weitgehend unbekannt. Wir konnten soziale Netze zuverlässig rekonstruieren, wissen aber nicht, ob mit ihnen etwas anzufangen war.

Reichere Information dürfen wir von einer parallelen Untersuchung für Augsburg erwarten, wo im Gegensatz zu Ravensburg eher zu viele als zu wenig Quellen vorhanden sind. Im Gegensatz zu dort fehlen allerdings die Kirchenbücher fast ganz. Die Untersuchung der politischen Führungsgruppe Augsburgs durch *Katarina Sieb-Bu-*

	ADELGAIS	ANKENREUTE (X)	BESSERER (X)	BÉTZ	BUNKHOFER (X)	BURGAU (X)	DEURING (X)	EKOLT (X)	de GALL (X)	HaidENHOFER (X)	HENSLEr (X)	HUMELBERG (X)	HYRUS (X)	KOLLÖFFEL (X)	KRÖTLIN	LUPIN (X)	MANGOLD (X)	MOCKH (X)	MURLIN	MORELL (X)	ÖLSCHLAHER (X)	REICHLIN (X)	ROTH (X)	SCHATZ (X)	SCHELER (X)	SCHÉLLANG (X)	SCHellenBERGER (X)	SCHINDELIN (X)	SCHNEIDER (X)	SENNER (X)	STOLL (X)	TASCHLER (X)	TAFINGER (X)	THOMAN (X)	ULIN	VOLLANO (X)	WEINDORFFER (X)	WOLPARTSHOFER (X)			
ADELGAIS	X																																								
ANKENREUTE	(X)	X																																							
BESSERER	(X)		X																																						
BÉTZ	(X)			X																																					
BUNKHOFER					X																																				
BURGAU	(X)					X																																			
DEURING	(X)						X																																		
EKOLT								X																																	
GAIST	(X)								X																																
de GALL	(X)									X																															
HaidENHOFER											X																														
HENSLEr												X																													
HUMELBERG	(X)												X																												
HYRUS	(X)													X																											
KOLLÖFFEL															X																										
KRÖTLIN																X																									
LUPIN	(X)																X																								
MANGOLD																		X																							
MOCKH	(X)																		X																						
MURLIN																				X																					
MORELL																					X																				
ÖLSCHLAHER	(X)																					X																			
REICHLIN	(X)																						X																		
ROTH	(X)																							X																	
SCHATZ	(X)																								X																
SCHELER																										X															
SCHÉLLANG	(X)																										X														
SCHellenBERGER	(X)																											X													
SCHINDELIN	(X)																												X												
SCHNEIDER																															X										
SCHULThAIS	(X)																														X										
SENNER																																X									
STOLL																																	X								
TASCHLER	(X)																																X								
TAFINGER																																		X							
THOMAN																																			X						
ULIN																																									
VOLLANO	(X)																																								
WEINDORFFER																																									
WOLPARTSHOFER																																									

SOZIALMATRIX VV: DIE VERWANDSCHAFTLICHE VERFLECHTUNG DER  
RAVENSBURGER KLEINRATSFAMILIEN DURCH VERSCHWAGERUNG  
(ZEITRAUM: ca. 1500–1660)

*rens*, die inzwischen abgeschlossen wurde<sup>13</sup>, beschränkt sich auf die Bürgermeister und Stadtpfleger der Jahre 1518–1618, wobei die zeitliche Abgrenzung überwiegend pragmatisch erfolgte<sup>14</sup>, während die Einschränkung des Kreises der Untersuchungsperso-

<sup>13</sup> Vgl. *Katarina Sieb*, Bürgermeisteramt, soziale Verflechtung und Reformation in der freien Reichsstadt Augsburg 1518–1539 (Magisterarbeit Augsburg 1981); *dies.*, Die Augsburger Stadtverfassung um 1500, in: Zeitschrift des historischen Vereins für Schwaben 77 (1983) 125–149; *dies.*, Oligarchie, Konfession und Politik im 16. Jhd. Zur sozialen Verflechtung der Augsburger Bürgermeister und Stadtpfleger 1518–1618 (Diss. phil. Augsburg 1985).

<sup>14</sup> Vor 1518 ist die Quellenlage zu ungünstig, die Reformationszeit wird aber auf diese Weise noch vollständig erfasst – mit der Zeit nach 1618 befaßt sich Bernd Roeck/Augsburg–München.

nen sachlich begründet ist. Nicht daß die Zahl sämtlicher Angehöriger der engeren Ratsgremien, wie sie von Schütze in Ravensburg bearbeitet wurde, in einer gründlichen Detailstudie kaum zu bewältigen wäre, ist das entscheidende Argument für diese Einengung, sondern die Beobachtung, daß die Bürgermeister und Stadtpfleger sich durch den Cursus honorum und ihre Aktivitäten, die beide in Augsburg im Gegensatz zu Ravensburg ziemlich genau zu fassen sind, von vornherein als der ausschlaggebende Personenkreis, als die engere Führungsgruppe darstellen. Deren übrige Angehörige tauchen dann ohnehin im „Netz“ dieser Hauptpersonen auf.

Von 1518 bis zur kaiserlichen „Verfassungsreform“ von 1548 handelt es sich um 15 Personen aus 13 Familien, von 1548 bis 1618 um 59 Personen aus 48 Familien. Vor 1548 wurden alljährlich zwei Bürgermeister gewählt, wobei Wiederwahl nach einem Jahr Pause möglich und üblich war. Die beiden Stadtpfleger, die nach 1548 an diese Stelle treten, und die nunmehr sechs Bürgermeister blieben faktisch lebenslang im Amt. Nachdem Sieh aus den Ratsakten<sup>15</sup> die Personen, ihre Ämterlaufbahn und ihre Aktivitäten identifiziert hatte, hat sie aus weiteren Beständen des Augsburger Stadtarchivs sowie verschiedenen Privatarchiven eine Fülle verflechtungsrelevanter Daten zusammengetragen und in einer prosopographischen Kartei geordnet. Dabei haben sich die in ausgedehnten genealogischen Forschungen rekonstruierten Verwandtschafts- und Verschwägerungsverhältnisse als die ausschlaggebende Kategorie erwiesen. Dafür spricht unter anderem das Bedürfnis auch weniger erlauchter Familien, diese in Chroniken und Genealogien zu dokumentieren. Dafür spricht die Tatsache, daß die Herstellung einer engeren persönlichen Beziehung immer wieder darauf hinausläuft, daß die betreffende Person durch Heirat in einen Familienverband aufgenommen wird. Dafür spricht schließlich ganz besonders die Beobachtung, daß nicht nur der Übernahme von Vormundschaften und Testamentsvollstreckungen, sondern auch der Tätigkeit als Siegler und Zeuge bei privaten Rechtsgeschäften und häufig sogar wirtschaftlichen Partnerschaften in letzter Instanz ein Verwandtschaftsverhältnis zugrundeliegt.

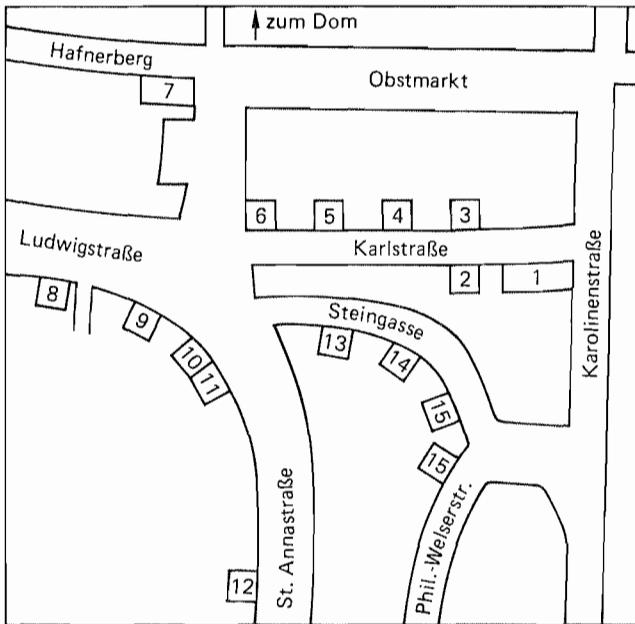
In den übrigen Fällen lassen sich solche Beziehungen als Indiz für ein Freundschafts- oder Klientelverhältnis werten, eine Art Beziehung, die im übrigen nur selten direkt nachzuweisen ist. Einmal nennt der Arzt und Politiker Gereon Sailer den Bürgermeister Georg Herwart seinen „Patron“<sup>16</sup>. Offensichtlich herrscht die Tendenz vor, zumindest Freundschaften wenn irgend möglich in Verwandtschaft zu überführen.

Wenn man die bisherigen Ergebnisse dieser Untersuchung mit den bekannten Tatsachen der politischen und religiösen Geschichte der Stadt verrechnet, erkennt man, daß Augsburg im 16. Jahrhundert von vier „Netzen“ untereinander verflochtener Familien beherrscht wurde, die sich freilich nicht nur in der Dauer ihres Einflusses erheblich voneinander unterscheiden. Nach Ausdehnung, Kontinuität und fast ständiger Präsenz in den höchsten Stadtämtern am wichtigsten ist das „Netz“, in dessen Zentrum die Familie Welser sitzt, was sich auch daraus erkennen läßt, daß es bis zum Bankrott der Welsergesellschaft 1614 in dieser einen gemeinsamen ökonomischen

<sup>15</sup> Geheime Ratsbücher, Ratsämterbücher und -listen, Ratsbücher und dgl.

<sup>16</sup> Stadtarchiv Augsburg, Autographensammlung, 1541 April 12.

Rahmen hat. Das Welser-Netz stellt sowohl in der Reformationszeit Bürgermeister wie Hans Welser I., Hans Haintzel und Georg Herwart als auch unter der neuen Verfassung die ersten Stadtpfleger des Patrizierregiments Marx Ulstät und Leo Ravensburger, denen später Christoph Peutinger und Marx Welser folgen sollten. Es erweist eine enorme Integrationskraft, denn es vereinigt Vertreter verschiedener konfessioneller Richtungen, die im Rat durchaus verschiedenen Faktionen angehören können, freilich eher solchen gemäßiger Orientierung<sup>17</sup>. Es bleibt keineswegs exklusiv patrizisch orientiert, sondern bezieht neu aufsteigende Führungskräfte der Wirtschaft wie die Paler, Reihing, Stenglin, Weiß ebenso ein wie maßgebende Vertreter der Bildungselite, erwähnt sei nur der Humanist Conrad Peutinger. Sogar sozialtopographisch läßt sich das Welser-Netz lokalisieren: Wichtige Mitglieder leben bevorzugt in dem Viertel südlich des Doms zwischen Hafnerberg und Philippine-Welser-Straße.



Sehr viel enger strukturiert sind die drei anderen Netze, auch dasjenige, das sich mit dem Arzt, Baumgartner und Ilsung um die Fugger gruppierte. Ungeachtet der teilweise zünftischen Herkunft wird hier eine Exklusivitätspolitik betrieben, der eine konsequent altkirchliche und kaiserliche Gesinnung entspricht. Folglich verlieren die Angehörigen dieses Netzes in der Reformationszeit ihren Einfluß und erlangen ihn erst nach der Verfassungsrevision von 1548 wieder. Ein unlängst durchgeführter Vergleich

<sup>17</sup> Dieses Netz ist in personeller, politischer und konfessioneller Hinsicht so weit gespannt, daß es vermutlich einer Untergliederung in „cluster“/Faktionen bedarf, eine Arbeit, die noch zu leisten ist.

der Fugger-Inventuren von 1527 und 1533 mit den Gläubigerverzeichnissen des Höchstäter-Bankrotts von 1529 hat übrigens gezeigt, daß auch die Geschäftspolitik der Fugger ähnlichen sozialen Strategien folgt. Sie verstehen es, das Kapital der un-mittelbar mit ihnen verschwägerten Familien zu mobilisieren, greifen aber kaum über diesen engeren Kreis hinaus, während die Höchstäter im gesellschaftlichen Nahbereich in dieser Hinsicht wenig Erfolg haben und daher durch weites und riskoreiches Ausgreifen zu Einlagen kommen müssen. Haben wir damit ein Geheimnis des geschäftlichen Erfolgs oder Mißerfolgs identifiziert?<sup>18</sup>

Auch das Herbrod-Netz mit den Eiselin, Hosler und Jenisch umfaßt soziale Aufsteiger aus der Kaufmannschaft, die sich aber im Gegensatz zum Fugger-Netz durch Zusammenarbeit mit der etablierten Elite, d. h. vor allem dem Welser-Netz auszeichnen und außerdem evangelischen Überzeugungen anhängen. Es liegt nahe, eine Parallele zu konstruieren zwischen dem Sprengen der herkömmlichen Ordnung durch sozialen Aufstieg und der Zuwendung zu einer neuen Ordnung auch im religiösen Bereich, während die Fugger-Gruppe ihren Aufstieg durch Betonen der bestehenden Ordnung abzusichern versucht hätte – noch heute zwei Möglichkeiten, wie sich Aufsteiger verhalten können! Die Folge dieser Einstellung ist freilich, daß das Herbrod-Netz mit dem Ende der evangelischen Zeit und der Zunftverfassung seinen politischen Einfluß verliert.

Ähnliches gilt für das Seitz-Netz, in dem sich im Gegensatz zu den anderen dreien nicht Patrizier und Kaufleute, sondern angesehene Vertreter der Handwerkerschaft zusammengefunden haben wie der Weber Mang Seitz, der Kistler Heinrich Hertz und die Metzger Martin und Melchior Burkard. Sie sind kaum mit der Oberschicht, wohl aber mit den Spitzen des Handwerks und mit zwinglianischen Predigern verflochten. Getragen von der Volksstimmung erlebt dieses Netz bei der Einführung der Reformation den Höhepunkt seiner politischen Geltung<sup>19</sup>, wird dann verdrängt, um im Kalenderstreit der zweiten Jahrhunderthälfte abermals Kristallisationspunkt der Kritik breiter evangelischer Bevölkerungskreise am Rat zu werden.

Es hat allerdings den Anschein, als fehlten diesem in der Mittelschicht verwurzelten Netz zwei wesentliche Eigentümlichkeiten der Oberschichtennetze, die nicht nur deren Stabilität, sondern auch eine gewisse Kontinuität der reichsstädtischen Politik allen Schwankungen der Reformationszeit zum Trotz gefördert haben dürften: der ökonomische Fundamentalkonsens über die politischen und religiösen Parteigrenzen hinweg und die soziale Verflechtung über die Stadtgrenzen hinaus. Beiden Sachverhalten muß unser Forschungsprojekt aber ebenfalls gerecht werden.

An anderer Stelle<sup>20</sup> habe ich zu zeigen versucht, daß Nürnberg nicht deswegen in bemerkenswertem Gegensatz zu weiter südwestlich gelegenen Städten wie Augsburg

<sup>18</sup> Ulrich Klinkert, Die Augsburger Handelsgesellschaft der Höchstäter. Zusammenbruch 1529, Gläubiger und soziale Verflechtung (Zulassungsarbeit zum Staatsexamen Augsburg 1983).

<sup>19</sup> Es ist noch unklar, ob es wie das Herbrod-Netz vielleicht seine Existenz oder zumindest eine gewisse Expansion der Reformation zu verdanken hat, die sich allerdings auch des Welser-Netzes bedient.

<sup>20</sup> Wolfgang Reinhard, Luther und die Städte, in: Luther und die politische Welt, hrsg. von Gerhard Müller und Karl Otmar von Aretin (Wiesbaden 1984).

streng lutherisch geworden ist, weil es patrizisch regiert oder gar weil es fränkisch war, sondern infolge seiner längst bestehenden intensiven Kontakte mit Wittenberg und mit Luther selbst. Derartige Verflechtungen gab es auch im Falle Augsburgs, es sei nur an Luthers Doktoranden Johann Frosch erinnert, der Prior des Karmeliterklosters St. Anna und einer der ersten evangelischen Prediger gewesen ist. Sie stand aber in traditioneller Konkurrenz mit anderen Verflechtungen Augsburgs nach Süden und Westen, wo damals andere Typen von Reformation vorherrschten. Es gab eben nicht nur Familienverbindungen Augsburgs nach Nürnberg, sondern um 1530 mindestens 15 Familien, die zugleich in Augsburg und Memmingen Bürgerrecht besaßen. Vier Familien begegnen uns zugleich in Augsburg und Ulm, drei kommen sogar in allen drei Städten vor<sup>21</sup>. In Ulm wie in Memmingen herrschte aber dieselbe Reformation oberdeutschen Typs, die sich zunächst auch in Augsburg durchsetzen sollte. Es erscheint daher lohnend, die Bedeutung derartiger Verflechtungen für die Augsburger Reformation zu untersuchen.

Breitangelegte Archivrecherchen in Augsburg, Memmingen, Straßburg und Ulm durch *Peter Steuer* haben allerdings sowenig wie die bisherigen Veröffentlichungen ein zwischenstädtisches reformatorisches Netz von hoher Dichte erkennen lassen. Vielmehr sind es wie im Falle Nürnberg einzelne zwischenstädtisch besonders intensiv vernetzte Personen, die die ausschlaggebende Rolle gespielt haben, wobei gute Kontakte zu zentralen Stellen der Netze der Führungsgruppe der „Empfängerstadt“ von besonderer strategischer Bedeutung gewesen sein dürften.

An hervorragender Stelle begegnen uns dabei Mitglieder der Familie Ehinger, die aus Konstanz stammt, inzwischen aber dank Verflechtung mit der in mehreren wichtigen Städten einschließlich Augsburgs vertretenen einflußreichen Familie Neidhart auch in Memmingen wohl etabliert ist. Die Ehinger waren mit den reformationsgeschichtlich wichtigen Blarer von Konstanz verschwägert, Geschäftsfreunde der Augsburger Welser und sogar am Kaiserhof wohlgelitten. Sie haben nach der Katastrophe des Bauernkriegs die Neuausrichtung der Memminger Reformation auf das Konstanzer Modell betrieben und auch der Augsburger Kirchenpolitik als Vermittler nach Konstanz gedient. Hans Ehinger verkehrte übrigens ebenso vertraut mit den Straßburgern Mathis Pfarrer und Jakob Sturm wie mit dem Augsburger Reformationsbürgermeister Ulrich Rehlinger.

Dieser und sein ebenfalls für die Reformation wichtiger einflußreicher Verwandter Wolfgang Rehlinger<sup>22</sup> waren aber für den schließlich in Augsburg maßgebenden Straßburger Einfluß nicht auf diese Vermittlung angewiesen. Wolfgang war über seine Mutter, eine Straßburgerin, mit Sturm verwandt, und auch Ulrich nannte jenen seinen Vetter. Es gibt sogar ein Indiz dafür, daß Ulrich einen Teil seiner Jugend in Straßburg verbracht hat<sup>23</sup>.

<sup>21</sup> Vgl. *Raimund Eirich*, Memmingens Wirtschaft und Patriziat, 1971, 24–27; Die Einführung der Reformation in Ulm, hrsg. von *Hans Eugen Specker* und *Gebhard Weig* (Forschungen zur Geschichte der Stadt Ulm 2, Ulm 1981); Stadtbibliothek Augsburg 2° Cod. S. 79.

<sup>22</sup> Ulrich war ein Vetter von Wolfgangs Vater, vgl. *Sieb*, Bürgermeisteramt.

<sup>23</sup> Laut *Peter Steuer* verwendet er in Korrespondenz bisweilen das elsässische *ü* statt des oberdeutschen *u*, vgl. Archives comunales de Strasbourg, AST 160, 1531 Dezember 10.

Auch für die Einleitung des direkten Briefwechsels Ulrich Rehlingers mit Zwingli bedurfte es wohl kaum einer Vermittlung der Ehinger. Wahrscheinlicher ist eine Beteiligung des schwäbischen Ritters Wilhelm von Sandizell, der als Gevatter Zwinglis eine Art von Sendbotendienst zwischen Zürich und Augsburg verrichtet hat<sup>24</sup>. Seine Frau Felicitas Höchstätter war aber eine Tochter von Ulrich Rehlingers Schwester Anna.

Hingegen wußte die Augsburger Führungsgruppe die Beziehungen der Ehinger zum Kaiserhof wohl zu nutzen. Der Verflechtung mit Fürstenhöfen sollte die Zukunft gehören, nachdem das Reformationszeitalter mit einer Niederlage der Städte und einem Sieg der Fürsten geendet und Augsburg mehr denn je vom Kaiserhaus und vom Wittelsbacher Nachbarn abhängig gemacht hatte. Steuer durchforscht daher die Archive von Innsbruck, München und Wien nach Höflingen, Beamten und Günstlingen der Jahre 1550–1620, die aus Augsburg stammen. Am stärksten ist die Augsburger Präsenz in München, wo bisher 48 Personen sicher identifiziert werden konnten, während 15 weitere noch überprüft werden müssen. In Innsbruck und Wien dürfte es sich jeweils um etwa die halbe Anzahl handeln. Es bestehen aber Verbindungen zwischen diesen Höfen. Bereits Lanzinner hat beobachtet, daß man von München an den Kaiserhof wechseln konnte, wobei die bayerischen Herzöge ganz im Sinne von Verflechtung guten Kontakt zu ihren „Ehemaligen“ hielten<sup>25</sup>. Nimmt man noch die Universität Ingolstadt als altgläubige Kaderschmiede hinzu, an der zahlreiche Augsburger studierten, so ergibt sich das Bild eines von Augsburg über Ingolstadt und München bis Wien gespannten Netzes, das im Bedarfsfall durchaus zugunsten Augsburgs aktiviert werden konnte, wie sich im Kalenderstreit zeigen sollte.

Dieses Augsburger Netz bestand aber weder ausschließlich aus Juristen noch ausschließlich aus Katholiken. Wir treffen bemerkenswerte Protestanten darin an, etwa den einflußreichen Reichspfennigmeister Geizkofler oder den engagierten Politiker Gereon Sailer, der erstaunlicherweise auf der Münchener Gehaltsliste auftaucht<sup>26</sup>. Auch war akademische Qualifikation keineswegs das einzige Eintrittsbillet. Gerade in München und Innsbruck dominieren Familien, die schon früher mit diesen Höfen in Geschäftsverbindung gestanden hatten. Es läßt sich sogar zeigen, daß gelegentlich neuangeknüpfte Geschäftsverbindungen alsbald mit einem Amt honoriert wurden<sup>27</sup>.

Immerhin, die Mehrzahl der evangelischen Augsburger Familien hatte hier nichts mehr zu suchen. Wir konnten aber bisher nicht ermitteln, ob sie sich etwa ein ähnliches Netz an protestantischen Höfen aufzubauen wußten. Für Stuttgart ist das Ergeb-

<sup>24</sup> Vgl. *Friedrich Zoepfl*, Wilhelm von Zell und seine Tätigkeit im Dienste der schwäbischen Reformation, in: *Memminger Geschichtsblätter* (1921/7) 37 f.

<sup>25</sup> Vgl. *Maximilian Lanzinner*, Fürst, Räte und Landstände. Die Entstehung der Zentralbehörden in Bayern 1511–1598 (Göttingen 1980).

<sup>26</sup> Hauptstaatsarchiv München, Hofzahlamtsrechnungen 1554–1562 passim.

<sup>27</sup> So im Falle der Lauginger, die in den Hofzahlamtsrechnungen zunächst als Kreditgeber, dann als Beamte auftauchen.

nis negativ<sup>28</sup>, für Heidelberg<sup>29</sup> und Neuburg steht es von Einzelfällen abgesehen noch aus. Im Kalenderstreit jedenfalls hat das evangelische Augsburg in erster Linie auf seine Verflechtung mit Ulm zurückgegriffen, die 1550–1575 durch 32 sicher identifizierte und 10 wahrscheinliche Eheschließungen gegenüber früher beträchtlich verdichtet worden war<sup>30</sup>. Die Katholiken hingegen mobilisierten ihr eben geschildertes höfisches Netz zu ihren Gunsten.

Im Zusammenhang des Kalenderstreits findet sich einer der leider extrem seltenen Texte, in denen das Funktionieren eines Netzes expressis verbis aktenkundig wird. Der evangelische Hans Heinrich Haintzel war wegen Verdachts der Konspiration gegen den Augsburger Rat auf dessen Betreiben von habsburgischer Seite auf dem vorderösterreichischen Schloß Günzburg gefangengesetzt worden. Seine Ulmer Verwandtschaft richtete nun am 15. Januar 1585 ein Bittschreiben nach dem Günzburg übergeordneten Innsbruck, und zwar an den dort wohl einflußreichsten Hofmann, den Augsburger Carl Welser, Bruder der erzherzoglichen Gattin Philippine Welser. Darin werden die Karten auf den Tisch gelegt:

„...Vnd dis vnser hoch diemüetig begehren thuo wir an E.Gn. desto kacker, getröster vnd mit mehrer Zuversicht, dieweil ich (das ich zuvor als ein junger vnverständiger nie wargenommen) glaubwürdig finde, dz. diser gefangener mein fraindtlicher lieber brueder vnd wir, E.Gn. vnwürdige blutsfraindt, und E.Gn. mitt vnserem lieben fromben Vatter säligen, Johann Baptista Hainzell, zue geschwistern kinden, vnd also vns vnd vnserem lieben gefangenen brueder, In dritthalb graden (wie E.Gn. aus beyligenden sehen künden) mitt bluettsfraindschafft zugethan seyen ...“<sup>31</sup>

Neben der Außenverflechtung hat immer wieder der ökonomische Fundamentalkonsens innerhalb der Augsburger Führungsgruppen Aufsehen erregt. Ganz davon abgesehen, daß frühneuzeitliche Firmen ebenfalls weitgehend auf Verwandtschafts-, Freundschafts- und Klientelbeziehungen beruhen, ist es für Augsburg höchst bezeichnend, wie immer wieder das gemeinsame ökonomische Interesse durchschlägt und eine irreversible politische oder konfessionelle Polarisierung in der Führungsgruppe verhindert – zumindest was die drei Netze der Oberschicht angeht. Die Sozialgeschichte der Führungsgruppen muß daher nicht nur mit der politischen und religiösen Geschichte Augsburgs verrechnet werden, sondern ebenso mit der Wirtschaftsgeschichte, konkret: es ist zu ermitteln, welche wirtschaftlichen Beziehungen innerhalb und zwischen den Netzen existiert haben.

<sup>28</sup> Vgl. *Walter Bernhardt*, Die Zentralbehörden des Herzogtums Württemberg und ihre Beamten, 1520–1629 (Stuttgart 1972).

<sup>29</sup> Bei *Volker Press*, Calvinismus und Territorialstaat. Regierung und Zentralbehörden der Kurpfalz 1559–1619 (Stuttgart 1970) 213, 282, 347, 361 lassen sich einstweilen vier Augsburger identifizieren.

<sup>30</sup> Vgl. *Albert Haemmerle*, Die Hochzeitsbücher der Augsburger Kaufleute- und Herrenstube (München 1938).

<sup>31</sup> Landesregierungsarchiv Innsbruck, Ferdinanda Fasz. 225. – 1517 waren Hans und Peter Haintzel in der Welsergesellschaft engagiert. Katharina Welser, Schwester des Firmenchefs Bartholomäus V. Welser, dessen Bruder Franz der Vater des Adressaten war, heiratete Hans Haintzel. Aus dieser Ehe stammt der als verstorben erwähnte Johann Baptist Haintzel. Der Absender ist also Enkel einer Welserin.

Im Rahmen unserer begrenzten Möglichkeiten haben wir dazu folgenden Weg gewählt: auf Grund der reichlich vorliegenden Literatur zur Augsburger Wirtschaftsgeschichte und zentraler Bestände des Stadtarchivs<sup>32</sup> wird das Personal der Augsburger Handelsgesellschaften 1518–1618 prosopographisch erfaßt, und zwar differenziert nach Regierern, Gesellschaftern, Einlegern und Kreditgebern, Angestellten, *regelmäßigen* Geschäftspartnern und Kreditnehmern. Auf diese Weise dürften die wirtschaftlichen Zusammenhänge innerhalb der Oberschicht und darüber hinaus am ehesten zu fassen sein. Die gewonnenen Angaben werden dann systematisch mit den Ergebnissen der bisherigen sozialgeschichtlichen Analysen verglichen, um zu ermitteln, wie weit sich das wirtschaftliche „network“ im Sinne von Multiplexität mit dem sozialen deckt oder im Sinne des erwähnten Fundamentalkonsenses gleichsam quer dazu geknüpft ist.

Die entsprechende Datenerhebung wird derzeit von *Reinhard Wendt* durchgeführt. Mit ihrer Auswertung im geschilderten Sinn soll das Projekt seinen Abschluß finden. Die beiden Untersuchungen zur politischen Elite 1518–1618 und zur Außenverflechtung sollen wegen ihres von der Individualität der Bearbeiter geprägten Charakters getrennt veröffentlicht werden, während als Abschluß eine Publikation der verschiedenen Prosopographien mit einer Zusammenfassung der Fragestellung und der sachlichen wie methodologischen Ergebnisse beabsichtigt ist.

Wie werden diese *Ergebnisse* aussehen? Soweit sich bisher absehen läßt, sind nicht nur interessante Details zu erwarten, sondern auch ein sehr viel genaueres Bild von der inneren Struktur und der konfessionellen Zusammensetzung der Augsburger Führungsgruppen, nach den Maßstäben der Geschichtswissenschaft ein normales und befriedigendes Resultat. Aber sind wir nicht mit größerem Ehrgeiz angetreten? Wollten wir nicht beweisen, daß das Handeln des Menschen durch seine soziale Verflechtung bestimmt wird? Wollten wir nicht endlich genau wissen, warum die Augsburger evangelisch geworden sind oder nicht? Wird uns beides gelingen?

Auch wenn sich gezeigt hat, daß planmäßige Nachforschungen einen weit höheren Grad sozialer Verflechtung ans Licht zu bringen vermögen, als bei der bisherigen individualisierenden oder quantifizierenden Interessenrichtung der Forschung möglich war, so hat sich doch zugleich herausgestellt, daß diese Ergebnisse in weit größerem Umfang auf „Indizienbeweisen“ beruhen, als ich auf Grund meiner Erfahrungen mit römischen Archivalien angenommen hatte. Dokumente von der Art des Haintzel-Briefs zählen zu den seltenen Ausnahmen! Den vorhandenen Zusammenhang von sozialer Verflechtung und menschlichem Handeln im konkreten Einzelfall zwingend nachzuweisen, ist, wenn überhaupt, so offensichtlich nur dann möglich, wenn wie in Rom und bei manchen deutschen Historikern Privatkorrespondenz in größerem Umfang erhalten ist, die über Intentionen Auskunft geben kann. Mit Quellen anderer Art läßt sich aber nur der Tatbestand sozialer Verflechtung als Potential einerseits, die Präferenz zugunsten bestimmter Personen oder Entscheidungen in Interaktionssituationen andererseits nachweisen, nicht aber der ursächliche Zusammenhang zwischen

<sup>32</sup> Besonders des Bestands „Kaufmannschaft und Handel“.

beiden. Einen solchen Zusammenhang einfach zu unterstellen, entspricht zwar durchaus dem Grad an Plausibilität, der anderswo in den Geistes- und Sozialwissenschaften erreicht wird. Aber damit ist unser Problem nicht gelöst, weil häufig die Richtung des unterstellten Zusammenhangs nicht zu klären ist. Leistet z. B. A für B Bürgschaft, weil bereits eine Verflechtung zwischen beiden besteht, oder kommt eine solche erst durch diesen Patronageakt des A zustande und warum? Wir werden also beträchtliche Disziplin der Formulierung brauchen, um nicht weiterreichende Ergebnisse vorzutäuschen als wirklich zu erzielen sind! Der behauptete Zusammenhang der sozialen Verflechtung mit menschlichem Handeln allgemein und der Konfessionsbildung im besonderen wird vermutlich mit hinreichender Wahrscheinlichkeit demonstriert werden können. Werden wir aber jemals die Frage beantworten können, ob bereits bestehende städtische Faktionen das Substrat von Konfessionsparteien geworden oder aber umgekehrt Konfessionsparteien zu neuen Faktionen geronnen sind?

Meines Erachtens ist eine saubere Lösung des methodologischen Problems nur möglich durch Verzicht auf zwingende Aussagen über Handlungsintentionen und Beschränkung auf die Rekonstruktion der Verflechtungsstrukturen. Als eine Art von Alternativprojekt zu dem vorgestellten haben wir daher inzwischen eine soziale Totalgeschichte der ebenfalls bi-konfessionellen Landstadt *Oettingen* im Nördlinger Ries in Angriff genommen. Grundlage bildet die vollständige Auswertung der Kirchenbücher von 1563 bis 1806, die kurz vor ihrem Abschluß steht<sup>33</sup>. Mit der Familienrekonstruktion zum Zweck der üblichen demographischen Analyse geht aber zusätzlich eine Rekonstruktion der ökonomischen Lage und der über Patenschaften, Verschwägerung und Berufsangaben erfaßbaren sozialen Abhängigkeit der einzelnen Familien einher. Zugleich entsteht nämlich ein Häuserbuch der Stadt, dem die Familien und ihr Steueraufkommen zugeordnet werden können. Wenn unser Vorhaben gelingt, wird es möglich sein, nicht nur das System „Oettingen“ und seinen Wandel über dreihundert Jahre hin darzustellen, sondern auch den Ort der einzelnen Familie im System anzugeben.

<sup>33</sup> Das Projekt wurde in bescheidenem Umfang aus Mitteln der Universität Augsburg gefördert, ansonsten aber von bemerkenswerter studentischer Begeisterung getragen. Es liegt inzwischen in den Händen eines gut eingearbeiteten Teams von drei Doktorandinnen.

*Karl Otmar Frhr. von Aretin*

## Die Großmächte und das Klientelsystem im Reich am Ende des 18. Jahrhunderts

Unter Klientel versteht man eine in Abhängigkeit von irgendwelchen Mächtigeren stehende Anhängerschaft. Jeder Staat wird es unter normalen Umständen zu vermeiden suchen, daß Teile seiner Bürger in einer solchen Abhängigkeit von Kräften stehen, die nicht von ihm bestimmt werden. Die Besonderheiten der deutschen Reichsverfassung nach 1648 begünstigten eine solche Einflußnahme von außen. Besondere Umstände ließen am Ende des 18. Jahrhunderts im Reich verschiedene Klientelsysteme entstehen. Es waren nicht nur die beiden rivalisierenden Großmächte Österreich und Preußen, sondern auch die Garantiemächte Frankreich und Rußland, die im Reich um eine Anhängerschaft warben. Diese Entwicklung, die für das Reich am Ende des 18. Jahrhunderts charakteristisch war, hat eine lange Vorgeschichte.

Das Klientelsystem innerhalb des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation am Ende des 18. Jahrhunderts beruhte auf der im Westfälischen Frieden gefundenen Ordnung. Zwei Voraussetzungen begünstigten eine solche Entwicklung: einmal die von Frankreich und Schweden ausgesprochene Garantie der Reichsverfassung, zum anderen das Bündnisrecht der Reichsstände auch mit auswärtigen Mächten, das nur die Einschränkung kannte, daß sich solche Bündnisse nicht gegen Kaiser und Reich richten dürften<sup>1</sup>. So sehr damit auch die Voraussetzungen für ein Klientelsystem im Westfälischen Frieden geschaffen waren, so dauerte es doch bis in die zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts, bis derartige Systeme in der Reichspolitik eine bestimmende Rolle spielten.

Die von Frankreich und Schweden ausgesprochene Garantie der Reichsverfassung richtete sich eindeutig gegen den Kaiser, der gehindert werden sollte, im Reich eine absolute Monarchie zu errichten. Der Garantieartikel war die Frucht einer sehr wirksamen französischen Propaganda, die seit dem Ende des 16. Jahrhunderts das Gesamthaus Habsburg als eine Einheit auffaßte und gegen eine von Spanien angeführte habsburgische Vorherrschaft über Europa das System des europäischen Gleichgewichts ge-

<sup>1</sup> Vgl. *Ernst-Wolfgang Böckenförde*, Der Westfälische Friede und das Bündnisrecht der Reichsstände, in: *Der Staat, Zeitschrift für Staatslehre, Öffentliches Recht und Verfassungsgeschichte* 8 (1969) 477. Hier auch der wichtige Hinweis, daß sich solche Bündnisse auch nicht gegen die im Westfälischen Frieden gefundene Ordnung richten dürften. Vgl. auch *Karl Otmar v. Aretin*, Die Kreisassoziationen in der Politik der Mainzer Kurfürsten Johann Philipp und Lothar Franz von Schönborn 1648–1711, in: *Das Reich, Friedensgarantie und europäisches Gleichgewicht* (1986) 168 f.

stellt hatte<sup>2</sup>. Die europäischen Staaten sollten unter Führung Frankreichs die spanisch-habsburgische Vorherrschaft brechen. Als einer der großen Erfolge der französischen Politik wurde daher die 1648 erzwungene Trennung der beiden habsburgischen Linien angesehen. Wie Josef Engel in der Einleitung des von ihm betreuten dritten Bandes des Handbuchs für Europäische Geschichte mit Recht betont, ging es Richelieu bei seiner Politik nicht um einen Frieden, der nur den Zustand des Krieges beenden sollte, sondern um eine europäische Friedensordnung, die künftige Kriege unmöglich machen sollte<sup>3</sup>. Im Haus Habsburg sah er den Feind des europäischen Friedens schlechthin, „weil es mit seinem Anspruch, Führungsmacht der Christenheit zu sein, die ganze Christenheit und jeden einzelnen Staat in ihr nicht zu der nötigen, Ordnung verbürgenden und das Böse unter Kontrolle haltenden Ruhe kommen ließ“<sup>4</sup>.

Das Friedenssystem Richelieus ging von einer Gleichberechtigung aller souveränen Staaten aus. Es schloß daher auch eine Vormachtstellung Frankreichs aus. Erstes Ziel aber war die Beseitigung des „orgueil“ der „Maison d’Autriche“. Engel interpretiert das so, als habe Richelieu in erster Linie Spanien hindern wollen, sich zur Vormacht des Christentums zu erheben. Kernstück dieser Ordnung sollte Frankreich sein, das für ihn die einzige wirkliche Friedensmacht war<sup>5</sup>.

Richelieu starb am 4. Dezember 1642, also fast sechs Jahre vor der Unterzeichnung des Westfälischen Friedens. Die Vorbereitungen zum Pyrenäenfrieden hat er überhaupt nicht erlebt. Der Friede in seiner endgültigen Gestalt war ein Werk Mazarins, der freilich auf den Vorstellungen Richelieus aufbaute. Der Westfälische Friede wurde zur Grundlage aller späteren europäischen Friedensschlüsse bis hin zum Teschener Frieden von 1779, die sich alle auf den Westfälischen Frieden bezogen.

## 1. Das Garantiesystem des Westfälischen Friedens und seine Folgen im 17. Jahrhundert

Innerhalb des Reiches besaß die von Frankreich und Schweden ausgesprochene Garantie der Reichsverfassung in der Form, in der sie im Westfälischen Frieden gefun-

<sup>2</sup> Vgl. *Ernst Kaeber*, Die Idee des europäischen Gleichgewichts in der publizistischen Literatur vom 16. bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts (Berlin 1907) 22–29, und *Paul Havelaer*, Der deutsche Libertätsgedanke und die Politik Wilhelms III. von Oranien (Berlin, Bonn 1935) 10 ff. u.ö. Zum Garantiesystem vgl. *Roman Schnur*, Der Rheinbund in der deutschen Verfassungsgeschichte (Bonn 1955) 29–34, und *Klaus Peter Decker*, Frankreich und die Reichsstände 1672–75. Die Ansätze zur Bildung einer „Dritten Partei“ in den Anfangsjahren des Holländischen Krieges, in: *Pariser Historische Studien* 18 (1981) 13 f. Hier eine detaillierte Schilderung des bei einer Anrufung der Garantie vorgeschalteten Verfahrens.

<sup>3</sup> *Josef Engel*, Von der spätmittelalterlichen res publica christiana zum Mächte-Europa der Neuzeit, in: *Handbuch der europäischen Geschichte*, hrsg. v. *Theodor Schieder*, Bd. 3, Die Entstehung des neuzeitlichen Europa, hrsg. v. *Josef Engel* (Stuttgart 1971) 349.

<sup>4</sup> Ebenda, 352.

<sup>5</sup> Ebenda, 354. Zu einer ganz ähnlichen Deutung kommt *Stephan Skalweit* in seiner Einleitung zu *Adolf Wild*, Les papiers de Richelieu, Empire allemand, Bd. 1 (1616–1629) (Paris 1982) XII.

den wurde, drei gegen den Kaiser und seine Herrschaft im Reich gerichtete Tendenzen. Einmal hinderte sie den Kaiser, gegen die ihm im Westfälischen Frieden abgerungenen Einschränkungen seiner Herrschaft durch die Stände vorzugehen. Jeder derartige Versuch bedrohte den Frieden, berechnete die Stände, sich gegen den Kaiser zusammenzuschließen und rief die Garantiemächte auf den Plan, ja verpflichtete die Stände geradezu, in einem solchen Fall gegen den Kaiser als Friedensstörer mit auswärtigen Mächten zusammenzuschließen. Der Rheinbund von 1658 zeigte die Möglichkeiten einer solchen Politik. Er war unter anderem zustande gekommen, weil es Ferdinand III. lange nicht gelang, die Spanier zur Räumung der Festung Frankenthal zu bewegen und man im Reich ein den Frieden bedrohendes und im Westfälischen Frieden ausdrücklich untersagtes Zusammenspiel der Höfe von Wien und Madrid argwöhnte<sup>6</sup>.

Die zweite, meist übersehene Tendenz richtete sich gegen das Lehenssystem, auf dem das Verhältnis zwischen dem Kaiser und den Ständen noch immer aufgebaut war. Bereits während des Mantuanischen Erbfolgekrieges war bei Richelieu die Idee aufgetaucht, an die Stelle der bestehenden Lehensabhängigkeit nord- und mittelitalienischer Lehen von Kaiser und Reich eine französische Friedensgarantie zu setzen. Es gelang Richelieu zwar im Frieden von Cherasco 1631, dem französischen Kandidaten, dem Herzog von Nevers, Mantua und Montferrat zu beschaffen, doch mußte der Herzog diese beiden Gebiete von Kaiser und Reich zum Lehen nehmen<sup>7</sup>. Ein französisches Garantiesystem, das sowohl die Lehensordnung des Reiches als auch die spanische Vorherrschaft über Italien berührt hätte, kam jedoch nicht zustande. Eine von Frankreich und Italien ausgeübte Friedensgarantie hätte ohne Zweifel das Lehenssystem aushöhlen und auf die Dauer beseitigen müssen. Die kaiserliche Lehenshoheit in Italien stand und fiel ja mit ihrer Fähigkeit, Frieden zu verbürgen<sup>8</sup>. Eine von Frankreich getragene Friedensgarantie wäre nicht ohne Auswirkungen auf das Reich geblieben<sup>9</sup>. Allerdings bedeutete dies, daß Frankreich als Friedensmacht in dieses Garantiesystem in der Weise eingebunden gewesen wäre, daß es auf jede eigene Machtpolitik hätte verzichten müssen. Die Gewaltpolitik Ludwigs XIV. und sein Streben, eine französische Oberherrschaft über Europa zu errichten, führten daher dieses Garantiesystem ad absurdum. Der bestimmende Einfluß im Reich, den Mazarin 1658 im Rheinbund erreicht hatte, ging verloren und wich nach dem Krieg gegen Holland 1672 ei-

<sup>6</sup> Vgl. v. Aretin (wie Anm. 1) 171 f. *Anna Egler*, Die Spanier in der linksrheinischen Pfalz 1620–1632 (Mainz 1971) 18 f. Noch 1667 warnt der Große Kurfürst in seinem Testament vor der Tendenz des Hauses Habsburg, „den getroffenen Friedensschluß zu Munster und Osnabrück umzustossen“, in: Die politischen Testamente der Hohenzollern, hrsg. v. *Georg Küntzel* und *Martin Hoss*, Bd. 1 (Berlin 1911) 53.

<sup>7</sup> Vgl. *Karl Otmar v. Aretin*, Reichsitalien von Karl V. bis zum Ende des Alten Reiches. Die Lehensordnungen in Italien im 16. und 17. Jahrhundert und ihre Auswirkungen auf die europäische Politik, in: v. Aretin (wie Anm. 1), 118.

<sup>8</sup> Ebenda, 118 f.

<sup>9</sup> In der Instruktion für den Duc de Richelieu, als er als französischer Gesandter nach Wien geschickt wurde, vom 28. März 1725 wird noch einmal auf das von Richelieu entworfene Garantiesystem hingewiesen. Ludwig XIV. habe den größeren Ständen eine Garantie gegen den Kaiser angeboten. Vgl. *Havelaer* (wie Anm. 2) 19.

ner ausgesprochen antifranzösischen Stimmung im Reich, in der sich schließlich am Ende des 17. Jahrhunderts der ursprünglich gegen Spanien gerichtete Gedanke des europäischen Gleichgewichts unter Wilhelm III. von Oranien gegen Frankreich wandte<sup>10</sup>.

Die dritte Tendenz richtete sich gegen das Amt des Kaisers, das ja seinen universalen Anspruch nicht verleugnen konnte. Der Westfälische Friede und die von Frankreich und Schweden ausgeübte Garantie der Reichsverfassung beschränkten den Kaiser auf die Rechte eines konstitutionellen deutschen Königs. Wichtige Rechte wie die Entscheidung über Krieg und Frieden, die Handlungsfähigkeit gegenüber dem Ausland und die Gesetzgebung waren ihm genommen worden, beziehungsweise er konnte sie nur gemeinsam mit dem Reichstag, der Vertretung der Stände, ausüben. In diesen Bestimmungen war, zusammen mit dem Bündnisrecht der Stände, eine Tendenz angelegt, das Reich in einen föderativen Bund größerer Stände umzuwandeln. Die verfassungstreue, sich an die Gegebenheiten der im Westfälischen Frieden festgelegten verfassungsmäßigen Ordnung haltende Regierung des in seiner Bedeutung bisher noch lange nicht genügend gewürdigten Kaisers Leopold I. hatte zur Folge, daß er seinen Gegenspieler Ludwig XIV. weitgehend im Reich ausmanövrieren konnte<sup>11</sup>. Ihm glückten auf dem Reichstag zwei entscheidende Weichenstellungen: Einmal gelang es ihm, 1670 und 1681 die Reichskriegsverfassung auf die Basis der Reichskreise und der Reichsmatrikel von 1521 zu stellen und damit die Tendenz der größeren Reichsstände zu vereiteln, die Reichsarmee aus den Armeen der sogenannten Armierten zu bilden. Dies hätte unweigerlich das Ende der kleineren Reichsstände bedeutet<sup>12</sup>. Sie hätten in Kriegszeiten die Lasten von Einquartierungen zu tragen gehabt und wären als Stände zweiter Ordnung im Reich erschienen. Zum anderen gelang es Leopold I., die Landstände in den einzelnen Gebieten von der Verpflichtung zu befreien, die Mittel für die Armeen ihrer Fürsten bereitstellen zu müssen. 1658 hatte Leopold I. in seiner Wahlkapitulation den Fürsten dieses Zugeständnis machen müssen, das 1670 zu einem Reichsschluß erhoben wurde. Leopold verweigerte diesem Be-

<sup>10</sup> Es war daher schon den Zeitgenossen und insbesondere Leibniz unklar, ob der Rheinbund dem Kaiser geschadet oder genutzt hat. Vgl. *Havelaer* (wie Anm. 2) 22. Dieser in unzähligen Flugschriften nachzuvollziehende Prozeß hat mehrfach die Geschichtswissenschaft beschäftigt. Er ist m.E. am überzeugendsten in der Arbeit von *Havelaer* (wie Anm. 2) dargestellt, die als HOLLÄNDERIN allen nationalistischen Tendenzen fernstand. Der Titel der Arbeit ist insofern irreführend, als Wilhelm III. selbst fast nichts zur theoretischen Ausgestaltung des Gleichgewichts und des Libertätsgedankens beigetragen hat und die Arbeit im wesentlichen von den Flugschriften handelt, die diese Ideen entwickelten und weitertrugen. Ob man allerdings so weit gehen kann, daß man wie *Eberhard von Vietsch*, *Das Europäische Gleichgewicht* (Leipzig 1942) 144, bei Wilhelm III. jede Gleichgewichtspolitik leugnet, erscheint doch sehr zweifelhaft.

<sup>11</sup> Auch die jüngste Biographie von *John P. Spielmann*, *Leopold I. Zur Macht nicht geboren* (1981) sieht die enorme Leistung dieses sicherlich gehemmten und schwierigen Mannes nicht, die darin bestand, das Ansehen des kaiserlichen Amtes im Rahmen der ihm im Westfälischen Frieden verbliebenen Möglichkeiten wiederhergestellt zu haben. Seine Reichspolitik wird durch die Arbeit von *Anton Schindling*, *Die Anfänge des Immerwährenden Reichstags zu Regensburg. Ständevertretung und Staatskunst im barocken Reich*, (Manuskript), in einem neuen Licht erscheinen.

<sup>12</sup> Vgl. *v. Aretin* (wie Anm. 1) 186 ff.

schluß des Reichstags die Bestätigung und setzte durch, daß die Landstände nur verpflichtet wurden, die Mittel zum Kontingent zur Reichsarmee bereitzustellen<sup>13</sup>. Mit diesen beiden Beschlüssen, der vorläufigen Reichskriegsverfassung und der Sicherung der Landstände vor unmäßigen Anforderungen der Landesherrn, hatte Kaiser Leopold einer föderalistischen Entwicklung im Reich einen Riegel vorgebaut, die den kaiserlichen Einfluß im Reich auf ein Minimum reduziert hätte. Das Reich blieb trotz der im Westfälischen Frieden angelegten föderalistischen Tendenzen in seiner hierarchischen Ordnung erhalten, in der nicht die Macht eines Landes, sondern seine Stellung in der Reichsverfassung seine Bedeutung ausmachte.

Das legte freilich den Kaiser auf eine ganz bestimmte Klientel fest. Es handelte sich um die geistlichen Fürsten, die mit ihr verbundene Reichsritterschaft, das heißt das katholische Deutschland, des weiteren um die Reichsstädte, die Reichsgrafen und die kleinen Reichsfürsten. Mit Hilfe der geistlichen Fürsten wahrte sich der Kaiser die Mehrheit im Fürstenkollegium, doch war mit dieser Mehrheit keine Macht verbunden. Mit Hilfe seiner Klientel sicherte er sich zwar einen nicht unbeträchtlichen Einfluß im Reich und sicherte sich mit Hilfe der geistlichen Kurfürsten auch für sein Haus die Kaiserkrone. Aber er war weder imstande, die Reichsverfassung in seinem Sinn zu verändern, noch konnte er hoffen, aus dem Reich Kräfte für seine Politik zu gewinnen. Innerhalb des Kräftespiels der europäischen Mächte war er auf die Machtmittel der Großmacht Österreich angewiesen. Diese Zusammenhänge blieben vielen Zeitgenossen hinter dem Glanz verborgen, den Leopold als Verteidiger des christlichen Abendlandes gegen die ungläubigen Türken nach 1683 gewann und der zur Folge hatte, daß auch das kaiserliche Amt wieder an Ansehen gewann. Prinzen und Adelige aus allen Ländern dienten in seiner Armee.

Wurde der Kaiser zum Schutzherrn der Mindermächtigen, so ging die Entwicklung bei den Garantiemächten Frankreich und Schweden einen anderen Weg.

In der ursprünglichen Garantieidee Richelieus war auch die Garantie der kleineren Mächte vorgesehen. Folgerichtig zählte der Rheinbund von 1658 auch geistliche und kleinere Fürsten zu seinen Mitgliedern. In der Machtpolitik Ludwigs XIV. hatten die kleinen Reichsstände keinen Platz. In einer ersten Phase hatte Ludwig XIV. ein Wächteramt über die Reichsverfassung angestrebt<sup>14</sup>. Sein Versuch, das Reich 1672 im Niederländischen Krieg mit der Drohung neutral zu halten, daß er auf Grund des Westfälischen Friedens nicht nur das Recht habe, gegen jeden Reichsfürsten vorzugehen, der seine Feinde begünstige, sondern dabei auch die Leistung der Garantie durch das Reich verlangte, erlitt ebenso Schiffbruch wie seine Versuche, einen neuen Rheinbund zu bilden. Danach erlosch sein Interesse an den kleinen Ständen. Ihm ging es nun um ein Bündnis mit den größeren Ständen, von deren Macht er profitieren konnte. Damit wurde Ludwig XIV. zum Schutzherrn der im Westfälischen Frieden vorhandenen föderalistischen Tendenzen. Das lag zwar im Interesse seiner Politik einer Machtminderung des Kaisers, entsprach aber nicht der Richelieuschen Garantieidee. Durch seine Gewaltpolitik, nicht zuletzt auch durch die Vertreibung der Hüge-

<sup>13</sup> Ebenda, 189.

<sup>14</sup> Vgl. Decker (wie Anm. 2) 60–68, 9 ff.

notten, mit der er die mächtigeren protestantischen Reichsstände vor den Kopf stieß, brachte sich Ludwig XIV. selbst um die Früchte seiner Bemühungen. Er konnte weder einen größeren Einbruch im Reich erzielen noch die Föderalisierung des Reiches vortreiben. Das Bündnis mit dem Großen Kurfürsten von 1679 blieb in dieser Richtung wirkungslos. Auch sein Bündnis mit dem Kurfürsten Max Emanuel von Bayern, dessen Eroberungen im Feldzug von 1702/03 den kleineren Ständen plastisch vor Augen führte, was sie von einer Föderalisierung des Reiches unter französischer Führung zu gewärtigen hatten, blieb in dieser Richtung ohne Folge. Ludwig XIV. bot den größeren Ständen mehrfach eine Garantie ihrer Existenz gegen den Kaiser an. Da vom Kaiser jedoch keine Bedrohung ausging, blieben diese Bemühungen vergeblich. Doch blieb Frankreich bis 1803 an den größeren Ständen interessiert, die daher auch vornehmlich seine Klientel darstellten. Das galt u. a. für Bayern, in dem Frankreich den einzigen ernst zu nehmenden Konkurrenten der Habsburger als Anwärter auf den Kaiserthron sah. Trotzdem war die französische Klientel im Reich nicht so eindeutig festgesetzt wie die kaiserliche. Der französische Einfluß im Reich stützte sich auch auf die kleineren Stände.

Hingegen kann man kaum von einer schwedischen Klientel im Reich sprechen. Die 1648 Schweden zugesprochenen Eroberungen galten als Fremdherrschaft und behinderten ein vertrauensvolles Verhältnis der Reichsstände zu Schweden. Als Schutzmacht der protestantischen Stände konnte sich Schweden nach 1648 nicht mehr profilieren. Einmal, weil von Wien kein Versuch mehr unternommen wurde, die protestantischen Stände zu unterdrücken, zum anderen, weil sich am 22. Juli 1653 die evangelischen Stände im Corpus evangelicorum unter Führung Kursachsens formierten, so daß sich Schweden auch als Vertreter der evangelischen Sache überspielt sah. Versuche, in der Reichspolitik eine eigene Rolle zu spielen, führten zu keinen Ergebnissen. So scheiterte das lange und zäh betriebene Projekt einer unter schwedischem Protektorat stehenden Wittelsbachischen Hausunion am Ende des 17. Jahrhunderts<sup>15</sup>. In dieser Entwicklung spiegelte sich natürlich auch der Niedergang der schwedischen Großmacht wider.

Betrachtet man die Entwicklung nach dem Westfälischen Frieden als Ganzes, so wird man feststellen, daß sich die ursprünglich gegen den Kaiser und seinen Einfluß im Westfälischen Frieden errichteten Barrieren zu seinen Gunsten entwickelten. Die von Frankreich und Schweden ausgeübte Garantie der Reichsverfassung wurde von Ludwig XIV. um ihre Wirkung gebracht. Auch das Bündnisrecht, das ursprünglich einem auswärtigen Einfluß Tür und Tor hätte öffnen können, wirkte sich am Ende des 17. Jahrhunderts und im Spanischen Erbfolgekrieg in den Subsidienvträgen der größeren Stände zugunsten des Kaisers aus.

<sup>15</sup> Vgl. *Karl Theodor Heigel*, Das Projekt einer Wittelsbachischen Hausunion unter schwedischem Protektorat 1667–1697, in: *Karl Theodor Heigel*, Quellen und Abhandlungen zur neueren Geschichte Bayerns, Bd. I (1884) 1–50.

## 2. Die Entwicklung im 18. Jahrhundert

Die in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts gefundene Ordnung wurde im Verlauf des 18. Jahrhunderts nicht wesentlich in Frage gestellt. Frankreichs Einfluß im Reich beruhte auf einer durch Subsidien aller Art geförderten Anhängerschaft, ohne daß in der Machtverteilung im Reich wesentliche Veränderungen vorkamen. Das Garantiesystem der Reichsverfassung erlebte in der Mitte des 18. Jahrhunderts eine Neubelebung. Nach dem Tode Kaiser Karls VI. erklärte Frankreich seine Unterstützung für den Wittelsbacher Karl VII. mit seinen Pflichten als Garant der Reichsverfassung. 1756, nach dem preußischen Einfall in Sachsen, erbat Sachsen und Österreich das Eingreifen Frankreichs als Garantiemacht<sup>16</sup>. Beides aber blieb Episode und hatte auf die Entwicklung verschiedener Klientelen keinen Einfluß. Nicht einmal die nach dem Aussterben der Habsburger mit Hilfe Frankreichs im Kaisertum des Wittelsbachers Kaiser Karl VII. herbeigeführte Trennung des kaiserlichen Amtes von der Großmacht Österreich konnte die Verhältnisse weitgehend ändern. Mit Karl VII. sank das Kaisertum zur Bedeutungslosigkeit herab. Weder Karl VII. noch sein Nachfolger Franz I. konnten dem Kaisertum irgendeinen Glanz verleihen. Mit Joseph II. trat ein Kaiser auf, dem dieses Amt nur noch eine lästige Beschränkung war. Mehr und mehr trat schon unter Maria Theresia die Großmacht Österreich in den Vordergrund. Damit mußte aber der Wert der kaiserlichen Klientel im Reich auf die Dauer in Frage gestellt werden, die eine Reihe kostspieliger Verpflichtungen mit sich brachte, ohne ein Mehr an Macht zu verbürgen. Je mehr sich in Wien die Großmacht Österreich gegenüber dem Amt des Römischen Kaisers durchsetzte, desto mehr mußte der Wert der Stützen des kaiserlichen Amtes, die machtmäßig keinen Gewinn brachten, zweifelhaft werden. Der Aufstieg Preußens zur Großmacht und das österreichisch-französische Bündnis setzten dann in der Reichspolitik neue Akzente. Es dauerte bis in die Zeit nach dem Hubertusburger Frieden, bis Preußen eine eigene Klientel im Reich bildete. Insbesondere nach dem Regierungsantritt des mit einer Habsburgerin verheirateten Ludwigs XVI. 1774 wurde die französische Reichspolitik sehr zurückhaltend. Man beobachtete die Vorgänge und war weiterhin sehr gut informiert. Aber man überließ Preußen den Part einer antihabsburgischen Reichspolitik und griff nur ein, wenn französische Interessen auf dem Spiel standen<sup>17</sup>.

<sup>16</sup> Die Erklärung vom 1. 8. 1741 bei *J. C. W. v. Steck*, Abhandlung von den Rechten und Pflichten der hohen Garans des Westfälischen Friedens (Halle 1757) 108. Die Schrift wandte sich gegen das sächsisch-österreichische Vorgehen und warnte vor den Folgen, S. 122f. Maria Theresia rief auch Schweden an. Dasselbe tat Friedrich der Große, der anführte, er sei vom Kaiser bedroht worden.

<sup>17</sup> Eine zusammenfassende Darstellung der französischen Reichspolitik im 18. Jahrhundert fehlt. Einen gewissen Ersatz bietet die Herausgabe der Berichte und Weisungen der französischen Diplomaten im Reich.

### 3. Die Ausbildung von Klientelen größerer Mächte im Reich am Ende des 18. Jahrhunderts

Eine neue Entwicklung wurde nach dem Hubertusburger Frieden eingeleitet. Auch dann dauerte es noch einige Zeit, bis Preußen nicht nur als protestantische Vormacht, sondern auch als Rivale Österreichs um die Gunst der Stände auftrat. Ein weiteres Element kam hinzu, als Rußland über den Teschener Frieden 1779 zur Garantimacht der Reichsverfassung wurde. So traten nach 1779 vier Großmächte mit zum Teil sehr unterschiedlichen Interessen im Reich auf und versuchten, eine Partei um sich zu versammeln.

Diese Entwicklung kulminierte aus verschiedenen Gründen in den Jahren 1780–1790. Es sind dies die Jahre eines gestiegenen Interesses an der Reichsverfassung und den Zuständen im Reich. Hatte Friedrich Karl von Moser 1765, unmittelbar nach dem Hubertusburger Frieden, in seiner Schrift „Von dem deutschen Nationalgeist“ beklagt, daß kaum einer der Fürsten oder leitenden Minister eine genaue Kenntnis vom Westfälischen Frieden und den Bestimmungen der Reichsverfassung hätten, so ließ sich am Ende der 70er Jahre eine Reihe von Fürsten und Politikern benennen, die darüber sehr genau Bescheid wußten<sup>18</sup>. In Mosers Schriften selbst läßt sich das gestiegene Interesse am Reich und die verbesserte Kenntnis von seiner Verfassung ablesen. Die Schriften seines Vaters, die Reichsrechtsschule der 1737 gegründeten Universität Göttingen mit Stefan Pütter und der Universität Halle, zeigten Wirkung. Es waren aber ebenso politische Gründe, die Ende der 70er Jahre ein gesteigertes Interesse am Reich hervorriefen. Der im Bayerischen Erbfolgekrieg 1778 neu aufgebrochene österreichisch-preußische Gegensatz und seine Rückwirkungen auf die kleineren Stände gehörten ebenso dazu wie das Eingreifen der Großmächte Frankreich und Rußland, unter deren Druck der Friede von Teschen zustande gekommen war. Die Gerüchte um den Tausch Bayerns gegen die österreichischen Niederlande und um einen Interessenausgleich mit Preußen, bei dem die Erbsprüche der Hohenzollern auf Ansbach-Bayreuth eine wichtige Rolle spielten, hatten das Reich im Fall einer Versöhnung der rivalisierenden deutschen Großmächte als frei verfügbare Ländermasse erscheinen lassen. Regelmäßig auftauchende Säkularisationsprojekte taten ein übriges. Es war nicht allein der heilsichtige Bischof Franz Ludwig von Würzburg, der 1785 die Ansicht vertrat, die geistlichen Fürsten würden eines Tages das Versöhnungsoffer eines preußisch-österreichischen Krieges werden<sup>19</sup>. Die ganze, schließlich von Preußen im Fürstenbund von 1785 eingefangene Reichsreformbewegung war in ihrem Ansatz ein Versuch der beunruhigten kleineren Stände, sich gegenüber den Tausch- und Veränderungsplänen zu behaupten. Die Teilung Polens 1772 hatte im Reich erhebliche Unruhe hervorgerufen.

Mit dem Hubertusburger Frieden begannen im Reich Tendenzen, an die Stelle des

<sup>18</sup> Vgl. dazu *Notker Hammerstein*, Das politische Denken Friedrich Karl von Mosers, in: HZ 212 (1971) 318 ff.

<sup>19</sup> Vgl. *Karl Otmar v. Aretin*, Heiliges Römisches Reich 1776–1806, Bd. 1 (1967) 188 ff. Auf dieses Werk sei hier im ganzen verwiesen.

hierarchischen Systems ein Gleichgewichtssystem zu setzen, dessen Pole die beiden deutschen Großmächte bildeten. Die langen Verhandlungen um den Teschener Frieden hatten allerdings auch sofort die Gefahren eines solchen Systems aufgezeigt. Einigten sich die Kontrahenten, so waren einer Aufteilung des Reiches zwischen den deutschen Großmächten Tür und Tor geöffnet. Eine Rettung der Reichsstände konnte dann nur noch von den Garantemächten Frankreich und Rußland erwartet werden. Zumindest Rußland stand jedoch seit der polnischen Teilung im Verdacht, durchaus gegen entsprechende Zugeständnisse für Teilungsaktionen gewonnen werden zu können<sup>20</sup>.

#### a) Die österreichische Klientel im Reich

Kaiser Joseph II. beunruhigte durch verschiedene Maßnahmen die kaiserliche Anhängerschaft im Reich, ohne damit eine österreichische Klientel im Reich aufbauen zu können. Beide hätten kaum aus demselben Personenkreis stammen können. Der kaiserliche Einfluß im Reich beruhte, wie wir sahen, auf den geistlichen Fürsten, der damit in enger Verbindung stehenden Reichsritterschaft, den kleineren Reichsständen, den Reichsstädten und den Landständen in den größeren Ländern, die hier die Ausbildung zum Absolutismus und somit eine dem Kaiser nicht genehme Machtsteigerung der größeren Stände verhindern sollten. Der ganz dem aufklärerischen Denken verhaftete Kaiser Joseph II. sah in der Erhaltung der kaiserlichen Klientel keinen Nutzen. Er sah seinen Etat nur durch erhebliche Ausgaben für Pensionen belastet, denen nur sehr geringe Einnahmen aus dem Reich gegenüberstanden. Für einen Mann, dessen hervorstechendste Eigenschaft der Geiz war, mußte dieses System wenig Anziehendes haben.

Joseph nahm daher bei seinen verschiedenen Reformmaßnahmen keine Rücksicht auf das Reich. Die folgenschwerste Maßnahme war die im Rahmen einer Diözesanreform durchgeführte Abtrennung der auf Österreich übergreifenden Diözesanteile von Reichsdiözesen. Seine Übergriffe gegen Passau, das 1783 fast drei Viertel seiner in Österreich gelegenen Diözese verlor, rief im ganzen Reich Empörung hervor, wobei sich zum erstenmal auch die evangelischen Stände zugunsten der geistlichen Fürsten einsetzten. In den folgenden Jahren zerstörte Joseph regelmäßig mit seinen Maßnahmen gegen Konstanz, Chur, Regensburg, Lüttich und Freising Ansätze einer österreichischen Reichspolitik<sup>21</sup>. Brixen und Trient traten sogar dem Fürstenbund bei. Was

<sup>20</sup> Als 1794 ein Streit um die Frage entbrannte, ob Rußland mit dem Teschener Frieden Garantemacht der Reichsverfassung geworden sei, wurde diese Tatsache von den Gegnern Rußlands ins Feld geführt. Vgl. die von *Johann Carl Wackerhagen* anonym verfaßte Schrift „Versuch eines Beweises, daß die Kaiserin von Rußland den Westfälischen Frieden weder garantieren könne noch dürfe, nebst einigen Bemerkungen über die neuesten Weltbegebenheiten“ (1794) 25f.

<sup>21</sup> Dies ist besonders deutlich bei Dalbergs Beitritt zum Fürstenbund 1787. In einer sehr offenen Aussprache mit dem mit ihm befreundeten russischen Gesandten im Reich, Graf Romanzoff, bezeichnete Dalberg die Maßnahmen Josephs II. gegen Regensburg im Mai 1787 als den eigentlichen Grund seines Beitritts. „Wer so gegen alles Recht im Reich verstößt, gegen den muß man sich zusammenschließen“, sagte er dem russischen Gesandten. Schreiben Romanzoffs an Katharina II. vom 31.10./11.11.1787, Beziehungen Rußlands zu Frankfurt Main 49, Moskau.

für Joseph als Herrscher Österreichs die Durchführung eines für notwendig erkannten Reformprogrammes war, erschien den Reichsständen und den einen erheblichen Teil der kaiserlichen Klientel bildenden geistlichen Fürsten als klarer Rechtsbruch.

Im selben Licht erschienen den Ständen die Versuche des Kaisers, 1779 und 1784/85 Bayern oder Teile davon gegen die österreichischen Niederlande zu vertauschen. Man war sich zwar im Reich darüber einig, daß ein freiwilliger Tausch nicht gegen die Reichsverfassung verstieß, wie Friedrich der Große in seinem Aufruf zum Fürstenbund behauptete. Die Folgen eines solchen Tausches und das damit verbundene starke Anwachsen der Macht Österreichs schien vielen jedoch bei diesem Kaiser höchst bedenklich.

Beide Maßnahmen zusammen bewirkten einen vollkommenen Zusammenbruch des kaiserlichen Ansehens und des kaiserlichen Einflusses im Reich. Auf die Anfrage von Kaunitz an den österreichischen Gesandten im Reich, Graf Trauttmansdorff, vom 6. Februar 1786, auf wen in seinem Ministerialbezirk er sich noch verlassen könne, gestand dieser ein, daß er keinen wüßte, der dem Kaiser vertraue<sup>22</sup>.

War damit einerseits der kaiserliche Einfluß 1786 im Reich auf Null gesunken, so gewann Joseph andererseits als Herr der Großmacht Österreich im Reich auch keine neuen Verbündeten, die sich in eine neue Klientel verwandeln ließen. So schnell war eine Rollenverschiebung im Reich nicht durchzuführen. So sehr Joseph sich als ein moderner, aufgeklärt denkender Monarch auch gerieren konnte, im Reich war er der Träger der Karlskrone. Wen hätte Joseph auch als Verbündeten gewinnen sollen, mußte er doch sowohl gegen das zu allen Zeiten lebendig gewesene Mißtrauen der Stände gegen den Kaiser ebenso ankämpfen als auch gegen das durch seine Politik hervorgerufene Mißtrauen gegen seine Person. Joseph II., der sich zum Entsetzen von Kaunitz nie um ein Verständnis für das Reich bemühte, glaubte, diese Situation im Reich durch sein Bündnis mit Rußland überspielen zu können. Der russische Gesandte im Reich, Graf Romanzoff, trat im Reich wie ein kaiserlicher Gesandter auf, ohne freilich die russischen Sonderinteressen ganz aus dem Auge zu verlieren<sup>23</sup>.

#### *b) Die preußische Klientel im Reich*

So wie die österreichische Klientel durch die Stellung des Herrschers Österreichs als römischer Kaiser festgelegt war, so war auch der Kurfürst/König von Brandenburg/Preußen auf eine bestimmte Rolle festgelegt. Es lag nahe, daß er der Schutzherr des protestantischen Deutschland wurde. Seit das Haupt des *corpus evangelicorum*, der Kurfürst von Sachsen, 1697, um König von Polen werden zu können, zum katholischen Glauben übergetreten war – ein Vorgang, der sich bei seinem Sohn 1712 wiederholte –, wurde in Dresden die Reichspolitik nicht vom Kurfürsten, sondern von den sächsischen Räten bestimmt. Auch wenn Sachsen den Vorsitz des *corpus* nicht abgab, so bedeutete das doch, daß Brandenburg/Preußen in die Rolle eines Führers der Protestanten im Reich hineinwuchs. Diese Rolle wurde von Friedrich dem Gro-

<sup>22</sup> Bericht veröffentl. bei *v. Aretin* (wie Anm. 19) Bd. 2, 142–150.

<sup>23</sup> Zur Mission Romanzoffs vgl. *K. O. v. Aretin*, Die Mission des Grafen Romanzoff im Reich 1782–1792, in: *v. Aretin* (wie Anm. 1), 337–53.

ßen nie angestrebt. Er konnte sich ihr jedoch nicht entziehen, zumal sich im protestantischen Bereich Machtverschiebungen ergaben. 1733 kam in Württemberg mit Herzog Karl Alexander eine katholische Seitenlinie an die Regierung. In den Religionsreversalien vom 17. Dezember 1733 mußte der Herzog nach sächsischem Vorbild auf viele seiner Regierungsrechte verzichten. Der Vertrag stand unter der Garantie des *corpus evangelicorum* und besonders neben Dänemark und Schweden unter der Preußens. Als 1737 Karl Alexanders Sohn Karl Eugen an die Regierung kam, wiederholte sich diese Prozedur. Friedrich der Große, der sich anfangs sehr um Karl Eugen bemüht hatte, wurde 1770 der Garant des sogenannten Erbvergleichs, in dem noch einmal der protestantische Charakter der württembergischen Regierung und die besonderen Rechte der Landstände festgelegt wurden. 1749 trat der Erbprinz Friedrich von Hessen-Kassel in Schwerin zum Katholizismus über. Als dieser Schritt 1754 dem Vater Wilhelm VIII. bekannt wurde, schränkte er in der sogenannten Assekurationsakte die Regierungsrechte seines Sohnes erheblich ein. Dieser Vertrag stand unter der Garantie der evangelischen Mächte England, Schweden, Dänemark und Preußen.

Auf diese Art wurde Preußen zur evangelischen Garantimacht. Da gleichzeitig seit 1714 der Kurfürst von Hannover König von England war, wurde im 18. Jahrhundert die Reichspolitik der beiden neben Brandenburg wichtigsten protestantischen Kurfürsten Sachsen und Hannover und der beiden mächtigsten protestantischen Landesherren Hessen-Kassel und Württemberg von Ratskollegien bestimmt. Dies gab der preußischen Reichspolitik ein Übergewicht und stempelte Friedrich zum Führer der protestantischen Partei im Reich<sup>24</sup>.

Aus dieser von Friedrich nicht erstrebten Stellung hätte sich ohne die gravierenden Fehler Josephs II. kaum die Chance ergeben, im Reich, in dem der König zwar viele Verehrer hatte, aber doch seit 1756 als Rechtsbrecher angesehen wurde, eine über die Konfessionsgrenzen hinausreichende Klientel zu versammeln. Das verhinderte im katholischen Lager sein 1742 an Kaiser Karl VII. herangetragenem Vorschlag, das Amt des Kaisers durch die Säkularisierung geistlicher Staaten attraktiver zu machen.

Der Anstoß zu einer aktiven Reichspolitik ging von dem russisch-österreichischen Bündnis von 1782 aus, das Friedrich zunächst verborgen geblieben war. Schon während des Bayerischen Erbfolgekriegs hatte Friedrich vergeblich auf eine aktive Unterstützung durch Katharina II. gehofft<sup>25</sup>. Die Tatsache, daß Rußland über den Frieden von Teschen Garantimacht der Reichsverfassung wurde, beunruhigte ihn ebenso wie Kaunitz<sup>26</sup>. Schon in seiner Instruktion an seinen neuen Gesandten in St. Petersburg, Graf Eustach Görtz, vom 15. 7. 1779 hatte er die Befürchtung geäußert, „si elle nous jugeait supérieure à l'autre, ce serait pour elle une raison de prendre le parti Autri-

<sup>24</sup> Eine Untersuchung der Reichspolitik Friedrichs fehlt.

<sup>25</sup> Vgl. dazu *Wolfgang Stribny*, Die Rußlandpolitik Friedrichs des Großen 1764–1786, in: Beihefte zum Jahrbuch der Albertus-Universität Königsberg Pr. XXVI (1966) 106–114.

<sup>26</sup> Ebenda, 103. Von Kaunitz gibt es mehrere Äußerungen vom Herbst 1778, in denen er gegen Katharinas Ehrgeiz Bedenken erhebt.

chienne“<sup>27</sup>. Als er im Juli 1783 von dem Bündnis erfuhr, war er zutiefst beunruhigt<sup>28</sup>. Er fürchtete, daß dieses Bündnis im Zusammenhang mit Bemühungen Österreichs stünde, die Großmacht Preußen nach seinem Tod anzugreifen und zu beseitigen. Seine Bemühungen, mit Frankreich zu einem Bündnis zu kommen, scheiterten<sup>29</sup>. Friedrich steigerte sich darüber fast in Panikstimmung.

In dieser Situation kam Friedrich die „Reichspolitik“ Kaiser Josephs II. zu Hilfe. In geradezu meisterhafter Weise benutzte er die Ende 1784 vom russischen Gesandten Graf Romanzoff dem Herzog Karl August von Zweibrücken unterbreiteten Vorschläge zum Tausch Bayerns gegen die österreichischen Niederlande und die durch Josephs Diözesanpolitik hervorgerufene Beunruhigung zur Gründung des Fürstenbundes zur Erhaltung der Reichsverfassung. Er legte damit, wie wir gesehen haben, Josephs Außenpolitik in den entscheidenden Jahren 1785/86, also beim Tode Friedrichs, lahm.

Friedrich ging es bei der Gründung des Fürstenbundes nicht um die Erhaltung der Reichsverfassung. Sie war ihm vollkommen gleichgültig. Seine Absichten bei der Gründung des Fürstenbundes gingen in zwei Richtungen. Einmal wollte er den Kaiser hindern, sich auf Kosten des Reiches zu vergrößern. Zum anderen hoffte er, bei der Gründung des Dreikurfürstenbundes, der für ihn das Kernstück des Fürstenbundes war, über den Kurfürst von Hannover Verbindung zu England zu bekommen. Dies war Teil eines sehr komplizierten diplomatischen Spiels. Friedrich war in den Verhandlungen mit Frankreich klargeworden, daß der eigentliche Grund dafür, daß keine der europäischen Großmächte mit ihm ein Bündnis abzuschließen bereit war, nicht die Preisgabe Preußens bedeutete. Man fürchtete vielmehr, daß ein mit Preußen abgeschlossenes Bündnis ein von Österreich bestimmtes Gegenbündnis hervorrufen würde, bei dem sehr rasch die europäischen Mächte im Fall des Ablebens Friedrichs in einen Krieg verwickelt werden könnten. Zur Preisgabe Preußens war niemand, nicht einmal Rußland, bereit. So trug schließlich der Fürstenbund entscheidend dazu bei, daß 1786 die Erbfolge in Preußen auf Friedrich Wilhelm II. ohne Schwierigkeiten vor sich gehen konnte.

Für unsere Betrachtung ist dies jedoch nur die eine Seite. Ohne es zu wollen, gewann Friedrich mit dem Fürstenbund eine zahlreiche Klientel im Reich. Die im Grunde ganz andere Ziele verfolgende Fürstenbundbewegung der kleineren deutschen Reichsstände wie Sachsen-Weimar, Baden, Anhalt und einige andere ging im Fürstenbund auf. Mainz schloß sich ihm an und eine Zeitlang schien es, als gelänge ein tiefer Einbruch in die Front der geistlichen Fürsten, der treuesten kaiserlichen Klientel. Tatsächlich traten nur Eichstätt, Brixen und Trient direkt bei, während Konstanz und Worms Dalberg zum Coadjutor wählten und so dem Fürstenbund beitraten. Das waren zwar erheblich weniger, als der ehrgeizige Kurfürst Friedrich Karl von Erthal von Mainz erhofft hatte. Aber die Tatsache, daß der wichtigste geistliche Fürst,

<sup>27</sup> Instruktion veröffentl. in: Polit. Correspondenz Friedrichs des Großen, hrsg. v. G. B. Volz, Bd. 43, Nr. 27 495.

<sup>28</sup> Vgl. *Stribny* (wie Anm. 25) 147 f.

<sup>29</sup> Vgl. *Emil Braun*, Preußisch-französische Bündnispläne 1778–1784 (1937).

der Kurfürst von Mainz, einem von Preußen bestimmten Bund zur Erhaltung der Reichsverfassung beigetreten war, zeigte eine völlig neue Situation.

Friedrich wußte mit dieser Klientel wenig anzufangen. Sein Nachfolger Friedrich Wilhelm II., der beim Zustandekommen des erweiterten Fürstenbundes eine wichtige Rolle gespielt hatte, machte sie zum Ausgangspunkt einer in ihren Zielen reichlich unklaren Reichspolitik, deren Exponent in den Jahren 1786/88 der eifrige, geschäftige, aber im Endergebnis wenig durchsetzungsfähige Herzog Carl August von Weimar war. Sein Plan, 1788 einen Kongreß der Anhänger des Fürstenbundes in Mainz durchzuführen, scheiterte am Einspruch der Kurfürsten von Hannover und Sachsen und der preußischen Minister, die dieser Politik nichts abzugewinnen vermochten. Friedrich Wilhelm II. hätte damals wie später 1792/93 in den ersten Jahren der Revolutionskriege gerne die Rolle eines deutschen Königs gespielt. Er konnte sich aber gegen seine Minister nicht durchsetzen.

So fühlte sich schließlich die preußische Klientel vor den Kopf gestoßen. Die Verärgerung steigerte sich zu offener Empörung, als in der Lütticher Affäre 1788/89 klar wurde, daß Preußen auch im Traum nicht daran dachte, die Reichsverfassung zu schützen, sondern eine Großmachtpolitik betrieb, für die das Reich und seine Interessen eine „quantité négligeable“ war.

Merkwürdigerweise war man aber in Berlin auch später noch daran interessiert, unter den geistlichen Fürsten eine Anhängerschaft zu behalten. So bemühte man sich bei Coadjutor- oder Bischofswahlen, eigene Kandidaten ins Spiel zu bringen. Schon bei der Wahl des Erzherzogs Franz zum Coadjutor in Köln und Münster war in Münster ein von Preußen protegierter Gegenkandidat aufgetreten. Erheblich intensiver waren die Bemühungen, den Beitritt des Mainzer Kurfürsten zum Fürstenbund, der vom Domkapitel nicht akzeptiert worden war, durch die Wahl eines Nachfolgers für den kränklichen Friedrich Karl von Erthal abzusichern. Die Vorgänge enthüllten freilich, daß man in Berlin vom Wesen des katholischen Episkopats keine Vorstellung besaß.

Das Vorgehen des preußischen Bevollmächtigten Stein, eines älteren Bruders des späteren Reformers, bei der Coadjutorwahl Dalbergs 1787 war so plump skandalös, daß man nur den Schluß ziehen kann, man habe in Berlin das Mainzer Domkapitel für eine Ansammlung bestechlicher Subjekte gehalten. Nachdem Dalberg im März 1787 das ihm von dem Herzog Carl August von Weimar ultimativ gestellte Ansinnen, sofort dem Fürstenbund beizutreten, abgelehnt hatte, kam am 30. März unter großer Geheimhaltung Johann Friedrich Freiherr vom Stein nach Mainz, der 1785 den Beitritt Erthals zum Fürstenbund vermittelt hatte. Stein kam mit erheblichen Geldmitteln und war offenbar der Meinung, in einem Überraschungscoup die Coadjutorwahl auf den ganz unbedeutenden Domherrn Dienheim leiten zu können, von dem man annahm, daß er alles tun würde, was man ihm vorschlug. Um Dalberg zum Verzicht zu bewegen, wurde ihm versprochen, daß er der Nachfolger des Bischofs von Würzburg und nach dem Tod des Reichsvizekanzlers Colloredo dessen Nachfolger werde<sup>30</sup>.

<sup>30</sup> Ich stütze mich hier auf den eingehenden Bericht des russischen Gesandten Graf Romanzoff vom 29. März/9. April 1787, der die genaueste, von anderen Berichten bestätigte Darstellung der skandalösen Vorgänge am 5. und 6. April 1787 gibt. Beziehungen Rußlands mit Frankfurt/Main,

Zu den Domherren wurden Verwandte, Freunde und kurfürstliche Dienstleute entsandt, „die ihnen gefälschte Unterschriften der anderen Mitglieder des Kapitels zeigten, als hätten diese schon ihr Einverständnis zur Wahl Dienheims gegeben“ und als wäre ihre Zustimmung eigentlich ganz überflüssig. Es wurde ihnen vorgegaukelt, sie könnten durch ihre Zustimmung noch in letzter Minute Mitempfänger der Gelder und Gnaden sein, die der König von Preußen auszuschütten bereit war. Vom Kurfürsten wurden ihnen Rangerhöhungen und Beförderungen von Verwandten in Aussicht gestellt. Dieses schamlose Treiben, an dem sich Erthal eifrig beteiligte, rief schließlich den Domherrn von Walderdorff auf den Plan. Er versammelte die Domherren um sich und stellte die Frage: „Wenn Stein vom König von Preußen ein Schreiben an das Kapitel besitzt, so möge er es präsentieren, damit wir die Verachtung dieses Monarchen uns gegenüber darin erkennen, daß er meint, man könne uns bestechen, und daß er auf diese Weise das erste Domkapitel des deutschen Reiches mit Leibeigenen in eine Reihe stellt, wenn er jedoch kein solches Schreiben besitzt, so soll der König ihn, Stein, wegen Mißbrauch seines Amtes in Spandau festsetzen.“ Die Aussprache enthüllte dann die vom Kurfürsten veranlaßten Fälschungen und Versprechungen. Es herrschte große Empörung, doch mußte Walderdorff mit Entsetzen feststellen, daß sich bereits zehn Domherren von Stein hatten kaufen lassen.

Innerhalb weniger Stunden überschlugen sich die Ereignisse, die schließlich damit endeten, daß die preußischen Gelder dafür verwendet werden mußten, die für Dienheim gewonnenen Mainzer Domherren nun für Dalberg zu gewinnen. Der aufgebrauchte Graf Walderdorff hatte Erthal mit seiner Absetzung gedroht, wenn er den von Stein verursachten Skandal nicht sofort damit beende, daß er die Coadjutorwahl freigebe.

Diese Umstände wurden natürlich im Reich bekannt und verliehen den preußischen Bemühungen, die deutschen Bischofsstühle mit eigenen Anhängern zu versorgen, nicht gerade den Anstrich von Seriosität. So bemühte man sich vergeblich, die Bischöfe von Speyer, Fulda und Paderborn für den Preußen ergebenen Baron Fürstenberg als Coadjutor zu gewinnen. Auch bei den Bischofswahlen in Regensburg und Freising 1788 gab es, was vorher nie der Fall gewesen war, einen preußischen Kandidaten. Es waren allerdings jeweils wenig angesehene Herren, die sich zur Verfügung stellten. Für den Kaiser war das Auftreten Preußens innerhalb der eigenen Klientel außerordentlich unangenehm, so ungeschickt Preußen hier auch vorging.

### c) Rußlands Bemühungen um eine Klientel im Reich

Was die kleineren Stände gegenüber Joseph II. so mißtrauisch machte, war nicht nur seine von Fehlgriffen aller Art geprägte Reichspolitik. Es war auch insbesondere

Bd. 49, Archiv der Außenpolitik Rußlands, Moskau. Die von *Willy Andreas*, Dalbergs Wahl zum Coadjutor von Mainz (1787) und die Politik Carl Augusts von Weimar, in: *Archiv für Kulturgeschichte* 42 (1960) vertretene Ansicht beruht auf den beschönigenden Angaben Steins und des Herzogs und wurde von mir bereits in meinem Aufsatz „Höhepunkt und Krise des deutschen Fürstenbundes. Die Wahl Dalbergs zum Coadjutor von Mainz (1787)“, in: *HZ* 196 (1963) widerlegt. Romanzoff nennt die gigantische Summe von 200 000 fl., die Stein verteilt habe. Vgl. auch *K. O. v. Aretin*, Die Wahl Dalbergs zum Coadjutor von Mainz, in: *v. Aretin* (wie Anm. 1) 374 ff.

das gemeinsame Auftreten mit Rußland. Seit 1782 unterhielt Katharina II. in Frankfurt eine eigene Gesandtschaft, die mit dem damals 28jährigen Grafen Nikolaus Petrovich Romanzoff besetzt wurde. Die Anwesenheit dieses Vertreters eines übermächtigen Staates wurde im Reich mit Mißtrauen betrachtet, das sich noch vergrößerte, als Romanzoff die Tauschverhandlungen im Dezember 1784 in Zweibrücken führte. Insbesondere die von dem zweibrückischen Minister Hofenfels aufgestellte und von Preußen im Reich verbreitete Behauptung, Romanzoff habe den Herzog zum Tausch zwingen wollen, erregte ungeheures Aufsehen<sup>31</sup>. Rußland erschien als ein Koloß, der die deutschen Reichsstände im Einvernehmen mit dem Kaiser zu einer territorialen Umgestaltung des Reiches zwingen wollte. Von daher stand die Mission Romanzoffs von Anfang an unter einem ungünstigen Stern.

Romanzoff, der mehrfach wie ein kaiserlicher Gesandter im Reich auftrat, mußte daher alle Niederlagen der kaiserlichen Politik mit auskosten. Hatte er schon 1784 in der Tauschfrage durch Verdächtigungen von Hofenfels den Ärger und das Mißtrauen des Reiches auf sich gezogen, so wiederholte sich das 1787 bei der Coadjutorwahl Dalbergs. Ebenso erfolglos blieben seine Bemühungen 1785, Sachsen oder Kassel vom Beitritt in den Fürstenbund abzuhalten<sup>32</sup>. Er hatte sich mit Dalberg im Auftrag der Kaiserin eng angefreundet und den Auftrag erhalten, koste es, was es wolle, diesen vom Fürstenbund fernzuhalten. Dalberg begründete seinen Beitritt Romanzoff gegenüber „mit der fehlerhaften, verlogenen, das Recht mißachtenden Politik des Kaisers“, die es zu bekämpfen gelte, wenn im Reich das Recht weiter seine Geltung behalten solle<sup>33</sup>. Es muß dahingestellt bleiben, ob Dalberg wirklich die kaiserliche Politik mit so harten Worten kritisiert hat oder ob Romanzoff ihm diese Worte in den Mund gelegt hat, um seiner eigenen Empörung Ausdruck zu verleihen. Liest man Romanzoffs Berichte, so erscheinen sie wie ein kritischer Kommentar zu Josephs Reichspolitik. Demgegenüber erscheint die Weisung von Kaunitz an seinen Vertrauten im Reich, Graf Trauttmansdorff, vom 9. Februar 1786 wie eine Verhöhnung der russischen Bemühungen. Befriedigt stellt Kaunitz darin fest, daß Rußland in Deutschland eigentlich „keinen anderen Einfluß hat als jenen, welchen das Ansehen einer großen Macht gibt“<sup>34</sup>. „Die Freundschaft zum Kaiser“, fuhr Kaunitz süffisant fort, „läßt diesen Einfluß ganz zu unseren Gunsten erscheinen und es muß ihre ständige Sorge sein, sich dieses Vorteils so viel wie möglich zu bedienen.“

<sup>31</sup> Die Berichte Romanzoffs machen es allerdings sehr zweifelhaft, ob diese vom Herzog Karl August von Zweibrücken stammende Behauptung stimmt. Karl August bemühte sich später intensiv um ein gutes Verhältnis zu Romanzoff und hatte ihn gebeten, mit ihm direkt unter Umgehung seiner Minister zu verkehren, was er ja wohl kaum getan hätte, wenn R. ihn wirklich Ende Dezember 1784 mit seiner Drohung so beleidigt hätte, wie Hofenfels behauptete. Bericht Romanzoff 3./14.10.1785, Beziehungen Rußlands zu Frankfurt/Main, Bd. 34, Moskau.

<sup>32</sup> Nach Abschluß des Dreikurfürstenbundes rief der russische Minister Graf Alexander Romanowitsch Woronzow den englischen und den sächsischen Gesandten in St. Petersburg zu sich und beschimpfte sie deswegen, weil dieser Bund den Interessen Rußlands zuwiderlaufe. Mehr als ein Kopfschütteln rief diese Aktion nicht hervor. Bericht des österreichischen Gesandten in St. Petersburg Graf Cobenzl v. 22.7.1785, Staka Rußland II/63, Wien.

<sup>33</sup> Bericht 31.10./11.11.1787, Beziehungen Rußlands zu Frankfurt/Main 49, Moskau.

In seiner Weisung war Romanzoff nur auf zwei Reichsstände hingewiesen worden, denen das besondere Wohlwollen der Kaiserin galt: auf Württemberg und Hessen-Kassel. Beiden hatte Katharina offenbar ihre Hilfe beim Erwerb der Kurfürstenwürde versprochen<sup>35</sup>. Sie setzte sich auch mehrfach erfolglos in Wien dafür ein<sup>36</sup>. Es gelang Romanzoff weder in Stuttgart noch in Kassel eine besondere Vertrauensbasis herzustellen. Karl Eugen von Württemberg lag Romanzoff nur in den Ohren, die Kaiserin für seinen Plan zu gewinnen, seine nicht ebenbürtige Gemahlin Franziska Gräfin von Hohenheim zur offiziell anerkannten Gemahlin und Herzogin von Württemberg zu machen, was in Petersburg strikt abgelehnt wurde. 1794/95 leistete Romanzoff bei dem von Wilhelm IX. von Hessen-Kassel inaugurierten Wilhelmsbader Fürstenbund Hilfestellung und gewann auch Württemberg dazu. Die Unterstützung, die Katharina diesem Plan angedeihen ließ, eine eigene Reichsarmee aufzustellen, half jedoch nichts<sup>37</sup>. In Wien lehnte Thugut diesen Plan ab. Da Katharina sich nicht entschließen konnte, selbst in die Revolutionskriege einzugreifen, blieb auch dies Episode.

Die Bemühungen Rußlands, als Garantiemacht des Reiches eine besondere Rolle zu spielen, führten zu keinem überzeugenden Ergebnis. 1779 waren die Erwartungen groß. So hatte der russische Gesandte in Regensburg, von der Asseburg, geschrieben<sup>38</sup>: „Als Garantiemacht wird Rußland, so viel ihm gefällig ist, sich in die politischen und kirchlichen Angelegenheiten dieses Reiches einmischen. Einzig und allein von dem wird die Erweiterung seines Kredits, seiner Bedeutung und des Ruhmes, ein uneigennütziger Beschützer fremder Interessen zu sein abhängen.“

Nach dem Abschluß des österreichisch-russischen Bündnisses, das Katharina ihrem alten Verbündeten Preußen verschwieg, glaubte sie, das Gleichgewicht der deutschen Großmächte in den Händen zu halten<sup>39</sup>. Sie nahm an, bei einem erneuten österreichisch-preußischen Konflikt den Mediator spielen zu können<sup>40</sup>. Diese diplomatischen Winkelzüge waren aber alle zu grob gestrickt. Es gelang Rußland nicht, und das war nicht die Schuld Romanzoffs, eine Klientel im Reich aufzubauen, so viele Mittel und Mühen Katharina auch darauf verwendete.

#### *d) Frankreichs Klientel im Reich*

Seit der Arbeit von Bertrand Auerbach wurde, soviel ich sehe, die französische Reichspolitik am Ende des 18. Jahrhunderts nicht mehr im Zusammenhang darge-

<sup>34</sup> Weisungen in das Reich 32, Staka Wien.

<sup>35</sup> Davon ist mehrfach in den Berichten und Weisungen Romanzoffs die Rede.

<sup>36</sup> Als man z. B. Hessen-Kassel vom Beitritt zum Fürstenbund abhalten wollte, kam im Juli 1785 von Katharina der Vorschlag, man solle Hessen-Kassel und Württemberg die Kurwürde verleihen, ein Vorschlag, der in Wien auf Ablehnung stieß. Akten Rußland II, 63, Staka Wien.

<sup>37</sup> Vgl. *v. Aretin* (wie Anm. 19) Bd. 1, 301–317.

<sup>38</sup> Vgl. *Achatz Ferdinand von der Asseburg*, Denkwürdigkeiten des Freiherrn Achatz Ferdinand von der Asseburg (1842) 295.

<sup>39</sup> Vgl. *Stribny* (wie Anm. 25) 140.

<sup>40</sup> Ebenda, 143.

stellt<sup>41</sup>. Auerbach beschränkt sich mit guten Gründen auf die große Politik. Um den Einfluß Frankreichs auf eine deutsche Klientel festzustellen, müßte man aber gerade den Berichten von Agenten, der Vergabe von Pensionen und Titeln nachgehen. Insofern besitzen wir nur ein ungenaues Bild.

Im Gegensatz zu Rußland ließ sich Frankreich nie vor den Karren einer kaiserlichen Reichspolitik spannen. Die österreichisch-französische Allianz von 1756/57 hatte auf die französische Reichspolitik so gut wie keine Auswirkungen. Frankreich blieb der Gegenspieler Österreichs im Reich, auch wenn diese Politik mit großer Zurückhaltung betrieben wurde. Als sich das Aussterben der bayerischen Wittelsbacher abzeichnete, waren es die Franzosen, die in den bayerischen Archiven Nachforschungen anstellten. Die Tätigkeit der französischen Diplomaten und Gelehrten Du Buat und Pfeffel in München galt der Erforschung der österreichischen Erbrechte auf Bayern<sup>42</sup>. 1778 und 1784/85 stellte sich der französische Außenminister Vergennes gegen die Tauschpläne. Er schickte 1787 Christian Friedrich Pfeffel nach Zweibrücken, um mit einem Angebot von 500 000 fl das Angebot Josephs von 350 000 fl jährlicher Subsidien an den Herzog zu überbieten. Als der schon genannte Graf Woronzoff den französischen Botschafter in St. Petersburg nach dem Abschluß des Fürstenbundes zu sich bat und ihm Vorhaltungen wegen der zweideutigen Haltung Frankreichs machte, antwortete ihm dieser, „daß dem allerchristlichsten König nichts anderes am Herzen liege, als die Freundschaft zu beiden kaiserlichen Höfen“, machte aber die Einschränkung, „solange sie keine Vergrößerungen vorhätten“<sup>43</sup>.

Das war aber nur die halbe Wahrheit. Der französische Gesandte in Mainz, OKelly, galt sowohl Trauttmansdorff als auch Romanzoff als ein Anhänger des Fürstenbundes<sup>44</sup>. In dieser Hinsicht liefen auch Fäden über London<sup>45</sup>. Kaunitz bezeichnete mehrfach Frankreich als den großen Gegenspieler im Reich<sup>46</sup>. Dies wird durch die französischen Akten bestätigt. Vergennes signalisierte am 28. August 1785 dem französischen Diplomaten in Regensburg, Louis Théodore Hérissant, „que Cathérine se-

<sup>41</sup> *Bertrand Auerbach*, *La France et le Saint Empire Romain Germanique depuis la paix de Westphalie jusqu'à la Revolution française* (Paris 1912).

<sup>42</sup> Vgl. *Andreas Kraus*, *Die historische Forschung an der kurbayerischen Akademie der Wissenschaften* (München 1959) 28.

<sup>43</sup> Bericht Cobenzl St. Petersburg 21.7.1785, *Staka Rußland II/63*, Wien.

<sup>44</sup> Im Bericht vom 23.1./3.2.1786 gibt Romanzoff eine eingehende Schilderung der französischen Politik. Als der Fürst von Anhalt-Dessau bei einer Audienz beim englischen König im Dezember 1785 in London die Anregung gab, doch Frankreich stärker gegen die Umtriebe der beiden kaiserlichen Höfe im Reich zu mobilisieren, gab ihm dieser zu verstehen, Vergennes werde alles tun, um die Absichten Österreichs und Rußlands im Reich scheitern zu lassen. Beziehungen Rußlands zu Frankfurt/Main 40, Moskau.

<sup>45</sup> In seinem Bericht vom 3./14.7.1786 schreibt Romanzoff, Dalberg habe ihm versichert, daß der französische Gesandte OKelly gegen ihn intrigiere. Ebenda.

<sup>46</sup> Weisungen an Trauttmansdorff vom 19.2.1786 und 7.2.1787, *WidR Staka*, Wien. *Pavel P. v. Mitrofanov*, *Joseph II., seine politische und kulturelle Tätigkeit*, Bd. 1 (Wien, Leipzig 1910) 181, sieht in der französischen Haltung zur Tauschfrage und zum Fürstenbund den Beginn des endgültigen Erkaltens der österreichisch-französischen Allianz.

conde a un grand désir de s'immiscer dans les affaires de l'Empire et surtout de s'établir garante des traites de Westfalie<sup>47</sup>.

Die französische Reichspolitik war zwar von Joseph II. beunruhigt und versuchte, ihr über Preußen, teilweise auch über England, entgegenzuwirken. Im Grunde ging es aber um das Zusammenwirken der beiden Kaisermächte, die Frankreich beunruhigten. Vergennes befürchtete eine enorme Machtsteigerung Österreichs, wenn es dem Kaiser gelang, mit Hilfe Rußlands seine Pläne im Reich zu verwirklichen. In einem sehr subtilen Spiel verhinderte er Erfolge des Kaisers. Diese Politik lief aber zum großen Teil über die großen Höfe<sup>48</sup>. Von einer auf Frankreich eingeschworenen Klientel am Ende des 18. Jahrhunderts kann daher, soviel ich sehe, keine Rede sein.

### e) Die Klientel Englands

Bis zu einem gewissen Grad gehört hier auch England in den Kreis der europäischen Großmächte. Die im Reich eine eigene Politik betrieben und eine Anhängerschaft besaßen. Schon beim Vorgehen des Kaisers gegen Passau 1783 hatte sich Hannover zum Fürsprecher der bedrohten geistlichen Fürsten gemacht<sup>49</sup>. Kurz vor Abschluß des Dreikurfürstenbundes, der das Kernstück des Fürstenbundes bildete, versuchten mehrere kleine Fürsten, Hannover zur Vormacht des Fürstenbundes zu machen<sup>50</sup>. Dazu waren aber die Verhandlungen zu weit fortgeschritten. Der Versuch, innerhalb des Fürstenbundes eine eigene Klientel zu bilden, wobei sich auch Hannover um einige geistliche Fürsten wie den Fürstbischof von Würzburg bemühte, führte nicht weiter. Allerdings sind Hessen-Kassel und Baden nur über Hannover dem Fürstenbund beigetreten. Die russischen Bemühungen, zwischen England und Österreich ein Bündnis zustande zu bringen, waren auch darauf gerichtet, den Fürstenbund aufzulösen<sup>51</sup>. Kaunitz, der ein tiefeingewurzelttes Mißtrauen gegen England hatte, lehnte diesen Vorschlag mit Empörung ab. Zwischen Hannover und Hessen-Kassel blieb jedoch eine so enge Verbindung bestehen, daß Romanzoff berichtete, nur über London wäre etwas beim Landgrafen Wilhelm IX. zu erreichen, „der den preußischen König nicht liebt, dem Kaiser gegenüber verbittert ist, Frankreich haßt und ein Freund Englands in der Hoffnung ist, Subsidien zu erhalten“<sup>52</sup>. Würde Hannover aus dem Fürstenbund ausscheiden, so würde der Landgraf folgen und versuchen, mit Hannover zusammen eine eigene Partei zu gründen. Zum Ausbau einer hannoverschen, beziehungsweise englischen Klientel im Reich ist es jedoch nicht gekommen. Ansätze dazu gab es noch einmal, als Hannover zu Beginn der Revolutionskriege in Regensburg eine eigene, von Mißtrauen gegen die Vergrößerungsabsichten Österreichs und Preußens gerichtete Politik am Reichstag zu Regensburg betrieb, doch blieb dies Episode.

<sup>47</sup> Vgl. *Auerbach* (wie Anm. 41) 415.

<sup>48</sup> Über die Absichten Frankreichs im Reich vgl. ebenda, 417 f.

<sup>49</sup> Vgl. *v. Aretin* (wie Anm. 19) 140 f.

<sup>50</sup> Ebenda, 182.

<sup>51</sup> Weisung Kaunitz an Cobenzl vom 25.6.1785, Staka Rußland II/63, Wien.

<sup>52</sup> Bericht vom 20./31.1.1786, Beziehungen Rußlands zu Frankfurt/Main 40, Moskau.

## Zusammenfassung

Durch den Westfälischen Frieden und seine Garantbestimmungen schien dem ausländischen Einfluß im Reich Tür und Tor geöffnet. Tatsächlich gelang es aber Kaiser Leopold I., das Reich wieder soweit in den Griff zu bekommen, daß das Reich nicht gegen den Kaiser organisiert werden konnte. Diese Entwicklung hielt bis zum Frieden von Hubertusburg an. Danach war Preußen als die zweite deutsche Großmacht fest etabliert. Im Teschener Frieden wurde Rußland zur dritten Garantmacht der Reichsverfassung. Ein System schien sich abzuzeichnen, in dem die beiden deutschen Großmächte von den zwei mächtigen Garantestaaten Frankreich und Rußland flankiert wurden. Da Frankreich und Rußland Verbündete Österreichs waren, schien ein bedrohliches Übergewicht des Kaisers gegeben. Katharina II. ging auch offensichtlich darauf aus, durch ihre Hilfe den Kaiser in die Lage zu versetzen, seine Ziele, wie den Tausch Bayerns gegen die österreichischen Niederlande, durchzuführen. Sie konnte nicht begreifen, daß Joseph II. bereits im Frühjahr 1785, als sich ein massiver Widerspruch erhob, den Plan fallenließ. Ebenso fassungslos stand Romanzoff vor der Tatsache, daß Dalberg den Beitritt zum Fürstenbund wagen konnte, ohne daß der Wiener Hof dagegen Maßnahmen ergriff<sup>53</sup>.

In diese merkwürdige Situation, in der sich Preußen im Fürstenbund, Österreich in einem Gegenbund, Rußland mit eigenen Plänen, Frankreich, wenn auch sehr zurückhaltend, um eine Klientel bemühten, und England über Hannover eine eigenständige Reichspolitik betrieb, gab es ein gesteigertes eigenständiges Interesse der Reichsstände an der Reichsverfassung. Tatsächlich änderte sich trotz dieser massiven Einflüsse aber so gut wie nichts. Die Reichsreformbewegung flüchtete sich vor der Übermacht der beiden Kaiserhöfe in den Fürstenbund, den Preußen und Frankreich dazu benutzen, um den Einfluß des Kaisers im Reich zu zerstören. An einer wie immer gearteten Reichsreform hatten sie kein Interesse<sup>54</sup>. Dies gilt auch für England/Hannover, das in erster Linie an der Erhaltung und nicht an der Reform der Reichsverfassung interessiert war. Im Endergebnis war die Zusammenarbeit Österreichs mit Rußland für die österreichischen Pläne nur hinderlich, weil deren Übermacht Mißtrauen erweckte.

Der Plan Katharinas, im Bündnis mit beiden deutschen Großmächten eine Art Schiedsrichterrolle in Deutschland zu erreichen, war mit ihrem Engagement in der Tauschfrage und dem Auftreten Romanzoffs in Zweibrücken zu Ende. Da offenbar hinter der Absicht Katharinas kein Plan stand, so blieb das Auftreten des russischen Gesandten im Reich ohne Folgen. Romanzoff beschwerte sich mehrfach darüber, daß er in die russische Politik nicht eingeweiht sei<sup>55</sup>.

<sup>53</sup> In einem langen, französisch geschriebenen Bericht an die Kaiserin vom 31.10./11.11.1787 schildert er mit allen Ausdrücken des Erstaunens, daß sich im Reich jederman alles gegen den Kaiser herausnehmen könne. AA., Bd. 49, Moskau.

<sup>54</sup> Folgt man *Auerbach* (wie Anm. 41) 417f., so war das Interesse Frankreichs an einer von den kleineren Ständen bestimmten Reichsreform sogar größer als das Preußens.

<sup>55</sup> So heißt es in seinem Bericht vom 1./12.5.1786: „Da ich keine Ahnung von den Beziehungen Rußlands zu anderen Höfen habe, begehe ich öfter Fehler.“ Beziehungen Rußlands zu Frankfurt/Main 43, Moskau.

Andererseits schadeten die Bemühungen Frankreichs, Rußlands, Englands und Preußens, im Reich eine Klientel zu gewinnen, dem Ansehen des Kaisers erheblich. Es gelang zwar Leopold II. in erstaunlich kurzer Zeit, das kaiserliche Ansehen wiederherzustellen. Aber auch er stand in der Konkurrenz zu den drei anderen Mächten und mußte selbst bei den geistlichen Fürsten und kleineren Reichsständen gegen deren Einfluß ankämpfen. Innerhalb des Prozesses der Auflösung des Reiches ist dies eine bisher auch von mir übersehene Entwicklung, die das Reich stärker in die Politik der Großmächte einband, als ihm guttat. Es würde sich lohnen, dem Einfluß der Großmächte auf das Reich und des Reiches auf die Politik der Großmächte näher nachzugehen, was hier nur skizzenhaft gezeichnet werden konnte.

## II. Soziale Verflechtungen in England, Frankreich und den Niederlanden unter den Gesichtspunkten Hochadel, Beamten-schaft und Staat

### Einleitung zur Diskussion

*Antoni Mączak*

#### Patronage im Herzen des frühneuzeitlichen Europa

Die Beiträge zu jenen Ländern, die als der nordwestliche Teil des europäischen Kernlandes definiert werden können, sind so unterschiedlich, wie vermutlich auch die jeweiligen Untersuchungsgegenstände. Denis Richet konzentriert sich auf einen Typus von Patronage-Beziehungen, der für die „gens de robe“ charakteristisch war. Die Niederlande stellten sich in der fraglichen Zeit als ein besonders komplexes System von Fürstentümern dar, die vom 15. bis 17. Jahrhundert tiefgreifende politische Veränderungen erfuhren. Der Beitrag von Wim Blockmans konzentriert sich auf die kritische Periode nach der Katastrophe von Nancy, während Helmut Koenigsberger eine andere politische Krise und einen anderen methodischen Ansatz gewählt hat. Viktor Morgan schließlich präsentiert uns in äußerst prägnanter, auf die Beschreibung äußerer Gegebenheiten weitgehend verzichtender Form eine Fülle von Klientelsystemen und greift dabei die tiefverwurzelten Überzeugungen der eigenen Zunft in England heftig an.

Die meisten, vielleicht auch alle Formen und Funktionen von Patronage, die hier erwähnt werden, sind auch von anderen Ländern bekannt. Das interessante an Frankreich, den Niederlanden und England aber ist, daß dort eben jene verschiedenen Formen von Patronage in ein und demselben Land vorkommen. Das, was uns diese Beiträge zeigen, ist, daß gerade durch die *Koexistenz verschiedener Patronagearten* das Patronage-Muster eines Landes bestimmt wird. Am Beispiel England zeigt sich dies besonders deutlich. Die Tudors bekämpften konsequent den Typus des Subklientelismus, der für die Mechanismen lokaler Einflußnahme so charakteristisch war. Dieser erinnert bisweilen an eine Art „bastard feudalism“, wie wir ihn aus einem Pachtvertrag

in Wales (1585) kennen, demzufolge der Pächter ausschließlich die Tracht seines Herrn tragen und für ihn oder seinen Kandidaten stimmen mußte. In diesem besonderen Fall steht die Tracht als äußeres Zeichen von Loyalität für einen moderneren Typus des Klientelismus, der erst im „korrupten“ hannoverianischen Zeitalter zur Blüte gelangte. Lassen Sie mich nun – indem ich auf die Beiträge über Polen vorgreife – Ihre Aufmerksamkeit auf eine ziemlich auffallende Analogie zwischen den zeitgenössischen Wahlmechanismen in diesen, in anderer Hinsicht so unterschiedlichen Ländern lenken.

Ein umfassendes Wahlrecht, das in Polen für alle erwachsenen, als Adelige anerkannten Männer galt, trug stark zu einem Anwachsen von Patronage bei. Genauer gesagt, es stellte das Gleichgewicht her zwischen den Forderungen der möglichen Klienten nach Geld und materieller Unterstützung und dem Wunsch der Landbesitzer nach demonstrativer Unterstützung bei Wahlen. Es steht so gut wie außer Zweifel, daß gerade das liberale Wahlrecht die Bindungen Landadeliger untereinander, und zwar auch solcher, die in der Hierarchie weit voneinander entfernt waren, zumindest zeitweise, stärkte. In einigen Fällen bedeutete es für clevere und lokal einflußreiche Kleinadelige eine Art Druckmittel, um die Großen zu fetteren Geldgeschenken zu animieren (oder sogar zu erpressen). Dies muß nicht gleichermaßen charakteristisch für die Ära der „alten Korruption“ in England sein, aber Hermann Wellenreuthers kürzlich erschienene, meisterhafte Studie über Landbesitzer und Wahlmechanismen hat mich von einer grundsätzlichen Analogie zwischen beiden Ländern hinsichtlich dieser besonderen Mechanismen überzeugt.

„Wahl-Patronage“ verdient mehr Aufmerksamkeit, weil sie – aber dies ist nur eine Hypothese – die Patrone zwang, ihre Klientelschaft über die täglichen ökonomischen Interessen hinaus zu erweitern. Morgan beweist mit seinem Beitrag *Mut*, wenn er die unterschiedlichen Arten von Patronage in ihrer wechselseitigen Beziehung diskutiert. Er zeigt auch, wie komplex dieses unser Thema ist, insbesondere wenn man versucht, die verschiedenartigen Klienteltypen mit ihren entsprechenden Rollen zu den jeweiligen Gesellschaften und Machtsystemen in Beziehung zu setzen.

Zu den bekanntesten Beispielen zählen dabei die Minister und Hofgünstlinge unter Königin Elisabeth und James I. Die Patronage-Mechanismen, die Walsingham, Burghley, Essex, Salisbury und Buckingham benutzten, waren einander ziemlich ähnlich. Dennoch gibt es sicher Historiker, die bestreiten würden, daß sie in ihrer Bedeutung für den Staat alle gleich waren. Einer der Hauptunterschiede bestand vermutlich in der Beziehung des einzelnen Patrons zum Herrscher, noch wichtiger aber war aller Wahrscheinlichkeit nach die jeweilige Auffassung von Politik und Staatsgeschäften. Es wäre wenig sinnvoll zu fragen, ob Burghley Elisabeth und Salisbury ihrem Nachfolger näherstanden als Buckingham dem letzteren. Das Problem ist, daß die Cecils viel mehr von Staatsraison verstanden (was immer damit gemeint sein mag) als der Villiers Clan. Ein ähnlicher, aber doch anders gearteter Fall begegnet bei Kardinal Richelieu, wo sich das Problem rivalisierender Patronage-Verbindungen bei Herrscher und Minister ebenfalls stellt.

Das Gesamtbild von Patronage-Strukturen in einzelnen Ländern wird nicht nur von den verschiedenen historischen Realitäten, sondern auch von den sehr unterschiedli-

chen Einstellungen historischer Schulen zu diesem Thema bestimmt. In keinem anderen Land wurde Patronage so lange und genau studiert wie in Frankreich. In dieser Hinsicht sind wir alle Professor Roland Mousnier und seiner Schule zu großem Dank verpflichtet. Mousnier gehört in der Tat zu den wenigen Historikern, die sich im Rahmen ihrer Interpretation von Politik und Gesellschaft zu Beginn der Neuzeit ganz auf Patronage konzentrierten. Seine Schlußfolgerungen bezüglich Frankreich wurden in zahlreichen Fallstudien auf andere Länder des Westens ausgedehnt. Ich glaube nicht, daß Mousnier das Phänomen sozialer Verflechtung überbetont hat, vielmehr bin ich der Ansicht

1. daß man Standesgesellschaft und Patronage nicht als Beziehungsgeflecht betrachten sollte, das mit der Existenz sozialer Klassen an sich unvereinbar ist;

2. daß die Unterscheidung zwischen „*maître-fidèle*“ und „*protecteur-créature*“ bestenfalls ein Charakteristikum für Frankreich sein kann (wenn man zwischen beiden Begriffen überhaupt so scharf trennen will);

3. daß die Patron-Klient-Beziehung – in ihrer Wechselbeziehung von Professor Mousnier klar erkannt – unter bestimmten Bedingungen relativ flexibel war; ein Klient war sich bewußt, daß er mehreren Patronen „*fidèle*“ sein konnte, ebenso war ihm klar, daß er seine Loyalitäten wechseln konnte.

Ad.1 Die Frage von Patronage vs. Klassenunterschiede wird in unserer Diskussion erneut zur Sprache kommen. Es gibt darauf wahrscheinlich nicht nur *eine* Antwort, weil Patronage in manchen Fällen vorwiegend Nachbarschafts-Loyalitäten bezeichnet, bisweilen aber auch ein die ganze Nation umfassendes „broker“-System meint. Aber während eine Patronage, die man „Schutz“-Patronage nennen könnte, dazu tendiert, scharfe Klassenunterschiede auszugleichen und lokale Konflikte zu glätten, ähnelt eine gewaltsame Patronage, die vom stärkeren Partner erzwungen wird, nicht nur der Manifestation eines scharfen Klassenkonfliktes, sie *ist* vielmehr eine derartige Manifestation. Diese Art von Patronage liegt freilich außerhalb des französischen Forschungsfeldes über „*fidélités*“. Sie ist allerdings in italienischen Studien über Patronage relativ stark vertreten. Vor allem Giorgio Chittolini hat sich in dieser Hinsicht besondere Verdienste erworben.

Ad.2 Nachfolgendes stellt eine Schlußfolgerung aus dem dar, was gerade über Gepflogenheiten der Patronagerhetorik gesagt wurde. Eine Vorbedingung für die Unterscheidung zwischen „*fidèle*“ und „*créature*“ ist ein fortgeschrittenes Stadium der Bürokratisierung, in dem „*fidélité*“-Beziehungen in hohem Maße auf Personen beschränkt sind, die nicht in das Netz öffentlicher und privater Ämterbeziehungen eingeschlossen sind. Sogar das französische Vokabular der Ära Richelieus scheint dieser Unterscheidung zu widersprechen. Nach Pontis, den Mousnier zitiert, wünschte Richelieu, daß seine Beamten nur ihm „*fidèle*“ wären; aber waren sie nicht seine „*créatures*“? Man wird, selbst wenn man die unterschiedlichen Formen von Höflichkeitsbezeugungen und Zeremoniell berücksichtigt, die jeweilige Zeit nicht dadurch besser verstehen, daß man das in den Quellen verwendete Vokabular zur Klassifizierung menschlicher Beziehungen benutzt. Auf diesem Wege wird man bestenfalls zu einer genaueren Erforschung der zeitgenössischen Phraseologie kommen. Man könnte fragen, ob diese Betonung, die auf die ausdrückliche Erklärung von Treue und Liebe gelegt wird, gerecht-

fertigt ist. In welchem Maße spiegelt sie die wahre emotionale Verbundenheit des Klienten zum Patron wieder? Man darf natürlich eine echte emotionale Verbundenheit in einigen Fällen nicht ausschließen – ein Beispiel etwa ist Fabian Burggraf von Dohna. In seinen Memoiren beschreibt er höchst anschaulich nicht nur seine Zuneigung zu Heinrich IV. (und welcher fahrende Ritter dieser Zeit hätte dem „charme de son panache blanc“ widerstehen können?), sondern auch seine Abneigung gegen seinen eigenen, früheren, kurzzeitigen Patron, Stefan Batory, den König von Polen ungarischer Abstammung (und gegen die polnische Nation im allgemeinen). Es scheint mir eine akzeptable Arbeitshypothese zu sein, daß viele (wenn nicht alle) Zeichen der Zuneigung gegenüber einer höhergestellten Person – dem Patron – nur Konvention waren. War es nicht, zumindest in einigen Fällen, ein zynischer Weg, eine erwünschte Patronagebeziehung herzustellen? Daß größte Vorsicht geboten ist, zeigen einschlägige Texte aus Polen-Litauen, wo die Rhetorik des Klientelismus gut entwickelt und sehr konventionell war.

Ad.3 Im Frankreich des frühen 17. Jahrhunderts war es irgendwie möglich, Klient zweier Herren zu sein, auch wenn diese in offenem Streit miteinander lebten. Da es den Kontrahenten in den seltensten Fällen darum zu tun war, ihre Sache baldmöglichst einer friedlichen Entscheidung zuzuführen, kann man nur schwer verstehen, wie ein Klient in derartigen Situationen mit seinen angeblich starken Gefühlen für seine Beschützer zurecht kam. Im Hoch- und Spätmittelalter waren die modernen Patronagebeziehungen denselben Veränderungen unterworfen wie die Feudalbeziehungen. Patronage verlor als Element hochgradig komplexer Beziehungsstrukturen auf einem bestimmten Grad der sozialen Hierarchie ihre Simplizität. Man kann annehmen, daß geteilte Loyalitäten kaum möglich waren, wenn Klienten in die Interessenssphäre ihrer Patrone integriert waren, so etwa, wenn sie von ihnen durch Pacht oder Besitz abhingen. Wo immer Klientelismus andererseits einer Dienst-Beziehung (im strengeren Sinne) ähnelte, konnte der Wechsel von Patronen zur Routine werden. Dies war in Kastilien der Fall, was Claude Marie Gerbet meisterhaft beschreibt, und auch an Magnatenhöfen in Polen vom 16. bis zum 18. Jahrhundert.

Für das Frankreich des 16. Jahrhunderts scheint charakteristisch gewesen zu sein, daß ein Landadeliger in seinem Schloß ein gutes Leben führen und dieses genießen konnte, so wie uns das Michel de Montaigne in höchsten Tönen preist. Der gleiche Landadelige tat aber vermutlich gut daran, sich um Protektion umzusehen, wenn Gefahr aufzog, vielleicht war er dann sein „vie retirée et particulière“ auch leid und wünschte, es aufzugeben. Klientelbeziehungen waren gang und gäbe; für die zweite Hälfte des 16. Jahrhunderts lassen sich Klientelcliquen auch deutlich abgrenzen. Was meines Wissens allerdings noch immer unklar bleibt, ist die Stabilität, die Dauerhaftigkeit derartiger Bande. Wie oft wurden Beziehungen dieser Art auf Grund veränderter konfessioneller Gegebenheiten neu geknüpft? Richets Primärinteresse richtet sich auf die Rolle der „robins“ im klientelen Bezugssystem und im besonderen auf deren Beziehungen zur „haute noblesse“. Einige Fragen bleiben jedoch offen. Wie üblich sind auch hier die Ursprünge des Phänomens besser bekannt als die Gründe seines Untergangs. Zu fragen bleibt: Was geschah mit der Patronage während der Fronde? Lloyd Mootes Buch über „A Revolt of the Judges“ erwähnt Patronage kaum; auch

seine Rezensenten werfen diese Fragen nicht auf. Mme. Cubell war der Ansicht, daß „ce n'est pas un hasard (...) si la compagnie s'est alliée aux représentants les plus éminents de la noblesse française“ gegen die Politik Mazarins. „Leur alliance s'insère donc normalement dans le courant de révolte des privilégiés du royaume.“ Dies würde eine Gleichrangigkeit der Beziehung bedeuten, und zwar gleichrangig auf Grund der besonderen Stärke des „parlement“ als rebellierender Zusammenschluß in einer rebellierenden Stadt.

Der persönliche Herrschaftsstil Ludwigs XIV. zerstörte die meisten der traditionellen Strukturen des Klientelismus. Anders als seine Vorgänger und deren Kardinäle tolerierte der Sonnenkönig keine patrimonialen klientelen Beziehungen, die den Aufbau eines broker-Systems bedeutet hätten; ebensowenig benötigte er die Patronage seiner Minister und/oder Berater, um seinen Staat zu schützen. So wenigstens scheint es, weil die vor- und frühabsolutistische Ära in dieser Hinsicht viel genauer erforscht wurde. Aber schuf die absolutistische Bürokratie nicht ihre eigenen Formen von Patronage? Ludwig XIV. war *der* Patron. Wie groß aber war die Klientelpyramide, deren Spitze er darstellte?

Beide Beiträge, die den Niederlanden gewidmet sind, zeigen uns ein Land, das sich sehr von Frankreich und England unterscheidet. Blockmans konzentriert sich hauptsächlich auf das 15. Jahrhundert und besonders auf die mit dem unheilvollen Jahr 1477 in Zusammenhang stehenden Gegebenheiten. Zu dieser Zeit schien Patronage ein wichtiges Machtmittel in den Händen der burgundischen Regierung gewesen zu sein. Politische Unterstützung, die die Klienten boten, wurde als ein Teil des politischen Handelns verstanden. Die Käuflichkeit herzoglicher Ämter (weltlicher und kirchlicher) wurde von den Ständen (d. h. von den Städten) als dreiste Korruption betrachtet. Blockmans unterstreicht die Bedeutung des broker-Systems (des aktiven wie des passiven), das auf herzoglichem, kirchlichem oder sogar städtischem Patrimonium beruhte, er erwähnt aber auch, daß „the great feudal lords could afford patronage with their own resources“.

Dies könnte besonders wichtig in der späteren Periode gewesen sein, die von Professor Koenigsberger behandelt wird. Sein Thema ist in erster Linie der Kampf zwischen zwei politischen Patronen: Kardinal Granvelle und Wilhelm Prinz von Oranien. In dieser Zeit spielten – zumindest in den südlichen Provinzen der Niederlande – die Provinzgouverneure, die sich ihrer Familienverbindungen zum niederen Adel bedienten, die zentrale Rolle in den patrimonialen Beziehungssystemen. Die Krise in der Mitte des Jahrhunderts zwang die Adeligen, ihre Position zu verteidigen „by expanding their local power base and/or by attempting to capture control of their central government“. Beide Strategien „hinged crucially on the control of patronage“. Der Hochadel schien mit seiner Fähigkeit, Freunde und Anhänger um sich scharen zu können, ziemlich zufrieden gewesen zu sein; dies war zumindest die Meinung Aerschots, und Granvelle glaubte, daß die Seigneurs immer noch großen Einfluß auf ihre sozial unter ihnen stehenden Nachbarn und selbst auf körperschaftlich organisierte Klienten, d. h. Stadtratsversammlungen, besaßen. Die allgemeine Frage, die hier gestellt werden sollte, ist die nach dem Alter und der Dauerhaftigkeit dieser Situation. Vielleicht noch allgemeiner: nach der Art und Weise, wie Patronagebeziehungen in

Spannungszeiten und während politischer Krisen sich gestalteten. In einem kürzlich erschienenen Essay über Wilhelm von Oranien billigt Dr. Nierop der Patronage als einem Machtmittel der protestantischen Partei eher geringe Bedeutung zu. Möglicherweise bedarf Patronage, um existieren zu können, eines gewissen Grades von Stabilität oder zumindest der Aussicht auf Stabilität. Allerdings könnte man mit gleichem Recht auch sagen, daß potentielle Klienten gerade in Krisenzeiten und bei drohender Gefahr um Protektion nachsuchen. So ist es wohl besser, vorschnelle Generalisierungen zu vermeiden. Menschliche Reaktionen – in diesem Fall die Strategien der Klienten – hängen von zu vielen Variablen ab, um vorhersehbar zu sein. Dies mag zu einigem Zweifel an allzu weitreichenden Thesen über den Klientelismus berechtigen, Thesen vor allem, die von Sozialwissenschaftlern aufgestellt wurden, welche mit dem begrenzten Aussagewert ihrer Studien unzufrieden waren.

Doch bleibt noch immer die Frage, in welchem Ausmaß die Adelspatronage, wie sie Koenigsberger schildert, zurückprojiziert werden kann. Was geschah mit ihr während und nach der Befriedung der südlichen Provinzen der Niederlande durch die Spanier? Wurde sie durch einen anderen Patronagetypus mit anderen Patronen ersetzt?

Mein allgemeiner Eindruck von den beiden Beiträgen über die Niederlande ist, daß darin zwei verschiedene Länder behandelt werden, obwohl das eigentliche Unterscheidungsmerkmal die Chronologie und nicht die Geographie ist. Das hängt damit zusammen, daß beide Autoren sich auf sehr spezifische Situationen konzentrieren und daß sie bestimmte Typen der Beziehungen und bestimmte Aktionen in den Mittelpunkt stellen. Solche Fallstudien sind höchst aufschlußreich, und sie sollten eigentlich Hand in Hand gehen mit strukturell-typologischen Analysen, wie sie im Beitrag Victor Morgans geboten werden. So drängt sich eigentlich die Frage auf: Welche anderen Patronage-Beziehungen existierten noch in den Niederlanden und wie veränderten sie sich im Laufe der Zeit? Natürlich frage ich mich gleichzeitig, ob eine Antwort auf diese Frage unser wirkliches Ziel sein sollte.

Wir untersuchen die Patronage. Aber ich glaube nicht, daß wir es nur um der Patronage willen tun. Es könnte gefährlich sein, sich in sein bevorzugtes Forschungsthema zu verlieben. Die Patronage ist ein besonderes Thema auch deshalb, weil sie als eine Form der Macht stets in unterschiedlichen Verbindungen mit anderen Faktoren und Phänomenen erscheint. Ihre Typologie ist von Bedeutung nicht um ihrer selbst willen, sondern weil sie allgemeinere Veränderungen und Unterschiede gesellschaftlicher Beziehungen reflektieren könnte.

Eine Lektion, die wir aus der Entwicklung in den Niederlanden wohl lernen können, scheint zu sein (ich bin versucht, hier eine Hypothese zu wagen), daß, anders als in Großbritannien etwa, Patronage dort schon zu Beginn des 17. Jahrhunderts im Zuge der Modernisierung verschwand. Könnte es so gewesen sein, daß sie auf Grund der schnellen und tiefgreifenden Entwicklung der Geldwirtschaft veraltete? Oder daß starke Staatsstrukturen ihr ein Ende setzten? Oder darf man zwischen beiden Prozessen gar nicht trennen?

Künftiger Forschung möchte ich eine parallele Studie über Verflechtungen – oder Vernetzungen – in beiden Teilen der Niederlande des 17. Jahrhunderts vorschlagen. Möglicherweise wird uns ein Forscher, der sich mit niederländischer Wirtschaft be-

schäftigt, eines Tages die Frage beantworten können, ob die ökonomische Expansion der vereinigten Provinzen zu dieser Zeit ohne Patronagebeziehungen ausgekommen ist; ob die wirtschaftlichen Verbindungen, wie sie zwischen den Amsterdamer Kaufleuten und ihren Partnern in Übersee bestanden, rein kommerziellen Charakter besaßen, und wie die Patrizier ihre Macht ausübten.

*Victor Morgan*

## Some Types of Patronage, Mainly in Sixteenth- and Seventeenth-Century England

### I

The purpose of this paper is to outline a tentative taxonomy and in the process to review the current state of the literature on the study of patronage and clientage in England in this period<sup>1</sup>. Secondly, it also tries to indicate possible items to be included on an agenda for future research. In the process of pursuing these ends I hope that it will become evident that an approach to the period through the study of this topic may integrate a number of what are, at present, rather fragmented studies in political, religious and cultural history<sup>2</sup>. More generally, the study of patronage provides an opportunity for communication between what over the past twenty years have evolved into rather isolated approaches to the period: the new social-historian lions may yet lay down with the political-history lambs (of both the traditional and the revisionist flocks)

<sup>1</sup> This paper is much indebted to the stimulus received from the writings of a number of anthropologists and political scientists. See in particular, *Michael Banton* (ed.), *The Social Anthropology of Complex Societies* (Association of Social Anthropologists Monographs 4, London 1966); *J. Clyde Mitchell* (ed.), *Social Networks in Urban Situations* (Manchester 1969); *A. Blok*, "Variations in Patronage", in: *Sociologische Gids* 16 (1969) 365-378; *E. G. Bailey* (ed.), *Gifts and Poison: The Politics of Reputation* (Oxford 1971); *Jeremy Boissevain*, *Friends of Friends: Networks, Manipulators and Coalitions* (Oxford 1974); *Ernst Gellner* and *John Waterbury* (eds.), *Patrons and Clients in Mediterranean Societies* (London 1977); *Steffen W. Schmidt*, *Laura Guasti*, *Carl H. Landé* and *James C. Scott* (eds.), *Friends, Followers, and Factions: A Reader in Political Clientelism* (Berkeley, Ca. 1977); *S. N. Eisenstadt* and *Louis Roniger*, "Patron-Client Relations as a Model of Structuring Social Exchange", in: *Comparative Studies in Society and History* 22 (1980) 42-77; *S. N. Eisenstadt* and *René Lemarchand* (eds.), *Political Clientelism, Patronage and Development* (Beverly Hills, Ca. 1981).

<sup>2</sup> Thus far, there has been no overall attempt to integrate the study of the diverse areas of patronage and clientage in Early Modern England. For a discursive introductory bibliography see *Victor Morgan*, "Alcuni generi del patronato, in generale nei secoli seicentesimo e settecentesimo in Inghilterra", in: *Chairon* (forthcoming).

in the pastures provided by the study of patronage<sup>3</sup>. In this paper I wish to pursue these purposes by focusing on two issues: the periodisation of different types of patronage processes, and the associated and crucial issue of the relationship between the centre and periphery of political power.

## II

One of the problems in current discussion of the nature and development of patronage in England is that there is an imprecise use of terminology, and considerable vagueness in the delineation of changes in the characteristics of patron-client relationships. Of course, one reason for this is that of the Weberian trivium – wealth, status and power<sup>4</sup> – it is power that is the most difficult to pinpoint and analyse. It is with

<sup>3</sup> For the debate between the traditional political historians and the “new” social historians see the now classic manifestoes on the one hand, in *G. R. Elton, The Practice of History* (Sydney 1967) and on the other, *Peter Laslett, The World we have lost* (London 1965, and later editions), and *Lawrence Stone, The Crisis of the Aristocracy 1558–1641* (Oxford 1965) and more broadly *Lawrence Stone, “The Revival of Narrative: Reflections on a New Old History”*, in: *Past & Present* 85 (1979) 3–24, reprinted in *Lawrence Stone, The past and the present* (London 1981) 74–96. For the debate over the direction taken by the recent revival of interest in Tudor and more especially, early Stuart parliamentary history see *Conrad Russell, “Parliamentary History in Perspective, 1604–1629”*, in: *History* LXI (1976) 1–27; *Conrad Russell, Parliaments and English Politics 1621–1629* (Oxford 1979); *Kevin Sharpe* (ed.), *Faction and Parliament: Essays on Early Stuart History* (Oxford 1978) – especially the two essays by *Sharpe* in this volume, 1–42, 209–244; *Paul Christianson, “The Causes of the English Revolution: A Reappraisal”*, in: *Journal of British Studies* XV (1976) 40–75; *John K. Gruenfelder, “The Electoral Patronage of Sir Thomas Wentworth, Earl of Strafford, 1614–1640”*, in: *Journal of Modern History* 49 (1977) 557–574; *Paul Christianson, “The Peers, the People and Parliamentary Management in the First Six Months of the Long Parliament”*, op. cit., 617–640; *James E. Farnell, “The Social and Intellectual Basis of London’s Role in the English Civil Wars”*, op. cit., 641–660; *G. R. Elton, “Parliament in the Sixteenth Century: Functions and Fortunes”*, in: *The Historical Journal* 22 (1979) 255–278. There is evidence that the revisionists have not yet carried the day. See *J. H. Hexter, “Power Struggle, Parliament and Liberty in Early Stuart England”*, in: *Journal of Modern History* 50 (1978) 1–50; *Derek Hirst, “Unanimity in the Commons, Aristocratic Intrigues, and the Origins of the English Civil War”*, in: *J. M. H. 50* (1978) 51–71; *Robert Zaller, “The Concept of Opposition in Early Stuart England”*, in: *Albion* 12 (1980) 211–234; *Austin Woolrych, “Court, Country and City Revisited”*, in: *History* 65 (1980) 236–245; *Derek Hirst, “Parliament, Law and War in the 1620s”*, in: *The Historical Journal* 23 (1980) 455–461; *J. H. Hexter, “The Not-So-New-Men”*, in: *New York Review of Books* (18 December 1980) 58–61 – review of *Russell’s Parliaments and English Politics*. For further criticisms of revisionism see *Theodore K. Rabb, “The Role of the Commons”*, *Derek Hirst, “The Place of Principle”*, *Christopher Hill, “Parliament and People in Seventeenth-Century England”*, in: *Past & Present* 92 (August 1981) 55–124. The present author has also criticised the revisionists on both specific points and general assumptions, see *Victor Morgan, “Country, Court and Cambridge University, 1558–1640: a Study in the Evolution of a Political Culture”* (UEA-Norwich Ph. D. 1983) 1–44.

<sup>4</sup> *H. H. Gerth and C. Wright Mills* (eds.), *From Max Weber: Essays in Sociology* (1946; New York 1958) 159–195; *W. G. Runciman, Social Science and Political Theory* (1963; Cambridge 1969) 135–155; *Stanislav Andreski, Max Weber’s insights and errors* (London 1984) 96–98.

power, and its acquisition, distribution and exercise, as embodied in dyadic relationships that we are primarily engaged when we examine patronage and clientage. Contemporaries such as Hobbes well recognised this quicksilver character of the phenomenon with which we are concerned: "For the nature of Power, is in this point, like to Fame, increasing as it proceeds; or like the motion of heavy bodies, which the further they go, make still more haste ... Reputation of power is Power; because it draweth with it the adherence of those that need protection."<sup>5</sup>

A further inhibition on the delineation of different types of dyadic power relationships arises in practice because many historians are still haunted by the ghostly shape of an outmoded periodisation. Essentially, this derives from a preoccupation with wealth, and changes in its generation and allocation, as the basic determinant, or as Merton describes it, the "loose factor", in bringing about changes in social formations<sup>6</sup>. This is in spite of the fact that in their detailed work most historians of Western Europe have long since recognised the utility of a periodisation that acknowledges the existence of a distinct "early modern" era<sup>7</sup>. At the same time, amongst Marxist historians there has been the recurrent debate over the existence and relationship between ancient, asiatic, feudal and capitalist modes of production and of the process of transition from one to the other<sup>8</sup>. There has been particular unease about the extension in both space and time of "feudalism" as an *omnium gatherum*<sup>9</sup>.

Despite this recognition and this unease, in their detailed work even those historians whose own findings undermine the existing schemata continue to perpetuate confusions about patronage deriving from these procrustean formulations. For example, in the past twenty years amongst historians of early modern England perhaps no one historian has been so fertile of hypothesis or productive of substantial – albeit controver-

<sup>5</sup> *Thomas Hobbes, Leviathan*, ed. C. B. Macpherson (1651; Harmondsworth 1968) 150.

<sup>6</sup> *Robert K. Merton, Social Theory and Social Structure* (1949; 3rd edn., New York 1968).

<sup>7</sup> Acknowledged, for example, by the distinguished series initiated by Cambridge University Press and under the general editorship of Professors J. H. Elliott, Olwen Hufton and H. G. Koenigsberger, "Cambridge Studies in Early Modern History".

<sup>8</sup> *Karl Marx, Capital: A Critique of Political Economy* (1867; Harmondsworth 1976) 452 n. 21, 914–6; *David McLellan, Marx's Grundrisse* (2nd. edn., London 1973) 83–85, 125–138; *Karl Marx, Pre-Capitalist Economic Formations*, ed. E. J. Hobsbawm (London 1964) 60–64; *Rodney Hilton* (ed.), *The Transition from Feudalism to Capitalism* (London 1976) – the Dobb-Sweezy debate; *Engene Kamenka and R. S. Neale, Feudalism, Capitalism and Beyond* (London 1975); *Barry Hindness and Paul Hirst, Pre-Capitalist Modes of Production* (London 1975) 260–307; *William H. Shaw, Marx's Theory of History* (London 1978) 138–148; *Paul Q. Hirst, Marxism and Historical Writing* (London 1983) 91–125 – a critique of Anderson; *R. J. Holton, The Transition from Feudalism to Capitalism* (London 1985). For one Marxist historian's view of the impact of the transition from feudalism to capitalism on the state see *V. G. Kiernan, State and Society in Europe 1550–1650* (Oxford 1980).

<sup>9</sup> *Hobsbawm*, in: *Marx, Pre-Capitalist Economic Formations*, 61–3.

sial – interpretations as Professor Lawrence Stone<sup>10</sup>. Nonetheless, Stone continues to display a marked uncertainty in his handling of patronage and the associated problems of periodisation. An instance of this is his discussion of the practice of hospitality. He ascribes to hospitality the symbolic function of making manifest “the exercise of patronage over clients ...”<sup>11</sup> The contemporary complaints about the decline of hospitality in the fifty or sixty years up to 1640 he attributes to “The decline of these late feudal practices” which a little earlier he describes as dating back “at least to the days of Beowulf”<sup>12</sup>. We have here an assumption of remarkable linearity of process, and of an activity – hospitality – as an archaic residuum from a precedent social formation. Again, Stone appears to treat “patronage and ‘good lordship’” as one and the same phenomenon<sup>13</sup>, and to attribute it to the late 15th and early 16th centuries<sup>14</sup>. Elsewhere, he writes of “Aristocratic kinship and clientage lead[ing] to faction and rebellion, such as the Wars of the Roses or the Fronde, ...”<sup>15</sup> Here, one may object to the undifferentiated usage of “faction” to describe both the Wars of the Roses in the 15th century and the very different phenomenon of relatively non-violent politics in Elizabethan and early Stuart England as depicted both by Stone elsewhere in his *œuvre*, and by many other historians<sup>16</sup>. There is here a failure to distinguish between very different forms of action and the equally distinct forms of relationship that underlie those actions. A similar failure to draw distinctions is evident in his allusion to “the more simple semi-tribal, feudal or community organisations of medieval society”<sup>17</sup>, as if these were interchangeable classifications.

In fact, in Stone’s work we are confronted with a paradox. He has often been at pains to refute what he rightly considers to be the fallacy of linearity of development. For example, his massive study, *Crisis of the Aristocracy*, argues that a *temporary* decline in the economic fortunes of the nobility around 1600 was closely followed by a *temporary* decline in its self-confidence and prestige *circa* 1640 followed thereafter by a recovery and reassertion of power in novel forms. In his later study of the family in England he explicitly warns against assuming that there can have been anything as straightforward as a linear development in its evolution<sup>18</sup>. Nonetheless, this is precisely

<sup>10</sup> See in particular, *Lawrence Stone, The Crisis of the Aristocracy 1558–1641* (Oxford 1965); *idem*, “The Educational Revolution in England, 1560–1640”, in: *Past & Present* 28 (1964) 41–80; *idem*, “The Size and Composition of the Oxford Student Body 1580–1909”, in: *The University in Society I: Oxford and Cambridge from the 14th to the Early 19th Century*, ed. *Lawrence Stone* (Princeton, N. J. 1974) 3–110; *idem*, “Social Mobility in England, 1500–1700”, in: *Past & Present* 33 (1966) 16–55; *idem*, *The Family, Sex and Marriage in England 1500–1800* (London 1977); *idem*, “Interpersonal Violence in English Society 1300–1800”, in: *Past & Present* 101 (1983) 22–33.

<sup>11</sup> *Stone, Family, Sex and Marriage*, 125.

<sup>12</sup> *ibid.*

<sup>13</sup> *Stone, Family*, 86.

<sup>14</sup> *Stone, Family*, 89.

<sup>15</sup> *Stone, Family*, 133.

<sup>16</sup> *Stone, Crisis*, 199–270.

<sup>17</sup> *Stone, Family*, 152.

<sup>18</sup> *Stone, Crisis*, 13–15; *idem, Family*, 20–21. See also the argument adopted in his more recent exposition of the long-term trends in violence in England (“Interpersonal Violence”, 30–32).

that he himself assumes in his discussions of power and patronage. A central, although never very clearly focussed premise of Stone's work, and especially of *Crisis and Family, Sex and Marriage*, is that there was a linear decline "first in kinship [and] then in clientage as the central organising principle of political groupings"<sup>19</sup>. It is this which leads him to write of men seeking "the 'best' patron" *circa* 1600 as preparing "the way for the political connexion of the eighteenth century"<sup>20</sup>. One of the main inducements for Stone to adopt this view of a linear process in the political sphere, and his concomitant failure to demarcate a more refined periodisation, is his excessively schematic view of the evolution of the State. This is an important point to which I will return later in the paper. As a result he fails clearly to distinguish between different forms of dyadic relationship, and bundles them all together, hugger-mugger, as "clientage"

It should be emphasised that Professor Stone's work has been taken as an exemplar of the inadequacies of current approaches to the study of patronage in early modern England for two reasons. First, because in most other respects it is characterised by a high quality of innovation, and an unusually explicit commitment to lay bare the premises, presumptions and prejudices on which it is founded<sup>21</sup>. Second, because another virtue of his *œuvre* is that it does at least attempt to address large questions over long periods. One of the main problems in attempting to survey broad changes in the configuration of patronage in early modern England is that the study of patronage does not lend itself to exploration in the *longue durée*; the characteristic mode is to examine in detail a particular county, a specific parliament or group of parliaments, a crucial, but brief period of Court politics, for an individual patron or client<sup>22</sup>. This

<sup>19</sup> Stone, *Family*, 126.

<sup>20</sup> Stone, *Crisis*, 210.

<sup>21</sup> Stone, *Crisis*, 5-7; *idem*, *Family*, 3-41.

<sup>22</sup> There is now a well-established tradition of English local and regional studies, usually focusing upon either counties or families. Directly or indirectly these throw considerable light on the operation of patronage and faction in the localities. See, for example, *Ralph A. Griffiths* (ed.), *Patronage The Crown and the Provinces in Later Medieval England* (Gloucester 1981); *Roger Virgoe*, "William Tallboys and Lord Cromwell: Crime and Politics in Lancastrian England", in: *Bulletin of the John Rylands Library* 55 (1973) 459-482; *M. Cherry*, "The Courtenay Earls of Devon: the Formation and Disintegration of a Late Medieval Aristocratic Affinity", in: *Southern History I* (1979) 71-97; *D. E. Lowe*, "Patronage and Politics: Edward IV, the Wydevills, and the Council of the Prince of Wales, 1471-83", in: *Bulletin of the Board of Celtic Studies* 29 (1981) 545-573; *G. W. Bernard*, "The rise of Sir William Compton, early Tudor Courtier", in: *English Historical Review* XCVI (1981) 754-777; *G. W. Bernard*, *The Power of the Early Tudor Nobility: A Study of the Fourth and Fifth Earls of Shrewsbury* (Brighton 1985); *G. R. Elton*, "Politics and the Pilgrimage of Grace", in: *After the Reformation: Essays in honour of J. H. Hexter*, ed. *Barbara C. Malament* (Manchester 1980) 25-56; *Joyce Youings*, "The South-Western Rebellion of 1549", in: *Southern History I* (1979) 99-122; *E. Ives*, "Court and County Palatine in the Reign of Henry VIII: The Career of William Brereton of Malpas", in: *Transactions of the Historic Society of Lancashire and Cheshire* 123 (1971) 1-38; *M. E. James*, *Change and Continuity in the Tudor North. The Rise of Thomas First Lord Wharton* (University of York, Borthwick Institute of Historical Research, Borthwick Papers no. 27; York 1965); *Ronald H. Fritze*, "The Role of Family and Religion in the Local Politics of Early Elizabethan England: the case of Hampshire in the 1560s", in:

Historical Journal 25 (1982) 267–287; *Ciarn Brady*, “Faction and the origins of the Desmond rebellion of 1579”, in: *Irish Historical Studies* XXII (1981) 289–312; *Alison Wall*, “Faction in Local Politics 1580–1620: Struggles for Supremacy in Wiltshire”, in: *Wiltshire Archaeological Magazine* 72/3 (1980) 119–133; *Alison Wall*, “The Feud and Shakespeare’s ‘Romeo and Juliet’: a Reconsideration”, in: *Sydney Studies in English* 5 (1979–1980) 84–95; *S. P. Salt*, “Sir Thomas Wentworth and the Parliamentary Representation of Yorkshire, 1614–1628”, in: *Northern History* 16 (1980) 130–168; *David F. Mosler*, “The ‘Other Civil War’: Internecine Politics in the Warwickshire County Committees, 1642–1659”, in: *Midland History* 6 (1981) 58–71. The work of two historians in particular is of outstanding importance to an understanding of the political culture of both provincial and central politics, and the links between the two areas. See *Mervyn James*, *Family, Lineage, and Civil Society: a study of society, politics and mentality in the Durham region, 1500–1640* (Oxford 1974); *Mervyn James*, *English Politics and the Concept of Honour 1485–1642* (Past & Present Supplement 3, Oxford 1978); *A. Hassell Smith*, *County and Court: Government and Politics in Norfolk 1558–1603* (Oxford 1974). Much of the recent revival of interest both in political history and in the workings of patronage in England in this period is embedded within biographical studies. See *Arthur Joseph Slavin*, *Politics and Profit: A Study of Sir Ralph Sadler 1507–1547* (Cambridge 1966); *Alan G. R. Smith*, *Servant of the Cecils: the Life of Sir Michael Hicckes 1543–1612* (London 1977); *Kevin Sharpe*, *Sir Robert Cotton 1586–1631: History and Politics in Early Modern England* (Oxford 1979); *Linda Levy Peck*, *Northampton: Patronage and Policy at the Court of James I* (London 1982); *Linda Levy Peck*, “Court Patronage and Government Policy: the Jacobean Dilemma”, in: *Patronage in the Renaissance* ed. *Guy Fitch Lyle and Stephen Orgel* (Princeton, N. J. 1981) 27–46; *Roy E. Schreiber*, *The Political Career of Sir Robert Naunton 1589–1635* (Royal Historical Society Studies in History Series no. 24, London 1981); *Roger Lockyer*, *Buckingham: The Life and Political Career of George Villiers, First Duke of Buckingham 1592–1628* (London 1981).

A further aspect of this revival of interest in political history has been a new emphasis on the Court and on faction in high politics. See *G. R. Elton*, “Tudor Government: the Points of Contact III: The Court”, in: *Transactions of the Royal Historical Society*, 5 ser., 26 (1976) 211–228; *E. W. Ives*, *Faction in Tudor England* (Historical Association Appreciations in History no. 6, London 1979); *David Starkey*, “Representation Through Intimacy: a study in the symbolism of Monarchy and Court office in early modern England”, in: *Symbols and Sentiments: Cross-Cultural Studies in Symbolism*, ed. *Ion Lewis* (London 1977) 187–243; *David Starkey*, “From Feud to Faction: English Politics circa 1450–1550”, in: *History Today* 32 (Nov. 1982) 16–22; *Narashingba Prosad Sil*, “The Rise and Fall of Sir John Gates”, in: *The Historical Journal* 24 (1981) 929–943; *N. P. Sil*, “Sir William Herbert, Earl of Pembroke (c. 1507–70): In Search of a Personality”, in: *Welsh History Review* 11 (1982–3) 92–107; *A. A. Petrosian*, “Deviatidnevnia Pravitel nitsa Anglii”, in: *Voprosy Istorii* 4 (1982) 183–189; *Wallace T. MacCaffrey*, *Queen Elizabeth and the Making of Policy, 1572–1588* (Princeton, N. J. 1981) esp. 431–510; *Simon Adams*, “Faction, Clientage and Party: English Politics 1550–1603”, in: *History Today* 32 (Dec. 1982) 33–39; *Kevin Sharpe* (ed.), *Faction and Parliament: Essays on Early Stuart History* (Oxford 1978); *Kevin Sharpe*, “Faction at the Early Stuart Court”, in: *History Today* 33 (Oct. 1983) 39–46; *Paul Christianson*, “Politics and Parliaments in England, 1604–1629”, in: *Canadian Journal of History* 16 (1981) 107–113; *R. T. Spence*, “The First Sir Richard Graham of Norton Conyers and Netherby, 1583–1653”, in: *Northern History* 16 (1980) 102–129; *John Miller*, “Faction in Later Stuart England”, in: *History Today* 33 (Dec. 1983) 5–11.

Many of the studies that illuminate patronage through the examination of parliaments are enumerated in note 3, above. See also *Stanford E. Lehmberg*, *The Reformation Parliament 1529–1536* (Cambridge 1970); *idem*, *The Later Parliaments of Henry VIII 1536–1547* (Cambridge 1977); *Robert Zaller*, *The Parliament of 1621: A Study in Constitutional Conflict* (Berkeley, Ca. 1971); *Robert E. Ruigh*, *The Parliament of 1624: Politics and Foreign Policy* (Cambridge, Mass. 1971). There is also evident a new interest in the Upper House, a new availability of the informal notes of parliamentary debates, and a new availability of biographical information on members of the Commons. All this material has a potential value for the study of political patronage, although that potential remains to be fully realised.

problem has been exacerbated because of the 'balkanisation' of English history into antagonistic schools of approach. In this process political history, the history of power, has been viewed by both sets of protagonists as opposed to the explicit conceptualisation and the openness to other disciplines that has characterised much of English history since the mid-1960s<sup>23</sup>. We have had a 'new' social history and a 'new' economic history, but as yet we have not been offered a 'new' political history. This has undoubtedly contributed to the difficulty of studying patronage over the long-term. At the same time, the study of patronage is not simply the study of political power and contemporaries well recognised this: "My good lord, advancement in all worlds be obtained by mediation and remembrance of noble friends"<sup>24</sup>: it is also the study of a highly pervasive form of social relationship with ramifications in the areas of religious, cultural and social history. Therefore, it is likely to provide a convenient bridge between two hitherto antagonistic approaches to the study of early modern English history.

The following paragraphs are intended as no more than a preliminary contribution to a process of clarification of terms. In offering a schema for periodisation of forms of patronage the intention is not to impose a prescriptive straightjacket. Rather, the intention is to alert other workers to possible differences and distinctions, and to invite comparisons with other polities.

### III

In its broadest usage the phrase "patronage and clientage" has been employed in a generic sense to describe dyadic relationships in numerous and often diverse types of society<sup>25</sup>. Of course, from the historian's viewpoint the most important thing is to draw the distinctions between the specific forms of this generic category. However, it is worthwhile also noting some general characteristics of the phenomenon. Marc Bloch remarked that "To seek a protector, or to find satisfaction in being one – these things are common to all ages"<sup>26</sup>, and sociologists have identified the operation of patronage processes in many, essentially modern societies<sup>27</sup>. Nonetheless, I would wish to reserve the label "patron-client societies" for those societies where it is the domi-

<sup>23</sup> Typical of the reaction on the part of one of the leading innovators is *Stone's* remark in 1965 that "Political history is different, and easier" (*Crisis*, 3). More recently, Professor Stone has expressed some regret at these divisions (*Laurence Stone, The past and the present* (London 1981) 190). On the other side see *G. R. Elton, Political History: Principles and Practice* (London 1970); *idem, The History of England* (Inaugural Lecture, Cambridge, January, 1984) 11–12, 20. For a different perspective on what political history might be see *Jacques Le Goff, "Is Politics Still the Backbone of History?"* in: *Daedalus: Journal of the American Academy of Arts and Sciences* C, I (1971) 1–19.

<sup>24</sup> British Library, Lansdowne MS. 57, no. 47, fol. 112.

<sup>25</sup> See the studies referred to above, note 1.

<sup>26</sup> *Marc Bloch, Feudal Society*, I: *The Growth of Ties of Independence*, trans. L. A. Manyon (London 1961, 1965 edn.) 147.

nant and pervasive form of social relationship at all levels. This would exclude those societies, such as in Western Europe and North America today, where patron-client relationships continue to exist but are ancillary to, rather than the fundamental form of, social relationship. It would also mean that in England the shift from one generic form of society to another – from patron-client to the mass-meritocratic – would need to be placed quite late; probably somewhere in the first half of the nineteenth century.

It is possible to identify at least three characteristics that are common to all forms of patron-client societies.

The first fundamental characteristic is that patron-client relationships are dyadic: they are personal and direct relationships. This normally involves personal attachments and face-to-face interactions. The totality of such relationships creates social networks<sup>28</sup>. These networks can be extensive, involving perhaps ten thousand individuals at all levels in 16th- to 18th-century England. However, it is evident that the *scale* of the society in which these networks exist, and the ramifications to any particular network, will help to determine the *intensity* of personal attachment and the frequency and specific form of face-to-face interactions.

The second fundamental characteristic is that patron-client relationships are asymmetric<sup>29</sup>. That is, that they return unequal rewards usually in different forms and often at separate times to two individuals who are distinctly and separately placed in the social hierarchy. However, we need to note that 'patron' and 'client' indicate social roles rather than persons. Each may perform other roles, in other contexts, with other people<sup>30</sup>. It therefore assumes a marked degree of social differentiation in the society.

The third fundamental characteristic of patron-client relationships is that they are reciprocal<sup>31</sup>. That is, they are multi-stranded relationships in which A satisfies B and B satisfies A as compared with the predominant modern form in which A satisfies B, and A is satisfied by X. Such forms of relationship are clearly related to questions of scale in any given society. They are also related to the issue of whether there are available alternative institutions and associated mechanisms for the satisfaction of needs. Even when formal institutions, such as the joint-stock companies of early 17th-century England<sup>32</sup>, come into existence they may merely provide a framework within and through

<sup>27</sup> See, for example, some of the studies in *Schmidt, Friends, Followers, and Factions*, and in: *Eisenstadt, Political Clientelism, Patronage and Development*.

<sup>28</sup> *Carl H. Landé, "The Dyadic Basis of Clientelism"*, in: *Schmidt, Friends, Followers and Factions*, XIII; *J. G. Mitchell* (ed.), *Social Networks in Urban Situations: Analyses of Personal Relationships in Central African Towns* (Manchester 1969) 1–76; *Jeremy Boissevain, Friends of Friends: Networks, Manipulators and Coalitions* (Oxford 1974) 24–48.

<sup>29</sup> *A. Blok, "Variations in Patronage"*, in: *Sogologische Gids* 16 (1969) 365.

<sup>30</sup> *Boissevain, Friends*, 28–31.

<sup>31</sup> *Boissevain, Friends*, 25–33.

<sup>32</sup> *William Robert Scott, The Constitution and Finance of English, Scottish and Irish Joint-Stock Companies to 1720* (3 vols., 1912; reprinted, New York 1951); *Theodore K. Rabb, Enterprise & Empire: Merchant and Gentry Investment in the Expansion of England, 1575–1630* (Cambridge, Mass. 1967); *A. P. Newton, The Colonising Activities of the English Puritans: the last phase of the English struggle with Spain* (Yale Historical Publications, Miscellany 1; New Haven, Conn. 1914); *G. A. Metters, "The Rulers and Merchants of King's Lynn in the Early Seventeenth Century"* (UEA-Norwich Ph. D. 1982) 48–60.

which more fundamental institutions such as patron-client relationships, continue to operate<sup>33</sup>

If these are some of the features likely to characterise all types of patron-client societies, what distinctions may be drawn between the various types, and more particularly, what is the phasing and chronology of types in England? From the viewpoint of this paper it is particularly necessary to identify the type of patron-client society that predominated in England during the 16th and the 17th centuries. This may be done both by contrasting it with, and delimiting it from, precedent and subsequent types, and by looking in greater detail at some of its idiosyncratic features. In doing both these things I hope that it will become clear that the type of patronage that prevailed in early modern England was *sui generis*, a type in its own right, and not just the vestigial residue of a past type, or the harbinger of a type yet to come.

#### IV

Early modern English historians have themselves contributed to the failure to draw the necessary distinctions. This they have done by contrasting phenomena in their own period with a vaguely defined precedent "feudalism". In fact, from the viewpoint of an examination of early modern patronage, and at the risk of offending the sensibilities of one's medievalist colleagues, it is possible to distinguish three forms of feudalism in England as specific types of patron-client society.

The first, and perhaps the 'purest' type we may associate with the Anglo-Norman period. Here, patron-client relationships are embodied in the processes of commendation and infeudation. Those who seek protection and economic security commend themselves as clients of a patron. The relationship is firmly established and exclusive, and once established is usually heritable. The corollary of this is the process of infeudation whereby the Crown attaches rights of government to lordship and fief<sup>34</sup>. Two

<sup>33</sup> Beyond the issue of the availability of any particular form of institution is the further question of the availability or otherwise of an alternative conception that can animate and inform the institutional framework. For some discussion of this theme in the context of ideas of the family and of the academic college see *Morgan*, "Country, Court and Cambridge University", 251-254. Neither do I agree with the tendency to the satisfaction of needs in mainly material forms (*A. G. R. Smith*, *The Government of Elizabethan England* (London 1967) 57; *Alan G. R. Smith*, *The Emergence of a Nation State: the commonwealth of England 1529-1660* (London 1984) 122; *Wallace T. MacCaffrey*, "Place and Patronage in Elizabethan Politics", in: *Elizabethan Government and Society: Essays Presented to Sir John Neale*, ed. *S. T. Bindoff, J. Hurstfield and C. H. Williams* (London 1961) 97). This is associated with a perspective looking out from the centre, in which the Crown dispenses patronage to subjects (*Sbarpe*, "Faction at the Early Stuart Court", in: *History Today* 33 (October 1983) 39).

<sup>34</sup> *Marc Bloch*, *Feudal Society* (1940; 2 vols., London 1962); *F. L. Ganshof*, *Feudalism* (1944; 3rd English edition, 1964); e.g., *Joseph R. Strayer*, *Feudalism* (Princeton, N. J. 1965) 122. "Feudalism" has, of course, a number of disputed usages: see the useful review by *Otto Brunner*, "Feudalism: The History of a Concept", reprinted in: *Frederic L. Cheyette* (ed.), *Lordship and Community in Medieval Europe* (New York 1968) 32-61 and the note by *Hilton*, in: *Rodney Hilton* (ed.), *The*

necessary conditions to this type of patron-client relationship are that it was based on the allocation of land, and was intended to provide military services. In this it clearly contrasts with the forms of patron-client relationship that came to prevail in 16th century England, and also France<sup>35</sup>, where the relationship was man-to-man, and the role of any land was only incidental to the relationship. A further characteristic of both this and the succeeding stage was that the satisfaction of needs was direct. The local lord was the first resort and the ultimate patron. Finally, the relationship of the patron and client was densely multi-stranded, with a multiplicity of needs being met through the one relationship, be it the provision of land, of military service, of justice or of physical protection.

By 1300 this form of patron-client relationship was being overlain, and to some degree superseded, by a further type. Usually referred to as 'bastard feudalism', probably it is more accurate to describe it as 'livery and maintenance'. It had its origins in the Crown's need for military service during the 14th century<sup>36</sup> and although it retained the kernel of the notion of commendation, in the increasing complexity of late medieval society this new form of patron-client relations had been shorn of the essential link between land and military service. The route to membership of the landed elite was now no longer simply through military service so much as through trade, administration, the professions, and most notably the law. Ties of tenancy were no longer as important as once they had been. Albeit, once a family had made it into the elite, it began constructing patron-client relationships akin to those of the earlier type of feudalism. By this time these took the form of 'good lordship', which again came to depend almost exclusively on mutual self-interest<sup>37</sup>. *Largesse* was one of the most obvious

Transition from Feudalism to Capitalism (London 1976) 30. I am indebted to my colleague, Dr. Jane Martindale, for discussing with me the subtleties of meaning in "feudalism". I regret that brevity has excluded these subtleties from the preceding remarks!

<sup>35</sup> *Roland Mousnier*, *The Institutions of France under the Absolute Monarchy 1598–1789: Society and the State* (Chicago 1979) 106, 110, et passim.

<sup>36</sup> *N. B. Lewis*, "The Organisation of Indentured Retinues in Fourteenth-Century England", in: *Transactions of the Royal Historical Society* 4 ser. XXVII (1945) 31–34.

<sup>37</sup> The classic description of bastard feudalism is in *K. B. McFarlane's* seminal paper, "Bastard Feudalism", in: *Bulletin of the Institute of Historical Research* XX (1943) 161–180, reprinted in: *K. B. McFarlane*, *England in the Fifteenth Century: Collected Essays* (London 1981). *G. G. Harriss's* introduction to this volume assesses and updates McFarlane on this topic. See also *M. A. Hicks*, "Restraint, Meditation and Private Justice: George, Duke of Clarence as 'Good Lord'", in: *The Journal of Legal History* 4 (1983) 56–71; *Christine Carpenter*, "The Beauchamp affinity: a study of bastard feudalism at work", in: *English Historical Review* XCV (1980) 514–532; *M. Cherry*, "The Courtenay Earls of Devon: The Formation and Disintegration of a Late Medieval Aristocratic Affinity", in: *Southern History* I (1979) 61–97; *R. A. Griffiths*, "Patronage, Politics and the Principality of Wales", in: *British Government and Administration: Studies Presented to S. B. Chrimes*, ed. *H. Hearder* and *H. R. Loyn* (Cardiff 1974) 69–86; *Ralph A. Griffiths* (ed.), *Patronage, The Crown and the Provinces in Later Medieval England* (Gloucester 1981); *William Huse Dunham Jr.*, *Lord Hastings' Indentured Retainers 1461–1483: The Lawfulness of Livery and Retaining under Yorkist and Tudors* (Connecticut Academy of Arts & Sciences, *Transactions* 39, 1955; reprinted, New York 1970); *M. E. James*, *A Tudor Magnate and the Tudor State: Henry Fifth Earl of Northumberland* (University of York, Borthwick Institute of Historical Research; Borthwick Papers no. 30, York 1966).

manifestations of good lordship and surely it is significant that the display of largesse seems to have become more important during the 15th century in England<sup>38</sup>.

From the viewpoint of the lord there was a requirement for a variety of services in addition to military service in order to protect and augment his patrimony. These services included technical skills in estate management, personalised religious service in the household and in the chantry, and above all legal services. Experts in all these fields were retained through the payment of fees, annuities, and the gift of offices. Those who came within the compass of this relationship formed the 'affinity'<sup>39</sup>.

The 'indenture' or contract was the means by which men were retained in this relationship. These appear to have required service for life, and in this respect bastard feudalism may have retained some of the characteristics of its more legitimate predecessor-type. Retaining of this type continued to be tolerated by the Crown well into the reign of Henry VIII as a means of providing military forces when required. Licences to retain continued into Elizabeth's reign, although one here needs to distinguish between the substance and the form of the practice<sup>40</sup>. The wearing of livery had been one way of distinguishing a retinue, and liveries continued to be worn well into the 17th century. The most notable two occasions each year were when the sheriff, accompanied by the leading gentry of each county, greeted the assize circuit judges. However, by then the significance of the wearing of livery was entirely different from what it had been in the 15th century. Indeed, the same men, if assiduous in their attendance, were wearing a different livery each year, supplied by the incumbent sheriff<sup>41</sup>.

<sup>38</sup> Felicity Heal, "The Idea of Hospitality in Early Modern England", in: *Past & Present* 102 (1984) 70.

<sup>39</sup> Carole Rawcliffe, "Baronial Councils in the Later Middle Ages", in: *Patronage, Pedigree and Power in Late Medieval England*, ed. Charles Ross (Gloucester 1979) 87-108; J. H. Baker, "The English Legal Profession, 1450-1550", in: *Lawyers in Early Modern Europe and America*, ed. Wilfrid Prest (London 1981) 16-41; E. W. Ives, "The Common Lawyers in Pre-Reformation England", in: *Transactions of the Royal Historical Society*, 5 ser., 18 (1968) 145-173; *idem*, *The Common Lawyers of Pre-Reformation England - Thomas Kebell: A Case Study* (Cambridge Studies in English Legal History, Cambridge 1983). I am indebted to Ms. Diane Spelman for discussion of her research on attorneys in 15th century Norfolk.

<sup>40</sup> On the question of *pro tempore* or *pro vita* retaining see K. B. McFarlane, *The Nobility of Later Medieval England: The Ford Lectures for 1953 and Related Studies* (Oxford 1973) 102-121. On retaining in the sixteenth century see J. P. Cooper, "Retainers in Tudor England", in: J. P. Cooper, *Land, Men and Beliefs: Studies in Early-Modern History*, ed. G. E. Aylmer and J. S. Morrill (London 1983) 89; A. Cameron, "The Giving of Livery and Retaining in Henry VIII's Reign", in: *Renaissance & Modern Studies* XVIII (1974) 34; G. W. Bernard, "The rise of Sir William Compton, early Tudor courtier", in: *English Historical Review* XCVI (1981) 77; Narashingha Prasad Sil, "The Rise and Fall of Sir John Gates", in: *The Historical Journal* 24 (1981) 934; Joyce Youings, "The South-Western Rebellion of 1549", in: *Southern History* I (1979) 114.

<sup>41</sup> J. S. Cockburn, *A History of English Assizes 1558-1714* (Cambridge 1972) 65, 297, 303-4; Suffolk Record Office, Ipswich, HA 93/733/135 Sheriff's Account at the Assizes. For a rather imaginative and not always well-informed evocation of the reception of the assize judges by the sheriff, see Catherine Drinker Bowen, *The Lion and the Throne: The Life and Times of Sir Edward Coke 1552-1634* (London 1957) 242-3. From the mid-16th century there were numerous attempts to restrict the expenditure by sheriffs on the entertainment and ostentatious display associated with the visits of the judges of assize.

The third type of feudalism was fiscal and financial feudalism. In terms of its effects, and the chronology of its occurrence, it may best be considered to be an aspect of the type of patron-client society that succeeded bastard feudalism, sharing with the preceding types little more than a name. In this stage, feudal rights and incidents were exploited as a means of generating income, and with little or no regard for the reciprocal obligations of which those rights and incidents had once formed part. The effect was therefore the inverse of that which originally had been intended. Loyalty was dissipated and alienation engendered. Considerable attention has been given to the exploitation of its feudal rights by the Crown<sup>42</sup>. In essence, this can be seen as one of a number of ploys to fill the hiatus during the shift from a domain state to a tax state that took place in England between the 1520s and the 1690s<sup>43</sup>. In addition, the exploitation of feudal rights, and the jettisoning of feudal responsibilities by the aristocracy, it has been argued, was one reason for its loss of leadership<sup>44</sup>. Even some peasant communities can be found where the recourse to feudal or manorial incidents appear to have been part of an attempt to stem the encroachment on old rights and the assertion by the lord of new responsibilities<sup>45</sup>.

Fiscal and financial feudalism affected the operation of patronage in two ways. First, as has been suggested, it helped to destroy the older type of patronage operating along the lines of by then archaic feudal networks. Second, it had a positive effect in encouraging the emergence of new forms of patron-client relationship. Some men needed to be protected from the inroads of these new demands, other men could provide them with the protection, and yet others, such as those who sought out wardships or concealed lands or the lawyer with a sharp eye for a manorial right in desuetude in a court roll, were the willing agents and beneficiaries of this new and vigorous enthusiasm. As such, fiscal feudalism was only one aspect in a broader transformation of patron-client relationships that gives a distinct character to the greater part of the 16th and 17th centuries in England. This is intimately linked to what Weber classified a 'patrimonial bureaucracy'<sup>46</sup>, and one may well describe this type of patronage as 'patrimonial patronage'.

<sup>42</sup> *Joel Hurstfield*, "The Revival of Feudalism in Early Tudor England", in: *History*, n.s., XXXVII (1952) 131-145; *idem*, "The Profits of Fiscal Feudalism, 1541-1602", in: *Economic History Review*, 2 ser., VIII (1955) 53-61; *idem*, *The Queen's Wards: Wardship and Marriage under Elizabeth I* (London 1958) XIII-29.

<sup>43</sup> *E. Ladewig Petersen*, "From Domain State to Tax State", in: *The Scandinavian Economic History Review XXXIII* (1975) 116-148, esp. 116-126.

<sup>44</sup> *Stone*, *Crisis*, 13-15, et passim.

<sup>45</sup> This remark is based on an unpublished paper by Mrs. *Barbara Cornford* on farming in the Flegg Hundreds in east Norfolk. See also *Eric Kerridge*, *Agrarian Problems in the Sixteenth Century and After* (London 1969) 95-6, 112-3.

<sup>46</sup> Weber provides a useful series of categorisations, although his postulations on the evolutionary relationship between the various categories need not be accepted (see *Stanislav Andreski*, *Max Weber's insights and errors* (London 1984) 54-5). See also, *Max Weber*, *The Theory of Social and Economic Organisation*, ed. *Talcott Parsons* (New York 1947) 342-358; *idem*, *Economy and Society: An Outline of Interpretative Sociology*, ed. *Grenther Roth* and *Claus Wittich* (3 vols., New York 1968) III, 1006-1109; *Reinhard Bendix*, *Max Weber: An Intellectual Portrait* (1960; Berkeley 1977) 334-369; *Julien Freund*, *The Sociology of Max Weber*, trans. *Mary Iford* (Paris 1966; Harmondsworth 1972) 239-242.

## V

The emergence of patrimonial patronage in early modern England is intimately connected with the transformation in the relationships between the centre and the periphery of political power. In 16th- and 17th-century terms the centre of political power was represented by the Court rather than by the still rather minimal central administration<sup>47</sup>. As we are now coming to realise, the Court itself underwent significant development, especially in the first half of the 16th century, that was at least as important as any revolution in governmental procedures that occurred at the same time. The nature of the political periphery was also transformed during the course of the century.

Both sociologists and historians who see these developments in rather stylised terms as 'state formation' invariably assume that the development of their rather ill-defined 'State' marked a decline in patron-client relationships<sup>48</sup>. We are introduced to "the Moloch of the State"<sup>49</sup> and "the voracious authority of the central government"<sup>50</sup>, together with the supposed consequential depersonalisation of politics<sup>51</sup>. We are told that "The all-pervading influence of the central government was seeping steadily into the remoter areas subsuming local loyalties under allegiance to itself"<sup>52</sup>. Kin, clientage and local community are pictured as declining as the influence of the State increases<sup>53</sup>. As "the expansion of the bureaucratic nation state took on an independent life of its own", there was a "consequent decline of kinship and clientage" for these "movements were linked like a pair of scales"<sup>54</sup>. What these and similar formulations by other historians fail to recognise is three important distinctions.

The first arises from the assumption of a linear decline in patronage, referred to above, rather than acknowledging a series of transformations in the types of patronage. Once this erroneous assumption is made, it is possible, for example, to point to the decline of the independent power and patronage of the Percies and the Dacres in the

<sup>47</sup> For an outline of English administrative structure in this period see *Wallace MacCaffrey*, "Place and Patronage in Elizabethan Politics", in: *Elizabethan Government and Society: Essays Presented to Sir John Neale*, ed. *S. T. Bindoff, J. Hurstfield and C. H. Williams* (London 1961) 95-126; *G. R. Elton*, *The Tudor Constitution* (Cambridge 1960); *A. G. R. Smith*, *The Government of Elizabethan England* (London 1967); *Perry Williams*, *The Tudor Regime* (Oxford 1979) 21-54; *G. E. Aylmer*, *The King's Servants: the Civil Service of Charles I 1625-1642* (London 1961). An important but rather neglected source of information on this topic is the *Guide to the Contents of the Public Record Office* (2 vols., London 1963).

<sup>48</sup> See, for example, *Charles Tilly* (ed.), *The Formation of National States in Western Europe* (Princeton Studies in Political Development 8, Princeton, N. J. 1975); *Perry Anderson*, *Lineages of the Absolutist State* (London 1974).

<sup>49</sup> *Stone*, *Crisis*, 268.

<sup>50</sup> *Stone*, *Crisis*, 239.

<sup>51</sup> *Stone*, *Crisis*, 240. See also 250, 253.

<sup>52</sup> *Stone*, *Crisis*, 264.

<sup>53</sup> *Stone*, *Family*, 123 et seq.

<sup>54</sup> *Stone*, *Family*, 134.

north of England and its replacement by the comparatively more disciplined factotums of the central state as if it marked a significant decline in patronage *per se*. True, the men who came to power in the north in the wake of the decline of these independent magnate families *were* far more dependent on office bestowed from the centre as the source of their authority in the localities. But they were only prepared to undertake the arduous responsibilities of Justice of the Peace, Deputy Lieutenant or member of the Council of the North in return not only for any direct material rewards, but also for the influence and prestige bestowed by the office. One type of patronage and clientage had been replaced by another.

A second distinction needs to be made between the manifest and latent functions of the so-called 'bureaucratic machine'. Clearly, the 'bureaucracy' did have practical tasks to perform. The Clerk of the Crown in Chancery was expected to write out commissions and intermittently to revise the lists in his entry-books. The clerks of the signet were expected to forward warrants to their colleagues across the corridor in the Privy Seal Office, and to dispatch letters missive<sup>55</sup>. The Exchequer of Receipt was expected to receive and desperse revenue. The local gentry appointed as subsidy commissioners were expected to raise some revenue, even if the sum was rarely as large as that with which they were charged. These were the manifest functions of government, and today we would say that their modern equivalent functions were their sole legitimate functions. But in a patrimonial bureaucracy such as that of Tudor and Stuart England, there were also latent functions to be performed.

These latent functions were not only the patronage involved in the bestowal of the office by the Crown<sup>56</sup>, but also the services that the incumbent of an office could provide for others, perhaps even at the cost of his ostensible bureaucratic functions. These favours in administrative procedure were dispensed from the cornucopia of the Crown's activity, but rarely with the direct knowledge of the monarch. Nonetheless, the larger ends of the Crown were met by these means insofar as they created a vested interest in the stability of the existing regime. Most Elizabethan historians appear to admire the efficacy of the system<sup>57</sup>. What they do not appear to have asked, is whether objective changes in the real world which the system purported to administer, together with additional demands on the patronage function of the bureaucracy were, by the end of Elizabeth's reign, making it increasingly difficult to accommodate both manifest and latent functions within the existing structure.

<sup>55</sup> Morgan, "Instruments Under the Signet", in: Morgan, "Country, Court and Cambridge", 700-714. I am indebted to Professor Elton for his comments on this appendix.

<sup>56</sup> MacCaffrey, "Place and Patronage", 104.

<sup>57</sup> Smith, Government of Elizabethan England; *idem*, The Emergence of a Nation State; MacCaffrey, "Place and Patronage", 124. In his more recent writings Professor MacCaffrey appears to be less sanguine about the overall achievements of Elizabethan government (Wallace T. MacCaffrey, Queen Elizabeth and the Making of Policy, 1572-1588, Princeton 1981, 501-509).

The third distinction that needs to be drawn is between aspiration and achievement<sup>58</sup>. It is certainly true that during the 16th century increasingly the government concerned itself with matters that had been the province of local custom or municipal regulation; matters such as apprenticeship and wage-fixing, poor relief and land drainage. But central government also went beyond the supervision of the traditional areas of local government. It expanded its concerns to embrace areas hitherto outside any governmental purview, such as the encouragement of industry and technological innovation<sup>59</sup>. Indeed, as long as we bear in mind that aspiration is not the same thing as achievement, it might not be inappropriate to describe this process as the rise of the interventionist state. One basis for these activities was a multitude of statutory enactments made during the 16th century. The historian and author, William Lambarde, complained that ultimately the whole burden of this 'stack of statutes' came to rest on the shoulders of the local justices of the peace<sup>60</sup>. From this viewpoint, and in the routinised experience of large numbers of individuals, the brief, one-off, law-making activities of Tudor Parliaments served not only to augment the status of that institution; it also enhanced the public apprehension of the executive arm of government on which devolved the enforcement of parliament's legislative activity. As the concerns of central government multiplied, so also developed the opportunities for the extension into this new area of the latent no less than the manifest functions of bureaucracy. Indeed, insofar as a provisional qualitative judgement is as yet possible, there are times, as in the 1590s, when the latent function of providing patronage and encouraging adherence to the regime appears to overwhelm the manifest purposes of executive action on the basis of statutory enactments. Moreover, licences to export grain *non obstante* the statute, granted to and then sold by senior courtiers, or the devolution of responsibility to 'private contractors' to enforce the growing of the statutory acreage of hemp, sometimes appear to have become 'dysfunctional' even in terms of their latent function of encouraging adherence to the regime, alienating far larger numbers than those benefiting from these privileges.

A further basis for the increased activities of central government derived from the broad executive initiatives residing in the prerogative powers of the Crown. Again,

<sup>58</sup> This distinction is at the root of one of the main debates over the intentions of government in this period: see *Joel Hurstfield*, "Was there a Tudor Despotism after all?", in: *Transactions of the Royal Historical Society*, 5 ser., 17 (1967) 83-108; *G. R. Elton*, "The Rule of Law in Sixteenth-Century England", in: *Tudor Men and Institutions: Studies in English Law and Government*, ed. *Arthur J. Slavin* (Baton Rouge, La. 1972) 265-294.

<sup>59</sup> See, for example, *S. T. Bindoff*, "The Making of the Statute of Artificers", in: *Elizabethan Government and Society: Essays Presented to Sir John Neale*, ed. *S. T. Bindoff, J. Hurstfield and C. H. Williams* (London 1961) 56-94; *John Pound*, *Poverty and Vagrancy in Tudor England* (London 1971); 23 Henry VIII, c.5 "Concerning Commissions of Sewers"; *Joan Thirsk*, *Economic Policy and Projects: The Development of a Consumer Society in Early Modern England* (Oxford 1978); *Perry Williams*, *The Tudor Regime* (Oxford 1979) 139-310; *Victor Morgan*, "The Cartographic Image of 'the Country' in Early Modern England", in: *Transactions of the Royal Historical Society*, 5 ser., 29 (1979) 129-154.

<sup>60</sup> *William Lambarde*, *Eirenarcha: or of The Office of the Justice of Peace ...* (London 1579; 1581 ed. cit.) "Proheme", 190 et seq., sigs. L1-[L1viii].

there has been an inclination to view the exercise of these initiatives as arising *de novo* at the heart of government. However, there is considerable evidence that at least until the 1620s the prerogative, working through the seals, provided a flexible and readily available instrument for the achievement of private ends. Indeed, the prerogative was far more accessible than the infrequent and brief meetings of Parliament. We may begin to doubt the origins of much executive action when we encounter a politicking academic drafting a signet letter in favour of one of his faction, ready for the confirmatory signature of the King<sup>61</sup>.

Both these areas of enhanced executive activity increased the occasions when the centre impinged upon the periphery, *and* the occasions on which those on the political periphery, in the counties, spontaneously resorted to the centre in pursuit of the satisfaction of their particular, local ends. As men sought to manipulate the newly available latent functions of government there was a massive increase in the volume of patronage, and a transformation in the mechanisms through which it was exercised.

There are two key features to the centralisation of patronage during the 16th century. One is the enhanced role of the royal Court as the ultimate focus of all patronage, and the new demands made on the Prince at the centre of this web. This enhancement was both reflected and encouraged by the developments in the organisational structure of the Court. This is most evident in the changing physical layout and the organisation of personnel to service the needs of the monarch. During the reigns of the first two Tudors old palaces were converted and new palaces were built in order to regulate access to the fount of executive action in the person of the King. First, there was a retreat from the rough-and-tumble of the communal space of the Hall, under the aegis of the Lord Steward, to the more carefully regulated space of the Presence Chamber, presided over by the Lord Chamberlain. The King then further retreated to the Privy Chamber and Bedchamber, to which access was even more strictly restricted. This restriction inevitably enhanced the importance of those about the King, and offices such as that of Groom of the Stool originating in body-service to the monarch acquired a new and political significance, both within the palace, and abroad in the countryside when Gentlemen of the Privy Chamber issued forth as the personal representatives of the Crown<sup>62</sup>. From the standpoint of an examination of types of patronage the crucial point to note is the emergence of the role of mediator or broker<sup>63</sup>.

<sup>61</sup> *Victor Morgan*, "Whose Prerogative in Sixteenth and Early Seventeenth Century England?", in: *Custom, Courts and Counsel: Selected Papers of the 6th British Legal History Conference Norwich 1983*, ed. *Albert Kiralfy, Michele Slatter and Roger Virgoe* (London 1985) 39–64.

<sup>62</sup> *G. R. Elton*, "Tudor Government: The Points of Contact III: The Court", in: *Transactions of the Royal Historical Society*, 5 ser., 26 (1976) 211–228; *David Starkey*, "Representation Through Intimacy: a study in the symbolism of monarchy and court office in early modern England", in: *Symbols and Sentiments: Cross-Cultural Studies in Symbolism*, ed. *Ion Lewis* (London 1977) 187–224; *Hugh Murray Baillie*, "Etiquette and the Planning of the Apartments in Baroque Palaces", in: *Archaeologia CI* (1967) 169–199; *Victor Morgan*, "The 'Country' and the Court, 1500–1640" an as yet unpublished paper delivered to the Annual Conference of Anglo-American Historians, London, July 1983.

<sup>63</sup> *Jeremy Boissevain*, *Friends of Friends: Networks, Manipulators and Coalitions* (Oxford 1974) 147–169.

A defining characteristic of patrimonial patronage that was absent in any significant degree from the preceding, feudal, types is the existence of brokerage. The evolution of the royal palace, the elaboration of the ritual surrounding the monarch, and the formalisation of body-service all contributed to the brokerage role of courtiers both within the Court, and between the Court and those with needs to be satisfied from outside its confines. If we turn from the Court to the countryside we again see the emergence of the role of brokers in that context. In both the feudal and the bastard-feudal types of patronage the peasant, husbandman, yeoman or small gentleman needed only to look to the household of a dominant great magnate for the satisfaction of his needs. Increasingly during the 16th century this ceased to be the case, although in some areas the demise of the influential magnatial household was a protracted business, and it was probably not until the 1570s that the process was concluded. Nor was it only in the so-called 'highland zone', or in the old marcher lordships towards Wales and Scotland that the process was long drawn-out<sup>64</sup>. East Anglia was one of the most densely populated, agriculturally productive and industrially advanced areas of the country yet until his execution in 1572 the Duke of Norfolk could claim that "I count myself, by your Majesties favour, as good a Prince at home in my bowling-alley at Norwich, as she [Mary Queen of Scots] is though she were in the midst of Scotland"<sup>65</sup>. Even in the changed circumstances of late Tudor government the Duke retained a belief that he should be deferred to in all matters that affected his 'liberty'. On one occasion he informed Cecil that "I would have been sorry that my country men should have had cause to have judged any matter concerning the Queens Majesty's service in Norfolk or Suffolk should have been committed of first to others than to me"<sup>66</sup>. However, following the death of the Duke the government of Norfolk devolved upon the shoulders of the resident local gentry, and their various factions entered into direct relationship with courtly patrons who mediated their suits to the Crown<sup>67</sup>. By way of contrast with the Duke of Norfolk, more 'modern' great courtiers and territorial magnates such as the Earl of Leicester in Warwickshire, or the Earl of Huntingdon in Leicestershire, owed their local pre-eminence as much to the offices they held from the

<sup>64</sup> See *M. E. James*, *Change and Continuity in the Tudor North: the Rise of Thomas First Lord Wharton* (University of York, Borthwick Institute of Historical Research; Borthwick Papers no. 27, York 1965); *idem*, *A Tudor Magnate and the Tudor State: Henry Fifth Earl of Northumberland* (University of York, Borthwick Institute of Historical Research; Borthwick Papers no. 30, York 1966); *idem*, "The First Earl of Cumberland (1493-1542) and the Decline of Northern Feudalism", in: *Northern History I* (1966) 43-69; *S. R. Watts* with *Susan J. Watts*, *From Border to Middle Shire Northumberland 1586-1625* (Leicester 1975).

<sup>65</sup> *William Murdin* (ed.), *A Collection of State Papers Relating to Affairs in the Reign of Queen Elizabeth, ...* (2 vols.; London 1759) I, 180.

<sup>66</sup> Public Record Office, SP 15/13/52.

<sup>67</sup> *A. Hassell Smith*, *Country and Court: Government and Politics in Norfolk, 1558-1603* (Oxford 1974).

Crown and the patronage that this provided, as they did to the influence that accrued to them directly as substantial local landowners<sup>68</sup>.

A further source of difficulty that has tended to cloud discussion of patronage in the local context in late Tudor and early Stuart England has been the rather naïf assumptions made about the nature of the county community<sup>69</sup>. Most historians are prepared to admit that such a thing existed, and that contemporary gentlemen were conscious of belonging to it. However, both the protagonists for, and the critics, of the importance of this concept have laboured under the burden of three fallacies. These fallacies are similar to, and connected with, the failure to draw sufficient distinctions between types of patronage, such as is proposed in this paper. It is necessary to say something of these fallacies in order to provide a context for further remarks on brokerage at the local level<sup>70</sup>.

The first fallacy is the notion of 'the country' as in various ways an archaic residue of outmoded loyalties and affiliations. This is akin to the idea that patronage and clientage was subject to a long, linear process of decline. Rather, I would suggest, both 'the country' and patronage underwent fundamental changes of type during the 16th century. One of the difficulties with the word 'country' is that it had a wide range of reference for contemporaries. However, detailed analysis of a broad sample of usages indicates a shift of emphasis during the 16th century. One meaning that goes into decline is its application to the vaguely bounded territory or territories of great landed magnates and patrons. By contrast, it is used increasingly to refer to the politico-administrative structure provided by county government through the quarter-sessional and assize system, and to the broad social range of participants in that system. At the local level there was a shift in the focus of political activity from the hall of the great magnate to the county shirehouse and grand jury chamber. This was not a residual forum of political action but a new arena in which new forms of patronage relationship had to be evolved.

The second fallacy is that of the consensus community. This idea can be traced back to Professor Alan Everitt's path-breaking book, *The Community of Kent and the Great Rebellion*, published in 1966. In this book Everitt clearly identified the idea of 'the country' with *one* of its 16th–17th century usages when, as I would agree, it was often applied to county government and society. He then went on to draw a picture of the peaceful brotherhood of the Kentish gentry as the basis for their identity as a county

<sup>68</sup> *Claire Cross*, *The Puritan Earl: The Life of Henry Hastings Third Earl of Huntingdon 1536–1595* (London 1966) 115 et seq.; *Wallace T. MacCaffrey*, *Queen Elizabeth and the Making of Policy, 1572–1588* (Princeton, N. J. 1981) 440–448.

<sup>69</sup> For some views on the county community see the useful collection of essays edited by *E. W. Ives* (ed.), *The English Revolution 1600–1660* (London 1968); *Perez Zagorin*, *The Court and the Country: the Beginning of the English Revolution* (New York 1970); *Clive Holmes*, "The County Community in Stuart Historiography", in: *Journal of British Studies* XIX (1980) 54–73.

<sup>70</sup> A fuller exposition is contained in the as yet unpublished paper to which reference is made in note 61 above. The present author is engaged in a substantial long-term study of the idea of "the country" in England.

community. Now, on the contrary, I would argue that it was conflict rather than consensus that reinforced this sense of county identity.

A multitude of studies can leave no doubt that factional disputes were a perennial characteristic of provincial society. Although faction was deprecated<sup>71</sup>, and increasingly so as it came to be seen as a manifestation of worthlessness and vain self-glory<sup>72</sup>, it was almost universally present<sup>73</sup>. Prestige, power and wealth were the prizes sought within the arena provided by county government. For example, unprecedented grants of knighthood at the start of James' reign seriously disrupted the local orders of precedence on occasions such as the meetings of Quarter Sessions and Assizes and a herald regretted the sight of "all the parts of this kingdom almost in flames of fiery quarrels, only for going before, and no man more contentious for it than such as were wont to go behind"<sup>74</sup>. These rivalries generated enormous strength of feeling. During a dispute in Wiltshire in the 1590s, when Thomas Thynne was thwarted by one of his rivals in the purchase of a reversion of a manor, he was "assaulted with extreme grief inasmuch as he shed tears abundantly"<sup>75</sup>. (Some interesting psychological speculations are possible on the basis of the characteristic forms of personal insult that were bandied about in most such disputes.) It was the experience of factional rivalry as much as Machiavellian precepts that provided an education in instrumentalist politics: "Dissemble with everybody but be not seen to dissemble; win the services of many unto you, it is no matter for their hearts ... whatsoever your adversary say oppose it how true soever it be, because he said it. You must be as careful to break his faction as to strengthen your own ... With the head of the contrary faction neither have friendship nor seem to have enmity."<sup>76</sup>

There is a great temptation to see faction as omnipresent in both court and country from the 15th to the 18th centuries. However, here again it is possible to make some distinctions and to associate different types of faction with different types of patronage.

The first type of faction looked no further for patronage than the household of the local great magnate. In this feudal and bastard-feudal form the local protagonists did not need to seek influence at Court. This type of faction appears to have taken two subsidiary forms. In the first of these, local faction was essentially an expression

<sup>71</sup> *Mervyn James*, *English Politics and the Concept of Honour 1485-1642* (Past & Present Supplement 3; Oxford 1978) 75; *S. P. Salt*, "Sir Thomas Wentworth and the Parliamentary Representation of Yorkshire, 1614-1628", in: *Northern History* 16 (1980) 155.

<sup>72</sup> *James*, *Honour*, 88.

<sup>73</sup> Recent studies have tended to concentrate on faction at Court. See, for example, *Simon Adams*, "Faction, Clientage and Party: English Politics, 1550-1603", in: *History Today* 32 (December 1982) 33-39. In general see *E. W. Ives*, *Faction in Tudor England* (Historical Association Appreciations in History no. 6, London 1979).

<sup>74</sup> Bodleian Library, MS. Wood F. 21 fol. 22.

<sup>75</sup> Quoted in *Alison Wall*, "Faction in Local Politics 1580-1620: Struggles for Supremacy in Wiltshire", in: *Wiltshire Archaeological Magazine* 72/3 (1980) 125.

<sup>76</sup> British Library, Additional MS. 34599 fol. 8.

through their affinities of rivalries between great magnates. In the second, competition between groups was for primacy within an affinity<sup>77</sup>.

The second form of faction we may describe as “gentry faction”. Normally, in the counties in which this occurred, there was no one, dominant, magnate, although even where there was, the second and essential characteristic of this form of faction was still invariably present. This second characteristic was the way in which the new obligations for multifarious governmental activity imposed in the local governors – primarily in their capacity as J.P.s – provided instruments for the pursuit of factional rivalries. Lord Keeper Bacon well recognised this, complaining that many sought to become J.P.s “more to serve the private affection of themselves and friends as in overthrowing an enemy or maintaining a friend, servant or tenant, than to maintain the common good of their country, respecting more the persons than the matters”<sup>78</sup>.

The main instruments – and sometimes the prizes in their own right – with which these factional rivalries were conducted were local offices, the means to which required resort to patronage at Court. Even when a specific office was not being pursued, it remained important for the county gentry to be kept informed of the changing constellation of factions at Court. Substantial Elizabethan county families such as the Gawdys and the Knyvetts in Norfolk in effect maintained family agents in London, part of whose job it was to hang around the Court and to relay the tittle-tattle of the day. Those with fewer resources relied upon the burgeoning trade of the semi-professional newsletter writers<sup>79</sup>. This, incidentally, helps to dispose of the third fallacy about the country: that it was isolated. The effective pursuit of local ends through knowledge of, and access to, power at the centre ensured that it was not.

In this context the importance of brokerage as an essential characteristic of this type of patronage again becomes evident. It was from within the constellation of Court factions that provincial clients sought their patrons. The process of gaining access to Court influence itself ramified, and an expanding circle of ‘private secretaries’ became in effect ‘professional’ brokers. Michael Hicckes, secretary to the Cecils, was only the

<sup>77</sup> The evidence for the conflict between the local protagonists of rival great magnates is well-known. Because of the paucity of suitable sources for the 15th century there is less direct evidence of rivalries *within* affinities. However, there are some tantalising indications of its occurrence in the Paston correspondence. See *Norman Davis* (ed.), *Paston Letters and Papers of the Fifteenth Century* (Oxford 1971) I, 72–3 (no. 46), 529–531 (no. 324); Public Record Office, C1/18/192 (1451). John Thurston sought office with the Duke of Norfolk because he had quarrelled with his parishioners, and hoped for the Duke’s support. I am indebted to my colleague, Dr. Roger Virgoe, for these references and discussion of this point.

<sup>78</sup> Folger Shakespeare Library, MS. V.a. 143, pp. 69–70. Bacon also had some radical answers to this problem, but they were never implemented. If they had been there would have been regular inquisitorial visitations of the local governors.

<sup>79</sup> *I. H. Jeayes* (ed.), *Letters of Philip Gawdy 1579–1616* (Roxburghe Club, London 1906); Norfolk Record Office, Knyvett-Wilson collection, passim; *F. J. Levy*, “How Information Spread Among the Gentry, 1550–1640”, in: *Journal of British Studies* XXI (1982) 11–34.

most notable, and possibly the best documented, of those who occupied this type of role<sup>80</sup>.

At present, we are in great need of studies that examine the relationship between county faction on the one hand and Court faction on the other. Tentatively one may suggest that the nature of this relationship was one of the features that distinguished patrimonial patronage from the two major types of feudal patronage. In the latter there was a formalised and exclusive relationship between patron and client. In the former the relationship was more nebulous and more subject to shifts. To borrow the terminology of the economists, feudal patronage represented a command economy, and patrimonial patronage a market economy in the exercise of influence. One reason for this was the diversification and formalisation of the institutional structure of power at the political centre during the 16th century.

Both the royal Household and the Council represented overlapping but never entirely coincident circles of power. During the increasingly brief occasions when it was in session, Parliament provided a third centre of power in which local factions no less than Household or Council factions could pursue their ends. Perhaps the dangers inherent in this system of relationships between central and local factions became most evident when one factional leader came to dominate in *either* the Household or the Council, and then to make the other main institution of central power subject to their control. Essex's attempts and Buckingham's considerable success in making the Council subservient to the Household have attracted considerable attention<sup>81</sup>. But there was always the possibility that the Council might domineer over the Household. Robert Cecil's default victory in his confrontation with Essex in the 1590s indicates one possible line of development. Certainly the recurrent clash of interests between Favourite and Secretary provides a *leitmotif* for the structure of power and patronage at the heart of government in this period. The danger to the survival of the system was that local factions would become locked into a one-to-one relationship with a dominant central faction, and all other local factions would be excluded from influence and access to local office and rewards. The alternative danger was that all local factions would become dependent on a monopolistic source of patronage at the centre. In the first instance there was a danger of alienation from the regime in the localities. In the second the danger was that it was no longer the monarch but a 'mayor of the palace' who had effective control of patronage. One of the inherent strengths of the English system of

<sup>80</sup> Alan G. R. Smith, *Servant of the Cecils: The Life of Sir Michael Hikes, 1543-1612* (London 1977) 51-80, esp. 56; *idem*, "The secretariats of the Cecils, circa 1580-1612", in: *English Historical Review* LXXXIII (1968) 481-504; Richard C. Barnett, *Place, Profit and Power: A Study of the Servants of William Cecil, Elizabethan Statesman* (The James Sprunt Studies in History and Political Science 51, Chapel Hill, N.C. 1969).

<sup>81</sup> Joel Hurstfield, "The Succession Struggle in Late Elizabethan England", in: *Elizabethan Government and Society: Essays Presented to Sir John Neale*, ed. S. T. Bindoff, J. Hurstfield, C. H. Williams (London 1961) 389-391; Roger Lockyer, *Buckingham: The Life and Political Career of George Villiers, First Duke of Buckingham 1592-1628* (London 1981); Derek Hirst, "The Privy Council and Problems of Enforcement in the 1620s", in: *Journal of British Studies* XVIII (1978) 55, 59.

power at the centre as it evolved during the 16th century was that the sources of influence were so diverse, and the opportunities to monopolise them were limited. It was a measure of the astuteness of the Duke of Buckingham that in the fearful expectation of others, if not altogether in reality, he came close to becoming the fount from which flowed all largesse. Finally, the extent to which these inherent dangers in the overall system came close to realisation must depend on an understanding of a crucial role in the structure of power at the centre about which we still know all too little. Given the approach to issues of patronage and power adumbrated here, the personality, experience, ability, and daily working habits of the monarch become a subject of renewed importance<sup>82</sup>.

In the introductory remarks to this paper it was asserted that any examination of patronage needed to distinguish between the actor and the role he filled in any specific situation. The validity of this assertion should become evident if we examine the roles played by the local gentry within a system of patrimonial patronage. In their relationship to the court they were clients. In their relationship with socially inferior members of the county community they were either direct patrons or – and this increasingly – they were brokers between their local clients and central authority.

A number of social transformations facilitated and encouraged the development of this role. One was the proliferation of the gentry. Camden remarked on the most obvious sign of this process in the 1570s: “For now there began more Noblemens and private Mens Houses to be built here and there through England; and those neat, large and sumptuous Edifices, than in any other Age before ...”<sup>83</sup> Such buildings and their occupants were as evident to lesser members of the village or parish as they were to Camden. That the increased importance of the gentry-dominated small community has not been recognised by historians who have chosen to study “squireless” villages probably tells us more about those historians’ presuppositions as to the nature of ‘peasant’ society, than it does about the range of types of small community in Elizabethan and early Stuart England<sup>84</sup>. By means of this proliferation throughout the countryside both greater and lesser gentry were brought into more direct contact with what are at present rather ill-defined “neighbourhoods” which looked to them for patronage, and the brokerage of local needs through the central authority. For example, when the inhabitants of Kings Lynn, in Norfolk, sought to have a particular clergyman and local-lad-made-good presented to a living, they petitioned a neighbouring gentleman, Na-

<sup>82</sup> This has been reflected in a recent renewal of interest in the serious scholarly study of individual monarchs in this period. See *Carolly Erikson*, *The First Elizabeth* (London 1983); *Jenny Wortham*, “James VI and I: Two Kings or One?”, in: *History* 68 (1983) 187–209; *Charles Carlton*, *Charles I: The Personal Monarch* (London 1983).

<sup>83</sup> *William Camden*, *The History or Annals of England, During the whole Life and Reign of Elizabeth ...*, in: *A Complete History of England: ...*, ed. *White Kennett*, II, 452a.

<sup>84</sup> *A. Hassell Smith*, “A Squire and his Community: The Stiffkey Project”, in: *Bulletin of Local History: East Midlands Region XVI* (1981) 13–19; *idem*, *Analysis of a North Norfolk Coastal Community 1560–1630: Stiffkey, Morston and Langham* (Social Science Research Council Project Grant Final Report, 1981). I am indebted to my colleague, Dr. Hassell Smith, and to the student members of our post-graduate seminar in English Local and Regional History, for stimulating discussions of this subject.

thaniel Bacon, to use his contacts at Court to have their candidate presented through an exercise of the ecclesiastical patronage of the Lord Keeper<sup>85</sup>. In contexts such as these, resident gentlemen served as mediators between what the anthropologist, Robert Redfield, has designated the Great and the Little communities<sup>86</sup>.

A further social transformation that multiplied the opportunities for the exercise of the role of broker took place within the "little community". Put summarily, and therefore far too crudely, it can be said that economic and market forces facilitated the diversification of an hitherto relatively undifferentiated peasantry into landless labourers on the one hand, and on the other a prosperous group of yeoman farmers. This process of segregation within the small community was reinforced by two further developments. One was the percolation of 'godly' religion into the parishes, which seems to have reinforced both the authority and the assertiveness of those who adhered to it. The other was the way in which the same leading inhabitants of the parish or village were also the ultimate beneficiaries of the newly created power which devolved on them as an outcome of Tudor legislation and in their capacities as churchwardens, overseers of the poor, parish and hundred constables, petty jurors and the like. Just as at the county level the gentry were able to manipulate their new accession of responsibilities for their own factional purposes, so at the level of the small community these 'kulaks' were able to use the same devolved responsibilities to reinforce their own authority. So, in one Wiltshire parish in 1596 we find the "chief inhabitants" drawing up regulations intended to govern the conduct of parochial affairs. A number of provisions effectively established these same "chief inhabitants" as arbiters of parochial disputes, and, moreover, they attempted to restrict to themselves the right of determining who should and who should not have access to the local justices<sup>87</sup>. Not unexpectedly, the development of these brokerage roles within the small community had a number of advantages from the viewpoint of the gentry. In the first place it had a certain practical convenience in establishing a familiar row of faces that were likely to turn up at petty sessions and Quarter Sessions. It provided points of contact amongst his social inferiors within a gentleman's neighbourhood. It also provided him with a parochial clientage, obligated to him as a patron through a facilitation of their role as petty-brokers. However, the emergence of an articulate 'village elite', and the development of their reciprocal relationship with the neighbourhood gentry was also one of the factors

<sup>85</sup> A. Hassell Smith and Gillian M. Baker (eds.), *The Papers of Nathaniel Bacon of Stiffkey, II, 1578-1585* (Norwich 1983) 4, 319. For the ecclesiastical patronage of the Lord Keeper see *Rosemary O'Day*, "The Ecclesiastical Patronage of the Lord Keeper, 1558-1642", in: *Transactions of the Royal Historical Society*, 5 ser., 23 (1973) 89-109.

<sup>86</sup> Robert Redfield, "The Social Organisation of Tradition", in his: *The Little Community and the Peasant Society and Culture* (1956; Chicago 1960).

<sup>87</sup> The conclusions of a number of recent studies of small communities are conveniently summarised in *Keith Wrightson*, *English Society 1580-1680* (London 1982). However, see the caveat as to the correlation of social rank with "godliness" in: *Patrick Collinson*, *The Religion of Protestants: The Church in English Society 1559-1625* (Oxford 1982) 238-241; *Huntington Library, MS. Ellesmere MS. EL. 6195*.

that contributed to a transformation in the character of gentry faction at the county level and concomitant constraints on the exercise of gentry patronage.

By the 1580s the spread of "godliness" at both the parochial and the county level had introduced a new, ideological, element into factional alignments, in the provinces no less than at Court. At the same time the work of my colleague, Dr. Hassell Smith, suggests that on issues such as militia rates, that had ramifications at the parochial in addition to the county level, there was some development of grass-roots consciousness of the constitutional principles that underlay these specific issues<sup>88</sup>.

The diversity of the types of county societies, and the perennial variety and quirkiness of the personalities that arose within them make it wrong to suggest any too rigid chronological division between types of gentry faction. Nonetheless, it is perhaps possible to discern a type that was primarily concerned with the clash of personalities and family interests, and a further type that in some degree superseded the former. This latter phase necessarily involved the exploitation of all the tools of faction made available through patronage. At the same time, to some extent it must have detracted from the importance of patronage as the prime means of articulating the political system at the local level. The county gentry were required not only to satisfy the needs of their parochial clients, they were also constrained by the need to appeal to a yet wider, increasingly articulate, literate, and ideologically alerted constituency<sup>89</sup>. Hence the appeal, either in election campaigns proper, or at meetings of Quarter Sessions or Assizes to the wonderfully evocative and yet conveniently vague idea of 'the good of the country'<sup>90</sup>.

## VI

As it was possible to isolate two main types of feudal patronage, it is also possible to detect two broadly distinct phases in the evolution of patrimonial patronage in England. From the 1680s the structure of power that had existed up to 1640, and that in 1660, in its essentials, had been reinstated for a further twenty years, was subjected to significant changes. Consequentially, the networks of patronage were also modified.

The establishment of regular, annual meetings of Parliament reshaped the balance between the institutions of power at the centre. The ability to 'manage' Parliament established a new type of 'first minister' to the Crown. In the process it broke the old conflict between secretaries and favourites. The configuration of power at the centre was also modified by the successful establishment of financial institutions initially de-

<sup>88</sup> *A. Hassell Smith*, "Militia Rates and Militia Statutes 1558-1663", in: *The English Commonwealth 1547-1640: Essays in Politics and Society Presented to Joel Hurstfield*, ed. *Peter Clark, Alan G. R. Smith and Nicholas Tyacke* (Leicester 1979) 93-110.

<sup>89</sup> *David Cressy*, *Literacy and the Social Order: Reading and Writing in Tudor and Stuart England* (Cambridge 1980); *Derek Hirst*, *The Representative of the People?: Voters and Voting in England under the Early Stuarts* (Cambridge 1975).

<sup>90</sup> *Morgan*, "Cambridge University and 'the Country'", 241-2.

signed to service an economy geared to sustained Continental warfare. This confirmed the influence of a financial interest that habitually articulated their needs as an influential element in the Whig establishment<sup>91</sup>.

The concomitant expansion of government offices provided new influence for the dispensers of patronage. At the same time the increasingly technical character of administration in certain key areas such as the Navy and the Ordnance Office<sup>92</sup> encouraged the development of a professional ethos that was independent of faction or party. The emergence of the professions and of skilled artisan-craftsmen<sup>93</sup> further encouraged the development of a market sector for services and goods that was at least partly outside the traditional boundaries of political patronage.

The ideological stimulus to the establishment of party during the Exclusion Crisis permanently modified politics not only at the centre, but also in the localities, directly linking groups at the centre with those in the constituencies<sup>94</sup>. In the counties changes in the economic fortunes of the gentry, combined with changes in the practices of local administration<sup>95</sup>. The outcome of this was the concentration of significant local political power, and therefore patronage, in the hand of a much smaller group of substantial gentry, some of whom combined this role with that of parliamentary politicians. This served to reduce the hitherto broad range of gentry with a useful local role to play as brokers, through their direct connections with the centre of power.

The preceding outline taxonomy of types of patronage in England, mainly in the 16th and 17th centuries, is not proposed in any prescriptive manner. Rather, it is offered as a stimulus to discussion, and as a means of inviting comparison with other polities.

<sup>91</sup> See *J. R. Jones*, *Country and Court: England 1658–1714* (London 1978); *B. W. Hill*, *The Growth of Parliamentary Parties* (London 1976); *P. G. M. Dickson*, *The Financial Revolution in England: A Study in the Development of Public Credit 1688–1756* (London 1967); *Geoffrey Holmes*, *British Politics in the Age of Anne* (London 1967). These developments are summarised in *Morgan*, "Approaches", 148–155.

<sup>92</sup> *Howard Tomlinson*, "Financial and Administrative Developments in England, 1660–88", in: *The Restored Monarchy 1660–1688*, ed. *J. R. Jones* (London 1979) 94–117; *idem*, *Guns and Government: The Ordnance Office Under the Later Stuarts* (London 1979).

<sup>93</sup> *Geoffrey Holmes*, *Augustan England: Professions, State and Society, 1680–1730* (London 1982); *Alan Everitt*, *Change in the Provinces: the Seventeenth Century* (Leicester University, Department of English Local History, Occasional Papers, Second Series, no. 1; Leicester 1972); *idem*, "Country, County and Town: Patterns of Regional Evolution in England", in: *Transactions of the Royal Historical Society*, 5 ser., 29 (1979) 79–108.

<sup>94</sup> *J. R. Jones*, *The First Whigs: The Politics of the Exclusion Crisis 1678–1683* (London 1961); *B. W. Hill*, *The Growth of Parliamentary Parties 1689–1742* (London 1976).

<sup>95</sup> *Morgan*, "Approaches", 151–2.

*Wim Blockmans*

## Patronage, Brokerage and Corruption as Symptoms of Incipient State Formation in the Burgundian-Habsburg Netherlands

When duke Charles the Bold died on the battlefield near Nancy on the 5th of January 1477, he left his territories in a deep crisis. His sole heir, Mary "the Rich", was unexperienced and unmarried, the Burgundian armies had suffered three terrible defeats within nine months, and his subjects had been brought under severe pressure of taxation to support the wars of their prince. Even before any popular revolt came up, the Estates general, assembled in Ghent, presented long lists of grievances. This procedure was absolutely normal in the case of a succession. But this time, the range of the problems raised to the government was extraordinarily wide and their tenor radical. Facing French invasions in Burgundy, Picardy, Artois, the south of Hainault and of Flanders, and insurrections in Liège, Guelders and Luxemburg, the government agreed practically without discussion to all the complaints. Its sole demands were the recognition of the duchess and the mobilisation of an army to defend the territory; both were easily agreed.

The estates of Flanders, Holland, Namur and Brabant received formal "great privileges" or, in the case of Brabant, an extended version of the "Blijde Incomst" ("Joyeuse Entrée"). Moreover, those of Flanders, Brabant and Hainault were the driving forces behind the first privilege conceded to all the principalities of the Netherlands in general, on 11 February 1477. Although an offer for concessions was made to the estates of Luxemburg as well, internal opposition from some of the nobles prevented their effectuation. Similarly, the estates of Hainault managed to present their particular grievances only during the summer of that year, when the French threat had come to a standstill. The Burgundian government got the situation under control again and could afford to simply refuse any further concession. From October 1477 onwards, it even launched attempts to recover items on the demesne receipts which had been given up a few months earlier. The government cared as little as possible to implement any of the concessions<sup>1</sup>.

Nevertheless, the one general privilege and the four conceded to principalities in particular, constitute an important body, expressing views of representatives on the organization and the functioning of the state. It is noteworthy that on this critical mo-

<sup>1</sup> 1477. Le privilège général et les privilèges régionaux de Marie de Bourgogne pour les Pays-Bas, *Wim P. Blockmans* (Hrsg.), (Standen en Landen LXXX, Kortrijk 1985).

ment no serious attempt was made to dismantle the Burgundian state as such. Only a minority of nobles in Luxemburg preferred an alternative dynasty. The overall tendency expressed in the privileges was firmly against state centralisation as it had been harshly pushed forward during the last decades. Overall, 189 out of the 264 articles (72%) express general interests. Many of the themes occur in similar documents in any other European country, viz. the claims of respect of the privileges and customs, the maintenance of the territorial integrity, the refusal of foreign officers and the use of other languages than those of the inhabitants. Even concerns about free trade, and questions of war and taxation can be considered to belong to the normal grievances of representative bodies all over Europe.

But a striking number of articles is devoted to a matter much less common in early constitutional texts. 60 out of the total number of 264 articles (22.7%) concern forms of corruption practised by ducal officers, ranking from the chancellor himself to the humblest collector of tolls. A lot of attention is paid to the gift giving at the yearly nomination by ducal commissioners of the aldermen in the cities and to the practise of farming out all kinds of offices.

It is obvious that all the abovementioned practices are considered as evil, as generating further corruption and as creating new improper burdens for the population. This moral condemnation is important for our subject: the government formally agrees with the subjects in this respect, while we don't know about any open plead from the official side in its defence.

Since the privileges directly originate from grievances, they refer to real facts that occurred during the years immediately preceding 1477. Indeed, the discussions within the representative bodies reveal their earlier actions in the fields in which measures were taken in 1477. These concern most the farming out of offices, the abuses of power by ducal officers who are charging too much the consumers of their services, their absenteeism and the cumulation of offices. Specific attention is paid to the nomination procedures for the local magistrates, most pregnantly in the Flemish privilege, in which it takes the initial 13 out of the 47 articles. With a large amount of details, prescriptions are made to avoid that town officials or their personnel were nominated because of gift giving. This practice is thus not restricted to ducal officers, although the town magistrates were formally designated by ducal commissioners. Their role was to introduce protégés of the duke in the municipal administration, and to keep local clans and factions from having a monopoly of power<sup>2</sup>.

This conflict of interests may have stimulated the tendency towards corruption from the disadvantaged or threatened part of the polity.

In 1464, the Brussels *Chambre des Comptes* reported about necessary reforms in the financial administration of the duchy of Luxemburg. The prevailing system of farming out the offices is said to have led to three forms of corruption:

a) collectors make lower entries in the accounts of the demesne than they really receive,

<sup>2</sup> *Alain Derville*, Les pots-de-vin dans le dernier tiers du XV<sup>e</sup> siècle (d'après les comptes de Lille et de Saint-Omer), in: 1477 Le privilège général, 449–469.

b) those officers enjoying a fixed salary “trouvent plusieurs manières et autres accidens qui ne sont à réputer pour émolumens de leurs offices, sans par leurs comptes en faire receipte”,

c) some even create private jurisdictions where they levy taxes on their own behalf.

The report proposes to reward the officers by a proportion of their receipts<sup>3</sup>.

The documents of practice show us, albeit not always in a very clear way, innumerable examples of what we call corruption, and what was, at least partly, considered as such by the contemporaries. In a neutral way, we can discern five symptoms which are, or can become, partly interrelated.

1. The dukes steadily pushed their relatives and protégés in jobs even without any financial reward for themselves. Instead, they expected political support from their clients. Their bastards – mostly in the case of Philip the Good – were placed on strategic posts like bishop John in Cambrai, bishop David in Utrecht, Raphael de Mercatel as the abbot of Saint Bavo in Ghent, John as the dean of Aire and of Saint Donatian in Bruges. In the same vein, they introduced their lesser clients in municipal offices and clerical beneficia. These institutions always tended to react against the intrigues used to evade the normal nomination procedures, and vehemently did so again in 1477.

2. It can be regarded as a general phenomenon that princes strengthen their position by gift-giving in the form of wine or more durable advantages<sup>4</sup>. However, when intermediary persons within his realm imitate his behaviour, they weaken the prince's position in the sense that they create an own clientage to which he has no direct access. He becomes dependent on intermediaries to get implementation of his aims. As far as these persons distribute favours from their own belongings, like the prince, their action can be described as patronage. However, when they use public funds or resources, or their access to persons controlling these, to build up an own clientage, we should consider this as brokerage. Power-brokers act as intermediaries between the central state authorities and the regional and local interest groups. To quote a classic definition by the historical anthropologist Eric Wolf: “brokers ... stand guard over the crucial junctures or synapses of relationships which connect the local system to the larger whole.”<sup>5</sup> The authority of the monarch thus resides in a pyramid of bilateral personal relationships; this form of penetration is relatively weak and vulnerable, typical of a segmented society and a weak state apparatus<sup>6</sup>.

<sup>3</sup> *Roger Petit*, *Les Aides et subsides dans le Luxembourg, 1360 à 1565* (unpublished doctorate thesis at the Université catholique de Louvain, 1981–1982, in print).

<sup>4</sup> *Richard Vaughan*, *John the Fearless. The growth of Burgundian power* (London 1979) 30, 84, 98, 211–212.

<sup>5</sup> *Eric R. Wolf*, *Kinship, Friendship and Patron-client relations in complex societies*, in: *Steffen W. Schmidt, Carl Landé, Laura Guasti*, *Friends, Followers and Factions. A reader in political clientism* (Berkeley 1977) 167–177.

<sup>6</sup> *Anton Blok*, *Variations in patronage*, in: *Sociologische Gids XVI* (1969) 365–378; *Jeremy Boissevain*, *Patrons as brokers*, *ibidem*, 379–386; *Jan Breman*, *Over oude en nieuwe afhankelijkheidsrelaties. De maatschappelijke context van patronage en makelaardij*, in: *Buiten de Grenzen. Sociologische opstellen aangeboden aan W. F. Wertheim* (Meppel 1971) 31–46; *Carl Landé*, *The dyadic basis of clientelism*, in: *Schmidt e.a.*, *Friends, Followers and Factions*, XIII–XXXVII.

3. A third symptom of "corruption" is initiated by those lower in the hierarchy seeking the mediation or direct help by a patron or power broker in order to obtain protection and favour. In anticipation, they display deference and offer gifts in the form of "pots-de-vin", "gratitudes", "courtesy" to the patron himself or to those of his servants who may play an intermediary role or simply facilitate the access. This form of "corruption" presupposes the willingness of the higher placed to act as a patron or broker. This person acts as a broker if he does not dispose of his own patrimonium but of that of the state, the Church or a city, or simply of his personal relationships. Only the duke and the great feudal lords could afford patronage with their own resources. The higher nobility mostly combined positions as client toward the monarch, broker towards local communities and patron towards humbler individuals<sup>7</sup>.

4. The venality of ducal offices is a means of fastening and, at least in the beginning, increasing the receipts of a government in need of liquidities. The representative bodies made it clear in 1477, as on many other occasions, that they refused this system of administration because it did not guarantee any quality on the side of the officer. The holder indeed tended to consider his office as an investment which he had to make as fructifying as possible.

This meant an increase of the burdens put upon the population and a decrease in the services offered by the administration, while the government got a financial advantage only on the short term.

5. In the fifth place, I discern the action of those appointed either by venality, passive or active patronage or brokerage. In none of these cases, the officer is chosen because of his specific abilities for the job; in the case of venality, the government only expects cash money, in the two other cases only loyalty. The difference between them being the status as an established client or the price paid in the hope of becoming one. It is obvious that their commitment to a particular job is low. In the cases where the officer had to afford preliminary costs, he will try to get as many returns from his investment, as quickly as possible, which makes him particularly intransigent towards the subjects. Moreover, many of the informally appointed officers prefer to follow other destinies and charge their own clients as lieutenants, which enhances the risk of a low qualification and lucrative motivation. The personalisation of office-holding thus always implies the weakening of the efficiency for the subjects, and in almost all cases for the government as well<sup>8</sup>.

Brokerage is most obvious in the clergy, where formal rules of qualification and procedure are strict. One can estimate the number of direct clients of duke Philip the Good up to 32 in top positions like those of bishop, abbot and dean of important and rich abbeys and chapters. Their aim is political in the sense that the dukes try to have their partisans on important seats within their territories.

<sup>7</sup> *Alain Derville*, Pots-de-vin, cadeaux, racket, patronage. Essai sur les mécanismes de décision dans l'Etat bourguignon, in: *Revue du Nord* LVI (1974) 341-364.

<sup>8</sup> Compare in this respect, the clear statements about the limits of absolutism in 17th and 18th century France through the sale of offices, by *Barrington Moore*, Social origins of democracy and dictatorship (Harmondsworth <sup>7</sup>1981) 57-61.

Their ideal is a state church. Moreover, there are fiscal motives as well as the care about the mobilising capacity of the church. During most of the 15th century, the bishop's seat of Tournai, a French enclave, was held by the president of the duke's high council. The popes lent themselves to cooperation, simply for money, or bartering for political and military support. In 1515 Pope Leo X even conceded to appoint no abbots without consulting Charles V.<sup>9</sup>

The dukes traditionally had the right to appoint their protégés in a large number of lower clerical offices. In Holland and Zeeland, half of the canons and a third of the parish priests were involved<sup>10</sup>. Still more important were the higher offices like those of dean and provost of chapters, abbots and bishops. In 1448, pope Nicholas V granted Jean Chevrot, bishop of Tournai and president of the duke's high council, the right of nomination in 108 clerical *beneficia* following the proposal of the duke. The duke regularly recommended to these "creatures" again other protégés. So, at least eight clerical secretaries of the Burgundian and Flemish chancery were offered high prebends during the period 1384–1477, in supplement to their administrative functions and income<sup>11</sup>.

The negotiations about subsidies to the government occasioned all types of informal agreements. In this respect, we should mention the memorandum addressed in 1530 by governor general Margaret of Austria to her nephew the emperor; she bluntly declares that it was a custom in Flanders and Brabant that clerical *beneficia* were offered to relatives of city magistrates to facilitate the negotiations on subsidies<sup>12</sup>.

Documents clearly show how far this practice was spread, also in a very different province like Luxemburg. During the twenties of the sixteenth century, the governor general instructed her commissioners to pay visits to local dignitaries in a specific sequence. They had to offer pensions, gifts, pots-de-vin and patronage in order to obtain their assent to the subsidy. In return, gifts were offered to the representatives of the king. One of the most prominent noblemen in the duchy, Salentin d'Isenbourg, was mentioned as a person to be visited by the governmental commissioners in 1526, 1529 and 1531. In return for his assent, he managed to obtain the immunity for his own subjects and the extension of this high jurisdiction to non-residents<sup>13</sup>.

These relations were thus reciprocal, personal, direct and asymmetric; since the actors manipulated the public finances, they are to be considered as brokers rather than as patrons. Nevertheless, the practical evidence clearly demonstrates how closely inter-linked the conceptually different phenomena of corruption, venality, brokerage and

<sup>9</sup> *Walter Prevenier, Wim Blockmans, The burgundian Netherlands (Cambridge 1985) 242–246.*

<sup>10</sup> *Adriaan Gerard Jongkees, Staat en Kerk in Holland en Zeeland onder de Bourgondische heretogen (1425–1477) (Groningen 1942) 23–41, 270–298; Edouard de Moreau, Les familiers des ducs de Bourgogne dans les canonicats des anciens Pays-Bas, in: Miscellanea L. van der Essen, Id. I (Brussels 1947) 429–437*

<sup>11</sup> *Pierre Cockshaw, Le personnel de la chancellerie de Bourgogne-Flandre sous les ducs de Bourgogne de la maison de Valois (1384–1477) (Standen en Landen LXXIX, Kortrijk 1982) 144–146.*

<sup>12</sup> *Helmut G. Koenigsberger, Patronage and bribery during the reign of Charles V, in: Album E. Lousse (Louvain-Paris 1961) and Estates and Revolutions (Ithaca-London 1971) 166–175.*

<sup>13</sup> *Petit, Aides et subsides.*

patronage appear and how much they interfere with the functioning of the formal state institutions.

Other fields in which brokerage and venality occur on a large scale, are those of the judicial officers and the collectors of tolls. In exchange for a quick delivery of the expected receipt, the government gave up the control over the just application of judicial sanctions and of duties imposed on the trade. The complaints against the abuses in these matters sounded very bitter because they touched not only the wealth, but also the standards of legitimacy<sup>14</sup>.

It is important to note that the top of the clerical and administrative hierarchies demonstrated all types of "corruption", so that sanctions from above could hardly be expected. Pope Eugenius IV accepted 12,000 ducates from duke Philip the Good for the nomination of John the Fearless' bastard son to the bishopric of Cambrai. The dukes themselves bribed city officials. Duke John the Fearless used to distribute large quantities of wine to marshal the friendship and political support of the Paris population. He addressed similar gifts to eminent members of the French government in 1412, and to high prelates in the Council of Constance in 1415. Moreover some of these potential clients received money, books, plate and jewels. The highest councillors of Philip the Good accepted huge sums from the king of France in order to favour the peace of Arras in 1435. The Croy family, who occupied eminent functions at court and posts of provincial governor in Hainault, Namur and Luxemburg, continued to play on both sides, at least until 1465<sup>15</sup>. In 1457, a general inquiry on the fortunes of the ducal officers was launched. It revealed wide corruption, but the municipal magistrates preferred to pay themselves off with a subsidy to avoid an investigation in their own jurisdiction. This type of inquiry was quite exceptional because it was used by the Croy faction merely to eliminate their opponents. It nevertheless again proves that sanctions were considered applicable to administrators acting beyond the rules<sup>16</sup>.

The deputy president of the Parliament of Mechlin, maître Jean de la Bouverie, did not refuse a "courtesy" of 400 guilders of the Rhine, offered him by the nobles and towns of Holland and Zealand in 1477. They asked him to fasten the deliverance of the "Great Privilege" for their provinces, which was indeed granted on 14 March<sup>17</sup>. The sum was worth 1,600 working days of a master mason in Bruges at that time. It is crucial to note that, as I mentioned at the beginning of this paper, large parts of this and the contemporaneous privileges were devoted to measures against corruption. It seems cynical that the Estates used corruption to get stipulations against it; in fact, this

<sup>14</sup> *Wim P. Blockmans*, *Bruk of continuïteit? De Vlaamse privilegiën van 1477 in het licht van het staatsvormingsproces*, in: 1477. *Le privilège général*, 91–117; *Jan Van Rompaey*, *Het grafelijk baljuwsambt in Vlaanderen tijdens de Boergondische periode* (Brussels 1967) 359–399, 439–470; *Wim P. Blockmans*, *De volksvertegenwoordiging in Vlaanderen in de overgang van middeleeuwen naar nieuwe tijden (1384–1506)* (Brussels 1978) 329–337.

<sup>15</sup> *Richard Vaughan*, *John the Fearless* (see n. 4); *Philip the Good. The apogee of Burgundy* (London 1970) 99–101, 375–378.

<sup>16</sup> *John Bartier*, *Une crise de l'état bourguignon: la réformation de 1457*, in: *Hommage au Prof. Paul Bonenfant* (Brussels 1965) 501–511; *Blockmans*, *Volksvertegenwoordiging*, 332–334.

<sup>17</sup> *A. G. Jongkees*, *Het Groot Privilegie van Holland en Zeeland (14 maart 1477)*, in: 1477 *Le privilège général*, 169, 199.

demonstrates that the structural incentives were stronger than a voluntarist approach.

Since the government, and especially the dukes and governors general themselves, introduced various forms of corruption, and since they accepted and even stimulated their role as patrons<sup>18</sup>, this model trickled down to lower levels. It also spread horizontally at each level since there was no real check from above. The mechanism was much like that of Gresham's law: the bad drive out the good for the sake of profit. What may then be the circumstances which provoke the introduction and generalization of patronage as it was the case of the Burgundian and Habsburg Netherlands? Crucial for the understanding of patronage and brokerage is the fact that from the 13th to the 16th century the sphere of social relations in the Netherlands was steadily expanding. A series of shifts took place from solidarity groups based on a functional relation (the international trade) to clans on kinship basis (13th century); then to a local identity, underpinned by the membership of a particular corporation; from the end of the 13th century onwards, nationalism on the scale of the principalities emerged both in Brabant and in Flanders, albeit mainly in the exceptional situations of foreign invasion or its threat.

The process of unification of principalities under the dukes of Burgundy shaped still a higher level of agglomeration. They systematically tried to give it a real existence through the creation from 1430 onward of new overall institutions, viz. the Great Council, the duke's council, the central audit-offices, the States General, the Order of the Golden Fleece etc. This institutionalisation implied homogenization of administrative and legal rules, unification, centralisation, depersonalisation. It also resulted in a serious expansion of bureaucracy.

Thus the expansion of the social sphere in which relevant decisions were taken, was accompanied by the introduction of an overall administration which hurted vested interests; those were strongest on the communal (local) basis, but also existent on the basis of the principalities. The existing social ties, on which the political system was based, were valued much higher than the rules and norms imposed by an external dominant force. This domination was physically felt in such cases as the reduction of the Dutch towns in 1425–33, of Bruges in 1436–38, Ghent in 1447–53, Utrecht in 1455–56, Dinant in 1466, Liège in 1466–68, and so on. These urban revolts were symptomatic for the resistance of the largest relatively autonomous bodies against a different political system. From the viewpoint of the government, it was necessary to break down these intermediary powers in a demonstrative way. They were able to mobilise enough resources to challenge the central government in large sections of the territory. If they succeeded in forming a coalition – which happened for a brief while in 1488 – they were a serious threat for the government. And indeed, during 1482–85 and 1488–90 the two largest cities of Flanders, Ghent and Bruges, were able to expel archduke and German king Maximilian from real power in most of Flanders. Even the mighty Charles V needed three years to reduce his native town Ghent, again, in 1540.

<sup>18</sup> *Paul Rosenfeld*, *The provincial Governors from the minority of Charles V to the Revolt (Standen en Landen XVII, Leuven 1959)* 1–63.

All these conflicts illustrate the deep tension between the older established power structures on the local and regional levels on the one hand, and the new ones, imposed on them by a prince whose power was located in many regions and thus less vulnerable, on the other. The local powers lived in the insecurity of being steadily overruled if not physically threatened by higher, mightier, foreign institutions and persons.

The ever lasting danger of troops devastating the countryside and robbing travellers for instance, could be bought off by a convenient "courtesy" to the captain. The government on the other hand, was well aware of the necessity of making arrangements and of accommodating the local and regional powers to its system.

This insecurity made both sides feel the necessity of having some mediating system, linking the new centralising state and the local and regional power structures. Those were still in control of considerable resources and they were generally considered to be the adequate social systems. It is typical that in 1477, when privileges were easily obtained, all the major cities did so; whereas the general privilege, as the first in its genre, was rather short (20 articles), the regional charters included three to five times as many stipulations, and most of the principalities did not even consider it useful to possess a copy of the general charter. As persons and institutions found themselves in a weak position vis à vis overwhelming central powers, they sought the protection of power brokers. The town of Saint-Omer found it in the person of Antoine de Croy, member of the mighty family of provincial governors and councillors. He was the informant for the town and her protector at court. It was not so much the many "dons et gratuités" that stimulated him to offer his high protection; a mighty man wants to be sure of his own clientage, and derives prestige from the number of his followers. When in 1465 the Croy family nevertheless fell from power, the town found a new protector in the person of the "Grand Bâtard" Antoine de Bourgogne, and later in his son. The city of Lille built up such a relation with her captain Antoine de Lannoy, equally belonging to one of the most important noble families in the Burgundo-Habsburgian state<sup>19</sup>.

The city of Ghent, still the largest in the Netherlands until the end of the 15th century, steadily spent 6 to 14% of her total expenditure on personal gifts and "courtesies". This item dropped to 1,4% in 1468, as a consequence of severe restrictions imposed by duke Charles the Bold, who endeavoured to rationalise the whole administrative system in his state. By 1500, however, the level of 13% was normal again. It is obvious that the beneficiaries were members of the urban elite itself, and also members of the court and the central administration from whom protective interventions were expected. The presents took the form of real "pots-de-vin", cloth or cash<sup>20</sup>.

These presents were often offered on specific occasions as a visit, a marriage or a real service. Sometimes, they were provoked by the beneficiary or even by the duke himself. In most cases however, they took an absolutely general and regular shape. General, because all towns and rural administrations used to offer gifts to government offi-

<sup>19</sup> *Derville*, *Les pots-de-vin* (see n. 2).

<sup>20</sup> *Marc Boone*, *Openbare diensten en initiatieven te Gent tijdens de late middeleeuwen (14de-15de eeuw)*, in: *L'initiative publique des communes en Belgique. Fondements historiques (Ancien Régime)*. Actes 11e Colloque international Spa (Brussels 1984) 104-111.

cial. Regular, because some larger cities and districts did not wait for particular circumstances, but were accustomed to offer a yearly pension to senior officers. In the beginning of the 15th century, the Franc of Bruges yearly granted 20 pounds to the ducal secretaries; in the sixties and seventies, the chancellor was yearly offered 300 pounds or even more. The city of Antwerp at that time paid him 600 pounds *per annum*.

All these sums were registered in the accounts and controlled by the duke's commissioners, who, of course, always were magnificently celebrated during the audit. Nevertheless, they sometimes had to insist on more parsimony, but even then councillors and senior officers of the duke were excluded from any restrictions<sup>21</sup>. The government was equally seeking clients in strategic positions, viz. the clergy and the large cities. It is noteworthy that the great Ghent war of 1447–53 originated from the fury of duke Philip the Good because he had not been able to persuade the large Council of the city to accept a semi-permanent salt tax, although the duke had presented the proposal personally and although he first had privately obtained the consent of the influential deans of the guilds. When informal persuasion did not work, he turned to the use of force<sup>22</sup>. There is proof of bribery of such personalities on similar occasions. In 1426, the duke gave the Ghent upper dean of the guilds, Clais van Hoedevelde, a "present" worth 8,000 daily wages of those he was supposed to have represented in the negotiations over a subsidy. The receipts are dated on the due dates of the tax<sup>23</sup>.

Relying on a system of personal loyalties, the government came in a conflict with its own bureaucratic procedures. The system of recruitment, the social behaviour within the institution, and its external relations are different when it is based on informal personal relations instead of on formal rules. The rules are subordinated to arguments of personal loyalty or personal power. The values of a strict bureaucratic system are undermined by patronage and brokerage.

As the government turned to venality of offices because of financial needs, it already undermined the bureaucratic, rational methods of administration. It did still more so by recruiting on the basis of kinship and clientalism. While these informal personal relations were aimed at reinforcing the state, they weakened its formal institutions. Each of the brokers indeed uses public resources for private goals. Only a constant renewal and strengthening of personal ties through gifts, services and deference keeps the pyramid of relations upright. In a way, this system replaces the feudal hierarchy as an integration mechanism within the state; instead of land, parcels of the state power and state income form the material basis of this "féodalisme d'état".

Barrington Moore noted that "as the rise of feudalism out of the decay of the Roman administrative system shows, this form of self-help which victimizes others is in principle opposed to the workings of a sound bureaucratic system. A bureaucracy to survive must obtain a monopoly on the making of victims and do it according to a rational principle."<sup>24</sup>

<sup>21</sup> *Cockshaw*, *Le personnel*, 30–31, 147–150.

<sup>22</sup> *Vaughan*, *Philip the Good*, 306–310.

<sup>23</sup> *Blockmans*, *Volkvertegenwoordiging*, 566.

<sup>24</sup> *Social origins of dictatorship and democracy*, 214.

In fact, the Burgundians paid their officials only moderate wages, but supplemented these by all kinds of gifts, as signs of appreciation and for further stimulation<sup>25</sup>. Furthermore, they were aware of the fact that all their officers, from the chancellor to the humblest servant, were receiving gifts from others as well. As power brokers, they indeed were able to fasten services or to influence decisions. This system continued practices familiar in feudalism. Therefore, it was not considered evil to accumulate *beneficia*, salaries, pensions and seignorial rights; bureaucratic logic might oppose it, but it was still too weakly accepted to impose its norms. Everyday's practical difficulties were more easy to overcome through direct personal relations than by formal procedures. The dyadic, asymmetric personal relations with a specific purpose are common of feudalism, patronage and brokerage. In the case of the former, the ritual and the material basis were more formalised because it was socially accepted as the unchallenged core of the power structure. Patronage and brokerage always operate in the shadow of an official norm, aside which they offer flexible, informal means of government in more complex, monetarised societies. But their sources and pattern were still very traditional.

One can consider the need of informal ties as typical of a transitional phase, in which the expansion of the social networks and the introduction of new systems create insecurity. The process of state formation in the Netherlands of the 15th and 16th centuries is such a case. The state was too weak to implement its self-determined goals, and had to rely on informal systems. Those smoothened the tensions between the local powers and the state and integrated them in the larger system. Such a system normally comes to an end when one of the two opposed sides decisively gets control over the other. In the southern Netherlands it was the central state who stopped the extension of brokerage. New recruitment systems in which the professional training in particular universities and colleges played a more important role than before took its place<sup>26</sup>. In the North it were the urban bourgeoisies who introduced severe calvinist values concerning the public and private life. One should nevertheless keep in mind that two centuries, or eight to ten generations, constitute a long period during which cultural facts can develop a momentum on their own. Today the low value attributed to the state, the preference of informal personal accomodation and arrangements instead of the application of rational rules, are still widespread in today's Belgium, much more than in the Netherlands. The fact that the state of the southern Netherlands remained in foreign hands for a further two and a half centuries, helps to explain the necessity of the central government to appeal again to native power brokers. In the Republic of the United Provinces, on the other hand, clientalism also reappeared during the seventeenth century. It did no longer have, however, the function of integrating local and regional powers in the centralised state, as it was the case during its incipient formation before the Revolt.

<sup>25</sup> *John Bartier*, *Légistes et gens de finances au XV<sup>e</sup> siècle. Les conseillers des ducs Philippe le Bon et Charles le Téméraire* (Brussels 1955) 98–99; *Cocksshaw*, *Le personnel*, 156–158.

<sup>26</sup> *Henk F. K. van Nierop*, *Willem van Oranje als hoog edelman: patronage in de Habsburgse Nederlanden?*, in: *Bijdragen en Mededelingen betreffende de Geschiedenis der Nederlanden* 99 (1984) 651–676; the first seven pages offer a valuable theoretical introduction.

*Helmut G. Koenigsberger*

## Patronage, Clientage and Elites in the Politics of Philip II, Cardinal Granvelle and William of Orange\*

This paper is an attempt to use *histoire événementielle* to illuminate structural and functional problems of early modern politics, especially the uses and limits of patronage and clientage. Conversely, the results of this approach can, it is hoped, throw light on events or patterns of events, in this case the revolt of the Netherlands.

On the 23rd July 1561 Orange and Egmont wrote their famous first letter to Philip II, denouncing the political role of Cardinal Granvelle and complaining that they were excluded from all important decision-making in the government of the Netherlands<sup>1</sup>. The overt opposition of the Netherlands high nobility to the leading minister of the regency government, a government of which they were themselves members, has traditionally been seen as a milestone in, or even the beginning of, the *voorspel*, the events leading up to the revolt of the Netherlands. Now this is rather curious. There was nothing remarkable about aristocratic factionalism or about complaints about a royal minister, either in the Netherlands or anywhere else in early modern Europe. Complaints against Granvelle himself were not new<sup>2</sup>. Has it not simply been hindsight which has endowed the intrigues against the cardinal with more than incidental importance? Were not the real forces causing the revolt much more fundamental than the ambitions of a handful of near-bankrupt noblemen, most of whom eventually took no part in the revolt? Were not the causes of the revolt rather the social upheavals due to the industrialisation of the Flemish countryside, the distress caused in the big cities by disruption of trade, unemployment and high food prices, the spread of Protestant teaching together with the dislike of religious repression even by those who had every intention of remaining good Catholics, the defence of Netherlands liberties against monarchical autocracy, or simply the assertion of Netherlands nationalism against Spanish imperialism? Or again, if one prefers to use the terminology of the modern social sciences, was it not the dysfunction and final breakdown of a society, rather than the actions of a few individuals, which caused such a massive upheaval as the revolt?

\* I wish to thank Professor Geoffrey Parker, Dr. María José Rodríguez-Salgado and Dr. Guy Wells for reading a draft of this paper and making valuable suggestions.

<sup>1</sup> *Nikolaas Japikse*, *Correspondentie van Willem den Eerste Prins van Oranje* (The Hague 1934) 311–15. Antoine Perrenot did not become Cardinal Granvelle until 1561; but for the sake of convenience I shall refer to him by this title throughout.

<sup>2</sup> *M. van Durme*, *Antoon Perrenot* (Brussels 1953) 158–60. *Karel Jan Willem Verhofstad*, *De regering der Nederlanden in de jaren 1555–1559* (Nijmegen 1937) 45–47.

These questions, which are really arguments and formulations of causes, do indeed have much validity and the answer to them should be at least a qualified yes. Here I shall only argue that historical instinct and the need for an orderly and dramatic presentation, which are the immediate reasons for our historiographical tradition about the actions of Orange and Egmont, may still be justified by the historical evidence<sup>3</sup>.

The government of Philip II in the Netherlands, like all early modern governments, depended ultimately on the co-operation of the local elites. At the same time, no popular movement was successful for more than a short time unless it had the support and leadership of this elite. At a time when both criticism of the king's policy and fear of popular revolt were growing<sup>4</sup>, a prolonged breakdown in co-operation between the monarchy and the Netherlands elite was a serious matter. It was so regarded at the time<sup>5</sup>, and it is therefore a legitimate subject for continued historical study.

Historians have given different reasons for the breach between Orange and Granvelle. Was it a basic clash between two opposed political philosophies? or were there more specific reasons, such as the appointment of Margaret of Parma, rather than Christina of Lorraine, as governor-general? Was it the publication of the plan for the new bishoprics or Orange's unapproved marriage with the Lutheran daughter of the hated Maurice of Saxony? or was it, as the German historian Ernst Marx maintained in a famous controversy with Orange's biographer, Felix Rachfahl, that the prince, Egmont and Glajon only became fully aware of Granvelle's domination of the government when they returned to Brussels from their provincial governments in the spring of 1561 and began to attend meetings of the council of state regularly<sup>6</sup>? Was Orange piqued by the regent's renewal of the Antwerp magistrate in the spring of 1561 without consulting him? For as burgrave of Antwerp Orange claimed this right and he had indeed been so consulted by the king himself in 1558<sup>7</sup>? Perhaps all these events played their part cumulatively. It is certainly difficult to assign them any clear order of importance. Here I propose rather to try to look more closely at the terms in which the struggle between Orange and Granvelle was fought, at Philip II's reaction to it and at its historical implications for the Netherlands and for the Spanish empire.

<sup>3</sup> In doing this I have had the advantage of using three important but as yet unpublished studies: *David Lagomarsino*, Philip II and the Netherlands 1559–1573; *María José Rodríguez-Salgado*, From Spanish Regent to European Ruler: Philip II and the Creation of an Empire; and *Guy E. Wells*, Antwerp and the Government of Philip II 1555–1567. I would like to thank all three authors for making their typescripts available to me.

<sup>4</sup> There were riots in Antwerp as early as 1554. *Wells*, Antwerp and the Government of Philip II, cit., 49–57. Philip II to duke of Savoy, 2 May 1557, writes of the danger of being caught by a revolt without soldiers or money to put it down. Emmanuele Filiberto duca di Savoia, *I Diarii delle campagne di Fiandra*, ed. *E. Brunelli*, Biblioteca della società storica subalpina, vol. CXII, N.S. 21 (Turin 1928) 182–83.

<sup>5</sup> *Marcantonio Mula*, 'Relazione di Filipp II re di Spagna, 23 settembre 1559', in: *E. Albèri*, Le relazione degli ambasciatori veneti al senato, ser. 1, vol. 3 (Florence 1853) 401: "... e già se ne (i.e. "manifesta sollevazione de popoli") son visti qualche segni nelli Paesi Bassi."

<sup>6</sup> *Ernst Marx*, Studien zur Geschichte des niederländischen Aufstandes (Leipzig 1902) 167 ff.

<sup>7</sup> *Ibid.*, 174–75.

In the middle ages the internal politics of the states of western Europe were largely determined by the relations between the kings and their most powerful feudal vassals. By the sixteenth century the feudal nobility had finally given up its earlier ambitions to become as independent of the monarchy as possible (as the German princes had done very successfully) and had thrown in their lot with the monarchies. It could be a very profitable alliance. In France and in the Netherlands the rulers used the great nobles as provincial governors<sup>8</sup>. In this position they were held to represent both the king's authority in the province and also the interests of the community of the province at the king's court<sup>9</sup>. Naturally, only members of the greatest families were usually appointed to these posts; for the provincial nobility would not have obeyed someone below their own rank. The governors fulfilled essential functions for the monarchies. Not only did they organise the defence and public security of their provinces, but they acted as the king's all-purpose administrative agents, immediately subject to his commands. They would enforce royal legislation and ordinances without being hampered by all the legal precedents, traditions and *esprit de corps* of the lawyers in the parliaments and provincial courts. Since they were appointed for life they were, in their turn, most favourably placed to advance their own and their families' influence by building up clienteles of lesser nobles and of local royal officials. This they did directly through their command of the companies of *gens d'armes*, in France, and of the *bandes d'ordonnance*, in the Netherlands, and indirectly by channelling royal patronage to their followers. They came from a small group of families which were closely linked by intermarriage with each other and, through their younger sons, with the noble families just below their own exalted level. These latter families, in their turn and in the same way, were linked with other lesser noble families. At the top of this social grouping family connections often extended beyond the frontiers of the state, from the Netherlands especially to France but also to Germany.

In the first half of the sixteenth century the system of provincial governorships had worked well for the monarchies. Charles V, Francis I and Henry II had enjoyed loyal and effective service from their great seigneurs, even when some of their families, such as the Egmont and the Montmorency, were split in their allegiance in the wars between these rulers. For these wars were straightforward dynastic power struggles in which, according to the ethos of the time, a nobleman's honour was fully preserved by loyal service to his own sovereign. Just as importantly, the system worked well because for the monarchies it was an age of expansion: territorial expansion, such as the incorporation of Groningen, Utrecht and Guelders in the Netherlands, which provided pro-

<sup>8</sup> Robert R. Harding, *Anatomy of a Power Elite: The Provincial Governors of Early Modern France* (New Haven and London 1978). Paul Rosenfeld, *The Provincial Governors from the Minority of Charles V to the Revolt. Standen en Landen*, vol. XVII (Louvain and Paris 1959). There was no exactly similar position in England or Spain. The powers of the lords-lieutenant of the English counties were not nearly as extensive, while Spanish viceroys and governors-general, although having even greater powers, were not appointed for life.

<sup>9</sup> See for instance the typically dual rôle played by the count of Hoochstraten, governor of Holland, in the 1530's. Helmut G. Koenigsberger, 'Patronage and Bribery during the Reign of Charles V', *Estates and Revolutions* (Ithaca and London 1971) 166-75.

vincial governorships and a host of lesser positions; and economic expansion, both for the countries as a whole and more particularly for the governments. Increased tax revenues and greatly expanded credit facilities were used to extend government activities, especially warfare, and this meant more rewards for government service.

It was in the nature of these conditions that they could not last. In the 1550's this fact became unhappily apparent. Economic expansion gave way to economic crisis or, at best, to shifts in the patterns of trade with deeply disturbing social results. Government expenditure, optimistically overstretched for decades by continual warfare, finally outran taxable resources and available credit. Peace when it was finally concluded did not end the international rivalries between the great powers and was not expected to last. It did, however, cut off the prospect of new military commands for the high nobility and of expanding territorial patronage for the monarchies. The simultaneous injection of religious emotions into politics shattered the simple ethos of loyalty between monarch and ruling elite. These new conditions made the personality of the ruler more important than ever. Where, for whatever immediate cause, confidence in his person collapsed, the whole system of consensus politics between prince and high nobility was also likely to collapse. Different sections of the elite and especially its more ambitious individual members were driven to safeguard their positions and prospects. They could do this by one or both of two methods: by systematically expanding their own local power base far beyond anything they would have deemed necessary previously and by attempting to capture control of the central government. Neither line of policy was, at least initially, regarded as antimonarchical or as inherently treasonous; both hinged crucially on the control of patronage.

The economic and financial crisis struck the whole of western Europe. Collapse of confidence in the person of the ruler occurred in France, Scotland and in the Netherlands. The phenomenon of such a collapse was not entirely fortuitous. It was always very likely to occur at the moment of a disputed succession or of the succession of a child or a woman and of the setting up of a regency, especially if it was the regency of a woman. There was statistically at least a fifty per cent chance of this happening at the end of any reign<sup>10</sup>, and this was precisely what happened in these three countries. It was these three countries, too, which slid into civil war and again in all three of them the immediate cause of the civil wars lay in the behaviour of the high nobility.

It looks as if Granvelle was the first person fully to appreciate the nature of the crisis precipitated by Philip II's appointment of Margaret of Parma as regent for the Netherlands. It had been an appointment made very much *faute de mieux*, designed to keep out Christina of Lorraine with her French connections and, even more, Philip's detested and feared cousin, Maximilian of Bohemia. To Granvelle it seemed therefore necessary, above all, to maintain royal authority by himself directly controlling government patronage and, indirectly, by extending his own reputation and influence. Was it Granvelle who suggested to the king the setting up of the famous secret consulta, the

<sup>10</sup> Helmut Koenigsberger and George L. Mosse, *Europe in the Sixteenth Century* (London 1968) 249.

inner advisory committee for the regent, consisting of himself, Viglius and Berlaymont, which was designed to bye-pass the council of state? It seems at least likely; but while this move was necessarily secret, another was deliberately public. Probably in 1559 and possibly before the setting up of the consulta, Granvelle wrote to Philip: "Not for anything in the world would I be deemed importunate by Your Majesty, but no less would I wish that my relatives and friends should tax me with undue carelessness in my own case ... for it is so many years now that I have received any favour (*merced*) ... Now, forced by necessity and to avoid the opposition of my family and of everybody else who are expectantly waiting to see how Your Majesty will treat me ..." he hoped that the king would now show him his favour publicly.<sup>11</sup>

Granvelle's arguments were entirely conventional and must have seemed perfectly reasonable to the king. In any case, he arranged for Granvelle's elevation to the cardinalate and to the archbishopric of Mechlin. Granvelle was pleased to be a cardinal and he accepted the archbishopric although he had doubts about the whole policy of the new bishoprics and although both he himself and his friends in Spain thought he had been rather hard done by to have been made to give up the much richer bishopric of Arras. If he wanted to play a prominent political role in the Netherlands and preserve royal authority, there was no way in which he could have turned down this expensive honour. For the whole scheme, together with the incorporation of the Brabantine abbeys in the new bishoprics, was designed not only to fight the growing threat of heresy but to increase government influence in the estates of Brabant<sup>12</sup>. At the same time it signalled to everyone that Granvelle was a man of influence with, and trusted by, the king. Having earned the king's patronage, he could therefore be relied upon to dispense patronage in turn to his own clients.

As it turned out, the policy worked rather too well. It gave the impression that Granvelle had more influence with the king than he actually did.

Orange was just as concerned about his clientele as Granvelle. For a while, and because they had been friends, they could arrange to split royal patronage by making deals, 'log rolling'. As late as January 1561 Orange wrote to Granvelle, signifying his pleasure at the king's appointment of the Seigneur de Chasteauroulleau to the position of 'chevalier de la cour de parlement' of Dôle. He went on to agree to give the captaincy of Arguel, which Chasteauroulleau had held, to Granvelle's cousin, the Seigneur Pancras Bonvalot<sup>13</sup>. But by the summer of 1561, whatever degree of trust had been left between the prince and the cardinal had evaporated in hard competition. In their letter to the king of 23rd June Orange and Egmont referred three times to the damage to their *honneur et réputation* and another time to their *honneur et estimation*<sup>14</sup>. Now in the sixteenth century *honneur* and *estimation* referred to the image others had of a man's ability to get his way. In political terms this always included his ability to dis-

<sup>11</sup> Charles Weiss, *Papiers d'Etat du Cardinal de Granvelle*, vol. V (Paris 1844) 657-59.

<sup>12</sup> Geoffrey Parker, *The Dutch Revolt* (London 1977) 48. n. 24. I wish to thank Professor Parker for letting me have a fotocopy of Granvelle's letter of 12 May 1576 where he specifically makes this point.

<sup>13</sup> L. P. Gachard, *Correspondance de Guillaume le Taciturne*, vol. 2 (Brussels 1850) 4-6.

<sup>14</sup> See note (1) above.

pense patronage. Orange and Egmont, just as Granvelle, claimed that "everyone" was watching and, in their case, mocking. For Egmont was a successful military leader in the king's service, second only to the duke of Alba – and Alba had held the post of viceroy of Naples, and was currently serving as one of the principal shapers of royal policy in the king's own Council of State in Spain. Orange was an independent prince in his own right, like the duke of Savoy, the previous governor-general. His marriage to a princess of the electoral house of Saxony showed his own view of his social-political status and was meant to show it to the world. With the king in Spain and the government of the Netherlands entrusted to an inexperienced and not very intelligent woman – a great change, this, from the formidably intelligent and forceful Mary of Hungary – Orange would expect, and would be expected, to play the leading political role in the country. In modern language neither Egmont nor Orange could afford to play second fiddle to a jumped-up civil servant from Franche-Comté.

Over the next two years both sides built up their clienteles. Orange's precise political objectives in this period are notoriously difficult to penetrate<sup>15</sup>; but it looks as if he and his friends were aiming at a position in the Netherlands similar to that enjoyed by the Guises in France during the reign of Francis II. This meant obtaining the decisive voice in decision making in the government and control of both central and local patronage in order to build up irresistible support in the country. In this strategy the provincial governorships were crucial. Mansfeld in Luxembourg was the most blatant in exploiting his position. It was reported that he "tyrannises the provincial council, signs any requests by his secretary, appropriates fines and browbeats the attorney-general in his chambers"<sup>16</sup>. He sold positions in the town councils for ten gold florins, let off a murderer for 100 *écus* and, horror of horrors, received the Jews in his province<sup>17</sup>. In Hainault Berghes' behaviour was almost equally autocratic. In March 1560 Margaret of Parma had recommended his appointment to the king precisely because he had local influence and could therefore counter-balance the excessive authority of the estates and of the bishop of Cambrai<sup>18</sup>. The appointment turned out to be a great disappointment for the regent. Berghes exercised quasi-dictatorial powers over the clergy yet failed to take effective action against heresy in a province which, because it bordered on France, was particularly exposed to the infiltration of Calvinist preachers<sup>19</sup>.

Orange, as one would expect, acted more subtly and, at the same time, with a surer aim for the acquisition of power. He tried to obtain the nomination as 'First Grandee' of Zeeland, a position which would have made him the sole representative of the nobility in the assembly of a province of which he was the governor<sup>20</sup>. More sinister still,

<sup>15</sup> Cf. *K. W. Swart*, 'Willem van Oranje en de Vestiging van de Macht van de Nederlands Statenvergadering', p.2. I wish to thank Professor Swart for letting me have a copy of the typescript of his unpublished article.

<sup>16</sup> *Rosenfeld*, Provincial Governors, 52.

<sup>17</sup> Morillon to Granvelle, 9 Dec. 1564. *Weiss*, *Papiers d'Etat*, VII, 533.

<sup>18</sup> Margaret to Philip II, 17 March 1561. *Gachard*, *Correspondance de Marguerite d'Autriche, Duchesse de Parme, avec Philippe II*, vol. 1 (Brussels 1867) 148.

<sup>19</sup> *Rosenfeld*, Provincial Governors, 51.

<sup>20</sup> *Ibid.*, 53.

he tried to be appointed *ruward*, or *surintendent*, of Brabant. This position, as Granvelle wrote in alarm to the king, would have made him supreme in a province which the ruler had always taken care to administer without the intervention of a provincial governor<sup>21</sup>.

There is no doubt that Orange and his friends were highly successful in attaching large numbers of the nobility and of government officials to themselves. But inevitably their policy aroused jealousy and opposition. They failed to win over Berlaymont, although they tried to tempt him with the promise of support for his son's election to the bishopric of Liège<sup>22</sup> – a promise which was in itself a measure of their growing influence in the region. More serious still than their failure with Berlaymont was the resistance to their overtures by the duke of Aerschot and with him the resistance of the whole huge clan of the Croy and its widespread connections in the Walloon provinces. Margaret and Granvelle gleefully reported to Philip a quarrel which had arisen during a wedding party attended by all the great seigneurs. Aerschot had declared to Egmont that he was not willing to join the league against Granvelle, that they should not lay down the law for him and that, if they did not wish him for a friend as an equal, he did not care, "for he had as much following of nobles and friends as any of them"<sup>23</sup>.

There is equally no doubt that Granvelle was building up his own party. In the spring of 1562 he wrote to Philip that the seigneurs no longer accepted his invitations for dinner but that he did not really mind and that he invited "gentlemen, councillors and even burghers to gain their goodwill in case these (i.e. the seigneurs) should push matters further"<sup>24</sup>. A year later he was still using the same tactics. Many now had their eyes opened to the true nature of the seigneurs' policy, he informed the king, and many of the nobility had excused themselves to him that they could not do what they wished for fear of offending the seigneurs; but he, Granvelle, was entertaining them and keeping his friendship with them. This was the more necessary as Orange did not even bother any more about being *surintendent* of the estates of Brabant because in effect he exercised a great part of the powers of this office anyway and he did this with the help of van Straelen, the Antwerp banker and superintendent of the taxes of the novennial *aide* of 1558<sup>25</sup>. He himself, Granvelle added virtuously, had asked the regent to excuse him from attending the consultas, so as to prevent further jealousy. But it was an empty gesture, and his enemies knew it; for he had arranged that Margaret should continue to consult him privately<sup>26</sup>. It was also well known that Viglius, the president of the privy council through which all patronage business was handled, was a faithful 'cardinalist'<sup>27</sup>.

<sup>21</sup> L. P. Gachard, 'La chute du cardinal de Granvelle en 1564' (Études et notices historiques concernant l'histoire des Pays-Bas, Brussels 1890) 110.

<sup>22</sup> Margaret to Philip, 6 Feb. 1563, *Weiss*, *Papiers d'Etat*, VII, 5–6.

<sup>23</sup> *Ibid.*

<sup>24</sup> Granvelle to Philip, 13 May 1562. *Ibid.* VI, 557–60. "... cavalleros, y consejeros y aun burgeses por ganalles la voluntad para en caso que quisiessen estos (i.e. the league of seigneurs) rebolver mas las cosas."

<sup>25</sup> Granvelle to Philip, 10 March 1563. *Ibid.* VII, 19, 38.

<sup>26</sup> *Ibid.*, 21.

<sup>27</sup> *Van Durme*, Antoon Perrenot, 177

By the spring of 1563 Granvelle was unequivocally presenting the struggle for the control of patronage and, hence, for power in the Netherlands, as the principal issue between himself and the seigneurs<sup>28</sup>. Soon afterwards he knew of the ultimatum Orange, Egmont and Hoorn had sent to Philip on March 11th, threatening to resign from the council of state – not, significantly, from their provincial governorships – unless the cardinal went. At almost exactly the same time the Edict of Amboise (19 March 1563) granted the French Huguenots at least a limited degree of toleration and, no doubt ominously from Granvelle's point of view, specially favoured the Huguenot nobility. He feared, as yet without giving any evidence, that one of the seigneurs in the Netherlands would make himself leader of the heretics, presumably just as had happened in France<sup>29</sup>. In July he wrote to Philip that the *superintendencia* which Orange was claiming in Brabant would allow him to appoint the margraves of the four principal cities. The margraves were the representatives of the central government for criminal jurisdiction in these cities. If Orange controlled them, Granvelle argued, he would be more powerful than the duke of Brabant (i.e. Philip II or his regent). It was the cardinal's opposition to this aim which was the main reason for the quarrel between them<sup>30</sup>.

In the next letter, on 25th July, Granvelle voiced his fears of the seigneurs' plots with German troops but added, perhaps sincerely, that not all of them knew of the ultimate plans<sup>31</sup>. On the 20th August, in a long, confused and almost hysterical letter to the king, Granvelle concentrated on the demands for the summoning of the States General. What he feared was not the traditional assembly of the deputies of the estates of the different provinces who would listen together to the king's proposals and then deliberate and answer separately, but a joint meeting where all discussed and resolved on the proposals together. This was what they had done in 1558, when the States General had hammered out the conditions of the huge nine-year *aide* together with the then regent, the duke of Savoy. Granvelle had opposed the joint sessions at that time but had been overridden by Savoy. He was particularly angry about the loss of royal authority which, he claimed, had been involved in allowing the States General to administer the nine-year *aide*. Straelen, the commissioner for this tax had become his special *bête noir*<sup>32</sup>. Now Granvelle returned to the charge. Joint meetings would encourage the estates to put forward demands they would not dare to make singly. By

<sup>28</sup> Granvelle to Philip, 10 March 1563. *Weiss*, Papiers d'Etat, VII, 21. "Y porque veo que se ofenden mucho de que no entren en la consulta, y en renovar el magistrado de las villas, en lo qual no conviene en ninguna manera que tengan parte, porque sería la ruina de la autoridad de V. M., por quitarles el sentimiento que muestran tener de que entrevenga yo en ello, he suplicado á Madama (i.e. the regent, Margaret of Parma) lo que ántes muchas vezes, que consienta que yo me abstenga de las consultas, y que de lo que de mí quisiera ser informada lo haré aparte ..." My italics.

<sup>29</sup> Granvelle to Philip, 9 May 1563. *Ibid.*, 74–75.

<sup>30</sup> *Ibid.*, 135–38.

<sup>31</sup> *Ibid.*, 165.

<sup>32</sup> *Felix Rachfabl*, Wilhelm von Oranien und der niederländische Aufstand, vol. 1 (Halle and The Hague 1906) 553–68. *Verhofstad*, De regering, 116–49. *Wells*, Antwerp, ch. 3, section C, 168–192; ch. 4. sect. D. 236, 243.

this he meant particularly the question of the new bishoprics and the placards against heresy. If the estates controlled taxation, the government would lose its credit on the money market and would no longer be able to raise loans on its own authority. The States General, even if it showed good will, would be so slow about raising money on credit that, if there was a rebellion or an invasion, the enemy would have captured half the country before the government could raise any troops and, within a short time, both the country and the Catholic religion would be lost. Orange and Berghes were in league with Straelen and even with some of the associates of Schetz, the king's financial agent in the Netherlands. They wanted to change the constitution so that they could command the state, and the regent, or even the king himself if he came, would have no further say<sup>33</sup>.

But in spite of all these dire predictions Granvelle still raised doubts about the success of Orange's and Berghes' policy with the estates. Would the estates really want to pay for the garrisons and service the king's enormous debts, just because the great lords called the tune<sup>34</sup>? Much of the fault lay with the prelates and their refusal to consent to the *aides* because of the plans to incorporate their abbeys in the new bishoprics. This had made the clergy hated and had exasperated the king, although it was really the fault of others. The abbots had "allowed themselves to be led like buffalos without thought of the disastrous results this might have for them"<sup>35</sup>.

In December 1563 the States General met in Brussels. It was a traditional meeting in which the provinces discussed the government proposals separately and not in joint session as in 1558. Granvelle thought it best to stay away, for fear the seigneurs would not come at all if he was there. As it was, he admitted that they were trying hard to get the *aides* accepted; but they were doing this by trying to build up their own following. Orange entertained the deputies of Flanders and Artois, of which Egmont was governor. Egmont entertained those of Orange's provinces of Holland, Zeeland and Utrecht. They gave dinner parties for seventy or eighty persons. The marquis of Berghes claimed that the States General would pay the seven million the king owed the troops, if only they were allowed to negotiate together. "The estates of Brabant want to be the head", Granvelle commented sourly, and "the marquis wants to be the cock." Aerschot had got tired of the festivities and had left. Granvelle thought that the estates and the cities, too, were getting tired of the behaviour of the great lords<sup>36</sup>.

\*

The pattern then was this: both Granvelle and the great seigneurs were trying to build up networks of clients among the lower nobility, government officials and town councils so as to have the greatest possible political influence in the Netherlands with-

<sup>33</sup> Archivo General de Simancas, MS Estado 524, fo. 23-29. I would like to thank Dr. Rodríguez-Salgado for making a photocopy of this MS available to me. *Weiss, Papiers d'Etat*, VII, 181-87, leaves out some of the most interesting passages of this letter.

<sup>34</sup> *Ibid.*, fo. 24.

<sup>35</sup> Granvelle to Philip, 8 Sept. 1563. *Weiss, Papiers d'Etat*, VII, 206.

<sup>36</sup> Granvelle to Philip, 10 Dec. 1563, *Ibid.*, 259-65.

out, however, formally derogating the powers of the king. Neither side could pursue their policy quite openly. The cardinal could not afford to appear to be building up a private following or even to oppose the seigneurs outright. They were still the king's councillors and, in the Eboli party and especially in the secretary Eraso, they had powerful friends at court. Eraso, moreover, had a kind of secret service in the Netherlands in the persons of two officials in the administrations of the Spanish troops in the Netherlands, Alonso del Canto and Cristóbal de Castellanos, and in the Augustinian friar, Lorenzo de Villavicencio. These three ran a campaign against the cardinal's alleged softness towards heretics, and they had the ear of the king. Later, after Granvelle had left the Netherlands and after Eraso had fallen from favour in Madrid, Villavicencio effortlessly transferred his allegiance to the Alba party and switched his campaign against the seigneurs<sup>37</sup>. These circumstances go far to explain the repulsive tone of Granvelle's letters to the king, his constant disclaimers of his own interests in the control of patronage and his assurances in his own implicit belief in the uprightness of Orange and his friends, followed by innuendos about their personal loyalty and trustworthiness in religious matters. The trick was similar to that used by Shakespeare's Mark Anthony: "For Brutus is an honourable man", – and it was just as effective<sup>38</sup>.

Orange, for his part, had to be equally guarded<sup>39</sup>. Not only must the king not suspect him of claiming loyalties which properly belonged to the ruler, but neither must his own aristocratic allies. While all the provincial governors were trying to build up their clienteles, it looks as if only Orange and Berghes really thought in terms of a Guise-like take-over of the whole government machinery. The constant demand for the summoning of the States General was a part of this policy. Perhaps some of the seigneurs really believed that this body could restore consensus in religion. Certainly they wanted to use it in their political game and thought they could control it. This was what Granvelle and, eventually, Philip II also thought. Hence their attempts to split the league of seigneurs, especially by detaching Egmont from it and their refusal to summon the States General. Certainly, Granvelle's interpretation of Orange's policy in the early and mid 1560's is supported by what we know, much more unambiguously, about the prince's later policy. The constitutional arrangements which he made for the archduke Matthias in 1577 left effective power with himself and with the States General<sup>40</sup>. In order to dominate the States General Orange consistently built up a party of his own followers in the towns. He did so in Holland after 1572, for instance by his appointment of Pieter Adriansz. van der Werff as burgomaster of Leiden, even

<sup>37</sup> For a detailed description of the careers and activities of these three persons see *Lagomarsino*, Philip II and the Netherlands, cit. Pt. II.

<sup>38</sup> Among many examples see Granvelle to Philip, 12 March 1562. *Weiss*, Papiers d'Etat, VI, 534, and 22 May 1563, *Ibid.*, VII, 79.

<sup>39</sup> *Rosenfeld*, Provincial Governors, 54, especially n. 225.

<sup>40</sup> *Helmut G. Koenigsberger*, 'Why did the States General of the Netherlands become revolutionary in the Sixteenth century?', in: *Parliaments, Estates and Representation*, vol. 2, No. 2 (1982) 109. Both for the above article and for the present paper I wish to thank Professor Swart for drawing my attention to some of the documentation supporting this point.

though van der Werff did not belong to a patrician family in that city<sup>41</sup>. Once the civil war with Don John of Austria broke out, both sides systematically deposed opposing magistrates and had their own followers elected or they simply appointed them<sup>42</sup>.

Orange and Granvelle, then, had a very clear view of the nature of power in the Netherlands and their respective policies were entirely logical. But how successful were they in their attempts to control the towns? Evidently, much work remains to be done on this topic; but such evidence as there is suggests that neither the prince nor the cardinal were very successful. Thanks to the forthcoming book by Dr. Guy Wells we know most about Antwerp.

Every spring, half of the city council of 18, the *schepenen*, were renewed, i.e. changed. They were chosen by the regent in her consulta with Viglius, Berlaymont and/or Noircarmes, the margrave of Antwerp and the chancellor of Brabant. The consulta chose from a list of nine candidates proposed by the city council and from another nine proposed by the *wijkmeesters* and *hoofmannen van de porterie*. These were the very respectable, propertied persons who made up the 'third member' of the *breede raad* of Antwerp. On no occasion did the regent impose a candidate from outside this group. Not even the duke of Alba did that. The council could make doubly sure of controlling its own renewal by putting forward unsuitable candidates, unknown and obviously unqualified men, or close relatives of actual councillors. This practice would further restrict the choice of the regent and her consulta<sup>43</sup>. Granvelle and Orange would each therefore be able to attract allies in the Antwerp magistrate. Jan van Schoonhoven, burgomaster in 1564-65, was a cardinalist and so was Hendrik van Berchem, a persecutor of heretics in districts under his private jurisdiction outside Antwerp. The banker van Straelen and the pensionary Wesenbeke, as is well known, were or came to be Orangists. But neither Granvelle nor Orange could hope to pack the Antwerp council with a majority of his own clients or even organise a solid and reliable voting block. Some of the patrician families deliberately kept contact with both sides. Much the same happened in the French civil wars, and it happened probably in most early modern politics, because preservation of the family and its property was regarded as more important than the views or even the personal fate of the family's individual members. The Antwerp council as a whole was most anxious to avoid committing itself to either side. Its aim was to preserve the city's privileges and independence, especially its independent jurisdiction which assured foreign merchants their personal safety in the city, and to escape too close a scrutiny of their religious convictions. Such a policy was not the same as that of the cardinal who wanted a much clearer stand on the placards and the prosecution of heretics and who tried to get the city to accept the

<sup>41</sup> Jan Cornelius Hendrik de Pater, Jan van Hout (1542-1609) (The Hague 1946) 34. See also C. C. Hibben, Gouda in Revolt. Particularism and pacifism in the revolt of the Netherlands 1572-1588 (Utrecht 1983) 72-76.

<sup>42</sup> Carel Hendrik Theodoor Bussemaker, De Afscheiding der Waalsche Gewesten van de Generale Unie, vol. 1 (Haarlem 1895) 240-41. Gachard, Extrait des Registres des Consaux de Tournay, 1472-1490, 1559-1572, 1580-81 (Brussels 1846) 114-16.

<sup>43</sup> Wells, Antwerp, 89-94. Strictly speaking, the whole council was changed, but half of the new one had to be selected from the membership of the old.

establishment of the new bishopric of Antwerp, as well as supporting the government over the *aides* demanded from the estates of Brabant. The prince of Orange was therefore seen as a useful ally in the blocking of policies which threatened the basis of Antwerp's trade and prosperity. But he was also a dangerous ally; for the Antwerp magistrate could not afford to antagonise the Brussels government and the king because it relied on them to uphold its privileges and trade treaties with foreign powers. Even the maintenance of law and order in the city and the position of the city oligarchy depended in the last resort on the support of the government. Fairly minor disturbances, such as those of 1554, demonstrated the helplessness of the council in the face of a popular movement and its need to rely on the government's soldiers as a sanction of last resort<sup>44</sup>.

Other towns of the Netherlands may not have been as independent as Antwerp. The methods of renewal of their magistrates varied, and so did the influence which either the Brussels government or the provincial governors could exert. In Hainault the governor and grand bailli was held to control the renewal of the magistrates of the Hainault towns<sup>45</sup>. The appointment of Berghes as governor therefore turned out to be particularly unfortunate for the government<sup>46</sup>. In Flanders, Egmont, as governor, shared the annual renewal with several other noble commissioners and, no doubt, had the decisive voice<sup>47</sup>. The governor of Holland was required to consult with the *schout* in each town<sup>48</sup>. Orange, however, became notorious for his high-handed interference in the renewal of the magistrates<sup>49</sup>.

But for all their efforts, it does not look as if the seigneurs were very successful in making the city councils into their clients. When Granvelle had left the Netherlands, the seigneurs who now dominated the council of state found, just as Granvelle had foreseen, that they could still not persuade the cities to grant the *aides* which were essential to maintain the country's defence. As far as we can tell at present, the town councils remained remarkably impervious to the party-building efforts of either the Brussels government or of the provincial governors, at any rate until the outbreak of open civil war<sup>50</sup>. They pursued their own interests, including their religious preferences, which one could characterise for most of them as a non-persecuting catholicism, and they did not allow themselves to be integrated into the parties in the way this was happening in France.

This does not mean that the towns were not aware that the game was being played for very high stakes. This became apparent as early as 1562 over the question of the Biervleet tolls. Ghent had built a canal to the lower Scheldt estuary and petitioned the government for exemption from the tolls at Biervleet. It was a serious challenge to the

<sup>44</sup> *Ibid.*, 233–36, 239–41 and *passim*.

<sup>45</sup> *Rosenfeld*, Provincial Governors, 23.

<sup>46</sup> *Cf.* above, 132.

<sup>47</sup> Archives Générales du Royaume, Brussels. Papiers d'Etat et de L'Audience MS 809<sup>3</sup>, folders for 1561–1566. No folio numbers. *Rosenfeld*, Provincial Governors, 23.

<sup>48</sup> *Ibid.*, 24.

<sup>49</sup> *Ibid.*, 54–55.

<sup>50</sup> *Cf.* *Wells*, Antwerp, 237

commercial supremacy of Antwerp and Granvelle tried to use it deliberately to put pressure on the city to give up its opposition to the establishment of its bishopric. By brilliant diplomacy and great determination, especially on the part of Wesenbeke, Antwerp was able to block this challenge without surrendering in its opposition to the bishopric<sup>51</sup>. But in his dying weeks as Margaret's principal minister Granvelle returned to the charge. The occasion was the embargo on English imports, in November and December of 1563, when he advised the regent to pursue a hard line in order to bring pressure both on the English government and on Antwerp. The city lost its English trade to Emden, but also to Flanders, for the Flemish cloth industry received English semi-manufactured cloths via France, or even more simply from extensive smuggling<sup>52</sup>.

After the embargo was lifted, the rivalry between Antwerp and Flanders persisted and now came to involve the great nobles. Egmont supported an attempt by Bruges to have the staple of the Merchant Adventurers moved to Bruges instead of back to Antwerp. The Antwerp council turned to Orange. Somewhat tardily, the prince gave his support. The city won this bout, for the regent was not willing to antagonise Antwerp even more. The city was still much too important for the economy of the Netherlands and the finances of Philip's government. But the victory was not due to the prince's intervention, and the city knew it<sup>53</sup>.

Once the common enmity to Granvelle had disappeared, the league of seigneurs was showing evident signs of strain<sup>54</sup>. While they now dominated the council of state, they were not able to win control over government patronage. Apparently to everyone's surprise in Brussels, this control passed to Margaret's Spanish secretary, Armenteros. By the early summer of 1564, Viglius was complaining about it to Granvelle<sup>55</sup>. At the same time the provincial governors were still extending their powers in their provinces. "Armenteros governs everything now", Viglius wrote to the cardinal in October. In Flanders, especially in Bruges, he continued, there was great opposition to the inquisitor Titelmans. The magistrates of the cities were still ready to maintain the law, but they could no longer be relied upon because "the authority of the governors, with the connivance of Her Highness (i.e. Margaret), increases so much that everyone seeks to please them or at least not to displease them"<sup>56</sup>.

<sup>51</sup> *Ibid.*, 259–65.

<sup>52</sup> *Ibid.*, 275–85.

<sup>53</sup> *Ibid.*, 299–303.

<sup>54</sup> E.G. Morillon to Granvelle, 1 April 1564. *Weiss, Papiers d'Etat*, VII, 452. "Le conte d'Egmont et le prince d'Oranges se caressent, toutefois l'on s'apperçoit que c'est simulation ... Les femmes ne se cèdent en rien, et se tiennent par le bras, incedentes pari passu; et si l'on rencontre une porte estroicte, l'on se serre également ensemble, afin qu'il n'ayt du devant ou derrière ..." This characteristic comic opera aspect of Netherlands politics before the storm – there are similar scenes in Mozart's *Le nozze di Figaro* and in Verdi's *Falstaff* – had already flowered luxuriously in the grotesque manoeuvres of the courts of Madrid and Brussels to arrange the resignation-dismissal of Granvelle. See *Van Durme, Antoon Perrenot*, 207–18.

<sup>55</sup> Viglius to Granvelle, 12 Juni 1564. *Guillaume Groen van Prinsterer, Archives ou Correspondance Inédite de la Maison d'Orange-Nassau*, ser. 1, vol. 1, 2nd ed. (Leiden 1841) 263–65.

<sup>56</sup> *Ibid.*, 317–19.

In these circumstances it was quite logical that the seigneurs' next move was try to subordinate the council of finance and the privy council to the council of state. If they could achieve this, they would have outflanked both Armenteros and Viglius with the other friends of Granvelle who still remained in the government of the Netherlands. In this move Orange, Egmont and Berghes were united, although we simply do not know whether their ultimate political aims were identical. But more crucial even than this question is another: would their political victory have been enough, or rather, would it have produced a reasonably stable situation?

\*

The struggle between Orange and Granvelle and their respective allies had been a struggle for power within a given political context. Neither side had had any intention of breaking this context or of breaking out of it. The ultimate sovereignty of the king (however this ambiguous term might have been interpreted at the time) had not been called into question, nor had the maintenance of the Catholic religion. Unlike Condé and Coligny, none of the great lords of the Netherlands had proclaimed himself a leader of a Calvinist movement. Their opposition to the new bishoprics and the inquisition was political and emotional but not religious. The Brabantine abbots and the city councils all over the Netherlands who were in the forefront of this opposition were defending their property, their legal rights and their political autonomy. On the other side, Granvelle was certainly worried about the spread of heresy. But he saw the fight against it in terms of political power – and that, precisely, was his quarrel with Orange. “It is laughable”, he wrote to Gonzalo Pérez in 1563, “to send us depositions made before the inquisitors in Spain so that we should look for heretics here: as if there were not thousands professing heresy to whom we dare not say anything.”<sup>57</sup>

Yet while the contestants accepted the context of the struggle, this context was not stable. Forces which neither Granvelle nor Orange could control broke in on the struggle, swept the contestants aside and radically altered its terms. Both Orange and, much later, Granvelle, managed eventually to return to the struggle, but only after they had accepted the new terms. The forces over which, in the mid-1560's they had no control, were of course the spread of the Protestant movement and Philip II's reaction to this movement. The history of Protestantism in the Netherlands, the formation of the Compromise, the hedge preaching, the conventicles, the image breaking, the alliance between Calvinist nobles and burghers and the formation of the *gueux* as a fighting force – all these are well known, and I will not rehearse them here. The king's policy, however, requires a brief account. Inevitably, this account owes a great debt to the still unpublished work of David Lagomarsino and María José Rodríguez-Salgado who, between them and without always agreeing with each other, provide the most detailed and best-documented analysis of the politics of the Spanish court.

The key to an understanding of Philip II's policy is his view of the nature of his empire and of his own position as its ruler. Charles V had failed to have Philip succeed

<sup>57</sup> 17 June 1563: *Weiss*, *Papiers d'Etat*, VII, 106.

him as emperor; yet Philip thought of his dominions essentially in imperial terms, just as his father had done. He was the ruler of each of them, reigning over them not as king of Spain but as their own prince and by virtue of their own laws of succession. He had sworn to uphold their rights and privileges. If at times he chose to overrule certain of these rights and privileges, it was only in order to defend even greater rights of his subjects: to live under his, Philip's, rule, to which God had entrusted them, and to live within the true Catholic faith, without being led astray from their salvation. Of both these rights he himself, and no one else, was the judge<sup>58</sup>. When he was still in the Netherlands, after the emperor's abdication, he ruthlessly exploited the financial resources of Castile to carry on the war with France from the Netherlands. The emperor himself, both from Brussels and, later, from Yuste, fully supported and even increased this pressure on Spain<sup>59</sup>. There is every reason to take seriously Philip's *cri de cœur* to Emmanuel Philibert, his regent of the Netherlands, in 1557: "Although I have ordered that my cities in Spain be sold for the defence of the Netherlands (and although I understand very well that they don't believe this), there is nobody in Spain who has got the money to buy these cities, for the whole kingdom is so poor, much poorer than the Netherlands ... I for my part am doing what I can and will risk my person for them and join the army which is to defend these states and I will give them all the money I have ... And for all this they thank me here by saying or thinking that I care nothing for them and that I prefer an inch of Spanish earth to a hundred leagues here. All this I cannot but feel strongly and grieve much over it, for it is so much without cause ..."<sup>60</sup>

Yet this hostility which Philip recognised was unavoidable. The supranational policy which the king pursued by force of his inheritance was never likely to be acceptable to subjects who had to pay for it, especially when the king was not among them to distribute royal patronage and personally supervise the administration of their country. England, Scotland and France all experienced deadly faction fights for control of patronage and power during royal minorities and regency governments. All of Philip's dominions, except the one in which he himself resided, were permanently in the posi-

<sup>58</sup> See for instance Philip's reply to a petition of the estates of Brabant, in 1562, against the incorporation of the abbeys in the new bishoprics. The king maintained that, in case of a doubtful interpretation of the *joyouse entrée*, the decision could not rest with the estates. They should "plus-tôt considérer et interpréter qu'il n'y ait privilège, quelque fort qu'il soit, qui ne deut cesser pour tel bien que le présent, *cum summa sit ratio quae pro religione facit et salus populi suprema lex est.*" *Gachard*, Correspondance de Marguerite d'Autriche, vol. 2, 143.

<sup>59</sup> *Rodríguez-Salgado*, Spanish Regent to European Ruler, ch. 5.

<sup>60</sup> Philip to Savoy, London, 27 May 1557. Archives Générales du Royaume, Les Archives et les Bibliothèques d'Italie, vol. 1, Manuscrits divers 1172, fo. 225-27. "... y aunque he mandado que, para defender esos Estados, porque los tengo en mucho (aunque entiendo muy bien que no lo creen así) me vendan las ciudades que tengo en España, no se halla nadie que tenga dinero, porque todo el Reyno está pobre y harto mas qu'esos Estados ... yo, de mi parte, lo que puedo hago, qu'es poner con ellos my persona y juntar el exercito, y traer para defensión d'esos Estados un todo quanto dinero tengo ... y esto agrandezánmelo ay de manera que dirán ó pensarán que no los tengo en nada y que quiero mas un palmo de tierra en España que ay cien leguas. Todo esto no puedo dejar de sentirlo mucho y dolerme mucho dello, siendo tan sin causa ..." *Gachard's* copy of the original in Turin. Partly quoted in *Verbofstad*, De regering, 113. n. 90.

tion of needing regency governments. In 1559, when Philip had been absent from Spain for six years, that country, too, was on the brink of rebellion. The one point on which nearly everyone agreed during the 1560's was the need for the king's return to the Netherlands to solve its problems. The question was how this could be done. Spain was beset by mortal enemies in the Mediterranean, enemies who could, or so it was believed, count on the support of a 'fifth column', the Moriscos in southern and eastern Spain. In the event, Spain was plunged into civil war, the revolt of the Moriscos, before the most serious stages of the civil war in the Netherlands had even begun. Moreover, the regent whom Philip would have had to leave in Spain, the Infante Don Carlos, was showing progressively more alarming signs of mental instability. Yet there was no obviously acceptable alternative to Carlos.

Perhaps a much greater integration of the different parts of Philip's empire would have resolved at least some of his problems. Granvelle, at least, seems to have thought so. Quite consistently with his view of the nature of politics he urged the king to internationalise his patronage and give *encomiendas* of the Spanish orders of knighthood to Netherlanders; for then they would have to support the country from which they were deriving their income, and their relatives and clients would be won over with them. Even if only two or three Brabanters were honoured in this way, the cardinal assured the king, 25,000 would support him the more willingly in hope of similar advancement. In Italy, too, some high positions in government or in the military or naval establishment should be given to some of the principal Netherlands seigneurs who had shown their prowess in these fields. Orange himself, for instance, "would not serve badly (as viceroy) in Sicily, for he would then be far from Germany and perhaps live with greater contentment"<sup>61</sup>.

It was an astonishing proposal, coming as it did in March 1563, at the very height of the cardinal's quarrel with the prince. Granvelle was certainly quite serious about his idea, for he came back to it in a later letter<sup>62</sup>, and I do not think he proposed it only to get his most dangerous opponent out of the Netherlands. Philip also took the suggestion seriously, but could not see it in the same way. As to the *encomiendas*, he replied, they were given only to persons who took the habit (i. e. religious vows) and many did this only to get an *encomienda*. Besides, there were so many people in Spain who served him and whom he could not reward except with money, which he needed for other purposes, or with *encomiendas*; and those who did not get one became disgruntled. Still, he was considering one for Gosuin de Varick, governor of Diest, who may have been connected with Orange. As to positions in Italy, there were very few, mainly viceroalties. For these, because of the importance of religion, it was necessary to find some one about whom one could feel absolutely safe, not only about his own religious beliefs but about the way he handled such beliefs. With the prince of Orange one just could not know whether it would work out in the way Granvelle suggested<sup>63</sup>.

<sup>61</sup> Granvelle to Philip, 10 March 1563, *Weiss, Papiers d'Etat*, VII, 53-55.

<sup>62</sup> Granvelle to Philip, 13 June 1563. *Ibid.*, 156-57.

<sup>63</sup> Philip to Granvelle, 13 June 1563. *Ibid.*, 85-89.

Here indeed was the heart of the matter. It was the unreliability of the civil authorities, both of the cities and of the provincial governors, in dealing with heresy which, as Dr. Rodríguez-Salgado has convincingly argued, made the maintenance of the inquisition and the enforcement of the placards in the Netherlands a matter on which Philip would never give way. In Naples and Milan, and even in Galicia in Spain, the civil authorities could be relied upon to the extent that the introduction of the inquisition could be given up in the face of local opposition, or at least postponed indefinitely<sup>64</sup>.

The exchange between Philip and Granvelle showed the central ambiguity at the core of Philip's empire: here was a king who could speak only Spanish fluently, who lived in Spain, who surrounded himself with Spanish advisers and who, for seemingly good reasons, was reluctant to extend his imperial patronage to all his subjects. It did not matter that all his dominions, just as all countries of Europe in the sixteenth century, bitterly resented having non-natives appointed to 'their' offices and that hardly anyone really wanted to have a truly imperial, international administration. The provinces of the Netherlands were notorious sticklers on this point, even against each other. It did not matter that, in fact, very few Spaniards were appointed in the Netherlands and not many more in Italy. It did not matter that Philip's imperial policies, and not least his policies in the Netherlands, often ran counter to the interests of his Spanish subjects. The overwhelming impression which Philip gave to his contemporaries was that he was a Spanish king, ruling a Spanish empire in the interests of the Spaniards.

Nowhere was this clearer than in Philip's policy towards France. When the first civil war broke out, in the early summer of 1562, Philip wanted to support the Catholics. The Netherlands, however, refused to cooperate in a policy of intervention. Granvelle and Margaret of Parma counselled against it. The Order of the Golden Fleece voted unanimously against any military action in France<sup>65</sup>. Philip felt this attitude to be both humiliating towards himself and desperately dangerous for the Netherlands. The reports from Chantonnay, Granvelle's brother and Philip's ambassador in France, became more and more alarming. Thus in January 1563 Chantonnay wrote of talk among members of the French royal council, of how, now that heresy had gained a foothold in France, the Netherlands were ripe to fall. They were disenchanted with the Spaniards and would choose either the king of Bohemia as their ruler or, because Maximilian might not be strong enough to defend them, the king of France himself. Philip would be quite unable to mount a diversionary attack from Italy or from Spain. Once the Netherlands had fallen and its warships had joined with those of France, England could not be held and then Spanish commerce with the Indies could no longer be protected. The duke of Savoy would then no longer be able to deny passage to French troops into Italy and the Milanese would be pleased to throw off the burden

<sup>64</sup> *Rodríguez-Salgado*, Spanish Regent to European Ruler, 481 ff.

<sup>65</sup> *Viglius*, Mémoires, ed. *Alphonse Guillaume Gbislain Wauters* (Brussels 1862) 46-47. *Gachard*, 'La chute', 109.

of Spanish rule. In all this the French would undoubtedly get help from the Turkish fleet and from the Moors<sup>66</sup>.

No doubt, the French councillors, "important persons but not principal ones", as Chantonay characterised them<sup>67</sup>, were whistling in the dark to keep up their courage in the middle of a civil war, or perhaps they were just trying to frighten Philip's ambassador. If so, they were more successful than they could have hoped. Chantonay reported their views in the classic form of a domino theory where one future disaster inexorably leads to another. But, for all the usual implausibilities of this theory, there were sufficient reasons for Madrid not to take the threat lightly. Philip had distrusted Maximilian ever since his cousin had edged him out of the succession to the Holy Roman Empire. Maximilian was known to have ambitions in the Netherlands and, when one thinks of the later venture by his son, the archduke Matthias, such ambitions were far from impossible. Moreover Alba, to whom Chantonay addressed his letter, had himself in earlier years argued that the Netherlands were strategically very difficult to defend, especially without the presence of their prince. Philip knew all about this argument. He had himself summarised it for his father in 1544 when Charles V was wondering whether to give the Netherlands or Milan as a dowry for a Habsburg princess marrying the second son of Francis I<sup>68</sup>. Finally, both Charles V's earlier experience and the ineffectiveness of the mismanaged Spanish intervention from Milan in the French civil war underlined the point made by the French councillors about the invulnerability of France from attacks mounted from Italy or from Spain. Without troops in the Netherlands that were under his complete control, which the *bandes d'ordonnance* clearly were not, Philip could neither pursue a credible great-power policy in northwestern Europe nor even assure the safety of a dominion for which he regarded himself just as much responsible as for Spain. There was no alternative to co-operation with the Netherlands nobility<sup>69</sup>.

The first implication of the full realisation of this fact was the necessity of throwing Granvelle to the wolves. It is quite likely, as Professor Lagomarsino has argued with a convincing wealth of documentation, that the cardinal's enemies at court, Secretary Eraso and the Eboli party, egged on by the personal enmity of Simon Renard and the fanaticism of Fray Villavicencio, would in any case have won this round against Granvelle's supporters, Alba and Gonzalo Pérez. They certainly organised the political mechanics of Granvelle's recall from the Netherlands<sup>70</sup>. Yet Philip's action in this case was very much part of a pattern of political behaviour which he followed consistently

<sup>66</sup> Chantonay to Alba, Paris, 16 Jan. 1563. Archivo Documental Español, publ. R. Academia de la Historia, V, *Negociaciones con Francia* (1563), (Madrid 1952) 33–36.

<sup>67</sup> "Personas principales, no de los mayores que de los que entran en consejo ..." Ibid., 33.

<sup>68</sup> Philip to Charles V, Valladolid, 13 Jan. 1544. *M. Fernández Alvarés*, ed., *Corpus Documental de Carlos V*, vol. II (Salamanca 1975) 306–9. *F. Chabod*, 'Milan o los Países Bajos? Las Discusiones en España sobre la "alternativa" de 1544'. *Carlos V (1500–1558)*. Homenaje de la Universidad de Granada (Granada 1958) 367–70.

<sup>69</sup> Here I am following *Dr. Rodríguez-Salgado's* interpretation, *From Spanish Regent to European Ruler*, 449ff and *passim*.

<sup>70</sup> *Lagomarsino*, *Philip II and the Netherlands*, Pt. II.

whenever one of his ministers, viceroys or governors ran up against local opposition that seemed for the moment insuperable. So it was with Margaret of Parma and, later, with her son, Alexander Farnese, with the marquis of Mondéjar in Andalusia, with Antonio Pérez and with the duke of Alba himself. With the viceroys of Sicily the practice became a regular system. Machiavelli had recommended making a show of sacrificing unpopular ministers<sup>71</sup>. In fact it was difficult to avoid doing this where an early modern ruler had to rely on the co-operation of a local elite. The almost universal contemporary lament of the fickleness of princes had much justification, for such fickleness was built into the system of early modern government.

Granvelle had faithfully carried out Philip's policy in the Netherlands. In the process he had become unacceptable to a large section of the local elite. As a result, the country was left virtually undefended against both military and religious attack. There was no way – and here I am again following Dr. Rodríguez-Salgado's argument – in which Philip could have continued Granvelle in office. Failing his own return to the Netherlands, he had to come to some sort of terms with those who commanded the local defence forces, the *bandes d'ordonnance*. Since Orange and his friends had always proclaimed their loyalty, both to himself and to the Catholic religion, the king had to hope that this alliance would still maintain his ultimate authority, and that the struggle against heresy would, at least, not be further weakened.

It was a forlorn hope. Psychologically and politically the aims of the players in this game were too contradictory to make genuine cooperation possible. The tragi-comedy of mutual misunderstanding during Egmont's visit to Madrid shows that this fact was not immediately clear to most of the participants but that, on the contrary, there was quite a lot of mutual good will. One may well suspect, however, that Orange at least saw the situation more clearly and was not very surprised by the outcome. The immediate result was stasis, a seizing-up of the political process and a virtual standstill of the administrative machine. Again, this was an inbuilt hazard of early modern regimes, and Philip II's empire, with its geographically separate entities and its ethnic and religious tensions, was particularly prone to it. In Sicily, for instance, stasis was practically a permanent condition; for in the island the viceroy and the civil courts, on the one side, and on the other the Spanish inquisition allied with the proto-Mafia of disgruntled nobles and bandits held each other in an immovable balance. Philip reacted by changing the viceroys every three or six years and otherwise making soothing noises to both sides. Neither party, nor anyone else in Sicily, threatened his sovereign authority or the Catholic religion<sup>72</sup>.

<sup>71</sup> *Niccolò Machiavelli*, *Il principe*, cap. VII. "E perchè conosceva le rigorosità passate avergli generato qualche odio, per purgare gli animi di quelli popoli, e guadagnarseli in tutto, volle mostrare che se crudeltà alcuna era seguita, non era nata da lui (i.e. Cesare Borgia), ma dall'acerba natura del ministro (i.e. Ramiro d'Orco). E preso sopra questo occasione, lo fece una mattina mettere a Cesena in duo pezzi in su la piazza con un peso di legno e un coltello sanguinoso a canto. La ferocità del quale spettacolo fece quelli popoli in un tempo rimanere soddisfatti e stupidi." With Philip II's ministers the cutting in pieces usually applied to their careers rather than their bodies, although Juan de Escobedo might not have thought so if his assassins had left him any time to reflect on his fate.

<sup>72</sup> *Helmut G. Koenigsberger*, *The Practice of Empire* (Ithaca 1969) 161–70.

In Spain and in the Netherlands, however, such masterly inactivity was in the long run not possible. In Andalusia stasis developed from the conflicting claims and manoeuvres of the inquisition, the *audiencia*, i.e. the supreme civil court of the province, the archbishop of Granada, his hostile cathedral chapter and the governor of the province, the marquis of Mondéjar. All this manoeuvring took place at the expense of the Morisco population and against the background of Moorish raids across the Straits from North Africa. Philip, anxious both over defence and over the apparent resurgence of Islam among the nominally Christian Moriscos, backed the hard-line religious policy of Cardinal Espinosa against Mondéjar, the *de facto* protector of the Moriscos. To satisfy local interest groups, as well as his personal enemies at court, the king relieved Mondéjar of his responsibilities for the Moriscos and for internal security. The result was an explosion, the rising of the Moriscos against the paralysed civil and military authorities<sup>73</sup>, followed by more than two years of civil war, then the dispersal and, finally, in the early seventeenth century, the expulsion of the Moriscos.

In the Netherlands stasis overtook the regime when, year after year, the estates of Brabant refused to pay the *aide* for defence which the government had asked for in 1558; when the provincial governors and the city councils blocked the government's religious policy; and when the noble members of the council of state boycotted that body. Then, just as in Andalusia, the dismissal of the principal minister did not succeed in setting the government machinery in motion again. Here, too, the king's initiative in religious policy then triggered the reaction of forces outside the parties of the political and administrative elites, forces which the stasis had allowed to gather strength. They came into the open in the Compromise, the image breaking and the military actions of the armed *gueux*. This was the tragedy of Philip II's empire. For William of Orange it was an opportunity which he had helped to create but which he had not intended and whose nature became clear to him only with time. If for him the story in the end also turned to tragedy, it was at least a tragedy followed by catharsis: the foundation of a new, independent state, the United Provinces of the Netherlands.

## Schematic analysis

### 1. Early modern Governments and elites

In the absence of a modern civil service with a modern civil service ethos, of which the expectation of a regular and sufficient salary is a necessary but not a sufficient condition, early modern governments could not govern without elites. These elites will, as in the case of modern societies, include high government servants. More important, however, they will include persons, groups of persons, corporations and other institutions which command substantial authority in their own right. This means that these elites will be in a clientage relationship with the prince (or his ministers) acting as pa-

<sup>73</sup> Cf. K. Garrad, *The Causes of the Second Rebellion of the Alpujarras (1568-71)* (Cambridge Ph. D. thesis).

tron. Such a relationship will exist regardless of a relationship based, especially but not only in the case of the high nobility, on personal loyalty. The two types of relationship, patronage and clientage and personal loyalty, run parallel to each other and are usually intertwined in varying and, often, unpredictable ways.

It follows that the elite will also act as patronage brokers for princely or government patronage. It is of the essence of this situation that it is in practice often impossible to draw the line between the interests of the state and of the person, family or status group of the broker. Indeed it is often precisely in the interests of the patronage brokers that such a line should not be drawn clearly, even when they protest the contrary.

## 2. *Composite states*

Since the norm for early modern monarchies was not the unitary nation state but the composite state, the functioning of the patronage – clientage relationship was complicated by the inevitable problems and frictions arising from a metropolitan – dominion relationship. This was the essence of the Spanish Netherlands situation. The problems can be seen under three heads:

a) The local elite of the dominion will want more control over patronage and policy than if the king were present. It is generally assumed that the king himself can dispense patronage more freely than his governor-general and the king himself can command a degree of personal loyalty which his governor-general cannot command. In periods of economic and political expansion, as they existed up to about 1550, it was usually not too difficult to find a *modus vivendi*. In a period of economic contraction and political stagnation this became much harder.

b) It is inherently difficult for a king of a composite state to operate an imperial patronage system which is both objectively fair and is seen to be fair. The elite of the metropolitan state will always resent offices going to members of the dominion elite. Conversely, the dominion elite will always feel that the king prefers the natives of his metropolitan state. The first pattern appears clearly in Cardinal Granvelle's abortive attempts to induce Philip II to appoint the prince of Orange as viceroy of Naples or Sicily. The second pattern appears in Philip II's complaint to his governor-general in the Netherlands that the Netherlanders believe he cares more for an inch of Spanish soil than for a hundred leagues in the Netherlands.

The personality of the principal actors and their personal prejudices and ambitions made solutions to these problems even more difficult.

c) In the particular circumstances of the second half of the 16th century religious differences (and, hence, inevitably, constitutional differences) made these problems explosive. This happened also in the case of the Moriscos of Andalusia, and there were similar patterns in the 17th century in Bohemia, Scotland and Catalonia.

## 3. *Limitations*

The course of the struggle for the control of patronage in the Netherlands during the 1560's, however, also showed the limitations of the effectiveness of the patronage-clientage relationship in politics. These fall largely under two heads:

a) There were corporations – political structures – which were sufficiently autonomous not to be easily controlled by either government or aristocratic patronage. This was so primarily for the Netherlands cities and it was also so, although to a lesser extent, for the great monasteries. The cities had their own patronage system and were, in many respects, dependent on government favour. But their councils remained substantially autonomous.

b) In the religious movements of the period religious motivation could be stronger than self-interest or family interest and, hence, could subtract at least an active minority from the usual calculations of the patronage-clientage relationship.

#### 4. Conclusions

The interaction of all these forces in the given circumstances was highly complex and not fully predictable from any sort of theoretical analysis. This fact does not make such analysis unnecessary, but it means that *histoire événementielle* is necessary to fill the gaps in the theoretical model.

From the example of the Netherlands and the Spanish empire in the 1560's it appears that the control of patronage was an essential, but not an exclusive or inclusive, method of exercising political power. It was not synonymous with corruption but it could rarely avoid aspects of corruption and, in the eyes of the opponents of the actors, the smell of corruption. The patronage-clientage relationship did not represent a moral decline, or any sort of decadence, from an earlier supposedly uncorrupt system of political relationships, such as classical feudalism.

It was rather a functional necessity of political society in early modern Europe. When this society changed, in the 19th and 20th centuries, neither the patronage-clientage relationship nor corruption disappeared. They only changed their *modus operandi*.

*Denis Richet*

Les liens de clientèle:  
l'exemple de la «robe» en France aux XVI<sup>e</sup>  
et XVII<sup>e</sup> siècles

L'historiographie dominante en France au XIX<sup>e</sup> et au premier XX<sup>e</sup> siècle a été marquée par un certificat de bonne conduite décerné aux magistrats, et, plus généralement, aux hommes de robe longue qui ont contribué à construire, à maintenir, voire à sauver en période de crise, la France royale des Temps modernes: ce qu'il est convenu d'appeler l'Ancien Régime, formule que je récus<sup>1</sup>.

Ces magistrats, ces gens de robe, où les trouverons-nous? A Paris, à Aix, à Dijon, à Grenoble (etc.) dans les Parlements et autres cours souveraines (Chambre des Comptes, Cour des Aides, Cour des monnaies) Présidents et conseillers, maîtres des comptes, magistrats de cours non souveraines (comme le Châtelet de Paris et les présidiaux) ont constitué un milieu social d'origine géographique et familiale diverse mais où se développe, à travers les différences individuelles, une certaine homogénéité dans le comportement et le mode de vie. Doit-on y ajouter les avocats? C'est un milieu très hétérogène pour peu qu'on regarde l'âge et la fonction. Tous ceux qui espéraient acheter un office commençaient par être avocats au Parlement (vers vingt cinq ans). Parmi ceux qui restaient avocats il y avait la piétaille, végétant dans une vie sociale très nettement inférieure à celle des officiers, faisant partie de cette «bourgeoisie seconde» qu'Henri Drouot avait décelée dans la Bourgogne de Mayenne<sup>2</sup>. Mais il y avait aussi une élite de notables qui aurait pu accéder aux plus hauts postes de la magistrature, mais qui préféraient leur indépendance et leurs profits: ainsi, Antoine Arnauld, dont son fils, d'Andilly, écrit dans ses Mémoires qu'il refusa la charge de procureur général au Parlement de Paris et préféra, en demeurant avocat, servir les «affaires» des grandes familles, ce qui ne l'empêcha pas de jouer une place de premier plan dans la notabilité parisienne, voire au plan national<sup>3</sup>. Définir un milieu social par la seule profession serait méconnaître cette imbrication des fonctions («publique» ou «libérale») qui caractérisait l'Ancienne France.

\*

<sup>1</sup> *Denis Richet*, *La France moderne: l'esprit des institutions* (Paris, 1979).

<sup>2</sup> *Henri Drouot*, *Mayenne et la Bourgogne* (Paris 1937).

<sup>3</sup> *Roger Chartier et Denis Richet*, *Représentation et vouloir politique. Autour des Etats Généraux de 1614* (Paris 1983).

Le problème qui nous est posé aujourd'hui est celui des liens de patronage et de clientèle qui ont mêlé en un même tissu ces gens de robe aux autres couches de la société et de l'état. Par en haut et par en bas.

Par en haut: pour ces officiers le Roi n'est pas seulement le souverain dont dépend leur statut, mais le dispensateur de commissions diverses, rémunératrices en profits, consolidatrices d'une position acquise au service de l'Etat. Le Roi est le premier des «patrons». Et l'on peut, comme je l'ai tenté pour le président Pierre Séguier<sup>4</sup> – grand-père du chancelier – dépister dans les archives les traces des revenus ainsi tirés de commissions et de pensions qui n'entraient pas dans les gages ordinaires de la profession.

En principe (et ce fut rappelé dans l'ordonnance de Blois de 1579) servir le Roi et servir un grand seigneur, fût-il prince du sang royal, étaient deux fonctions incompatibles. En fait, c'était chose courante. Prenons l'exemple de Christophe de Thou, d'abord avocat au Parlement, premier président en 1562, éminent juriste qui contribua à la réformation du droit coutumier en de nombreuses provinces. Choisi comme conseiller de la maison de Laval – à laquelle il consentit de nombreuses avances d'argent – il fit saisir et mettre en vente le comté de Laval, pour être remboursé, ce qui fit scandale. Et, en même temps, il s'occupait des affaires de la maison de Lautrec et de celles du cardinal de Lorraine. Son contemporain Pierre Séguier, lui aussi président au Parlement de Paris, faisait les «affaires» de la maison de Nevers. Sa femme nous apprend, par devant notaire, en 1565 que la duchesse de Nevers a laissé chez elle, comme gages d'un prêt, tous ses bijoux. Séguier fut chargé par la Reine-Mère d'une commission de «liquidation» des biens – et surtout des dettes – de la maison de Nevers. Il en tira plusieurs seigneuries, dont la duchesse, dans le contrat de vente, estimant qu'elles étaient cédées à 50% de leur valeur réelle. Ainsi se mêlent inextricablement le service public et l'enrichissement privé, dû à l'infortune des Princes. On pourrait multiplier les exemples.

Reste à savoir qui était gagnant et qui était perdant dans ce jeu de clientèle. Dans les exemples cités on pourrait tirer la conclusion suivante: les robins ont gagné, les princes ont perdu. Ce serait, à mon sens, confondre des notions très diverses qui s'interpénètrent dans ces échanges inégaux: l'argent, les terres, les services, l'influence socio-politique jouée par un grand seigneur. Le patronage du duc d'Epéron a été profitable à la famille Séguier: au président Pierre Ier, à son fils le président Antoine, à son petit-fils, le futur chancelier. Commissions et ambassades leur sont venus de ce favori hissé par Henri III.

Il semble que dans les rapports entre robins et princes, si les premiers se sont enrichis (et, en particulier ont acquis des seigneuries) les seconds ont constitué, au profit de leur carrière et de leurs ambitions politiques, un réseau de fidélités qui s'est révélé durable.

★

<sup>4</sup> Denis Richet, Les origines et les débuts du chancelier Séguier (thèse manuscrite).

Le mécanisme de ces liens mérite un examen approfondi. Le grand phénomène du XVI<sup>e</sup> siècle, récemment mis en lumière par Denis Crouzet<sup>5</sup>, est l'*endettement* des familles princières. Les recettes de ces maisons ne parvenaient pas à satisfaire leurs dépenses. François de Guise, lorsqu'il meurt en 1563, «lègue» – si j'ose dire – 200.000 écus de dettes pour un revenu annuel de 200.000 livres, soit un tiers du montant de la dette. En 1574, selon Béatrice Vénier<sup>6</sup>, le cardinal de Lorraine laissa au jeune Guise, son neveu, plus de dettes que de biens. Il en est de même des Condé dont le trésorier répond, en 1575, à un marchand pourvoyeur qu'il n'a rien dans ses caisses pour le rembourser.

Le cas de la famille de Nevers, minutieusement étudié par Denis Crouzet, nous permet de saisir comment officiers et avocats s'inséraient entre ces grands seigneurs débiteurs et leurs créanciers, souvent marchands, mais aussi serviteurs et familiers. Ils s'y inséraient triplement. D'abord en prêtant de quoi satisfaire les créanciers les plus exigeants, ou en se portant cautions des dettes contractées par le duc et la duchesse. Ensuite par l'aliénation, à bas prix, de terres, seigneuries, maisons urbaines, à leur profit. Enfin par la commission qui leur était confiée par l'autorité royale afin de régler la trésorerie seigneuriale. C'est ainsi qu'en 1567–1568 Louis de Gonzague-Nevers constitue un conseil de sept robins chargé des procès et du remboursement des dettes. Chacun d'entre eux s'est largement remboursé de ses services.

Tout se passait comme si chaque magistrat, fût-il président au Parlement, était lié à un certain nombre de familles princières. Distinguer la fonction «publique» de l'enrichissement privé est sans doute un anachronisme pour les réalités des XVI<sup>e</sup> et XVII<sup>e</sup> siècles.

Les listes de «rentes» constituées par la maison de Nevers éclairent, écrit Denis Crouzet, la primauté des gens de robe: présidents, conseillers, procureurs, avocats au Parlement sont les principaux créanciers. Et c'est ainsi que s'est constituée la fortune, matérielle, sociale et politique d'une génération de robins.

Qu'ont-ils donné en «échange» à leurs nobles créanciers? Avouons-le: l'historien ne saura jamais évaluer les prix des services rendus ni mesurer le temps passé à des charges fastidieuses. Plusieurs filières peuvent être cernées. Les carrières et la succession des charges: sans la protection du duc d'Epéron les Séguiers ne seraient jamais parvenus aux honneurs que l'on connaît. Sans Catherine de Médicis le huguenot Antoine Arnauld n'aurait jamais échappé aux mâtines sanglantes de la Saint-Barthélémy. Protection et gains sont des évidences. Mais les services rendus ne sont pas appréciables.

\*

<sup>5</sup> Denis Crouzet, La crise de l'aristocratie en France au XVI<sup>e</sup> siècle, in: Histoire économie et société n<sup>o</sup>1, 1<sup>er</sup> trimestre (1982).

<sup>6</sup> Béatrice Vénier, Les marchands pourvoyeurs (mémoire de l'Ecole des Hautes Etudes en Sciences Sociales).

Ces officiers ne sont pas seulement des clients: ils sont, à leur tour, des patrons. Et ici se tisse, à travers tout le corps social, un entrelacement très serré, qui apparaît dans les correspondances et les minutes notariales. Quand le président Antoine Séguier est envoyé comme ambassadeur à Venise par Henri IV – c'était pour éviter son opposition prévisible à l'Edit de Nantes – il échange avec Verthamont, son fidèle client, conseiller au Parlement, intimement mêlé à ses affaires de famille comme à ses visées politiques, des lettres fort instructives<sup>7</sup>. Tout y passe, depuis les procès de sorcellerie jusqu'aux frasques d'un neveu de Séguier, un peu trop porté sur le duel, voire l'assassinat. Verthamont agit ici comme une sorte de factatum, dévoué à la maison des Séguier. Et il suivra le futur chancelier pendant toute sa carrière. Lui-même aura des «clients», si bien qu'on pénètre ici dans une véritable cascade de fidélités, qui descend du Roi et des Princes aux plus hauts magistrats, de ceux-ci à de simples conseillers, des conseillers au monde de la basoche (procureurs, avocats, notaires).

On peut aller plus loin, jusqu'aux milieux marchands et artisanaux qui sont liés à la clientèle princière ou officière par de multiples contrats. Dans son mémoire sur les «marchands pourvoyeurs» qui s'engageaient à fournir à telle grande maison les vivres nécessaires à la vie quotidienne, Béatrice Vénier a pu ainsi démontrer l'importance d'un réseau marchand indispensable à la vie des élites: les princes étaient «clients», au sens actuel du terme, mais les marchands étaient, par la même, leurs clients. Les registres notariaux où sont inscrites les dettes de la maison de Nevers nous montrent l'ampleur de ce réseau. Pour entretenir (en 1593) 155 bouches, 123 chevaux et 24 mulets, 2 écuyers, 1 médecin, 1 aumônier, 1 percepteur, 4 gentilshommes servants, 8 valets de chambre, 2 argentiers, 11 pages, 6 laquais, 1 boulanger, 1 pâtissier, 1 lavandier, 8 officiers de cuisine, 3 officiers de sommellerie, 20 palefreniers – sans compter près de deux cents personnes faisant partie de sa cour – le duc de Nevers devait s'adresser à près de quatre cents marchands, dont il avait du mal à régler les factures, mais qui dépendaient de son crédit. Même chose, chez les Guises, qui à Joinville, vers 1565, devaient entretenir tout un personnel aulique<sup>8</sup>. Tous ces noyaux supposaient des fournisseurs, des intermédiaires, le jeu du crédit. Et lorsque venait la crise ces liens se révélaient décisifs.

<sup>7</sup> A.N. série KK. voir op.cit. note 4.

<sup>8</sup> *Jean-Marie Constant, Les Guises (Paris 1984).*

# III. Klientelsysteme an der Peripherie Europas: Schottland, Polen, Rußland

## Einleitung zur Diskussion

*Gottfried Schramm*

### Patronage im Staat, Patronage an Stelle des Staates

Zur Debatte stehen vier Referate über drei Teile Europas in drei Jahrhunderten. Während uns Jenny Wormald mit dem Schottland des 16. Jahrhunderts vertraut macht, behandeln Wojciech Tygielski und Zofia Zielińska den Doppelstaat Polen-Litauen an der Wende des 16. zum 17. Jahrhundert und in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts. Rußland im 18. Jahrhundert steht im Blickpunkt der Gedanken von David Ransel. Gemeinsam ist allen diesen Themen, daß sie uns weitab von Italien, Nordfrankreich, den Niederlanden und Südengland, den Pionierräumen europäischer Modernisierung in der frühen Neuzeit, führen und daß sie zwar mit gleichsam hinterherhinkenden Zonen des Kontinents, aber keineswegs mit archaischen Welten zu tun haben, die sich vorerst gegen tieferegreifende Wandlungen immun erwiesen. Nein, in allen drei Ländern können wir sozialen Wandel, Transformation von Überkommenem beobachten.

Damit aber enden bereits die Gemeinsamkeiten. Mehr dürfen wir auch gar nicht erwarten, denn es gibt ja keinen Parallelismus in der Entwicklung der europäischen Außenräume. Vielmehr drifteten gerade Polen-Litauen und Rußland während des Zeitraumes, den wir betrachten, in ihren politischen Strukturen kraß auseinander. Wenn es trotzdem sinnvoll erscheint, einen Morgen an den Vergleich von so unterschiedlichen Milieus zu wenden, dann nicht wegen markanter Übereinstimmungen, sondern weil beinahe jeder Ländervergleich Nutzen verspricht, wenn er nur richtig angegriffen wird.

Meine Einführung soll vier vergleichende Schneisen durch das Wissen, das die vier Referate vor uns ausgebreitet haben, hindurchschlagen. Ziel dabei ist es, einiges Wesentliche aus dem Dargebotenen, das zunächst disparat, in einem regionalen und zeitlichen Neben- und Hintereinander vor uns liegt, herauszulösen, zu koordinieren und gleichsam gegeneinander verrechenbar zu machen.

1. Beginnen wir mit der Frage, wie modern (oder umgekehrt formuliert: wie traditionell) Schottland, Polen-Litauen und Rußland in jenen Zeiträumen waren, die unsere Referate beleuchten! Diese erste Frage wird uns am längsten aufhalten, weil sie zugleich Gelegenheit geben soll, uns die regionalen Milieus, in die wir geführt werden, zu vergegenwärtigen.

a) Den archaischsten Eindruck in unserer Reihe macht Schottland: zumindest bis zur Mitte des 16. Jahrhunderts. Jenny Wormald hat uns (mit unverkennbarer Sympathie) das Bild einer ebenso altertümlichen wie heilen Welt gezeichnet: stabil, ohne erkennbare Klassenkonflikte, frei vom Gerangel aristokratischer Faktionen und, wenn schon nicht immer friedlich, so doch mit klaren Spielregeln, berechenbar. Diese Vorzüge dankte Schottland keiner gelungenen Modernisierung, sondern im Gegenteil: seiner Abgelegenheit, an der die gefährvollen Ströme der Modernisierung lange vorbeigegangen waren.

Drei archaische Merkmale heben sich vor allem ab. Einmal war der Krieg hier nicht zum Motor politischen Wandels geworden. Zwar sprachen in der nie endenden Auseinandersetzung mit England gelegentlich die Waffen, aber die von Schottland schlecht vorbereiteten Feldzüge pflegten rasch in Niederlagen zu enden. Für den bescheidenen Aufwand, der für den Mißerfolg nötig war, bedurfte es keiner ständigen Steuern. Und weil der Landesherr nicht auf Steuern drang, fehlte – zweites archaisches Merkmal – die Bedrückung durch einen ständig mehr fordernden Staat, fehlte auch das Anwachsen des staatlichen Apparates. (Für die Besetzung der wenigen Stellen in der Zentrale griff das Königtum noch lange mit Vorliebe auf geistliche Hände zurück.) Vor diesem Hintergrund hatte – drittes Merkmal – der Landadel keinen Anlaß, in der Zentrale Fuß zu fassen: sei es in Ämtern, die spärlich genug gesät und für Laien kaum zugänglich waren; sei es in Landesversammlungen, die in Staatsachen mitentschieden. Die Macht teilten sich die Stuarts – oft rüde, aber geschickt operierende, ausgleichende Herrscher – mit den lokalen Lairds. Die Masse der Gesellschaft war durch vertraglich fixierte Klientelbindungen mit den Großen der jeweiligen Gegend verknüpft.

Komplizierter wurden die Verhältnisse, sobald eine unterschiedliche religiöse Option die bislang so einheitliche Gesellschaft durchschnitt und auch politische Parteien sich anbahnten. Schließlich bezog 1603 der Weggang Jakobs VI. nach London sein schottisches Stammland in jene Problematik zusammengesetzter Staaten ein, auf die Helmut Koenigsberger in der gestrigen Diskussion hingewiesen hat. Nicht mehr, wie eh und je, ein König führte jetzt in Edinburgh die Zügel, sondern ein Regierungsgremium – noch dazu aus „neuen Männern“, die nicht wegen ihres vornehmen Ranges, sondern als Karrieristen der Zentralverwaltung hochgekommen waren.

b) Demgegenüber scheint Polen-Litauen um 1600 moderner. Denn hier gab es eine ständige Bedrohung durch Gegner im Osten. Es gab deshalb – im europäischen Maßstab vergleichsweise früh – Ansätze zu einem stehenden Heer und regelmäßige Reichstage, die es mit Steuerbewilligungen zu tun hatten, ohne die sich die militärischen Bedürfnisse nicht erfüllen ließen. Und über diese Reichstage, über die Steuerfrage hatte der regionale Adel gelernt, sich in Reichsangelegenheiten zu engagieren. Aber – und damit blieben der Modernität enge Grenzen gezogen – ein „Steuerstaat“ (im Sinne des dänischen Historikers E. Ladewig Petersen) wurde Polen-Litauen nicht.

Es blieb „Domänenstaat“, in dem der Herrscher das Gros der Staatsausgaben aus dem Krongut, aus den Mitteln des reichsten Grundbesitzers im Lande, zu bestreiten hatte.

Wie stürmisch sich Polen gerade am Ende des Jahrhunderts wandelte, spiegelt Johann Zamoyski, um den sich Tygielskis Referat dreht. Zamoyski begann als Tribun der Adelsdemokratie, der 1572/73 das Recht aller Szlachcicen auf Teilnahme an der Königswahl durchdrückte. Aber unter König Stefan Báthory mauserte er sich – über die Ämter von Kronkanzler und -hetman – zum mächtigsten Magnaten des Reiches. Das Netz von Folgern, das er knüpfte, nahm (deutlicher als alle anderen Gruppenbildungen seiner Zeit) den Typus der später landesweit ausgespannten Magnatenfaktionen vorweg. Das Beispiel Zamoyski zeigt: inmitten eines Staates, dessen Souveränität mittlerweile eindeutig beim Reichstag lag, war der altertümliche Typus magnatischer Macht erneut im Vormarsch.

Wo diese Entwicklung schließlich landete, hat Frau Zielińska anschaulich beschrieben. Im Litauen des 18. Jahrhunderts, dem am klarsten vom Magnaten gesteuerten Ostteil des Doppelstaates, rivalisierten zwei Adelsparteien, deren eine den litauischen Hetman Michael Radziwiłł, die andere (die sogenannte „Familie“) den litauischen Kanzler Michael Czartoryski zum Haupt hatte. Formal handelte es sich noch immer um eine Adelsdemokratie: mit Landtagen, auf denen (durch imperative Mandate gebundene) Abgeordnete für den Reichstag sowie Adelsvertreter für bestimmte Gerichtshöfe gewählt wurden. In Wirklichkeit wurden die „freien Wahlen“ von den Parteihäuptern und ihren Handlangern gesteuert, die alle Register von Patronage und Klientel zu ziehen wußten.

Ich möchte meinen, daß die Rolle dieser Bindungen in Polen-Litauen noch größer war als anderswo. Denn hier – und allein hier! – bogen sie die Entwicklung des Staates ab, traten sie nicht nur ergänzend (oder konkurrierend) neben andere Ordnungsformen. Vielmehr lieferten sie die eigentliche, alle geschriebenen Grundgesetze entwerfende, Ordnung des Staates. Um den Gang der polnischen Geschichte im groben Umriß nachzuzeichnen: bis zum Anfang (oder sogar bis zur Mitte) des 16. Jahrhunderts waren die Staatsgeschäfte zumeist vom König und vom bischöflich-hochadligen Gremium des Senats geführt worden. Die Szlachta (und besonders ihre Oberschicht, der mittlere Adel) hatte dieses Machtmonopol allmählich mit Hilfe eines Zweikammern-Reichstages aus den Angeln gehoben, dessen – dem *House of Commons* entsprechende – Landbotenkammer sie beschickte. Daß sich die Szlachta 1572–73 das direkte Königswahlrecht sicherte, bedeutete, wenn auch nur für den Adel, ein demokratisches Extrem, das in der Weltentwicklung erst durch die Wahl des Präsidenten der Vereinigten Staaten überholt werden sollte. Die – zeitweilig in Bedrängnis geratenen – Magnaten haben rasch den Gegenangriff angetreten. Nicht, indem sie die Ordnung, die sich eingebürgert hatte, aufzuheben trachteten: sie unterliefen sie vielmehr, indem sie auf dem adelsdemokratischen Klavier (oder Klavizimbel) ihre oligarchische Melodie zu spielen lernten. Parlamentarische Einrichtungen wurden so – über klug eingesetzte Patronagebeziehungen – zu magnatischen Werkzeugen umgeschmiedet.

Wenn die Initiative zu unserem Gespräch gerade von einem Polen, Antoni Mączak, ausgegangen ist, dann spielt dabei, so möchte ich meinen, mit, daß Patronage in den Gang der Geschichte seiner Heimat tiefer als anderswo eingegriffen hat.

c) Und nun zu Rußland. Als um 1700 die eigentümlich polnische Mischung von formalem Parlamentarismus und informeller Oligarchie ihre Endgestalt annahm, wurde der Nachbarstaat im Osten, das Zarenreich, von Peter dem Großen in eine kraß entgegengesetzte Form gezwungen. Sie war zwar durch eine – schon im 16. Jahrhundert offen zutage liegende – autokratische Tendenz vorbereitet, aber stellt doch auch einen tiefen, am zeitgenössischen Mittel-, Nord- und Westeuropa orientierten Bruch mit der russischen Tradition dar. Ein ohne Rücksicht auf soziale Herkunft zusammengesetzter Senat; die Rangtabelle als Hierarchieschema des Staatsdienstes; Gehälter statt Landausstattung und Naturalbezügen für die Beamten; schließlich (zumindest als Ziel) geordnete Prozeduren und funktional aufgeteilte Verantwortlichkeiten – das alles war beunruhigend neu, in Rußland wurzellos. Und als 1767 breitere, lange mundtot gehaltene Adelsschichten um ihre Meinung befragt wurden, plädierten sie, wenn sie eine personale oder familiäre Natur von Autorität befürworteten, für eine Wiederherstellung älterer Zustände.

Patronage und Bestechung, die einmal zur unbestrittenen Norm gehört hatten, standen seit Peter als kriminell abgestempelt da, ohne in der Praxis freilich zurückgedrängt zu werden. Selbst die Herrscher konnten den alten Usus nicht entbehren, und der Senat schritt lau genug ein: kein Wunder, wo sie doch selbst in der Patronagehierarchie eingebunden waren. Wenn eine Clique der anderen die Macht aus der Hand wand, wurde stets den Gestürzten illegale Günstlingswirtschaft vorgeworfen. Aber die Nachfolger wiederholten ohne Scheu, was die Vorgänger praktiziert hatten. Wie hätte sich sonst regieren lassen?

Erstaunlich bei dem allen, daß kein Versuch unternommen wurde, die von Petererschlagene Ordnung wieder aufzurichten. Vielleicht, weil die russischen Geistlichen keine Mullahs waren und so die Voraussetzungen für einen Chomeini fehlten.

Insgesamt: die modernste, am wenigsten eingeschlifene, (und vorerst vielleicht) unpopulärste der Ordnungen, die wir vergleichen. Ineffektiv war sie – hier mache ich mir ergänzende Bemerkungen von David Ransel zu eigen – trotz dieser Nachteile keineswegs. Die außenpolitisch-militärische Kraft Rußlands erscheint im 18. Jahrhundert, schon vor Katharina II., imponierend. Und die Härte, mit der die Führungsschichten aus Bindungen herausgerissen wurden, hatte auch positive, mobilisierende Wirkungen.

2. Fragen wir – in einem zweiten Vergleich – nach den Quellen, die uns für unser Patronagethema zur Verfügung stehen! Für Schottland kommt uns zu Hilfe, daß um die Aufnahme in eine Klientel in einem formellen Brief nachgesucht zu werden pflegte. (Erstaunlich dabei, daß sich für einen so häufigen, formellen Akt kein Briefformular, kein „Normwortlaut“ einspielte.) So haben wir – nach Jenny Wormald – ein sehr reiches, jeweils den speziellen Fall erläuterndes Quellenmaterial zur Verfügung. Geradezu überwältigend ist die Quellenfülle, aus der Tygielskis Studien über den Kanzler Zamoyski schöpfen konnten. Die rund 9000 Briefe an einen einzigen Adressaten, die meisten davon Bitten um Gunsterweise des Patrons, stellen für Polen einen einzigartigen Schatz dar. Ja, sie dürften auch in anderen Ländern derselben Zeit nicht so leicht ihresgleichen finden. Zofia Zielińska macht keine Angaben, in welchen Quantitäten uns Zeugnisse für Klientelbeziehungen im Litauen des 18. Jahrhunderts

zu Gebote stehen: vermutlich in ausreichend großen Zahlen, um das Bild dieser geradezu klassischen Patronagegesellschaft mit aller nur wünschbaren Feinheit nachzuzeichnen.

Erstaunlich gegenüber den drei erfreulich gut dokumentierten „Fällen“ ist die Quellenarmut, die – nach Ransel – für das gleiche Phänomen in Rußland bis weit ins 18. Jahrhundert gilt.

Die möglichen Gründe haben wir beide in einem Privatgespräch durchdiskutiert. Kaum anzunehmen ist, daß die Korrespondenz zwischen Patron und Klient einmal eine reich vertretene Quellengattung darstellte, von der sich leider (aufgrund ungünstiger Überlieferungsbedingungen) nur dürftige Reste erhielten.

Eher ist wohl anzunehmen, die Beziehungen seien in der Regel lange ohne schriftlichen Niederschlag geblieben. Ransel möchte dafür die Spärlichkeit von Schulen verantwortlich machen. Da Staat und Kirche aber sehr wohl in bestimmten Bereichen eine imponierende Schriftlichkeit entfalteteten und dafür auch Schreibkundige fanden, will mir mehr einleuchten, daß in der russischen traditionsbestimmten Gesellschaft der private Bereich zäh an der alten korrespondenzarmen Umgangspraxis festhielt. Hätte man das Bedürfnis empfunden, mehr daraus in Briefen zu fixieren, dann hätte sich das wohl auch unter russischen Verhältnissen schon recht bald verwirklichen lassen.

3. Betrachten wir die Zwecke, denen die Klientelbindungen dienten, so dürfte sich für alle unsere „Fälle“ ein ähnliches Bündel ergeben. Überall erscheint nicht nur der Schwächere auf Schutz und Förderung durch einen Stärkeren erpicht, sondern auch der Honoratior war um einen zahlreichen Anhang bemüht. Überall wäscht, auch wenn es ein Austausch zwischen Ungleichen bleibt, eine Hand die andere. Das Grundmuster von Patronage ist – das zeigen unsere Fälle exemplarisch – in Raum und Zeit sehr ähnlich. (Nicht verallgemeinerbar bleibt, daß im Schottland des 16. Jahrhunderts und im Litauen des 18. Jahrhunderts faktisch *jeder* Adlige in eine Klientel eingebunden war.)

Die Vorteile, die mit Hilfe von Patronage hereingespielt werden sollten, erscheinen freilich in unseren Beispielen nicht in gleicher Weise gestaffelt. Zu prüfen bleibt, wie weit das durch die Unterschiedlichkeit der herrschenden Verhältnisse und wieweit durch die Tatsache bedingt ist, daß die einschlägigen Quellen nicht denselben Wirklichkeitsausschnitt widerspiegeln. Wenn Mrs. Wormald betont, der schottische Klient habe von seinem Patron – vor allen materiellen Hilfen – Beistand in Fehden erhofft, so entspricht das gewiß archaischen Landesbedingungen, in denen blutige Clan-Auseinandersetzungen den Alltag bestimmten, und Ämter und Würden, zu denen ein Patron den Weg ebnen konnte, nur in kleiner Zahl zur Verfügung standen.

Daß aber in den Briefen an Johann Zamoycki die Bitten dominieren, der Kanzler und Hetman möge für seinen Klienten diesen oder jenen königlichen Gunsterweis (darunter vielfach eine Amtsverleihung) erwirken, darf nicht vorschnell als Beweis gewertet werden, die Dinge seien in Polen gänzlich anders gelagert gewesen. Sehr wohl möglich ja, daß ein Klient, der Hilfe in einer – auf dem Boden Polen-Litauens mitnichten seltenen – Clan-Auseinandersetzung brauchte, keinen Brief an den Spitzenmann der Klientel zu richten pflegte, sondern sich dann an dessen örtlichen Vertrauensmann hielt.

4. Markante Unterschiede zeigen unsere Beispiele, wenn wir danach fragen, welche Optionen jemandem für den Eintritt in die Klientelbindungen offenstanden. In Schottland schloß man sich weitgehend an den einen Laird an, der in der jeweiligen Gegend das Sagen hatte. Hier haben wir es mit einer regionalen Gesellschaftsformation zu tun, die einem Stamm mit einem Häuptling an der Spitze nahekommt. Rein ausgeformt erscheint dieser archaische Typus auch in Schottland freilich nicht, denn die häufigen Fehden beruhten nicht zuletzt darauf, daß die Klientel des einen Laird in den Machtbereich eines Nachbar-Lairds hineinreichte.

In Polen-Litauen um 1600 waren in den meisten Gegenden mehrere Magnaten und damit mehrere Klientelmöglichkeiten vertreten. Ein so weitgespanntes und dichtes Patronagenetz wie das von Johann Zamoyski stand in seiner Zeit noch einmalig da. Einen Sonderfall anderer Art stellt Litauen im 18. Jahrhundert dar, wo sich die Gesellschaft in zwei große Patronatsverbände (mit abweichender sozialer Fundierung) polarisierte. In Polen, dem anderen Teil des Doppelstaates, dürften auch in der Zeit der Sachsenherrscher noch erhebliche Spielräume in der Patronatswahl fortbestanden haben. Das wird wohl auch für Rußland gelten dürfen.

5. Ein letzter Vergleich: Welche Umstände begünstigten eine kräftige Entfaltung des Klientelwesens? Hier zeigt die Gegenüberstellung von Schottland im 16. und Rußland im 18. Jahrhundert, daß Patronage unter kraß abweichenden Bedingungen unentbehrlich werden konnte: in Schottland archaische und relativ stabile Verhältnisse; in Rußland dagegen eine ins Rutschen gekommene Staats- und Gesellschaftsordnung, ein hohes Maß an Unsicherheit, namentlich in Adelskreisen. Das Phänomen, das wir untersuchen, war offenbar nicht mit eingrenzbaaren „Lagen“ gekoppelt, sondern im Wechsel der Umweltbedingungen von erheblichem, gelegentlich sogar steigendem Wert.

*Jenny Wormald*

## Laisser-faire Government and Local Patronage: Scotland, Sixteenth to Early Seventeenth Century

*"I love justice, and would that every man  
Had that which rightly does to him pertain,  
Yet all my kin, my allies or my clan  
In right or wrong I must always maintain."<sup>1</sup>*

Thus wrote Alexander Arbuthnott, principal of King's College, Aberdeen, in 1569, one of the very few voices raised in criticism of clientage in early-modern Scotland. The point of the criticism is revealing. For Arbuthnott was not talking about clientage relationships which were bound up with political aspirations or power. He was concerned with local kin-based clientage such as had existed in Scotland as far back as we know, and whose clearest expression lay in the private judicial procedures associated with the bloodfeud. By the end of the sixteenth century, he might have had different things to say; the religious and political convulsions which shattered the traditional structures of the state in the late sixteenth and early seventeenth centuries were already clearly detectable when he wrote, and were to become by the 1580s and 1590s too insistent to be ignored. By then, we can begin to view patronage and clientage in Scotland in a way familiar to historians of other early-modern societies; political factions had for the first time become a permanent major force. Before this period, two related factors had come together to produce a remarkably decentralized state, in which men's horizons were to an unusual degree those of their local communities. Until the late sixteenth century in Scotland, by far the best evidence we have for patronage and clientage is the unique collection of agreements made between local lords and local gentry, unparalleled in the extent of their survival: 800 bonds known as bonds of "manrent" – allegiance – and maintenance, which give us a remarkable picture of the pattern of clientage as it existed within the communities which made up the fissiparous kingdom of Scotland<sup>2</sup>. This article will seek to do two things. First, it will indicate the reasons why Scotland, a small and remote kingdom not naturally much noticed by the greater powers of Europe, was astonishingly stable and successful internally – thus giving it the energy to make an impact on the world outside – precisely because of the

<sup>1</sup> This quatrain is quoted as the frontispiece to *R. W. Munro, Kinsmen and Clansmen* (Edinburgh 1971).

<sup>2</sup> These bonds are discussed in detail and calendared in my book, *Jenny Wormald, Lords and Men in Scotland: Bonds of Manrent, 1442–1603* (Edinburgh 1985).

combination of relatively light control from the government and a network of local communities with clearly delineated patronage systems. And second, it will argue that it was when Scotland "came up to date" in a rapid movement in the late sixteenth and early seventeenth centuries, and local patronage became enmeshed in and complicated by the infinitely more fluid patronage groups created by political faction at the "centre", that stability was significantly undermined, and Scottish self-confidence lost.

The *laissez-faire* attitude of the government arose from an extraordinary mixture of bad luck and fortunate circumstance. The bad luck was the terrible repetition of minorities in the royal house; the only king from 1406 to 1625 who did not start his reign as a minor, or in the case of James I as an absentee king who was an English prisoner for eighteen years (1406–24), was James IV. The famous text from Ecclesiastes, "Woe to thee, O land, when thy king is a child", has become an historical cliché, with a great deal of justification behind it. Yet despite the appalling record of minorities in Scotland – surely the worst in Europe – neither the crown nor the kingdom suffered the grievous effects which might have been expected. For the relatively high level of autonomy in the local communities meant that the minorities caused little dislocation within the kingdom as a whole. They did indeed produce short-lived bursts of political faction-fighting, but one can hardly regard the cultivation of men whose usefulness was necessarily temporary as having much to tell us about the significance of Scottish patronage and clientage; the group built up by Archibald earl of Angus in 1526, for example, when he seized the young James V and thereby established himself at the head of the minority government, was visibly collapsing within a year, mainly because Angus did not treat his supporters as a patron should, and their clientage brought them nothing except the impotent realization that having helped him to supreme power, they were now kicked aside<sup>3</sup>. But the minorities did have a profound effect on monarchical government. The Stewart kings were extremely able and often ruthless men, whose periods of personal rule left no doubt about their power, and the respect in which the monarchy was held. But that power was never exercised for long enough to allow the crown to build up anything approaching autocratic kingship; and although in each reign individuals might suffer at the hands of the king, there was never any collective onslaught on the power of local lords and patrons. On the contrary, the crown, by a policy of intelligent co-operation, gave its backing to local patronage as exercised by families whom it could trust. In the problematic outlying areas of the kingdom, the west and northern highlands, it used the greatest magnates, the earls of Argyll and Huntly, as its lieutenants, encouraging them to build up and extend their affinities as a means of imposing royal control in the localities; in 1501, for example, James IV commanded Alexander earl of Huntly to take bonds from all the leading nobility north of the Mounth in the king's name<sup>4</sup>. It was a policy which undoubtedly paid off; both these families had a record of loyal service to the crown which extended,

<sup>3</sup> This episode is described by *Gordon Donaldson*, *Scotland: James V to James V* (Edinburgh 1965) 39–41.

<sup>4</sup> *Registrum Secreti Sigilli Regum Scotorum*, ed. *M. Livingstone and others* (Edinburgh 1908 –) vol. 1 no. 722.

virtually without interruption, for a century and a half. Both king and earls got what they wanted; the crown's authority was upheld, an acceptable level of local stability was maintained whether there was an adult king on the throne or not (the incidents of breakdown of that stability being related more to local politics and tensions than to the problems of minority government), and the earls' local pre-eminence was assured.

The fortunate circumstance was that early-modern Scotland was exceptionally peaceful. War with England ceased to be a continual threat in the late fourteenth century. Thereafter, although there were occasional clashes with English armies, which normally resulted in defeat for the Scots and sometimes in disaster, as at the battle of Flodden in 1513, there was no serious military challenge to Scotland; nor was the Scottish crown in any position to emulate its more powerful and wealthy contemporaries and embark on foreign campaigning. If the periods when there was no adult king at all reduced pressure from the government on the localities, so also did the lack of demands made by the kings themselves; Scotland, for example, did not begin to experience the regular taxation which was such a notable feature of England and France, until the last two decades of the sixteenth century, and it was not often called upon to produce armies. The fact that the local communities were not expected to provide men or money for ambitious kings meant that the crown was less vulnerable than more centrally governed countries to resistance from the communities. It also meant that there was less interest in the government, for there was less incentive for men to insist on their voices being heard in matters which directly affected their pockets, or their lives; one only has to compare the vociferous English house of Commons and the relative lack of enthusiasm by the gentry to turn up to the Scottish parliament to see the effect of a less demanding government.

The Scottish crown was therefore engaged in a curious and remarkably successful balancing act. The historical accident which produced in early-modern Scotland a genetically stable local aristocracy and a monarchy whose periods of direct rule were repeatedly interrupted had the effect of creating a kingdom which was itself unusually stable, standing somewhere between a state like Burgundy, visibly much more brilliant, but also much weaker because it was "a series of contiguous lordships ... (which) could not coalesce to form the true semblance of a kingdom"<sup>5</sup>, and a centralized kingdom like England. The crown was a focal point rather than a ruler, presiding over rather than seeking to control directly the disparate areas of its kingdom. Such a role was long regarded by historians of Scotland as evidence of the weakness of the Scottish monarchy. But as even the most powerful of European or English rulers in the early-modern period never had the resources to impose their authority throughout their kingdoms, the position of the Scottish crown should be seen, rather, as paradoxically a source of strength; for it was less vulnerable than its contemporaries to resistance stirred up among the governed. The crown was, of course, a major source of patronage, but its patronage was channelled into the localities. That was also the case elsewhere. The difference in Scotland was that men did not also voraciously seek its patronage at the centre, at court and in government place; the corruption which was a

<sup>5</sup> *Maurice Keen, The Pelican History of Medieval Europe (Harmondsworth 1969) 272-3.*

feature of more “developed” contemporary societies existed, up until the late sixteenth century, at a comparatively low level. As the crown did not oppress, so it was not itself oppressed.

Lack of oppression was also a key factor in local patronage. Indeed, again because of a particular historical circumstance, the emphasis in Scotland was on patrons seeking clients rather than clients patrons. The balance of power within the state had been seriously distorted in the late fourteenth and early fifteenth centuries because of the dominant position first of the vast kingroup of the king who began the Stewart line, Robert II (1371–90), and then of the mighty family of Douglas; the Stewarts by 1424 had got their hands on more than half of the fifteen Scottish earldoms, and in the 1440s three Douglas brothers were earls<sup>6</sup>. In both cases, the crown attacked. The Stewarts were deprived of much of their power by James I, and the Douglasses annihilated by James II, with the backing of lesser men whose chance of reaching high position and power within their own localities would only come with the removal of these families<sup>7</sup>. After the fall of the Douglasses in 1455, no family was ever again to achieve such a concentration of power. The peerage, seriously depleted by the mid-fifteenth century, was now reconstructed on a much wider base. But the “new men” of the late fifteenth and sixteenth centuries, the earls of Huntly, Erroll, Argyll, lord Oliphant, lord Maxwell and many others, had to create their own patronage networks by attracting men who had formerly been their social equals. They did so in the only way open to them. They offered their protection, guaranteed by written bonds of maintenance; in return, they sought allegiance, expressed in bonds of manrent<sup>8</sup>.

It would be quite misleading to suggest that early-modern Scottish clients were interested only in protection. But it is a notable feature of Scottish clientage that material benefits played a remarkably small part in establishing the relationship between patron and client. The men who were now drawn into the affinities of the new lords were themselves already established within the local communities. Thus it was less the case that lords gave local offices than that they sought bonds from men who already held office. Alexander Bannerman of Waterton was a sheriff-depute of Aberdeenshire, for example, when he gave a bond of manrent to William master of Erroll in 1504, as was John Leslie of Syde who similarly bound himself to George earl of Huntly in 1541<sup>9</sup>; at no time did anyone get this office as a result of making a bond to one of

<sup>6</sup> *Ranald G. Nicholson*, *Scotland: The Later Middle Ages* (Edinburgh 1974) 185–7, 330–2. *Alexander Grant*, *Independence and Nationhood: Scotland 1306–1469* (London 1984) chapter 7.

<sup>7</sup> *Jennifer M. Brown* (now Wormald), *Taming the Magnates?* in *The Scottish Nation*, ed. *Gordon Menzies* (London 1972) 49–54, and *The Exercise of Power, in Scottish Society in the Fifteenth Century*, ed. *J. M. Brown* (London 1977) 47–51. *Norman Macdougall*, *James III: A Political Study* (Edinburgh 1982) 17–31. *The Asloan Manuscript*, ed. *W. A. Craigie* (Scottish Text Society, Edinburgh 1923) vol. 1, 239–41.

<sup>8</sup> *Wormald*, *Lords and Men*, 49–51.

<sup>9</sup> *Records of the Sheriff Court of Aberdeenshire* (New Spalding Club, Aberdeen 1904) vol. 1, 430–63. *Scottish Record Office*, Edinburgh, Erroll Charters, “Bonds of Manrent” 18; *Gordon Castle Muniments*, GD 44 13.8.19. *Miscellany of the Spalding Club* (Spalding Club, Aberdeen 1841–52) vol. 2, 261–2, vol. 4, 205.

these lords. The exchange of bonds of manrent and maintenance might be directly accompanied by a tangible reward, a grant of land or occasionally money in the form of a pension or a lump sum; thus, for example, Gavin Dunbar, archbishop of Glasgow, followed up his bond of maintenance of 8 December 1527 to George Maxwell of Cowglen by entering him into the lands of Govan on 10 December<sup>10</sup>. Yet of all known bonds, only one-tenth were given in return for land, and a mere handful for money. The basis of the relationship must be explained in different terms.

We get a much better insight into the Scottish situation from the emphasis in the bonds themselves on the personal nature of the relationship which they articulated. In 1545, for example, James Kennedy of Blairquhan bound himself "be the faith and trewth in my body lelelie and treulie ... in manrent and service for all the dais of my life" to James earl of Arran. He did this because Arran "is bundin and oblist to supple manteine and defend me and tak my afald trew parte in all my actionis causis and querelis lefull and honest as his gracis lettres of mantenance maid to me therupoun beris, and als has done and gevin to me sindry gratitudis profitis thankis and plessis"; and for that, he promised that "I sall nowyr wit se heir nor know my said lord and maisteris harme skaith danger nor apperand perell bot I sall warne him therof als sone as I may gudlie and I sall stop and let it at my power; and sall gif him the best consale I can quhen I am requirit and sall concele the counsale he schewis to me; and I sall ride and gang with my said lord and maister and for him; and tak his afald lele and trew part in all his actionis causis and querelis lefull and honest aganis all that levis and de may"<sup>11</sup>. This is a very typical example of the hundreds of bonds which have come down to us. It is not, however, an exemplar, and this is an important point; the very fact that there was never a standard text, but instead endless variation in the order of the clauses and the particular words and phrases used, is itself a valuable reminder of the highly personal and individual nature of each agreement which was recorded when a bond was made.

The personal assistance on which so much stress was laid could take numerous forms. An earlier Kennedy of Blairquhan had bound himself in 1524 to Colin earl of Argyll in part because Argyll gave up his own claim to Kennedy's lands<sup>12</sup>. In 1586, George earl of Huntly put into practical effect his patronage of Donald Robertson, apparent heir of Struan, when he procured from James Menzies of that ilk such right and

<sup>10</sup> *William Fraser, Memoirs of the Maxwells of Pollok, vol. 1 (Edinburgh 1863) 257-8.*

<sup>11</sup> Muniments of the Duke of Hamilton at Lennoxlove, Box 102. - (Translation of the Middle Scots quotation: "by the faith and truth in my body loyally and truly ... in manrent and service for all the days of my life" ... "is bound and obliged to supply maintain and defend me and take my sincere true part in all my actions causes and quarrels lawful and honest as his grace's letters of maintenance made to me thereupon bears, and also has done and given to me sundry gratitudes profits thanks and pleasures" ... "I shall never be aware of, see hear nor know my said lord and master's harm scathe danger nor apparent peril but I shall warn him thereof as soon as I well may and I shall stop and prevent it at my power; and shall give him the best counsel I can when I am required and shall conceal the counsel he shows to me; and I shall ride and go with my said lord and master and for him; and take his sincere loyal and true part in all his actions causes quarrels lawful and honest against all living men (literally, all that live and may die).")

<sup>12</sup> Muniments of the Duke of Argyll at Inveraray Castle: Argyll MSS.

title as he had to Struan, and confirmed it to Donald and his heirs<sup>13</sup>. An advantageous marriage such as that between Agnes Stewart, daughter of Alexander Stewart of Garlies, and Stewart's lord, John lord Maxwell, was another kind of "gratitude" or "profit"<sup>14</sup>. One may multiply examples of this kind of thing. It is infinitely more difficult to get behind these specific instances of patronage, to the informal dealings, the conversations and discussions between patrons and clients. Once in Scotland the veil is lifted slightly, to give us a glimpse of the activities of a great lord on a day devoted not to great affairs but to domestic pursuits; and the only reason we have an account of such activities is that the day in question was the day of the death of George, fifth earl of Huntly (19 October 1576), and that after the death, which took place with dramatic suddenness – the earl having been "never mirriare . . . nor better in health" – strange and supernatural events struck terror into the inhabitants of Huntly castle. But the opening section of this splendid sixteenth-century ghost story is well worth quoting because of its prosaic and yet remarkable indication of the way in which clients came to their patron for advice. It should be said here that the people mentioned in the following quotation, including the earl of Sutherland, Huntly's brother-in-law, were clients of Huntly; Huntly was Sutherland's protector in the legal battle over the Sutherland estates between the earl and another claimant.

" . . . the erle of Sudderland and his sister (that is, Sutherland's wife and Huntly's sister) had bene all nyght with him, and war riddin south; after thare departour, he past to ane huntis . . . and come hame agane to his denner . . . At the denner he cryed for ane futeball, that he micht play efter none . . . The auld larde of Grant come in, and brocht with him the lord Adam Gordoun. As thair denner was preparand agane, and were dynand, the erle himself was verie busie tryand out the maner of ane appointment that was betuixt the larde of Cowbardie, callit Murray, and his mother, wha was mareit to one called Car, quhilk was ane suddart to the said erle and his brother Adam, in the time of weir. This mater, with sindrie utheris that he was speikand and directand, and the enterteanement of the lard of Grant, pat off the day while betuixe thrie and four houris efter none, and then he enterit to the fute ball . . ."<sup>15</sup>

Whereupon he collapsed, and died a few hours later. But apart from that dramatic event, we may take it that the entertainment, the receiving of guests, the discussion of business with his kinsmen and clients, were very much a part of the life of any major patron – even to the extent of keeping him away from his own sport!

<sup>13</sup> Scottish Record Office, Gordon Castle Muniments, GD 44 13.8.39. Miscellany of the Spalding Club vol. 4, 235–6.

<sup>14</sup> *William Fraser*, *The Book of Carloverock*, vol. 2 (Edinburgh 1873) 448.

<sup>15</sup> *Richard Bannatyne*, *Journal of the Transactions in Scotland, 1570–1573* (Edinburgh 1806) 483–4. – (Translation of the Middle Scots quotation: ". . . the earl of Sutherland and his sister had been all night with him, and had ridden south; after their departure, he passed to a hunt . . . and came home again to his dinner . . . At the dinner he called for a football, that he might play after none . . . The old laird of Grant came in, and brought with him the lord Adam Gordon. As their dinner was preparing again, and (they) were dining, the earl himself was very busy trying out the manner of an appointment (debate, negotiation) that was between the laird of Cowbardie, called Murray, and his mother, who was married to one called Carr, who was a soldier to the said earl and his brother Adam, in the time of war. This matter, with sundry others that he was speaking (about) and directing, and the entertainment of the laird of Grant put off the day (in the sense of delayed him) until between three and four hours after noon, and then he entered to the football . . .")

Above all, personal assistance was sought and given in cases of dispute and feud. Alan Cameron of Lochiel obtained from his lord, George sixth earl of Huntly, in 1591, the promise that his feud with the Grants of Freuchy and the Mackintoshes of Dun-nachten would not be forgotten when Huntly made his peace with these families, and that indeed no peace would be made at all until Cameron obtained satisfaction<sup>16</sup>. It was an accepted commonplace that lords acted as arbiters in the disputes of members of their affinities; between 1558 and 1573, the earls of Argyll spent considerable time unravelling the affairs of the Macleods of Dunvegan, the Macdonalds of Dunivaig and the Macleans of Duart, which stemmed from, among other things, disputed succession to the lands of William Macleod of Dunvegan, who died in 1553 leaving a daughter and a brother both of whom had claims to his estate, and leaving the further complication of the daughter's wardship and marriage<sup>17</sup>. And they forced those who had committed crimes to compensate their victims.

This crucial aspect, the endless oiling of the wheels of justice – the justice of the feud – takes us to the heart of Scottish lordship and patronage<sup>18</sup>. For lords were acting literally *in loco consanguinei*, and taking on the ancient role of the kin in the settlement of feud. It was for that reason that patronage was conceived of in highly personal terms. The power and the strength of the obligations of kinship survived throughout the sixteenth century as the most important force in local society, and indeed, for a few families like the Hamiltons, heirs presumptive to the throne, in national politics as well. Members of kingroups did not give written bonds to the heads of their kin; they did not need to, for their obligations were fundamental and could remain unwritten except in the rare cases of a breakdown of the relationship. To that group were added those who were not of the kin, or at the most very remote kinsmen. They did make bonds, and were received into their lord's affinity "as his awin sone" as one bond expressed it<sup>19</sup>. The connection between patronage and kinship is clear enough; early-modern society was very far removed from what Lucy Mair has described as "the modern theory ... (that) it may not be wrong that people should want to help their kinsmen, but that it is wrong that they should be able to"<sup>20</sup>. Where there is debate is in the extent to which kinship and lordship conflicted with one another. In Scotland, there is no doubt that the second was seen entirely as an extension of the first. When a lord gave his patronage to his men, he took on the responsibility which he already had to his kinsmen; his clients were drawn in to the circle of his kin.

It was indeed this strongly personal element in lordship, its link with kinship, which produced the very clear-cut patronage networks of early-modern Scotland. Because

<sup>16</sup> Scottish Record Office, Gordon Castle Muniments, GD 44 13.9.9. Miscellany of the Spalding Club vol. 4, 245.

<sup>17</sup> *Wormald*, Lords and Men, 108–14. For a rather different interpretation of the role of the earls of Argyll in this period, *Edward J. Cowan*, Clanship, Kinship and the Campbell Acquisition of Islay, in: *Scottish Historical Review* 58 (1979) 132–57

<sup>18</sup> *Jenny Wormald*, Bloodfeud, Kindred and Government in Early Modern Scotland, in: *Past and Present* 87 (May 1980) 54–97. *Keith M. Brown*, *The Bloodfeud in Scotland, 1573–1625* (Edinburgh, 1986).

<sup>19</sup> Scottish Record Office, Curle Collection, GD 111/IV/3.

<sup>20</sup> *Lucy Mair*, *Primitive Government* (Harmondsworth 1970) 237

the real advantage to any client was that behind him stood the powerful figure of the head of his kin or his lord, bound to give him protection and assistance, rather than immediate material reward, the great weakness of that more famous form of lordship, feudal lordship, which by definition involved the granting of a fief, was eradicated. Men did not seek a number of lords from whom they would get land. They bound themselves to one lord, from whom they would get maintenance (which in Scotland meant personal protection, without any of the sinister implications sometimes associated with it as used of late-medieval English society). It was not that early-modern Scotsmen were more naturally loyal than their "feudal" predecessors. Rather, the inducements which had encouraged vassals to attach themselves to more than one lord, and which had therefore created conflicting loyalties, had almost entirely disappeared. Moreover, there was no conflict between kindred and affinity. Members of the greater kindreds did not look for patrons other than the heads of their kin; it was members of lesser kingroups who bound themselves to the heads of the greater, bringing with them their own "kin, freinds allya and dependers". It is, of course, more accurate to say that this brought clarity to the structure of local society rather than peace to society. A lord might have an unusually high degree of reliance on his followers and dependents, but if his help was sought, or indeed if he sought their help in his own quarrels, then feud was likely to result as well as to be resolved. The great early sixteenth-century theologian turned historian and social commentator, John Major, was well aware of the economic distress caused by feuding. But he was also conscious, and even perhaps rather proud, of the devotion of at least the more substantial peasantry to their lord; they too were imbued with the idea of personal connection, which inculcated in them a sense of freedom rather than oppression<sup>21</sup>. It was, indeed, because of the extensive personal ties which bound men together, not just within the higher echelons of society, but driving down into its lower ranks, that there was never any "class" conflict in Scotland, no outbreaks of what are called, rightly or wrongly, peasants' revolts – just as absence of oppression by the crown prevented the creation of aristocratic coalitions against it, such as happened in France.

Within the localities, the patronage of a powerful lord was sought not only by gentry and lesser men, but also by the burghs. The small burghs in particular stood to gain much. The little north-eastern towns of Nairn, Banff and Cullen all turned to the local lord for protection, lord Fraser of Lovat in the first case, and the Ogilvies of that ilk and of Dunlugus in the others; and in the south, Annan and Renfrew did likewise, with lord Maxwell and the earl of Argyll<sup>22</sup>. The more important burghs, tightknit communities which were distinctly touchy about their autonomy under the king, were more resistant; but even as wealthy a burgh as Aberdeen sought the protection of the earls of Huntly<sup>23</sup>. Patronage in this case was clear enough; the protector would keep

<sup>21</sup> *John Major*, *A History of Greater Britain, 1521* (Scottish History Society, Edinburgh 1892).

<sup>22</sup> *Miscellany of the Spalding Club*, vol. 5, 288. *The Annals of Banff* (New Spalding Club, Aberdeen 1891–3) vol. 1, 20–1. *Fraser*, *Book of Carluherock*, vol. 2, 496–7. *Muniments of the Duke of Argyll at Inveraray*.

<sup>23</sup> Extracts from the Council Register of the Burgh of Aberdeen (Spalding Club, Aberdeen 1844–48) vol. 1, 22.

them free from the interference of others in their affairs. A place like Banff, enticing Ogilvy support with the inducement of offices, or the best fishings of their waters, would thereby ward off the attempts by other lairds to get too strong a hold on precisely these things. For Aberdeen, where the prizes were better, the stakes were higher and the would-be interferers more powerful. Because of burghal jealousies about their own privileges, the relationship between them and their patrons was more uneasy than that of the gentry with their lords<sup>24</sup>. Nevertheless, the compromise which encouraged them to allow one lord in to keep others out worked well, and was accepted by both sides<sup>25</sup>.

The factors which were to have a profound effect in disrupting the relatively clear-cut patronage networks of the localities, grafting onto them the much more complex patronage of government and political faction, may be readily enough identified as the traumatic process of the Reformation movement, and the single most dramatic political event of the period, the departure of the king to London in 1603. Yet behind both lay a quieter development, but one which was perhaps the most radical of all, and which has rightly been described as a "silent revolution"<sup>26</sup>: the appearance of a literate laity. The reasons for the growing interest of the laity in becoming literate rather than employing others to read and write for them are as difficult to explain in late-medieval and early-modern Scotland as in any other society. The first evidence of it comes from the 1390s, in the will of Sir James Douglas of Dalkeith, which makes it clear that this man was an owner, lender and borrower of books<sup>27</sup>; and it may be that he, and those who followed his lead in the course of the next two centuries, were motivated by the desire not to appear backward compared to their contemporaries in the major kingdoms of Europe, among whom Scotland had the self-confidence and temerity to rank itself. All that is certain is that there was a revolution in lay attitudes. In the mid-fifteenth century, it was still largely the case that the clergy still almost exclusively fulfilled the dual role of being the literate élite on the one hand, and on the other, the literate servants of their lay masters. By the mid-sixteenth, those lay masters no longer regarded reading and writing as in any sense servile or unmanly. The gulf between cleric and layman was now giving way to the gulf between the literate and the illiterate layman; and it was the literate layman who was to make his mark on the world<sup>28</sup>. This revolution was not only a direct cause of the infiltration of the laity into central government, ultimately to the exclusion of the clergy. It was the essential pre-requisite.

<sup>24</sup> For example, relations between the burgh of Aberdeen and the earls of Huntly were visibly strained in the 1520s and again in the 1540s and 1550s when the burgh felt that the earl was demanding too much: Register of the Burgh of Aberdeen vol. 1, 217-8, 307-8, XXX-VI. B. McLennan, *The Reformation and the Burgh of Aberdeen*, in: *Northern Scotland* 2 (1976-7) 119-44.

<sup>25</sup> *Wormald, Lords and Men*, 137-43.

<sup>26</sup> *Grant G. Simpson, Scottish Handwriting, 1150-1650* (Edinburgh 1973) 12.

<sup>27</sup> *Registrum Honoris de Morton* (Bannatyne Club, Edinburgh 1853) vol. 2, 181.

<sup>28</sup> The subject of lay literacy is discussed in *Jenny Wormald, Court, Kirk and Community: Scotland, 1470-1625* (London 1981) 68-71 and in chapter 9; and *Simpson, Scottish Handwriting*, 8-12.

In the fifteenth century, Scottish central government was still dominated, to a far greater extent than that of England or France, by the professional clerics; they were the core, to which amateur laymen sometimes added themselves. Signs of change are detectable by the end of the century. In the last two decades, the chancellorship was held by three earls, Argyll, Angus and Huntly. It was a remarkable innovation, and one which was reversed after 1501; but they, and a few other lesser laymen whose names appear among the lawyers and administrators, were the men of the future<sup>29</sup>. James V's government in the 1530s was the last of the old kind; and there was enough adverse comment about the predominance of churchmen to suggest the attempt to dam up a rising tide<sup>30</sup>. The king's council, the law courts, were to become the preserve of laymen after James's death in 1542, laymen looking for the secular rewards of earldoms, lordships and offices where before the expectations had been benefices and, for the most successful, bishoprics<sup>31</sup>. A *noblesse de robe* was gradually coming into being; sons of lairds and cadet branches of families of lairds were beginning to move into Edinburgh to train in the law and to make a career in the king's government. Most notable was Thomas Hamilton, whose family had established itself in Edinburgh early in the sixteenth century, whose father and brother were lords of Session (the supreme civil court), and whose own career as a lawyer and administrator brought him to the office of secretary to James VI in 1612, and to the peerage as lord Binning in 1613 and earl of Melrose in 1619. By that time, patronage for one's kinsmen was now part of the legal world of Edinburgh, where families like the Hamiltons, Murrays, Hopes and others were creating legal dynasties; patronage for men seeking office and place at court was also part of the very changed world of Scottish government<sup>32</sup>.

The impact of the Reformation on the secular structures of Scottish society and the aspirations of its leading members was complex and double-edged. Old certainties disappeared for good; and these certainties included traditional social assumptions, for the new and astonishingly confident Kirk not only took unto itself some of the responsibilities which had hitherto been the preserve of kin and lord, such as local discipline and care for the poor, but also launched a major onslaught on the formerly unchallenged rights of the kin and the lord to control their followers. Yet the process took time. It was the very strength of kinship and local patronage which does much to explain why the Scottish Reformation was less bloody and violent than in at least some other European countries; there were no extensive persecutions by either side, no wars of religion, no abrupt dissolution of the monasteries. Traditional loyalties and responsibilities continued to cut across new religious divisions; the Catholic earl of Eglington was prepared to make a bond of friendship with the Protestant lord Boyd in

<sup>29</sup> *A. L. Brown*, The Scottish "Establishment" in the Later Fifteenth Century, in: *Juridical Review* 23 (1978) 89–105. *G. Donaldson*, The Legal Profession in Scottish Society in the Sixteenth and Seventeenth Century, in: *Juridical Review* 21 (1976) 1–19. For the list of Scottish chancellors, *Handbook of British Chronology*, ed. *F. M. Powicke and E. B. Fryde* (London 1961) 176.

<sup>30</sup> *Donaldson*, James V to James VII, 55.

<sup>31</sup> *Jenny Wormald*, James VI: New Men for Old? in: *Scotia* 2 (1978) 73–4.

<sup>32</sup> For details of these legal families, *G. Brunton, D. Haig*, The Senators of the College of Justice (Edinburgh 1832).

1563, as the final act of settling a feud between their families, for whatever the new church said, it was still their right and their duty<sup>33</sup>. The extraordinary nature of the initial attempt to finance the Kirk is a reflection of precisely the same force; the unreformed clergy held on to two-thirds of their revenues, leaving one-third to be divided between the crown and the new church, for even Protestant magnates would not immediately deny their kinsmen and clients their livelihood<sup>34</sup>. Equally, the localism of society militated against any real chance of a Counter-reformation, despite the presence of a Catholic queen in the years immediately following the Protestant achievements of 1559–60 and the continuing strength of Catholicism; that localism was, paradoxically, to help the Kirk as it struggled to establish itself. For in areas like the north-east or the borders, where powerful Catholic magnates like the earls of Huntly and Erroll or lord Maxwell could and did protect their Catholic followers, clergy and laity, the new church, throughout the remaining years of the sixteenth century and into the early years of the seventeenth, fulminated largely in vain. But at no time did these groups of Catholics join together to create anything more positive than mere survival at local level; and as Catholicism remained localized, so it remained weak<sup>35</sup>.

Yet the Reformation movement also jolted people out of their local concerns. Between 1528 and 1542, the Protestants were held back by that powerful king James V. After his death, there was to be no effective king again for some forty years, when James VI began his personal rule. In the meantime, there was to be a long minority, followed by the brief and lamentable period of Mary's reign which ended with her disgrace and abdication in 1567, a short period of civil war, and another minority. In that critical period, which witnessed not only religious change, but also a massive switch in foreign relations in which alliance with the traditional friend, France, gave way to alliance with the traditional enemy, England, the magnates and the most influential among the lairds who had for the most part exercised their power in local affairs were now forced to move into the centre and control events which were very far from local. The shifting sands of political faction and political patronage now became a familiar part of the Scottish political scene. They can be seen immediately in the race for power between James earl of Arran, the queen mother Mary of Guise, and Cardinal David Beaton after James V's death, a race which, because of the religious and political ideologies involved, was a very different matter from Archibald earl of Angus's seizure of power in the minority of James V, just sixteen years earlier. Letters of the period show what was happening. In 1544, Sir George Douglas wrote a frantic piece of advice to Mary of Guise, exhorting her to send "ane credabell gentilman" to make offers to lord Gray, whose support the Cardinal was seeking; Gray was a crucial figure, said Douglas, for if he could be persuaded to join Mary's faction, she would have control of the country north of the Tay. The letter was written on 18 October 1544, just too late;

<sup>33</sup> Scottish Record Office, Boyd Papers GD 8/177. *William Fraser*, *Memorials of the Montgomeries, Earls of Eglinton* vol. 2 (Edinburgh 1859) 193–4.

<sup>34</sup> This complex subject is analysed by *G. Donaldson*, *Account of the Collectors of Thirds of Benefices* (Scottish History Society, Edinburgh 1949).

<sup>35</sup> *Jenny Wormald*, *The "Princes" and the Regions in the Scottish Reformation*, in *Church, Politics and Society: Scotland, 1408–1929*, ed. *Norman Macdougall* (Edinburgh 1983) 65–84.

on 20 October, Beaton won, by giving Gray lands for which, two days later, Gray made a bond of manrent. But Mary, by intervening in the dispute between Gray and lord Ruthven, did succeed in attaching Ruthven to her; and in the long run, after his first patron was dead, Gray too came into her following<sup>36</sup>. The use of the bond for political purposes was not entirely new. But where it had been rare before, now it became frequent. Moreover, it was not just the individual bond which was being put to new use. As men were persuaded to line up on one side or another for political and religious purposes, they joined together to make bonds which could involve huge numbers of people; ninety-seven people bound themselves, at Hamilton on 6 May 1568, to support Mary queen of Scots, and in 1599 James VI got ten earls and a large number of lesser men to make a bond acknowledging his rightful claim to the English throne – a bond which presumably had more effect on calming a bout of nervousness on the part of the Scottish king than on worrying the English queen<sup>37</sup>. The significant difference between these agreements and the traditional local and personal bonds were that they were made for a specific purpose, and were short-lived.

To that new element in Scottish politics was added another after 1560. As has already been indicated, despite the appearance of the reformed church, with its new social as well as religious ideology – and its new, tough and exceedingly effective local courts – the older social structures remained, for a while, intact; local society could not yet survive without the good lordship which gave it stability. But the new Kirk from the beginning mounted a challenge to both traditional lordship and traditional localism, and in the long run it was to succeed in breaking down both. It offered the aristocracy an intolerable choice when it demanded their co-operation as godly magistrates, which in effect meant channelling their patronage into personal and financial support for the ministry, but also demanded their obedience to its discipline. Were they to subject themselves, for the first time, to the discipline of their social inferiors? Or were they to stand aloof from this new and most dynamic force because it offered them authority on unacceptable terms? On the whole, they chose the latter. It was the lairds, not the great lords, who were to take the leading lay part in the new church, and in doing so gradually to carve out for themselves a new and more independent role than that of leading clients of aristocratic patrons<sup>38</sup>. In one critical area, the great lords began to lose their automatic place as the most powerful and influential figures of local society.

<sup>36</sup> The Scottish Correspondence of Mary of Lorraine, ed. *Annie I. Cameron* (Scottish History Society, Edinburgh 1927) 111–3, 177–9.

<sup>37</sup> British Library, Sloane MS. 3199, ff.35r–36r. *Gordon Donaldson*, *All the Queen's Men* (London 1983) chapter 6 and 165–6. Scottish Record Office, Dalguise Muniments GD 38/1/85b (1599 bond, 27 signatures); another copy, Sloan MS. 3199, ff. 10r–11r, gives 41.

<sup>38</sup> *Wormald*, "Princes", 78–9. On the subject of ecclesiastical patronage, see the pioneer articles by *James Kirk*, *The Exercise of Ecclesiastical Patronage by the Crown, 1560–1572*, in *The Renaissance and Reformation in Scotland: Essays in Honour of Gordon Donaldson*, ed. *I. B. Cowan and D. Shaw* (Edinburgh 1983) 93–113, and *Royal and Lay Patronage in the Jacobean Kirk, 1572–1600*, in *Church, Politics and Society*, ed. *Macdougall*, 127–50.

The undermining of traditional localism was caused not so much by any direct onslaught as by example; for the Kirk established a hierarchy of courts, from kirk session at the level of the parish to the national general assembly, which bound locality and centre together far more closely than had ever been the case in secular society. And while it did so, it also created a new milieu in which the aspirations of the "new men" in government, the literate laymen, could have free rein: as part of its insistence on the separation of the powers of the state and the powers of the church, it withdrew the services of the ministry from the state<sup>39</sup>. This brings us back to the new interest of the laity in central government, the new level of participation – and the new style of patronage which inevitably accompanied both.

We have two problems in trying to understand the nature of political patronage in late-sixteenth century Scotland. The first is one of source material. A great deal of information comes not from Scottish sources, but from the accounts of English diplomats at the Scottish court, men who were after all reporting back to an intensely interested English government what the man who might be the next king of England was like; and it is possible that they imposed on the Scottish situation the much more complex and developed system of English political patronage. The second is architectural. Dr. David Starkey, of the London School of Economics, has rightly insisted that historians consider the crucial fact that the physical lay-out of royal palaces is the key to patronage which depended on access to the king and to his closest servants. In Scotland, a similar development can be seen in the sixteenth century; indeed, ironically, it was the king who maintained a clerically-dominated government, James V, who was responsible for creating the best surviving example in the British Isles of the new style of royal architecture, in the series of royal apartments in the "Palace" within Stirling Castle<sup>40</sup>. But the Scottish arrangements were simpler than the English; there was, for example, no privy-chamber in Scotland. Moreover, the rooms themselves were smaller. Although the fundamental question of access was common to both kingdoms, therefore (not to mention dangerous, as one unfortunate usher of James VI's chamber found) when he was beaten up for refusing to allow a man access "quhen his Hieness desyrit to be quyet"<sup>41</sup>, the operation of political patronage may not have been a carbon-copy in Scotland of that in England. We have to conceive of faction in rather different architectural surroundings; and two examples suggest where the difference may be sought.

The first is one of the most spectacular political events of the sixteenth century, the murder of Rizzio; if that has anything to tell us other than about the violence and brutality which could afflict Scottish political life, it is that the most dangerous aspect of political faction in Scotland was that opposing parties could, in extreme cases, operate utterly separately within the confines of the same building. Rizzio was the sacrificial

<sup>39</sup> *James Kirk*, *The Second Book of Discipline* (Edinburgh 1980) 37–8.

<sup>40</sup> For a detailed description of Stirling Castle, see the volume on Stirlingshire published by the Royal Commission on the Ancient Monuments of Scotland (Edinburgh 1963) vol. 1, 179–223; the Palace is described on pp. 196–205.

<sup>41</sup> *The Register of the Privy Council of Scotland*, ed. *J. H. Burton and others* (Edinburgh 1877 –) vol. 6, 186–7

victim of the years of separation between Mary queen of Scots and her unofficial counsellors, her household, established on the second floor of the palace of Holyrood, and her official councillors, meeting regularly in the palace, but rarely in the presence of the queen (an unusual feature of this reign, for Scottish monarchs usually attended council meetings). In March 1566, the two groups came together, in the person of Patrick lord Ruthven, who had attended the council assiduously since December 1563, but who now at last gained access to the queen, and forced his opinions on her, when he pushed his way up the privy stair into her private apartments, and murdered her Italian secretary<sup>42</sup>.

The second is the reaction of James VI and I to the demands of suitors in Scotland and in England. James is a king with a reputation for being all too easy of access to any suitor for royal patronage; and there are clear signs before 1603 that he resented the demands made on him. Nevertheless, he seems to have found that the problem in England was infinitely greater. The Scottish household ordinances of 1605 did impose restrictions on "the confusit nowmer of personis of all rankis quha hes entres to his Majesteis bed chalmere" insisted that those coming to the chamber must come through the "forework" of the palace, and gave automatic entry to the presence chamber only to noblemen, their heirs, and lords of council. Even so, the language of these ordinances contrasts sharply with James's proclamation of 6 July 1603, made only three months after his arrival in England, in which he publicly stated his wrath against those guilty of "contemning our authority" by forcing their way into the privy chamber, and contrasts again with the king's tart rebuke to the English lords attending the parliament of 1621 when he found them in his withdrawing chamber and privy gallery – a rebuke which they regarded as sufficiently offensive to cause some at least to refuse to attend him at all<sup>43</sup>. The small size of Scottish royal palaces may have made possible an unacceptable degree of separation of conflicting political views and patronage groups, under a ruler who had little political wisdom. But under the control of a ruler of great skill, it may also have made it more manageable<sup>44</sup>.

What is not in doubt is that in the second half of the sixteenth century, the new style of patronage was established – and complained about. In the 1590s, the aged diplomat Sir James Melville, the archetypal man of experience who knows it all and cannot resist telling everyone, wrote with savage bitterness about the conflict between the king's council and those of his chamber – even if this was but the palest reflection of the situation in Mary's reign; the council was attacking the members of the chamber who forced the king to subscribe "sindre hurtfull signatours and comissions, and gat

<sup>42</sup> The information about the council attendance, particularly lord Ruthven's, and the lack of participation by Mary queen of Scots, comes from my statistical analysis of the council sederunts during her personal rule, 1561–7, from Register of the Privy Council vol. 1.

<sup>43</sup> Register of the Privy Council vol. 6, 207–8 (Scottish ordinances). Public Record Office, London, SP 14/2/35 (1603 proclamation); SP 14/119/99 (1621 rebuke).

<sup>44</sup> Our knowledge of patronage in the reign of James VI has been much advanced by the publication of *The Scottish Bloodfeud, 1573–1625: Politics, Violence and Justice in an Early Modern Society*, by my colleague and former research student *Keith M. Brown*. It is fair to add that Dr. Brown's view of the architectural evidence is less hesitant than the one suggested here.

past for themselves and their freindis the best and maist profitable casualties"<sup>45</sup>. An equally archetypal figure, the lamenter of the passing of the good old days, was Richard Maitland of Lethington, courtier, royal official and poet, and father of two of the leading politicians of the late sixteenth century, William of Lethington – the first man in the British Isles to have the adjective "Machiavellian" applied to him – and John of Thirlestane, secretary and chancellor of James VI. For all that, Maitland indulged in nostalgia for a simpler world, where kinship counted; now, he complained, when he went to court, "thinkand I had sum freindis thair / to help forwart my business", he found<sup>37</sup> that "kyndnes (kinship) helpis not ane hair" and only gold and silver would advance his cause<sup>46</sup>. The king himself had doubts about the new developments, as he suffered from the "solliciters, recommending servants unto me" more for their own benefit than for his<sup>47</sup>.

His attitude, and indeed that of men who were not members of the new *noblesse de robe*, but were yet aware that power and influence increasingly lay in following their lead, can be clearly seen in the immediate aftermath of the death of chancellor Maitland on 3 October 1595. Indeed, in the preceding weeks of his final illness, the letters of English agents were filled with information, rumour and gossip about what would happen if he did not recover. The factions were already forming. After his death, they hardened, and in-fighting intensified. Early in September, it had already been reported that the king was intending to spend the winter in Linlithgow, where "our faccaneres (factioners) will not get such access as they had in Edinburgh". The queen was heavily involved, backing the candidature of Seton of Fyvie, then lord president of the Court of Session, or the treasurer, the Master of Glamis, against the leading rivals, the earl of Mar or Walter Stewart, commendator of Blantyre. Her method of trying to get her way was by "entertainment" of the king; never, it was said, had they been on better terms – except that James held his ground, and refused to replace Maitland. The reason he gave was that to appoint a nobleman who was already a great man would be to put him into the most powerful office in the kingdom, and make him inevitably a courtier, whose influence might therefore overshadow even that of the king; unlike the Tudors – or Louis XIV – James wanted his nobles not at court but back in their familiar and traditional role of the crown's principal servants in the localities, fulfilling their function as "your (the king's) armes and executers of your lawes", as he described them in the book of advice to his son, *Basilikon Doron*<sup>48</sup>. Indeed, at the very time when the factions at court were wholly pre-occupied with the chancellorship, the king was trying to resolve the succession to the earldom of Atholl, precisely because, as he

<sup>45</sup> *Sir James Melville of Halbill*, *Memoirs of His Own Life, 1549–1593* (Bannatyne Club, Edinburgh 1827) 375.

<sup>46</sup> The Maitland Quarto Manuscript containing Poems by Sir Richard Maitland, Arbuthnot and Others, ed. *W. A. Craigie* (Scottish Text Society, Edinburgh 1920) 61.

<sup>47</sup> The *Basilikon Doron* of King James VI, ed. *W. A. Craigie* (Scottish Text Society, Edinburgh 1944–8) vol. 1, 115.

<sup>48</sup> *Basilikon Doron* vol. 1, 87.

claimed, that part of the country "was beginning to break since the earl died"<sup>49</sup>. On the other hand, if he would not appoint a nobleman, neither would he have a lesser man, for he would be only the tool of faction. The king was caught between old and new attitudes and expectations. His position was paralleled by John earl of Mar, strongly backed for the chancellorship, desperately anxious to get it – and yet spending part of this anxious time engaged in trying to drive a hard bargain in the negotiations for the resolution of a feud by the traditional means of compensation<sup>50</sup>.

Political patronage and clientage on this scale were new to Scotland, by many still not accepted as a natural part of political life, and by no means yet at the stage of causing the structural problems or even breakdowns which some historians have argued were already visible in late-Elizabethan England. Because they were accompanied by the unusual and complicating factor of the departure of the king in 1603, it is impossible to compare the society which Scotland was becoming with the society it had been, for it was no longer an independent kingdom. Nevertheless, if the structure of the older society, and its patron-client relationships, can hardly be taken as a model for any other, because they themselves had become unusual by the standards of the societies of sixteenth-century Europe, they can certainly be used as a yardstick; for the simpler, apparently old-fashioned but remarkably strong patronage relationships which existed in the local communities, and which were only seriously affected by the new developments at the centre at the end of the sixteenth century, were a major factor in creating a very stable society. That, whether in Scotland or elsewhere, can hardly be said of the increasing maelstrom of the political patronage which Scotland was belatedly beginning to experience.

In 1603, Scotland, like many other early-modern European countries, became part of a composite kingdom. The effect, on Scottish government, on social structures, on patronage, is far too vast to be considered here; all that can be offered is a brief postscript to this paper on Scotland as a separate kingdom. The union of the crowns undoubtedly had a marked impact on the *noblesse de robe*. Recent work on the French aristocracy has argued that the tensions and distinction between the *noblesse d'épée* and the *noblesse de robe* have been overstated<sup>51</sup>. In Scotland, the tensions cannot be denied; and the union of the crowns inevitably gave the victory to the *noblesse de robe*, despite the fact that the king himself had a great deal more affection for members of the traditional aristocracy than for his "new men" like Maitland. But his removal to London gave them an importance which they might not have enjoyed had the king remained in Scotland. For they became the key members of the government of the absentee

<sup>49</sup> Calendar of the State Papers relating to Scotland and Mary Queen of Scots, 1547–1603. ed. *J. Bain and others* (Edinburgh 1898 –) vol. 12, 21–2. For the disputed succession to the earldom of Atholl which caused this trouble, *The Scots Peerage*, ed. *J. Balfour Paul* (Edinburgh 1904–14) vol. 1, 445–7

<sup>50</sup> For the events described in this paragraph, *Calendar of State Papers* vol. 12, 3, 6, 21–9, 34–5, 43–52, 66–9.

<sup>51</sup> For example, *R. R. Harding*, *Anatomy of a Power Elite: The Provincial Governors of Early Modern France* (New Haven 1979); *J. B. Wood*, *The Nobility of the Election of Bayeux, 1463–1666: Continuity through Change* (Princeton 1980).

king, the leaders of the council through which he ruled his northern kingdom. Now, to underwrite that position, they got their earldoms, Dunfermline for Alexander Seton of Fyvie in 1605, Lothian for Mark Kerr of Newbattle in 1606, and so on. They were now the leading politicians serving a king desperate to persuade his incredulous English subjects that the Scots were as civilised as themselves; they were the men who were in regular contact with the major English politicians, and who had a personal as well as a political stake in appearing to be of the same breed. Small wonder that Dunfermline wrote to Robert Cecil, future earl of Salisbury, sneering at those long-established members of the Scottish aristocracy like Huntly, who still thought in terms of local power, personal lordship, as "our great ydalgoes"<sup>52</sup>. But however much Salisbury may have shared Dunfermline's contempt, the great hidalgos impinged on him far less than the "new men" whose letters now filled his post-bag, patrons in Scotland, clients in England<sup>53</sup>. Yet for all the problems of dual monarchy, king James, the king who knew and was known by his Scottish subjects, members of the old and the new aristocracies alike, kept the political situation in Scotland reasonably stable until his death in 1625. It was his wholly English son Charles I, the king who neither exercised effective royal patronage in Scotland nor understood how to tap the existing patronage networks, who brought down the storm upon his head<sup>54</sup>. The first part of this paper discussed the personal bonds which were a major factor in creating social stability, and the political bonds which reflected the beginnings of instability. It is surely a profound irony that from these starting-points came the greatest and most famous bond of all: the National Covenant of 1638, which ushered in the Scottish rebellion against a Scottish king of Britain which was to lead to the revolution which shattered the peace of three kingdoms.

<sup>52</sup> Historical Manuscripts Commission, *Salisbury Manuscripts* (London 1883–1976) vol. 17, 149–50.

<sup>53</sup> There are many of these letters in the early volumes of the State Papers, James I (SP 14) in the Public Record Office, which show the Scots learning, as fast as they could, the fulsome language of clientage appropriate to an English patron – even if they complicated life for the English by their struggles to eradicate the spelling and language of Middle Scots; indeed, there is one, by lord Roxburghe to Cecil on 2 May 1604, which is written in a good hand, and bears a fine italic signature, but whose meaning is wholly obscure: SP 14/8/7.

<sup>54</sup> For James's reign after 1603, see *Maurice Lee, Jr., Government by Pen: Scotland under James VI and I* (Urbana 1980), an excellent follow-up to his earlier detailed study of the greatest of new men, John Maitland of Thirlestane and the Foundation of the Stewart Despotism in Scotland (Princeton 1959). For the problems of Charles I's reign, and that king's own mismanagement of his northern kingdom, *M. Lee, Jr., Charles I and the End of Conciliar Government in Scotland in: Albion 12* (1980) 315–36; *Walter Makey, The Church of the Covenant, 1637–1651* (Edinburgh 1979); *David Stevenson, The Scottish Revolution, 1637–44* (Newton Abbot 1973).

## Wojciech Tygielski

### A Faction Which Could not Lose

Jan Zamoyski, the only person who in the late sixteenth century was both Grand Chancellor of the Crown<sup>1</sup> and Commander-in-Chief (*hetman wielki*) created a political faction unique for its size and importance, and also relatively well documented by the letters exchanged between Zamoyski and his men.

In simple terms, the life and career of Zamoyski may be described in several stages<sup>2</sup>. Born in 1542 into a rich gentry family, he was educated both at home in Cracow and abroad in Paris, Strasbourg and Padua. After his return to Poland he became a royal secretary, a position which not only gave him a direct approach to the ruler but also enabled him to learn the essential mechanisms of power in the political centre of the state. After the death of his first royal protector, Zamoyski returned to Ruthenia, becoming politically active in his native Belz region and achieving prestige among the local gentry. Already during the first free election of the king (1573) the political ideas formulated by him were eagerly listened to by the gentry community. However, it was the second interregnum – after the hasty departure of Henry of Valois and the defeat of the Habsburg candidate – that resulted in the election of the Transylvanian Prince Stefan Batory to the Polish throne and opened prospects of a brilliant career for Zamoyski. The new king, untutored in the language and local realities, chose him as his closest and most confidential adviser. Further promotions followed quickly. In 1576 Zamoyski became the Vice Chancellor of the Crown, two years later the Grand Chancellor, and after another three years Hetman (Commander-in-Chief of armed Forces of the Crown). As the prime minister and closest collaborator of the King he achieved the ultimate goal: a direct influence on the appointments policy of the ruler.

Such a brilliant career brought him the ill-will and envy of potential rivals, headed by the mighty Zborowski family. To maintain his monopoly of power the Chancellor, in agreement with the King, decided to take radical steps. His leading opponent, Samuel Zborowski, was apprehended, imprisoned in Cracow Castle, charged with high treason and hastily decapitated. A year later his brother Krzysztof, impeached at a Diet

<sup>1</sup> "Crown", i.e., Poland; Lithuania had her own chancellors and army commanders.

<sup>2</sup> See *Kazimierz Lepszy*, Wróg Habsburgów – Jan Zamoyski (Z problematyki monografii o kanclerzu), in: *Roczniki Historyczne* 18 (1949) 118–134; *Stanisław Lempicki*, Mecenat Wielkiego Kanclerza. Studia o Janie Zamoyskim (Warszawa 1980); *Wacław Sobieski*, Trybun ludu szlacheckiego. Pisma historyczne (Warszawa 1978); *Artur Sliwinski*, Jan Zamoyski, kanclerz i hetman wielki koronny (Warszawa 1947); *Aleksander Tarnawski*, Działalność gospodarcza Jana Zamoyskiego kanclerza i hetmana w. kor. (Lwów 1935).

Court for the same offence was sentenced by default to banishment<sup>3</sup>. A brutal suppression of the opposition evoked a wave of protest and accusations against Zamoyski and his numerous followers. With the sudden death of their royal protector (1586) the existing conflict erupted into an electoral battle<sup>4</sup>. The adversaries of the Chancellor, mostly aligned in a pro-Habsburg camp, anticipated a chance of revenge.

Nevertheless it became apparent that the defeat of the Chancellor and his supporters was not possible. Despite a double election, which almost simultaneously gave the Polish throne to a Swedish prince Sigismund Vasa and an Austrian archduke Maximilian, the latter's road to the crown was effectively blocked by the armed forces under Zamoyski's command, which relieved the besieged Cracow and later defeated Maximilian's army at Byczyna (January 1588), capturing the archduke himself.

However, Zamoyski's power in Poland was called into question from a totally different direction. It became obvious that the young King, although owing the crown to Zamoyski, did not intend to tolerate the omnipotent influence of his minister. The resulting conflict, caused by differences over appointments policy, gained momentum to the point of the Chancellor's leaving the Court, while the influence of his followers there was drastically limited by the growing power of new royal favourites. The political atmosphere of the last decade of the 16th century depended to a large degree on the mutual relations between the King and the Chancellor, who not only exercised for life two of the most important state offices but also had a host of supporters at his disposal.

It soon became evident that in the long run the king could not act effectively without a *modus vivendi* with Zamoyski and his political allies and subordinates. A compromise was reached: the King got the Chancellor's support for his Swedish policy, and Zamoyski achieved a partial restoration of influence on a nominating policy and full freedom in his Moldavian and Walachian operations. Diverse centres of opposition, naturally inclined to accept Zamoyski as their leader, must have felt disappointed. The most serious and open anti-royal manifestation came only after Zamoyski's death in 1605<sup>5</sup>.

Zamoyski's extraordinary and seldom paralleled career developed into one of the most significant moments of Polish history. This was the early period of elective monarchy which for the power elite was to bring major changes caused by the creation of immense estates at the South-East (Wolhynia, Podole, Ukraine) joined to the Polish Crown after the Union of Lublin in 1569. It can therefore be assumed that Zamoyski's career was a harbinger of a different stage of socio-political development.

The formation of the new elite at the turn of the 17th century, as well as the individual careers accelerating the creation of the new aristocratic class (magnateria) at-

<sup>3</sup> See Josef Tichý, *Zápas Jana Zamojského ze Zborovskými v letech 1582–1585* (Praha 1937); Julian Sutowicz, *Sprawa Zborowskich na sejmie 1585*, in: *Przegląd Polski* 10/2 (1875).

<sup>4</sup> See Johannes Caro, *Das Interregnum Polens im Jahre 1587 und die Parteikämpfe der Häuser Zborowski und Zamoyski* (Gotha 1861).

<sup>5</sup> See Kazimierz Lepszy, *Walka stronnictw w pierwszych latach panowania Zygmunta III* (Kraków 1929); *idem*, *Rzeczpospolita Polska w dobie sejmku inkwizycyjnego 1589–1592* (Kraków 1939); August Sokolowski, *Przed rokoszem* (Kraków 1882).

tracts the constant attention of Polish historians<sup>6</sup>. The possession of landed wealth and office holding are the two well known and obvious factors. Instead, I have decided to concentrate on the third element which made a magnate's career possible, the element which was much less concrete yet equally important, namely the social background of political activities, the factors binding members of various social groups to a political leader which made possible the growth of a faction and which, in turn, significantly influenced the fate of the nation. I was interested both in the mechanism of generating the diverse social and political ties which bound an individual to the Chancellor and also in the internal structure and functions of this faction viewed in the changing political conditions.

The research on the life and fate of Zamoyski's extraordinary personality has led to an essential question: in what way did a Chancellor, who owed his career to royal protection, manage to keep power and influence in the new political conditions of the state despite a fundamental conflict with the new ruler? What gave his position such strength that it withstood the gravest crisis in the 1590s?

### Letters and their authors: presentation of research method

In the search for an answer, one turns to the abundant correspondence of the Chancellor which survives in the Central State Archives in Warsaw. This material allows us not only to study the multifarious activities of Zamoyski in the field of literature, art, education, economy, architecture, medicine and, last but not least, politics, but also to grasp their social context through the analysis of the group of Zamoyski's correspondents. Because of the limitations of the material it was not possible to reconstruct their biographies, apart from several of the most distinguished persons. However, neither individual lives nor separate matters as such form the subject of this study, but rather their reflection in the letters. Nevertheless, I think that this limitation does not exclude a prosopographic approach such as that adopted by Lawrence Stone<sup>7</sup>. This study therefore will be based not on the sum of biographies of people included in the group researched and the results of such a procedure, but primarily on the analysis of model situations, mechanisms and general patterns of change within the group of the Chancellor's correspondents, as well as on the texts themselves and the principal motives behind their content.

The starting-point of this study are the letters, mainly those written and received by Zamoyski. Although I am not going to speak in detail of this material, it is worth emphasizing both the merits and the shortcomings of this source.

In the period I am discussing, correspondence became a common form of communication among the gentry. A letter was not only a much used means of private con-

<sup>6</sup> A discussion summarized by *Adam Kersten*, *Warstwa magnacka – kryterium przynależności*, in: *Magnateria polska jako warstwa społeczna*, XI Powszechny Zjazd Historyków Polskich (Toruń 1974).

<sup>7</sup> *Lawrence Stone*, *Prosopography*, in: *Daedalus* (Winter 1971) 46–57, 65–73.

tact, but was also an instrument of political propaganda and a channel for transacting various matters. Space does not permit me to analyze the origins of this phenomenon; but it was certainly introduced by a new generation of politicians largely educated at foreign universities.

The letters which focus on such a remarkable personality as Zamoyski are a stylistically varied, colourful and fascinating source collection. This material, despite its interest and wealth of detail, remains extremely difficult to interpret. In spite of the fact that in the case of Jan Zamoyski the letters are undoubtedly a massive source (c. 9,000 letters) it is hard to apply standard statistical rules of analysis in order to find a pattern of frequency of writing by the most active correspondents. Similarly, it was not possible to divide the letters according to their contents. Almost each one of them is an entity in itself, informed by many different motives. Because of this wealth, it was also difficult to select and define the types of letters relating to the social positions of their authors and addressees. There are Zamoyski's letters to his protectors in the early period of his career, to the people of his own kin, to those sharing his political ideas, as well as laudatory letters to the Chancellor written on occasion of his political triumphs or marriages, letters coming from his dependents, officials, followers and political friends as well as those exchanged with the senators who were launching his projects or influencing political opinions in various parts of the country. The letters themselves contain pleas for protection, but also instructions and orders as well as economic and political reports. The letter was a medium of official, familial, social, commercial and political contact. In the mass, letters illustrate an intricate system of social relationships based on patterns of mutual services. Pages of most of them are packed with rhetoric which renders difficult any interpretation. Finally, the letter is a form of communicating at a distance, and thus if the people in question were staying at the same place, it is doubtful whether any written sign of their contact could be traced<sup>8</sup>. A fruitful critique of the epistolary series would also require the knowledge of Zamoyski's itineraries and those of each of his correspondents. This alone could explain the lack of letters, or their abundance at different periods. It would also effectively supplement the overall distribution of letters in time. Such a model research situation does not exist. What does exist is the awareness that the lack of letters in certain periods may be a result (apart from losses in the source material) of various causes – from a low intensity of correspondence and dissolution of the relationship between a given person and Zamoyski, to everyday contacts involving the closest cooperation. However, it can be taken for granted that the exchange ordinarily demonstrates the existence of good relations between the sender and the recipient.

Correspondence as a form of contact required the maintenance of a system of delivering letters, fixed places of their distribution and reliable messengers. Although the analysed material permits us to name at least several specialized letter-couriers, messengers usually belonged to the group of trusted confidants, already travelling for some reason and entrusted with the letters along with their main tasks.

<sup>8</sup> This, i.e., causes the intensity of Zamoyski's correspondence during the wars with Muscovy 1579–1582.

Contemporaries viewed the technical conditions of delivery as extremely unsatisfactory. Letters contain innumerable complaints about the unstable, belated and unsure postage. The lack of eagerly expected information hindered many political actions<sup>9</sup>. Sometimes the recipient received several letters from one sender at the same time. The messengers were a constant object of complaints and accusations while the difficulties of their recruitment were lamented about just as often. Such a situation forced the correspondents to eliminate from the letters the most secret details which were to be delivered orally by a confidential courier bearing additional credentials<sup>10</sup>. Unfortunately for the historian no trace of such messages remains, and this deficiency in the basic source material must be taken into consideration.

The knowledge that some essential and secret news were never written down is balanced by several formulas which emphasize the confidential nature of the information, together with a suggestion of the immediate "erasing" of it or destroying the letters after reading. It is some consolation to notice that some matters are reflected in the correspondence as a reminder, although actually they had been transacted through the direct contact of both parties<sup>11</sup>.

Thus the letters of Zamoyski, though burdened with numerous limitations and unknown in their original quantity, certainly reflect a substantial amount of political and personal decisions. For most of the problems analyzed below they remain the sole source of knowledge<sup>12</sup>.

It is not easy to give a definite answer to the question of how representative the material actually is. Attempts to approximate the possible gaps – based on the knowledge of the history of the family archives, disproportions in the number of letters received and written by Zamoyski and the differences in the number of letters from particular

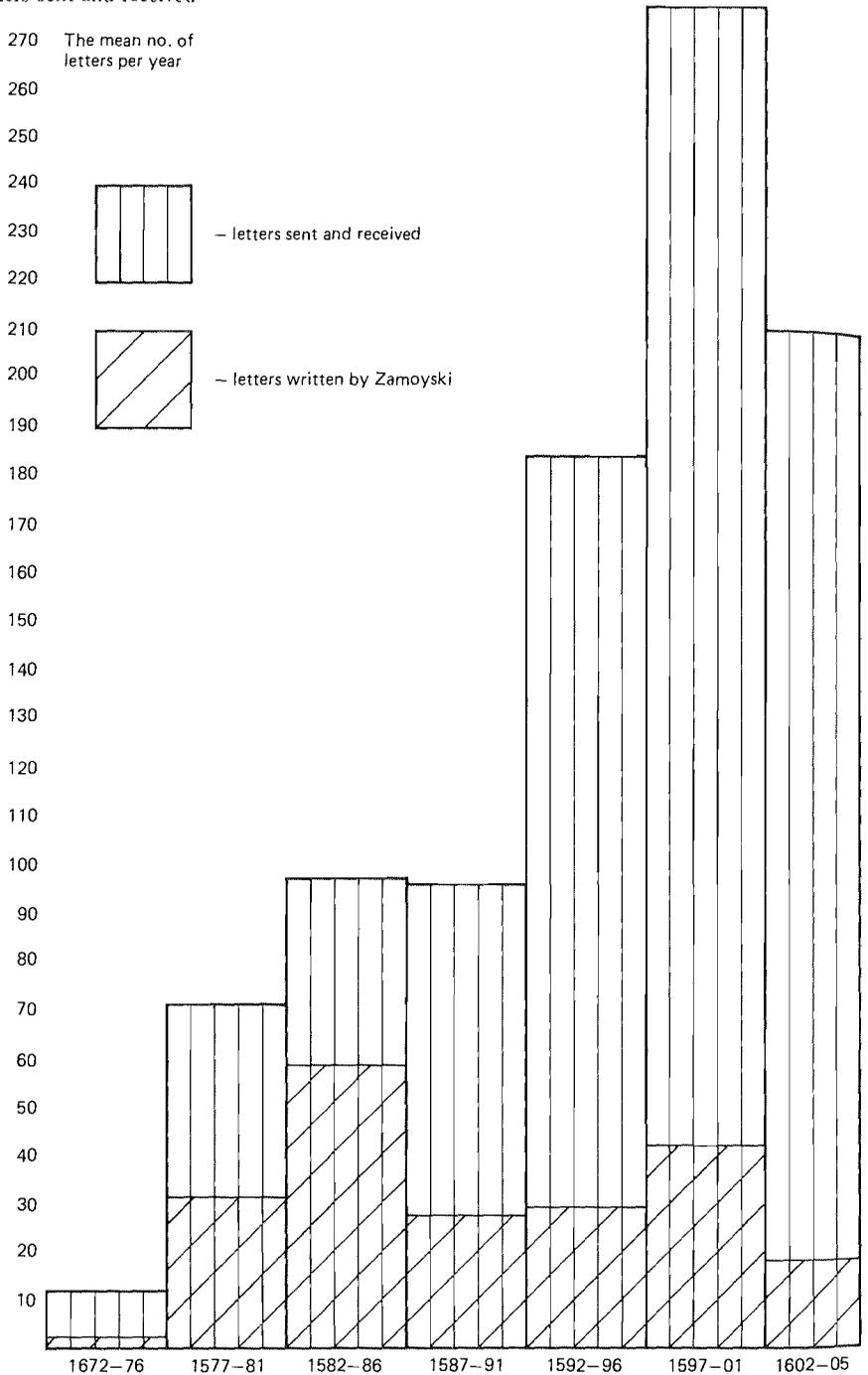
<sup>9</sup> "For a letter written to me, Sir, I could not give an answer before it had been delivered" ("Na list WM. do mnie pisany, nie mogłem pierwiej responsu dać, nim mi go oddano") – philosophically remarked Krzysztof Radziwiłł, Deputy Commander of Lithuania, in a letter to Jan Chodkiewicz, Castellan of Wilno, written in Wilno, April 2, 1578 – *Ignacy Polkowski*, *Sprawy wojenne króla Stefana Batorego*. *Diariusze, relacje, listy i akta z lat 1576–1586*, in: *Acta historica* 11 (Kraków 1887) 100; hereafter: *Polkowski*, *Sprawy*.

<sup>10</sup> "... it is dangerous to entrust a letter with too much" ("... a lystowy tak wyelye zwierzycz nye-beszpyeczna") – wrote Zygmunt Czyżowski, Castellan of Belz, to the Chancellor from Wojsławice, July 9, 1578 – *Archiwum Jana Zamoyskiego I*, No. 224; hereafter: *AJZ*, I, 224; "Not all can be entrusted to the paper" ("Wszystko nie może być papierowi powierzono") – continued, July 8, 1588 from Venice, the Polish diplomat, Stanisław Reszka – *AJZ*, IV, 1306; "... one should not always put everything in a letter" ("... gdyż nie zawsze się zeydzie wszytkiego przez list oznajmić") – concluded Zamoyski himself in a letter to Jan Chodkiewicz, Great Marshal of Lithuania, written in Ciechanów, July 31, 1576 – *AJZ*, I, 87.

<sup>11</sup> See, i. a.: *AJZ*, I, 148, 212, 246; III, 899; *Archiwum Główne Akt Dawnych*, *Archiwum Zamoyskich* (hereafter: *AZ*) 183 Hieronim Godziątkowski to Zamoyski, Ujazdów, June 27, 1600; *Biblioteka Kórnicka MS. 1708 f.67<sup>v</sup>*; *Archiwum Domu Radziwiłłów*, in: *Scriptores Rerum Polonicarum VIII* (hereafter: *SRP VIII*) p. 39; *Jan Piotrowski*, *Dziennik wyprawy Stefana Batorego pod Psków* (Kraków 1894) 208.

<sup>12</sup> An equally high evaluation of an analogous source material used for investigating the 15th-century Florentine political structures was expressed recently by *Dale Kent*, *The Rise of the Medici Faction in Florence, 1426–1434* (Oxford 1978) 33; hereafter: *Kent*, *The Rise*.

Diagram I: Zamoyski's correspondence, a) relations between subperiods, b) relation between letters sent and received



years – could give only imperfect results. Conclusions, apart from establishing that in certain years (1593–1603) the degrees of the preservation seems high, cannot be expressed quantitatively.

The main positive indicator of the representativeness of the source material is the imposing volume of this legacy. In the Zamoyski Archive, close to 12,000 rough copies and documents are connected with the person of the Chancellor. The number of letters – mostly originals – is estimated at about 9,000<sup>13</sup>.

I have limited the group of Zamoyski's correspondents to those living in Poland or temporarily staying abroad. For the requirements of analysis five-year periods have been introduced, relating to the most important political events in the country and referring to the stages of Zamoyski's own career. The results of such chronological distribution can be expressed both in graphic and tabular form (Diagram I and Table I), containing 4,569 letters and 861 correspondents.

Table I: Zamoyski's Correspondence Distributed into Five-year Periods

Years	No. of letters		Average number of letters per year			% of letters written by Zamoyski	Index 1597 = 100			
	%		sent	received	total		sent	received	total	
1572-76	59	1	2,2	9,6	11,8	19	} 51	5	4	4
1577-81	356	8	31,2	40,0	71,2	44		75	17	26
1582-86	485	11	58,6	38,4	97,0	60		140	16	35
1587-91	480	11	27,4	68,6	96,0	29	} 15	66	29	35
1592-96	921	21	29,0	155,2	184,2	16		69	66	66
1597-01	1385	31	41,8	235,2	277,0	15		100	100	100
1602-05	735	17	18,0	192,0	210,0	9		43	82	76
Total	4421*									

\* 146 undated letters as well as 2 letters from the period 1563–1571 have been omitted.

Only 20% of the letters were written in the reign of Bathory or earlier. The largest number refers to the third five-year period of Sigismund III's rule 1597–1601, as well as to the neighbouring periods 1592–1596 and 1602–1605. An average number of letters per year in the successive five-year periods indicates this fact even more precisely (the last period is shorter).

The initial presentation of this material should end with a word about the intensity of correspondence with particular persons. The indication of concentration would be quite high as there existed a small number of persons who exchanged a few score or even over a hundred letters with Zamoyski. On the other hand, there remains an immense multitude who wrote or received one, or at most a few letters. The distribution of letters from this point of view is shown by Table II.

<sup>13</sup> Such a number, even by European standards, seems very high – see: *Antony Molbo*, Cosimo de' Medici: "Pater Patriae" or "Padrino", in: *Stanford Italian Review* (Spring 1979) 28; hereafter: *Molbo*, Cosimo; *Kent*, The Rise, 33.

Table II: Zamoyski's Correspondents According to the Number of Letters Exchanged

Number of letters	Number of persons	%	
1	468	54	} 77
2-3	200	23	
4-5	73	9	} 14
6-10	47	5	
11-20	35	4	} 9
21-30	15	2	
31-	23	3	
Total	861	100	

The fundamental purpose of this study is the correct presentation of the social and functional structure of the group of Zamoyski's correspondents<sup>14</sup>. I have assumed, therefore, that the temporal evolution in the composition of this group expresses synthetically the essence and forms of his political influence, and will bring at least a particular answer to the question set above.

The intended grouping – while attempting to connect positions held in the society with functions performed for Zamoyski – proved extremely tedious<sup>15</sup> and required many simplifications. Finally, I have selected the following categories:

- I. 1 royal entourage
- 2 royal secretaries
- 3 diplomats
- II. 1 high officers of the State (ministers, Crown and Lithuanian dignitaries)
- 2 secular Senators
- 3 bishops (Catholic and Orthodox)
- III. 1 lower officers of the State
- IV. 1 the remaining gentry
- V. 1 soldiers
- VI. 1 Zamoyski's retainers
- VII. 1 townsmen
- 2 lower clergymen
- VIII. 1 scholars (humanists)
- 2 physicians
- 3 foreigners<sup>16</sup>

The disproportion in the number of letters in particular periods required the use of

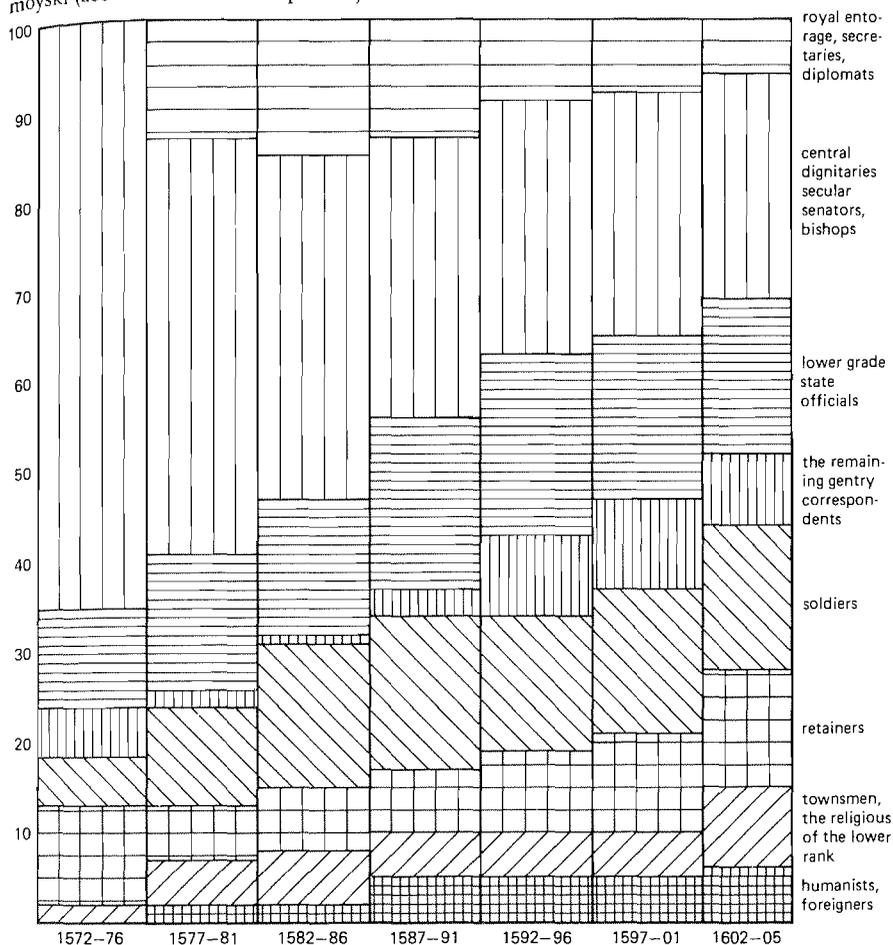
<sup>14</sup> See *Juliusz Bardach*, O ujęciu socjologicznym struktury społecznej i ideologii szlachty polskiej, in: *Czasopismo Prawno-Historyczne* 15/2 (1963) 159–178.

<sup>15</sup> Lack of biographical data, life promotions of the individual persons during the investigated period, a possibility of simultaneous classification of the same person to several categories.

<sup>16</sup> A marginal group of peasants as well as persons socially unidentified have been omitted.

relative figures. Percentages of participation in correspondence for each of the selected groups are expressed both in graphic (Diagram II) and tabular (Table III) forms<sup>17</sup>.

Diagram II: The relative participation of various social groups in correspondence with Jan Zamoycki (acc. to the number of persons)



<sup>17</sup> The unequal distribution of letters in particular years and the requirements of analysis indicate the necessity of a special method of investigation. The idea introduced in the text refers to the position of being in contact through correspondence with Zamoycki. The chronological framework of this relationship is established by the first and the last letter exchanged between the Chancellor and the person in question. I have assumed that throughout the period defined by these dates there existed some contact through letters independently of the distribution of letters over time (or their lack). This assumption seems to fit the social reality closer than to take only the dates of surviving letters under consideration. However, in order not to identify the frequent correspondents with those who wrote very seldom, an index of intensity of correspondence has been introduced, serving as a statistical balance in differentiating important correspondents from the marginal ones.

*Table III: Social Groups in Correspondence with Zamoyski, 1572–1605. In %*

Years	I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII
1572–76	0	65	11	5,5	5,5	11	2	0
1577–81	13	46	15	2	11	6	5	2
1582–86	15	38	15	1	16	7	6	2
1587–91	13	31	19	3	17	7	5	5
1592–96	9	28	20	9	15	9	5	5
1597–01	8	27	18	10	16	11	5	5
1602–05	6	25	17	8	16	13	9	6

The first group, composed of lower but influential officials of the central government, corresponded with Zamoyski most intensively in the period 1577–1591; this reached its highest frequency in the second half of King Stefan's reign. This supports the opinion that Zamoyski was active at the Court only for the first five years of Sigismund III's rule.

Senators played a gradually diminishing role among the correspondents although they always remained most important. This most interesting and significant tendency of the ousting of Senators from their leading position by other social groups illustrates indirectly the nature of the Chancellor's own social and political backing. Achieving the top position in the State, Zamoyski became increasingly less occupied with writing letters to his equals while at the same time he tightened contacts with his subordinates and other lesser people. In the first five-year period the senatorial group dominated the letter-exchange pattern. Its members saw young Zamoyski as an attractive and promising politician, and in the same period he used them as his basic support for a possible career. During Batory's reign the importance of this group was gradually reduced. Zamoyski acquired political independence and coordinated his activities only with a part of the Senate, which deeply offended its other members. This tendency continued gradually but consistently in the reign of Sigismund III. A system of patronage displaced to a large degree cooperation with political allies from the Senate.

This phenomenon is corroborated by a steady increase in the frequency of correspondence on the part of the lower state officials. It continues for the first 25 years, while in the period 1597–1605 even lower officials were displaced by more subordinate groups. It implies the loss of political influence by the Chancellor.

The group of gentry correspondents, anonymous in its mass, also shows the increasing, although unstable, tendency of development. The index for the period 1572–1576 seems artificially high. During the reign of Batory and in the stormy period after the third royal election, the gentry's share in the Chancellor's correspondence was marginal. In the vortex of his political activities there remained no place for them. Their participation suddenly increased in the period 1592–1601. At that time numerous lesser nobles seemed to have leaned toward the Chancellor, looking for life support and wider perspectives. This should be treated as an important indication of what Zamoyski had to offer politically. In the last years of the Chancellor's life the participation of lesser nobles in Zamoyski's correspondence (letters received by him) was only slightly lower.

The share of soldiers in Zamoyski's correspondence is exceptionally stable, particularly since he was given the office of Hetman.

A steady and distinct increase in the volume of correspondence from retainers (group VI) shows Zamoyski's success in building up his own clientage (the figure for 1572-1576 - eleven - seems improbably high). There is also an increase in the participation of townsmen and the lower clergy. However, for the whole period 1577-1601 it remained unchanged as a result of the wide diversity of contacts between members of this group and Zamoyski, from the full subordination of the town of Zamość or the priests performing their duties in the Chancellor's estates, to ties based solely on mutual economic relations. Much more obvious is the increase of contacts with the scholars and foreigners who swarmed around, benefitting from the Chancellor's patronage, especially during the reign of Sigismund III.

One may therefore assume that the basis of the social system built up by Zamoyski was composed mainly of retainers, townsmen and the lower clergy as well as by intellectuals and foreigners, while the basis of his private political backing was composed of the lower office-holders, gentry and soldiers. This permits a kind of quantitative presentation of his socio-political system on the basis of figures from Table III and Table IV.

The results obtained point at the years 1587-91 and the neighbouring periods 1582-86 and 1592-96 as the most important for that building-up of the Chancellor's social backing.

*Table IV:* Quantitative Index of Build-up of Zamoyski's Social Backing

Column I shows the percentage of lower office-holders, the gentry and soldiers while Column II refers to retainers, lower clergy, scholars and foreigners

Years	I	II	I + II	Index 69 = 100
1572-76	22	13	35	51
1577-81	28 [+6]	13 [-]	41	59 [+8]
1582-86	32 [+4]	15 [+2]	47	68 [+9]
1587-91	39 [+7]	17 [+2]	56	81 [+13]
1592-96	44 [+5]	19 [+2]	63	91 [+10]
1597-01	44 [-]	21 [+2]	65	94 [+3]
1602-05	41 [-3]	28 [+7]	69	100 [+6]

So far, the analysis has covered nearly the entire body of the Chancellor's correspondents. Although I continue to maintain that the exchange of letters was generally a sign of good mutual relations, it is also quite evident that the whole group cannot be understood as a faction, or in a wider sense as a social basis of Zamoyski's activities, determining his leading role in public life<sup>18</sup>.

<sup>18</sup> The Chancellor's man ("zamoyszczyk") is understood to be an individual who acts on his behalf or in his name. One either was a Chancellor's man regularly or from time to time. Also it is very probable that a person supported by the Chancellor was a "zamoyszczyk". However, the fol-

The analysis of functional terminology supplied by the letters has demonstrated its incoherence and lack of consistency. I was forced to develop a distinct classification to describe the degree and nature of connection between Zamoyski and each particular person, taking into account the approximate social position of each individual corresponding with the Chancellor<sup>19</sup>. A systematic study of this variable statistical population was difficult for several reasons. For some there was uncertainty as to their noble condition. The general obstacle however stemmed from the fact that the political and functional stratification within the country as a whole does not fit with the divisions within the group of Zamoyski's adherents (the social structure vs. services performed for Zamoyski). It was also extremely hard to find a common denominator for diverse functions or services performed for Zamoyski. Can a manager of the Chancellor's estates be put on one and the same scale with his political ally belonging to the senatorial-magnate group?

Despite numerous problems of classification one may still characterise the population of Zamoyski's correspondents according to their relation to him. I enumerate them in the descending order of their dependence.

1. Zamoyski's officials (totally at his disposal) employed in the Royal Chancery and the Chancellor's household, commanders of his private troops, attorneys, lieutenants, messengers, priests at the Chancellor's own estates and leaseholds, scholars (including professors of Zamość Academy) etc<sup>20</sup>.

2. Economic officials (totally at his disposal) – estate stewards, comptrollers, receivers, clerks, petty leaseholders<sup>21</sup>.

lowing exceptions must be stated: a) when the Chancellor's support was enlisted under pressure from a third party, b) when there exist other traces of patronage apart from the request in the letter, c) when the supplicant was equal in social status with Zamoyski.

<sup>19</sup> The propositions of other authors investigating analogous trends for different European countries could not be utilized, mostly due to the terminological ambiguity. Among the 15th-century followers of the Medici, Dale Kent distinguished only the "clients" and "partisans" (*Kent, The Rise*, 35), the latter understood in a strictly political sense. For modern France, Roland Mousnier established only two basic types of patron-client relationship: "maitre-fidèle", which according to him implied an element of sentiment, and "protecteur-créature" having political meaning (*Roland Mousnier, Les Institutions de la France sous la Monarchie Absolue*, vol. 1 (Paris 1974) 86–92).

<sup>20</sup> This group includes both strictly political officials – Zamoyski's representatives at the royal household, some county and district officials, totally depending on him since acting in the sphere of his direct power, as well as private functionaries, i.e., professional lawyers.

<sup>21</sup> It does not seem necessary to give a *raison d'être* for the imperative need to maintain an efficient administrative system of the landed estate. It may be added that a degree of political involvement prevented Zamoyski for considerable periods from supervising personally the economic output of his lands. His expanding estate required experienced administrators while the large scale investments called for the best workers and organisers. Although preserved unsatisfactorily, letters of the estate officials indicate that this group maintained close internal relations, providing the Chancellor with the basis for political activity.

3. Political followers (totally at his political disposal) – the middle gentry: subordinated county (Polish: województwo) and district officials, politically active military commanders, leaders of district diets (assemblies of the nobility), couriers entrusted with political missions, informants, residents at the royal household, diplomats<sup>22</sup>.

4. Political friends (at limited disposal) – senatorial level – lower seats in the Senate and royal household dignitaries. Careers they owed to Zamoyski created in them a sense of loyalty to the Chancellor. Their political alliances were of long duration<sup>23</sup>.

5. Political allies (no dependence) – the key State ministers and chief Senators, equal political partners of Zamoyski. Their careers were not based on his patronage; their offices, family ties and wealth guaranteed their independence<sup>24</sup>.

I have omitted the small, although crucial category of Zamoyski's entourage, the *factoti* – his closest associates performing a variety of tasks who were usually recruited from among the county officials. Another category of the Chancellor's entourage, important yet difficult to determine, which included his secretaries, physicians, chaplains, household residents and neighbours, was likewise not taken into account.

The method of analysis is the same as the one applied to the whole group of correspondents. I shall try to illustrate the intensity of letter writing for each of the described socio-political groups. The criterion of classification as a particular group was based on the contents of the letters which reflected the type of the existing bond. Biographical data derived from other sources were used only as a supplement. Relative changes in the correspondence frequency of particular groups is shown in Graph III.

The fundamental tendency of the whole statistical population was a gradual decrease of the relative share of senatorial political allies (corroborated by the same tendency of this group among all correspondents). The rate of this decrease was at its highest in the first 15 years. Later it significantly slowed down. The place of senatorial allies was gradually taken over by groups of greater degrees of dependence.

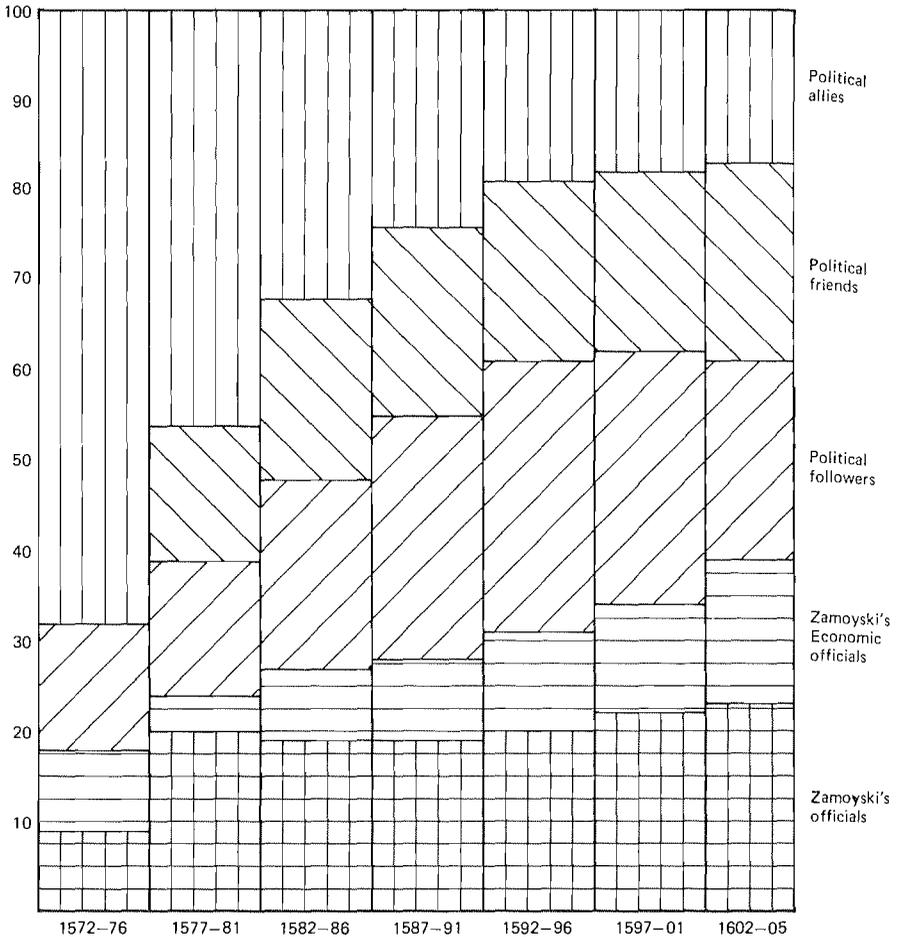
The role of political friends – nonexistent in the first five years for obvious reasons – markedly increased during the reign of Batory and later retained nearly the same level.

<sup>22</sup> The followers, particularly those of high social status, took part in managing the private affairs of the Chancellor. The involvement of Drohojowski brothers in his matrimonial strategy is worth mentioning. Jan Krzysztof, Royal Secretary, negotiated on Zamoyski's behalf with the Radziwills for the hand of Krystyna, daughter of Mikołaj "the Black", Palatine of Wilno and Chancellor of Lithuania, while Jan Tomasz, Royal Referendary and *capitaneus* of Przemyśl, served in 1583 as *maître d'hôtel* to Gryzelda Batory who, arriving from Transylvania, was escorted by him from the country's frontier to Cracow, entertained on the way at his Wojutydze estate and saw him participate at her wedding with Zamoyski.

<sup>23</sup> The representatives of this group displayed full loyalty during the conflict with the Zborowski family, did not desert the Chancellor in the difficult 1590s (a known protest by a group of senators against the anti-Zamoyski declarations of Koło in 1590) and maintained a long lasting contact through correspondence. Their independent and high social position did not weaken the relationship with the Chancellor, although it changed its nature.

<sup>24</sup> Briefly, such a relation of political alliance can be illustrated by the words of the Primate, Stanisław Karnkowski, directed to Zamoyski in 1585. The Archbishop declared that he wanted to have an agreement with the Chancellor "although we do not always go the same way" ("choć nie zawždy jedną drogą chodzimy") – AJZ, IV, 1083.

*Diagram III:* The relative participation in the correspondence of the groups connected with Zamoyiski (acc. to the number of persons corresponding in a given period)



A different picture emerges in respect of the political followers. The general tendency is also that of a rise. However, the apogee of this group's importance falls in the years of political crisis of 1587-1596. At that time all the forces at the Chancellor's disposal were mobilised in order to withstand the dangers created by his conflict with the new ruler. A slight relative decrease of his political followers in the later period may indicate that, for Zamoyiski at least, the main conflict had been overcome. In the last years of the Chancellor's life, the followers were superseded by officials and, to a small degree, by political friends. This, in turn, may mean the closing up of the Zamoyiski faction at its basic core as well as the lack of expansive political tendencies on the part of the Minister himself.

This overall view is significantly supplemented by a constant increase of the relative number of letters exchanged by the patron with his private officials (his noble servants), men whose activities were centred directly on the person of the Chancellor. In agreement with this tendency, the share of his estate-servants shows, characteristically, a minimum in 1577–1582, which again supports the observation that Zamoyski – busy making his ministerial career – simply had no time for economic matters. Participation of the Chancellor's other servants slowly but constantly increases, generally unaffected by political events. This illustrates the consistent tendency towards involvement and employment among gradually more numerous and varied groups of dependents.

Using analogous computing techniques, and assuming that the core of the faction was composed of Zamoyski's officials as well as of his followers and political friends, one can obtain the means of constructing a political system developed by the Chancellor by summing up the data describing relative shares of each group in particular periods (Table V).

Table V: Quantitative Index of Build-up of Zamoyski's Faction

Years	I – according to the number of persons	II – according to the number of letters	III – the average $\frac{I+II}{2}$	Index 84 = 100
1572–76	31	19	25	30
1577–81	54 [+ 23]	37 [+ 18]	45,5	54 [+ 24]
1582–86	68 [+ 14]	65 [+ 28]	66,5	79 [+ 25]
1587–91	76 [+ 8]	72 [+ 7]	74	88 [+ 9]
1592–96	80 [+ 4]	79 [+ 7]	79,5	95 [+ 7]
1597–01	82 [+ 2]	82 [+ 3]	82	98 [+ 3]
1602–05	84 [+ 2]	84 [+ 2]	84	100 [+ 2]

The results obtained indicate that Zamoyski's faction was built most intensively in the reign of Batory. However, the index based on the number of letter *writers* favours the period of 1577–1581, while that based on the number of *letters* points to the second half of this reign. The rate of growth became distinctly slower under Sigismund III although the tendency was maintained. The arithmetical mean of both indices balances the indicated difference. Accepting the final level of the average index (for 1602–05) as 100 the ultimate result indicates again that the reign of Batory was the decisive period of constructing this political organisation.

“... fortunately there is God, fortune and a friend ...” – Andrzej Taranowski on margin of his letter from Adrianople, 1579<sup>25</sup>.

“... not for money do I wish to serve you, Sir” – Jan Piotrowski, a royal secretary, to Andrzej Opaliński, Crown Marshall, 1578<sup>26</sup>.

<sup>25</sup> AJZ, I, 290.

<sup>26</sup> *Polkowski, Sprawy*, 105

## Patronage

Letters addressed to Zamoyski since his first ministerial nomination show the tendency of a geometric progression. This indicates how quickly people were aware of his potential in influencing royal decisions. An interesting situation can be observed: the favour of the new minister is equally sought by the members of the senatorial group, anxious for his support, and by a growing number of gentry. Their correspondence in turn expresses their political attitude and their wish to find a connection with Zamoyski.

In their letters one finds declarations of "service" and hope of "remuneration through service", first confidential political information, first references to common ancestral background, and first affirmations of joy because of Zamoyski's successes. Zamoyski's followers are to be found among former secretaries of Sigismund Augustus, among the electors in Belz district, who promoted his initial political steps during the first interregnum, and among persons connected with him by blood (the Herburts through his mother, Orzechowskis through his step mother, Ossolińskis through his first wife). He also inherited a group of the closest retainers and advisers of his father, Stanisław, the Castellan of Belz. In the later stages of his career other groups joined the circle of his supporters: leaseholders, county officials and servants both from the leased royal domains and from his own household, a numerous but diffuse group of men owing their office or a royal grant to Zamoyski, an important group of his former or actual subordinates and finally those who enjoyed his cultural patronage. Zamoyski's potential for patronage was the main force drawing these men to him.

Although it was the King who exclusively distributed grants, the actual mechanisms of politics were more complicated. What really mattered was an opportunity of reaching the contact with the Court and obtaining the royal favour. Such a goal could be achieved only through a proper recommendation, with the support of a person having direct access to the king. This became a main driving force of the patronage system. In many countries in early modern Europe, the structure and actual mechanisms of patronage depended on the situation which existed in each particular household as well as on the personality of the ruler and on his style of government.

A contemporary of Zamoyski, queen Elizabeth of England, unlike her predecessors – mainly Henry VIII and Edward VI – radically curbed royal grants and tried to take the helm of the patronage policy herself, in grants of offices, titles and lands<sup>27</sup>. At the same period, king Stefan Batory, elected to the throne of a country of which he had no previous political experience, seems to have concentrated his attention on foreign policy. His tendency to treat the state as one unit automatically created great opportunities for his entourage, experienced in local politics. The chief result was the creation of a viceroy, a royal deputy for internal affairs. Such was a lot of Zamoyski who, accord-

<sup>27</sup> *Wallace T. MacCaffrey*, Place and Patronage in Elizabethan Politics, in: *Elizabethan Government and Society*. Essays presented to Sir John Neale (London 1961) 102; hereafter: *MacCaffrey*, Place.

ing to the unusually unanimous opinion of contemporary observers, served the king as his chief adviser on promotions policy during most of Batory's reign. Proof of the supreme patronage powers of the Chancellor in this period comes also, indirectly, from the correspondence which constantly touched on this subject.

In the later years the Chancellor visibly tried to uphold the image of the indispensability of his personal intervention for key nominations. One can observe the interesting mechanism of the prevalence of his influence in various spheres of public life. Longlasting patronage possibilities had created an unwritten rule that some types of grants belonged to him by custom. Until his death one unquestioned zone of his influences, fully established after the war with Muscovy (1579–1582), were the grants in Livonia. Special agreements with his closest and already influential political associates guaranteed Zamoyski the influence on office nominations in the counties as well as in the Church. The territorial growth of his inherited and leased possessions provided the Chancellor with direct political control over large areas where possible rivals had no chances against his men. Even in the case of designation for key offices Zamoyski's loss of influence was only temporary. After the particularly unfavourable first half of the 1590's, the Chancellor succeeded in creating a system of strong pressures on the king through his supporters residing permanently at the Court. To transmit Zamoyski's point of view he used Piotr Tylicki (Crown Secretary and later Deputy-Chancellor) and Mikołaj Zebrzydowski (a new Crown Marshal). The group of the Chancellor's spokesmen at Court, owing to the great number of matters for consideration, must have been much larger. Under Batory this function was performed by successive deputy-chancellors, Jan Borukowski and Wojciech Baranowski, totally at Zamoyski's disposal, as well as by clerks of the lower grade working in the Royal Chancery: Maciej Kłodziński, Tomasz Okuń, Jan Piotrowski and Jan Krzysztof Drohojowski. Later this group was joined by the Castellan of Podlasie Marcin Leśniowski, a Crown Secretary Wawrzyniec Gembicki, a land official from Płock Andrzej Lipski and others.

This way of conducting matters, and the degree of freedom and flexibility left to his agents, are shown in three notes added by Zamoyski to a letter sent to Tylicki from Osieck on April 18, 1598: "I am writing to you about the matters of many, and it cannot be otherwise. Do not importune His Majesty; having delivered the case, take the answer and do not molest him again. Which of the matters is more crucial to me you can distinguish yourself easily"<sup>28</sup>. Thus detailed tactical dispositions were to guarantee the effect and partially substitute for a direct, personal influence over the king.

From the point of view of the Chancellor, promotion of patronage was the key element in constructing a supportive system of dependence which, in turn, served as a basis for further political activities. Theoretically one might imagine that such actions of the Chancellor were of two types: he could either promote certain men for posts and offices, or canvass those already in such positions. I suppose that the second method had been used in the earlier stage of his political career, while the first was ap-

<sup>28</sup> "Pisywam do wm. za wielem ich, gdysz inaczey byđz nie może. Nie przykrz się wm. panu:odniósszy, a replikowawszy raz, nie dokuczay wm. daley. Na których z prózb więcej mi należy, łatwie wm sam przez sie może rozumieć" – AZ 635.

plied later, and with great consistency. In any case, in his activities Zamoyski took advantage of the existing functional structure of the State, attempting only to change its personnel. The exceptions were these charges which he exercised himself. In this case, especially as commander-in-chief (*hetman wielki*), he tried to enlarge their prerogatives to the utmost.

Searching for European parallels of the phenomena observed in Poland, one may turn to Elizabethan England, as well as to the political structures organized in the fifteenth century by the Medici in Florence. Despite the differences in legal, social and economic conditions, the English situation, as known from recent research, might be considered analogous. The monopoly of patronage during the reign of Elizabeth was exercised by Lord Burghley, since 1561 Master of the Court of Wards and since 1572 Lord Treasurer. The Queen and her Minister resemble the pair Batory-Zamoyski, even taking into consideration various differences in character and competence between both pairs. The fundamental difference however rested on the fact that Elizabeth – according to A. G. R. Smith – attempted to retain in her entourage several influential men, none of whom ever controlled the entire patronage system while each became a leader of a political faction. Burghley's elevated position only supports such a thesis. Moreover, after his death in 1598 one can observe a growing struggle for influence over patronage between his son Robert Cecil and the Earl of Essex. This meant the existence of several parallel networks of patronage<sup>29</sup>.

In fact, in Poland under Batory the situation was for some years unique: a total domination of one person over patronage policy. It is difficult to find any politicians contemporary to Zamoyski having power similar to his. In the reign of Sigismund III, however, it is possible to indicate several networks existing simultaneously. One can name a Palatine of Poznań, Hieronim Gostomski, and also some bishops, Stanisław Karnkowski, Hieronim Rozrażewski, who acted as an independent and effective lobby, and apparently members of Ostrogski family from Wolyń, particularly since Duke Janusz became Castellan of Cracow (the principal lay seat in the Senate), thus drawing the whole family more actively into politics. Other influential men included new royal favourites – Vice Chancellor Jan Tarnowski and later Crown Marshal Zygmunt Myszkowski. The Deputy Commander of Crown Forces, Stanisław Żółkiewski, was to a certain degree independent. Thus in the reign of King Sigismund the structure of patronage policies returned to a model already known from England. The times of Batory remain in this respect an intriguing exception.

Still another difference in the systems of exercising patronage is worth pointing out. In England one can describe numerous steps leading towards the patronage centre. Burghley's example, cited above, is sufficiently illuminating, but his own private secre-

<sup>29</sup> Commodities at the disposal of the English ruler displayed a uniform, clear and organized pattern and hierarchy of values, unlike in Poland, where it would be difficult to systematize goods used by the king to reward those who deserved it. This does not mean, however, that the actual possibilities in Poland were markedly smaller. See *A. G. R. Smith, The Government of Elizabethan England* (London 1967) 58–61, 64 ff.; hereafter: *Smith, The Government*; *Cecil Read, Mr. Secretary Cecil and Queen Elizabeth* (New York 1961).

tary, Michael Hickee, holding this post for 18 years (1580–1598), also had – due to this office – a numerous group of clients who wished to find access and get Burghley's support. According to A. G. R. Smith, such multilevel patterns of dependence were typical for Elizabethan society<sup>30</sup>. The system existing in Poland seemed to have been less developed. Its aim was to reach directly the chief patron, and if additional support was sought, it was from other influential persons and not from private servants of the potential benefactor. Such an impression may obviously arise from letters addressed particularly to Zamoyski and this dangerous bias should not be overlooked. The above conclusion, however, may be the right one, since the scanty number of attempts known from the letters to reach the Chancellor through his private officials refer only to pleas and problems dealing with his household and private estate. To reach even such an important person directly was under Polish conditions not an unsurmountable problem, although some people who at times made such contact easier may be mentioned: Jerzy Zamoyski, Bishop of Chełm; Stanisław Zółkiewski, Vice Crown Commander; Jan Tomasz Drohojowski, a *starosta* (Latin: capitaneus) of Przemyśl; Szymon Szymonowicz, a poet.

Similar results can be drawn from a comparison with Florence. Dale Kent, in her study of the 15th-century political structures created by the Medici likewise emphasized the parallel existence of several dispensers of patronage subjected to the Medicis, although the relatively small territory of this urban republic stimulated greater frequency of political contacts between the ruled and the rulers which diminished the role of the intermediaries<sup>31</sup>.

\*

Of letters addressed to Zamoyski throughout all the period under review, a majority carried supplications. Except for some strictly economic reports the search for patronage was the key motive of the letters. The requests are found at nearly every page both in letters written by people who had justified reasons to expect the Chancellor's favour as well as by men totally unknown, for whom the request was an opening move in their relationship with Zamoyski. Finally, among the supplicants one finds people who could not count on any support, being the enemies of Zamoyski or allies of his adversaries. Supplicating was not therefore, as one would expect, just an expression of some familiarity and thus justifiable, but rather a kind of a compliment for its recipient, a sign of the author's respect for his position.

Such attempts, coloured with unique and abundant stylistics, referred to various subjects. Requests for small loans or a permit for founding a village at the frontier appear side by side with supplications for the highest senatorial and ministerial dignities and profitable land grants. A request for ennoblement neighbours another for support at a law suit, a demand for remuneration of losses suffered from soldiers stands together with claims for soldiers' pay. Requests for support from the king appear to-

<sup>30</sup> Smith, *The Government*, 61–62.

<sup>31</sup> Kent, *The Rise*, 92; see also *Molbo*, Cosimo, 7 ff.

gether with those for the command of a troop, for money assigned to hire soldiers and with pleas for news or for an official transaction of some current matter. Requests of familial, personal and social nature are intermixed with those for instruction and orders, excuses go together with demands, pleas for concrete goods together with supplications for abstract ones – such as reward, advice, remembrance, favour and protection or reminding the king of the supplicant's previous merits.

In a majority of cases the final effects of these attempts are hard to evaluate. The supplicants' thanks appear extremely rarely in comparison with the requests. Most grants and appointments cannot be corroborated by other sources. Moreover, the number of the Chancellor's letters is too limited to illustrate his reaction to a particular request and to confirm its further transmission to the king. Similarly, the comparison of requests in letters with other sources of information about the actual appointments does not lead to a complete evaluation. Nevertheless, in accord with numerous contemporary opinions, and drawing on libels against the Chancellor and other political writings, one can establish that in Batory's times the principal minister usually obtained what he wanted. In consequence, in this period there occurred over fifty senatorial and ministerial appointments which can be assigned to the Chancellor's intervention, approval or at least neutrality.

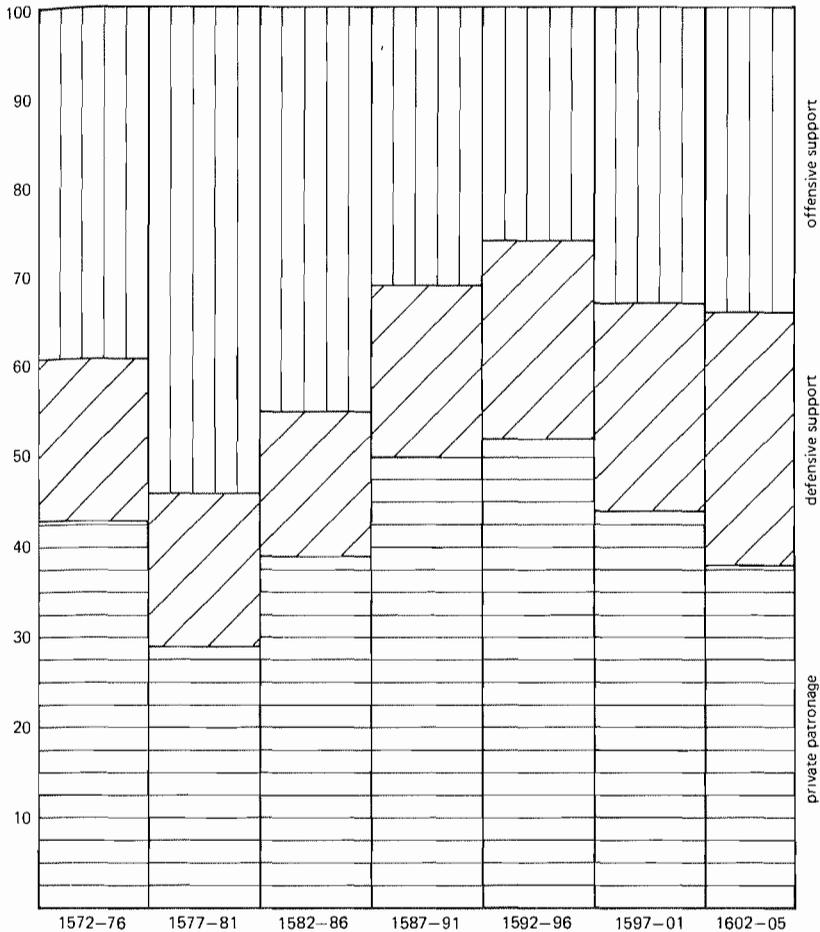
Owing to the lack of comparable credible external sources, it is more difficult to judge the efficacy of Zamoyski's patronage in the reign of Sigismund III. The conclusion, that the Chancellor's possibilities in this field were neither permanently nor deeply limited, is founded on the massive number of requests for patronage still contained in letters addressed to him. The statistical analysis of requests for the whole period discussed (1,950 requests in 3,514 letters) requires many classifying techniques and application of relative figures. The results presented in a graphic form (Diagram IV) are grouped according to three basic types of requests:

- a) offensive support – requests for aid in order to guarantee the life appointment of the supplicant (material, official etc.);
- b) defensive support – requests for protection and defence in case of a menace;
- c) private patronage – requests for help and aid, referring to the private sphere of Zamoyski's life, his household and estate as well as artistic patronage.

The offensive support was expected from Zamoyski mostly in the reign of Batory. In the following ten years there was a sharp decline in the relative share of requests of this kind. This may be explained by a conflict with the new ruler which radically limited chances and effects of the Chancellor's influence on the King. This trend was checked and gradually reversed in the period 1597–1605. In place of offensive support, letters were supplicating mainly for private patronage. The address to the direct spheres of Zamoyski's power illustrates the structure of his social backing. This kind of request reached the greatest relative intensity in 1587–1596: exactly at the moment when the Chancellor's possibilities for personal support were at the low ebb and his relations with the king were passing through a critical phase.

The requests for Zamoyski's defensive support – for his aid and help were increasing slightly yet consistently in comparison with the whole corpus of supplications.

*Diagram IV:* A relative share of basic kinds of requests found in the letters to Zamoyski, 1572-1605



This category was likewise directly involved in the development of the private system of dependence through the appeals to fixed spheres of the Chancellor's power.

In the last, clearly distinct, period of 1597-1605, requests for private patronage diminish in relation to those for defensive support as well as to offensive possibilities caused by his better relations with the Royal Court. Taking under consideration the defensive support and the private patronage viewed against the three distinct time periods, another index can be established. It reveals the degree of Chancellor's concentration on constructing his private social backing and the intensity of this process:

Years	% of requests for defensive support and private patronage
1577-1586	51
1587-1596	72
1597-1605	67

The decisive period was the years 1587-1596, the bad times of the Chancellor's public activity. To state this issue fully: I believe that the increase in subordinating and attaching of as many clients as possible was the substitution and compensation for the loss of political power at the Royal Court and in the Realm. This fact was due to the earlier, diffuse and strictly political influence, and the success in the formation of the private social backing became an element in the pressure used to regain the importance in the later years.

\*

"Children of different mothers do have different opinions" – let those words of Zamoyski describing and evaluating a rather mild course taken by district Diets of 1600<sup>32</sup> serve as a motto for an attempt to appraise his political activities. What term can be used for the internal political organization centred around the person of the Grand Chancellor? According to modern standards it cannot be called a party, as the basic criteria of common concurrence by the members to a stable political programme were not observed<sup>33</sup>. Nevertheless, a notion that there was a programme, or programmes, cannot be rejected. Zamoyski had his own political plans both toward Poland's neighbours (The Habsburgs, Russia, Turkey, Moldavia and Walachia, and probably Sweden) and his compatriots (propositions for electoral reform, projects for a change in modes of holding Diets, provisions for a religious peace, erection of the Crown Tribunal, reforms in the armed forces). In contrast to the slightly earlier gentry movement for the reform of the State (*Executio iurium*), supporters of Zamoyski had no common programme. This became apparent in their diverse individual activities after the Chancellor's death, while the essential proof was offered by the so-called Zebzydowski's rebellion. Their programme was the person of their leader and his particular political decisions. To join the ranks of the Chancellor's followers was a grave choice which, however, did not require mutual agreement on political views but rather implied a certain type of activity. Its effects were to guarantee life benefits. Loyalty to the leader substituted for individual opinions. The success of the patron became one of his servants as well.

It would be fruitless to evaluate the moral side of Zamoyski's actions. Their object was to achieve and hold the supreme position in the State. According to the moral standards of his times, he used every accessible method including the greedy accumulation of land, use of Crown troops in internal political conflicts and a highly devel-

<sup>32</sup> SRP VIII, 155-156 Zamoyski to Krzysztof Radziwiłł, Zamość January 24, 1600.

<sup>33</sup> *Hans Daadler*, *Parties, Elites and Political Developments in Western Europe* (Princeton 1972); *Joseph LaPalombara, Myron Weiner* (eds.), *Political Parties and Political Development* (Princeton 1966), *Maurice Duverger*, *Political Parties* (New York 1955).

oped system of patronage. On the other hand the negative consequences of the Chancellor's activities for the evolution of the political system in Poland should be considered. The faction created by him, which played a leading part in Polish politics for over 20 years, served as a model for the later aristocratic *coteries*. The only aim of their existence was the struggle for power and influence, with the gradual elimination of slogans and programmes to be implemented after the political victory<sup>34</sup>.

Zamoyski's career throws a new light on the political scene of late 16th-century Poland. The instability of her power élite was the result of constant personal changes and shocks caused by the succession of rulers. The actual number of the élite has not been established. In her study of the élite of power under Sigismund Augustus, Anna Sucheni-Grabowska reserved this term for an extremely small group of those who worked directly with the King<sup>35</sup>. It seems, however, that ministers, front benchers of Senate, more distinguished and active deputies as well as several courtiers are not the only choices. Unlike the observer of Elizabethan scene<sup>36</sup>, a student of modern Polish history cannot even approximately establish the number of active protagonists of political life. There, the function of patronage and social range of individual influence seem much broader as well as addressed to representatives of groups both more numerous and socially complex.

Thus we arrive at another basic question: was the life career based on one of the patronage systems and exemplified by a group portrait drawn above, the only one possible? Did the late 16th-century political system ignore the chances of enterprising individuals, unconnected with a particular patron? Finally, had the prestige and parliamentary skills gained by gentry leaders in the third quarter of that century already become useless in the new situation determined by the patron-client relationships?

It seems that during the period in question, the gradual elimination of the gentlefolk from active, conscious politics was already in progress<sup>37</sup>. The development of a system of dependence and subordination to Zamoyski definitely accelerated this tendency. Power centres grouped around individual magnates grew in strength and expanded, pervading, from the late 16th century, the political scene of the whole State. Independent areas were radically shrinking. 17th-century political geography was determined by regional power centres, seats of influential families. Concentric spheres indicating the area of their territorial domination began to meet, covering the whole country and definitely substituting the new pattern of power for the internal demo-

<sup>34</sup> See *Józef Siemiński*, *Polska kultura polityczna wieku XVI*, in: *Kultura staropolska* (Kraków 1932), 119–167

<sup>35</sup> *Anna Sucheni-Grabowska*, *Badania nad elitą władzy w latach 1551–1562*, in: *Spółeczeństwo staropolskie 1* (Warszawa 1976) 65, 69, 83–84.

<sup>36</sup> Wallace T. MacCaffrey approximates the number of active participants in public political life in Elizabethan England at 2,500, adding: "This was a political society of which most of the members knew one other directly or indirectly and were almost all personally known to the leading ministers" – *MacCaffrey*, *Place*, 99. It seems that such a remark is unadaptable for the Polish situation.

<sup>37</sup> "To escape the might of a magnate, one had to choose the protection of another. The number of politically ambitious and economically independent gentry was presumably very small" – suggestively stated Antoni Mączak in the paper read in the Instytut Badań Literackich in Warsaw in October 1982.

cratic structure of the nobility. Only a few gentry families remained independent and influential. This dangerous tendency only began in Zamoyski's lifetime, and I believe that the political structure created by him served as its essential catalyst.

The power of the Chancellor, continually confirmed by requests for his favour, met two major challenges: the struggle with the Zborowski family and even a longer contest during the reign of Sigismund III. Both tests were passed satisfactorily. In the first case Zamoyski won, being the King's friend. In the second, despite royal hostility, he proved indispensable and could not be set aside. His power, at that time less spectacular and ostentatious, was founded on a different, apparently more stable core. The comparison of these two phases may reveal the secret of the Chancellor's political system. In the first period, it was easy to find friends, attracted not so much by his person as by the royal favour he was enjoying. In the later years his power thrived on the pattern of alliances and groups having been bound to him firmly. His numerous followers chose to connect their careers with that of the leader, which in effect created a real and conspicuous political force evoking rivals' respect and more conciliatory attitudes. These in turn provided Zamoyski with the actual influence which upheld and fortified the confidence of his men. Although Zamoyski owed his career to the king, his power – ably strengthened and established by patronage – developed later independently of royal interventions and even withstood the ill-will of the monarch, remaining unassailable at the beginning of the 17th century.

Royal favour gave immense possibilities. Stability of power together with the possession of landed estates collected by royal grants and skilful market operations in the stage of political ascent could only be safeguarded by the appropriately constructed milieu of men – indebted grateful, expectant and determined to obtain life support from a chosen patron. Grants and appointments for important offices served as a point of departure in the development of such a system. Its political effectiveness in the case of Zamoyski was proved in the 1590s. An important factor of this test, although much more ambiguous, was fame, reputation and popularity. Royal favour had a complex influence: on the one hand, it gave popularity, on the other it created jealousy and ill-will which combined private rivalries with differences of political opinion. In this period many men gathered around the leader, while equally many were deeply discouraged and offended.

Having a prominent position had its lustre but also a more obscure side. Taking advantage of the state apparatus of power for private ends apart from political and material gains, was certainly one of the assets. Leaving what is obvious aside, it is more interesting to examine the disadvantages. One was the excess of expectations over actual possibilities of a patron. Even the closest allies could have been a nuisance, not to mention the petty satellites ceaselessly supplicating for any benefit. The alliance with the great families and the development of one's own social backing created an incessant stream of requests. As a public official the Chancellor must have reacted to numerous complaints. He was implored with increasing frequency to arrive in person and give judgement in neighbours' quarrels. This was not always technically possible and forced the Chancellor to look for authorised lieutenants or to find a different solution.

Generally speaking, a prominent office, apart from obvious assets, meant a host of problems. To exercise – both in reality and in the eyes of public opinion – a dispensing power for offices and grants or, in other words, to be in a position to direct royal favour, created a double peril. If the number of supplicants was greater than that of chances for reward, someone was always left empty-handed and either kept on expecting a better opportunity or went away with ill-will toward the provider of gifts, and thus became a potential adversary or, equally dangerous, began to doubt the patron's influence. In the first case Zamoyski was losing a man, in the second his image was suffering. Another difficulty stemmed from the seemingly constant burden imposed on the patron by his men. Their growing increased the amount of matters to be discussed. It absorbed the patron's time considerably, to mention only the arbitrations referred to above. Each small stumble or mishap threatened with grave complications. To overcome them, it was necessary to search for support of others and become indebted for their help in turn.

Naturally, I do not wish to suggest that the brilliant career of Zamoyski led only to cares and sorrows on his part. One fact remains clear: his long lasting ability to maintain a multitude of dependent men. This success, apart from the advantageous internal situation and his talents for leadership, was also caused by the lack of an alternative for the masses of gentry with political ambitions.

In conclusion, it is reasonable to inquire into the balance-sheet of political decisions made in favour of choosing Zamoyski's patronage. Again, a distortion of the perspective is nearly inevitable. If the group of Zamoyski's most prominent followers, highly placed in the social hierarchy, were a fair sample, the picture would appear idyllic. However, those who did not try or did not succeed in making a career under Zamoyski, quite possibly more numerous, will always remain anonymous. Nevertheless, the question whether the connection with the Chancellor – understood as an episode of the individual political biography – was a hindrance and a disadvantage in the situation altered by his death, must find a mainly negative answer. A significant group of politicians who gained experience at Zamoyski's side managed to establish a position strong and independent enough to thrive after the death of the patron. His former men of the lower level apparently encountered greater obstacles. Noticeable symptoms of the faction's crisis in the last years of Zamoyski – deficiency in discipline and inadequate functional efficacy – lead to the hypothesis that the political organism created by the Chancellor did not survive its maker. In the later period only the most distinguished of his followers achieved political success. However, the social system directly connected with the family and the household of Zamoyski displayed much greater durability; its backbone survived till the maturity of the Chancellor's son, Tomasz, who could effectively reconstruct it and reorganize anew.

Zofia Zielińska

## Magnaten und Adel im politischen Landleben Polen-Litauens des 18. Jahrhunderts

Die Zeitspanne der Herrschaft Augusts III. (1733–1763) beschreibend, sprach Władysław Konopczyński, einer der bedeutendsten Kenner des 18. Jahrhunderts, über „Orgien der Parteilichkeit“. Den Ausdruck „Partei“, wie er in diesem Jahrhundert gebraucht wird, kann man nicht mit den neuzeitlichen politischen Parteien gleichsetzen. Zur Bezeichnung für die damaligen Parteien gebrauchten die Geschichtsschreiber den Namen „magnatische Koterie“. Ausdrücklich negativ gefärbt ist das Wort „Koterie“ in der polnischen Sprache, da die darunter verstandenen Gruppen nicht die Anforderungen erfüllten, die – nach dem heutigen Verständnis – an die politischen Parteien gestellt werden. Das zweite Wort des Begriffes weist darauf hin, daß die Führung der Gruppe dem Magnaten oblag.

Versuchen wir nun, uns einzelne Eigenschaften einer solchen „Koterie“, vor allem die Beziehungen zwischen ihrem Führer und den adeligen Mitgliedern, vor Augen zu führen. Das Beobachtungsfeld wird das litauische Großfürstentum sein, mit dem ich mich in meinen Forschungen besonders beschäftigt habe.

Im untersuchten Zeitraum gibt es dort zwei sich bekämpfende Parteien: die radziwillische Partei, geleitet von dem Großhetman Michael Radziwiłł, sowie die sogenannte „Familie“<sup>1</sup>, eine Gruppe, die mit dem Fürsten Michael Czartoryski, dem Großkanzler von Litauen, verbunden war. Der Leiter der radziwillischen Partei war als litauischer Feldherr nicht nur Oberhaupt des Heeres, sondern in Litauen auch Besitzer ausgedehnter Güter, die – „in treue Hände“ übergeben – den Pächtern Gewinn versprachen. Der Bruder des Großhetman, Hieronim Radziwiłł, Bannerherr von Litauen und märchenhaft reicher Besitzer so berühmter Güter wie Sluck und anderer, hat der Partei viel geholfen.

Die Stellung des Michael Czartoryski, der kein reicher Grundbesitzer war, hing ab von der Tatsache, daß die „Familie“ großes Vertrauen genoß und beim allgewaltigen Minister Heinrich von Brühl in Gnaden stand. Ihm auch war es zu danken, daß die Protektion Czartoryskis in der Regel erfolgreich verlief.

<sup>1</sup> Beide Parteien werden anschaulich geschildert in dem vierbändigen Memoirenwerk von Marcin Matuszewicz Pamigtniki Marcina Matuszewicza kasztelana brzeskiego, hrsg. v. *Adolf Pawiński*, (Warszawa 1876), der erst Klient von Czartoryski, später von Radziwiłł war. Die vielfältige Korrespondenz im Familienarchiv Radziwiłł (Hauptarchiv der Alten Akten in Warschau) sowie zahlreiche verstreut liegende Briefe Michael Czartoryskis vervollständigen das Bild und erlauben tiefe Einblicke in die Struktur und Handlungsmotive jener Koterie.

Die Tätigkeit der Politiker der sächsischen Epoche bestand vornehmlich darin, auf Landtagen des Adels zu erscheinen, bei welchen unter anderem Landboten für den Reichstag ausgewählt wurden, auch Richter für den obersten Gerichtshof (das Tribunal), bei denen die Kandidatenwahl für die wichtigsten Kreisämter stattfand und lokale Wirtschaftsbestimmungen erlassen wurden.

Wie nun sah die Tätigkeit der radziwillischen Partei auf diesen Landtagen aus? Radziwill selbst entschied, nachdem er sich mit den ihm vertrauten Gruppenführern der einzelnen Landkreise besprochen hatte, über die Wahlkandidaten sowie über deren materielle und technische Mittel, die ihre Wahl sichern sollten. Er selbst verfaßte Instruktionen für die Landboten. Die Aufforderung durch den Magnaten zur Landtagsprogrammplanung war für den Adeligen nicht nur ein Beweis besonderer Gnade, sondern zeigte auch die Wertschätzung, die ihm das landkreisliche Forum entgegenbrachte. Das Erscheinen nach dem Aufruf sowie alle weiteren sich ergebenden landtäglichen Dienste gehörten somit zu den Verpflichtungen des Edelmannes. Ein Ausschluß hätte Ungnade bedeutet und die „Freundschaft“, wie offiziell der Bund zwischen dem aristokratischen Patron und dem adeligen Klienten hieß, zerstört.

Wenn der Adelige mit den Anweisungen des Magnaten und dessen Geld in seinen Landkreis zurückkehrte, stand ihm die Verwirklichung der Wünsche des Herrn bevor (die Magnaten wurden von dem Adeligen „Herren“ genannt). Die Führung der Magnatenpartei im Landtag war klar. Marcin Matuszewicz bezeichnete solche Führer des Adels als „director“, „director principalis des Landtags“, „principalis actor des Landtags“. Der Kontakt zwischen dem adeligen Führer und dem Magnaten war intensiv. Oft versandte der „Direktor“ Briefe, in denen er seinen Auftraggeber von seinen Schritten informierte oder auch um schriftliche Vermittlung bei einflußreichen Personen bat. Mit Rücksicht auf das Vertrauen, das der Magnat seinem bedeutendsten Agenten entgegenbrachte, nannte man diesen Typ eines Politikers auch „Konfidenten“, „Vertrauten“, „Vertraulichen“, öfter auch „Eidfreund“ („affidowani przyjaciele“ – vom lateinischen „fides“).

Um seiner praktischen Tätigkeit im Landtag nachgehen und die Wünsche seines Herrn angemessen verwirklichen zu können, mußte der „Direktor“ über eine große Anzahl von adeligen Freunden verfügen. Diese rekrutierten sich aus unterschiedlichen Bereichen:

1. Aus dem engsten Familien- und Verwandtenkreis; im 18. Jahrhundert war der Familienbund noch intakt – familiäres Zusammengehörigkeitsgefühl zu zeigen, wurde als eine moralische Verpflichtung angesehen.

2. Aus dem Kreis der Beamten von Adelsgerichten und anderen Adelsbehörden, die vom Adelsführer abhängig waren, weil dieser gewöhnlich das Amt des Richters im „Gród“ (Gród bedeutet Burg – gemeint ist das adelige Kreisgericht) oder andere wichtige Ämter im Land bekleidete. Zur Ausweitung dieses Kreises trugen andere Adelige bei, die Protektion bei derartigen Würdenträgern suchten.

3. Aus dem Kreis politischer Bundesgenossen. Diese unterstützten den vom Magnaten begünstigten Agenten als einen Verwalter des Geldes oder der Gnaden des Herrn.

4. Aus dem Kreis „Kleine Nachbarschaft“, d. h. des Kleinadels (des Adels ohne

Höfe, ohne Leibeigene, des Adels mit geringem Besitz), der in der Nähe des Gutes des „Direktors“ lebte.

5. Aus dem Kreis jener „Privatbeamter“, die aus dem Adel hervorgegangen waren, nun aber im eigenen Gut beschäftigt waren. Man benötigte ihre Hilfe z. B. bei der Vorbereitung der Mahlzeiten bei den Landtagen für den Kleinadel. Mit Rücksicht auf die Proteste der Landtage und der politischen Schriftsteller (denn: „Wer dient – verliert die Freiheit“, schrieb Stanisław Leszczyński) war die Aufgabe dieser Gruppe auf Organisationstätigkeiten begrenzt. Außer über Klienten mußte der Führer auch über gewisse Geldvorräte verfügen, denn manchmal erwies es sich als notwendig, während des Landtags aus der eigenen Tasche vorzuschießen, was später dann der Magnat zurückerstattete. Und endlich mußte er im Landkreis gebürtig sein, denn nur ein Einheimischer konnte im sensiblen, sehr traditionsbewußten Klima der adeligen „Herrenbrüder“ seine Autorität behaupten.

Alles das erklärt hinlänglich, daß der zur Landtagsführung durch den Magnaten berufene Adelige in seinem Kreis ein einflußreicher Mann war. Obwohl die Ernennung scheinbar der Gunst des Magnaten entsprang, lag sie in Wirklichkeit in den gesellschaftlich-wirtschaftlichen Umständen begründet. Die Institution des „Direktors“ stützte sich auf zwei Grundvoraussetzungen, nämlich: Macht (Einfluß auf örtliche Behörden, Vermögen, Bargeld) und Verbundenheit mit den adeligen „Brüdern“. Der „Direktor“ mußte zumindest zum mittleren Adel gehören – mußte „bene natus et possessionatus“ sein.

Die materielle und gesellschaftliche Stellung hatte zur Folge, daß der Chef des Adels – trotz seiner großen Abhängigkeit vom Magnaten – mit diesem nicht untrennbar verbunden war. Im Fall der radziwillischen Klientenschaft brachte die Bindung des Edelmannes an den Magnaten vor allem wirtschaftliche Vorteile und Protektion vor Gericht. Der materielle Gewinn bestand in erster Linie aus Pfändern der radziwillischen Güter, die als gewinnbringendes Kapital eingesetzt wurden.<sup>2</sup> Allerdings bezahlte der Feldherr Radziwiłł auch direkt mit Geld, indem er die dem Heer zustehenden Steuereinkünfte verpfändete.

Im Tribunal, dem obersten Gerichtshof, wurde über das Vermögen der Edelleute entschieden; es hatte sich seit langem als regelrechter Schauplatz von Parteikämpfen entwickelt. Diejenige Partei, die über die Mehrzahl der Richtersitze verfügte, konnte via Urteile Druck auf den politischen Gegner ausüben oder auch Rache an ihm nehmen. Die Verwicklung in einen Gerichtsprozeß und in der Folge die Notwendigkeit eines einflußreichen Beistandes waren häufig Motive für einen Edelmann, sich in den Schutz einer „Herren“-Freundschaft zu begeben.

Und ein Letztes: Radziwiłłs Klient war sich klar darüber, daß die Stellung seines aristokratischen Schutzherrn am Dresdner Hof, die, wiewohl schwach in der Zeit des Übergewichts der Czartoryski-Partei („Familie“), nicht ohne Bedeutung war für seine Bemühungen, besondere Wünsche im Landkreis und die Pacht eines königlichen Gu-

<sup>2</sup> „... weil der Fürst nicht nur ein großer Herr war, sondern auch viele Leute hatte, die seine Güter als Pfand besaßen und sich fürchteten, daß er sie verkaufen werde, deshalb verpflichteten sie sich ihm.“ Matuszewicz, op. cit., Bd. II, 200.

tes zu erlangen. Freilich hat letzteres Motiv beim Eintritt der mittleren und reichen Edelleute in die Partei Radziwiłls eine vergleichsweise geringe Rolle gespielt; sehr viel stärker ausgeprägt waren die Hoffnungen auf Anteile aus den Rieseneinnahmen der Majorate wie Nieśwież oder Olyka.

\*

Die Verbündeten des Adelsführers bei der Landtagstätigkeit entstammten seiner eigenen Klientschaft oder dienten ihm aus Rücksicht auf seinen aristokratischen Patron. Letztere erhielten vom Magnaten schriftliche Empfehlungen, die dann Hilfe auf dem Landtag garantierten. Dieser Gruppe von „Freunden“ überwies der adelige Chef Geld zum Anwerben des Kleinadels aus den umliegenden Dörfern und ihre Hinführung zum Landtag. Jene „ductores populi“, wie Matuszewicz sie beschreibt, waren mit der Nachrichtenübermittlung betraut, sie informierten den „Direktor“ über die Bemühungen der Gegenseite. Jene, die zum Magnaten direkt Zugang hatten, informierten diesen auch über die Arbeit des „Direktors“. Natürlich entsprangen ihre Mitteilungen oft privater Abneigung oder auch Eifersucht.

Diese „ductores populi“, die sich dem Chef auf Befehl des Magnaten anschlossen, waren in der Partei Radziwiłls Soldaten, die dem Feldherrn ihren Sold verdankten, aber auch kleine Pächter von Gutsteilen Radziwiłls, die die Herrngunst zum Aufbau eines kleinen Vermögens nutzten. Dafür dienten sie in der Politik. Gewiß reichte ihr Vermögen bei weitem nicht an das des Führers heran, auch stiegen sie nicht in den Rang des mittleren Adels auf, aber dank Radziwiłl konnten sie es doch mit dem restlichen Kleinadel aufnehmen. Da sie existentiell vom allmächtigen Patron abhängig waren, waren sie diesem im allgemeinen bis zum Lebensende verbunden.

Das unterste Stockwerk der Landtagspartei Radziwiłls hielt der Kleinadel selbst, der in den Landtag eingeführt wurde. Wurde die oben beschriebene Gruppe in den Quellen noch mit Titeln oder Würdenbezeichnungen beschrieben, so hieß letztere lediglich der „Adel“ (szlachta). Dieser Kleinadel hatte sich für Essen, Trinken und ein wenig Geld politisch verdingt. Obgleich nur ein einmaliger Vertrag bestand, entwickelte sich daraus in gewisser Weise doch eine dauerhafte Beziehung. Als Radziwiłl einmal die Vorbereitungen für einen Landtag vernachlässigte, schoß Matuszewicz selbst für den Kleinadel Geld vor. Er fürchtete nämlich, daß, wenn sie „... wahrnehmen, daß ihnen nichts gegeben wird und daß sie zum Landtag nicht geführt werden, verärgert und verzweifelt sind, daß ihnen weiterhin nichts gegeben wird, daß sie dann zur Partei von Flemming (d.h. der „Familie“) übergehen, wo sie mit viel Wohlwollen und offenen Armen aufgenommen werden; einmal aufgenommen, wird es ihnen gut gehen, und sie nehmen von dort Geld und kommen nicht mehr zurück. Und so würde unsere Partei ohne Adel et sine popularitate sein. Deswegen mußte ich unsere Partei mit allen Kräften erhalten.“<sup>3</sup>

\*

<sup>3</sup> Op. cit., Bd. III, 160.

Die Partei des Kanzlers Czartoryski unterschied sich in der Zeit, als dieser am Dresdener Hof eine mächtige Stellung innehatte, von der Partei Radziwiłls durch eine bedeutend größere Anhängerschaft im mittleren Adel. In der Koterie Radziwiłls waren einer oder höchstens einige wenige Kreiswürdenträger, zur „Familie“ gehörten viele. Während des Landtags verfügte diese letztere Partei über Leute, die sich wirklich einer lokalen Autorität erfreuten; dagegen stellte die Partei Radziwiłls eine Menge Kleinadel, einen eher gefährlichen Haufen. Das bedeutete aber nicht, daß sich in den einzelnen Landkreisen die Landtagspartei des Fürsten Czartoryski nur auf Beamte beschränkt hätte. Den Schlägern der Radziwiłlgruppe gegenüber standen mindere Adelige der „Familie“. Diese saßen oft auf den Kammergütern, die von dem Schatzmeister Flemming, dem Schwiegersohn Czartoryskis und Mitglied von dessen Partei, verwaltet wurden und waren von ihm abhängig. Die Kreisbeamten verfügten außerdem über ein Gefolge eigener Klienten aus dem Kleinadel, das sie, wenn es notwenig war, zum Landtag führten. Der adelige Pöbel stellte keinen konstitutiven Bestandteil der Partei dar, er entschied auch nicht über ihre Macht.

Die Art, mit welcher Czartoryski seine Anhänger belohnte, erklärt die Struktur der „Familie“ im besonderen Maße. Da der Fürst-Kanzler über einträglichen Großgrundbesitz nicht verfügte, legte er größten Wert auf die Ernennung der Kreiswürdenträger und auf die Disposition der königlichen Güter. Vielversprechende und erfolgreich ausgeführte Protektion bei der Erlangung von Ämtern und Starosteien war der nötige Anreiz, mit dem die „Familie“ die aktiven politischen Vertreter des politischen Adels in ihre Reihen zog. „Son merite réel“, schrieb über den Fürsten Michael sein Onkel, König Stanislaus August, „s'est montré surtout en ce, qu'il a assez constamment poussé aux starosties les meilleurs sujets en Lithuanie“<sup>4</sup>. Das ging vor allen Dingen junge Leute an. Begabte adelige Jugendliche aufzugreifen, ihre Ausbildung zu überwachen, sie in die Reihen der eigenen Partei und vor allem in das Landtagskarussell einzugliedern, sie aber auch ansonsten steter Förderung und Hilfe zu versichern, ließ sich gut mit dem Reformprogramm des Staates verbinden, welches die „Familie“ während der ganzen Zeit der Herrschaft Augusts III. erfolglos in die Tat umzusetzen suchte. Durch die sorgfältige Auswahl der Leute wollte Fürst Czartoryski dem Staat einen talentierten Nachwuchs sichern.

\*

Obwohl die „Familie“ eine bedeutend besser organisierte Partei darstellte als die radziwiłlische, war sie dieser in grundsätzlicher Hinsicht doch unterlegen. Über die Bindungen, die zwischen dem aristokratischen Chef der Partei und seinen adeligen Anhängern bestanden, hat, weder beim Feldherrn, noch beim Kanzler, das politische Programm entschieden. Untersuchungen haben ergeben, daß unter den zur „Familie“ gehörenden Landkreiswürdenträgern aus den verschiedenen Bezirken des Großfürstentums Litauen, die, als ihr Patron bei Hof in Ungnade fiel, dennoch in der Partei geblieben sind, nur drei mit Bestimmtheit festgestellt haben, daß ihr Anführer um

<sup>4</sup> Stanislas-Auguste, Mémoires, hrsg. v. S. Goriaïnow, (S. Péterbourg 1914), Bd. I, 17.

mehr kämpfte als um die Mehrheit im Reichstag oder bei Gericht. Ebenso wenig haben jene Konjunkturpolitiker, die sich zur „Familie“ gesellten, als diese am Königshof einflußreich war und sie dann wieder – während der Zeit des Konfliktes mit Minister Brühl – verließen, Czartoryskis Programm verstanden. Ein charakteristischer Hinweis auf die Mentalität jener Leute läßt sich in der Art sehen, mit welcher Matuszewicz einen einflußreichen Würdenträger des Landkreises Kowno, Antoni Zabiello, in die Partei Radziwiłls einzugliedern suchte: „... (er) begann damals ihm weiter zuzureden, daß es keinen Sinn habe, sich beim litauischen Kanzler zu halten, denn: der Fürst-Kanzler, der derzeit die Gnade des Königs nicht besitze, könne ihm keine Promotionen erteilen, und um ex proprio zu geben, habe er zu wenig. Der Fürst-Großhetman könne ihm aus dem largischen Geld die Gage eines regimentars geben und ihm außerdem über Mniszech, den Kronhofmarschall, Schwiegersohn des Grafen Brühl und königlichen Günstling ... leichter eine Promotion für eine unbesetzte Starostei verschaffen.“<sup>5</sup> Dieses Zitat enthüllt nicht nur die Motive, aufgrund derer sich die Vertreter des mittleren Adels zur Magnatskoterie begaben, sondern erklärt auch die Ursachen, welche zum Abfall des größten Teils der Konjunkturpolitiker von Czartoryski führten, nachdem der Bruch der „Familie“ mit Brühl vollzogen war. Man wird nicht fehlgehen in der Annahme, daß für einen politisch ehrgeizigen mittleren Adeligen die Hauptursache, sich einer Partei anzuschließen, darin bestand, die aktuelle Gunst des königlichen Hofes zu erwerben.

\*

Zu fragen bleibt dennoch, ob der gesamte politisch interessierte, mittlere und begüterte Adel der Eingliederung in die Klientschaft eines Magnaten zustimmte. Was das Großfürstentum Litauen und sein politisches Leben betrifft, so wird man eher zu einer positiven Antwort neigen. Obwohl die Entscheidung für eine der sich bekämpfenden Parteien während des Landtags beim einzelnen Adeligen nicht unbedingt einer besonderen Zuneigung entspringen mußte, hatte sie doch weitreichende Folgen. So etwa begann der Magnat, für dessen Kandidaten der parteilich nicht festgelegte Adelige stimmte, sich um dessen Freundschaft zu bemühen. Die Gegenseite verfolgte ihn dafür mit Rachegefühlen. Die Aussicht auf Belohnung, die Furcht vor Unterdrückung und die Notwendigkeit einer Protektion veranlaßten den Adeligen schließlich, „Freundschaften“ zu versprechen, d.h. sich auf dem Landtag weiterhin in den Dienst einer der Parteien zu stellen. Matuszewicz, der seiner Trauer über die verflossene frühere gute Zeit bisweilen Ausdruck verleiht, einer Zeit, in der der Adelige sich vor Abhängigkeiten schützen konnte, war zugleich überzeugt, daß die adelige Unabhängigkeit zu Ende war, seitdem die Herren angefangen hatten, sich in die kleinsten Einzelheiten des Landtagslebens einzumischen. Die Briefe Michael Czartoryskis bestätigen diesen Gesamteindruck. Czartoryski hebt darin wiederholt hervor, daß für die tatsächliche Kontrolle des politischen adeligen Lebens eine ständige Einflußnahme auf die Landtage notwendig war.

<sup>5</sup> Matuszewicz, op. cit., Bd. II, 64.

Die Wurzeln der politischen Abhängigkeit der Edelleute von den Magnaten reichten jedoch tiefer. Aufschlußreich in diesem Zusammenhang ist eine Äußerung eines dem Namen nach unbekanntem Dresdner Ratgebers des neuen Königs, Augusts III. 1733 schrieb dieser: „... der seligen Gedächtnis verstorbene König hat den Edelleuten nicht genug Gunst erwiesen. Um dennoch zum Ziel zu kommen, haben sich die Magnaten selbst «jüngere Brüder» ausgesucht und sich ihrer bedient, um die Pläne des Hofes zu durchkreuzen. Man sah ständig die Vorzimmer mächtiger Herren mit Edelleuten überfüllt, die königlichen Vorzimmer dagegen waren beinahe leer, vom Ritterstand traf man kaum jemanden. Die Edelleute kamen in der Überzeugung, daß man einzig durch den Rückhalt der Magnaten zu Ämtern gelangen konnte.“<sup>6</sup>

Die Folge dieser Denkart war, daß der Staat hinter den Magnaten zurücktrat. Das Staatsinteresse wurde ersetzt durch das Interesse des aristokratischen Parteichefs. „... das ist das Schlimmste, was mich, als wohlgeborenen Herrn, am meisten bekümmert und schmerzt, daß beinahe jeder, der irgend etwas pro publico Gutes tut, von mir persönliche Dankbarkeit und Belohnung erwartet“<sup>7</sup>, klagte Kanzler Czartoryski Herrn Przeździecki, dem späteren Vizekanzler Litauens und einem jener drei, die sich um eine Reform bemühten.

Der erwähnte sächsische Würdenträger war Optimist und sah Anzeichen einer leichten Besserung. Er meinte, es genüge, wenn der König die Vermittlung der Magnaten ausschalte und selbst unmittelbare Kontakte zu den Edelleuten aufnehme: „Wenn nun der Ritterstand sich selbst so ausgezeichnet sieht durch Ihre Königliche Majestät, wird er es nicht unterlassen unter Deinen Schutz zu fliehen, sooft die Mächtigen ihre Einflüsse auch mißbrauchen wollen, um aus ihm ein Werkzeug ihres Ehrgeizes zu machen. Daraus ergibt sich die natürliche Forderung, daß der König Polens – will er mit Ruhe und geziemender Autorität herrschen – die persönliche Bekanntschaft mit verdienten und bekannten Leuten unter den Edlen nicht ausschlagen darf, denn auf diese Weise kann er die Großen durch Kleine und die Kleinen durch Große ständig am Zügel halten.“<sup>8</sup>

August III. hat diese Ratschläge nicht befolgt; während seiner Herrschaft vertiefte sich die Abhängigkeit der Edlen von den Magnaten weiter. Die Unterordnung des Ritterstandes unter die „älteren Brüder“, die seit langem charakteristisch für das Großfürstentum Litauen war, bürgerte sich auch während der Regierungszeit des zweiten Wettiners in Polen ein. Der beste Beweis für die politische Degradierung des mittleren Adels in Polen war das Entstehen einer neuen großen Magnatskoterie in den fünfziger Jahren unter der Führung des Kronhofmarschalls Georg Mniszech.

Dieser besondere Günstling Brühls, Schwiegersohn des allgewaltigen Ministers, verdrängte die „Familie“ Czartoryski bei Hofe (1753). Seine Protektionsmöglichkeiten bei der Verteilung von Ämtern und Starosteien nutzte er, um sich die Vertreter des mittleren und begüterten Adels vor allem aus den Krongebieten gefügig zu machen. Das Bündnis mit dem Feldherrn Radziwiłł sicherte dieser Koterie auch Einflüsse in Li-

<sup>6</sup> Ich zitiere nach: *Szymon Askenazy, Dwa stulecia* (Warszawa 1903), Bd. I, 59.

<sup>7</sup> Die Bibliothek der Czartoryski in Kraków, Handschrift 3127, 198.

<sup>8</sup> S. Anm. 6.

tauen. Über die sogenannte „Kamarilla“ von Mniszech (mit diesem Namen ging die Partei in die Geschichte ein) sind uns an die 50 dicke Bände erhalten, die die Korrespondenz des Hofmarschalls mit den Parteiführern der einzelnen Landkreise speziell aus der Zeit des Siebenjährigen Krieges (1756–1763) enthalten. Die Briefe beweisen eindeutig, daß nicht nur unter den Mitgliedern der Gruppe, sondern vor allem auch bei ihrem aristokratischen Führer, ein politisches Programm nicht vorhanden war. Am Ende des sächsischen Zeitalters hatte sich eine Partei herausgebildet, die als trauriges Symbol die Ideenlosigkeit und Unfruchtbarkeit in den Hofkreisen Augusts des Dicken darstellte.

Der enge Bund zwischen Mniszech und Brühl, dem eigentlichen Dirigenten des polnischen Lebens, der aber wie sein Kompagnon keine ausgeprägte Individualität besaß, führte schließlich dazu, daß die „Kamarilla“ zu einem Werkzeug des Hofes, ja eigentlich die Partei des Hofes wurde. Das Übergewicht dieser Gruppe über die damals schon oppositionelle „Familie“ Czartoryskis vergrößerte sich noch. Ob der oben erwähnte sächsische Ratgeber – wenn er damals noch gelebt hätte – Anlaß zur Zufriedenheit gehabt hätte? Gehörte das Übergewicht der Magnaten über die Edelleute tatsächlich zu einer längst vergangenen Erscheinung? Eine derartige Schlußfolgerung wäre wohl voreilig. Es zeigte sich nämlich, daß die Beseitigung der Folgen des Klientensystems Aktivitäten nach mehreren Richtungen verlangte.

Wichtig vor allem war, die Edelleute materiell und organisatorisch von den Mächtigen unabhängig zu machen, den Ritterstand an die Krone zu binden und eine neue politische Ausbildung der „Herren-Brüder“ zu veranlassen. Die Edelleute mußten einerseits aus den engen Grenzen ihrer lokalen Angelegenheiten wie auch aus dem Interessenkreis der Magnaten herausgeführt werden, um die notwendigen Aufgaben der Republik überhaupt wahrnehmen zu können. Dafür sollte das von Czartoryski ausgearbeitete reformierte Verfassungswerk die grundlegende Erziehungsreform begleiten. Junge Adelige sollten nicht nur mit der Taktik der Landtagskämpfe vertraut sein, sondern auch staatsbürgerlich denken können. Diese Aufgaben überhaupt erkennen zu können, gehörte zu den wichtigsten Gesichtspunkten der Aufklärungsreform, die im Jahre 1740 im Collegium Nobilium vom Piaristen Stanislaus Konarski in Angriff genommen wurde. Einige Jahre später nahmen sich auch die Jesuitenschulen dieser Aufklärungsarbeit an. Die große Unterrichtsreform, die sämtliche Schultypen und mit ihr eine ganze junge Generation umfaßte, ließ sich allerdings erst zur Zeit König Stanislaus Augusts (1764–1795) durchsetzen. Die Erziehung eines Edeligen zum Staatsbürger, dem die Bedürfnisse des Landes auch bewußt waren, wurde nun als oberste Aufgabe der Schulen betrachtet. Während des sogenannten Vierjährigen Reichstages (1788–1792) ließen sich die Erfolge dieser Erziehungsarbeit studieren. Die junge Generation des Adels machte sich nicht nur daran, die Verfassung des Staates zu verbessern, sondern sie betonte auch ihre Selbständigkeit den Magnaten gegenüber. Feudale Gesellschaftsstrukturen, gekennzeichnet durch die Abhängigkeit des Adels von den Herren, begannen sich aufzulösen, eine moderne Nation war im Entstehen.

*David L. Ransel*

## Character and Style of Patron-Client Relations in Russia

Patron-client relations were probably a central feature of Russian life throughout history, but their character and style become visible only in the eighteenth century. Before that time, historians can observe the fundamental bonds of family and kinship but not the more flexible links of patron and client that must have supplemented family ties. Russians did not send the kind of messages that would reveal patron-client links, and they failed to analyze these essential social bonds. One looks in vain among Muscovite writings for a critical stance toward patronage or even a conscious description of its workings. As independent an observer as the Balkan cleric Jurij Križanić, who sojourned in Russia at the middle of the seventeenth century and assiduously dissected many aspects of the country's political and social life, did not single out clientage as an ill in need of correction<sup>1</sup>. This practice was evidently a fact of life that everyone took for granted. An epistolary tradition would have brought patron-client relations into clear view, as happened in the eighteenth century, but Muscovites did not commit their thoughts and acts to paper in this fashion and did not exchange letters in sufficient volume to provide a basis for analysis of patronage. What evidence there is for the period before 1700 must therefore be found in other sources.

### Pre-Petrine Evidence

On the surface – which is all that can be seen – kinship was the principal bond of Muscovite high politics. In earliest times boyar clans formed the building blocks and worked out a shifting hierarchy among those closest to the grand prince and a much less rigid ranking of the remaining clans, which may have built a consensus among themselves to check the ambitions of the mightiest families. This is the view of Nancy Shields Kollmann in her recent analysis of court politics in the fourteenth century. She identifies the hallmarks of the politics of that era as “continuity, personal acquaintance and affinitive principles of grouping such as kinship and marriage links”<sup>2</sup>. In ad-

<sup>1</sup> See, for example, his book *Politika*, ed. *M. N. Tikhomirov* (Moscow 1965).

<sup>2</sup> The boyar clan and court politics: the founding of the Muscovite political system, in: *Cahiers du monde russe et soviétique* 23/1 (Jan-Mar 1982) 18.

dition to a common concern about the power of the leading boyar clans, the lesser clans must also have built bonds among themselves through networks of reciprocal aid and patronage, but these links can only occasionally and vaguely be glimpsed, and the extent to which patron-client relations developed beyond kinship groups is largely a matter of speculation. It should be recalled, however, that this was a period of relatively weak central power. The armed forces consisted mainly of levies of boyars and their retainers. The various clans therefore ran large autonomous operations that had much room for the attachment of personal servitors and clients.

A residue of this type of clientage can be seen at the court in Lithuania of the Russian prince Andrei Kurbskii, who fled Ivan the Terrible's tyranny in the mid sixteenth century. Kurbskii employed a corps of retainers and officials, and he distributed lands and spoils to his followers from Russia on evidently much the same basis as he had done earlier in Muscovy<sup>3</sup>. Perhaps Kurbskii's flight was motivated in part a desire to preserve these older autonomous arrangements from the increasing intervention of the state in the private domain.

Another clue to patron-client relations in Muscovite times can be found in the institution of suretyship. This means of insuring contracts, payments of debts, performance of duties, public service obligations, return of travelers, appearance in court and other acts and arrangements was widely used in early Russia. At first suretyship fell primarily on members of a family, a circumstance that reinforces the importance of kin ties in earliest times. As Muscovy grew so too did the role of suretyship, which came to extend beyond the family and even the clan. Since in some types of suretyship the bond was compulsory, debate continues on just what this relationship implied about pre-existing ties among the persons involved<sup>4</sup>. Still, it stands to reason that those who undertook to guarantee the loyalty of a servitor or who pledged to see that litigants appeared for trial were persons with some leverage or dependence on the principals and therefore either patrons or clients. Here would be a logical starting point for further investigations of patron-client bonds in Muscovy.

The consolidation of the autocracy in the sixteenth century changed the relationship among the leading families noted earlier in Nancy Kollmann's formulation. No longer was the grand prince simply first among equals in a cluster of rustic clan chiefs. He had become a mighty sovereign whose power was undergirded with an imperial ideology that anointed him the God-crowned successor of Roman and Byzantine emperors. The heads of boyar families, though still wealthy and influential, no longer enjoyed the kind of autonomy that could threaten the prince or provide a sphere for a *status in statu*. By this time, boyars were even under obligation to serve the tsar of Muscovy, and they had become another rank of state servitor. Patron-client relations

<sup>3</sup> These arrangements are spelled out at length by *Inge Auerbach*, A. M. Kurbskij. Leben in osteuropäischen Adelsgesellschaften des 16. Jahrhunderts (Bausteine zur Geschichte der Literatur bei den Slawen, Gießen 1985).

<sup>4</sup> *Marc Szeftel*, The History of Suretyship in Old Russian Law, in: Recueils de la Société Jean Bodin 29 (Brussels 1971) 841-66; *Horace W. Devvey* and *Ann M. Kleimola*, From the Kinship Group to Every Man His Brother's Keeper: Collective Responsibility in Pre-Petrine Russia, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 30/3 (1982) 321-35.

accordingly shifted from the rustic patrimonial setting of autonomous or semi-autonomous clans to an integrated patrimonial regime ruled by a single head and deploying relatively unified military and administrative operations. In other words, a shift occurred from what might be called pure patron-client relations to those deployed through positions in the military or civil administrative hierarchy. The resources available for distribution were those associated with the office, be they goods or control of jobs. For this reason, although loyalty remained focused on an individual, clusters of kin and clients could grow up in particular offices or regiments. Likewise, since the position of any patron was ultimately at the mercy of the supreme ruler and could thus be scuttled by intrigue, whimsy, or a change of ruler, patrons even at the highest levels of civil or military service needed to build links to other groups in order to have networks large enough to warn them of impending changes or to provide them with protection when a sudden change occurred.

The content and style of the relationships is difficult to gauge, and it seems that kinship continued to be the most important bond in Muscovite times. Nevertheless in a recent study of boyars in the late Muscovite period Robert Crummey asserts that the undeniably important ties of blood and marriage "may well pale in significance before those of patron and client"<sup>5</sup>. Although personal correspondence was not common in those days, the few surviving pieces contain traces of patron-client relations. Prince V. V. Golitsyn's mother intercedes with her son on behalf of an artillery officer who was tardy in reporting for duty. Courtiers write to leading Duma members simply to remind them of their existence and to reassure them of their loyalty. Other letters requesting help come from people going to unfamiliar postings or stuck in a difficult situation. They need an introduction to facilitate their work or assistance in escaping an unwanted assignment or heavy debt. Some letters are meant to advance a client to a new job in someone else's area of responsibility<sup>6</sup>. In short, patronage is tightly interwoven with state service, to which everyone is obligated. While it is hard to attribute to this scanty evidence of clientage the importance Crummey gives it – indeed in another monograph he is himself more tentative about evidence of patron-client relations<sup>7</sup> – it seems likely that these recorded instances were typical of a much wider pattern of behavior.

The few examples of patron-client relations observable in seventeenth-century sources make clear that these ties bore a close resemblance to those that can be examined in greater detail later. They were largely defensive and may have been ubiquitous. There was no effort to legitimate them, since they were imbedded in the patrimonial style of governance. The model was the family or a family estate writ large, and the relations of personal or family loyalty and mutual assistance operated naturally. The cosmic imagery of a patriarchal God caring for his children was strongly reinforced by a corresponding image of the tsar as the loving father who was personally invol-

<sup>5</sup> *Aristocrats and Servitors: The Boyar Elite in Russia, 1613–1689* (Princeton 1983) 103.

<sup>6</sup> *Crummey*, *Aristocrats*, 103–05; see also examples in *John Keep*, *The Muscovite Elite and the Approach to Pluralism*, in: *Slavonic and East European Review* 48/3 (April 1970) 208–11, 215.

<sup>7</sup> *Robert O. Crummey*, *Court Groupings and Politics in Russia, 1645–1649*, in: *Forschungen zur osteuropäischen Geschichte* 24 (1978) 217.

ved with the fate of all his subjects. This notion had substance in regard to the highest officers in both central and territorial governance. Not until the last years of the Muscovite era did the tsar abandon the practice of giving personal, individualized instructions to his subordinates in the provincial administration<sup>8</sup>. Ordinary people were commonly referred to as "orphans"; symbolically without families of their own they were the subject of the loving concern of their tsarist father or his surrogates.

## The Eighteenth Century

Patronage relations came under criticism by articulate members of the nobility for the first time in the eighteenth century. Contributing most directly to the critical stance was the state's decision to adopt rational legal organization as part of a conscious modernizing enterprise forcefully imposed from above. This decision was symbolized by Peter the Great. Although his predecessors in the seventeenth century showed the way, Peter was the first to galvanize efforts to establish a rational order in Russian administration. He replaced the ancient council of boyars with a Governing Senate whose membership was appointed by the emperor without regard to social origin. The Senate was to function as overseer of the state administration on the basis of a legally defined jurisdiction and competence. Then he threw out the dozens of Muscovite administrative departments (*prikazy*), with their multitude of confusing and overlapping spheres of action and revenue sources, and substituted nine collegial boards. Activities of the collegia were regulated by and coordinated with those of the Senate and subordinate bureaus according to procedures defined in the General Regulations of 1720. Provincial administration likewise underwent a major reorganization. This reform, at least on paper, established uniform regulations for all provincial bureaus<sup>9</sup>.

These changes made a striking contrast with the traditional patrimonial system based on personal delegation of authority. In addition, Peter revamped the entire reward and recruitment structure. State officials were to receive salaries instead of land grants or payments in kind for their service. Both salary and status were to be determined by one's place on the Table of Ranks, a device Peter created by borrowing the Muscovite practice of ranking according to heredity and then shifting it to the bureaucratic principle of merit. Henceforth, through meritorious service a commoner could advance up the ranking table to a point where he automatically acquired the privileges of hereditary nobility.

The crowning achievement of Peter's efforts to implant legal relations in Russian administration was to be the creation of a code of laws. The tsar devoted twenty-five years to this ambitious and ultimately unsuccessful enterprise. From 1700 to 1725 he

<sup>8</sup> *S. F. Platonov, Lektsii po russkoi istorii* (St. Petersburg 1901) 374.

<sup>9</sup> On the central government, see *Peter B. Brown, Early Modern Russian Bureaucracy: The Evolution of the Chancellery System from Ivan III to Peter the Great* (PhD dissertation, University of Chicago 1978); on local government, *Claes Peterson, Peter the Great's Administrative and Judicial Reforms: Swedish Antecedents and the Process of Reception* (Stockholm 1979) chpt 3.

organized three separate commissions to work on the task. When the last one met in 1719, Peter, desperate for success, simply ordered the members to translate the Swedish code, amend it to fit Russian conditions, and complete the job within a few months. Not surprisingly, this method created more difficulties than it resolved. The traditions and concepts informing Swedish law had so little in common with Russian conditions that amendment proved at least as troublesome as producing an entirely new code. Six years later when Peter died, the commission was still struggling to shape the foreign code into a usable instrument for Russian jurisprudence<sup>10</sup>.

Several of Peter's other efforts shared a similar fate. Failure was most evident in his provincial reforms. Just two years after Peter's death, local administration returned to the seventeenth-century system of military governors exercising undifferentiated executive, judicial, and police authority<sup>11</sup>. A recent quantitative evaluation has shown that the Table of Ranks worked better than previously believed in advancing commoners, but enlistment of children of the elite at birth or soon after and the action of patronage allowed the leading families to monopolize the higher ranks<sup>12</sup>. In regard to the Governing Senate, which Peter had instituted as the depository of state law and highest judicial instance, even before his death the tsar complained about the persistence of traditional vices. The senators, he noted sadly, were merely "playing [with the laws] as with cards, lining up one suit to another" while in fact they "strive mightily to place mines under the fortress of justice." Even the most merciless beatings and threats failed to uproot abuses in which the tsar's most trusted lieutenants helped themselves or their clients to public resources. Peter moaned that even his closest associate, Aleksandr Menshikov, wallowed in lawlessness: "His mother conceived him in sin and he is ending his life in knavery; if he doesn't straighten up, he'll be missing his head."<sup>13</sup>

Despite setbacks, Peter achieved some important changes. If he failed to establish the substance of legal relations, he at least implanted an aspiration. Through ukases and manifestos he projected the new values of open and orderly administrative procedure, functional division of responsibility, and hierarchical subordination<sup>14</sup>. In the institutions of the Senate and central collegia he embodied the pretense of rationality and legal system. With these models to look to, the Russian elite of the eighteenth century began to recognize the new value as superior to traditional ways. At the same

<sup>10</sup> V. N. Latkin, *Zakonodatel'nye kommissii v Rossii v XVIII stoletii* (St. Petersburg 1887) 20–38.

<sup>11</sup> Iu. V. Got'e, *Istoriia oblastnogo upravleniia v Rossii ot Petra Velikogo do Ekateriny II*, vol. 1 (Moscow 1913) 18–48.

<sup>12</sup> S. M. Troitskii investigated the social background of over 5,000 bureaucrats at mid century and found that roughly one-third were of non-noble origin. *Sotsial'nyi sostav i chislennost' biurokratii Rossii v seredine XVIII v.*, in: *Istoricheskie zapiski* 89 (1972) 295–352. An argument for persistence at the top posts can be found in *Brenda Meehan-Waters*, *Autocracy & Aristocracy: The Russian Service Elite of 1730* (New Brunswick, NJ 1982).

<sup>13</sup> Quoted in I. I. Ditiatin, *Ekaterininskaia kommissiia 1767 g.* "O sochinenii proekta novogo ulozheniia" (Rostov on Don 1904) 41–44.

<sup>14</sup> A. Lappo-Danilevskii, *L'idée de l'état et son évolution en Russie depuis les troubles du XVIIe siècle jusqu'aux réformes du XVIIIe*, in: *Essays in Legal History*, ed. Paul Vinogradoff (London 1913) 356–83. George Yaney, *The Systematization of Russian Government* (Urbana, Ill. 1973) elucidates this theme throughout.

time, predominantly Western educational institutions (also introduced by Peter) gradually deepened and fortified these values to the point that articulate members of the elite felt compelled to attack the traditional system of personal relations with the bribery and toadyism that sustained it.

Fortifying this criticism was the belief that the standards for it existed in Russian society as native Russian values. Russia was not some primitive community, wrote one critic, for it has always had courts to render justice. What seemed to be needed was better laws. The rulers and leading thinkers had the idea that good laws or consistent laws would end abuses. Peter did not complete a legal code, but his successors did not abandon the goal. Throughout the century monarchs and ministers made repeated efforts to compile a systematic code, and they regarded the absence of "fundamental laws" as a great misfortune for government and society<sup>15</sup>. The most impressive effort was Catherine II's Legislative Commission of 1767. Although more aware than her predecessors of the difficulty in achieving a unified code for the empire, she was determined to do it if she could<sup>16</sup>. No one seemed to grasp clearly that good laws in themselves would do little to improve justice and governmental efficiency so long as people continued to organize themselves in patronage groups and to make these groups the prime focus of their loyalty.

The critics understood that the leading institutions served the interests of personal favorites and their clients, and this situation was regarded as deplorable. A good analysis was provided by Nikita Panin at the beginning of Catherine II's reign. In speaking of one of the most powerful institutions, the general procuracy, he noted that in Empress Elizabeth's reign "in the first period of office Prince Trubetskoi was general procurator by virtue of court favor ... and consequently did not enforce the laws in good order but could and did everything and, we daresay, arbitrarily corrupted everything; in the later period he himself became the toady of favorites and minions."<sup>17</sup> The favorites and their clients turned the regular administration to their own partisan purposes, Panin continued, which meant that they enriched themselves at state expense and appropriated offices and patronage to provide for one or another personal clique. "Illegally and without cause they intervened in matters concerning inheritances and the splitting up of private properties that they had put under seal; they confiscated from one and gave to the other ... The most important duties and offices were transformed into ranks and rewards for favorites and flatterers; favor and seniority became everywhere the basis for assignments; nothing was left to talent and merit. Arbitrarily and by means of court intrigue everyone was grabbing and taking possession of the section of government he expected to be of greatest convenience in defeating his rival or for combining with others against a third." In short, Panin complained, "government busi-

<sup>15</sup> See, for example, *Petr Shuvalov's* comments in *Latkin, Zakonodatel'nye kommissii*, 82; *Denis Fonvizin* and *Nikita Panin's* in *E. S. Shumigorskii, Imperator Pavel I, zhizn' i tsarstvovanie* (St. Petersburg 1907), appendix 1-35.

<sup>16</sup> See discussion in *David L. Ransel, The Politics of Catherinian Russia* (New Haven, Conn. 1975) 181-82.

<sup>17</sup> *Sbornik Imperatorskogo Russkogo Istoricheskogo Obshchestva [SIRIO]*, 7 (St. Petersburg 1871) 204.

ness was determined by the influence of individuals rather than by the power of state institutions"<sup>18</sup>.

Panin's reference to the seizure of state offices for use by particular patronage clusters was an important observation that told something about how leaders of these groups sought to use and especially to sustain their grip on power. Daniel Orlovsky, in a recent article on the late nineteenth century, wrote that "proximity to the tsar or court was no longer enough for sustained political influence. One needed a power-base in the ministerial bureaucracy, and this implied the need for allies within one's own institution as well as within others that had key domestic responsibilities."<sup>19</sup> Except for the size and shape of the institutions in question, the situation was little different in the eighteenth century. Personal favorites of the ruler might be discovered and elevated spontaneously as in the cases of Aleksandr Menshikov, Ivan Dolgorukii, Ivan Shuvalov, Grigorii Orlov, Grigorii Potemkin, A. S. Vasil'chikov, and others. But unless they attached themselves to a court party with a solid institutional base and with extensions through clients to other areas of government, they remained suspended in a void and could be eliminated. Aleksandr Menshikov's personal proximity to Empress Catherine I did not save him from disgrace and exile when his enemies succeeded in cutting away his institutional base through establishment of the Supreme Privy Council. Ivan Shuvalov in Empress Elizabeth's reign secured a more solid position by buying into personal networks established among powerful families in the Senate.

The same was true of the Orlov brothers during the first decade of Catherine II's reign. Seeing a challenge from established groups to their "accidental" rise, they wisely called on the services of the earlier deposed but highly experienced statesman A. P. Bestuzhev-Riumin, and they were aided in establishing this combination by the empress herself who, wanting to play the role of supreme integrationist, understood the importance of balancing one clientele against another. This meant building viable groupings that could compete effectively. Grigorii Orlov then became head of a military office (the artillery department) and his relatives and clients were installed in positions that allowed them to serve as a check on opposing patron-client clusters. In fact, as John LeDonne points out in a recent study, Catherine had to balance off the interests of three or four family clusters in high politics<sup>20</sup>.

The case of Grigorii Potemkin proved to be exceptional. Instead of attaching himself to an established or resurgent clientele, this man of extraordinary talent and per-

<sup>18</sup> SIRIO, 7:206, 209. An excellent example of the role of powerful individuals was the independence of the War Collegium when it was under the direction of the influential favorite Count B. C. Münnich. This subordinate institution received the right not to execute Senate decrees it found in conflict with imperial ukases. Its reports and promotion proposals went directly from the collegium to the empress, bypassing the Senate and the Cabinet, and it even made dispositions altering foreign policy without consulting the Foreign Affairs Collegium. *V. G. Shcheglov, Gosudarstvennyi Sovet v Rossii*, vol. 1 (Moscow 1892) 624-25.

<sup>19</sup> Political Clientelism in Russia: the Historical Perspective, in: Leadership Selection and Patron-Client Relations in the USSR and Yugoslavia, ed. *T. H. Rigby and Bobdan Harasymiw* (London 1983) 186.

<sup>20</sup> *John P. LeDonne, Ruling Russia: Politics and Administration in the Age of Absolutism 1762-1796* (Princeton 1984) 23-30.

sonal magnetism virtually built his own network of clients and his own institutional base. He brought along to St. Petersburg loyal friends and associates from his military service in the south and installed them in key posts. Potemkin's early appointment by the empress to a high position in the War Collegium, it is true, aided the consolidation of his influence. Yet he quickly abandoned those duties and his role in the imperial bedchamber in order to rule over the vast territory of New Russia in the south, where he surrounded himself with his relatives and friends. The recent victories over the Turks created this unusual opportunity, but it also required an unusual person to take advantage of the situation and turn himself into a potentate in the south while maintaining the personal attachment to the empress and the clientele in the capital that made possible his continued personal domination in New Russia.

Favorites who were unable to build an institutional base and clientele network or to attach themselves to and thereby serve the interests of established networks soon fell into obscurity. Personal talent and political acuity were the keys. There was nothing automatic about the influence of favorites. To be successful over a period of time, they had not only to satisfy the emotional needs of the monarch but also to exhibit skill as a partner in a powerful or potentially powerful clientele network that could protect them from subversion by opponents.

Even while prudent monarchs understood the need to work through clientele groups, the rulers themselves were among the most vigorous opponents of patronage and bribery. They realized that the patronage hierarchies below interfered with their control of the state machine and effective articulation of their own power. Catherine II waged a major campaign against graft and personal favoritism in the first years of her reign. Looking at the Senate, the depository of law, she noted that it "often promulgated laws, dispensed ranks, titles, money – in a word – nearly everything, and restricted other judicial offices in [the exercise of] their laws and prerogatives." The arrant dependence of lower officials on the powerful men above, she noted, had caused such servility in the lower offices that they had completely forgotten the regulations by which they were to make representations against Senate ukases not in conformity with the law. "The slavishness of persons working in these [lower] offices is indescribable, and no good can be expected from them so long as this evil is not stamped out."<sup>21</sup> In result, Catherine remarked sadly at another point, "justice was sold to the highest bidder, and no use was made of the laws except where they could benefit the most powerful"<sup>22</sup>. The empress was describing the workings of tenacious patron-client relations.

At the time of Catherine's accession, she promised to correct this situation by enacting statutes that would compel government "to carry on its activity within its power and proper bounds, so that in the future every state office would possess its limits and laws"<sup>23</sup>. But this intention, even if she had carried it out (which she did not), would merely have reinforced the pretense of system. Without a corresponding change in the

<sup>21</sup> *Ditiatin*, *Ekaterininskaia kommissiia*, 42.

<sup>22</sup> Catherine II, in: *Sochineniia imperatitsy Ekateriny II*, ed. *A. N. Pypin*, 12, pt. 2 (St. Petersburg 1907) 567.

<sup>23</sup> *V. A. Bil'basov*, *Istoriia Ekateriny II*, vol. 2 (Berlin 1900) 91.

officials' practice of organizing themselves in informal hierarchies, the pretense of law could in the short run do as much to facilitate abuses as to diminish them. As one of Catherine's advisers pointed out, this condition had in the reign of Empress Elizabeth allowed a mere secretary (Dmitrii Volkov) "to perform the functions of a prime minister under the pretext of operating an administrative system that did not exist"<sup>24</sup>.

Criticism of favoritism and patronage grew even sharper after the 1760s when popular nongovernment journals began to appear in print. Although this criticism emanated mostly from a handful nobles educated in the Western spirit and usually identified as "liberals", it was not confined to the left end of the political spectrum. The ultraconservative social critic Prince M. M. Shcherbatov was likewise among the discontented, although his solution aimed at a kind of rustic utopia in which everyone knew and kept to his place<sup>25</sup>. And the rulers and their supporters in the press continued at intervals to attack abuses. Hence articulate Russians, political leaders and leading publicists alike, were nearly unanimous in their disdain for the methods that they themselves had to employ daily in order to survive and achieve success. The stress here must, of course, be on articulate. In the rare instances when evidence appears on the attitudes of rank and file nobles, as in the cahiers of the Legislative Commission of 1767, they express a preference for the personal or familial nature of authority and thus reveal that, in spite of criticism from on high, patron-client relations stood at the foundation of society. But even in the case of these expressions in favor of personal authority, the assumption seemed to be that this type of authority would remove abuses<sup>26</sup>.

For the officials who experienced the conflict between the new value of legality and the persistence of traditional modes of organization the tension may have been personally painful, but when viewed in the larger context of Russia's development it was by no means a negative phenomenon. It acted as a creative force in the growth of Russian administration.

First, it served as a spur to action. The assumed existence of a legal rational framework imposed standards incompatible with the prevailing pattern of organization in patronage groups. The legally instituted standards called for promotion by merit (Table of Ranks), administrative rationality (Senate and subsidiary organs operating according to legally established procedures), and judicial due process (Reforms of 1775). In other words, the normal patterns of patronage and bribery belonged to the area of criminal behavior. Since the persistence of these informal mechanisms forced administrators charged with accomplishing practical ends to engage in patron-client relations, they were bound to suffer many of the insecurities associated with criminal behavior<sup>27</sup>. The effects were both good and bad from the point of view of government action. Insecurity provided an incentive for effective work, but it also caused officials to expend

<sup>24</sup> From Panin's memorandum on the state council (1762), in: SIRIO, vol. 7, 207.

<sup>25</sup> See his *Puteshestvie v zemliu Ofirskuiu g-na S...shvetskogo dvorianina*, in: *Sochineniia kn. M. M. Shcherbatova*, vol. 1 (St. Petersburg 1896) 748-1059.

<sup>26</sup> See discussion of this issue in *Wilson Augustine*, Notes toward a Portrait of the Eighteenth-Century Russian Nobility, in: *Canadian Slavic Studies* 4, no. 3 (Fall 1970), esp. 384-86.

<sup>27</sup> See discussion by *George Yaney*, Bureaucracy and Freedom: N. M. Korkunov's Theory of the State, in: *American Historical Review* 71, no. 2 (January 1966) 468-86.

time and energy in building and maintaining client networks that could protect them from subversion by legal action. These networks were useful in expediting tasks of government as well, yet to the extent that they were effective they reinforced reliance on informal rather than formal legal means and delayed the implantation of modern standards.

A second circumstance mitigated some of the effects of insecurity. In practice, prosecution was infrequent. So long as a patronage hierarchy carried out its tasks without producing disruption, the central authorities had every reason to protect it for the services it performed. Moreover, the groups themselves, especially those in the central government and at court, constituted social power. They were often broad family alliances that extended their tentacles into many areas of government and society. Personal and kinship loyalties made the groups difficult to penetrate. Even in the absence of material sanctions from, for example, a group in decline, personal allegiances were frequently strong enough to cause members to scuttle their own careers in preference to switching loyalties and bringing down on their heads the hostility of the group<sup>28</sup>. These conditions made it difficult for a ruler to uncover abuses or to determine the validity of accusations brought against officials. Disrupting a patronage group usually meant accepting the word of an outside plaintiff, or of representatives of a competing network in a subordinate position, over that of the government's highest officials backed by friends and relatives in many areas of the administration and society. Action against prominent members of the group also ran the risk of weakening a mechanism which, however unsanctioned, was the only one the ruler had to carry out his commands. An attack on one member of a network could produce resistance up and down the line, from superiors who relied on his services and from demoralized subordinates who depended on his protection. It required great determination for a monarch to try and root out abuses.

When Catherine II at the outset of her reign decided to punish offending officials, she found that her only means of compelling the Senate to convict was to appear personally at its deliberations<sup>29</sup>. The senators were in no mood to point the finger, because they understood how vulnerable they themselves were. The patronage hierarchies reached to the highest echelons of administration. Much to her dismay, Catherine's close supervision revealed that one of the biggest grafters was her own procurator general<sup>30</sup>. Therefore, to reform meant to court disaster. Energetic rulers who set out to cleanse their administrations of graft and personal influence peddling soon discovered that insofar as they achieved success, they did so at the risk of undermining the instruments of their own power. Wise rulers learned to respect these limitations and adjust their expectations to reality. Those more daring or foolish, like Peter III and Paul I, enjoyed but brief and stormy careers cut short by assassination.

<sup>28</sup> *James Hassell*, *The Vicissitudes of Russian Administrative Reform, 1762–1801* (PhD dissertation, Cornell University 1967) 123; *David Griffiths*, *The Rise and Fall of the Northern System* (PhD dissertation, Cornell University 1967) 65–66.

<sup>29</sup> *S. M. Solov'ev*, *Istoriia Rossii s drevneishikh vremen*, 15 vols. (Moscow 1959–66) vol. 13, 215.

<sup>30</sup> *Ibid.*, 215–17.

The obstacles to exposure and prosecution did not provide foolproof protection to the patronage groups and their participating officials. Occasionally, they still found themselves in serious trouble, which usually occurred when an important superior fell victim to a court intrigue or was caught by a major shift in government policy. At these times the full force of the law was brought to bear against officials who had done no more than engage in normal modes of political and social organization.

The banishment of the Dolgorukii family when it became caught in a change of regime in 1730 was described in the painful memoir of the young woman who, despite the counsel of her family, remained faithful to her betrothal to the favorite Ivan Dolgorukii even as his fate was being sealed. She had become engaged while Ivan was the favorite of the young Tsar Peter II, and she reported that she suddenly enjoyed unusual respect. "Everybody sought my favor and solicited my patronage. Just imagine, to be a girl of fifteen and so fortunate." The serving people in her household gave praises to God and proclaimed that "she will restore her family and raise her brothers to their father's estate"<sup>31</sup>. The death of Peter II soon after brought equally sudden changes in the other direction. "I knew enough about the customs of our country to know that when Emperors fall, all favorites follow", she confessed, but she somehow did not expect the consequences to be as sharp as they were. "Where had all the former seekers of my patronage [*fiskateli*] and friends gone? They were all hiding, and even my relatives started to keep their distance; everyone abandoned me to please new favorites."<sup>32</sup> Most instructive was the method used by the new favorite, Ernst-Johann Biron, to persecute the Dolgorukiis. Biron "began by calling in the very people who had been our friends ... questioning them about the kind of life we lived and whether we had ever offended anyone or taken bribes ... Dissatisfied with this, he had it announced that anyone could, without danger to himself, submit a petition directly to the empress charging that we had abused somebody."<sup>33</sup> This pattern of using legal mechanisms to resolve struggles between the "ins" and "outs" of the family and patronage hierarchies was repeated throughout the century.

A notorious case of a somewhat different kind involved Cabinet Minister Artemii Volynskii, who in 1739 attempted to replace the ruling clique of Baltic Germans with his own leadership and personal following. The attempt failed, and unfortunately for Volynskii and his clients, the threatened Germans, shaken by the challenge, reacted with unwonted severity and refused to limit prosecution to the usual issues of graft and patronage abuse. To these they added charges of high treason, and extended the penalties to horrible tortures and capital sentences. All those associated with Volynskii and his reform plans shared in his disgrace<sup>34</sup>. More to the point were the accusations leveled against Empress Anne's favorite Ernst-Johann Biron two years later when he

<sup>31</sup> The Memoirs of Princess Natal'ja Borisovna Dolgorukaia, ed. *Charles E. Townsend* (Columbus, Ohio 1977) 38.

<sup>32</sup> *Ibid.*, 45.

<sup>33</sup> *Ibid.*, 51.

<sup>34</sup> *Iu. V. Gol'e*, 'Proekt o popravlenii gosudarstvennykh del' Artemiia Petrovicha Volynskogo, in: *Dela i Dni* 3 (1922) 1-31.

fell from power. His judges denounced him for "always maintaining Bestuzhev in favor and bringing him into the Cabinet of Ministers with great contempt and slander toward the former ministers"<sup>35</sup>. The client in question, A. P. Bestuzhev-Riumin, himself had to face charges of seeking out and accepting Biron's patronage. The court's list of accusations against Bestuzhev included the following:

1) While in Copenhagen [as ambassador], he had corresponded with Biron and at the time of his first return trip to St. Petersburg sought him out so that he might receive through him the Order of Alexander Nevskii and an increased salary, which he in fact received. When he was again sent to Copenhagen, Biron promoted him to privy councilor and furthermore promised to promote him to Cabinet Minister and to obtain a pardon for his father; 2) on an order from Biron he attempted to persuade the Danish court to give [Biron] the title of Illustrious Prince; 3) after Bestuzhev's second return trip to Petersburg Biron promoted him to Cabinet Minister<sup>36</sup>.

For these crimes both men were deprived of their goods and sent into exile.

Similar, if in some cases less severe, fates befell leading hierarchies that were supplanted by changes in regime or major policy shifts in 1727, 1730, 1758, 1762, and 1781. Members of formerly powerful groups were hauled before a court and indicted for favoritism and patronage abuses<sup>37</sup>. At the very least they received punishments of demotion, honorable exile, or service in some post distant from the capital.

A noteworthy feature of all these indictments and legal proceedings was that, while pretending to encourage legal standards, they may well have had the opposite impact. Contests for personal influence were the trigger for the legal actions. Since a recently victorious personal or kinship group employed the legal mechanism to remove a competitor and solidify its own position, the action could scarcely represent more than a superficial endorsement of legal system. One could argue that the effect of these actions was to reinforce the practice of patronage and favoritism in government, for the pretense of law and system was turned into an instrument for continued abuse and would not therefore have made people feel more secure in the protection of the law. They would have all the more reason to rely upon personal connections for security. Still, the maintenance of the pretense was important over the long run as a model of system that could be appealed to and learned from and that could eventually contribute to a belief in the efficacy of legal relations.

The vitality of patron-client relations in Russia can be explained by some positive aspects that have not yet been mentioned. First, patronage groups performed indispensable functions not provided by other institutions. They facilitated a degree of social mobility. This can be seen most clearly at the upper reaches of the state hierarchy. Rulers usually chose their favorites from among the middle gentry and raised these happy individuals and their families to unexpected heights of titled eminence and wealth. A list of only the most noted of each reign included Aleksandr Menshikov

<sup>35</sup> *Solov'ev*, *Istoriia Rossii*, vol. 11, 39.

<sup>36</sup> *Ibid.*, 38–40.

<sup>37</sup> *R. V. Ouchinnikov* (ed.), *Krushenie 'poludержavnogo vlastelina'*, in: *Voprosy istorii* 9 (Sept. 1970) 94–95; *D. A. Korsakov*, *Sud' nad Kniazem D. M. Golitsynym*, in: *Drevniaia i novaia Rossiia* 10 (1879) 20–62; *Herbert Kaplan*, *Russia and the Outbreak of the Seven Years' War* (Berkeley 1968), esp. chapter 7; on the change in 1781, in which the dispersal of the Panin hierarchy was handled with a minimum of indictments, see *Griffiths*, *Rise and Fall*, 560–69.

(son of a stable tender), Ernst-Johann Biron (minor gentry of Courland), A. G. Razumovskii (son of a registered Cossack), A. I. Shuvalov (son of a Petrine arriviste), and Grigorii Potemkin (minor gentry of Smolensk province). Catherine II's favorites from Orlov forward, including Vasil'chikov, Zavadovskii, Potemkin, Zorich, Korsakov, Strakhov, Lanskoi, Mordvinov, Ermolov, and Zubov, were all from the poorer gentry, and before being raised by the empress they scarcely had the means adequate to support themselves in the guards<sup>38</sup>.

But not only these persons profited. In the train of each favorite came a large number of additional families who through friendship with the principal also increased their fortunes and the opportunity to rise even higher by gaining entree to the persons and places that counted the most. In view of the number of favorites rewarded by empresses Elizabeth and Catherine, the aggregate social and economic mobility provided by this factor was not trivial. One historian has reckoned it as the principal contribution to capital accumulation among the leading families of the empire<sup>39</sup>. Furthermore, established aristocratic clans drew into their patronage networks able servitors from the lesser nobility and from commoners. The Panin-Kurakin group, to cite one prominent example, was responsible for raising a number of well-known commoners, including diplomats I. M. Simolin and A. S. Stakhiev, as well as two leading ministers, D. M. Troshchinskii and State Secretary M. M. Speranskii<sup>40</sup>. The famous radical A. N. Radishchev got his start with the Vorontsov family. The foreign minister of late Catherine's times, A. A. Bezborodko (of the Ukrainian lesser gentry), came along in the baggage of Potemkin. This co-optation of able low-ranking men had two important effects. It infused new blood and thus kept the patronage system from rigidifying, and it further contributed to system maintenance by reinforcing the myth that anyone could rise if his good deeds and ability came to the attention of the sovereign.

Farther down the governmental and social hierarchy political patronage provided a livelihood and a measure of dignity for retired servicemen. Those without a pension or sufficient estate to live decently could acquire one by becoming a provincial voevoda (military governor). It was important to find the right patron and to be able to bribe key officials of the Heraldry (the government appointments office). "There were many applicants and few vacancies, but an appointment was well worth waiting for. It guaranteed a reasonable income of 600 rubles a year and opened possibilities to supplement it with the many favors which were the perquisites of an official position. The voevoda was lodged in government quarters, and if there were none in the town, he was allowed three rooms in a private home."<sup>41</sup> The voevodas and their successors after the local government reforms of the 1770s, the governors and marshals of nobility, could in turn find positions for their clients as officers of the provincial police. At this level the clients were usually lieutenants and captains from the lowest strata of the no-

<sup>38</sup> A. Romanovich-Slavatinskii, *Dvorianstvo v Rossii ot nachala XVIII veka do otmena krepostnogo prava* (St. Petersburg 1870) 161.

<sup>39</sup> Ia. L. Barskov, *Pis'ma imp. Ekateriny II k gr. P. V. Zavadovskomu*, in: *Russkii istoricheskii zhurnal* 5 (1918) 240-41.

<sup>40</sup> Hassell, *Vicissitudes*, 114-15.

<sup>41</sup> *LeDonne*, *Ruling Russia*, 46.

bility, men who on retirement from military service had few options and in the worst cases would even have had to go to a monastery for support. As clients of local officials, however, they could receive a regular salary as officers in the provincial police and live in dignity<sup>42</sup>.

The most significant factor in the vitality of patronage was undoubtedly the continuing insecurity of the elite. This insecurity had existed in Muscovite times when the fury of an Ivan IV or the violence of the mob could bring ruin. But a new element was added by Peter I's assertion of legal order and the demands he imposed at the same time for modernizing the country. This produced a creative tension that was both a cause and an effect of the dynamic development of the Russian state, and it could have acted only after the pretense of legality had been established. With no method of resolving this tension, short of the leadership's abandonment of its commitment to remold society in a modern image, patronage groups served as a needed cushion between the superhuman goals the leadership defined for the country and the all-too-human materials set in motion to achieve them. Patronage networks functioned as a protection for the basic values of personal security, career, and status, which were not protected by constitutional guarantees and were continuously threatened by competition from other power seekers and by the violence of the modernizing enterprise on which the state was embarked. These informal groups interfered with that enterprise by placing entrenched personal networks in the path to its fulfillment, and yet they also served as the principal means of articulating and executing the ruler's goals. Destroying them would only have increased insecurities and fragmented society further, possibly paralyzing the ruler's ability to act at all.

Hence, the persistence of the mediating networks of patronage, even while they constituted an embarrassing anachronism to some social critics and a hindrance to the rulers, nevertheless also served important interests of everyone. Until some new institution emerged that could facilitate government action while providing a reasonable measure of personal security the increasing demands on the participants in the modernizing enterprise would tend to reinforce rather than remove the influence of patronage groups.

## Varieties of Patron-Client Links: A Style Sheet

The values and principles underlying the patronage bond come to light clearly in a document of the age, the first Russian letter-writer. This handbook provides an excellent view of the rituals and unspoken assumptions governing formal social relations among the educated populace of imperial Russia.

Letter-writers appeared in large numbers in eighteenth-century Europe. For nearly two hundred years they had been coming out in England, France, and Germany in increasing quantity and variety. Their history may be traced back to the Latin formula-

<sup>42</sup> *LeDonne, Ruling Russia*, 101.

ries and etiquette books of the Italian Renaissance. In each country the appearance of these guidebooks seems to have been associated with two phenomena: the growth of a general postal system and a period of expansion and prosperity giving rise to upward social mobility. The letter-writer – like other handbooks of the time on science, art, and history – was designed as a shortcut to learning and polish for those who had achieved prosperity or new position without a commensurate level of culture<sup>43</sup>. The first Russian letter-writer followed this pattern. Although appearing much later than its European counterparts, it came at just the time one would expect, in the reign of Catherine II when the civil administration expanded to three times its previous size<sup>44</sup>. Many new officials from the lower nobility and commonality were for the first time taking positions in the state service and must have found a concise guide to proper style very useful.

The value of the letter-writer for the historian lies in its lack of concern for the quality of social relations. As a practical guide, the manual had no interest in criticizing social relations. It accepted them as given. The editor sought only the improvement and refinement of the prevailing style. For this reason, the letter-writer is more useful than authentic correspondence in illuminating the mores of the era. Being designed as models, the letters in the handbook had to reflect typical generalized patterns. As Charles Haskins has noted in reference to form letters from an earlier period, “the hundreds of student letters which have reached us in the manuscripts of the Middle Ages have come down through the medium of collections of forms or complete letter-writers, shorn of most of their individuality but for that very reason reflecting the more faithfully the fundamental and universal phases of university life”<sup>45</sup>. The same could be said of the Russian letter-writer’s faithfulness in representing the quality of formal social relations among the eighteenth-century Russian servicemen.

The Russian manual, produced in a compact duodecimo format, first appeared in 1788 as one of the earliest publications of the later wealthy and renowned Glazunov brothers publishing firm. The Glazunovs specialized in the printing of belletristic and historical works aimed at the educated elite<sup>46</sup>. The firm made a wise choice in selecting the style manual as one of its first efforts. Judging from its publication history, the work enjoyed great popularity. A second edition came out within a year of the first, and a third, slightly expanded edition followed in 1793<sup>47</sup>.

<sup>43</sup> The large body of literature available on letter-writers has remained entirely in the province of literary scholars tracing the origins of the epistolary novel. Some examples are: *Katherine Hornbeak*. The Complete Letter Writer in English, 1568–1800, in: *Smith College Studies in Modern Languages*, 15, nos. 3–4 1934; *François Jost*, *Essais de littérature comparée* (Fribourg and Urbana 1968), esp. 11819; *Reinhard Nickisch*, *Die Stilprinzipien in den Deutschen Briefstellern des 17. und 18. Jahrhunderts* (Göttingen 1969).

<sup>44</sup> *N. F. Demidova*, *Biurokratizatsiia gosudarstvennogo apparata absoliutizma v XVII–XVIII vv.*, in: *Absoliutizm v Rossii* (Moscow 1964) 238–40.

<sup>45</sup> *Charles Haskins*, *The Rise of Universities* (New York 1923) 103.

<sup>46</sup> *A. A. Sidorov* (ed.), *400 let russkogo knigo-pechataniia 1564–1964*, vol. 1 (Moscow 1964) 270; *I. P. Glazunov*, *Russkii biograficheskii slovar'*, vol. 5, 265–66.

<sup>47</sup> *Svodnyi katalog russkoi knigi grazhdanskoi pechati XVIII veka 1725–1800*, vol. 2 (Moscow 1964) 417. Unfortunately, the pressrun is not indicated on any of the editions.

One important difference between the Russian letter-writer and the European model after which it was patterned revealed the different shape of the two societies. European letter-writers were usually directed at the rising bourgeoisie. This early Russian manual, while including several items of interest to merchants, allotted much more space to matters concerning noble servicemen. In Russia, where the bourgeoisie was little developed, the servicemen provided the natural market for the manual. Many of them in the late eighteenth century still had a relatively low level of culture and were often only semiliterate. They could well use a manual that would help their correspondence make the right impression on a superior, and it was for these servicemen that the book was designed. Of the 84 examples of written style presented in the book, less than a third (27) were devoted to technical questions, and these would have interested nobles as well as merchants. Among the examples were letters of credit and exchange, payment orders, travel permits, and internal passports, also specimens of affidavits, leases, a will, and a number of contracts relating principally to the transfer of serfs. The content of most of these form letters reveals that they directly concerned the interest of nobles, since they refer to serfs and populated estates, the ownership of which was the exclusive privilege of the nobility.

The largest part of the letter-writer, the remaining two-thirds, was taken up with communications passing among the elite of serving nobles. Significantly, 60 percent of these examples (34 of 57) dealt directly with the attainment, maintenance, and loss of patronage connections.

Preceding these samples of written style were two introductory sections. The first presented comments on various types of letter-writing: business letters, letters of recommendation, of advice, of thanks, and others. The quality of advice can be judged from this comment on letters of courtesy: "Letters containing mere politenesses are more difficult than other types, since for the most part they have nothing of substance to convey. It requires some imagination to fill them up. The usual expressions are so commonly known that no one dares to use them any longer. However, propriety demands that we write something. Thus, it is necessary to apply our wits."<sup>48</sup> However trivial the content of these letters, the editor was in no doubt about their importance; he devoted the longest section of his introduction to this type of letter. And with good reason. These empty communications played a vital ritualistic role in the prevailing system of social relations; they maintained interactions among the members of patronage groups and strengthened cohesion and morale within these elemental building blocks of society.

The second introductory section provided a brief list of proper titles to be employed in salutations and complimentary closings of letters to persons of various ranks in the state service. The reader then arrived at the substance of the manual, the samples of proper written style for typical communications of the day.

A considerable range and variety of patron-client letters were presented. Among the 34 samples devoted exclusively to these matters, the largest number belonged to three

<sup>48</sup> Pis'movnik soderzhashchii raznye pis'ma, prosheniia, zapiski po delu ... (St. Petersburg 1789) 12-13.

categories: requests for jobs and job transfers (7 letters), requests for outright grants in aid (5 letters), and requests for intervention and protection in court cases (5 letters). Several others represented appeals for patronage protection without specifying the precise nature of the favor required. But more important than any particular request was the action of the patron-client link, which bore common characteristics in all the letters.

In patronage groups, powerful persons bestowed favors or advanced requests from a subordinate client to be promoted to a higher rung on the patronage ladder. In this way the superior maintained the respect and gratitude of the subordinate so vital to the continuation of services required by the superior. The subordinate, who through bribery or particular services manipulated his patron, came to expect these benefits. This expectation derived from the subordinate's belief in his patron's power and personal influence; the subordinate relied explicitly on the assumed and somewhat mysterious power of his protector. While this understanding was seldom expressed openly, it ran through nearly all the style manual's letters in subtle yet unmistakable terms.

A modest expression of the dependency relationship may be observed in this first letter, in which a patron requests the placing of a client in a new position.

Anyone else would consider my boldness inexcusable; but Your Excellency will of course not count me guilty in consideration of the fact that, despite [my boldness], I have reserved my most dutiful esteem for the merits and virtues of your person. In such hope I venture to request most humbly of Your Excellency to take the bearer of this [letter] Major I. under your protection and place him in the vacancy now opening at N. Knowing your discernment in evaluating persons, gracious lord, I can firmly assure you of his abilities and of his complete gratitude to you as his true benefactor; wherefore with great confidence in entrusting him to your favor and with deepest respect I remain always . . .<sup>49</sup>

More often, in making a request, a client recorded some specific instance of his worthy services. Or at the very least there was a clear statement of the dependency relationship, as with the following introduction in a request for protection in a court case. The petitioner began: "If you respect my humble request as much as I have respected your orders, then I may rely fully on receiving your help in a court action I am now engaged in with a noble living in my area."<sup>50</sup>

Occasionally a letter could be quite direct without ritual bows to services previously performed. This was the case in the following letter, which shows a patron appealing to a third party for action on his client's behalf. The example is revealing also for its attitude toward legal justice (*pravosudie*); it was something employed to victimize people, and a patron was therefore duty-bound to protect his clients from its depredations. The letter makes clear that it was not only among court parties that legal action was used in this way.

I am altogether certain that you have a humanitarian spirit and a charitable heart, which sympathizes with human need, gives aid to the unfortunate and protects and frees them from misfortune. For this reason I present you with an instance in which you might easily display this virtue and demonstrate it by action. It is well known to you that a certain P. K. is leading a miserable existence in the city of N. I won't explain his case; you yourself have a clear idea of it. It only re-

<sup>49</sup> Pis'movnik, 83-85.

<sup>50</sup> Ibid., 164-65.

mains for me to remind you of his distress which has long since deserved to be an object of your charity. I ask sincerely that you would rescue this man, whom a certain person has made a sacrifice to legal justice and severity, from the ominous situation now threatening him<sup>51</sup>.

More often the examples given in the letter-writer showed a subordinate appealing to a superior, and these letters bore two characteristics. They were exceedingly deferential and contained more or less subtle reminders of the superior's obligations.

Among the most candid were petitions from widows and dependents of former servicemen. Since the deceased subordinate could manipulate no longer, the desperate petitioners had to spell out the superior's obligations in detail in order to obtain his essential support. The following sample and two other poignant letters from widows included in the manual indicate that even after Catherine II's provincial government reform of 1775, which established local organs for the protection of widows and orphans<sup>52</sup>, dependents continued to rely on the favor of powerful persons in order to receive survivor benefits. These appeals would usually go to the dead man's former chief, as in this letter to a brigadier.

In my present extremity, I make bold to approach you as my sole protector. Extend a helping hand to an unfortunate widow deprived of subsistence by her husband's death, [a man] who sacrificed his life for the fatherland in pursuit of his duty and your orders. Take pity, kind sir, on my distress, remembering my husband's devotion to you; as he lay dying he pronounced your name as his true benefactor. And if in thinking of his survivors he went to the grave with this hope in you, would you leave his poor widow and children to perish? I enclose my petition to His Excellency Count N. Be my protector. Testify to my husband's service and with your characteristic firmness in defending truth and acting for the unfortunate, present my husband's debts. Kind sir, his service and death in the war ... your protection, my misfortune, my three children, are they not sufficient to obtain for me some charity, with which I might provide my unhappy family sustenance, and without which in all honesty I must perish<sup>53</sup>.

Another letter represented the appeal of a subordinate who had lost his patron's favor and was desperately trying to regain it. As in the case of the widow, this model letter conveys the painful insecurity of the Russian serviceman. Even with all the usual benefits granted on retirement, the less exalted servicemen seem to have had difficulty holding body and soul together without additional protection and benefaction of a powerful patron.

Most Excellent Count ... Upon entering my position in 1759, I had as my sole object the advancement of the work and I eagerly tried to perform my duties with precision and to gain your favor. For 20 years I enjoyed it before all my fellows, and this was my sole priceless reward. Being fair in all matters, Your Excellency will grant me justice in recognizing the zeal with which I was always attached to your person and my perfect gratitude for your graciousness toward me, for I never dared trouble you by asking any special reward for myself even when you may have encouraged me by lavish praise.

Having relied solely on your favor, my family and I hoped to be honored by your protection forever. But to my misfortune I was suddenly deprived of it when Your Excellency decided to entrust my post to another. Although ... released with all the benefits that could be expected, I remain anxious and plagued with doubts about whether I had given you cause to be displeased

<sup>51</sup> *Ibid.*, 71-73.

<sup>52</sup> *V. Grigor'ev*, *Reforma mestnogo upravleniia pri Ekaterine II* (St. Petersburg 1910) 271-75, 283-87.

<sup>53</sup> *Pis'movnik*, 68-70.

with me. For this reason I most humbly beg Your Excellency to return to me, a decrepit of man, your eminent patronage; without it, Most Excellent Count, shall I, burdened by a numerous family, continue to suffer want from which only you can rescue me.

Instead of the considerable rewards that your generous intercession has brought to others, to me it would be a priceless treasure if you but restored your eminent favor, whose beneficent result would reinforce my strength exhausted by the burdens of age and bless me and my poor family; accepting it we shall praise you as our benefactor<sup>54</sup>.

This letter did not stand alone in the manual as evidence of the impoverishment of state servicemen. A large number of the model letters involved cases of threatened destitution. The appearance of these letters reflected a crisis for the lesser servicemen, who in the late eighteenth century were suffering from the ravages of inflation and the costs of meeting the social demand to maintain a Westernized lifestyle<sup>55</sup>.

The manual also included letters from people in trouble with the authorities. One striking example concerns a retired staff officer who was arrested while on a visit away from home. He was appealing to a titled superior: "I served honorably all my life, possessing the rank of staff officer, and now owing to the petition of the provincial registrar N., based neither on law nor decency ... I have been held under arrest for nearly a half year, and the first month I was treated as severely as if I were a common criminal."<sup>56</sup> During this time the local authorities made no effort to bring the case to trial. The imprisoned man failed to obtain even a temporary release, despite the offer of two officers to stand surety for him. The registrar, in cooperation with the provincial chancery, refused to settle the case until the prisoner paid what the registrar demanded.

One might wonder at the inclusion of this letter in a style manual<sup>57</sup>, but a closer look at provincial government in eighteenth-century Russia would dispel doubts about its usefulness. The arbitrariness of local officials was notorious. And little wonder. In the absence of a systematic code or a belief in the efficacy of legal norms and with central government unable to exercise close control over its agents, the power that those agents necessarily possessed could be employed for their own personal ends. Consequently, innocent citizens often found themselves at the mercy of avaricious local authorities or any powerful person who could buy the authorities' cooperation. Faced with this situation, a Russian appealed not to a legal system that did not operate, but as

<sup>54</sup> *Ibid.*, 63-67.

<sup>55</sup> Among such letters were: two letters requesting job transfer or release from service due to debts incurred from the high cost of living in St. Petersburg (53-57, 57-60); request to patron to help pay large personal debt (74-78); petitioner who served in military and civil bureaucracies has lost villages due to debt (103-7); additional examples (115-19, 153-55, 162-64, 167-68, 168-70, 186-88). On the nobility's economic position, see *Arcadius Kaban*, *The Costs of 'Westernization' in Russia: The Gentry and the Economy in the Eighteenth Century*, in: *Slavic Review* 25, no. 1 (March 1966) 40-66.

<sup>56</sup> Pis'movnik, 78-83.

<sup>57</sup> In fact, European letter-writers of the seventeenth and eighteenth centuries frequently included a model letter to a friend in prison. The letter usually conveyed condolences and bore an assumption of the imprisoned person's guilt. For an English letter of this type, see *Hornbeak*, *The Complete Letter Writer*, 88. The modification that took place in the Russian example is revealing. The letter was from an imprisoned man and carried a presumption of innocence.

in the case of the arrested staff officer, turned to a protector who could exert influence on the group responsible for his misery.

The local dynamics are revealed in the actual case of a soldier by the name of Alekseev who was assaulted by a certain Major Mordvinov in Novgorod province. Alekseev obtained a judgment against his attacker for 50 rubles in damages. Instead of receiving payment, he got a surprise visit from the angry major and several of his fellow landlords, who treated the unfortunate Alekseev to a merciless thrashing for the audacity of filing a complaint against their friend. Alekseev then appealed to the Senate in St. Petersburg, which ordered the Novgorod chancery to levy a second fine on Mordvinov and 10 rubles in damages on all participants in the beating. The Senate further directed its Novgorod office to report promptly on its action. Weeks went by with no report. The Senate issued another order. Finally it became apparent that the Novgorod chancery was sabotaging the Senate's decision. When nearly a year passed since the first judgment against Mordvinov, Senate officials realized that the provincial authorities in Novgorod were beholden more to criminal elements among the local nobility than to their own superiors in St. Petersburg. As a last resort the Senate paid Alekseev directly for the damages and withheld that amount from the salaries of the Novgorod officials<sup>58</sup>. Had Mordvinov enjoyed connections at court or in the Senate, the brave Alekseev could surely have expected more grief for his effort to win legal redress. Alekseev's case, however, demonstrated the limits of the action of a purely local patron-client network.

The letter-writer contained examples of more fortunate occasions. In a society where patronage made careers while the bureaucratic principle of advancement by merit, however firmly expressed in law, remained a pious counsel of perfection, a young man had to know how to make the proper contacts. A letter-writer was therefore scarcely complete without examples of introductory letters to potential patrons. The manual recommended the following approach:

Dear Sir, The respect and devotion I feel toward worthy persons moves me to write you, even though I do not have the honor of knowing you personally. Your good inclinations and sincere feelings have made your name known to all, and this fact compels me to seek a correspondence with you ... Do not refuse this wish. Do not give as a reason my lack of acquaintance with you and be assured that I am moved to it for no other reason than respect and love of virtue and merit; giving you full justice in this, I desire to possess sincere friendship and acquaintance.

The manual then offers a proper reply to this request.

Dear Sir, You anticipate me in what I have for long sincerely wished, having known of you by reputation from my truest friends. Your proposal gives me the fullest satisfaction and for this reason I all the more gladly promise you my friendship, which you may be assured I shall endeavor to preserve eternally by showing you my sincerity, kindness and sincere benevolence, with which being now filled, I have the honor to be ...<sup>59</sup>

An exchange of this nature created a patronage alliance beneficial to both persons. The first writer found a new patron, and the second was pleased to take on obligations to someone he expected to be useful as a client. It was doubtless far more common to

<sup>58</sup> Case quoted at length in *G. P. Makogonenko, Radishchev i ego vremia* (Moscow 1956) 137-39.

<sup>59</sup> Pis'movnik, 97-100.

make such connections through informal face-to-face contacts. In this regard the Freemasonic lodges, which grew up rapidly in the 1770s and 1780s, played an important role<sup>60</sup>. The model letters document the initiatory ritual that cannot be captured in its most typical form.

These examples from the first Russian style manual show Russian social relations in an instructive phase. The manual reveals the transferral of habits and associations characteristic of the face-to-face informal relations of previous eras to a society in which written communication had become increasingly important. The letters capture not only the undiminished vigor of the patronage system but, more interesting, the ritualistic forms of various types of patronage relations. The publication of the letter-writer testifies to a growing literacy among the elite, which is usually correlated with a greater involvement in and reliance on legal relations, but the content of the model letters makes it clear that the earlier style had not yet been altered in the direction of legal relations. Despite legal proscriptions and the moral sanction of enlightened social critics, patronage remained the foundation of relations among the Russian servicemen. Until Russian society could provide more than a pretense of legality to protect the values of property, status, and personal security, the patronage system would continue to fulfill this essential function.

<sup>60</sup> See, for example, *Ivan Elagin's* explanation of why he first joined the Masons. *Zapiska I. P. Elagina: novye materialy dlia istorii masonstva*, in: *Russkii Arkhiv* 2, no. 1 (1864) 93–110.

## IV. Klientelsysteme in Italien: im Norden und im Mezzogiorno

### Einleitung zur Diskussion

*Anthony Molbo*

### Patronage and the State in Early Modern Italy

“Les clientèles ont existé à toutes les époques”, writes Yves Durand in the opening article of the *Festschrift* recently dedicated to Roland Mousnier, one of the historians most directly responsible for underscoring the importance of clientage and of patronage in early modern European society<sup>1</sup>. In Mousnier’s own vision, clientage has been a ubiquitous phenomenon; it, and fidelity (*fidélité*), the sentiment which underlies it, occupy such an unmistakably central rôle as to merit the launching of an “enquête internationale” whose object it would be to study their manifestations in as disparate and diverse human relationships as the relation “Maître-Fidèle”, “la fidélité des époux”, and even “la fidélité des croyants”<sup>2</sup>. Such an ambitious vision might take us in any number of different directions and may well run the risk, as Giorgio Chittolini points out in his paper, of falling “nelle genericità che talora si accompagnano ai discorsi sulle relazioni di patronato”<sup>3</sup>. Given this very real risk, you will not mind, I hope, if I begin my observations by focusing my attention, at least initially, on the narrow field of my own specialization, the history of late mediaeval Florence.

The field of Florentine historiography has been particularly vibrant in the past thirty-odd years. Since the publication in 1955 of Hans Baron’s *Crisis of the Early Italian Renaissance*, and particularly in the anglophone world, dozens of historians have studied the history of that city. Some have focused their attention on Florentine social structures, others on economic development, still others on the history of humanism.

<sup>1</sup> Yves Durand, *Clientèles et fidélités dans le temps et dans l’espace*, in: *Hommage à Roland Mousnier – Clientèles et fidélités en Europe à l’époque moderne* (Paris 1981) 3–24.

<sup>2</sup> First published in the *Revue historique* of 1975, Mousnier’s call for this enquête is reprinted in the volume cited in note 1, XXI–XXIII.

<sup>3</sup> Giorgio Chittolini’s contribution to this volume, S. 243–259.

Yet, from Baron himself to Gilbert and Rubinstein among the older, German-born generation, to Becker, Brucker, Martines and Weinstein who represent the first native American group of Florentinists, to the even younger generations in England, Australia and the U.S. who entered the field more recently, one of the constant historiographic preoccupations has been the nature of the Florentine state. This preoccupation is not accidental. Baron's own magisterial interpretation of early Renaissance humanism appeared in the very same year of the Tenth International Congress of Historical Sciences when, perhaps, the key issues discussed were those raised by F. Hartung and R. Mousnier in their joint presentation regarding "Quelques problèmes concernant la monarchie absolue"<sup>4</sup>. In the very next year, 1956, Federico Chabod presented in Paris his influential essay, significantly entitled "Y a-t-il un Etat de la Renaissance?"<sup>5</sup> Several other scholars joined the discussion in the years following. Clearly the question at hand was not new. Arguably, as far as Italy goes, Burckhardt's own formulation of the "state as a work of art" (*Der Staat als Kunstwerk*) had anticipated some of the subsequent discussion. But the question of the nature of the modern state was very much in the air during the very years when the anglophone historiography on Florence was getting off the ground. It was inevitable that the more general discussion would have had a bearing on the orientation of the then budding field of Florentine historiography.

What, then, can one ask, was the interpretation of the Florentine state which emerged from the work of these scholars? Very briefly, we can compare three books published within three years of each other: Nicolai Rubinstein's *The Government of Florence Under the Medici* (London, 1966); Marvin Becker's *Florence in Transition*, 2 vols. (Baltimore, 1967-8); and Lauro Martines' *Lawyers and Statecraft in Renaissance Florence* (Princeton, 1968). When these works were first published, there was a rush of discussion which tended to dwell upon their differences and on the particularity of each author's interpretation. Rubinstein's work viewed the development of Florentine politics from the perspective of electoral politics, Becker's from that of fiscal policy, while Martines examined, above all, the contributions of lawyers to the functioning of the Florentine government. Yet, despite these differences, the conclusions of all three are strikingly similar. Rubinstein, Becker, and Martines were concerned with describing a historical process which sprouted into a form of state which, whether or not one calls it modern, was very different from the governmental forms which had predated it. Thus, Rubinstein analyzed the Florentine "constitution" whose manipulation enabled the Medici to concentrate in their hands and those of their trusted allies the vital electoral organisms upon which they relied to control power. Becker, for his part, emphasized the emergence of "public law" which, in the course of the Renaissance, supplanted "private immunities", while "traditional forms of government intimately associated with the era of the medieval commune dissolved". And in another passage,

<sup>4</sup> F. Hartung & R. Mousnier, *Quelques problèmes concernant la monarchie absolue*, in: *Relazioni del X Congresso internazionale di scienze storiche* (Firenze 1955) IV, 3-55.

<sup>5</sup> Originally delivered as a lecture at the Sorbonne in 1956, Chabod's text was first published in 1958. It is now found in his *Scritti sul rinascimento* (Torino 1967) 605-621.

taken from a justly acclaimed article of his, Becker compared the Florentine state of the fifteenth century to the "proverbial Leviathan", an institution which had emerged from the "chrysalis of the Commune" to become the state of the Renaissance<sup>6</sup>. Finally, Martines emphasized the strengthening, both in Florence and in Milan, of the powers of the executive and of the centralized government, which, in some of its manifestations he argued, was leading in the direction of the "modern absolutist state". Of the three historians to whose work we just referred, Martines was the most cautious and tentative in formulating his generalizations on the possible modernity of the Renaissance state. Yet, even he tended to emphasize the centralizing and modernizing aspects of the new governments which emerged in the fifteenth century. What unifies – at a conceptual and interpretive level – these three studies as well as other interpretations of those years is their general neglect of particularistic institutions and tendencies which eroded the power of the central government. What unifies them even more is their emphasis on such categories as bureaucracies, executive power, territorially united states, elements which underscored the modernity of the Renaissance state.

Let us now look at three other works on Florentine history, written more recently: Ronald Weissman's *Ritual Brotherhood in Renaissance Florence* (New York, 1980); D. V. and F. W. Kent's *Neighbors and Neighborhood in Renaissance Florence* (Locust Valley, N.Y., 1982); and Richard Trexler's long article of 1983, devoted to the Ciompi revolt and entitled "Neighbors and Comrades". In none of these three does one detect a particularly keen interest in the history of the state. Quite to the contrary. Where Rubinstein, Becker and Martines focussed their collective attention upon government institutions and were inclined to define the term "Florence" as a political and ideological entity, these younger scholars have focussed their attention upon a set of categories which, on the surface of things, has very little to do with the Florentine state. In his own analysis, Weissman concludes that the Florentines of the fourteenth and fifteenth centuries lived in a world dominated by their neighborhoods, within which they developed their most significant social relations. Florence itself, rather than perceived as an entity whose unity was expressed in its very government, is perceived by Weissman as a conglomerate of small villages, of quasi-autarchic neighborhoods which delimited and defined the social and intellectual horizons of most Florentines. In vain will one look to Weissman's book for an explanation of the development of the Florentine state in the fifteenth century. The Kents pursue the very same theme in their study of one of Florence's sixteen administrative units, the gonfalon Lion Rosso. Where Weissman, before, had overlooked the preceding discussions on the Renaissance state, the Kents do take them into account. Yet, they appear impatient with the questions raised by previous scholars. The explanations regarding "the 'statist' pressure" allegedly exerted in the fifteenth century "hardly seem to do justice to the complex social and political situation" which they detect in Florentine society. It is the neighborhood which emerges as the dominant political and social category of the Kents' narrative, a category which represented a "distinct and individual corporate world", one which "served

<sup>6</sup> Economic Change and the Emerging Territorial State in: *Studies in the Renaissance* XXX (1966) 7–39.

as an intermediary between the citizen and the commune"<sup>7</sup>. Very much the same picture is established in Trexler's article, one of whose over-riding conclusions is that neighborhood associations helped create the crucial solidarities at the time of the Ciompi revolution<sup>8</sup>.

Thus, it appears that anglophone historiography on late mediaeval Florence has completed an interpretive trajectory of some magnitude during the last dozen or so years. From a preoccupation with discovering the roots of the modern state in the history of Florence, a number of American and Australian scholars are now attempting to demonstrate that the city's much vaunted modernity evaporates when Florentine history is examined through the prism of concepts appropriated from the social sciences, above all anthropology<sup>9</sup>. This is not the occasion in which to assess the contributions made by this younger generation of historians. Nonetheless, what is directly relevant to our proceedings is the fact that the subject of patronage hardly appeared in the work of the first three scholars to whose monographs we already referred, while, without any question at all, it has dominated the interpretation of Weissman, the Kents and Trexler. Clearly, this is not a coincidence. For it will be my claim in the balance of my brief presentation that it was difficult, if not altogether impossible, to conceive and discuss the subject of patronage so long as the dominant historiographic preoccupation was that of tracing the history of the "modern state". Chabod's early vision of a "stato impersonale, razionale, legalistico, burocratico, livellatore"<sup>10</sup> could easily be accommodated to Becker's view of the Florentine state as the "proverbial Leviathan", but could hardly come to terms with Weissman's "small-scale, face-to-face society of the Renaissance town". And, to follow Weissman's explanation, it was precisely the patron "who provided the requisite links ... in such a fragmented world"<sup>11</sup>.

In some important respects, the interpretive shifts evident in the field of Florentine historiography are themselves reflections of wider changes of interpretation which characterize the debate regarding the nature of the early modern state in Italy. Increasingly, the discussion regarding the modern state has distanced itself from the positions embraced by Antonio Anzilotti, Francesco Ercole and even by the young Chabod himself. During the first half of this century the roots of the modern state were found in the very governments which emerged in Italy during the late mediaeval and early modern eras. The "Renaissance state" was marked by a number of characteristics: the emergence of a nationalist spirit, the growth of governmental responsibilities, the slow taking shape of bureaucracies and the consequent increase in the administrative efficiency with which the new governments were run; conversely, the dilution of old feudal obligations, the levelling out of old particularistic institutions, the erosion of regionalism – all these were themes upon which earlier scholars had concentrated their

<sup>7</sup> Quotation found on pp. 5 and 8.

<sup>8</sup> *Social Analysis* 14 (December 1983) 53–106.

<sup>9</sup> A notable exception to this generalization is *Alison Brown's* recent incisive article: Florence, Renaissance and Early Modern State: Reappraisals, in: *Journal of Modern History* LVI (1984) 285–300.

<sup>10</sup> *Federico Chabod*, *Lo stato di Milano nell'impero di Carlo V* (Milano 1934) 175.

<sup>11</sup> *Weissman*, *op. cit.*, 22–23.

attention. Yet, even Chabod himself, in the years immediately following his Parisian address on the Renaissance state, had presented a much more nuanced and complex image of the Milanese state in the sixteenth century, a picture which, if dominated by certain modernizing elements (such as the “forte organizzazione centralizzata” and an “organizzazione burocratica centrale”) also contained components endowing it with “caratteristiche di stampo tutt’altro che moderno”<sup>12</sup>. This sensitivity to the complexity of the early modern Italian states and to the absence of a linear growth from the mediaeval commune to the modern state (conceived in essentially Weberian terms) was expressed even more strongly some years following Chabod’s death by Marino Berengo. In 1967 he seemed to turn the old generalizations on their head when he asserted that the most dominant characteristic of the sixteenth century Italian states, far from being their centralizing tendencies, was the “trionfante particolarismo dei corpi”, a phenomenon which in many senses represented an inversion of a course already undertaken by some fifteenth century republican régimes<sup>13</sup>. In more recent years, thanks primarily to the reflective syntheses of a number of historians, among whom Chittolini, Fasano, Galasso and Musi have presented particularly persuasive arguments, a greater balance has been struck in the general interpretation of explanations of Italian state-building<sup>14</sup>. Thus, Chittolini has argued that there is a nearly contrapuntal relationship between the gradual increase in the authority of the sixteenth century prince and the parallel propensity of the new states to recognize and legitimate old bodies and local institutions. As was the case in other parts of Europe, Chittolini identified in the Italian course of political events the same “dualism” between a “potere centrale o ‘sovrano’ ... e ... una serie di nuclei territoriali compatti che avevano rinunciato forzatamente all’indipendenza, ma non alla difesa delle loro libertà”. And Fasano, although expressing some doubts about Chittolini’s tendency to discuss Italian history in light of a presumed “crisis” of the sixteenth century, adopts a similarly balanced and complex view. In her most recent discussion of these problems, she suggests that central and peripheral institutions shared a “complementarità di funzioni”, a state of affairs, at least in the state of Tuscany, not only tolerated but encouraged by the prince.

There is a great deal of historical work recently completed which reinforces the view of the early modern Italian state as neither mediaeval and feudal (in the sense that it fell victim to deeply rooted centrifugal forces inherited from the past), nor as the precocious anticipation of modernizing tendencies which would emerge later in other

<sup>12</sup> *Federico Chabod*, Stipendi nominali e busta paga effettiva dei funzionari dell’amministrazione milanese alla fine del cinquecento, in: *Miscellanea in onore di Roberto Cessi* (Roma 1958) 251.

<sup>13</sup> *Marino Berengo*, Il Cinquecento, in: *La storiografia italiana negli ultimi vent’anni ...* (Milano 1968) I, 490.

<sup>14</sup> For *Chittolini*: *La formazione dello stato regionale e le istituzioni del contado* (Torino 1979) and his *Introduzione* to his *La crisi degli ordinamenti comunali e le origini dello stato del Rinascimento* (Bologna 1979). For *Fasano*, *Lo stato di Cosimo I* (Firenze 1973), her *Introduzione*, to her *Potere e società negli stati regionali italiani fra ’500 e ’600* (Bologna 1978) and *Gli Stati d’Italia centro-settentrionale tra quattro e cinquecento: continuità e trasformazioni*, in: *Società e storia VI* (1983) 617–639. For *Galasso*, *Potere e istituzioni in Italia dalla caduta dell’Impero romano a oggi* (Torino 1974), and for *Musi*, *Stato e pubblica amministrazione nell’ancien régime* (Napoli 1979).

European societies. Rather, the same complex balance of forces, institutions and tendencies seem to characterize Italian history as that identified by Oestreich, Gerhard and Mousnier in their discussions of Transalpine political history. For Italy itself, F. Diaz's description of Cosimo I's attempt to "ménager" a Florentine tradition by solicitously preserving certain institutional and political traditions of long standing while creating his *stato nuovo*; R. Burr Litchfield's thorough demonstrations that the functionaries of the new Medicean state were drawn largely from the city's traditional ruling class; Fasano's own studies on the relationship of Florence to its subject cities and territories and on the accommodation reached between provincial élites and the ducal court of Florence; Cozzi's studies on the administration of justice in Venice and Sicily; de Mesquita's and Chittolini's analyses of the balance of forces between the Milanese *signoria* and the great feudal families of Lombardy – all these studies and many more underscore the variety of arrangements possible in the course of the constant dialectic between centrifugal and centripetal forces at work on the Italian scene during the late mediaeval and early modern centuries<sup>15</sup>. And if it is true as Galasso has argued that Italy during that era was a "pluralità di formazioni politiche", if its history was "una storia parallela delle singole formazioni politiche presenti nel paese", it might also be possible to argue that the country's multiple histories were infused with a certain degree of unity by their common experiences in struggling to provide a balance between center and periphery, centralizing and dispersive forces, attempts to preserve past privileges and those aimed at creating new ones. But, out of their collective research little seems now to remain of Chabod's early vision of the Renaissance state as an "impersonal, rational, legalistic, bureaucratic, levelling" entity. Efforts to attain that goal in sixteenth-seventeenth century Italy would fail as power remained fragmented, dispersed, refracted through old and new institutions.

The topic of patronage in Italian society emerges as an important subject of study precisely because of the realization regarding the nature of political power and the character of the states which governed the peninsula. Patronage in the era from the fifteenth to the eighteenth centuries operated very much in the same political space which it had occupied before: in the interstices of the state, offering members of various groups, orders, associations or geographical entities access to rewards, offices, prizes, protection, fiscal advantage, judicial clemency and the like. In this sense, it may be possible to suggest that the political changes of the early modern period, regardless of the particular configuration in each state, left enough room available for the survival of a political culture based on the institution of patronage.

Indeed, the more one studies various periods of Italian history, the more one is struck by the longevity and durability of this institution. Paul Veyne recently wrote a masterful study of clientage in the late Roman Empire, in which he argued that "le Bas-Empire offre dans bien des domaines le spectacle de la clientèle". Significantly, he added that those who perceive the persistence of clientage as a reflection of the weak-

<sup>15</sup> For full and more extensive bibliographic references the reader is advised to consult the "Introduzioni" written by *Chittolini* and by *Fasano* to their respective anthologies cited in the preceding note.

ness of the Roman state fail to understand how essential patronage was to the very survival of the government itself<sup>16</sup>. Cinzio Violante, writing on eleventh century Milan, refers, without particular comment, to the patronage network cultivated by bishop Arimberto<sup>17</sup>. And when we move up in time to the history of the fourteenth-fifteenth century communes we encounter myriads of examples, many of them studied at great length in recent years, which illustrate the resilience and adaptability of the institution of patronage. Lorenzo de' Medici's often quoted statement, in which he sought to explain the reasons which induced him to follow in his father's and grand-father's steps and assume the leadership of the city, is itself a clear and colorful reference to the strength of the patronage system in that most Renaissance of Italian cities: "... mal volentieri accettai, e solo per conservazione degli amici e sostanze nostre, perché a Firenze si può mal vivere senza lo stato."<sup>18</sup> All throughout the entire chronological span of Italian history, down to Jeremy Boissevain's, Sydel Sylverman's and Paul Littlewood's recent studies on contemporary Italy, the institution of patronage is ubiquitous, a sort of deep structure ineradicable from Italian political culture<sup>19</sup>.

The three studies presented to our conference fall, I believe, within the historiographic tradition sketched above. In examining the efforts of Emanuele Filiberto, Duke of Savoy, to create a state *ex novo*, Barberis focusses his attention on the plan to establish a citizen militia. The object of this initiative was to undermine, if not eliminate, old feudal ties between local lords and their subjects and to create direct ties of dependence between the Duke and his subjects. But the effort failed, precisely, as Barberis notes, because the "mediazione di elementi locali è oggettiva, necessaria e inquinante". So, in the end, the Duke was forced to take into account the local situation (the "microconflittualità locali") and to rely on the very notables, whose position he had initially attempted to subvert, as the key elements of his army and as the agents through whom local control could be exercised in the provinces of the Duchy. Thus, the process of "state-building" was subjected precisely to the type of accommodations which, as we already noted, historians of early modern Italy have highlighted in their recent work. It may be worth observing that the dynamic element in the picture drawn by Barberis is represented by the local forces which, it would appear, by virtue of tradition and the web of complex material and power interests, impeded the realization of Emanuele Filiberto's ambitious plans. In some important respects, Chittolini presents a slightly different image in his own essay. For, in studying the relationships of patronage which grew out of feudal grants awarded in northern Italy from the fifteenth to the seventeenth centuries, he seems to indicate that in his estimation the crucial agent was the central government which, at some points was able to impose its authority, while

<sup>16</sup> Clientèle et corruption au service d'état: La vénalité des offices dans le bas empire romain, in: *Annales* XXXVI (1981) 339-361.

<sup>17</sup> *Cinzio Violante*, Società milanese nell'età precomunale (Bari 1974) 232 and following.

<sup>18</sup> *Lorenzo de' Medici*, Ricordi, in: *W. Roscoe*, The Life of Lorenzo de' Medici (London 1902) 426.

<sup>19</sup> *Jeremy Boissevain*, Patronage in Sicily, in: *Man* I (1966) 19-33; *Paul Littlewood*, Strings and Kingdoms - The Activities of a Political Mediator in Southern Italy, in: *Archives européennes de sociologie* XV (1974) 33-51; *Sydel Sylverman*, Three Bells of Civilization: The Life of an Italian Hill Town (N.Y. 1975).

at others, because of the prevailing diplomatic and military situation, was constrained to come to terms with established feudal lords, or to award new feudal grants to land-owning or military families. Thus, in the generally fluid and unsettled world of fifteenth century politics, as territorial states were being created, political spaces were made available to local lords who, drawing on their own authority and wealth, gathered about themselves clientelles and managed to insert themselves in the power structures of their territorial states. In the Valpadana of the sixteenth and seventeenth centuries, on the other hand, when the central government was in a position to wield its own power directly and effectively, the number and extent of feudal grants were severely limited, so that the clientage relationships based on these grants diminished in importance. Thus, implicitly but forcefully, Chittolini questions the views of some recent scholars, Ruggiero Romano and Philip J. Jones above all, that the overarching and most significant development of Italian history from the late fourteenth to the seventeenth century was the continuous "refeudalization" of central and northern Italian societies. Not so, suggests Chittolini, for the changes of the sixteenth and seventeenth centuries represented a substantial break from the preceding developments. Chittolini does add that an outcome of these changes was the establishment of new networks of patronage. He does not identify these, although I suspect that it would be important to examine the shifting patterns of patronage in an area subjected to a noticeable increase of central power. Lepre's paper, broader in scope and more widely ranging than the others, represents an effort to explore the underlying causes explaining the resilience and longevity of clientelar structures in a vast area of the peninsula (the Mezzogiorno), over a long period of time, from the late Middle Ages to the early nineteenth century. In many respects, his interpretation neatly complements and expands upon points already made here. One of the keys to Lepre's interpretation is his insistence on the vital importance of feudalism in the South. It was that region's feudal structures which left a pervasive cultural legacy ("[l'] indispensabilità del potente veniva ... a radicarsi profondamente nella mentalità contadina") and a highly fragmented political and economic situation. A multiplicity of baronial curias dominated the region and within each barony, where peasants were kept largely isolated from the regional market-place, overlapping and complementary patronal webs were fashioned by the baron's agents, each in charge of a specific area of administration. Once the barons themselves took up residence in Naples, where they could be kept under the surveillance of the royal court, the feuds were left almost entirely under the daily administration of the baron's agents. New centers of clientage were now forged in baronial palaces in Naples, so that in urban centers and rural areas, because of the traditional fragmentation of political power and the parallel survival, over so long a period of time, of feudal structures and traditions, patron-client relations retained their importance.

The general picture which emerges from these papers is clear enough: The political changes introduced in Italy during the early modern era, whatever their import and extent, seem to have borne little or no influence at all on the continuing viability of patronage and clientage. Whether we examine Piedmont, Lombardy or the South, we discover that patronage flourished in the early modern period. We are likely to have made the very same discovery had we cast our attention on the Veneto, or Liguria, or

Tuscany, had we concentrated on cities well inserted in the market economy or on hamlets perched on the Appennines or the Alps. And where, as all three papers suggest, one form of patronage was forced out of the scene because of political changes, it was replaced by another form of patronage. It would seem, therefore, that, at least on this score, Mousnier's warning had been quite right: Patronage emerges as a deep structure, a kind of timeless fixture on the political landscape. But, if that is so, a question inevitably comes to mind: Does such a deep structure, whose permanence seems eternal, have a history of its own? After all, should it not be possible to identify and measure the changes over such a *longue durée* just as historians, recently, have been able to reconstruct the histories of other seemingly timeless and ahistorical subjects? More specifically, what was the influence upon patron-client relationships of the shifting economic, political and fiscal structures of various Italian societies during the late mediaeval and early modern eras? There is a need to inject a temporal dimension into the study of patronage, to see it in a specific and time-bound context. Even the most recent study on the subject, Jean-Claude Waquet's book on corruption in seventeenth and eighteenth century Florentine society, tends to force the study of patronage out of its particular historical context into a conceptual framework just as easily adaptable to ancient Rome, to early modern Europe, and to the contemporary U.S. and U.S.S.R.<sup>20</sup>

So, in conclusion, we come to the question of definitions. In my estimation, an attempt to define patronage in all its manifold manifestations is likely to be exceedingly difficult, perhaps even fruitless. The discussion we held in our colloquium kept raising a series of seemingly insoluble problems precisely, it appears, because it is difficult to offer a valid and acceptable comparison between historical situations as different as England was from Spain, and Scotland from Italy. Mączak in his opening remarks warned us of this very problem when he said that "every generalization about patronage finds its contradiction in another case". And Koenigsberger seemed to echo this very point when he added that it was "not possible to construct overall theories" on the question of clientage and patronage. Surely, it might be feasible to suggest a general definition of sorts which would emphasize the reciprocity and social asymmetry of patron-client relations. But the utility of such a definition for historians is likely to be limited because it does not take into account local, specific, idiosyncratic conditions prevailing in different polities. Parenthetically, one should add here the obvious point that the diversity of economic and social conditions and of political and cultural traditions was as great in Italy as in the German Empire and that attempts to force the Italian scene into a rigid theoretical explanation will likely lead to disagreements and contrasts similar to those already encountered in our discussion.

What, then, should we do? In seeking to overcome the conceptual dead-end into which I seem to have backed myself in thinking about the question of patronage, I was struck by Pietro Schiera's contribution to our discussion. For Schiera, if I understood him correctly, suggested that patronage is difficult to define precisely because it is not an institution, but rather because it facilitates the functioning of social and govern-

<sup>20</sup> Jean-Claude Waquet, *De la corruption – Morale et Pouvoir à Florence aux XVII<sup>e</sup> et XVIII<sup>e</sup> siècles* (Paris 1984).

mental institutions. Metaphorically, it can be thought of as a lubricant of sorts; or, if one will, an engine easily adaptable from situation to situation. In my mind, I have now come to think of it in somewhat the same terms that I use to think of ritual: ever present in all societies, nonetheless, it assumes forms particular to each society. Ritual seems to respond to some deeply felt need of beings to order their social exchanges and their private lives according to some socially determined forms. One should leave anthropologists, socio-biologists, ethologists and other such sages to tell us whether patronage also responds to similar needs. Let me simply say here that the example of Italy from Roman times to our very own days provides us a case study of the ubiquity of patronal-clientelar ties. And one starts with Rome and not earlier, not because the Etruscans were more virtuous and noble but because the evidence on them is so scanty. If what I have just said were so then what becomes important in the study of patronage is the very local situation examined and in whose context patronal relations were developed. The economy, social relations, political structures, cultural traditions, religious beliefs – all these provided a concrete historical context within which patron-client relations were forged. And not the least virtue of the three papers submitted to our session is that their authors trace with such admirable precision the local conditions which, in Piedmont, in Lombardy and in the Mezzogiorno gave rise to patron-client relations in the early modern age.

## Giorgio Chittolini

### Feudalherren und ländliche Gesellschaften in Nord- und Mittelitalien (15.–17. Jahrhundert)

Ziel dieses Aufsatzes ist es, die Eigenschaften und Entwicklungen der Klientelbeziehungen zu verdeutlichen, die sich um den Feudalvertrag in Nord- und Mittelitalien in den ersten Jahrhunderten der Neuzeit, zwischen dem 15. und 17. Jahrhundert, gebildet haben. Es handelt sich um eine begrenzte Untersuchung, da das ganze Spektrum der möglichen Klientelbeziehungen sehr breit ist und das Feudalwesen nur eine der vielen damit verbundenen möglichen Strukturen darstellt. Demgegenüber schien es sinnvoll, das Problem der Patronat-Klientel-Beziehung in einer ausgewählten und konkreten Situation zu untersuchen, eben dem genannten Lehensverhältnis. Oberflächlichkeiten, die mit Abhandlungen über Patronatsverhältnisse zuweilen einhergehen, werden somit vermieden. In bezug auf das Lehensverhältnis schien es angebracht, bei dessen erneuter und bemerkenswerter Verbreitung zu verweilen, die es in diesen Regionen zwischen dem Ende des Mittelalters und dem Beginn der Neuzeit erfahren hat, und bei der Bedeutung, die der Wiederbelebung und nachfolgenden Dauerhaftigkeit feudaler Institutionen in zahlreichen einschlägigen Nachforschungen der letzten Jahre beigemessen wurde<sup>1</sup>. Sie dienten oftmals als wichtiges Indiz für die „Krise“ der gesamten italienischen Gesellschaft des 16. und 17. Jahrhunderts und als Zeichen und Indikator für deren konstitutionelle und kontinuierliche Schwäche, ungeachtet des Glanzes, den das Zeitalter der Kommunalstaaten und des „Rinascimento“ hervorgebracht hatte<sup>2</sup>.

<sup>1</sup> Ein Wiederaufleben des Interesses an der Geschichte der feudalen Institutionen, auch für Mittel- und Norditalien, wird zwischen dem Ende der 60er Jahre und dem Anfang der 70er Jahre deutlich. Vgl. unter den ersten Erscheinungen das Heft Nr. 29 (1972) der Zeitschrift *Quaderni storici* mit dem Titel *Feudalità e rapporti di classe nella società moderna*, bearbeitet von *Pasquale Villani*. Aber man vergleiche auch *Gina Fasoli*, *Feudo e castello*, in: *Storia d'Italia* Einaudi, Vol. V, 1 documenti (Turin 1973) 263–308.

<sup>2</sup> Über den Zusammenhang von „Refeudalisierung“ (oder „feudaler Beständigkeit“) und Dekadenz der italienischen Gesellschaft (oder Unbeweglichkeit und Stagnation) gegenüber den großen Veränderungen Westeuropas zwischen dem 16. und 18. Jahrhundert vergleiche u.a. *Emilio Sereni*, *Storia del paesaggio agrario italiano* (Bari 1962) 194 ff.; *Rosario Villari*, *Il riformismo e l'evoluzione delle campagne italiane nel Settecento*, in: *Studi storici* 5 (1964) 609–931; *Giorgio Giorgetti*, *Contadini e proprietari nell'Italia moderna* (Turin 1974) 278 ff.; *Ruggero Romano*, *Tra due crisi: l'Italia del Rinascimento* (Turin 1971); *ders.*, *La storia economica. Dal secolo XIV al Settecento*, in: *Storia d'Italia* Einaudi, Vol. II, *Dalla caduta dell'Impero romano al sec. XVIII* (Turin 1974) 1813–1913; *Philip Jones*, *Economia e società nell'Italia medievale: la leggenda della borghesia*, in: *Storia d'Italia* Einaudi, *Annalen*, I, *Dal Feudalesimo al capitalismo* (Turin 1978) 187–372. Zur weiteren Diskussion des Problems vgl. in dem gleichen Band: *Maurice Aymard*, *La transizione dal feudalesimo al capitalismo, 1131–1190*.

## 1. Die Neuverbreitung des Lehenswesens in den Regionalstaaten des „Rinascimento“

Parallel zum Entstehungs- und Konsolidierungsprozeß der neuen Regionalstaaten ist in verschiedenen Zonen Mittel- und Norditaliens im Verlauf des 15. Jahrhunderts eine einzigartige Wiederbelebung der feudalen Institutionen zu beobachten. Es handelt sich im Hinblick auf diese geographische Region, die so tief und gründlich von der kommunalen und städtischen Gesellschaft durchdrungen war, wie sie sich in den vorangegangenen Jahrhunderten entwickelt hatte, um eine einzigartige und anachronistische Wiederbelebung.

Einzigartig und anachronistisch deshalb, weil es die städtische Kommune im Gegensatz zu den Vorgängen jenseits der Alpen verstanden hatte, die ländliche „signoria“ drastisch zu beschneiden und deren personelle und jurisdiktionelle Abhängigkeitsverhältnisse aufzulösen und zu verbieten.

Die feudalen Institutionen fanden nun aber eine neue Daseinsberechtigung. Angesichts der Notwendigkeit, in einer politisch einheitlichen Organisation verschiedene Kräfte in ausgedehnten und schlecht direkt kontrollierbaren Gebieten koordinieren zu müssen, konnte das Lehenswesen auf regionaler Ebene als Verbindungs- und Ordnungsinstrument für die herrschaftlichen Machtzentren dienen. Diese waren von den Kommunen niemals vollständig beseitigt worden, sondern hatten sich im Gegenteil in vielen Zonen während der Krisenphase des Stadtstaates noch verstärkt. Im Herzogtum Mailand nahm dieses Phänomen besondere Ausmaße an, vor allem in einigen seiner Randgebiete – in der westlichen Emilia, dem Grenzstreifen zu Ligurien. Es tritt aber auch in anderen Staaten in Erscheinung, dem Herzogtum der Este und der päpstlichen Romagna –, wo die Feudalherrschaft die Form eines apostolischen Vikariats annahm. Zuletzt seien hier noch Genua und auch einige Provinzen des Veneto genannt, trotz des traditionellen Widerwillens der Stadtrepubliken, „fare feudatari“ (Feudalherren zu machen).

Neubelehungen setzten sich im mittleren und späten 15. Jahrhundert auch nach der Stabilisierungsphase der Regionalstaaten, während der Friedensperiode in Italien weiter fort. Die Feudalherrschaft konnte zu teilweise unterschiedlichen Zwecken benutzt werden: Nicht nur, um die bedeutendsten „signori“ und lokalen „domini“ an ihre Prinzipien zu binden, sondern auch, um eine neue Aristokratie aus treuen Adligen zu schaffen, um Freunde und Klienten zu belohnen oder um zu Geld zu gelangen. Dörfer und Gebiete wurden tatsächlich nicht nur alten Familien lokaler „signori“ als Lehen übertragen, sondern – und das häufig gegen Entgelt – neuen Familien (Bürgern, Höflingen, Söldnerführern), die in der feudalen Belehnung vor allem das Zeichen einer anerkannten Ehrenstellung und einer Erhebung in den Adelsstand oder aber ein Mittel zum gerichtlichen Schutz ihres Grundbesitzes suchten. Die Feudalherrschaften dehnten sich nicht nur in Gebieten des alten herrschaftlichen Partikularismus aus, sondern auch dort, wo sich der Einfluß der Städte weitgehendst durchgesetzt hatte. Im Mailänder Staat waren Belehungen in aufeinanderfolgenden Wellen in

fast allen Provinzen, ausgenommen nur begrenzte Streifen um die städtischen Zentren, zu verzeichnen<sup>3</sup>.

Inwieweit konnte das Lehenswesen in der Form, die es im Italien des „Rinascimento“ angenommen hatte und auf Grund des Einflusses, den es auf das Leben der ländlichen Gemeinschaft ausübte, eine der Organisationsstrukturen des Klientelwesens sein? Einführend sollte man an einige Grundeigenschaften des Lehenswesens in diesen Gebieten erinnern, die es von den in Europa sonst üblichen feudalen Institutionen unterscheidet.

Mit Ausnahme der Gebiete am Rande des „kommunalen Italiens“, wie Piemont, Trentino oder Friaul<sup>4</sup>, war in der Regel mit der Feudalherrschaft nicht der Besitz des Bodens gemeint, den der Träger als Lehen besaß und auf Grund dessen er von den Bauern Abgaben oder Leistungen (Wach- und Frondienste etc.) fordern konnte. Die Rechte des Lehensherrn bestanden vielmehr in dessen Befugnis, Recht zu sprechen (im allgemeinen mit dem „merum et mixtum imperium“; andere Male, wie in der Regel im Gebiet des Veneto, mit einer verringerten Rechtsprechungskompetenz) und in der Befugnis, aus dem Gebiet bestimmte Einnahmen zu ziehen, die ihm der Staat zugestand: allerdings waren dies nur einige unbedeutende Steuern, da der Hauptanteil der Abgaben weiterhin vom Staat eingenommen wurde. Es handelte sich also um Befugnisse und Sonderrechte, die sehr viel begrenzter waren als in anderen europäischen Ländern und die sehr viel weniger dazu befähigten, enge wirtschaftliche und persönliche Abhängigkeitsverhältnisse zwischen dem Herrn und der ländlichen Bevölkerung auszubilden<sup>5</sup>.

Die Beziehung zwischen Herr und feudalem Untertan (wenn auch weniger stark als in den französischen oder deutschen Herrschaften) konnte dennoch sehr eng und von beachtlicher Beständigkeit sein, und das Leben der ländlichen Gemeinschaften konnte dadurch sowohl im positiven wie im negativen Sinn spürbar beeinflußt werden. In der Gestalt des Feudalherrn – dies gilt übrigens in jeder Epoche der Geschichte der Feu-

<sup>3</sup> Bezüglich einer kürzlich erschienenen Gesamtdarstellung vgl. *Giorgio Chittolini*, Signorie rurali e feudi alla fine del Medioevo, in: *Storia d'Italia* Utet, *Giuseppe Galasso* (Hrsg.), Vol. IV, Comuni e signorie. Istituzioni, società e lotte per l'egemonia (Turin 1981) 591–676. Vgl. auch von dem gleichen Autor, *La formazione dello stato regionale e le istituzioni del contado. Secoli XIV–XV* (Turin 1979); *D. M. Bueno de Mesquita*, Ludovico Sforza and his vassals, in: *Italian Renaissance Studies*, edited by *E. F. Jacob* (London 1960) 184–216; *Gian Maria Varanini*, Il distretto veronese nel Quattrocento. Vicariati del comune di Verona e vicariati privati (Verona 1980); *Trevor Dean*, Lords, Vassals and Clients in Renaissance Ferrara, in: *English Historical Review* 100 (1985) 106–119.

<sup>4</sup> Diese Gegenden werden in vorliegendem Aufsatz nicht thematisiert. Die dortigen Städte hatten zu keiner Zeit bei der Organisation ausgedehnter Territorien eine Rolle gespielt; die herrschaftlichen und feudalen Institutionen haben sich ohne jede Unterbrechung und parallel zu den kommunalen Institutionen entwickelt.

<sup>5</sup> *Cesare Magni*, Il tramonto del feudo lombardo (Mailand 1937) 14–15, 65–73, 121–126; *Gina Fasoli*, Lineamenti di politica e legislazione feudale veneziana in Terraferma, in: *Rivista di storia del diritto italiano* 25 (1952) 61–94; *Peter Partner*, The Papal State under Martin V The Administration and Government of the temporal Power in the early fifteenth Century (London 1958) 186–192; *Philip Jones*, The Malatesta of Rimini and the Papal State (Cambridge 1974) 262–288; *Chittolini*, *La formazione dello stato regionale*, 65–69; *Varanini*, *Il distretto veronese*, 55 ff., 86 ff.

dalherrschaft – vereinigen sich verständlicherweise immer zwei mögliche und zuweilen gleichzeitig nebeneinander in Erscheinung tretende Verhaltensweisen (man hat von einer Art Doktor Jekyll und Mister Hyde gesprochen<sup>6</sup>): Der Feudalherr konnte Unterdrücker und gleichzeitig Beschützer der Gemeinschaft und Untertanen sein. Nicht selten bringen die Quellen starke Abhängigkeitsverhältnisse der feudalen Untertanen ans Licht, andererseits aber auch Beweise von Solidarität.

Diese Situation begegnet uns in der Geschichte des 15. Jahrhunderts, in der beschwerlichen und mühevollen Phase, die mit dem Erstarken und der Konsolidierung der Regionalstaaten einherging, häufig. Der Einfluß des Feudalherren konnte in einer unsicheren Situation, in der die staatliche Organisation noch unvollendet war, dank der Burgen und Soldaten, mit deren Hilfe im Bedarfsfall der ländlichen Bevölkerung Schutz und Verteidigung gewährt werden konnten, sehr stark sein. Dies kommt hauptsächlich in den Gebieten vor, die über lange Zeit hinweg politisch und militärisch unsicher waren: dem ligurischen Apennin mit der ganzen Lunigiana und der Gattagnana, der Mittel- und Westemilia, der Romagna, dem Gebirge zwischen den Marken und Umbrien. Im Verlauf der italienischen Kriege zu Beginn des 16. Jahrhunderts lebten in diesen Regionen die Krisen- und Konfliktsituationen zum Teil noch einmal auf. Dadurch sahen sich viele Feudalherren von den Wirren der Zeit dazu gedrängt, gleichermaßen autonome politische und militärische Rollen zu übernehmen, indem sie sich einmal mit diesem, dann mit dem anderen Gegner verbündeten, um damit vielleicht eine kaiserliche Investitur übertragen zu bekommen, die ihre Herrschaft legitimiert hätte.

In diesen Situationen gelang es den stärksten und dynamischsten Feudalherren, ausgedehnte Abhängigkeits- oder Klientelverhältnisse auszubilden. Dabei bedienten sie sich ihrer Männer, um den eigenen Grund und Boden zu verteidigen und um kleine bewaffnete Heere zu bilden (es ist bekannt, daß in jener Zeit der ganze Apennin ein Sammelbecken für Soldaten war, und zwar für herrschaftliche Truppen wie auch für Söldner). Gian Galeazzo Manfredi, ein „signore“ aus der Romagna, stellte, als er zu Beginn des 15. Jahrhunderts seiner Feudalherrschaft im Lamone-Tal ein Statut gab, dem Text die Worte des Psalm CXXI voran („Levavi oculos ad montes, unde venit auxilium mihi ...“), wie um bekräftigen zu wollen, daß der Kern seiner politischen Stärke auf den „fideles“ und Vasallen seiner apenninischen Ländereien beruhte. Am anderen Ende der Poebene, in ihren Bergen im Gebiet um Genua, waren die Fieschi das ganze 15. Jahrhundert hindurch in der Lage, „Privat“-Heere mit drei- bis viertausend Männern aufzustellen.

Im Gegenzug sicherten die feudalen Herren ihren Untertanen in den häufig wiederkehrenden Kriegsfällen, Auseinandersetzungen und Vergeltungsmaßnahmen einen gewissen Schutz zu (im 15. Jahrhundert wurden zwischen Hügeln und Bergen Dutzende und Aberdutzende von Burgen gebaut oder verstärkt). Im allgemeineren Sinn unterstützten sie darüber hinaus ihre Untertanen bei steuerlichen oder gesetzlichen Konflikten mit den Regierungen derjenigen Staaten, innerhalb deren Grenzen sich

<sup>6</sup> *Elisabeth S. Teall*, *The Seigneur of Renaissance France: Advocate or Oppressor?*, in: *The Journal of Modern History* 37 (1965) 131–150, 147.

das feudale Territorium befand. Natürlich handelte es sich hierbei um Vereinbarungen, die „tempore guerrarum“ zwischen Herren und bäuerlichen Untertanen getroffen wurden. In Friedenszeiten wurden sie durch Bereitstellung von Boden oder Abgabefreiheit im Tausch gegen die Leistung eines wirklichen und wahrhaftigen Treuschwurs in der Regel dann verlängert. Das Abhängigkeitsverhältnis der feudalen Beziehung wurde somit durch neue Bindungen, die engerer und persönlicherer Natur waren, verstärkt.

Auch in ruhigeren Zeiten und außerhalb der genannten Gebiete entstanden im Rahmen der Feudalherrschaft starke Bindungen zwischen Herr und Untertanen. Ein Edelmann, der Ansehen und Einfluß am Hof des Fürsten oder in der Regierung der Republik genoß, hatte auch die Möglichkeit, seinen „comitatin“ Hilfe und Unterstützung in den möglicherweise endlosen Auseinandersetzungen mit den Beamten und Rechtsgelehrten des Staates zukommen zu lassen oder sie auch vor den Tücken eines verworrenen und zum Nachteil der Landbevölkerung funktionierenden Verwaltungsapparates zu schützen. Die ländlichen Gemeinschaften empfanden mit großem Unwillen das Gewicht der neuen gesetzlichen und steuerlichen Strukturen, welche die Regierungen im Begriff waren auszubilden. Dieses Gewicht wurde durch die von den Städten auch weiterhin ausgeübte Zwischenvermittlung noch unerträglicher. Dank weitgehender Rechte, die ihnen die Staaten über die alten Landbezirke zugestanden, genossen die Städte weiterhin gewisse Steuererhebungsmöglichkeiten und umfangreiche Machtbefugnisse in bezug auf die Verteilung oder Befreiung von der im Namen des Staates eingezogenen Steuer. Die städtischen Magistrate behaupteten darüber hinaus jurisdiktionelle Rechte über die Landbezirke und übten weitere Rechte in bezug auf die Lebensmittelversorgung, die Regelung der Manufakturtätigkeiten, des Marktes und die Kontrolle des Wassers aus. Genauso drückend und verhaßt war die Präsenz ausgedehnten städtischen Grundbesitzes auf dem Land, der durch ein System aus steuerlichen Vorrechten und gerichtlicher Absicherung geschützt war. Angesichts der vielen Reibungsmöglichkeiten zwischen ländlicher Bevölkerung und Stadt, angesichts der häufigen Streitigkeiten zwischen städtischen Grundbesitzern und Bauern „laboratores terrarum“ – in all jenen Situationen also, die geprägt waren von dem tiefen Kontrast zwischen Stadt und Landbezirk – übernahm der Feudalherr eine bedeutende Rolle bei der Verteidigung seiner Untertanen. Diese Rolle übernahm er um so lieber, als der Schutz dieser Gemeinschaft, ihrer Bewohner und Rechte, mit der Verteidigung der eigenen Feudalherrschaft und der damit verbundenen Rechte übereinstimmte. Tatsächlich besitzen wir für das 15. Jahrhundert viele Zeugnisse über die Entstehung von Solidaritätsgemeinschaften, von Komplizenschaften zwischen Feudalherr und Bauern in der gemeinsamen Auseinandersetzung mit den Magistraten, Beamten und städtischen sowie staatlichen Steuereintreibern. Nicht selten gelang es dem Feudalherrn in Übereinstimmung mit seinen Untertanen und dem Fürsten, der ihn nolens volens gewähren ließ (allenfalls die Städte versuchten, sich aufzulehnen), eine noch weitergehende Macht auszuüben als diejenige, die ihm durch die Investitur zustand: So wurde seine Gerichtsbarkeit zum Beispiel auch gerne von Personen anerkannt, die sich an andere Gerichte hätten wenden können; oder er trieb die Steuern in seinem Lehensgebiet im Namen des Staates ein und erhielt damit große Bedeutung als Mittler

zwischen Fiskus und Gesellschaft. Um die Mächtigen und Adeligen begann sich auf diese Weise ein Netz nicht immer formalisierter und definierter Treue- und Klientelbeziehungen mit neuen Einfluß- und Autoritätssphären auszubreiten, das dennoch sehr stark sein konnte.

Es ist sehr bezeichnend, daß sich 1426 zum Beispiel, als das ganze Gebiet um Piacenza von einem großen Bauernaufstand erschüttert wurde, die Bauern in vier Gruppen oder Parteien organisierten, wobei sie von jeweils einer der großen feudalen Familien der Provinz geleitet wurden<sup>7</sup>.

Die feudale „Klientel“ fand im 15. Jahrhundert auf dem Land weite Verbreitung, auch wenn sie der politischen Organisationsform, welche die städtische und kommunale Tradition in Italien eingeführt hatte, fremd war.

## 2. Aspekte und Eigenschaften der Feudalherrschaft im 16. und 17. Jahrhundert

Die ersten Kriegsjahrzehnte des frühen 16. Jahrhunderts, die Zeit der sogenannten „guerre d'Italia“, lösten neben tiefgreifenden politischen Wirren weitreichende Konsequenzen aus: Vor allem in den Grenz- und Randgebieten, wo die „signori“ und die Feudalherren erneut Zugang zu einem politisch-militärischen Betätigungsfeld und damit die Möglichkeit, sich zu stärken, sahen, schöpfte der herrschaftliche Partikularismus neue Kraft; darüber hinaus ist in diesen Jahren ein Wiederaufleben der kaiserlichen Macht zu konstatieren, die erneut zum konkreten Bezugspunkt für die Hoffnungen vieler kleiner „signori“ wurde, wie auch der Anspruch vor allem Karls V. auf eine wirkliche „souzerain“ der kaiserlichen Feudalherren. Der wenig später folgende spanische Friede stellte in dieser Situation allerdings schnell wieder einen Zustand der Ruhe her. Nur einigen wenigen Feudalherrschaften, die nach politischer Aktivität und Autonomie gestrebt hatten, war es gelungen, auf Dauer als kleine herrschaftliche Staaten oder kaiserliche Lehen, die theoretisch gegenüber jeder anderen Staatsmacht, außer dem Kaiser, unabhängig waren, anerkannt zu werden (dies trifft zu auf die alten Herrschaften der Herren von Correggio, der Pico della Mirandola, der Gonzaga von Guastalla und Novellara entlang des Pos, im Apenninenraum auf die verschiedenen Feudalherrschaften der Malaspina, Doria, Fieschi, der Landi in der Lunigiana, im nördlichen Gebiet von Piacenza und dem Gebiet um Tortona)<sup>8</sup>.

<sup>7</sup> Chittolini, *La formazione dello stato regionale*, 143 ff., 218 ff., 257 ff.; *ders.*, *Signorie rurali e feudi*, 663–667; *John Larner*, *The Lords of Romagna. Romagnol Society and the Origins of the Signorie* (Ithaca, N.Y., 1965); *Adriana Sisto*, *I feudi imperiali nel Tortonese*, sec. XI–XIX (Turin 1956) 10 ff.; *Giovanni Cherubini*, *La proprietà fondiaria in Italia nei secoli XV e XVI nella storiografia italiana*, in: *Società e storia* 1 (1978) 9–35.

<sup>8</sup> *Karl Otmar von Arétin*, *L'ordinamento feudale in Italia nel XVI e nel XVII secolo e le sue ripercussioni sulla politica europea*, in: *Annali dell'Istituto storico italo-germanico in Trento* 4 (1977) 51–94; *Cesare Magni*, *I feudi imperiali rurali della Lunigiana nei secoli XVI–XVII*, in: *Studi in onore di Enrico Besta*, Vol. III (Mailand 1939) 43–70; *Chittolini*, *Signorie rurali e feudi*, 667–68.

Andere Feudalherrschaften dagegen wurden beseitigt oder schrittweise durch Formen direkter und unmittelbarer Herrschaft von seiten der Fürsten ersetzt (in der Romagna, in der Emilia, der Farnese und Estense), wieder andere wurden drastisch in ihrer politisch-gerichtlichen Autonomie beschnitten<sup>9</sup>.

Von wenigen Ausnahmen abgesehen, begann die Bedeutung des politischen Feudalwesens deutlich abzunehmen. Lehen, die nicht das Risiko einer Neubelebung gefährlicher Partikularismus- oder Teilungstendenzen in sich bargen, wurden jedoch auch weiterhin vergeben. In den Herrschaftsgebieten der Farnese wie in der päpstlichen Romagna – an die eben erinnert wurde – ging der Beseitigung großer Feudalherrschaften oder untreuer „signorotti“ die Vergabe zahlreicher Neukonzessionen an Familien einher – mochten diese Städter, Höflinge oder Funktionäre sein. Diese Konzessionen bezogen sich auf kleinere und mittlere Lehen. Die ganze mittel- und norditalienische Region, seien es nun die Staaten, die über eine feudale Tradition bereits verfügten, seien es die Staaten, die gerade jetzt eine Politik der Neubelehnungen durchführten, weist diese Merkmale auf. Vor allem die Toskana förderte die Bildung eines neuen Feudalwesens, nachdem sich das Prinzipat der Medici formell konstituiert hatte. Eine Erhebung aus den vierziger Jahren des 17. Jahrhunderts zeigt, daß 4,3% der Gesamtbevölkerung des Staates (sowohl die ländliche wie auch die städtische) einem Feudalherrn verpflichtet waren (der Prozentsatz steigt auf 14% im südlichen Teil des Staates von Siena)<sup>10</sup>. In den nördlichen Provinzen des Kirchenstaates betrug der Prozentsatz, nach Angaben, die sich auf den Beginn des 18. Jahrhunderts beziehen, etwa 3% für die Marken, 6% für Umbrien und 5% für die Legationen von Bologna und der Romagna (mit Höchstsätzen bis zu 11% für das Gebiet des alten Fürstentums von Urbino)<sup>11</sup>. Eine gewisse Verbreitung fand das jurisdiktionelle Lehen auch auf dem venezianischen Festland, obgleich wir aus unserem Gesamtbild diejenigen Gebiete, die schon dem Patriarchat von Aquileia angehörten, und die Gebiete des Friaul ausschließen. Dieser Vorgang ist vor allem nach den „Versteigerungen“ von Feudalherrschaften und Gerichtshoheiten zu beobachten, welche die Republik, bedrängt durch die wohlbekannte Finanznotlage, um die Mitte des 17. Jahrhunderts durchführte<sup>12</sup>. Das Herzogtum Mailand blieb jedoch das Gebiet, in dem das Feudalwesen seine größte Verbreitung fand. Während der gesamten spanischen Zeit folgte Belehnung auf

<sup>9</sup> *Letizia Arcangeli*, Giurisdizioni feudali e organizzazione territoriale nel ducato di Parma (1545–1587), in: *Le corti farnesiane di Parma e Piacenza, 1545–1622*, Vol. I, *Potere e società nello stato farnesiano*, bearbeitet von *Marzio A. Romani* (Rom 1978) 91–147; *ders.*, Feudatari e duca negli stati farnesiani, in: *Il Rinascimento nelle corti padane* (Bari 1977) 77–95; *Caterina Casanova*, Comunità e governo pontificio in Romagna in età moderna (Bologna 1981) 279 ff.

<sup>10</sup> *Giuseppe Pansini*, Per una storia del feudalesimo nel Granducato di Toscana durante il periodo mediceo, in: *Quaderni storici* 7 (1972) 131–187; *Elena Fasano Guarini*, Lo stato mediceo di Cosimo I (Florenz 1973) 67–70.

<sup>11</sup> *Bandino Giacomo Zenobi*, Tarda feudalità e reclutamento delle élites nello Stato Pontificio, secoli XV–XVIII (Urbino 1983) II, 47.

<sup>12</sup> *Giuseppe Gullino*, I patrizi veneziani di fronte alla proprietà feudale (secoli XV–XVIII). Materiale per una ricerca, in: *Quaderni storici* 15 (1980) 162–193.

Belehnung, mit einem jähen Anstieg bei Finanzkrisen und mit einem entschieden inflationistischen Rhythmus im mittleren und späten 17. Jahrhundert unter der Regierung von Philipp IV. und Karl II. Gegen Mitte des 17. Jahrhunderts – für das mittlerweile eine Gesamterhebung zur Verfügung steht – erwiesen sich über 900 von insgesamt 1500 Gemeinschaften des Staates als belehnt<sup>13</sup>.

Wie nun konnte sich bei der Fortdauer des Lehenswesens, ja sogar bei einer zunehmenden Belehnung in vielen Staaten, die Wirkungskraft der feudalen Institutionen, deren Einflußmöglichkeit auf die ländliche Gesellschaft und die Existenz von Klientelbeziehungen behaupten? Das oben Gesagte läßt vermuten, daß eine Feudalherrschaft, der es gelang, bis in der Neuzeit fortzubestehen, Eigenschaften aufweisen mußte, die von denen des 15. Jahrhunderts verschieden waren. Die Macht der Feudalherren, ihre Handlungsfähigkeit und ihre Möglichkeit, um Burgen und in deren Einzugsbereich lebenden Untertanen autonome Zentren politischer und militärischer Macht aufzubauen, haben schon im 15. Jahrhundert schrittweise abgenommen. Dieser Vorgang war mit der Konsolidierung der Regionalstaaten einhergegangen, vor allem nachdem gegen Mitte des 16. Jahrhunderts die unerschütterliche Gegenwart Spaniens auf der Halbinsel Aufruhr und Unruhe ein Ende gesetzt hatte. In der Folge änderte sich das Verhältnis zwischen staatlicher Macht, Feudalherrschaft und ländlicher Gemeinschaft. Je nach Beschaffenheit der Feudalherrschaften in den verschiedenen Gebieten variierten die Ergebnisse dieser Veränderungen.

Natürlich gab es Gebiete, in denen sich zeigte, daß die Feudalherrschaft tiefer verwurzelt war und in denen der Feudalherr eine relativ ausgedehnte Handlungsfreiheit besaß.

Dies kam in den Randgebieten vor, die weniger in die gerichtlichen, steuerlichen und administrativen Strukturen der Staaten einbezogen waren, dort also, wo Autonomie- und „Separations“-Bewegungen älter und tiefer verankert waren und die Feudalherrschaft anderswo vielleicht sogar ungewöhnliche Privilegien bewahrt hatte. So zum Beispiel in den Bergen des Apennin entlang dem ganzen Bogen, der sich von Ligurien bis zur Adria hinzieht, oder in den Randgebieten der städtischen Landbezirke wie der Maremma von Siena, der Maremma von Pisa. Dieses Phänomen tritt gleichfalls auf in Gebieten, die im 15. Jahrhundert feudalen Einfluß stark konserviert hatten, wie in einem Großteil der westlichen Emilia (wo sich dementsprechend die Autorität der kleinen Staaten der Este und Farnese als ziemlich schwach erwies)<sup>14</sup>. Es waren darüber hinaus Gebiete, die, eben weil sie sich in einer Randlage befanden, weder großen Ein-

<sup>13</sup> Magni, *Il tramonto del feudo lombardo*, 198 ff.; Silvia Lucia Cuccia, *La Lombardia in età teresiana e giuseppina* (Florenz 1977) 22–33.

<sup>14</sup> Lino Marini, *Lo stato estense*, in: *Storia d'Italia Utet*, Vol. XVII I ducati padani, 3–211; Giovanni Tocci, *Il ducato di Parma e Piacenza*, *ibid.*, 215–356; *ders.*, *Le terre traverse. Poteri e territori nei ducati di Parma e Piacenza tra Sei e Settecento* (Bologna 1985); *Arcangeli*, *Giurisdizioni feudali*, *cit.*; Odoardo Rombaldi, *Gli Estensi al governo di Reggio. Dal 1523 al 1589* (Reggio Emilia 1959); Danilo Marrara, *Storia istituzionale della Maremma senese* (Siena 1961) 127 ff.; Irene Polverini Fosi, *Feudi e nobiltà: i possessi feudali dei Salviati nel Senese, secoli XVII–XVIII*, in: *Bullettino senese di storia patria*, 82–83 (1976–76, ma 1977) 239–274.

fluß der Stadt noch eine weitreichende Expansion des städtischen Grundbesitzes erfahren haben. Dort stellte sich deshalb das Interesse der städtischen Schichten, Barrieren gegen den Feudalismus oder Mechanismen zum Schutz ihrer Bodenrechte oder zur Begrenzung der jurisdiktionellen Rechte der Feudalherren über ihre Untertanen zu entwickeln, als geringer heraus. In der Ebene und den Gebieten, die von den Einflüssen der Stadt stärker geprägt waren, trugen jedoch gerade diese Faktoren dazu bei, die feudale Expansion zu bremsen und die Einflußsphäre der Magistrate und Staatsbeamten zu erweitern. Dort, wo alles in allem die Möglichkeit der Autonomie größer und der Einfluß äußerer Kräfte geringer waren, erwies sich der Handlungsspielraum des Feudalherrn als ausgedehnter. Die feudale Rechtsprechung stieß auf geringere Beschränkungen und Kontrollen von seiten des Staates. Das feudale Steuerwesen konnte somit dank dem Fortbestehen anderswo veralteter und ungebräuchlich gewordener Tribute, Leistungen persönlicher Natur (Arbeitstage, Burgwachen), Patent- und Monopolrechte, aufrecht erhalten und sogar noch erweitert werden. Auf Grund der Randlage dieser Gebiete besaßen die Bauern oft Grund und Boden in bemerkenswertem Umfang, der Allgemeinbesitz hatte sich erhalten, und es wurden gemeinnützige Gebräuche gepflegt. Es handelte sich also um Gebiete, in denen Gemeinschaft und Privatpersonen Güter, Rechte und Interessen zu verteidigen hatten. Die ländlichen Gesellschaften besaßen Energie und Handlungsmöglichkeiten, die anderswo unbekannt waren. Die Beziehung Gemeinschaft/Feudalherr/Staat (oder Stadt) erhielt sich stark und lebendig.

Die Folgen, die sich aus dieser Situation ergaben, weichen jedoch von denjenigen ab, die wir im 15. Jahrhundert vorfinden.

Es bestand zwar nach wie vor eine große Interessensolidarität zwischen Feudalherrn und Gemeinschaft gegenüber fürstlichen oder städtischen Beamten. Dies ist beispielsweise bei der Verteidigung der Rechts- und Steuerfreiheit gegenüber lästigen Steuereintreibern zu beobachten, sie zeigt sich aber auch im gemeinsamen Interesse an der Salz- oder Getreidehinterziehung und am -schmuggel, der hier intensiv betrieben wurde. Tatsächlich erneuerte sich zuweilen die Allianz oder Komplizenschaft zwischen Feudalherr und Untertanen.

Sehr viel häufiger als im 15. Jahrhundert sind nun allerdings Meldungen über Streitigkeiten und Gegensätze. Der Feudalherr schien im 16. und 17. Jahrhundert weniger Interesse daran zu haben, Einverständnis oder Zustimmung bei den ländlichen Gemeinschaften und Untertanen zu suchen. Dies läßt sich auf eine Einschränkung des politischen Spielraums zurückführen, die den Feudalherren nun aufgezwungen wurde. Der Feudalherr war nicht imstande, lokalautonome Machtzentren zu errichten. Dagegen zeichnete sich die Tendenz ab, feudales Recht statt zur Schaffung neuer Klientel- oder Vertrauensverhältnisse zur Mobilisierung der Ressourcen des Feudalbesitzes einzusetzen. In der Gestalt des Feudalherren schien die schlechte Seite, schien Mister Hyde zu überwiegen. Sehr zahlreich sind Beschwerden wegen Mißbrauch oder Anmaßung: wegen unrechtmäßiger Ausweitung der gerichtlichen Gewalt, wegen Willkür in steuerlichen Angelegenheiten, wegen Versuchen, in das Leben (und die Finanzen) der Gemeinschaft einzugreifen, wegen Anspuch auf nicht zustehende Rechte, möglicherweise mit dem Ansinnen auf eine direkte Herrschaft (*directu dominium*) über Lände-

reien, die sich schon seit urdenklichen Zeiten im friedlichen Besitz der Gemeinschaften befanden<sup>15</sup>.

Die hier geschilderte Situation war im übrigen eine ziemlich allgemeine und generelle, die mit der politischen Krise des Lehenswesens einherging und auch in anderen Gebieten Europas im 16. und 17. Jahrhundert zu beobachten ist (und die oben ange-deutete These von der „Rückfeudalisierung“ scheinbar bestätigt).

Dort, wo der fortbestehende feudalherrschaftliche Einfluß als Vorbedingung fehlte, stellte sich die Situation aus vielen Gründen anders dar. Gemeint sind die Gebiete, in denen während des Mittelalters die städtische und kommunale Expansion auf das Land sehr ausgeprägt und deutlich war. Die im 15., 16. und 17. Jahrhundert einander folgenden Belehnungsphasen hatten zu spät eingesetzt, um das administrative und politische System der Stadtstaaten – und das diese dann den Regionalstaaten hinterlassen hatten – grundlegend und dauerhaft zu verändern. Ebenfalls unverändert war die Form des Grundbesitzes geblieben. Die alten Formen herrschaftlichen Besitzes (*tenures*, *Zensus* etc.) waren verschwunden, der Besitz der Bauern hatte sich drastisch verringert, die Eigentumsrechte waren in hohem Maße in den Händen von Städtern vereinigt. Wenn in der Phase der politischen und administrativen Neuordnung der Staaten das Feudalwesen im 15. Jahrhundert noch einigen Spielraum gehabt hatte, so wirkte es nun ziemlich schwach. Im Zuge der allgemeinen Konsolidierung des politischen Systems Italiens schienen auch die Regierungen der verschiedenen Staaten fähig geworden zu sein, das Ziel einer direkten Verwaltung ihrer Territorien realisieren zu können. Der Freiraum verschiedener territorialer Körperschaften wurde beschnitten und die Macht, welche die Feudalherren in der Vergangenheit offen genossen hatten, eingeschränkt.

Zeichen für den geschwundenen Einfluß der Feudalherren ist die relative Höhe ihrer feudalen Einkünfte. In der Lombardei zum Beispiel – um eine Region zu wählen, in der das Feudalwesen seine größte Verbreitung gefunden hat – setzten sich die Einkünfte eines Feudalherren üblicherweise wie folgt zusammen: Einnahmen in Verbindung mit dem Gerichtswesen (in der Regel sehr niedrig, häufig nicht genug, um die Selbstkosten der Justizverwaltung zu begleichen: Lohn des Vogtes, Instandhaltung des Kerkers); Einnahmen durch Privilegien wie Jagd oder Fischfang (auch diese waren, wenn überhaupt vorhanden, sehr gering); Einnahmen aus einigen unbedeutenderen Steuern, vor allem dem sogenannten „*imbottato*“ und den Brot- und Fleischsteuern. Diese zuletzt genannten Abgaben wurden in nicht-belehnten Gebieten von herzoglichen Eintreibern eingezogen und, wie gesagt, in belehnten Gebieten dem Feudalherren überlassen. Es wurde immer an dem Grundsatz festgehalten, daß der Feudalherr keine neuen Steuern auferlegen könne, eine Autonomie des feudalen Fiskus wurde zu keiner Zeit anerkannt.

Die Einkünfte waren schon im 15. Jahrhundert nicht hoch gewesen (in den günstigsten Fällen beliefen sie sich auf 20 bis 30% der gesamten Abgaben, die eine Gemein-

<sup>15</sup> *Letizia Arcangeli*, *Uomini e feudatario nella prima metà del XVI secolo. Due cause antifeudali nel marchesato di Pellegrino*, in: *Archivio storico per le province parmesì*, IV, 34 (1982) 177–276; *Polverini Fosi*, *Feudi e nobiltà*.

schaft leisten mußte, meist waren sie aber noch viel geringer). Sie verringerten sich in der spanischen Zeit noch weiter: Die Abgabensätze blieben unverändert, wurden jedoch in einer sich stark entwertenden Währung entrichtet, die Möglichkeit einer Anhebung bestand nicht. Prozentmäßig war der Rückgang noch stärker, da die Gesamtsteuerbelastung bemerkenswert zunahm.

In der letzten Periode unter den Sforza und verstärkt in den Anfangsjahren der spanischen Herrschaft sanken sehr häufig die Steueraufkommen („imbottato“, Wein und Fleisch), welche die fiskale Grundausstattung der Feudalherrschaft ausmachten. Wurden Gemeinschaften neu belehnt (nicht Personen, die vorher die Abgaben bezogen hatten), so fand keine Ausstattung mit neuen Abgaben statt. Von etwa 80 Belehnungen, die zwischen 1535 und 1600 vorgenommen wurden, brachten nur etwa 10 geringe Einnahmen zugunsten des Feudalherrn mit sich; alle übrigen warfen keine steuerlichen Erträge ab. Der Prozentsatz der Feudalherrschaften ohne Ertrag erhöhte sich im 17. Jahrhundert weiter: Nur etwa 10 von über 200 Belehnungen garantierten irgendwelche Einnahmen<sup>16</sup>. Entweder gelang es nun dem Feudalherren, neben anderen (Staat, Gemeinschaft, privaten Steuereintreibern) zum Bezieher von Steuereinnahmen zu werden, oder er ging – wie in den meisten Fällen – leer aus. Darüber hinaus sah er sich in seinem Territorium mit privaten Steuereintreibern konfrontiert. Auch wurde nun seine Vermittlerfunktion, die er bisher zwischen Gemeinschaft und staatlichem Fiskus ausgeübt hatte, stark beschnitten. Dies war besonders dann der Fall, als es den ländlichen Gemeinschaften gegen Ende des 16. Jahrhunderts in der Lombardei und im Veneto gelungen war, eigene Repräsentationsorgane zu schaffen, die sich sowohl gegenüber den staatlichen Magistraten als auch gegenüber ihren städtischen Gegenspielern energisch behaupten konnten: Organisationen des „Contado“ und „Territorio“, wie sie im mailändischen Staat beziehungsweise auf dem venezianischen Festland genannt wurden<sup>17</sup>.

Ein besonderes und ausschließliches Recht der Feudalherren war die Ausübung der Rechtsprechung. Aber auch hier scheinen in den genannten Regionen die staatlichen Bemühungen um eine Regelung und Beschränkung der feudalen Macht sehr erfolg-

<sup>16</sup> Es wurden die von *Enrico Casanova* gemachten Angaben verwendet (auch wenn sie vielleicht nicht ganz vollständig sind): *Dizionario feudale delle province componenti l'antico stato di Milano all'epoca della cessazione del sistema feudale* (Mailand 1930).

<sup>17</sup> *Giovanni Vigo*, Fisco e società nella Lombardia del Cinquecento (Bologna 1979) 155 ff. und passim; *Chiara Porqueddu*, Le origini delle istituzioni „provinciali“ nel Principato di Pavia, in: *Annali di storia pavese* 2–3 (1980) 9–36; *dies.*, Gli ordinamenti del principato di Pavia tra la fine del Cinquecento e la metà del Settecento, in: *Bollettino della società pavese di storia patria*, 81 (1981) 176–212; *Barbara Molteni*, I Contadi dello Stato di Milano fra XVI e XVII secolo, in: *Studi bresciani* 4 (1983) 177–135; *Diego Parzani*, Il territorio di Brescia intorno alla metà del Quattrocento, *ibid.*, 49–76; *Alessandra Rossini*, Il territorio bresciano dopo la riconquista veneziana del 1516, *ibid.*, 77–96; *Michael Knapton*, Il territorio vicentino nello stato veneto del '500 e primo '600: nuovi equilibri politici e fiscali, in: *Dentro lo „Stado italico“*. Venezia e la Terraferma fra Quattro e Seicento, *Giorgio Cracco* und *Michael Knapton* (Hrsg.), (Trient 1984) 33–116; *Sergio Zamperetti*, Per una storia delle istituzioni rurali nelle terraferma veneta: il contado vicentino nei secoli XVI e XVII, in: *AA.VV.*, Stato, Società e Giustizia nella Repubblica veneta, Vol. II, *Gaetano Gozzi* (Hrsg.), (Rom 1985) 59–132.

reich gewesen zu sein. Die Eigenschaften, die der Rechtsprechende besitzen mußte, wie auch seine Amtsdauer wurden genau festgelegt. Ein „sindacato“ wurde verpflichtend, seine jurisdiktionellen Rechte eng begrenzt und definiert: Er konnte nicht Richter in Rechtsfragen zwischen Feudalherr und Untertanen sein oder den Feudalherrn begünstigen, er konnte nicht willkürlich Strafen oder Urteile ändern, indem er sie heraufsetzte oder minderte, er mußte sich an die Statuten halten. Das Berufungsrecht war in der Regel dem staatlichen Richter vorbehalten, und dieser hatte in schweren Fällen sogar das Recht, in erster Instanz einzugreifen, wenn es sich um Fälle von Leuten handelte, die im Feudalgebiet ansässig waren oder um Delikte, die im Feudalterritorium begangen worden waren. Der feudale Richter schien im Vergleich zu dem beispielsweise im Herzogtum Mailand „Maggior magistrato“ genannten und vom Fürsten oder Stadtherren ernannten Richter mit nur untergeordneten Kompetenzen ausgestattet gewesen zu sein. (Die Vorrechte des „Maggior magistrato“, schon früh in einem berühmten, aber nicht immer angewandten Dekret der Visconti aus dem Jahre 1441 festgelegt, wurden ab den ersten Jahrzehnten des 16. Jahrhunderts immer weitgreifender und umfassender ausgeübt.)

Obleich beeinflusst von dem Überhandnehmen der Belehnungen zu Beginn des 15. Jahrhunderts, konnte sich die Stadt als gerichtliches Oberhaupt für den ganzen Landbezirk unter den politisch-institutionellen Voraussetzungen des spanischen Italiens behaupten. Dadurch, daß sie in Belangen der hohen Justiz wie auch in Grundsatzfragen, mit denen die öffentliche Gewalt den Anspruch erhob, als höchste richterliche Gewalt aufzutreten, entschied, trug sie zu einer Stärkung der staatlichen gegenüber der feudalherrlichen Macht bei<sup>18</sup>.

Es ist sicher nicht ganz leicht zu verstehen, daß sich in den weniger wichtigen Fragen unbedeutenderer ziviler Streitfälle, Schadensfälle und polizeilicher Probleme (marginale Probleme, die jedoch im Rahmen der bäuerlichen Gemeinschaft große Bedeutung hatten) die Autorität des Feudalherrn gleichermaßen diszipliniert und disziplinierbar zeigte. Wahrscheinlich muß man jedoch auch dies einschränken, da die nämlichen Quellen – Gesetzestexte mit Abhandlungen über den Feudalismus – nicht nur die Bremsfaktoren nennen, denen die feudale Herrschaft unterworfen war, sondern gleichzeitig auch die Freiräume (bei unwichtigeren Fällen und geringeren Vergehen), im Rahmen derer die Befugnisse des „minor magistrato“ großzügig angewendet wurden (vielleicht sogar mit Duldung der obersten staatlichen Gerichte). Noch weniger sind wir über einige andere Einflußmöglichkeiten des Feudalherrn informiert, die sicherlich in großem Umfang dazu beigetragen haben, seine Rolle im Leben der ihm untergebenen Gesellschaft zu bestimmen und ein umfassendes Bild von ihm zu zeichnen. Wichtig ist z. B. die Frage, ob es ausgedehnten allodialen Grundbesitz gab, den er besaß, ob finanzielle Bindungen an die Gemeinschaft vorhanden waren? Daraus ließen

<sup>18</sup> *Magni*, Il tramonto del feudo lombardo, Kap. III; *Giulio Vismara*, Le istituzioni del patriziato, in: *Storia di Milano*, herausgegeben von der Fondazione Treccani degli Alfieri, Vol. XI (Mailand 1958) 258–261; *Ugo Petronio*, Giurisdizioni feudali e ideologia giuridica nel ducato di Milano, in: *Quaderni storici* 9 (1974) 351–402; *Pansini*, Per una storia del feudalesimo, cit.; *Fasoli*, Lineamenti di storia e legislazione feudale veneziana, cit.

sich nicht notwendigerweise feudale Vorrechte herleiten; sie konnten aber, falls vorhanden, im Verein mit feudalen Privilegien die Stellung des Feudalherrn stärken: Sie ermöglichten ihm größere Einflußnahme auf die Gesellschaft, wenn er die Absicht hatte, in ihr tiefer Fuß zu fassen, als es ihm die feudalen Normen erlaubt hätten. Sie konnten ihm u. U. die Möglichkeit geben, Streitigkeiten, Ansprüchen, widerrechtlichen Anmaßungen und Mißbräuchen der Gemeinschaft aus einer Position der Stärke entgegenzutreten. Tatsächlich sind in den uns interessierenden Gebieten Zeugnisse über Streitigkeiten und Unfrieden zwischen belehnten Gemeinschaften und „signori“ recht zahlreich. Es handelte sich unter anderem um Jahrzehnte dauernde Händel, die eine gewisse Beständigkeit und Dauerhaftigkeit der feudalen Institutionen vermuten lassen. Es wurde über die Höhe bestimmter Abgaben an den Feudalherrn, über den Umfang eventueller Abgabefreiheit für Besitztümer innerhalb der Gemeinschaft, über „schlechtes Betragen“ des feudalen Richters, über „Usurpationen“ des Feudalherren selbst, über das Recht der Ernennung von unbedeutenderen Beamten der Gemeinschaft und über Wasser- und Jagdrechte gestritten<sup>19</sup>.

Der Eindruck, es habe eine ausgedehnte Gerichtsbarkeit bestanden (und deshalb ein starker Einfluß der Feudalherrschaft), verringert sich, wenn man zwei Dinge in Betracht zieht:

1) Streitfälle bewegten sich um Fragen, deren Bedeutung gegenüber anderen wichtigen wirtschaftlichen, steuerlichen und administrativen Problemen der Gemeinschaft immer relativ war. Es konnte sehr heftig und lange über wenige Bäume gestritten werden, die der Feudalherr auf dem Dorfplatz der Gemeinschaft gepflanzt hatte, über das Fischereirecht im Burggraben, über die Frage, wie das Gehalt des Gerichtsschreibers zu bezahlen sei; über einige Lire mehr oder weniger bei den Gastwirtschaftsabgaben. Ausdruck und Schärfe des Streites standen häufig zu der Wichtigkeit des jeweiligen Grundes in keinem Verhältnis.

2) Kontroversen zwischen Gemeinschaften und Feudalherren über deren jurisdiktionelle und steuerliche Vorrechte und andere Privilegien haben qualitativ keinen anderen Gehalt als Kontroversen der ländlichen Gemeinschaften (belehnt oder nicht) mit dem Staat (über Unterschlagungen oder Versäumnisse des Vogtes, über die zu bezahlenden Steuern), mit anderen territorialen „Körperschaften“ (der Stadt, den schon genannten Magistraten des „Contado“ und des „Territorio“) und mit Privatpersonen (die zum Beispiel Sonderrechte über Steuereinnahmen in dem betreffenden Ort innehatten, dort Fischereirechte besaßen oder das Recht auf Eintreibung einiger staatlicher Abgaben erworben hatten). Vor allem was die steuerlichen Fragen angeht, waren diese Gegensätze im Leben der Gemeinschaft sehr viel wichtiger und bedeutender.

Man kann sich fragen, ob der Feudalherr zu seinen verschiedenen Privilegien und Rechten noch andere Einflußmöglichkeiten hinzufügen konnte, die vielleicht gar

<sup>19</sup> Für einige Angaben und Beispiele vgl. *Bruno Caizzi*, *Le classi sociali nella vita milanese*, in: *Storia di Milano*, VII, cit., 335–374; *Paola Zanoli*, *Il patrimonio della famiglia Litta alla fine del Settecento*, in: *Archivio storico lombardo* 98–100 (1971–73) 284–348; *Cristina Stefanini*, *Fiscalità e tensione sociale in una comunità lombarda del '600: il caso di Maleo*, in: *Studi Bresciani* 4 (1983) 5–32.

nicht wirklich „feudal“ waren (als Kreditgeber der Gemeinschaft, durch den Besitz großer Ländereien und weitere Ankäufe, durch einen Palast im Ort und dortiges Residieren etc.). Hätte er nicht über Macht- und Einflußmöglichkeiten verfügen können, die ihn zu einem noch fürchtenswerteren Gegenspieler für die Gemeinschaft gemacht hätten? Dies ist nun genau der Punkt. Man hat nicht den Eindruck, daß es dem Feudalherrn in den Gebieten der Poebene gelungen wäre, in seinem Lehensgebiet wirklich Wurzeln zu schlagen und seine feudale Macht zur Erweiterung und Erhöhung von Privilegien und Autorität einzusetzen. Es ist wahr, daß der Feudalherr zuweilen die Funktion eines Geldverleihers übernahm. Häufig geschah dies gegenüber seinen Bauern, aber auch gegenüber anderen Privatpersonen oder der ganzen Gemeinschaft. Allerdings „monopolisierte“ er nicht das ländliche Kreditwesen. Es gab andere Möglichkeiten, ein Darlehen zu erhalten, hauptsächlich von Städtern oder kirchlichen Vereinigungen. Das gleiche trifft für den Grundbesitz zu. Der Feudalherr bemühte sich sicherlich meist darum, Gebiete im Umkreis der Gemeinschaften zu erwerben, die seiner Gerichtsbarkeit unterworfen waren. Nach Möglichkeit erwarb er auch dort Feudalrechte über Gemeinschaften, wo er schon Land besaß. Ein genaues Bild würde man erhalten, wenn man die Katastereintragungen zwischen dem 17. und 18. Jahrhundert auswerten würde. Sie könnten eine umfassende und exakte Darstellung darüber geben, wieviel Grund und Boden die Feudalherren in ihren Lehensgebieten besessen haben. Von den wenigen Angaben, die uns heute zur Verfügung stehen, gewinnt man aber nicht den Eindruck, daß eine systematische Politik der Konzentration von Feudalgebieten und Grundbesitz betrieben wurde. Die begrenzte Ausbreitung feudalherrlicher Güter ist auch deshalb von Bedeutung, weil viele Bewohner des Lehens sich damit der – zusätzlichen – Autorität des Lehensherrn als Grundbesitzer entziehen konnten. Waren die Güter in städtischem Besitz (wie schon gesagt, unterstanden die Pächter und Halbpächter der Städter nicht der Rechtsprechung des Feudalherrn. In einigen Dörfern mit weitverbreitetem städtischen Grundbesitz trifft man auf Grenzfälle, wo keine „feudalen Untertanen“ existierten), so wurden die jurisdiktionellen Rechte des Feudalherrn zusätzlich eingeschränkt.

War das Feudalwesen in den Gebieten der Ebene auch weit verbreitet, so schien es dennoch nicht tief auf die soziale und wirtschaftliche Struktur der Landgebiete einzuwirken. Vor kurzem ist eine Geschichte der spanischen Lombardei geschrieben worden, in welcher der Autor D. Sella ein Vorhandensein feudaler Strukturen praktisch nicht bemerkt hat<sup>20</sup>. Der, obgleich makroskopische, Verkauf von Feudalherrschaften scheint nicht in die Geschichte des „Feudalwesens“, sondern vielmehr in die Geschichte sozialer Aufstiegsmechanismen, der Formalisierung des Adelsstandes, zu gehören. Alles in allem war der Titel das oberste Ziel eines Erwerbers. Der Preis, der für diese „Steuer auf die Eitelkeit“ bezahlt wurde, war eine Investition in ein Prestigeattribut, das am Hof oder in der Stadt zu Geltung kam, und keine Investition im Hinblick

<sup>20</sup> *Domenico Sella, Crisis and Continuity. The Economy of Spanish Lombardy in the Seventeenth Century* (Cambridge, Mass. 1979). Vgl. besonders das siebte Kapitel, „A Postscript on Feudalism“, 148–173.

auf die Möglichkeiten sozialer oder wirtschaftlicher Einflußnahme auf die ländliche Gesellschaft<sup>21</sup>.

Wenn man dennoch von einer „Rückfeudalisierung“ der italienischen Landgebiete des 17. Jahrhunderts spricht, so ist deren Zunahme und Bestätigung sicherlich nicht im Rahmen der feudalen Institutionen vorstatten gegangen. Wie man sich vorstellen kann, sind auch die Freiräume bei der Bildung von Partonat-Klientelbindungen eingeschränkt. Selbst dort, wo keine Konfliktsituationen mit dem Feudalherrn erkennbar sind, lassen die Ereignisse in den belehnten Gemeinschaften nur selten Solidar- und Allianzgemeinschaften erkennen, wie sie sich im 15. Jahrhundert dank des Vermittlungsspielraumes des Feudalherrn in Verbindung mit dem Staat oder der Stadt hatten bilden können. Hilfestellung des Feudalherrn gegenüber der Gemeinschaft war nur bei gelegentlichen und unbedeutenderen Eingriffen möglich. So z. B., wenn es sich um Streitigkeiten mit benachbarten Dörfern (um Grenzfragen etwa) oder um Beschwerden gegen die Militärautoritäten, welche die Beherbergung von Soldaten bestimmten, handelte.

Es blieb allenfalls ein wenig Freiraum für die Schutz- und Verteidigungsaufgabe, jedoch nicht so sehr gegenüber der Gemeinschaft als Ganzem, als vielmehr gegenüber bestimmten Schichten und sozialen Gruppen. Zahlreiche Dokumente aus der spanischen Zeit (Mitte des 17. Jahrhunderts), als die spanische Regierung den großangelegten Verkauf von Feudalherrschaften beschlossen hatte, belegen für die Lombardei das Auseinandergleiten und Zerfallen der Beziehung zwischen Feudalherr und Landbevölkerung. In der genannten Periode fanden sich die Gemeinschaften vor die Wahl gestellt, „frei“ zu bleiben, indem sie die Summe, welche die Kammer aus dem Verkauf einzunehmen hoffte, bezahlten, oder aber die Belehnung zu akzeptieren. Faktisch war die Entscheidung sehr stark durch die Schwierigkeiten der Gemeinschaft bei der Beschaffung der Summe bestimmt. War diese auch nicht sehr hoch, so lag sie doch häufig außerhalb dessen, was die stark zerrütteten kommunalen Finanzen zuließen. Unabhängig vom Ausgang dieser Unternehmungen (der überwiegende Teil der Gemeinschaften wurde belehnt) sind diejenigen Zeugnisse interessant, die wir über das Verhalten der verschiedenen sozialen Gruppen gegenüber der voraussichtlichen Belehnung besitzen<sup>22</sup>. Im allgemeinen waren die „bäuerlichen“ Grundbesitzer sowie diejenigen Bewohner, die wirtschaftliche Tätigkeiten von einiger Bedeutung ausübten (Händler, Handwerker), dagegen. Man kann sie als das örtliche „ländliche Bürgertum“ bezeichnen, das in vielen Gemeindemittelpunkten ziemlich geschlossen und lebendig

<sup>21</sup> Aldo De Maddalena, Vespro e mattutino in una società preindustriale. Un saggio fondamentale sulla Lombardia spagnola, e qualche divagazione feudalistica, in: *Rivista storica italiana* 93 (1981) und dann in *ders.*, Dalla città al borgo. Avvio di una metamorfosi economica e sociale nella Lombardia spagnola (Mailand 1982) 308 ff. Vgl. auch *Gullino*, I patrizi veneziani, und *Enrico Stumpo*, Spese e guadagni bellici nello Stato piemontese del Seicento (relazione presentata alla Sedicesima Settimana di Studio dell'Istituto F. Datini, Prato 1984, noch in Druck).

<sup>22</sup> Domenico Sella, Le „redenzioni“ dei feudi nello stato di Milano a metà del secolo XVII, in: *Fatti e idee di storia economica nei secoli XII–XX*. Studi dedicati a Franco Borlandi (Bologna 1977) 481–492. Vgl. auch *Enrico Baroncelli*, Le colline della grandine. La pieve di Oggiono dalla dominazione spagnola alle riforme teresiane, in: *Archivi di Lecco* 8 (1985) 3–224.

gewesen zu sein scheint. Ihrer Opposition schloß sich immer auch der städtische Grundbesitzer an, mißtrauisch gegen „Neuerungen“, die seinen Interessen hätten zuwiderlaufen können. Häufig waren es gerade die Städter, welche die Initiative ergriffen und den Widerstand der Gemeinschaft anstachelten. Zugunsten der Belehnung sprachen sich üblicherweise die Bauern ohne eigenen Boden und die ärmsten Bewohner aus. Sie suchten nicht nur die Last der „Ablösung“ zu vermeiden, sondern hofften auch auf den Schutz des neuen feudalen Herren, Schutz vor Gericht und dem Fiskus, aber vor allem gegenüber der Gemeinschaft.

Zahlreich sind die Beschwerden gegen die Mächtigen des Ortes, die nach eigenem Gutdünken „maneggiano il comune“ (die Gemeinde leiten) und bei der Wahl der Räte, bei der Steuerverteilung und bei der Benutzung der Gemeindegüter – soweit vorhanden – „opprimono i tapini“ (die Armen unterdrücken). Tatsächlich schien sich hier eine Allianzmöglichkeit herauszubilden, wie sie auch andere Quellen aufzeigen (in den Ratssitzungen der belehnten Gemeinschaften wurde oft Klage gegen die „huomini di bassa conditione“ geführt, daß sie Komplizen des Feudalherren wären und dessen Partei bildeten). Die Allianz stärkte die Handlungsfähigkeit des Herrn, auch wenn sie auf kleine Vorkommnisse im Dorf beschränkt war und vom geringen Einfluß seiner Anhänger abhing.

Auch als Beschützer der niedersten Schichten war der Feudalherr nur einer unter vielen anderen (er war, wie schon gesagt, nicht unbedingt ein Gegenspieler der Gemeinschaften bei deren Streitigkeiten und Ansprüchen). Schutzfunktion für die arme Landbevölkerung in diesem oder jenem Dorf konnte auch von großen städtischen Grundbesitzern oder einer Landaristokratie, zusammengesetzt aus Pächtern, Unternehmern, ländlichen Händlern etc., ausgeübt werden. Wenn es in den neuesten Forschungen über die Gesellschaft in der Poebene ein Thema gibt, das beharrlich wiederkehrt, so ist es die Betonung der Dynamik, die das Leben in den Landgebieten prägte<sup>23</sup>.

<sup>23</sup> *Giovanni Vigo*, Fisco e società; *Sella*, Crisis and Continuity; *ders.*, Fiscalismo spagnolo e crisis dell'economia cittadina, relazione presentata al convegno di studi „Istituzioni e attività finanziarie milanesi dal XIV al XVIII secolo“, Mailand 20–22 Oktober 1977 (provisorische Ausgabe der Aufsätze, Mailand 1977, 347–364); *De Maddalena*, Dalla città al borgo. Zu dieser Forschungsrichtung – schon eingeleitet von einem Aufsatz von *Luigi Bulferetti*, L'oro, la terra, la società. Un'interpretazione del nostro Seicento, in: *Archivio storico lombardo* 80 (1953) 5–66, – vgl. auch *Paolo Malanima*, Città e campagne nell'economia lombarda del Seicento. Qualche considerazione, in: *Società e storia* 5 (1982) 351–366; *Franco Angiolini*, L'economia milanese nel sistema imperiale spagnolo, *ibid.*, 391–400; *Giorgio Politi*, I dubbi dello sviluppo. Rilevanza e ruolo politico del mondo rurale in alcune opere recenti (secoli XV–XVII), *ibid.* 367–390.

Über das Veneto vergleiche die jüngsten Beiträge von *Claudio Povolo*, Per una storia delle comunità, in: *Annali veneti* 1 (1985) 11–29 und von *Sergio Zamperetti*, Lo spiegare e il comprendere. Ipotesi per uno studio socio-istituzionale delle comunità rurali d'antico regime, *ibid.*, 87–95 (mit einer umfangreichen Bibliographie über jüngste Untersuchungen); vgl. auch besonders AA.VV., Dueville, Identificazione di una comunità del passato, *Claudio Povolo* (Hrsg.), (Vicenza 1985); *Daniilo Gasparini*, Signori e contadini nella contea di Valmareno, secoli XVI–XVII, in: *Stato, società e giustizia*, II, 133–90.

Immer wieder wird auf die Zunahme der Landwirtschaft und der landwirtschaftlichen Investitionen, auf die Wiederbelebung des Manufakturwesens und des Handels (welche die wirtschaftliche Krise der Städte, schon viele Male angesprochen und unterstrichen, ausgleichen sollten) hingewiesen. Die Rede ist häufig von einem „ländlichen Bürgertum“, das einen bemerkenswerten Einfluß auf das Leben der Gemeinschaften ausüben und nicht selten mit einem eigenen Standesbewußtsein ausgestattet sein konnte (weshalb sich in einigen Orten deren Exponenten als „Adelige“ bezeichneten).

Für die Wirtschafts- und Sozialgeschichte auf dem Land in den ersten Jahrhunderten der Neuzeit ist dies heute eine der interessantesten Forschungsperspektiven. Eine Perspektive, welche die eingangs angesprochene Schlüsselinterpretation der „Rückfeudalisierung“ oder der feudalen Stagnation sehr stark verändert, wenn nicht sogar widerlegt.

*Walter Barberis*

## Die Bildung der „milizia paesana“ in Piemont: Zentrale Gewalt und lokale Verhältnisse zwischen dem 16. und 17. Jahrhundert

Mit dem Vertrag von Cateau-Cambrésis war das Herzogtum Savoyen der einzige europäische Staat geworden, der sich ex novo gebildet hatte – fast so, als ob er niemals eine einflußreiche Vergangenheit gehabt hätte –, und zwar unter der Führung eines zwar legitimen, aber de facto doch von außen eingesetzten Fürsten. Für das in seinen Grenzen neu definierte und zwischen den gegensätzlichen Interessen Frankreichs und Spaniens eingekeilte Herzogtum stellte Piemont das wichtigste Gebiet dar und dies auf Grund der besonderen geographischen Lage, der relativen Fruchtbarkeit des Bodens, der Bevölkerungsdichte und sicher nicht zuletzt des wirtschaftlichen und politischen Gewichtes seiner zahlreichen Adelsgeschlechter wegen. Emanuele Filiberto, der Sieger von St. Quentin wurde nun wieder in seine angestammten Rechte eingesetzt, ohne jedoch die Hinterlassenschaft irgendeiner Form staatlicher Organisation vorzufinden. Dank seiner Regierungsmaßnahmen nahm so der einzige Versuch zur Bildung eines Staatsapparates Form an, der sich in seiner konkreten Ausformung mit einigen der bekanntesten Abstraktionen der Aufgaben eines „principe cristiano“ im 16. Jahrhundert messen konnte. Ausgehend von dieser schwierigen und ungewöhnlichen Situation, gewann das Herzogtum Savoyen wieder eine Identität, nachdem es, ähnlich wie in einem Laboratorium, der politischen Alchemie seines neuen Herrschers ausgesetzt worden war. Natürlich bewegte sich Emanuele Filiberto nicht im luftleeren Raum, als er sich sofort mit der Bildung von Kontrollorganen über militärische, steuerliche und finanzielle Gewalt beschäftigte: Seine Eingriffe, seine Auswahl und seine klaren Absichten trafen auf ein undeutliches, nicht greifbares und zerrissenes soziales Gebilde, das aber dennoch durch wirtschaftlichen Austausch, Gruppenbeziehungen und durch eingehaltene oder auch mißachtete Normen geregelt und das durch Konflikte aufgewühlt, aber durch Gewohnheiten und Modalitäten des Zusammenlebens auch miteinander verflochten war.

Die erste bedeutende Initiative Emanuele Filibertos war die Bildung einer „milizia paesana“, das heißt, eines Untertanenheeres, das aus waffenfähigen Männern zwischen 18 und 50 Jahren zusammengestellt wurde. Die Einschreibung in Listen und die Auswahl der aktiven Mitglieder sollte in den Gemeinden geschehen, denen die Ehre zuteil geworden war, für ihre Bewaffnung zu sorgen. Freiwillige sollten nur dann angenommen werden, wenn sie sich, auf eigene Kosten ausgerüstet, melden würden. Vertrauenspersonen des Herzogs sollten darüber hinaus zu Hauptmännern, Vögten oder

Statthaltern ernannt werden – je nach der Bedeutung der jeweiligen Orte –, um den reibungslosen Ablauf der Erfassung und Anwerbung zu überwachen. Die Miliz war nicht auf ein im voraus bestimmtes Aufgebot festgelegt: Den Umständen entsprechend sollte dieses mehr oder weniger hoch und immer den Möglichkeiten der einzelnen Gemeinden angepaßt sein. Diese Anweisungen waren in einem Edikt enthalten, das in den letzten Tagen des Jahres 1560 proklamiert worden war, und in dem der Herzog unter anderem Gott dankte, dem es gefallen habe „envoyer entre les princes chrétiens sa sainte paix“. Der Herzog brachte den Wunsch und die Absicht zum Ausdruck, Gott zu achten und sich seine Verehrung angelegen sein zu lassen, damit dieser „garder nos Etats en tranquillité“ und „tenir nous sujets en vraye union et concorde“<sup>1</sup>. Er dachte insbesondere an ein Verteidigungsheer, das sich wesentlich von den Aufgeboten an Abenteurern unterschied, die bis dahin Europa durchquert hatten. Dieses Heer sollte die Idee verbreiten, daß die Verteidigung des eigenen Gebietes und der gewöhnlichen Interessen eines jeden einzelnen Untertanen Teil eines Systems kollektiver Sicherheit war, das vom Staat angeboten wurde, an dessen Spitze ein Fürst stand. Daher auch die Präzisierung, daß die aktiven Mitglieder der Miliz „ne servitont comme mercenaire“, sondern „pour la diffense et conservation de leur prince naturel et de leur propre patrie“, und dies in ihrer Eigenschaft als „sujets“ und „serviteurs“, denen zum Ausgleich Immunität und Privilegien zuteil würden.

Sicherlich handelte es sich darum, den Ruf Machiavellis nach „arme proprie“ nicht im Leeren verklingen zu lassen, aber konkreter noch darum, durch die Umkehrung des Begriffs „omaggio“ (Gabe) in den noch unbekanntem Begriff „servizio“ (Dienst), Mentalitäten und Einstellungen zu verändern und Widerstände zu überwinden. Eine gewisse Zeitlang hatten zum Beispiel die Gemeinden zu den verschiedensten Anlässen „memoriali“ (Bittschriften) an den Herzog gerichtet, in denen sie die Bestätigung alter Privilegien forderten, wobei sie als Gründe Mangel an Geldmitteln vortäuschten oder den etwaigen Militär-„dienst“ als „carico personale“ (persönliche Belastung) darstellten, was sie als Verhandlungsargument im Rahmen der verschiedenen steuerlichen Auflagen und Verpflichtungen vorteilhaft ausnutzen zu können hofften. Einige Personen forderten sogar Nachlässe bzw. die Zahlung einer bestimmten Summe, auf daß sie „liberi et franchi da ogni altro carigo di qualsivoglia sorte“ (frei und unabhängig von jeder wie auch immer gearteten Belastung) seien, „et che occorrendoli qualche altro da V.A. [fosse] entrato in dedutione de detta somma seconda la quantità et costo che monterà esso carigo“ (und falls Seine Hoheit weitere Zahlungen benötigen sollte, so würden deren Kosten von der genannten Summe abgezogen werden)<sup>2</sup>. Eine Gemeinde forderte sogar die Beseitigung des Privilegs „di levar insegna, crear abbati e al-

<sup>1</sup> Vgl. Edit de S.A.S. portant différens privilèges et immunités en faveur des gens de guerre, 28. Dezember 1560, in: *C. Duboin*, Raccolta per ordine di materia delle leggi, cioè editti, patenti, manifesti ecc. emanati negli Stati di terraferma sino all'8 dicembre 1798 dai Sovrani della Real Casa di Savoia, dai loro ministri, magistrati ecc. (Turin 1860) Vol. XXVI, Bd. XXVIII, Tit. III, 793–797.

<sup>2</sup> Memoriale a capi del Comune e uomini di Trana umiliato al nobile Paolo Vagnone a ciò specialmente deputato da S.A. colle risposte da esso in nome della prelodata S.A. date sopra ciaschedun capo del medesimo, 1. Januar 1562, in: Archivio di Stato di Torino (im folgenden mit AST abgekürzt), Abtlg. I, Protocolli Notai Ducali, 224 f., Fol. 2. Des gleichen Wortlautes, siehe ebenda,

tri ufficiali con radunatione di gente et portar arme nonostante qualsivoglia inhibitione“ (Insignien zu verleihen, Äbte und andere Beamte bei Volksversammlungen zu ernennen und Waffen zu tragen, trotz jeglicher Verbote)<sup>3</sup>, fast so, als hätten sich niemals neue Faktoren in der Beziehung zwischen zentraler Gewalt und neuer lokaler Realität herausgebildet. Der Herzog wies alle Forderungen, die auf eine partikularistische Zersplitterung und lokale Autonomie hinausgelaufen wären, zurück, suchte jedoch, was das Übrige betraf, nach einer Einigung, meist mit der Wendung: „S.A. se ne contenta salvo che fussi per guerra defensiva“ (Seine Hoheit bescheidet sich damit, außer es wäre für einen Defensivkrieg). Der Defensivkrieg nämlich war das einzige, auf das sich der Herzog stützen konnte, um die Gesamtheit seiner Untertanen in ein gemeinsames Unternehmen einzubeziehen: Er war gewissermaßen der Prolog zu einer Beziehung, die immer enger wurde – das heißt, die immer enger wurde zwischen der zentralen Gewalt und anderen sozialen Gruppen innerhalb der Grenzen des zukünftigen Staates. Der Gedanke der Selbstverteidigung war die Voraussetzung für die Vorstellung eines ausgedehnteren hierarchischen, harmonisch funktionierenden Organismus, so wie ihn der Herzog mit der klassischen Metapher umschrieb, nach der „li membri del corpo humano, et la moltitudine de la gente, massime di guerra, senza legitimo capo stare non ponno“ (die Glieder des menschlichen Körpers, so wie die Menge des Volkes, besonders im Krieg, nicht ohne legitimes Haupt sein können)<sup>4</sup>.

Wohlverstanden, Emanuele Filiberto wußte, daß er nicht viele andere Möglichkeiten hatte: Nachdem er gerade erst an die Macht gekommen war, erlaubten es ihm einerseits die Staatskassen nicht, Söldnerheere anzuwerben, und andererseits hätte er derartige Summen seinen neuen Untertanen nicht aufbürden können<sup>5</sup>. Dennoch war

Memoriale a capi umiliato dal comune e uomini di San Maurizio ..., 8. Januar 1562, Fol. 4, und: memoriali di Bernezzo, Cernasca und Vignolo, 15. Januar 1562, Fol. 15; Biella, 21. Januar 1562, Fol. 33; Bardassano, 22. Januar 1562, Fol. 40; Orbassano, 19. Februar 1562, Fol. 53; Bruino, 21. Februar 1562, Fol. 56; Rivoli, 23. Februar 1562, Fol. 58; Riva di Chieri, 10. März 1562, Fol. 77; Borigiana, 15. März 1562, Fol. 82.

<sup>3</sup> Memoriale a capi umiliato dagli uomini della Castellata di San Martino ..., in: ebenda, Fol. 8.

<sup>4</sup> Dies wurde zu einer Wendung, die in zahlreichen Ausführungen Emanuele Filibertos wiederkehrt und schließlich sogar in den Ernennungsurkunden für ein militärisches Kommando auftaucht: man vergleiche zum Beispiel die Ernennung vom 20. Dezember 1567, mit der der Herzog Don Alfonso d'Este zum Generalhauptmann nominiert (AST, Abtg. I, Militärangelegenheiten, Impieghi militari, M. 1, Nr. 2, Minute di patenti per concessione di vari impieghi militari, 1560–1575).

<sup>5</sup> Darüber äußert er sich in einem das Edikt vom 28. Dezember 1560 vorbereitenden Schriftstück: „non volendo noi gravar essi sudditi et stati nostri come sarebemo sforzati tenendo militia de gente forastiera alla quale sarebe necessario de sostenerla con viva forza de gran denari a tale effetto conviene a detti nostri sudditi de intrar al numero et matriculla di tal militia et si habiano da contentarsi de le prerogative et honori con le utilitate et emolumenti qualle rispettivamente li podiamo conferire“ (da wir unsere Untertanen und Staatsgebiete nicht belasten wollen, wie wir gezwungen wären, es zu tun, wenn wir eine Miliz von Fremden anwerben würden, deren Unterhalt eine große Geldmenge erforderlich machen würde, so ist es in dieser Hinsicht für unsere besagten Untertanen besser, wenn diese sich in die Teilnehmerlisten und Verzeichnisse dieser Miliz eintragen würden; sie müßten sich dann mit den Sonderrechten und Ehren aus den Vorteilen und Bezügen, die wir ihnen entsprechend verleihen können, zufriedengeben). Vgl. AST, Abtg. I, Protocolli Notai Ducali, 231, Privilegi concessi alli soldati della milizia, 4. Dezember 1560, Fol. 18.

der Weg zur „milizia paesana“ weder eine notwendige Abkürzung, noch entsprang er einer Schwärmerei für die Theorie der militärischen Autarkie. Über seine technische Bedeutung und sein kriegerisches Potential hinaus erwies sich die Miliz als ein Mittel zur Trennung gefestigter sozialer Verhältnisse und gleichzeitig zur Neuangliederung von Interessen, die im Sinne der neuen absolutistischen Politik des Herzogs waren. Sie hatte also den Zweck, direkte Verbindungen zwischen Fürst und Untertanen zu schaffen, wobei gleichzeitig das herkömmliche System der Zwischenvermittlung erschüttert wurde, auf das sich die verschiedenen Koalitionen gründeten. Privilegien stellten die Triebfeder für dieses Unternehmen dar, da sie nicht nur Prestigeattribute an Personen aus niederen Verhältnissen beinhalteten, sondern da sie mit einer ganz genauen Normative eine Kategorie von „servitori del duca“ (Diener des Herzogs) von der gewohnten Rechtsprechung und von traditionellen Beziehungsmustern loslösten, nach denen das Gesellschaftsleben und dessen soziale Hierarchie geordnet waren. Der Herzog, der eine dezidiert anti-adelige Politik vertrat, war sich dieser Konsequenzen deutlich bewußt<sup>6</sup>. Auch wenn er sich weiterhin noch anderen Bereichen des Militärwesens zuwandte, ließ er es sich doch nicht nehmen, selbst eine Regelsammlung zu entwerfen, die sich sehr detailliert mit dem Ausbau der „milizia paesana“ beschäftigte. Er hielt engen Kontakt zu Männern seines Vertrauens, die ausgeschiedt worden waren, um die verschiedenen lokalen Gegebenheiten zu überprüfen, und er bediente sich der Erfahrung und der Mitarbeit von Ratgebern, um schließlich, nach der Versuchsphase<sup>7</sup>, die Mechanismen der Erfassung und Aufgabenverteilung der aktiven Milizmitglieder zu definieren. Am 5. Juli 1566 wurde ein von dem Piacenzer Edelmann Giovanni Antonio Levo – der zum „sergente maggiore generale“ der Miliz ernannt worden war – vorbereiteter Text zum Druck freigegeben, der ausführliche Regeln diesbezüglich festlegte, und der durch den Druckermeister Martin Cravotto in kurzer Zeit zur allgemeinen Kenntnisnahme gelangte<sup>8</sup>. Die „milizia paesana“ hatte damit ein eigenes theoretisches Manifest und ein offizielles Statut erhalten.

<sup>6</sup> Der venezianische Gesandte Girolamo Lippomano erzählt, daß Emanuele Filiberto seine Barone von oben herab behandelte und, „per tenerli bassi dicendo di conoscerli insolentissimi“ (um sie niederzuhalten, sagte, daß er sie als äußerst anmaßend kennengelernt habe) und „mai neanche li guarda[va] e se gli lassa[va] stare sempre avanti con berretta in mano“ (sie niemals ansah und sie immer mit der Kopfbedeckung in der Hand vor sich stehen ließ). Vgl. Archivio di Stato di Venezia (im folgenden mit ASV abgekürzt) Collegium, V, Secreta, Relazioni, b. 24, 1573, Savoyen, Relazione dell'ambasciatore Girolamo Lippomano, Fol. 7

<sup>7</sup> Vom 29. Dezember 1565 stammt die Entscheidung einer Generalprobe (vgl. Ordine col quale il duca Emanuele Filiberto di Savoia manda ai comuni di procedere alla consegna delle persone atte al militare servizio e delle armi appresso de' medesimi esistenti, in: AST, Protocolli Notai Ducali, 225 f., Fol. 419), wenige Monate später folgt die Ordine col quale la duchessa Margherita di Savoia nella qualità di Luogotenente generale degli Stati manda alla militia della città di Torino di tenersi pronta al primo tocco di tamborlo per passare la rassegna sotto il colonnello della medesima messer Giuseppe Caresana governatore della città e cittadella di Torino (vgl. ebenda, 226, März 1566, Fol. 207).

<sup>8</sup> Levo, der schon zu den Zeiten der flandrischen Kriege im Gefolge Emanuele Filibertos gewesen war, erhielt seine Funktion als Experte der Milizorganisation in einem Patent vom 1. Dezember 1564 offiziell bestätigt. Nachdem er sich einige Jahre mit dem Problem beschäftigt hatte, schickte er dem Herzog 1566 einen Plan zur Bildung einer Miliz aus 12 000 Mann Fußvolk (vgl. Memoriale a capi umiliato al duca Emanuele Filiberto di Savoia dal cap. Giovanni Antonio Levo

Zeitgenössische Chroniken und Zeugnisse sparten weder an schmeichelhaften Kommentaren noch an quantitativen Werturteilen, die auf den Erfolg der Miliz hinweisen. Giuseppe Cambiano aus Ruffia behauptete in seinem „Historico Discorso“<sup>9</sup>, daß die Antriebsfeder der Privilegien „diede occasione a molti fuori del numero stabilito, a farsi descrivere in essa [milizia], armandosi a proprie spese, che raddoppiò il numero o poco meno“ (viele, die sich nicht in dem festgelegten Aufgebot befanden, veranlaßte, sich in diese [Miliz] einzuschreiben, wobei sie sich auf eigene Kosten bewaffneten, was deren Umfang fast verdoppelte). Andererseits war vorgesehen, daß die Privilegien die Zurückhaltung der Piemontesen besiegen würden: In einem Wechselspiel geistvoller Bemerkungen, das der Abfassung des „Discorso“ von Levo vorausging, brachte Emanuele Filiberto den Wunsch zum Ausdruck, daß die Miliz vollkommen aus Freiwilligen gebildet werden sollte, „quale crede seràno molti poichè ha interdetto il porto delle armi alli altri et quelli che haveranno cuore in corpo per non lassarsi private da detto porto, qual molto apreciano, spontaneamente daranno il loro nome“ (von denen er glaubt, daß es viele sein werden, da er den anderen das Waffentragen verboten hat; und diejenigen, deren Herz daran hängt, sich nicht dieses besagten Waffentragens berauben zu lassen, das sie so sehr schätzen, werden freiwillig ihren Namen angeben)<sup>10</sup> Als er an Leonardo Dell’Rovere schrieb, seinen treuen Vasall, der mit der Überwachung der Milizaushebung in dem Gebiet von Chivasso beauftragt war, erläuterte er: „Se da poi le mostre prese si presenteranno persone habili che richiedano essere inrollate nella milizia per goder de li privilegi d’essa ci contentiamo che siano accettati pur che vengano bene armati secondo gli ordini a spese loro proprie et non delle comunità“ (Wenn sich von nun an zu unseren Erfassungen fähige Personen melden, die fordern, fest in die Reihen der Miliz aufgenommen zu werden, um in den Genuß der damit verbundenen Privilegien zu kommen, so geben wir uns damit zufrieden, sie willkommen zu heißen, wenn sie gut bewaffnet sind, und zwar auf eigene Ko-

intorno ad alcuni particolari concernenti la milizia colle risposte della prelodata S.A. ..., 28. Mai 1566, in: ebenda, 226, Fol. 203), der die Überarbeitung eines ersten Entwurfes vom vorausgegangenen Jahr gewesen war (vgl. Novo discorso del cap. Giovanni Antonio Levo da Piacenza su una militia di 10000 fanti ..., in: AST, Abtlg. I, Militärangelegenheiten, Levata di Milizie, einmaliger Sonderkomplex). Der Plan wurde vom Herzog verabschiedet (vgl. Patenti colle quali il duca Emanuele Filiberto approva il discorso fatto sopra la militia dal cap. Giovanni Antonio Levo di Piacenza sergente maggiore della milizia di S.A. e manda quello stamparsi, colle stampe di Martino Cravotto con proibizione a qualsiasi altro stampatore di ristamparlo senza licenza della prelodata s.A., 5. Juli 1566, in: AST, Abtlg. I, Protocolli Notai Ducali, 226, Fol. 209) und daraufhin unter folgendem Titel publiziert: Discorso dell’ordine et modo di armare, compartire et exercitare la milizia del serenissimo duca di Savoia.

<sup>9</sup> Der Text Cambianos wurde zuerst in Turin im Jahre 1566 veröffentlicht und von *Cesare Saluzzo* wiederaufgegriffen in: *Historia Patriae Monumenta, Scriptorum, I, Augustae Taurinorum* 1840, 931–1422.

<sup>10</sup> Er fuhr fort: „però quando non succedesse se ne potrà inrollare d’altri et de’più et tanto nobili come ignobili“ (falls dies aber nicht eintreten sollte, kann man andere aufnehmen, Fähigere und Adelige wie Nichtadelige) (vgl. die Antworten Emanuele Filibertos vom 31. Mai auf das Memoriale a capi umiliato ... dal cap. Giovanni Antonio Levo cit., in: AST, Abtlg. I, Protocolli Notai Ducali, 226, Fol. 204).

sten, wie es die Befehle besagen, und nicht auf Kosten der Gemeinden)<sup>11</sup>. Venezianische Gesandte überliefern uns Zahlen: Boldù erklärte, daß schon 1561 „per i servizi del paese ascendevano a 24000, ma volendo condurli fuori, non passavano 8000 fanti“ (für den Dienst innerhalb des Landes die Zahl der Fußsoldaten auf 24000 Mann angestiegen sei, aber wenn man sie hinausführen wollte, nicht einmal 8000 Fußsoldaten übrigblieben). 1563 informiert Cavalli nur darüber, daß die Miliz an einem guten Punkt angelangt wäre. 1566 schätzt Correr die Anzahl der Männer in Piemont auf 15000, in Savoyen und Bressa auf 10000, von denen insgesamt mehr als die Hälfte fähig gewesen wäre, in den Kampf zu marschieren. 1570 zählt Morosini 16000 Fußsoldaten in Piemont und 12000 in Savoyen. 1574 ermittelt Lippomano 20000 Mann Fußvolk für die beiden Gebiete, eine Zahl, die nach den Zeugnissen Molins 1575 und Zanes 1578 auf 16000 abgesunken war<sup>12</sup>. Abgesehen von den unterschiedlichen, jedoch erklärbaren Schwankungen, handelte es sich also um einen Erfolg, der sich auch in dem Gelingen der politischen Pläne Emanuele Filibertos widerzuspiegeln scheint und der zum Mythos und zu den Triumphen des wiederauferstandenen savoyischen Geschlechtes beitrug<sup>13</sup>.

Es stand dennoch außer Zweifel, daß diese „milizia paesana“ nicht der harte Kern der militärischen Organisation des Herzogtums Savoyen werden würde: Die Ausrichtung auf „Ordonnanzen“, das heißt auf die Heranbildung von Berufssoldaten, die beachtliche und teilweise überwiegende Gegenwart italienischer und anderer Söldner in den Reihen der Piemontesen, die Zweideutigkeit des Begriffes „milizia“ in offiziellen Dokumenten, der immer allgemeiner bei der Bezeichnung von Dingen und Problemen, die den Krieg betrafen, angewendet wurde, und die Nichterwähnung von einfachen Untertanen und Gemeinden in den Militärchroniken als Inhaber führender Positionen, ließen im Gegenteil ein Scheitern der ersten Erfahrung oder aber ganz einfach eine Änderung der Anweisungen von seiten der savoyischen Herrscher vermuten. Eine plausible Erklärung wäre es andererseits, das Mißlingen der „arme proprie“ als notwendige Folge der absolutistischen Politik der Fürsten zu betrachten, die sich im allgemeinen auf den Einsatz von Söldnertruppen stützte, welche jeweils direkt im Solde dieses oder jenes Herrschers standen, und somit dem Einfluß der verschiedenen lokalen Führungsschichten entzogen waren. Letztendlich ist nicht zu leugnen, daß sich auch im Fall Piemonts Analogien und Überschneidungspunkte mit einem solchen Verlauf ergeben haben. Es entspricht ebenfalls der Wahrheit, daß eine Reihe von Hinweisen zu dem Verdacht berechtigt, daß in diesem Fall die Abläufe weniger linear

<sup>11</sup> Istruzione data dal duca Emanuele Filiberto di Savoia al Signor Leonardo Della Rovere dei Signori di Vinovo, governatore di Chivasso e veedore generale di milizia nel procedere alla mostra della milizia, 6. Oktober 1566, in: ebenda, Fol. 257.

<sup>12</sup> ASV, Kollegium, V, Secreta, Relazioni, b. 24.

<sup>13</sup> Über die zeitgenössischen Hagiographen hinaus bestanden bei den Historikern, die sich nachfolgend mit diesen Problemen beschäftigten, keine Zweifel über die Deutlichkeit und Folgerichtigkeit der Erfolge Emanuele Filibertos: vgl. *G. Galeani Napione*, *Notizie storiche riguardanti la milizia istituita dal duca Emanuele Filiberto di Savoia e la monetazione ordinata dallo stesso principe nel 1562* (Turin 1821); *E. Scala*, *Le istituzioni militari sabaude nei secoli XV e XVI* (Parma 1921); *N. Branaccio*, *L'esercito del vecchio Piemonte* (Rom 1923); *ders.*, *Ordinamenti militari*, in: AA.VV., *Emanuele Filiberto* (Turin 1928).

und einfach waren. Es würde sich hier also nicht um bloße institutionelle Mechanismen im Wechsel oder in der Aufeinanderfolge handeln, sondern um soziale Verhältnisse mit der Tendenz, sich nach bestimmten Interessen auszurichten, Interessen, die weniger deutlich waren, als die Abstraktionen über den fürstlichen Absolutismus oder über die Reaktion des Adels dies im allgemeinen vermuten ließen.

Noch viele Jahre lang fuhren die Herzöge fort, auf die allgemeine Bewaffnung zu setzen und die Vergabe von Privilegien für die Mitglieder einer nunmehr vermeintlichen „milizia paesana“ zu definieren. Während in den frühen siebziger Jahren des 16. Jahrhunderts die Reaktion des Volkes positiv gewesen zu sein scheint, füllten sich fast dreißig Jahre später ganze Bände, die in signifikanter Weise „bollette spedite dai delegati pella riforma di questa [milizia] a quelli che non han voluto arruolarsi per cui pagarono una moneta“ (Rechnungen, die von den Beauftragten einer Milizreform an diejenigen geschickt worden waren, die sich nicht in die Listen eintragen wollten und deshalb eine Summe bezahlen mußten)<sup>14</sup> registrierten. Gegen Ende des Jahrhunderts, mitten im Krieg gegen Frankreich, regten sich die engsten Mitarbeiter Carlo Emanuele I. über eine Miliz auf, in der es nur Offiziere zu geben schien, die aber dennoch weiterhin einen konkreten Bezugspunkt in der savoyischen Militärorganisation darstellte<sup>15</sup>. Daß dies auch für die Zukunft gelten müsse, zeigte sich daran, daß noch 1615 Kommissare für die „levata di milizia“ (Aushebung der Miliz) vorgesehen waren und diese – hier im Gegensatz zur früher üblichen Praxis – gehalten waren, „ogni rigore necessario contro gli inobedienti e fuggitivi“ (jede notwendige Strenge gegen Ungehorsame und Flüchtige) anzuwenden. Allerdings verfügten sie auch über die „autorità“ (die Ermächtigung), „di poter accordare in danari quelli che per lor bisogni desideraranno più tosto pagare che venire a presidiare“ (diejenigen von Geldzahlungen zu befreien, die wegen eigener Angelegenheiten lieber zahlten, als eingezogen wurden)<sup>16</sup>. Mit anderen Worten, die Miliz zeigte sich nun, obwohl sie noch nicht vollständig verschwunden war, in einem ganz anderen Licht als in den offensichtlich problemlosen Jahren unter Emanuele Filiberto. Immerhin aber blieb die „Idee“ einer Miliz in Form der Bewaffnung und Einberufung der Untertanen auch weiterhin bestehen.

Man sollte eine Interpretation für falsch erklären, die in den „arme proprie“ und dem Söldnertum zwei notwendigerweise alternative Systeme sieht. Völlig abwegig ist es auch, die Frage zu stellen, ob eine andere Lösung für den „stato moderno“ besser oder funktioneller gewesen wäre. Gerade in Piemont traten diese zwei Formen der militärischen Organisation nebeneinander auf, und wenn die Anwerbung von Söldnerheeren auch immer von der Entscheidung des Fürsten abhing, so war es doch auch seinem Willen zu danken, daß ein Überleben der Miliz garantiert wurde, unabhängig von der Entscheidung, sich auch, oder überwiegend, der Söldner zu bedienen. Gründe

<sup>14</sup> AST, Abtlg. III, Archivio Camerale, Art. 334, Milizia nuova, um 1600.

<sup>15</sup> AST, Abtlg. I, Rechtsangelegenheiten, Rappresentanze e pareri dei Consigli di Stato del Piemonte, Monferrato e Nizza (1514–1655), M.1: Lettera di Don Filiberto di Ceva al Consiglio di Stato, 13. November 1597; Lettera del governatore Giuseppe di Ruffia al Consiglio di Stato, 30. November 1597.

<sup>16</sup> Memorie per l'ordine da farsi per la riforma delle milizie di Nizza, in: AST, Abtlg. I, Militäranglegenheiten, Levata di milizie, einmaliger Sonderkomplex.

für die scheinbaren Erfolge und die späteren, mehr indirekten Mißerfolge der „*milizia paesana*“ sind anderswo zu suchen, nämlich in dem Gewirr der Beziehungen zwischen dem Herzog und den verschiedenen sozialen Gruppierungen. Etwas substantiell anderes hatte sich gegen die Absichten dieser Gruppierungen herausgebildet oder behinderte diese Gruppierungen zumindest, zwang sie zu Berichtigungen, auch zu widersprüchlichen Handlungen, die bestenfalls für die Art und Weise des gemeinsamen Auftretens und der Vereinbarkeit von Söldnern der verschiedensten Sorte und der Untertanenmiliz bedeutungsvoll waren. Da es auf Grund der Gegebenheiten auf keinen Fall möglich gewesen wäre, von einem Vertrag mit Fremden abhängig zu sein, wie es ein mit Söldnern geschlossener Vertrag gewesen wäre, befand sich der Reibungspunkt, der die zumindest diskontinuierlichen Entwicklungen ausgelöst hatte, innerhalb der Mechanismen selbst, die zur Aufstellung der Miliz führten.

Sicherlich konnte das, was der venezianische Gesandte über die Einwohner Savoyens gesagt hatte, nämlich daß sie kein Volk waren, „*abile a maneggiar le armi né a difenderla [la Savoia] quando ben ogni casa fosse un forte ... i due terzi dei villani nati a governar armanti e non atti a ricever disciplina alcuna*“ (das weder fähig war zur Handhabung von Waffen, noch dazu, es [Savoyen] zu verteidigen, obgleich fast jedes Haus einer Festung gleicht ... und zwei Drittel der Bauern dazu geboren sind, Herden zu führen, aber nicht fähig sind, irgendeine Disziplin zu akzeptieren)<sup>17</sup>, auch auf die Piemontesen bezogen werden. Man sollte aber auch den unterschiedlichen Grad der „Zivilisierung“ der piemontesischen Gesellschaft berücksichtigen: Der Krieg, bevor er zu einem Faktum heldenhafter Betätigung wurde, das die Erhebung in den Adelsstand, die Erhaltung des Kulturgutes und die Verfestigung der sozialen Hierarchie nach sich zog, war für einen Großteil der Bevölkerung ganz einfach eine Erfahrung, die es zu vermeiden galt, sei es, weil es sich um die aktive Teilnahme oder das passive Erdulden handelte. Nicht zufällig wird der Krieg auch in offiziellen Dokumenten mit einem der schlimmsten Unheile verglichen; alleine der Durchzug eines Heeres, und noch nicht einmal die Schlacht selbst, die selten bewohnte Zentren einbezog, war eine Heimsuchung: „*se occoresse peste, guerra, o, vero, allogiamento dei soldati nel paese che Iddio ne guardi che in tal caso la città et suo distretto siano liberi*“ (sollte Pest herrschen, Krieg oder auch die Unterbringung von Soldaten in der Gegend, so walte Gott, daß in einem solchen Fall die Stadt und deren Umland befreit sind), Steuern zahlen zu müssen „*almeno per el tempo che durerà tal infortunio*“ (mindestens für die Zeit, solange dieses Unglück dauert), so beschworen die Einwohner von Vercelli<sup>18</sup>. Auch Offiziere und Soldaten des piemontesischen Heeres auf Durchzug verursachten die größten wirtschaftlichen und logistischen Probleme: Sie mußten mit Wein und anderen Lebensmitteln versorgt und in Häusern untergebracht werden – wobei der militärische Rang genau berücksichtigt werden mußte –, und dies alles im Tausch gegen eine

<sup>17</sup> ASV, Kollegium, V, Secreta, Relazioni, b. 24, 1573, Savoyen, Relazione dell'ambasciatore Girolamo Lippomano cit., Fol. 6.

<sup>18</sup> Memoriale al serenissimo duca di Savoia per la sua fedellissima città di Vercelli, 20. Januar 1562, in: AST, Abtlg. I, Protocolli Notai Ducali, 224 ff., Fol. 27

Miete, die nie bezahlt wurde<sup>19</sup>. Häufig war eine gesamte Region damit beschäftigt, den unglücklicherweise als Gastgeber ausersehenen Gemeinden nach besten Kräften bei der Verpflegung zu helfen. Es gab keine Möglichkeit, sich diesen Verheerungen zu entziehen: Für den Fall „che in detti luoghi non si trovi fieno abbastanza almen per un quattro o sei giorni“ (daß sich in den besagten Orten nicht genügend Heu für mindestens vier oder sechs Tage findet), so besagt ein mehr als aufschlußreicher Befehl „converrà che le comuni di Condove, Frassinere, Cele, Chiavrie e Novaret ne trovino et lo conducino subito ne sopradetti luoghi sotto pena di soffrir esse l'alloggio di detta cavalleria“ (ist es abgemacht, daß die Gemeinden von Condove, Frassinere, Cele, Chiavrie und Novaret dieses aufreiben und sofort zu den angegebenen Orten bringen, bei Androhung, daß andernfalls sie selbst die Unterkunft für die besagte Kavallerie stellen müßten)<sup>20</sup>. Gehörten die Truppen einem feindlichen Heer an, blieben nur noch verzweifelte Proteste und dramatische Zeugnisse: Öl, Honig, Nüsse, das wenige Geld, Leintücher, Hemden, Töpfe, Betten, Stühle, Karren, Werkzeuge und Vieh, oft der ganze Reichtum eines Dorfes wurden geplündert oder zerstört. Der Wein, der nicht auf der Stelle getrunken werden konnte, wurde auf dem Heuboden ausgeleert, die Dachböden wurden eingeschlagen, die Ställe verwüstet, die Eingangstüren aus den Angeln gehoben<sup>21</sup>. Aber das war noch nicht der Höhepunkt. Dieser wurde während der jährlichen Lager erreicht, wenn die Herzöge zur Überprüfung alle ihre Truppen versammelten, um Stellenbesetzung, Ausrüstung und Ausbildung zu kontrollieren. In den Unterkünften wurden „ogni sorte de sceleratezze et infamie quale da barbari non pure se le imaginariano“ (jede Freveltat und Infamie auf jede unvorstellbar barbarische Weise) begangen, und der traurige Normalfall waren „sforzi di donne, latroncinij, sacrilegi sino al rubar le sacre chiese, assassinar“ (Vergewaltigung, Diebstähle und Sakrilege, die bis zum Kirchenraub reichten, und Totschlag), ausgeführt von Fremden, Kameraden oder sonstigen Personen<sup>22</sup>. Im Grunde führte der Krieg zu einer Zerstörung der Sitten und zu materieller Verarmung; darüber hinaus war er ein Betätigungsfeld für entgleiste und am Rande der Gesellschaft lebende Existenzen. Das gibt auch der Statt-

<sup>19</sup> AST, Abtlg. III, Archivio Camerale, Art. 816, Suppliche, lettere, copie di patenti, biglietti instrumenti, osservatorie, memorie, calcoli et carte diverse riflettenti il demanio, feudi, acque, comunità, particolari, forti et cose militari, 1338–1742, M 2. Memoriale della città di Asti [1633].

<sup>20</sup> AST, Abtlg. III, Archivio Camerale, Art. 692, Biglietti ducali e regi della commissione di governo e di quella esecutiva del Piemonte dirette alla Camera, al magistrato straordinario, alli senati di Piemonte e Nizza, alli consiglio et delegati sovra le cose di guerra et altri, R. 2, Konzept ohne Zeitangabe [aber etwa um 1630], Fol. 292. Im selben Ton ist etwa zwanzig Jahre später ein anderer Befehl abgefaßt, in dem der mit der Organisation der Unterbringung Beauftragte angehalten wird, „virilmente a compellere e astringere le sudette comunità in persona de'loro sindaci, consiglieri, agenti et particolari“ (die untergebenen Gemeinden in Person der Bürgermeister, Räte, Agenten und Privatpersonen mannhaft anzutreiben und zu bezwingen) (vgl. ebenda, 17 Mai 1655, Fol. 466).

<sup>21</sup> AST, Abtlg. III, Archivio Camerale, Art. 472, Atti di visita per danni diversi patiti dalle comunità, M. 2, Dorzano, 23. Januar 1662; und noch: Atti di visita con somptione d'informazione per li danni patiti per la comunità et uomini di Moncrivello dall'armata spagnola inimica e dalla soldatesca di S.A. serenissima ..., 1618.

<sup>22</sup> AST, Abtlg. III, Archivio Camerale, Art. 334, Militia nuova, 1592. Discorsi d'Honorato Firofini alessandrino intorno a riformar la militia.

halter von Turin, Leonardo Della Rovere, zu: Nachdem seit einigen Monaten der Sold zur Bezahlung der Soldaten ausgeblieben war, wurde es „difficile cosa, anzi impossibile ritener quelli che [avevano] altro modo di vivere“ (schwierig, sogar unmöglich, diejenigen zurückzuhalten, die noch eine andere Lebensmöglichkeit hatten), so daß die einzigen, die noch im Heer verblieben, „solamente li miserabili et quelli“ (nur Schurken und jene) waren, die „ripararsi altrove“ (woanders weder Schutz suchen wollten noch konnten)<sup>23</sup>.

Aber die Miliz hätte diese Zustände vielleicht sogar beheben können. Auf jeden Fall war für sie ein ganz anderes Verhalten vorgesehen, als es die schreckenerregende und schändliche Soldateska an den Tag legte, die Ländereien und Dörfer heimsuchte. Für die Mitglieder der Miliz wurde auf eine Vereinbarkeit von militärischer Betätigung und jahreszeitlich bedingter landwirtschaftlicher Arbeit Rücksicht genommen<sup>24</sup>. Es waren, oder sollten, Untertanen sein, die zur Teilnahme an der Miliz ausgewählt wurden, so daß für sie das ansonsten nicht übliche Privileg gelten konnte, wonach sie weder andere Soldaten beherbergen, noch selbst in einem der anderen militärischen Aufgebote dienen mußten<sup>25</sup>. Es entsprach aber auch der Wahrheit, daß nebensächliche Folgen des Krieges ausschlaggebend sein konnten für eine gewisse Zurückhaltung gegenüber einer wie auch immer gearteten militärischen Tätigkeit. Es bleibt eine Tatsache, daß in Zeiten nach einem Friedensschluß, in dem die Erinnerungen an die Grausamkeiten des Krieges noch frisch waren, die Miliz ihren größten Impuls erhielt, und sich sogar als Element sozialen Fortschritts darstellte.

Sowohl die Herzöge wie auch ausländische Beobachter und Chronisten glaubten, daß die Privilegien das auslösende Moment für den Eintritt in die Miliz waren, und der Austausch von „Gefälligkeiten“ und „Diensten“ zwischen Fürst und Untertanen wirkte wie der Einsatz beim Spiel. Vielleicht kann man einige Hinweise auf die Unvollkommenheit bzw. die kontroverse Entwicklung der „milizia paesana“ gewinnen, wenn man bei einer Abweichung von den Gewohnheiten beginnt. Einige der neuen Sonderrechte tendierten dazu, den mit militärischen Funktionen betrauten Untertanen von allen anderen Personen zu unterscheiden. Er konnte z. B. jede Art defensiver oder offensiver Waffen tragen, mit Ausnahme von Pistolen und Armbrüsten, die weniger als drei Spannen maßen, und dies zu jeder Zeit und überall. Durch den Vorteil der Immunität für Vergehen, die in Zusammenhang mit dem Militärdienst standen, und

<sup>23</sup> AST, Abtlg. I, Lettere Particolari, R, M. 63, Leonardo Della Rovere al Duca, 1573.

<sup>24</sup> Die Aufmerksamkeit, die schon in Levos „Discorso“ deutlich wird („Per esercitarli all'ordini s'harà riguardo a tempi, luochi et stagioni ...“ (Beim Exerzieren muß man Wetter, Orte und Jahreszeiten berücksichtigen ...)) (vgl. AST, Abtlg. I, Militärangelegenheiten, Levata di milizie, einmaliger Sonderkomplex, Novo discorso cit.), wird später formalisiert, als die Befreiung auf Abzahlung es ermöglichte, mit klaren Worten zu präzisieren, daß „nella descrizione si haverà riguardo ai Massari i quali quando siano soli vogliamo che paghino uno che vada a luogo loro“ (bei der Einschreibung die Bauern berücksichtigt werden sollen, die, wenn sie alleine stehen, nach unserem Willen, einen bezahlen sollen, der an ihrer Statt gehe) (vgl. ebenda, M. 1, Nr. 3, Istruzione del Duca Vittorio Amedeo I. al suo consigliere die Stato e vedore generale Giovanni Battista Gabriele pello nuovo stabilimento della milizia nelle provincie di cuneo, Mondovi, Fossano e Savigliano, [April 1633]).

<sup>25</sup> Vgl. Edit de S.A.S. portant différens privilèges cit.

durch die Klausel, daß die richtende Gewalt immer aus einer militärischen Jury bestehen mußte und aus keinem anderen Richter oder Magistrat, unterschied sich die Position des Milizangehörigen von jeder anderen. Damit lassen sich auch Mikroorganismen neuer Schiedsformen im ebenfalls neuen Zeichen der herzoglichen Vormacht erkennen. Ein Mitglied der Miliz konnte niemals der Folter unterworfen werden, ausgenommen bei grausamen Verbrechen, und es konnte wegen Schulden oder anderer ziviler Vergehen weder festgenommen noch eingesperrt werden, und seine Güter durften nicht beschlagnahmt werden. Mußte es dennoch einen Teil seines Besitzes herausgeben, so konnte dies nur in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des kanonischen Rechtes geschehen, unter Aufhebung sämtlicher lokaler und allgemeingültiger Statuten, Gesetze oder Gewohnheiten. Verspätete sich der Milizangehörige bei der Zahlung einer Geldsumme oder entsprechender Zinsen, so mußte er sich weder steuerlichen noch andersgearteten Strafen unterziehen. Um vollständig von jeglichen gemeinschaftlichen oder verwandtschaftlichen Pflichten befreit zu sein, fehlten lediglich ein paar Sonderrechte: Die Möglichkeit, sich den Aufgaben in der Gemeindeverwaltung entziehen zu können, sich von Vormundschaften und Pflugschaften für Mündel und Minderjährige sowie von der Verwaltung von deren Gütern befreien zu lassen. Zusammen mit dieser geplanten und dann zugestandenen Immunität war dem Milizangehörigen vom Herzog die Garantie gegeben, gegen andere Dorfbewohner, Nachbarn und mehr noch, gegen Notable und Grundbesitzer geschützt zu sein. Dieser Katalog wurde durch ein spezielles Privileg vervollständigt, das den Mittelweg zwischen dem Zwang zu einem Dienst und der Autonomie des Adels auch nach außen hin sichtbar machte: Alle, die sich in die Listen hatten eintragen lassen, konnten Kleider und Besatz tragen, was sonst üblicherweise zur Unterscheidung der Personen von Rang diente<sup>26</sup>.

Natürlich konnten sich die unteren Schichten der piemontesischen Gesellschaft der Verlockung eines solchen Angebotes nicht entziehen. Aber auch alle anderen Mitglieder der Gesellschaft, die über einen gesicherten Platz in der festgefügteten Hierarchie verfügten, erhoben gegen derart radikale Eingriffe Einspruch. Es war eine Kraftprobe, die zumindest anfänglich geradezu vorschrittmäßig ablief. Emanuele Filiberto hätte vorgegebene Bündnisse und Ordnungen nur dann erschüttern können, wenn er deren soziale Grundlagen aufs Spiel gesetzt hätte. Aber genau das ist es, was diese Zweigleisigkeit begreifbar macht, was das Nebeneinander von Privilegienerneuerung und Aktionen für eine Milizreform über einen langen Zeitraum hinweg möglich gemacht hat.

Die Erweiterung der Privilegien war notwendig, um die Sensibilität der bürgerlichen Schichten gegenüber der Initiative des Herzogs wachzuhalten und zu verstärken. Daraus ergab sich das Drängen nach einigen besonders reizvollen Sonderregelungen: Als 1570 die „milizia paesana“ um einige Kompanien „celade“, das heißt leichte Reiterei, vergrößert werden sollte, wurde diesen Reitern zugestanden, auf die Jagd zu gehen „con cani sparvieri e astori“ (mit Hunden, Sperbern und Habichten), überall, mit Ausnahme der Gebiete, die „riservati alla recreazione“ (reserviert für die Erholung) des Herzogs waren, und „quelli ancora ne i quali“ (in denen) die Lehensmänner des Her-

<sup>26</sup> Ebenda.

zogs „investiti nelle caccie“ (mit dem Jagdrecht ausgestattet) waren. Und obwohl offensichtlich eine Person, die sich, mit Waffen und Pferd ausgestattet, gemeldet hatte, nicht arm sein konnte, genoß sie außer den üblichen Privilegien auch noch einen gesicherten Sold im Krankheitsfall. „Non solamente il soldato, ma ancor la moglie vestir ogni sorte di setta, portar berrette con oro e piume a loro piacere“ (Außerdem konnte nicht nur ein Soldat, sondern auch noch dessen Ehefrau jede Art Seide tragen und Mützen mit Gold und Federn, ganz wie es ihnen beliebte). Und nachdem ein solcher Soldat „honoratamente cinque anni continui“ (fünf aufeinanderfolgende Jahre ehrenhaft) gedient hatte, konnte ihm „venendo al duello der difesa del honor suo essere rifiutato da persona nobile“ (von einer adeligen Person ein Duell zur Verteidigung seiner eigenen Ehre nicht verweigert werden)<sup>27</sup>. Carlo Emanuele bestätigte schon in den ersten Monaten seiner Regierung diesen Vertrag mit seinen Untertanen<sup>28</sup>. Nach wenigen Jahren kam er darauf noch einmal zurück, wobei er Qualität und Quantität der Zugeständnisse an die Milizmitglieder ausweitete und Strafen gegen diejenigen verschärfte, die es gewagt hatten, sich dieser Privilegien unberechtigterweise zu bedienen<sup>29</sup>. Diese Haltung behielt er bis zum Ende seiner langen Regierungszeit an der Spitze des restaurierten savoyischen Staates bei, wobei er darauf bedacht war, seine treuesten Untertanen von der Zahlung von Fracht- und Fährabgaben sowie von Zöllen zu befreien, sie nach besten Kräften vor der zivilen Rechtsprechung zu schützen, ja sogar ihre Bewegungsfreiheit gegenüber der eigenen Familie auszudehnen, indem er die Aufhebung der gewöhnlichen testamentarischen Praxis zugestand. Er schuf damit eine neue soziale Kategorie, die der Miliz einen falschen Hauch von Adel verlieh<sup>30</sup>. Eindeutig waren natürlich die Antworten der niedersten Schichten der piemontesischen Gesellschaft auf diese Verlockungen, die sich schon zwischen den Zeilen der Verordnungen erkennen ließen, mit denen der Herzog in unregelmäßigen Abständen die Reform der Miliz befahl. Wie der Ausdruck „Reform“ nicht immer auch eine Änderung bedeutet, sondern im ursprünglichen Sinn Neuordnung meint, so stellt sich die Situation auch für die Miliz dar: Der Herzog drang zwar auf die Bildung einer militärischen Organisation, die auf sozialem Gebiet destabilisierenden Charakter haben sollte; dieser Organismus konnte, bis auf anfängliche Erfolge, jedoch nicht fortbeste-

<sup>27</sup> AST, Abtlg. I, Militärangelegenheiten, Levata truppe nel paese, M. 1, Nr. 2, Minute di patenti del duca Emanuele Filiberto di concessione di varij privilegi a favore della compagnia delle cellade, ossia di cavalleria leggiera paesana, 11. April 1570. Schon vor diesem Patent hatte Emanuele Filiberto 1566 dieses Thema angesprochen (vgl. AST, Abtlg. I, Protocolli Notai Ducali, 231, Conferma di tutti i privilegi, immunità ed onori concessi alla milizia paesana, 24. Januar 1566, Fol. 53).

<sup>28</sup> Vgl. Lettere patenti di S.A. colle quali dichiara di quali privilegi debbano godere i soldati della sua milizia, 1. September 1582, in: *Duboin*, Raccolta per ordine di materia delle leggi, 798–801.

<sup>29</sup> Vgl. Edit de S.A.S. qui accorde plusieurs privilèges et franchises aux soldats de sa milice, 10. September 1585, in: ebenda, 802–805.

<sup>30</sup> Es folgten aufeinander: Ordine di S.A. portante la riforma generale della milizia paesana, con concessione di varij privilegi e ripartizione del numero de'soldati per ogni comune, 15. Mai 1594; Ordine di S.A. col quale si concedono nuovi privilegi alla milizia, Juni 1595; Ordine di S.A. portante una nuova riforma della milizia paesana con concessione di nuovi privilegi tanto agli ascritti ad essa, che ai soldati di ordinanza, 15. Januar 1603 (Alle jeweils gesammelt in: ebenda, 805–820).

hen. Mit der Zeit zeigten sich Auflösungserscheinungen, die gleichzeitig das Problem einer Neuordnung aufwarfen.

Ob unterschwellig oder offensichtlich, die durch die „levata di milizia“ (Aushebung der Miliz) ausgelösten Entwicklungen waren vielfältig und von verschiedenster Art. Sie glichen in ihren Formen den Forderungen der unterschiedlichen sozialen Schichten im Moment der Entstehung eines autokratischen und bürokratischen Staates. Es gab drei alles andere als schwache Tendenzen, die eine dauerhafte Einrichtung der „milizia paesana“, so wie sie von Emanuele Filiberto geplant worden war, in Frage stellten: Der Versuch, betrügerischerweise die Privilegien auszunützen, die der Miliz vorbehalten waren; die Forderung nach einer Ausdehnung dieser Vorrechte auf andere entstehende und konkurrierende Gruppen von „Dienern“ des Staates; die Sinnentleerung und der Wirkungsverlust dieser Privilegien. Das alles führte zu „Mißbrauch“ und Unregelmäßigkeiten, den einzig sicheren Instrumenten zur Schwächung und zur Infragestellung jeder Abmachung. In der Tat hatte ausgerechnet die Regelung des Waffentragens, mit allen seinen begünstigenden Bedingungen für die Milizteilnehmer, und den Einschränkungen für die übrigen eine hohe Sensibilität im Volk hervorgerufen, so wie es die Absicht Emanuele Filibertos gewesen war. Nur war dieser sich nicht über die Gleichgültigkeit der meisten Untertanen gegenüber dem Militärdienst im klaren, welche die Waffen gleichzeitig als Arbeitsgerät und Auszeichnungsmerkmal betrachteten. So bedeuteten die Waffen zum Beispiel ein entsprechendes Mittel, das eigene Elend durch Einschüchterung anderer oder ganz einfach durch die Möglichkeit zum Jagen meistern zu können. Waffen stellten darüber hinaus ein Geschäft dar: Man konnte sie verkaufen. Noch 1562 bat Monsignor di Boglio aus dem Umland von Nizza den Herzog, einige Vertrauenspersonen „deputare“ (zu bestimmen), die „per ogni terra“ (für jedes Gebiet), „cura et avvertenza“ (Sorge und Aufmerksamkeit) tragen sollten, „che gli inrollati (damit die Eingeschriebenen) ihre „gl'arme“ (Waffen) nicht verkauften: Besagte Vertrauenspersonen sollten imstande sein, zu veranlassen, daß diese Leute „star con esse ad ordine et presti per servirsene in ogni occasione“ (nach Befehl und Notwendigkeit bewaffnet wären, um sich ihrer [der Waffen] auch zu anderer Gelegenheit bedienen zu können)<sup>31</sup>. Es sollte eine Person aus dem Volke sein, die als Vermittler zwischen Soldaten und Offizieren fungierte, besonders von dem Moment an, als auch die Offiziere nicht mehr über jeden Verdacht erhaben waren. Es waren nämlich oft die Offiziere, die eine Verständigung mit den entrechteten, aus der Bahn geworfenen oder alleinstehenden Soldaten suchten, um aus Betrug Geld zu machen. Es reichte, daß sich einige dieser Offiziere mit wenigen Gaunern zusammentaten, und das Spiel war gelaufen: Die Reihen einer unvollständigen Kompanie wurden aufgefüllt, und jedesmal, wenn eine „Schau“, eine Prüfung oder Kontrolle durch vom Herzog geschickte Offiziere stattfand, wurde eine Reihe dieser sogenannten „passevolants“ damit beauftragt, von der einen Kompanie zur anderen zu gehen, um beim Appell Antwort geben zu können, so als wären die Reihen tatsächlich besetzt. Der kommandierende Offizier

<sup>31</sup> Memoriale a capi umiliato dal Signor di Boglio governatore della città e contado di Nizza a S.A. in riguardo all'esercizio della sua carica e ad alcuni abusi introdottisi a pregiudizio della medesima ..., 3. September 1562, in: AST, Abtlg. I, Protocolli Notai Ducali, 224 ff., Fol. 190 v.

konnte dann die Besoldung für eine komplette Kompanie einkassieren und den Überschuß in die eigene Tasche stecken, mit Ausnahme eines geringen Anteiles für diejenigen, die ihm diesen kleinen Dienst erwiesen hatten. Was als Betrugsmöglichkeit für Personen entstanden war, die von verschiedener Warte aus ihr Leben unter anderem mit solchen Notbehelfen fristeten, wurde im 16. Jahrhundert zu einer wahren Heimsuchung für viele europäische Heere. Schon 1566 mußte dieses Phänomen beunruhigende Ausmaße angenommen haben, da Emanuele Filiberto drohte: „che nessuno ardisca venir in dette mostre, né presentarsi per passavolante né in altrui nome o con altrui arme sotto pena della galera“ (daß es niemand bei Androhung der Kerkerstrafe wage, zu den genannten Schauen zu kommen oder sich als „passavolante“ zu präsentieren, weder unter anderem Namen, noch mit fremden Waffen); er fügte darüber hinaus noch hinzu, daß „vinti scudi a chiunque li rivellerà“ (zwanzig Scudi an jeden, der diese entlarven werde) ausbezahlt würden, und zwar „prontamente dal nostro tesoriere Parella“ (sofort von unserem Schatzmeister Parella), mit der Garantie, daß die Zuträger und deren Anzeigen „tenuti secreti“ (geheim gehalten) würden<sup>32</sup>. In den „Lettere patenti“ von 1582 schrieb Carlo Emanuele, daß „per levar gli abusi che si potrebboro commettere sotto pretesto di detti privilegi“ (um die Mißbräuche zu beseitigen, die unter dem Vorwand genannter Privilegien verübt werden können), es strengstens verboten sei, daß „alcuno“ (irgendjemand) sich „arruolar sotto altro capitano eccetto quello qual ha la compagnia dove abita il soldato senza espresso ordine nostro“ (ohne unseren ausdrücklichen Befehl unter einem anderen Hauptmann einschreiben [kann], als unter dem, der die Kompanie [des Ortes] unter sich hat, wo der Soldat wohnt), und dies natürlich immer unter der Voraussetzung, daß er „arme ... da sé proprio“ (seine eigenen Waffen) hätte<sup>33</sup>. Das Edikt von 1585 bestimmte genauer, daß jeder Offizier „les soldats l'un après l'autre par nom et surnom“ aufrufen müsse, und daß diese ihnen allgemeine Angaben über verschiedene Funktionen machen müßten „afin que ne se commette abus entre ceux qui devoient jouir des privileges de la milice“<sup>34</sup>. Mit anderen Argumenten versuchte Onorati Firofini einige Jahre später, 1592, diesem Phänomen, das alles andere als verschwunden war, zu begegnen. Er riet, Offiziere aller Dienstgrade besser zu besolden, „accio che con essa [provvigione] se possano mantener con luor dignità et reputatione levandosi dal animo ogni pensiero de rubbar gli soldati né de passar passavolanti, ma di coraggiosamente servir per conquistar gloria et honore“ (so daß diese durch sie [die Vergütung] in Ehre und Anstand leben, ihr Herz von den Gedanken an die Beraubung der Soldaten und das Herumschicken der „passavolanti“ befreien und dann tapfer dienen können, um Ruhm und Ehre zu erwerben)<sup>35</sup>. Aus dem Bestreben heraus, die Situation in den Griff zu bekommen, erklärte

<sup>32</sup> Istruzione data dal duca Emanuele Filiberto di Savoia al signor Leonardo Della Rovere cit., in: ebenda, 226, Fol. 257.

<sup>33</sup> Lettere patenti cit. (vgl. Anmerkung 28) 799. Noch 1604 gab es eine besondere Ordine di S.A. che proibisce ai capitani della milizia di accettare soldati salvo che siano de' luoghi loro assegnati, 23. Januar 1604, in: ebenda, 821.

<sup>34</sup> Edit de S.A.S. cit. (vgl. Anmerkung 29) 804.

<sup>35</sup> AST, Abtlg. III, Archivio Camerale, Art. 334, Militia Nuova, 1592, Discorsi d'Honorato Firofini cit.

der Herzog 1594, daß es „in facultà né delli colonnelli, né delli capitani di licentiar o commutar alcuno delli soldati descritti senza espressa licentia del generale dell'infanteria o del veedore generale“ (weder in der Macht der Obersten noch der Hauptmänner [stehen dürfe], irgendeinen der eingeschriebenen Soldaten ohne ausdrückliche Zustimmung des Generals der Reiterei oder des „veedore generale“ zu entlassen oder auszutauschen)<sup>36</sup>.

1636, nachdem viele Jahre vergangen waren, und die „milizia paesana“ nur noch Erinnerung war, und nachdem sich auf Grund dutzendweiser aufeinanderfolgender Verordnungen neue und kompliziertere Mechanismen zur Regelung der Einschreibungen gefestigt hatten, wurde müde die Anweisung wiederholt „che gli soldati siano ben armati e che gl'uni non servino per gl'altri“ (daß die Soldaten gut gewaffnet sein sollen, und die einen nicht für die anderen dienen sollen)<sup>37</sup>. Das Phänomen hatte demnach schon sehr früh eine geradezu „natürliche“ Dimension angenommen.

Sehr viel heimtückischer präsentierte sich dagegen die unvermittelte Spannung zwischen den von der „milizia paesana“ hervorgerufenen Hierarchien und den Hierarchien, die durch andere Strukturen des entstehenden Staates, die ebenfalls die Neuordnung der Beziehungen zwischen dem Herzog und Untertanen zum Inhalt hatten, ausgelöst wurden. Das Problem hatte, wie man im folgenden noch sehen wird, eine ganz andere Tragweite, aber es war schon daran als heikel zu erkennen, wie es die Besonderheit dieser „Gesellschaftsverträge“, welche die Privilegien andeutungsweise garantierten, störte. Halten wir uns zum Beispiel an die Frage des Waffentragens: Hatte sich die Miliz in irgendeinem Ort konstituiert, so kam es, daß die vom Herzog mit der Führung betraute Person das Tragen von Waffen denjenigen, die sich eingeschrieben hatte, erlaubte, und es den übrigen verbot. Daraufhin geschah es, daß die Richter der „vicarie“ alle Personen freiließen, die sie zuvor wegen unerlaubtem Waffentragen eingesperrt hatten. Ohne direkt einzugreifen, demonstrierte die Gerichtsbarkeit die Fragwürdigkeit dieses den Milizangehörigen zugestandenen Privileges. Bei einem Fall, der sich 1562 im Umland von Nizza ereignet hatte, ließen sich die Richter von den betroffenen Parteien bezahlen. Die mögliche institutionelle Grundlage wurde somit von dem Moment an noch mehr belastet, als auch für Privatpersonen die Möglichkeit einer Verhandlungsbasis geschaffen worden war – mit der Wahrscheinlichkeit zur Korruption. Durch diese Möglichkeit war ein Konflikt zwischen den Teilen desselben Staates schon absehbar geworden<sup>38</sup>. In anderen Fällen war der Eingriff direkt. Die „Lettere patenti“ von Carlo Emanuele I aus dem Jahr 1582 beginnen immerhin mit folgender Bestätigung: „Havendoci fatto intender li soldati di nostra militia che da alcuni giudici non si sono osservati li privilegi da noi concessi, e sotto preteso di giustizia vengono indebitamente travagliati di lunghi processi e per cause etiandio leggere ...

<sup>36</sup> Ordine di S.A. cit. (vgl. Anmerkung 30) 807.

<sup>37</sup> AST, Abtlg. III, Archivio Camerale, Art. 637, Istruzioni Camerali, Reg. 1624, in 1715, Istruzione dell'ill.mo et ecc.mo consiglio di S.A.R. sovra gl'occorrenti di guerra in Asti residente per li signor capitani e ufficiali di Militia scelta, 16. September 1636, Fol. 199.

<sup>38</sup> Memoriale a capi ufiliato a S.A. dal barone di Boglio governatore della città e contado di Nizza intorno ad alcuni particolari concernenti all'esercizio di detta carica ..., in: AST, Abtlg. I, Protocolli Notai Ducali, 224ff., 3. April 1562, Fol. 95.

dichiariamo che li soldati di nostra militia debbano godere di tutti i privilegi“ (Nachdem uns die Soldaten unserer Miliz zu verstehen gegeben haben, daß sich einige Richter nicht an die von uns gewährten Privilegien gehalten haben, und daß sie unter dem Vorwand der Gerechtigkeit unrechtmäßig in lange Prozesse verwickelt werden, und das wegen leichter Vergehen ... erklären wir, daß die Soldaten unserer Miliz in den Genuß aller Privilegien kommen müssen)<sup>39</sup>. Bevor er mit dem sonst üblichen, autoritären Nachdruck den Befehl schließt, gibt Carlo Emanuele überraschenderweise fast verstohlen zu „che li feudatari, li consiglieri e nobili delle terre nostre immediate, li ufficiali, e nostri gabellieri, e dacieri, con li servitori de'suddetti, quali attualmente et ordinariamente servono“ (daß die Lehensträger, die Ratgeber und Adeligen unserer direkten Ländereien, die Beamten, unsere Steuereintreiber und die Zollbeamten, mit den Dienern der Genannten, die ordnungsgemäß den Dienst leisten), in gleicher Weise „del privilegio del porto delle armi“ (vom Privileg des Waffentragens) profitieren konnten, so wie auch die „altri privilegiati da noi“ (die anderen von uns Privilegierten)<sup>40</sup>. Dies waren Zeichen für eine Änderung, die Symptome einer neuen Situation, die sich in Bewegung befand, und in der sich die ursprüngliche Bedeutung der Privilegien für die Miliz verloren hatte; oder um es besser auszudrücken, einer Situation, in der die Privilegienpolitik sich nach den zahlreichen sozialen Gruppen richten mußte, die zum Aufbau des Staatsapparates notwendig waren. Nachdem sich die exklusiven Unterscheidungsmerkmale verloren hatten, oder mehr noch, nachdem die Garantie oder die gewissen Immunitätsversicherungen sich verringert hatten, die mit dem Konzept der Privilegien selbst verbunden waren, beziehungsweise der besonderen Rechte, die nur einigen gewährt wurden, wick die „milizia paesana“ auf andere Beziehungsformen zwischen dem Herrscher, den Institutionen seines Staates und den Untertanen aus: Natürlich wurden dadurch die am wenigsten geschützten, wehrlosesten sozialen Gruppen getroffen, die gerade wegen dieser auf gegenseitigem Vertrauen basierenden Attribute, in den ersten restaurativen Plänen Emanuele Filibertos Eingang gefunden haben. Dies ist eine Geschichte, deren Spuren verwischt worden sind, und die ganz sicher keinen Platz in der „Militärgeschichte“ Savoyens gefunden hat, und noch weniger in irgendeiner anderen „Geschichte der piemontesischen Monarchie“ auftaucht, oder wegen ihrer erwähnten Charakteristika in den lokalen Chroniken erwähnt wird. Sie läßt sich nur an Hand einiger verschleierte Andeutungen, häufiger noch durch ihre Nichterwähnung oder ihr Totschweigen erahnen.

Nach den Erfolgen in der Bevölkerung, so wie sie von den venezianischen Gesandten und den Chronisten beschrieben worden sind, tauchten nun vielmehr Lücken, Tausende von Einwendungen und weitere Mißbräuche auf, diesmal allerdings – ob mit oder ohne Recht –, um in den Genuß des Privilegs zu kommen, nicht der Miliz angehören zu müssen und vom Dienst in ihr befreit zu werden, der nunmehr ohne Vorteile war. Schon die offiziellen Dokumente informieren über eine tiefverwurzelte und weitverbreitete Konfliktsituation: 1582 verabschiedete und bestätigte der herzogliche Senat die „Lettere patenti“ Carlo Emanueles I. über die Privilegien für die Miliz mit

<sup>39</sup> Lettere patenti cit. (vgl. Anmerkung 28) 798.

<sup>40</sup> Ebenda, 800.

dem kleinen Nachtrag, der besagt, daß „i fiscali die S.A.“ (die Richter Seiner Hoheit) nur dann gegen ein Mitglied der Miliz nicht vorgehen dürfen, wenn der Fall wirklich „legiere“ (leicht) sei; bei „battiture o effusione di sangue o parole di atroce ingiuria“ (Schlägen oder Blutvergießen oder schweren Beleidigungen) wäre ein Eingreifen dagegen unbedingt nötig. Im weiteren Verlauf wird festgelegt, daß, wenn kein „altro parente idoneo a tal carigo“ (anderer Verwandter für eine solche Aufgabe zur Verfügung steht), Soldaten der Miliz „essere astretti a pigliar carichi di tutelle“ (gezwungen werden können, Vormundschaftsverpflichtungen zu übernehmen)<sup>41</sup>. Anders ausgedrückt, während die Herzöge noch die Privilegien für die Miliz auszuweiten versuchten – wenn auch in widersprüchlicher Weise –, so wurden diese von der zweiten Autorität im Staat gleichzeitig beschnitten. Im Mai 1594 wurden die Mitglieder der Miliz als „vecchi, infermi et inhabili a sî lodevol exercitio“ (Alte, Kranke und für dieses Geschäft Unfähige) beschrieben, aber trotzdem stellte man sich dem Problem einer Reform der Rollenverteilung, die „ogni abuso che circa l'elettione di questa particular soldatesca potrebbe nascer“ (jeden Mißbrauch, der bei der Wahl dieser besonderen Soldateska entstehen könnte) verhindern sollte. Darüber hinaus verdeutlichte man im vorletzten – dem einundzwanzigsten – Absatz des Reformvorschlags, daß „volendo alcuni delli descritti, dopo d'haver servito un tempo in questa militia esser essimito, presentando un altro idoneo et approvato dal generale dell'infanteria o dal veedore generale, sarà licentiatio senz'altro“ (jeder der Eingeschriebenen, der austreten will, ohne weiteres sofort entlassen wird, wenn er einige Zeit in dieser Miliz gedient hat und eine andere, geeignete Person präsentiert, die vom General der Infanterie oder vom „veedore generale“ akzeptiert wird)<sup>42</sup>. Ohne weiter auf die Beschreibung der Methoden und Umstände dieser Ersatzmöglichkeiten in den verschiedenen Gemeinden einzugehen, kann man das Resultat in den ersten Zeilen der „Lettere patenti“ vom 19. August 1600 nachlesen: „Essendo informati“ (Wir sind darüber informiert worden) – macht der Herzog den Vorwurf – „che dopo la general riforma della milizia nostra paesana, di qua da'monti, molti soldati in essa arrolati sono passati a miglior vita, altri absentati in maniera che il numero stabilito non resta di gran lunga compito“ (daß nach der vollständigen Reform unserer milizia paesana, von hier bis zu den Bergen, viele in ihr eingeschriebene Soldaten zu einem besseren Leben gefunden haben und andere sich in einer Weise entfernt haben, daß die festgelegte Zahl bei weitem nicht vollständig ist). Das Problem der Neuordnung der Aufgaben war von dem Moment an schwierig, als man „anco remediari alla disubbidienza de'soldati quali quando sono chiamati al servizio, ricusano o si escusano al danno del servizio nostro“ (Abhilfe schaffen [mußte] für die Ungehorsamkeit der Soldaten, die sich zum Schaden unseres Dienstes weigern oder entschuldigen lassen, wenn sie zu unserem Dienst gerufen werden)<sup>43</sup>. Nachdem dies gesagt worden war, beschrieb ein „Ordine“ vom 16. Mai 1610 die Miliz als tief zerrüttet: „molti abusi nell'inrollarsi nelle nostre militie escusandosi alcuni farlo sotto pretesto d'esser nobili e privilegiati, altri dicendo che hanno licenza da noi di portar le armi“ (beim Einschreiben in unsere Miliz sind viele Mißbräuche [gang und gäbe], da

<sup>41</sup> Ebenda, 801.

<sup>42</sup> Ebenda, 806, 808.

<sup>43</sup> Ebenda, 813.

sich einige unter dem Vorwand, adelig und privilegiert zu sein, entschuldigen, und andere angeben, daß sie von uns die Erlaubnis zum Waffentragen hätten<sup>44</sup>. Am 7. April 1618 verkündete eine andere Bekanntmachung, daß man jeder Art von Betrug und „molti disordini“ (vielen Unregelmäßigkeiten) beigewohnt habe, sei es bei der Wahl der aktiven Mitglieder der „milizia paesana“, sei es bei der Anwerbung von „ordinanze“ (Ordonnanzen), „tanto dalli colonnelli, capitani et altri ufficiali, quanto dalli agenti delle comunità“ (durch Oberste, Hauptmänner und andere Offiziere sowie durch die Vertreter der Gemeinden)<sup>45</sup>. Im darauffolgenden Jahr, am 2. Oktober 1619, ließ Carlo Emanuele I. eine Reihe seiner Vertrauensmänner zu „deputati“ (Beauftragten) ernennen, die einen neuen Vorschlag für eine Milizreform entwerfen und dessen Verwirklichung überwachen sollten. Gleichzeitig erließ er einen Befehl, wonach jede andere lokale oder staatliche Autorität diesen Vertrauenspersonen gegenüber zu Gehorsam und Hilfeleistung angehalten wurde: Als Strafe drohten seine „disgrazia“ (Ungnade) und jede andere „arbitraria“ (Willkür), und zwar zusätzlich zu den Strafen, welche die „medemi deputati“ (selbigen Beauftragten) schon in voller Machtbefugnis und Verfügungsgewalt verhängt hatten<sup>46</sup>. Die Ergebnisse waren aber auch nicht besser als die vorhergegangenen, etwa 1618, als schon allen, welche die Reform behindert hatten, mit Strafen gedroht worden war, die „senza formalità di processi“ (ohne die Formalität von Prozessen) von der Todesstrafe bis hin zur „confiscatione di tutti i loro beni“ (Konfiszierung aller Güter) reichten; oder 1610, als der Herzog allen Offizieren angekündigt hatte, daß er sie ihrer Ämter entheben werde, wenn sie fortführen, die Soldaten „far contribuir“ (Abgaben zahlen zu lassen), oder „recattar“ (zu bestechen), oder sie im Tausch gegen Geld „escusar“ (zu entschuldigen); oder 1603, als er Widerstrebende mit einer Strafe von 10 Scudi beim ersten Mal, mit 25 Scudi beim zweiten Mal und einer eigens zu entscheidenden Strafe bei der dritten Verweigerung sowie dem für immer geltenden Verbot des Waffentragens drohte. Es wurde noch mit „galera“ (Kerker) gedroht, wie 1600, und 1594 mit einer vagen „catigo“ (Züchtigung)<sup>47</sup>. Die Gemeinden duldeten keine Eingriffe von außen, und der Herzog konnte auf keinen Fall seine ständige Machtprobe mit den lokalen Machtgruppen über eine bestimmte Grenze hinaus führen. 1627, als der Militärdienst sich in den meisten Fällen mit einer Steuer abgелten ließ, mit der man den „occorrenze di guerra“ (den Bedürfnissen des Krieges) abzuhelfen suchte, schrieb Carlo Emanuele I. an Bernardino Gentile, der damit betraut war, die Gelder für die Miliz „ricevere“ (entgegenzunehmen). Er beklagte sich, daß „i sindaci delle città, terre et luoghi dello stato“ (die Bürgermeister der Städte, der staatlichen Ländereien und Gebiete) sich der Zahlung im Tausch gegen die Unterstützung entzogen hätten, die man von ihnen benötigte, „ai delegati mandati nel paese per lo stabilimento della nuova riforma della militia“ (für die Abgesandten, die zur Durchsetzung der neuen Milizreform in das Land geschickt worden waren). Und trotzdem hätten sie „poco affetto ... in tal servizio“ (wenig Lust ... zu solchem Dienst) erkennen lassen, so daß er, der Herzog, fest dazu entschlossen war, auch sie, „indiffe-

<sup>44</sup> Ebenda, 822 f.

<sup>45</sup> Ebenda, 825.

<sup>46</sup> Ebenda, 829.

<sup>47</sup> Ebenda, 808, 814, 820, 824, 826, 828.

rentemente la metà del loro cotizo“ (ohne Unterschied die Hälfte ihres „cotizo“) zahlen zu lassen<sup>48</sup>. Objektiv gesehen, war dies nicht mehr als eine symbolische Geste.

Von all diesen Mißbräuchen, den Schwierigkeiten, die das Gemeinschaftsleben belasteten, der Korruption, dem Austausch von Personen, den Ausweichversuchen und den anderen Streitfällen wurde außer durch indirekte Zeugnisse nur sehr wenig bekannt. Nur im Gegenlicht, aus dem Briefwechsel voller Drohungen des Herzogs mit seinen Beauftragten, aus den Anweisungen an die örtlichen Notablen, aus den Versprechungen, Geld- und anderen Strafen der Bekanntmachungen, aus den Androhungen der Folter, der Konfiszierung der Güter oder Kerkerstrafen und aus den Aufforderungen zur Denunziation, ließen sich heimliche Umtriebe ganzer Dörfer oder Stadtteile, die privaten Dramen der Schwächsten, die Pflichtverletzungen und Abmachungen errahnen. Diejenigen Untertanen, die im Laufe der Jahre „poco fedeli“ (wenig treu) oder als Soldaten „mancho obedienti“ (weniger gehorsam) gewesen waren<sup>49</sup>, haben nur spärliche Hinweise in Form einiger Aufrufe hinterlassen, in denen eine vorgetäuschte Unfähigkeit zum Dienst an den Waffen, eine Krankheit oder irgendein anderer Vorwand die Gefahr und das Risiko verhindern sollten, in die Miliz einberufen zu werden. Daraus ergaben sich Fälle wie der des Francesco Antonio Cellebrino, der „ammalato iacente in leto per la rottura di una gamba da alcuni mesi in qua“ (schon seit einigen Monaten wegen eines Beinbruches krank im Bett lag), und der, als er aufgefordert wurde, sich beim Militärkommando zu melden, um seine Abwesenheit aus den Reihen der Miliz zu rechtfertigen, seinen „compare“ (Gevatter), einen gewissen Atreo Malliano, schickte, um seine Geschichte zu erzählen. Cellebrino stellte sich vor als „homo vecchio d’etta di anni cinquantacinque o circa“ (alter Mann von etwa fünfundsünfzig Jahren) und erklärte sich für „inhabile a portare arme et andar alla guerra“ (unfähig, Waffen zu tragen und in den Krieg zu ziehen); darüber hinaus war er „capo di casa carigo di una famiglia et d’una botega de speciarìa qual non poteva senza grandissimo suo danno et forse ruina di casa sua abandonar et andar alla guerra como veneva comandato“ (Hausherr mit Familie und einem Gewürzwarenladen, den er nicht ohne sehr schwerwiegenden Schaden und vielleicht sogar zum Ruin seines Hauses verlassen und in den Krieg ziehen konnte, so wie es befohlen worden war): Damit der dem Herzog schuldige Dienst nicht vernachlässigt würde, hatte er dafür Vorsorge getroffen, sich selbst zu ersetzen – krank wie er war, und mit seinen Interessen, die er wahren mußte –, und zwar mit einem „sufficiente“ (ausreichend ausgestatteten) Soldaten, der von ihm bezahlt wurde, und der mit einer Büchse und „con monitioni“ (mit Munition) ausgerüstet war. Dieser letztere, ein gewisser Sebastiano Pejrano war schon dem Senator Zoello, der damals mit der Kontrolle der Erfassungen betraut gewesen war, zur Billigung vorgeführt und auch ordnungsgemäß akzeptiert worden; er hatte dann den ganzen Dienst unter dem Befehl des Cavalier Pasero im Lager zu Asti bis zu seiner Ent-

<sup>48</sup> Der Brief vom 4. März 1627 ist enthalten in: AST, Abtlg. III, Archivio Camerale, Art. 177, Carichi militari, Nr. 7, Conto reso all’ill.ma et ecc.ma Camera ducale dal signor Bernardino Gentile come ricevidore del denaro della riforma della nuova militia dell’anno 1626.

<sup>49</sup> AST, Abtlg. III, Archivio Camerale, Art. 334, Militia Nuova, 1592, Discorsi d’Honorato Firofini cit.

lassung abgeleistet. Für all das – Cellebrino hatte als Zeugen auch Pejrano gerufen – habe er sich „incorso in pena alcuna et restrittione“ (keiner Strafe und Restriktion schuldig) gemacht<sup>50</sup>. Der Adelige Audino Carretto aus Fossano dagegen hatte an seiner Statt überhaupt niemanden geschickt, da er sich für wirklich krank und deshalb für „scartato“ (untauglich) hielt: Er wußte sehr wohl, daß die Befehle Seiner Hoheit dahingehend lauteten, daß „ogni habille al porto delle arme“ (jeder zum Waffentragen Fähige) sich „senza altro rettersi al actual servitio di essa S.A.“ (ohne weiteres in den Dienst Seiner Hoheit stellen) mußte; er aber, „sendo detenuto in letto“ (da er an das Bett gefesselt war), durch „febbre et altra indispositione“ (Fieber und andere Unpäßlichkeit), konnte nicht anders, als sich beim obersten Gerichtsherrn „scusare“ (entschuldigen) zu lassen und zu schwören, daß er, sobald er „restituito in sanità“ (wiedergesundet) wäre, dem Herzog „con la vita et beni“ (mit Leben und Vermögen) dienen würde. Inzwischen hatten auch sein Arzt, Lorenzo Nazarin, und der „cirugico“ (Chirurg) Giovenale Bonetto Zeugnis abgelegt, wobei letzterer seinerseits bezeugte, „haver d'ordine del signor medico sudetto cavato sangue al sudetto infermo“ (auf Befehl des genannten Herrn Arztes, dem genannten Kranken Blut abgenommen zu haben)<sup>51</sup>. Natürlich war im allgemeinen das gewöhnliche Volk den unvorhersehbaren Umständen in größerem Maße ausgeliefert; es konnte sich bei willkürlichen Erpressungsversuchen kaum auf gekaufte Zeugen stützen. Oft wurden Mittelsmänner eingeschaltet, die bei der Lösung von Problemen helfen sollten. Als 1616 Dionigi Vachiero, „dottor di leggi di Avigliana Vice Auditore de guerra di S.A.S.“ (Doktor der Rechte aus Avigliana und Vizekriegsauditor Seiner Geheiligten Hoheit), sich in Santhià eingefunden hatte, um zu veranlassen, daß „tutti li soldati cotizzati e volontari, ma esciandio tutti li altri habili al porto delle armi“ (alle gedungenen und freiwilligen Soldaten, aber auch alle anderen, zum Waffentragen Fähigen) die Plätze in der Miliz ausfüllen sollten, mußte er den sehr bemerkenswerten „renitenza che molti [facevano] a detto servizio con poco timore delle pene imposteli“ (Widerstand [besiegen], den viele dem angesprochenen Dienst [entgegenbrachten], mit wenig Furcht vor den gegen sie verhängten Strafen). Aber abgesehen von den Betrugsversuchen, mit denen er nicht einmal in Berührung kam, wie hätte er die besonderen Situationen beurteilen sollen, die ihm im Licht finsterster Tragödien dargestellt wurden, ohne die Mitarbeit, „l'assistenza, informatione et opera de'sindici per evitar ogni abuso a detto servizio pregiudiciale“ (die Hilfe, die Information und die Unterstützung der Bürgermeister, um jeden Mißbrauch dieser genannten präjudiziellen Aufgabe zu vermeiden)? Seine Helfer in Santhià waren die Konsuln Antonio Lana und Giovanni Andrea Pettolis, und zusammen mit ihnen mußte er über die Anträge auf Befreiung vom Milizdienst entscheiden. Diese Gesuche erwiesen sich fast immer als zweideutig, da sie viel mehr die ökonomischen Probleme der Familien erkennbar werden ließen, als daß sie unanfechtbare Gründe für eine Befreiung nannten. Ein gewisser Giacomino Bolvis zum Beispiel erklärte, „effettivamente d'esser storpiato d'una gamba“ (tatsächlich an einem Fuß verkrüppelt) zu sein, aber er führte auch die Belastung durch „cinque figlioli“ (fünf Kinder) an. Der Adelige Gio-

<sup>50</sup> Ebenda, Dokument ohne Überschrift und Datum (schätzungsweise aber von 1610).

<sup>51</sup> Ebenda, Dokument ohne Überschrift, datiert vom 10. Juni 1615.

vanni Battista Rachis gab ganz einfach an, alleinstehend mit zehn Kindern zu sein: Dies schien ihm für eine Einberufung Hinderungsgrund genug zu sein. Gaspardo Sala, der nur einen Sohn hatte, wurde dagegen ohne weiteres aufgefordert, zu wählen, wer von ihnen beiden sich bereit erklären würde – ohne Kompromißmöglichkeit –, der Miliz beizutreten. Michele Guglielmone, der „solo con moglie in parto e con figlia piccola, ferito sopra la testa“ (allein mit einer vor der Entbindung stehenden Frau und einer kleinen Tochter und mit einer Verletzung am Kopf) war, wurde nicht freigestellt, sondern nur „fino a recuperata sanità“ (bis zu wiedererlangter Gesundheit) beurlaubt. Es gab auch Personen, wie zum Beispiel Giuliano Gabutto, der schon „due fratelli alla guerra“ (zwei Brüder im Krieg) hatte, oder Giovanni Sala, der „difettuoso de vista“ (schlecht sah), den Vasallen Francesco Dalle Lanze, der „sessagenario“ (sechzigjährig) war und „sottoposto alla podagra“ (an Gicht litt), und all die anderen, die zusammen mit „carichi“ (Belastungen), „tutele“ (Vormundschafspflichten), mit Geschäften und Gehöften, die sie nicht alleine lassen konnten, beschäftigt waren und gleichzeitig noch „dolori artetici“ (Gliederschmerzen) und Stürze auf Grund „il brutto male“ (des schweren Übels = Fallsucht) vorbrachten<sup>52</sup>. Die Konsuln mußten sicherlich viele Faktoren berücksichtigen, um den Vizeauditor in seinen Entscheidungen zu beraten. Dies alles spiegelt aber eine Situation wider, in der der Dienst in der Miliz sich schon durch Vertretungen umgehen ließ und die Miliz auch als Finanzierungssystem für andere militärische Strukturen herangezogen wurde. Zweifellos war die Zeit, als die Miliz noch den direkten persönlichen Einsatz forderte, ungleich gefährlicher und beängstigender gewesen. Es wurde immer schwerer, den persönlichen Einsatz und das militärische Risiko durch die Bedeutung, welche die Miliz auf sozialer Ebene beanspruchte, zu rechtfertigen.

Einige Situationen gestalteten sich später dann noch komplizierter: So denke man nur an die Gebiete, in denen Konflikte zwischen Personen, verschiedenen Parteien oder Klientelgruppen noch durch religiöse Kontroversen verstärkt wurden. Emanuele Filiberto hatte in dieser Beziehung wahrhaftig zu überstürzt gehandelt: Nachdem er die Waldenser auf die Ebene einer x-beliebigen kriminellen Bande gestellt hatte, zögerte er nicht, sich der „milizia paesana“ zu bedienen, um sie zu isolieren und auch militärisch zu bekämpfen. Bis 1562 hatte er erklärt, „veggendo le tribulazioni et adversità che in più luoghi sono causati da diversi seditiosi sotto pretesto della religione“ (wenn man Bedrängungen und Unheil erkennt, das an verschiedenen Orten von diversen Verführern unter dem Vorwand der Religion verursacht wird), so ist es die Aufgabe der einzelnen Gemeinden, „far scielta de la gente migliore ert più habile a l'arme“ (die besten und waffenfähigsten Personen auszuwählen); er war sicher, daß sich niemand weigern würde, sondern daß jeder seiner katholischen Untertanen „volentieri la persona sua“ (freiwillig seine Person) zur Verfügung stellen würde, um „gagliarda-

<sup>52</sup> Das sehr beschädigte und fast unleserliche Dokument ist unter anderem überschrieben: *Consegna delli capi di casa qualli sono soli, e con carichi di figliolanza, tutelle e altri impedimenti per quali chiedono d'essere essimiti dall'andar alla guerra sotto il signor capitano di Santhià e che sono stati dal servizio sino all'arrivo dell'ecc.mo signor Auditore generale e Presidente Zoello; es trägt das Datum des 16. September 1616 und ist zufällig enthalten in: AST, Abtlg. III, archivio camerale, Art. 537, Consegne et ordini di consegne per la riforma della nuova militia, 1647.*

mente per il principe“ (tapfer für den Fürsten) zu kämpfen; er versprach, daß er „a tempo et luogo“ (zu gegebener Zeit und zu gegebenem Ort) „consideratione de li meriti loro“ (Überlegungen über ihre Verdienste) anstellen würde<sup>53</sup>. Die Vorgänge um die Waldenser in Piemont waren vielfältig und leidvoll; aber dennoch setzte sich die „milizia paesana“ nicht einmal auf diesem Gebiet durch. Emanuele Filiberto mußte Berufssoldaten zur Durchführung der Polizei- und Unterdrückungsmaßnahmen einsetzen und Schutzgarnisonen zur Kontrolle der unruhigsten Täler einrichten. Eine kleine Episode kann hier als Beispiel dienen: 1580 schickten zwei Soldaten ein Gesuch an den Herzog, damit dieser den Schatzmeister der Miliz, Giovanni Zanetto, veranlasse, ihre Dienste zu vergüten, auch wenn keine militärischen Aufgaben im engeren Sinn auszuführen gewesen wären. Ihr Anliegen wurde durch die Aussagen des Kompaniekommandanten, Cavalier Pietro Torta, unterstützt, diese sogar vom General-„veedore“ und dem „contadore“ gegengezeichnet. Die ausschlaggebende Aussage aber kam von Ambrogio Moresco, einem Priester der Gesellschaft Jesu. Er erklärte, beide Bittsteller für diese Aufgabe ausgewählt zu haben „siccome l'anno passato del 1579 nel mese di giugno“ (da im Monat Juni des vergangenen Jahres 1579) der Herzog „commesso al signor capitano don Pietro Torta governatore di val Perosa“ (dem Herrn Hauptmann don Pietro Torta, Statthalter des Perosatales, zugestanden) habe, zwei seiner Soldaten auszuwählen, um die Patres zu begleiten und zu verteidigen, die in „detta valle per convertire predicando quelli heretici“ (besagtem Tal, um diese Heretiker durch Gebete zu bekehren) ihren Dienst versahen. Dies war kein neuer Fall, da Moresco aussagte, daß „detto signor capitano ad ogni richiesta è stato sempre con tutti i suoi soldati prontissimo come ancora di presente ad aiutarci ad honor di Dio nostro Signore, della Santa Fede Cattolica et di Sua Altezza“ (besagter Herr Hauptmann, früher und auch jetzt noch, immer bereitwilligst auf unsere Bitten eingegangen ist, um uns zur Ehre Gottes, unseres Herren und des Heiligen Katholischen Glaubens und Seiner Hoheit mit allen seinen Soldaten zu helfen)<sup>54</sup>.

Andererseits tendierten die Gemeinden dazu, Aufgaben zurückzuweisen, die sie mit neuen Konfliktstoffen belastet hätten – auch wenn es sich um weniger schwierige Fragen handelte –, da sie schon genug damit zu tun hatten, ihre eigenen internen Widersprüche zu klären.

Die „milizia paesana“ konnte nicht auch noch die Funktionen einer Polizei übernehmen. 1570 wurde Borgo Ferrero, Hauptmann der Miliz, damit beauftragt, die vielen „sfrosi de'grani“ (Getreidebetrügereien) zu „invigliare“ (kontrollieren), die sich im „mandamento di Mondovi“ (Bezirk von Mondovi) zum „pregiudicio del hufficio publico“ (Schaden des öffentlichen Amtes) zugetragen hatten; aber die Macht, die ihm

<sup>53</sup> AST, Abtlg. I, Protocolli Notai Ducali, 224 folgende, Patenti colle quali il duca Emanuele Filiberto onde preservare gli stati dalle introdottesi eresie, ingiunge ai comuni di scegliere e tenere pronti all'armi quel numero d'huomini che avrebbero creduto i migliori e i più habili a combattere, 20. August 1562.

<sup>54</sup> AST, Abtlg. IV, Patenti, commissioni, biglietti di nomine dell'armata e milizie ducali sotto il regno di Emanuele Filiberto dirette all'ufficio di Veadoria e Contadoria generali delle genti di guerra e milizie (im folgenden Patenti ducali), Bd. 1, 1560–1600; es handelt sich um zwei Dokumente, Nr. 143, datiert vom 6. Mai 1580, und Nr. 144, datiert vom 8. Juni 1580.

der Herzog verliehen hatte, um den Schmuggel in diesem Grenzgebiet unter Kontrolle zu bringen, bezog sich nicht nur darauf, die Dörfer und die Angehörigen der Miliz zu mobilisieren, sondern auch darauf, „deputare persone fedeli, idonee et diligenti“ (treue, geeignete und fleißige Personen zu beauftragen), daß sie an verschiedenen Orten ein Informationsnetz aufbauten, durch das die Verantwortlichen entlarvt werden sollten<sup>55</sup>. Auch als dasselbe Gebiet viele Jahre später von dem Bandit Francesco Molino und dessen Männern durchstreift wurde, mit allen „eccessi e assassinamenti“ (Ausschreitungen und Totschlägen), die damit verbunden waren, mußte der Herzog auf die „cavalleria et altra gente di guerra“ (Kavallerie und anderes Kriegsvolk) zurückgreifen, obwohl er entschieden hatte, daß man gegen die Banditen „immediatamente“ (unverzüglich) mit der Büchse vorgehen könne, „senz'altra formalità di processo“ (ohne jeden formellen Prozeß), und daß praktisch jeder „scarico verso il Senato ... o altro magistrato“ (ohne Verantwortung gegenüber dem Senat ... oder einem anderen Gericht) die Banditen töten dürfe. Auf die Miliz alleine konnte sich der Herzog nicht mehr verlassen<sup>56</sup>.

Aber waren dies nicht eher Zeichen von Selbstsicherheit, wenn nicht Entschlossenheit der Herzöge, als Zeichen eines tendenziellen Zurückweisens der „milizia paesana“ durch das Volk? Sicher trugen auch diese Aspekte nicht dazu bei, die Spannungen zu beseitigen, und es blieben grundsätzlich lokale und vorübergehende Probleme bestehen. Die signifikantesten Erscheinungen für die inneren Spannungen in der Miliz wurden aber nicht von den unteren Schichten der piemontesischen Gesellschaft hervorgerufen, deren anfängliche Begeisterung und nachfolgende Zurückhaltung schon dargestellt worden ist; vielmehr gingen sie von denjenigen Schichten aus, die auf verschiedenem Niveau darum wetteiferten, sich ihre Position sozialer Überlegenheit mit Hilfe entsprechender materieller und politischer Garantien zu sichern: Es waren dies die Schichten, die durch die anfängliche Initiative Emanuele Filibertos gelähmt und geschwächt werden sollten. Tatsächlich waren es die Schichten, die am stärksten von den Privilegien bedroht wurden, welche die Stellung vieler ihrer Untergebenen verbessern konnten. Sie waren es auch, die zuerst eine indifferente Haltung, wenn nicht offenen Ungehorsam gegenüber der Miliz annahmen. Die Notablen und maßgeblichen Persönlichkeiten der Städte hatten schon äußerst früh reagiert: Mit der üblichen Gewissenhaftigkeit meldete Monsignor di Boglio, daß es 1562 in Nizza viele Personen gegeben habe, die, wenn sie „comandati alle guardie“ (zum Wachdienst befohlen) wurden, nicht hingehen wollten, „allegandochi el privilegio per esser dottori chi per aver uffici“ (indem die einen das Privileg, Doktoren zu sein, vorbrachten, die anderen, ein öffentliches Amt innezuhaben, das dem öffentlichen Interesse diene)<sup>57</sup>.

<sup>55</sup> AST, Abtlg. I, Protocolli Notai Ducali, 233 (Registro concessioni, Nr. 2, 1569–1575), Deputazione del capitano della colonnella di milizia e sergente maggiore Borgo Ferrero per invigilare sovra gli sfrosi de grani che si commettono nel mandamento del Mondovi, 1. März 1570, Fol. 47.

<sup>56</sup> AST, Abtlg. III, Archivio Camerale, Art. 692, Biglietti ducali e regi cit., R. 2, Konzept des Briefes, der von Vittorio Amedeo I. an den Marchese di Dogliani geschickt worden war, datiert vom 2. März 1631, Fol. 301.

<sup>57</sup> Memoriale a capi umiliato dal signor di Boglio cit. (AST, Abtlg. I, Protocolli Notai Ducali, 224 folgende, 3. September 1562, Absatz 9, Fol. 190v).

Sie waren die ersten gewesen, die reagiert hatten, und sie waren nicht zufällig Vertreter eines sozialen Mittelstandes – nicht adelig –, die sich ihrer Nützlichkeit für die Öffentlichkeit wie auch der engen Verbundenheit ihres Berufes mit dem Konzept des „servizio“ am Staate, das der Herzog durchzusetzen versuchte, bewußt waren. Sie waren es aber auch, die am meisten von einer Institution zu befürchten hatten, die ihre Machenschaften – die sie zwischen den unteren und oberen Ebenen der Gesellschaft gesponnen hatten – in Frage stellte, da diese Gesellschaft sich nun zu verändern drohte. Selbst wenn der Adel vor den autoritären Absichten gewarnt worden wäre, so hätte er doch mit Sicherheit die Folgen eines Aufstiegs bestimmter Volksschichten nicht dirket wahrgenommen; die Mittelschicht dagegen mußte viele ihrer Vorrechte gefährdet sehen. Auch Emanuele Filiberto konnte, wie seine Nachfolger, nicht zu sehr in dieser Richtung insistieren; er traf tatsächlich keine Entscheidung; er antwortete vielmehr: „Vole Sua Altezza che ogniuno sia tenuto alle guardie salvo coloro che ne hanno special privilegio“ (Seine Hoheit wünscht, daß jeder zum Wachdienst herangezogen werde, mit Ausnahme derjenigen, die besondere Privilegien haben), womit er die Situation unverändert ließ<sup>58</sup>. Das gleiche geschah 1565 in Asti, wo die „dottori de collegi, legisti et artisti“ forderten, von allen personellen und steuerlichen „carichi“ (Belastungen) befreit zu werden. Damit stellten sie sich gegen den Rest der Stadt, dem es nicht möglich war, aus den unterschiedlichen verbliebenen Tätigkeiten den Anspruch eines „servizio“ für das öffentliche Wohl abzuleiten<sup>59</sup>. In Turin und Umgebung, wo jede soziale Gruppe wegen der Nähe zum herzoglichen Hof zu ausgeprägteren Handlungsweisen verleitet wurde, sah die Situation um 1575 etwa folgendermaßen aus: Die Bauern und ärmsten Stadtbewohner, die sich zur Miliz „inrolleti“ (gemeldet) hatten, um „de li privilegi militari“ (von den militärischen Privilegien) profitieren zu können, verkauften nicht selten ihre Waffen oder zogen es vor, Berufssoldaten zu werden, indem sie sogar desertierten, um eine vorteilhaftere Bezahlung zu erhalten; die „gentilhuomini o sia borgesi“ (Edelleute oder auch Bürger) der umliegenden Ländereien beabsichtigten keinesfalls, „per loro reputatione esser della militia ma come nobili [volevano] potrar arme co’suoi servitori“ (ihres Ansehens wegen der Miliz anzugehören, aber als adelige Personen [wollten] sie Waffen tragen, so wie auch ihre Diener). Dies konnten sie nur tun, wenn sie weder durch „giurisditione né feudo obbligato“ (Gerichtbarkeit noch durch Lehensrechte) dem Herzog verpflichtet waren; andere wieder, die es nicht verhindern konnten, in die Listen der Miliz aufgenommen zu werden, zeigten sich weder bei „mostre né fattione alcuna sdegnandosi di ritrovarsi in quelle“ (Truppschauen noch bei irgendwelchen Übungen, da sie es für unwürdig erachteten, daran teilzunehmen). Kam ihnen zu Ohren, daß sie sich irgendwo zu dem Milizdienst melden mußten, verschwanden sie sofort „fuori della città scusandosi ch’erano occupati in qualche loro particolar negotio“ (aus der Stadt und entschuldigten sich damit, daß sie in irgendeiner besonderen Angelegenheit beschäftigt waren). Schließlich gab es Personen, die tatsächlich einige spezielle Privilegien genossen, die

<sup>58</sup> Die Antworten Emanuele Filibertos sind angefügt in: Ebenda.

<sup>59</sup> Memoriale a capi umiliato dalla città di Asti al duca Emanuele Filiberto, in: ebenda, 225 ff., 26. Februar 1565, Fol. 80.

sich von einem Dienst ableiteten, den sie dem Herzog leisteten, und damit trieben sie natürlich Mißbrauch: Da gab es zum Beispiel den „stampator delle monete il qual con uno privilegio [andava] raccogliendo molti con dir che [eran] suoi servitori et similmente lo assazator di esse et anco il fattor delle stampe et orefici speciari, mercanti, sertori, calzanti, calligari et molti altri mestrali li quali per abusar dette militia ognuno si permette [va] come buon li pare [va] sotto l'ombra del servizio di V.A. di portar arme“ (Münzprägler, der mit Hilfe seines Privileges viele Personen um sich sammelte, mit der Behauptung, daß sie seine Helfer wären, gleichermaßen wie auch der Münzgießer, der Hersteller der Münzstöcke sowie Goldschmiede, Händler, Schneider, Schuhmacher, Schreiber und viele andere Handwerker, die – um besagte Miliz zu mißbrauchen – unter dem Schutz des Dienstes für Eure Hoheit, so wie es ihnen gefiel, Waffen trugen). Jede dieser genannten Personen zog deutlich erkennbare Klientelnetze zwischen denjenigen, die sich als Bedienstete eines Privilegierten bezeichneten und damit der Einberufung entgangen waren, gleichzeitig aber das Privileg des Waffentragens genossen. Es gab sogar eine Gruppe Mailänder Kaufleute, die zusammen mit anderen Mitbürgern angeboten hatten – in dem offensichtlichen Versuch, die Sympathien des Herzogs zu gewinnen –, sich zu einer Milizgruppe zusammenzuschließen. Sie versprachen dem Statthalter von Turin, Caresana, innerhalb von drei Monaten bewaffnet und in jeder Beziehung bereit zu sein: Der Großteil hielt sich wirklich an das gegebene Versprechen, und zwar in dem Sinne, daß er sofort hinterher die Waffen wieder verkaufte, um sich nie mehr bei irgendeiner Truppenschau „comparire“ (sehen zu lassen). Es war folglich unvermeidbar, daß die Miliz schließlich nurmehr aus „persone machaniche et poco habili al servitio“ (verdorbenen und unfähigen Personen für den Dienst) des Herzogs bestand, nachdem es den anderen auf mannigfaltige Weise gelungen war, den ursprünglichen Sinn zu verdrehen, mit denen die Privilegien für die Miliz ursprünglich konzipiert worden waren. Jetzt war es sogar ein Zeichen für das „speciale“ (besondere) Interesse des Herzogs – wie zum Beispiel gegenüber „li servitori domestic“ (den Hausdienern) seiner Besitzungen, oder denjenigen, die „li parerà particolarmente“ (ihm besonders auffielen) –, das Recht zu genießen, nicht in den Listen der Miliz aufgeführt zu sein<sup>60</sup>.

Der Situation mangelte es nicht an widersprüchlichen Aspekten, brachte sie doch den Herzog in eine schwierige, widersprüchliche Position: Zum einen sollte das Verhältnis zu den eigenen Untertanen lebendig und eng erhalten bleiben, ein Verhältnis, das in allen – über die sozialen Schranken hinaus – ein Gefühl der Zugehörigkeit zum Staat und das Bewußtsein der Abhängigkeit vom Fürsten erwecken und festigen sollte. Zum anderen sollte Freiraum für professionelle Kompetenzen, für finanzielle und wirtschaftliche Ressourcen und unternehmerische Initiativen, die für die Existenzmöglichkeit des Staates von grundsätzlicher Bedeutung waren, gewährt und mit der korporativen Konzeption des eigenen Status fest verankert werden. Im wesentlichen verfolgten die Herzöge beide Richtungen, indem sie den Druck ihrer Maßnahmen je

<sup>60</sup> AST, Abtlg. I, Militärangelegenheiten, Levata di milizie, einmaliger Sonderkomplex, Il capitano Pietro de la Rossa da suo parer sopra molte cose che dovrebbero essere reformate nel fatto della militia (wahrscheinlich Mai 1574).

nach Augenblick und Situation entweder verstärkten oder lockerten. Bestimmte Gruppen erhielten sich ihre Sonderrechte und verteidigten diese immer; die Herzöge verbargen nicht immer ihre gereizte Ungeduld und ihren Wunsch nach Verschärfung. 1621 brachte Carlo Emanuele I. das Beispiel des antiken Rom vor, in dem „non erano essenti senatori, giureconsulti, avvocati nè altri“ (weder Senatoren, Rechtsgelehrte, Anwälte noch andere befreit waren). Zuvor hatte er über den Fall nachgedacht, daß „alcuno habile“ (kein Befähigter) sich „ricusare d'esser pronto con le armi alla mano bisognando difender la patria“ (weigern [dürfe], bereit zu sein mit den Waffen in der Hand, wenn es nötig wäre, das Vaterland zu verteidigen), und noch weniger „valersi di essentione o privilegio veruno che fosse di professione o genio contrario“ (sich eine Befreiung oder ein Privileg zunutze machen dürfe), von welchem Beruf oder welcher Begabung er auch wäre). Das Beispiel, so unterstrich er, wäre für all diejenigen bestimmt, die auf dem genannten Weg „i mezzi della sicurezza et riposo di questi stati“ (die Sicherheitsvorkehrungen und die Ruhe dieser Staaten) mit ihrem egoistischen und feigen Verhalten stören wollten; für die ganze „quantità de dottori inutili et otiosi“ (Menge der unnützen und müßigen Doktoren), die sich im Notfall nicht persönlich einschrieben, und darüber hinaus jedes ihrer Privilegien mißbrauchten, während sie „tanto comodi nelle loro case“ (überaus bequem in ihren Häusern) blieben und sich sogar weigerten, „pagar qualche cosa per le armi“ (etwas für die Waffen zu zahlen) und „per dar commodità agli altri di servire in luogo loro“ (für die Ausstattung der anderen, die an ihrer Stelle dienten)<sup>61</sup>.

Derartige Mißstände machten die Notwendigkeit eines Wechsels der sozialen Allianzen sichtbar: Es war nicht so sehr das Wiederaufleben oder die Reaktion früherer Koalitionen oder alter Klientelverbindungen, die die Politik des Herzogs in Frage stellten, sondern es war vielmehr gerade der Mechanismus zur Bildung der Staatsstrukturen, der es erforderlich machte – wohlgemerkt über die Aufhebung der vorangegangenen Machtallianzen hinaus –, daß ein noch detaillierter ausgearbeitetes System sozialer Teilnahme auf die Mobilisierung der unteren piemontesischen Gesellschaftsschichten folgte. Neue Formen gegenseitiger Abhängigkeit, neue Klientelbeziehungen und letztlich auch neue Konflikte und Spannungen waren unausweichlich und gleichzeitig auch zweckmäßig, wenn auch im Zeichen und in Richtung der herzoglichen Politik. Der „assolutismo“, den die Herzöge anstrebten, konnte nicht umhin, soziale Hierarchien und Funktionsgruppen zu berücksichtigen, die notwendigerweise in ihren gegenseitigen Beziehungen oder während des Rückverteilungsprozesses der Verpflichtungen und Vorteile, Augenblicke der Harmonie und starker Dissonanz aufwiesen. Auch und genau deshalb war nicht einmal daran zu denken, daß man auf den verschiedenen Ebenen auf die mannigfaltigen Mittelsmänner verzichten könnte. Der Wille des Herzogs erforderte Repräsentation, ein Netz von Ermächtigungen und Vermittlungen, damit er an den richtigen Bestimmungsort gelangen konnte. Der ursprüngliche Versuch Emanuele Filibertos, von unten her die piemontesische Gesellschaft aufzulockern, wäre ohne Vermittler und Vertrauenspersonen undenkbar gewe-

<sup>61</sup> Ebenda, M. 1, Nr. 1, Invito del duca Carlo Emanuele I alla città di Torino per concorrere alla nuova erezione delle truppe di milizia in difesa degli stati.

sen: Als sich der Hauptmann Antonio Berra, aus dem Umland von Nizza, über die weitverbreitete Weigerung zur Ausübung des Wachdienstes beklagte, antwortet der Herzog, daß „forse lo faranno perchè egli glielo commanderà in nome suo“ ([die Soldaten] dies vielleicht deshalb täten, weil er es ihnen in seinem Namen befehlen würde); er solle dagegen zusehen, „comandarglielo da parte“ (es ihnen im Namen [des Herzogs] zu befehlen), womit er alle zum Gehorsam hätte zwingen können und müssen<sup>62</sup>. Emanuele Filiberto wies jedem den ihm gemäßen Platz an und legte die Spielregeln offen auf den Tisch. Es war darüber hinaus klar, daß ohne die Einbeziehung verschiedener repräsentativer Allianzen aus den unterschiedlichen sozialen Bereichen eine solche Politik undenkbar gewesen wäre. Ohne die Unterstützung durch einflußreiche Adelige wäre eine antiadelige Politik nicht durchführbar gewesen; ebensowenig hätten sich die „milizia paesana“ und die entsprechenden Volks-„sollevazioni“ (Aufstände) ohne Anzeichen des Einverständnisses von seiten des kleinen „Land“-adels realisieren lassen. Das also waren die Startvoraussetzungen, und diese wurden auch zu den Ursachen der nachfolgenden Wende, der Verdichtung der Beziehungen und der Koalitionen um die Person des Herzogs in den mittleren und oberen sozialen Schichten, während die unteren Schichten der Gesellschaft an ihren traditionell subalternen Platz zurückglitten.

Nachdem Emanuele Filiberto in Piemont eingetroffen war, mußte er zunächst die „vecchi servitori“ (alten Dienenden) an sich binden und veranlassen, daß die „altri invitati da cotal esempio“ (anderen, durch dieses Beispiel angeregt), danach trachteten, „con ogni loro potere incaminarsi alle servitù sua“ (sich mit all ihrer Macht in seinen Dienst zu stellen); um sie zu locken, konnte er nicht umhin, „i più honorari et importanti carichi“ (die wichtigsten und ehrenvollsten Ämter) zu verteilen, wobei unweigerlich Aufgaben in der Gebietsverwaltung und militärische Obliegenheiten nebeneinanderrückten<sup>63</sup>. Auf diese Weise erhielten Tommaso Valperga aus Masino, Federico Asinari aus Camerano, Giovanni Francesco Costa aus Arignano und Stefano Doria die ersten Ernennungen zu „Obersten“ der „milizia paesana“; sie begannen, mit dem „molto diletto fidel vassalo Diego Hortiz de Pros spagnuolo“ (teuren und treuen spanischen Vasallen Diego Hortiz de Pros) Beziehungen anzuknüpfen, der seinerseits das erste Amt als Militärverwalter – „General-„contadore“ des Kriegsvolkes“ – erworben hatte, da er „per lo spacio di molti anni servito in tal officio et altri di grande importanza alla maestà di Carlo V, imperatore di felice memoria et alla maestà cattolica de re di Spagna“ (über den Zeitraum vieler Jahre in diesem und anderen sehr wichtigen Ämtern der Majestät Karls V. gedient hatte, Kaiser seligen Angedenkens; und der katholischen Majestät des Königs von Spanien), Onkel, beziehungsweise Cousin des Herzogs<sup>64</sup>. Auf die gleiche Art hatten Verwandte, Bekannte und Freunde dieser be-

<sup>62</sup> AST, Abtlg. III, Archivio Camerale, Art. 692, Biglietti ducali e regi della commissione di governo cit., Nr. 2, Brief des Herzogs an monsignor di Boglio, datiert vom 7. November 1565, Fol. 36.

<sup>63</sup> AST, Abtlg. I, Protocolli Notai Ducali, 225, Patenti di nomina a governatore del marchesato di Ceva in favore del senatore Carlo Pallavicino, 1. April 1563, Fol. 39.

<sup>64</sup> AST, Abtlg. I, Militarangelegenheiten, Impieghi militari, M. 1, Nr. 2, Minute di patenti per concessione di varii impieghi militari, 1560–1575, Patent vom 1. Mai 1560.

schränkten piemontesischen Adelsgruppe noch andere Veteranen verschiedener Abkunft in diese sehr frühe, formlose staatliche Bürokratie integriert. Es handelte sich bei diesen Personen um die Stammväter der Geschlechter von Staatsdienern, die Aufgaben und Funktionen bis zum Ende des Jahrhunderts näher bestimmten. Die Miliz spielte dabei eine wichtige Rolle. Teilweise entsprach sie einer beinahe technischen Anforderung: Die Mitglieder der Miliz mußten von Offizieren geführt werden, die nicht nur in militärischer Hinsicht glaubwürdig waren, sondern auch im Hinblick auf ihre soziale „attendibilità“ (Zuverlässigkeit) in den angehörenden Gebieten. Die Regel war also folgende: „siccome essa militia si fa nel paese cossì anchora se gli prevede de paisani capitani acciò più facilmente si rega la gente che acciòsarà destinata“ (wird diese Miliz in einem Gebiet gebildet, so sehe man Hauptmänner aus dieser Gegend vor, damit sich das ausersehene Volk leichter führen lasse)<sup>65</sup>. Um ein Beispiel zu nennen: es war nur logisch, daß Giovanni Bartolomeo Cacherano, einer der Herren von Bricherasio, zum Hauptmann über die Männer der „milizia paesana“ aus Bricherasio, San Secondo, Osasco und Buriasco ernannt wurde. Ihm, einem Adeligen, wurde ein „Amt“ verliehen, oder besser noch, es wurde eine, wenn auch bescheidene Verbindung mit dem Herzog hergestellt, und den Männern dieser Gemeinden wurde ihr natürlicher Herr unter anderen Vorzeichen präsentiert, nämlich als Funktionär des Staates und als Vermittler. In dem Maß, in dem sich die lokalen Herrschaftsschichten dem Herzog unterwarfen, verlor die Miliz natürlich ihre umstürzlerischen Eigenschaften: Es war nicht mehr notwendig, die Bauern oder Klienten eines Adeligen zu bewaffnen, um diesen einzuschüchtern, sondern man mußte diesen im Gegenteil mit Auszeichnungen überhäufen und immer mehr in ein Klientelverhältnis einbeziehen. Schon Levo war der Meinung, daß es vom wirtschaftlichen Standpunkt aus viel umsichtiger gewesen wäre, den Kreis „delli capitani et ufficiali“ (der Hauptmänner und Offiziere) einzugrenzen, während es aus politischer Sicht günstiger gewesen wäre, großzügig zu verfahren: „Con più numero de'membri si serve et si mantiene meglio un corpo et si può gratificar assai più persone, cosa da considerarsi per atirarsi il cor degli huomini“ (Mit einer größeren Anzahl an Mitgliedern nützt und erhält man eine Truppe besser, und man kann sehr viel mehr Personen auszeichnen, ein wesentlicher Faktor, um die Herzen der Männer zu verführen)<sup>66</sup>. Diese Miliz, die als Institution so zweideutig und auf sozialer Ebene so flexibel war, daß sie dem Herzog Operationen verschiedener und sogar widersprüchlicher Art erlaubte, war ein geeignetes Organ: Ihr anzugehören erforderte keine besondere Erfahrung; sie bot stets auszeichnende Stellungen, und erlaubte darüber hinaus dem Herzog und dem Amtsträger, in beiderseitigem Einverständnis, ein feinmaschiges Kontroll- und Beziehungsnetz zwischen privatem Interesse und Staatsdienst auf- und auszubauen. Bei einer allgemeinen Unterwerfung unter die herzogliche Vorherrschaft ermöglichte es die Miliz – ähnlich einer Heiratspolitik –, neue Verbindungen zwischen Geschlechtern und Familien zu bilden, Kampfpausen

<sup>65</sup> AST, Abtlg. IV, Patenti ducali, Bd. 1, 1560–1600, Nr. 65, 5. Juli 1566.

<sup>66</sup> AST, Abtlg. I, Militärangelegenheiten, Levata di milizie, einmaliger Sonderkomplex, Novo discorso del capitano Giovanni Antonio Levo cit.

zu schließen und Allianzen einzugehen. Der niedere Adel war davon stark betroffen, und er war sehr reich an Amtsträgern, die in dieser Rolle nicht selten den einzig möglichen Zugang zum herzoglichen Hof oder zumindest zu dessen angrenzenden Schichten sahen. Die Notwendigkeit, Untertanen eines bestimmten Ortes zu regieren, legte die Ernennung von Personen nahe, deren „fedeltà, viggilanza, sufficienza, esperienza“ (Treue, Wachsamkeit, Eignung, Erfahrung) fest stehen mußten; der weitere Fortgang konnte dann aber unvorhersehbare Wendungen nehmen. Als es sich darum handelte, für die Miliz in Giaveno einen Hauptmann „paesano“ (aus der Gegend) zu finden, dachte Emanuele Filiberto an den Vasallen Percivallo Guglielmetti, einen Edelmann aus dem Ort: Neben Giaveno hätte dieser auch noch die Kontrolle über Coazze und die dortige Abtei gehabt. Kommandierender Oberst des Gebietes war Giuseppe Caresana, Gouverneur der Stadt und Zitadelle Turin und Ratgeber des Herzogs. Zwei Jahre nach dieser Entscheidung zeigte sich die Notwendigkeit einer Neuordnung der lokalen Kommandohierarchie: Der junge Francesco Maria Fea „de gentilhuomini di Giaveno“ (von den Herren von Giaveno) wurde zum Fähnrich in der Kompanie Guglielmettis ernannt. Dem jungen Mann konnten sich große Möglichkeiten eröffnen, da ihn das Vorhandensein lokaler Klientelbeziehungen – das gute Einvernehmen zwischen seiner Familie und den Guglielmettis – in die Lage einer möglichen Beziehung zu Caresana versetzte, der inzwischen sogar großer Kammerherr des Herzogs geworden war<sup>67</sup>. Schließlich war die Miliz, nach den Betrachtungen Levos, und über lokale Erfordernisse hinaus, allmählich zu einem nützlichen Werkzeug in den Händen des Herzogs geworden, der für ihre Aufgaben, und sei es nur unter einem Ehrentitel, das heißt ohne Verpflichtung oder Funktion, diejenigen Personen bestimmte, denen er einen Gefallen oder eine Vergütung schuldig war. Aus den verschiedensten Gründen zeichnete man so mit dem Grad eines Hauptmanns der Miliz Personen aus, die dem Herzog Dienste geleistet hatten; sie mußten keine militärischen Aufgaben in diesem oder einem anderen Gebiet erfüllen: Auf diese Weise kam auch Emanuele Filiberto nicht in die Verlegenheit, entscheiden zu müssen, ob einer seiner Vertrauensmänner „assentati nel libro del soldo di detta militia“ (aus den Soldlisten besagter Miliz gestrichen) würde, so daß dieser noch „più commodamente servire [i suoi] impotranti affari“ (bequemer seinen wichtigen Geschäften nachgehen) konnte<sup>68</sup>.

Die einzigen, die aus sehr offensichtlichen Gründen bei der Gestaltung der „milizia paesana“ nicht bedacht worden waren, und die in gewisser Weise sogar die erste politische Zielscheibe für die Miliz darstellten, waren die großen Feudalherren und all diejenigen Vasallen, die, zumindest anfänglich, der Restauration der herzoglichen Gewalt Widerstand oder Mißtrauen entgegengebracht hatten. In Übereinstimmung mit antiken Gewohnheiten hatte Emanuele Filiberto für sie eine „cavalcata“ oder „Beihilfe“ vorgesehen, zu der die „nobili et principali fameglie de'vassalli“ (Familien der adeligen und führenden Vasallen) ihrem Herren gegenüber verpflichtet waren. Es handelte sich dabei um eine Form persönlicher Ehrfurchtsbezeugung, auf Grund derer die Feudal-

<sup>67</sup> AST, Abtlg. IV, Patenti ducali, Nr. 71, 31. Januar 1567; Nr. 83, 5. November 1568.

<sup>68</sup> Ebenda, Nr. 126, 14. Juli 1575; Nr. 134, u. Juni 1576; Nr. 135, Juli 1576; Nr. 136, 1. Mai 1577.

herren gezwungen waren, dem Herzog bewaffnet und beritten zu Hilfe zu eilen, wenn er von ihnen ein Eingreifen verlangt hätte. Nach einer ersten Aufforderung im August 1562 wandte sich der Herzog am 21. Oktober des gleichen Jahres von neuem „alla nobiltà del Piemonte“ (an den Adel von Piemont), in der klaren Absicht, dessen Bereitschaft zu prüfen. Er zeigte die Gefahren auf, die durch „diverse mutationi di cose“ (verschiedene Veränderungen der Dinge) und durch „persecutioni, sollevamenti di popoli, rebellioni“ (Verfolgungen, Aufstände der Volksmengen, Rebellionen) ausgelöst werden konnten, und er stellte die Frage, ob die „detti vassalli ... in un tempo si dubbioso et per causa sì legitima [volessero] porsi in ordine da servir in dette cavalcate ad ogni bisogno che sopravvenisse“ (besagten Vasallen ... in einer so unsicheren Zeit und aus einem so legitimen Grund gehorchen wollten, um in besagten „cavalcate“ für jeden überraschend auftretenden Notfall zu dienen). Eine solche Hilfe, so versprach er, würde er in „ottima memoria“ (besten Erinnerung) behalten. Nun war die Reihe an den Vasallen, ihre Treue zu erklären und seine Erwartungen zu erfüllen. Irgend etwas aber mußte den Herzog sofort gewarnt haben, daß der Adel sich zurückhaltend zeigen würde und ihm mit aller Wahrscheinlichkeit nicht in der gebührenden Sorgfalt antworten würde. Am darauffolgenden Tag hatte Emanuele Filiberto nämlich eine neue Anordnung erlassen, in der er den Vasallen anzeigte, daß er keine weitere „replica“ (Wiederholung) beabsichtige<sup>69</sup>. Ein Signal aber hatte er erhalten, und um weiteren gefährlichen Mißverständnissen vorzubeugen, änderte er sehr schnell die „cavalcata“ in eine cavalcata-Steuer um. Damit verbannte er die Feudalherren an den Rand der militärischen Organisation, ohne deshalb auf deren Steuerbeiträge zu verzichten<sup>70</sup>.

Wie man sieht, betrafen diese Veränderungen der piemontesischen Gesellschaft jede einzelne soziale Gruppe. Machten sich auch hauptsächlich das lautstarke Benehmen der Volksschichten und das gemäßigtere – jedoch genauso radikale – Auftreten der mittelständischen Schichten bemerkbar, so waren doch die Interessenskonflikte und die politischen Antagonismen an der Spitze der sozialen Hierarchie nicht weniger wirksam und stark. Es handelte sich nicht so sehr um das Problem der Stellungnahme für oder gegen die Politik der Herzöge, sondern es stellte sich für viele Adelige, die traditionell Herren ganzer Territorien waren, das Problem, eine Identität wiederzufinden, deren Wesen nicht verändert wäre, auch wenn sich die institutionellen Formen der sozialen Beziehungen geändert hatten. Die „milizia paesana“ hatte beispielsweise die sichtbarste Veränderung in den Beziehungen der mittleren bis unteren Schichten untereinander bewirkt, aber sie hatte sicherlich auch den oberen Kreisen keine Pro-

<sup>69</sup> AST, Abtlg. I, Protocolli Notai Ducali, 224 folgende, Patenti colle quali il duca Emanuele Filiberto ingiunge a'suoi vassalli e feudatari di star pronti all'armi colle cavalcate solite a prestarsi da medesimi a seguire la prelodata S.A. al primo invito che loro verrebbe fatto, 20. August 1562, Fol. 181; vgl. auch: AST, Abtlg. I, Wirtschaftsangelegenheiten, Cavalcate, M. 1 und M. 2 n.i.

<sup>70</sup> Vgl. *Branaccio*, L'esercito del vecchio Piemonte, I, 41; *A. Tallone*, La riforma politica, in: AA.VV., Emanuele Filiberto 1894; *F. Patetta*, La legislazione, in: ebenda, 225 ff.; *A. Gami Carnina*, Il riordinamento della finanze in Piemonte, in: ebenda, 253 f.; *ders.*, La finanza in Piemonte nella seconda metà del XVI secolo, in: „Miscellanea di Storia Italiana, Bd. III, XXI (Turin 1924); *S.J. Woolf*, Sviluppo economico e struttura sociale in Piemonte da Emanuele Filiberto a Carlo Emanuele III, in: Nuova Rivista Storica XLVI (1962).

bleme erspart. Im Grund änderten die den Milizangehörigen zugestandenen Privilegien die gesetzliche Situation der verschiedenen sozialen Erscheinungsformen, und es war auf keinen Fall sicher voranzusetzen, daß ein Adelliger, auch wenn er Oberst der Miliz war, zu allen seinen Untergebenen die gleiche Art der Beziehung unterhielt: Die Asymmetrie blieb vollständig erhalten, die Positionen ließen sich einander nicht mehr annähern, aber die formalen Eigenschaften dieser Beziehungen konnten Änderungen unterliegen, die auf die Substanz nicht ohne Einfluß blieben. Die Vermittlerfunktion, die de facto und auch von Rechts wegen auch dem reichsten und mächtigsten Adel übertragen worden war, stellte ein notwendigerweise umwälzendes Element dar.

Für das abnehmende Glück der „milizia paesana“ spielte eine Konfliktsituation eine Rolle, an der die bedeutendsten Adeligen maßgeblich beteiligt waren; diese Konflikte wurden offensichtlich nicht nur mit den anderen sozialen Schichten ausgetragen, die mit der Miliz in Zusammenhang standen, sondern auch mit repräsentativen Teilhabern ebenfalls entstehender staatlicher Institutionen, die in gleicher Weise die Kontrolle über das Territorium und der damit verbundenen wirtschaftlichen und politischen Macht an sich bringen wollten. Die Überlegenheit der Notablen, die neben ihren Aufgaben auch noch ein hohes Kommando in der Miliz anführen konnten, ließ klientelähnliche Strukturen entstehen, die verschieden waren von den Strukturen, die sich um einflußreiche Notablen bildeten, die eine wichtige Stellung im Finanz- oder Steuerwesen innehatten. Jeder Adelige oder Feudalherr hatte mit der Wiedereinsetzung der Herzöge von Savoyen die exklusive Macht über das eigene Territorium verloren. Aber die Verringerung der Macht war an diesem Punkt zwiespältig, da sich zur Vorherrschaft des Herzogs der Konkurrenzneid auf die anderen bedeutenden Vermittler hinzugesellte: Der Konflikt lag schon innerhalb des Staates, und die Verbündeten des Herzogs waren darin verwickelt.

Die Auswirkungen dieser Streitigkeiten auf die täglichen Beziehungen innerhalb des Gemeinschaftslebens konnten auch einen gefährlichen Ausgang nehmen: Man denke nur an die sich Jahre hinziehende Frage des Waffentragens. Im Mai 1566 fertigte Levo eine Notiz an Emanuele Filiberto, die ein bezeichnendes Licht auf die Situation warf: Nach Levo war es notwendig, daß so bald wie möglich die Privilegien zur allgemeinen Kenntnisnahme gebracht würden, die den Mitgliedern der Miliz gewährt worden waren, und daß darüber hinaus darauf hingewiesen werden sollte, daß die Veröffentlichung für das ganze Piemont gelten sollte, auch wenn sie in Turin herausgegeben worden wäre. Es kam tatsächlich vor, daß es Offizieren und Soldaten der Miliz nicht gelang, ihre Privilegien geltend zu machen, und daß sogar „quasi ogni dì“ (fast jeden Tag) einem von ihnen „svaligiato ... da fiscali dei suoi giachi e maniche“ (die Jacken und Ärmel von Steuerbeamten ... ausgeplündert) wurden<sup>71</sup>. Daß die „fiscali“ – Personen der Gerichtsverwaltung, die gleichzeitig damit beauftragt waren, die Ordnung aufrechtzuerhalten und die Steuerzahlungen zu überwachen – mächtig waren, konnte man auch an anderen Zeichen ablesen. Ebenfalls 1566, einige Monate nach der Mahnung Levos, schrieb der Herzog an den „fiscale generale“, Barberij, und klärte

<sup>71</sup> Memoriale a capi cit., in: AST, Abtlg. I, Protocolli Notai Ducali 226, 28. Mai 1566, Fol. 203.

einige Verordnungen: Besonders in bezug auf das Waffentragen sagte Emanuele Filiberto, daß es nie seine Absicht gewesen wäre, „feudatari et ufficiali mediati et immediati et li ministri della giustitia“ (Feudalherren, mittelbare und unmittelbare Beamte und Magistrate) dieses Privileges zu berauben, dies allerdings nur unter der Voraussetzung, daß sie keine anderen Waffen tragen würden „di quelle che sono permesse alli soldati della militia“ (als die den Soldaten der Miliz erlaubt sind). Die Überwachung dieser Verordnung vertraute der Herzog jedoch ausgerechnet dem „fiscale“ Barberij an, und er erlaubte ihm, mit seiner Kompanie und den Beamten der Justiz, die „armati d'ogni sorte d'arme acciò“ (dafür mit jeder Art von Waffen ausgerüstet) waren, auszu ziehen, um „castigar sommariamente tutti quelli che“ (kurz und bündig alle diejenigen zu bestrafen, die) sie „esser contraventori“ (als Übertreter) seiner Befehle gefunden hätten. Ganz sicher mußten sich auch die Justizbeamten korrekt verhalten, und es war die Pflicht Barberijs, dies zu garantieren: Sie mußten selbstverständlich „giache et maniglie de maglia“ (Jacken und Ärmel aus Maschen) tragen, beritten sein und dabei „arma d'asta per huomo oltra le altre arme“ (pro Person jeweils eine Lanze zusätzlich zu den anderen Waffen) tragen. Mit noch größerer Berechnung befahl Emanuele Filiberto, daß „tutti li ufficiali et soldati della militia“ (alle Offiziere und Soldaten der Miliz) im Sinne des gemeinschaftlichen Dienstes, den Forderungen und Wünschen „del sudetto fiscale o suo substituito“ (des obengenannten Steuerbeamten oder seines Stellvertreters) nach Zusammenarbeit nachkommen müßten<sup>72</sup>. Andernfalls hätten sie mit schweren Strafen zu rechnen. Auch das waren offensichtlich Faktoren, die das Gemeinschaftsleben störten und vergifteten; aber es waren nur die Reflexe der Machtkämpfe, die an der Spitze ausgebrochen waren.

Ein Beispiel für diese Kompetenzstreitigkeiten, denen noch weit umfangreichere Interessen zugrunde lagen, offenbart sich in einigen Briefen zwischen Emanuele Filiberto, Carlo Emanuele I. und Onorato und Annibale Boglio, die traditionell über die Stadt und das Umland Nizza herrschten, das strategisch eine der wichtigsten Regionen des Herzogtums Savoyen war. Wie bei vielen ein Problem zum anderen kam, zeigt sich in der Person des Onorato Grimaldi, Baron von Boglio: Er war schon Gouverneur der Stadt und des Umlandes von Nizza, als er 1562 vom Herzog auch die Ernennung zum Oberst der „milizia paesana“ erhielt; scharfsinnig und äußerst aufmerksam, beklagte sich Boglio bei dem Herzog, daß seit den ersten Briefen diese Aufgabe nicht in der gehörigen Form unter seinen Titeln hervorgehoben worden war. Er ersuche Seine Hoheit, „degnarsi di provederli per l'avenire, perché gli [era] di poco riputazione ancora si presso de la città come degli altri suoi ministri et ufficiali“ (sich herabzulassen und für die Zukunft Abhilfe zu schaffen, da er [der Titel] sowohl in der Stadt wie auch bei seinen anderen Ministerialen und Offizieren in so geringem Ansehen stehe), daß der Titel eines Obersten nicht einmal formell in den an ihn gerichteten Schreiben erscheine. Sofort danach bat er, daß ihm die „universal cognitione“ (universelle Entscheidungsgewalt) über Verbot oder Erlaubnis des Waffentragens übertragen werde, da es ihm mehr „al carico suo che a quello d'altri“ (seine Aufgabe, als die von anderen) er-

<sup>72</sup> AST, Abtlg. III, Archivio Camerale, Art. 692, Biglietti ducali e regi della commissione di governo cit., Nr. 2, 17. Oktober 1566, Fol. 44 folgende.

scheine, in dieser Beziehung eingreifen zu können: Auf diese Weise glaubte er auch, die „tanti abusi“ (vielen Mißbräuche) verhindern zu können, die dieses Problem „in danno de'suoi poveri sudditi“ (zum Schaden seiner armen Untertanen) mit sich brachte<sup>73</sup>. Damit jedoch berührte er ein Kernproblem, da, wie man schon gesehen hat, die Erlaubnis, Waffen bei sich tragen zu dürfen, aus vielen Motiven heraus das wichtigste Privileg darstellte: Wer folglich die Schlüssel zum Zugang und zur Regelung dieses Privilegs besaß, verfügte über eine beachtliche Macht. Boglio wußte dies und wählte das Feld der Ehre, um seine Vorrechte zu verteidigen und es dem Herzog abzuschlagen, nach mehreren Seiten hin seine Gunstbeweise mit den damit verbundenen Machtansprüchen zu verteilen. Die Tatsache, daß der Präfekt von Nizza sich schon das Recht angemäßt hatte, nach freiem Ermessen das Waffentragen bei Tag und Nacht in der Stadt sowie im Umland zu verbieten, widersprach nicht nur der Norm, die der Gouverneur anstrebte, der gleichzeitig auch Oberst der Miliz war und somit für eine solche Entscheidung verantwortlich gewesen wäre, sondern sie verletzte auch die Würde Boglios: Diese Entscheidung war nämlich tatsächlich das Vorrecht seines Amtsvorgängers gewesen. Hätte der Herzog dem Präfekten recht gegeben, hätte er damit zum Ausdruck gebracht, daß er den Gouverneur „in manco estimatione di suoi antecessori“ (mit geringerer Wertschätzung als dessen Vorgänger) behandle. Das aber, so deutete Boglio an, würde doch sicher nicht in der Absicht des Herzogs liegen, der ihm nicht die „preminenza“ (Überlegenheit) gegenüber dem Präfekten nehmen wolle. Neben den Kompetenzproblemen bewegte den Präfekten nämlich noch eine etwas unklare Angelegenheit, wie Boglio durchblicken ließ: Tatsächlich schien es so, als ob der „prevosto di giustizia“ mit seinen Männern, die alle dem Präfekten unterstanden, jede Person entwaffneten, die sie des Nachts antrafen, und daß sie dann in aller Öffentlichkeit mit diesen Waffen, oder mit dem Ertrag aus deren Verkauf, prahlten. Ohne direkt darauf hinzuweisen, beanspruchte Boglio in einem anderen Teil seines Schreibens an den Herzog für sich und seine Miliz auch die Polizeibefugnisse<sup>74</sup>. Dies geschah in dem Versuch, in den eigenen Händen annähernd alle Instrumente zur Kontrolle des Territoriums zu vereinigen. Boglio endet, indem er sein Ausgangsproblem wiederaufgreift, das heißt, „essendosi degnata V.A. dar al detto“ (nachdem Ihre Hoheit die Gnade erwiesen hat, dem besagten) Signor di Boglio „il carico della milicia di tutto il paese suo di terra nuova per honorarlo et farle gratia“ (die Aufsicht über die Miliz seines gesamten Gebietes und neuer Ländereien zu übertragen, um ihn zu ehren und ihm Gunst zu erweisen), er nun hoffe, daß sich der Herzog darüber hinaus noch herablassen werde, „mantenerlo in quel grado di onoranza“ (ihn in diesem Ehrenstand zu belassen) und es jedem verwehre, „alterar alla reputatione suo“ (an seiner Würde etwas zu verändern). Letzteres vor allem deshalb, weil außer dem Präfekten auch noch ein gewisser signor di Sant'Andrea in dem Umland eingetroffen war und befohlen hatte, in einigen Gebieten die Wachen zu mobilisieren. Nachdem dies in keiner Weise mit

<sup>73</sup> Memoriale a capi umiliato a S.A. dal barone di Boglio cit., in: AST, Abtlg. I, Protocolli Notai Ducali, 224 folgende, April 1562, Fol. 95.

<sup>74</sup> Memoriale a capi umiliato a S.A. dal barone di Boglio cit., in: ebenda, 3. September 1565, Fol. 188 folgende.

ihm, dem Gouverneur, abgesprochen worden war, hatte „datto odore sospeto al mondo“ (es im Volk den Verdacht erweckt), als hätte er sich diese Handlung nur erlaubt, weil er direkt vom Herzog dazu autorisiert worden sei. Boglio beabsichtigte sicher nicht, die Überlegenheit der herzoglichen Macht in Frage zu stellen, aber er sprach sich dennoch dafür aus, daß der Regierung über das ganze ihm anvertraute Gebiet „reveritto et ubbiditto“ (Achtung entgegengebracht und gehorcht) werden sollte, und daß diese Einmischungen schließlich mit einer Bedrohung seines Ansehens enden würden. Wenn der Herzog seine Beauftragten schicken wollte, so stehe es ihm frei, dies zu tun, aber es wäre besser, wenn er den Gouverneur davon unterrichten würde; andernfalls würde er ihn in seiner Ehre kränken und seiner Glaubwürdigkeit berauben, wobei als Konsequenz daraus der Dienst an, oder besser die Vermittlerfunktion gegenüber den Untertanen leiden würde<sup>75</sup>.

Der Streitfall war damit aber noch nicht ausgestanden. Nach etwas mehr als einem Jahr, im Dezember 1563, wurde Emanuele Filiberto gezwungen einzugreifen, um die Befugnisse des Obersten der Miliz und des Präfekten über die „cognitione de'delitti e punitione de'medesimi“ (Entscheidung der Straftaten und deren entsprechende Bestrafung) festzulegen<sup>76</sup>. Überrascht von diesem neuen Streit, wollte der Herzog nicht über den Entwurf einer „provisorischen“ Regelung hinausgehen. Was die „delitti militari commessi da quelli della mititia“ (militärischen Vergehen, die von Angehörigen der Miliz begangen wurden) betraf, so wäre es die Aufgabe des Obersten, diesbezüglich zu entscheiden, auch wenn dieser gleichzeitig das Amt des Gouverneurs ausübe. Für alle „li delitti comuni o altri comessi da persone“ (die anderen, gewöhnlichen Vergehen, die verübt wurden von Personen), die nicht der Miliz angehörten, wäre dagegen die Reihe an dem Präfekten oder an einem anderen Richter gewesen, zu entscheiden. Wurde jedoch eine Person auf Befehl des Gouverneur-Obersten verhaftet, mußte der Gefangene in den Kerker überführt werden und mit dem gemeinsamen Einverständnis des Gouverneurs und des Präfekten verurteilt werden, es sei denn, der Gouverneur hätte dem Präfekten freiwillig die Entscheidung über das Urteil überlassen. Was dagegen Landesverweisungen, Bekanntmachungen über die Aufnahme von Fremden in Kriegszeiten und die Erlaubnis und das Verbot des Waffentragens betrafen, so übertrug Emanuele Filiberto die diesbezügliche Verantwortung dem Gouverneur, während dessen Abwesenheit aus der Stadt, dem Präfekten. Der „prevosto di giustitia“ mußte sowohl dem Gouverneur wie auch dem Präfekten gehorchen. Daß es sich hier um keine befriedigende Lösung handelte, war offensichtlich; aber andererseits war die Verlegenheit des Herzogs auch kennzeichnend sowohl für seine relative Machtlosigkeit gegenüber der tatsächlichen Stärke seiner Verbündeten-Diener als auch für die Unmöglichkeit einer zu deutlichen Parteinahme. Beide erfüllten für ihn äußerst wichtige Aufgaben, und der Konflikt zwischen ihnen garantierte unter bestimmten Gesichtspunkten die Erhaltung der herzoglichen Macht. Nur: einfach war es nicht, Insti-

<sup>75</sup> Ebenda, insbesondere der Punkt Nr. 11, Fol. 191 r.

<sup>76</sup> Patenti colle quali Emanuele Filiberto provvisoriamente determina la giurisdittione competente al colonnello della milizia e al prefetto della città di Nizza nella cognitione de'delitti e punitione de'medesimi, in: ebenda, 225, 15. Dezember 1563, Fol. 156.

tutionen und Personen zu regieren, deren Aufgabenerfüllung in offenem Antagonismus zueinander stand. Baron von Boglio aber war kein Mann, der aufgab, und als sein Name 1565 erneut auftauchte, wurde er als „molto magnifico consigliere, cambellano, colonnello e governatore“ (sehr hervorragender Ratgeber, Kammerherr, Oberst und Gouverneur) angesprochen: Anlaß war eine Ernennung, in der Emanuele Filiberto einem Hauptmann Antonio Berra die Aufgabe eines „sergente maggiore“ der Miliz des Umlandes von Nizza übertrug. Berra, der ausdrücklich zu Ergebenheit und Gehorsam gegenüber signor di Boglio angehalten worden war, mußte bei der Anwerbung von 2000 Mann Fußvolk mithelfen<sup>77</sup>. Ebenfalls um die vollständige Autorität Boglios über das gesamte Territorium erneut zu bekräftigen, rief der Herzog auch alle „ufficiali, sindaci, consoli et uomini del contado di Nizza“ (Offiziere, Bürgermeister, Konsuln und Personen des Umlandes von Nizza) zu Gehorsam und Einhaltung der ihnen vom Gouverneur erteilten Befehle auf<sup>78</sup>. Im Lauf eines Jahres war der gleiche Berra zum Interpreten für die klientelen Ansprüche Boglios geworden: In einem Schreiben an den Herzog brachte Berra den Wunsch des Gouverneurs zum Ausdruck, für die Miliz auch einen Zahlmeister zur Verfügung zu haben – das heißt, einen Eintreiber der notwendigen Gelder zur Besoldung, für Waffen und Ausrüstung im allgemeinen; gleichzeitig schlug er einen seiner Vertrauensmänner, einen gewissen Agostino Bonifiglio als Kandidaten vor; darüber hinaus – so fuhr Berra fort – wäre es dem signor di Boglio auch angenehm, über einen „auditore“ für die Miliz verfügen zu können, und er schlug vor, diese Aufgabe dem Edelmann Gaspar Carfarand zu übertragen, der schon Stadtvogt von Nizza und sein guter Freund war<sup>79</sup>. Die Boglios waren ein Beispiel dafür, wie eine Familie, die lange Zeit ein Territorium beherrscht hatte, versuchte, die eigenen traditionellen Vorrechte trotz des aufgezwungenen Rollentausches aufrechtzuerhalten. Das Beispiel des Onorato Grimaldi di Boglio wurde peinlich genau fortgesetzt: In den folgenden dreißig Jahren dominierte mit der gleichen Aufmerksamkeit, Hartnäckigkeit und pedantischen Autorität sein Sohn Annibale, der als geheimer Ratgeber des Staates, Kammerherr, Gouverneur und Generalstatthalter des Umlandes von Nizza und General „delle galee“ titulierte wurde. Er fuhr fort, jede Handbreit seiner Macht zu verteidigen: Er wies jede Handlung, die nicht direkt mit ihm abgesprochen worden war, zurück, mißtraute jedem, der mit einer noch so geringen administrativen Aufgabe betraut worden war, die nicht seiner direkten Kontrolle unterworfen war, und er verhandelte ununterbrochen mit dem Herzog um einen höchstrangigen Dienst, das heißt um die Anerkennung einer Überlegenheit, die nur gegenüber der herzoglichen Familie zurückgesteckt hätte. Es gab keine einzige Geste, die auch nur im geringsten eine

<sup>77</sup> Patente di nomina in Sargente Maggiore, sotto però a'utorità del governatore di Nizza della milizia di detto contado a favore del capitano Antonio Berra, in: ebenda, Oktober 1565, Fol. 358.

<sup>78</sup> Patenti colle quali Emanuele Filiberto di Savoia manda agli Ufficiali, Sindici, Consoli et uomini del contado di Nizza di obbedire a quanto verrebbe loro ingiunto dal conte di Boglio intorno alla levata di 2000 fanti ben armati ed al riparto della medesima sui diversi comuni, in: ebenda, Oktober 1565, Fol. 361.

<sup>79</sup> Memoriale a capi umiliato al duca Emanuele Filiberto da Antonio signore di Berra intorno al riordinamento della milizia nel contado di Nizza, in: ebenda, 226, 26. September 1566, Fol. 243.

andere Person seines Territoriums ausgezeichnet hätte, die nicht sofort von Boglio als indirekte „pregiudicio de l'honor“ (Becinträchtigung der Ehre) ausgelegt worden wäre. Jede öffentliche Kundgebung, jede feierliche Handlung, jede Konfrontationsmöglichkeit mit anderen Beamten des Herzogs vor den Augen der Bevölkerung – das heißt vor den Augen derjenigen, die von unten eine von oben errichtete Vorherrschaft bestätigen konnten – war stets eine Machtprobe: sogar die Fronleichnamsprozession, bei der Boglio niemals zugestimmt hätte, daß seine Kerzen hinter denen einer anderen Autorität getragen worden wären<sup>80</sup>.

Ganz sicher war die Art und Weise, mit der diese Persönlichkeiten die „milizia paesana“ betrachteten, ziemlich weit entfernt von der Betrachtungsweise der Herzöge: Es gibt keine Zweifel, daß diese Einstellung mit der Zeit ein weiteres Motiv für den Zerfall, wenn nicht für das Scheitern der Miliz wurde. 1633 besagte eine „Istruzione“ von Vittorio Amedeo I., daß „gli incontri succeduti per lo passato tra i governatori et i colonnelli delle milizie“ (die Begegnungen in der Vergangenheit zwischen den Gouverneuren und den Obersten der Miliz) dazu geführt hätten, zu „risolvere et stabilire che niuno governatore [fosse] colonnello in qualsivoglia luogo“ (klären und festzulegen, daß kein Gouverneur in welchem Ort auch immer, Oberst wurde)<sup>81</sup>. Ursprünglich war die Miliz entstanden, um festgefügte Machtpositionen aus dem Gleichgewicht zu bringen; paradoxerweise, wenn auch in einem total veränderten Zusammenhang, war sie dann zu einem Instrument geworden, mit dessen Hilfe nicht wenige Adelige ihre Stellung erneut stärkten.

Auf dem Höhepunkt einer Entwicklung, die von einer Angleichung der Verhältnisse und einem Verblässen der sozialen Unterscheidungsmerkmale mit Hilfe einer militärischen Organisationsform ausgegangen war, bestätigten nun andere Formen der militärischen Organisation eine neue und sehr ausgeprägte soziale Hierarchie und deren entsprechende Rollen und Rangstufen. Die Ehrenhaftigkeit einer Aufgabe stellte deren tatsächliche Nützlichkeit in den Schatten, und der Hof, weit entfernt von den Intrigen und inneren Konflikten der Gesellschaft, wurde zu einem Ort, an dem eine neoritterliche Kultur am Elitenaustausch und -ausgleich teilhatte. Gegen Ende des Jahrhunderts schmückten sich viele Adelige mit der Zugehörigkeit zur „compagnia di gentiluomini d'arme“, einer Formation, die der physischen Gestalt des Herzogs am nächsten stand<sup>82</sup>. Viele andere Adelige verwoben klientele und verwandtschaftliche Strategien miteinander und schufen so die Voraussetzungen für die Erblichkeit von Ämtern oder doch immerhin für das Weiterbestehen eines Vertrauensverhältnisses und eines gegenseitigen Austausches zwischen der eigenen Familie und der des Her-

<sup>80</sup> AST, Abtlg. I, Lettere Particolari, G, M. 51; vgl. im besonderen die Briefe des Herzogs, Nr. 2, 4. Januar 1599; Nr. 4, 31. Januar 1599; Nr. 6, 31. Mai 1599.

<sup>81</sup> Istruzione del duca Vittorio Amedeo I. cit., in: AST, Abtlg. I, Militärangelegenheiten, Levata di Milizie, M. 1, Nr. 3, [April 1633].

<sup>82</sup> Vgl. AST, Abtlg. III, Archivio Generale, Art. 692, Biglietti ducali e regi della commissione di governo cit., Nr. 2, im besonderen die Verfügungen vom 30. April 1590, Fol. 78; 23. April 1593, Fol. 91; 29. Mai 1594, Fol. 95; 26. Juli 1594, Fol. 97; 1. August 1594, Fol. 98; 24. August 1594, Fol. 99; 8. Oktober 1595, Fol. 100.

zogs<sup>83</sup>. Zwischen den Lücken einer mittlerweile mannigfaltigen militärischen Organisation verwandelten wieder andere ihre Beamtenposten in kleine unternehmerische Mittelpunkte, indem sie auf privater Basis, aber dennoch immer im Schatten des Staatsdienstes, mit Personen und Material handelten<sup>84</sup>.

Tatsächlich besaß die Miliz nicht nur in der Anfangsphase, als der Zulauf aus dem Volk aus ihr eine wirkliche Institution zu machen schien, eine genau definierte Bedeutung; besonders wirkungsvoll hat sie ihre Funktion als Scheininstitution, als ein fließender Organismus zwischen genauen Vorschriften und Abweichungen, den jeweiligen Umständen und Zusammenhängen entsprechend, erfüllt. Als „echte“ Institution hatte sie den untergeordneten Schichten die vergängliche Illusion eines möglichen teilweisen Loskaufs vorgegaukelt und zur gleichen Zeit der restlichen Gesellschaft die autokratischen Bestrebungen des Herzogs angezeigt. Als „Schein“-Institution dagegen hatte sie es dem Herzog ermöglicht, Bundesgenossen auszuwählen, Vertrauenspersonen auszuzeichnen, die verschiedenen Territorien mit viel Spielraum zu kontrollieren und vor allem die sozialen Vereinbarungen und den sozialen Austausch im unklaren zu belassen wie auch den Zugang und Ausgang zu den vielfältigen Machtbereichen und zu den herrscherlichen Auszeichnungen offenzuhalten. Da die Miliz wie eine richtige Institution das ganze Territorium überzog, ermöglichte sie es dem Herzog, jede ihm beliebige Art von Politik zu betreiben: Durch sie ließen sich soziale Spannungen schüren, die gleichwohl kontrolliert sehr häufig für die Erhaltung der herzoglichen Vorherrschaft nützlich waren. Es ließen sich Koalitionen wiederherstellen; die Stufen der sozialen Leiter bildeten sich neu. Eine Aufgabe innerhalb der Miliz konnte ehrenhalber oder tatsächlich sein: In beiden Fällen war sie widerruflich oder zumindest unsicher, und der Amtsinhaber konnte auf einen Schlag die Verbindung zu dem Beziehungsnetz verlieren, das ihm bis zu dieser Position verholfen hatte. In beiden Fällen bot sich die Möglichkeit, die eigene Position zu verbessern, wenn nicht sogar die Möglichkeit, sich beäusselnd nahe in Richtung zentraler herzoglicher Macht zu bewegen. Der militärischen Ineffizienz der Institution entsprach im umgekehrten Verhältnis die Wirksamkeit auf politischer und sozialer Ebene. Lediglich mit genaueren Abmachungen, im Umfeld eines nunmehr weiten und komplexen Rückverteilungssystems der Macht, hätte die „milizia paesana“ und ihre fragwürdige Funktion nicht die geringste Daseinsberechtigung gehabt.

<sup>83</sup> Ich erlaube mir, zu verweisen auf: *Walter Barberis*, *Uomini di corte nel Cinquecento tra il primato della famiglia e il governo dello Stato*, in: *Storia d'Italia*, Annali 4, *Intelletuali e potere* (Turin 1981) 885 ff. Besonders über die Weitergabe militärischer Ämter sind einige Dokumente interessant, die den Übergang der Kommandostellen vom Vater auf den Sohn belegen, enthalten in: AST, Abtlg. IV, *Patenti ducali*, Nr. 147, 16. Juli 1580; Nr. 149, 19. September 1580.

<sup>84</sup> AST, Abtlg. I, *Lettere Particolari*, R. M. 63, Briefwechsel zwischen dem Herzog und Leonardo Della Rovere, im besonderen Nr. 8, 16. Oktober 1576.

*Aurelio Lepre*

## Feudalstrukturen und Klientelstrukturen im Süden Italiens

1. Der in diesem Aufsatz betrachtete Zeitraum ist zweifellos sehr lang. Wegen der Bedeutung, die der Frage der Klientelbeziehungen in der Geschichte des „Mezzogiorno“ Italiens zukommt, müßte er in Wirklichkeit jedoch noch länger sein und bis in unsere Tage reichen. Dennoch ist es möglich, sich auf eine Periode bis zum Jahre 1806 zu beschränken, als die Feudalherrschaft abgeschafft wurde. Dieses Datum stellt eine klare Zäsur dar, da es eine Übergangsphase von der archaischen zur bürgerlich-kapitalistischen Klientelwirtschaft einleitet, die ziemlich komplex ist und deren Ausgang nicht vorhersehbar ist. Auch im Laufe des Mittelalters und der Neuzeit ist es möglich, chronologische Einschnitte vorzunehmen, indem man Perioden unterscheidet, in denen die Klientelbeziehungen unterschiedliche Merkmale zeigten. Trotz dieser Verschiedenheiten blieben jedoch einige gemeinsame, sehr wichtige Grundzüge unverändert. Auf jene werde ich in dieser Arbeit Bezug nehmen. Es wäre sicher leichter und aus wissenschaftlicher Sicht vielleicht gewinnbringender, einen sehr viel kürzeren Zeitraum oder ein begrenzteres Thema zu betrachten: Die Geschichte des „Mezzogiorno“ Italiens bietet reiche Auswahlmöglichkeiten. Aber beim gegenwärtigen Stand der Forschung über den Klientelismus ist es notwendig, zunächst einige allgemeine Punkte dieser Fragestellung in Erinnerung zu bringen. Dies ist sehr wichtig, um sich mit der Analyse der Beziehungen in der Gegenwart auseinandersetzen zu können – in der Klientelverhältnisse fortfahren, einem beachtlichen, wenn auch nicht mehr überwiegenden Teil der Gesellschaft des „Mezzogiorno“ ihren Stempel aufzudrücken – und in der Vergangenheit, in der diese Verhältnisse ihren Ursprung haben. Die Fragestellung betrifft auch den Zusammenhang von Anthropologie und Geschichte. Es ist den Anthropologen zu verdanken, daß sie die allgemeinen und besonderen Merkmale der Klientelverhältnisse im „Mezzogiorno“ Italiens in der Gegenwart bestimmt haben. Es ist Aufgabe der Historiker zu zeigen, daß diese sehr tief verwurzelt sind und sowohl die Geschichte der politischen und wirtschaftlichen Macht in Mittelalter und Neuzeit betreffen, wie auch die Geschichte der Mentalität und Ideologie. In Wirklichkeit haben sich die Historiker viel mit dem Feudalismus beschäftigt und sehr wenig mit dem Klientelsystem, so daß sich eine Bilanz der Forschungen über dieses Thema darauf beschränken müßte, spärliche und bruchstückhafte Ergebnisse hervorzuheben, welche dadurch erlangt wurden, daß andere Aspekte der süditalienischen Gesellschaft untersucht wurden, wie zum Beispiel Großgrundbesitz, Gemeinden (die „universitates civium“), zentrale und lokale Macht. Es ist dennoch wegen der be-

stehenden Übereinstimmungen und Ähnlichkeiten zwischen Feudal- und Klientelstrukturen möglich, eine erste Formulierung der Problematik zu wagen und die noch sehr allgemeinen Linien des Gesamtbildes zu skizzieren. In diesem Rahmen ist dann noch Platz für genauere Untersuchungen.

Betrachten wir zunächst das Verhältnis zwischen mittelalterlichen und römischen Klientelbeziehungen. Nachdem er daran erinnert hatte, daß ein Untervasall auch als „clientulus“ bezeichnet werden konnte, beobachtete Marino Freccia: „differt tamen cliens a clientulo, neque de cliente habetur mentio in usibus feudorum, sed bene in pandectis.“<sup>1</sup> Aber er benutzt dann gerade die Definition von „cliente“, um den Unterschied zwischen Vasallen und „forestieri“ zu unterstreichen (erstere mußten bei der Bearbeitung der feudalen Ländereien stets vorgezogen werden): „vassalli clientes sunt et pro libertis habentur: in exterorum numero non sunt computandi.“<sup>2</sup> Der Diskussion über diesen Punkt ordnete sich die ausführlichere Diskussion über die Beziehung von Feudalrecht und römischem oder langobardischem Recht unter, die aber mehr polemischen als wissenschaftlichen Wert hatte: Auf historischem Gebiet ist es notwendiger, diejenigen Merkmale herauszuarbeiten, die es erlauben, den Feudalstrukturen – oder einigen von ihnen – klientelartige Eigenschaften zuzuschreiben, als Kontinuitäten zwischen römischer und feudaler Klientel zu suchen<sup>3</sup>. Die Wichtigsten setzen sich aus Unterordnung, Protektion und Gegenseitigkeit zusammen. Einige Anthropologen haben behauptet, die erstgenannte Eigenschaft gehe über das typische Verhältnis der „patronage“ hinaus. Aber für die Geschichte des „Mezzogiorno“ Italiens ist kein Zweifel möglich. Die Beziehung zwischen politischer, aber auch wirtschaftlicher Herrschaft und der „patronage“ ist sehr eng. Das Verhältnis von Baron und Untertan ist auch, zumindest teilweise, ein Verhältnis von Patron und Klient, wenn auch nicht in dyadischer Form, sondern mehr in Form einer Klientel-Pyramide, die der feudalen Pyramide entspricht<sup>4</sup>.

2. Die Komplexität der Feudalgesellschaft des „Mezzogiorno“, und demnach der Klientelbeziehungen, die sich in ihr entwickelten, werden schon im „Catalogus baronum“ augenfällig, dem ersten Zeugnis, das hiervon eine umfangreiche Darstellung liefert<sup>5</sup>. An der Spitze der Pyramide befanden sich die Grafen, gefolgt von den Baronen und den „milites“; die Basis wurde von den „villani“ gebildet. Der „Catalogus“ wurde in den Jahren niedergeschrieben, in denen es den Normannen gelungen war, die Gesellschaft des „Mezzogiorno“ in eine solide hierarchische Struktur zu gliedern. Sie integrierten schon bestehende soziale, politische und auch wirtschaftliche Beziehungen und bezogen lokale Führungsschichten, deren rechtliche Privilegien und Patrimonien respektiert wurden, in das Feudalverhältnis und in die neue Verwaltungsorganisation

<sup>1</sup> *Marino Freccia*, *De subfeudis baronum et investituris feudorum* (Neapel 1554) 68 recto.

<sup>2</sup> *Ebd.*, 233 recto.

<sup>3</sup> Vgl. *Giuliana D'Amelio*, *Polemica antifeudale, feudistica napoletana e diritto longobardo*, in: *Quaderni storici* (März–August 1974) 337 ff.

<sup>4</sup> Über die Klientelpyramide, vgl. *James Scott*, *Patron – Client. Politics and Political Change in Southeast Asia*, in: *American Science Review* (März 1972), nun in: *Clientelismo e mutamento politico*, hrsg. von *L. Graziano* (Mailand 1974).

<sup>5</sup> *E. Jamison* (Bearb.), *Catalogus Baronum* (Rom 1972).

ein. Im Verlauf der normannischen Vorherrschaft wurden schon vorhandene Einrichtungen beibehalten: Zu unterstreichen ist die Fortdauer der Bedeutung der Verwandtschaftsbeziehungen, die schon unter den Langobarden von Bedeutung gewesen waren und die sich häufig in Klientelbeziehungen verwandelten, diese verstärkten oder deren Grundlage bildeten.

Auch damals war die Gesellschaft des „Mezzogiorno“ nicht ganz feudal. Selbst der genannte „Catalogus baronum“ nennt nicht nur die Feudalherren, sondern auch die Inhaber von Patrimonien und die Einwohner einiger Städte, das heißt alle freien Personen<sup>6</sup>. Die Klientelbeziehungen waren nicht nur von feudal-vasallischer, sondern von unterschiedlicher Natur, charakterisiert durch politische, soziale und auch wirtschaftliche Abhängigkeit. Damit berühren wir einen sehr wichtigen Punkt: Die Bedeutung der wirtschaftlichen Beziehungen bei der Bestimmung des Verhältnisses von Patron und Klient. Betrachtet man einige allgemeine Entwicklungslinien in der Geschichte des „Mezzogiorno“, so könnte es scheinen, als hätte es eine Übergangsphase gegeben – mehr oder weniger lang und mehr oder weniger komplex – mit Beziehungen feudal-vasallischer Art bis zu wirtschaftlich bestimmten Beziehungen. In Wirklichkeit ist eine diachronische Analyse für die Untersuchung des Klientelverhältnisses im „Mezzogiorno“ notwendig, wenn auch weitgehend unzureichend. Die Untersuchung der nachfolgenden Schichtungen (oder der Veränderungen) muß eng mit der Untersuchung der bestehenden Unterschiede, Zersplitterungen und Gliederungen der Gesellschaft Süditaliens verbunden werden.

Ein erster, grundsätzlicher Unterschied bestand zwischen Stadt und Land. Der Begriff „Stadt“ ist aber noch sehr allgemein. So war die Beziehung Patron-Klient in Neapel anders geartet als in Zentren mittleren oder kleineren Ausmaßes. Aber selbst bei gleicher Größe konnten diese Zentren auf wirtschaftlicher, administrativer, politischer oder auch religiöser Ebene sehr unterschiedlich sein (wichtig war die Unterscheidung zwischen feudalen und königlichen Zentren). Auch der Begriff „Land“ ist sehr allgemein und dies erstens auf Grund der großen natürlichen Unterschiede nicht nur zwischen den getreidereichen Ebenen der „Capitanata“ und den Hügeln und Bergen der Abruzzen, sondern auch zwischen den genannten Ebenen und dem fruchtbaren Boden der „Campania felix“, und zweitens auf Grund der historischen Unterschiede: in ein und derselben Provinz konnten die Klientelbeziehungen sehr unterschiedlich geartet sein, je nachdem wie sich die Beziehung zwischen Herrschern und Beherrschten im Laufe der Geschichte gestaltet hatte. Die Normannen hatten die alten Machtstrukturen dort ersetzt, wo sie auf Widerstand gestoßen waren; sie hatten sie unangetastet gelassen oder nur teilweise verändert, wo eine Übergabe stattgefunden hatte oder wo man zu einer Übereinkunft gekommen war.

3. Die Bedeutung der wirtschaftlichen Beziehungen erscheint besonders deutlich an der Pyramidenbasis. In Aquino, Sora und Arce, in der „Terra di Lavoro“, mußten die Bauern im 12. Jahrhundert „servitia et salutes“ an die „milites“ leisten, aber in vielen Fällen auch eine Abgabe in Geld oder Naturalien. In Vairano und stets in der „Terra di Lavoro“ waren die Untertanen noch ein Jahrhundert später – über eine Abgabe in

<sup>6</sup> Ebd., 264 ff.

Geld und Naturalien hinaus – zu „servitia et redditus“, das heißt, zu einer oder mehreren wöchentlichen „operae“ (Arbeitstage) verpflichtet<sup>7</sup>. Im einen wie im anderen Fall variierte die Höhe des „redditus“, im zweiten auch der Umfang der „servitia“. Es existierte also eine beachtliche Vielfalt von Beziehungen zwischen Feudalherren und Untertanen in ein und demselben Gebiet und auch innerhalb eines Lehens; der Einfluß der wirtschaftlichen Beziehungen war beträchtlich. Dieses wird auch an Hand eines Umstandes deutlich, der hiervon ziemlich weit entfernt zu sein scheint: dem der Protektion. Im Tausch gegen seine „servitia“ erhielt ein Untertan von seinem Baron nicht nur militärischen und juristischen, sondern auch wirtschaftlichen Schutz, und das nicht nur, solange er Eigentum des Barons war, sondern auch, wenn er als Freier in den feudalen Ländereien arbeitete. Der Feudalherr hatte in der Tat ein Interesse daran, daß der Bauer in seiner Eigenschaft als Bewirtschafter des Bodens und als Lieferant des Zehnten (oder des „terraggio“) über das notwendige Saatgut verfügte und niemals unter das Existenzminimum fiel. Bei Hungersnöten, die sehr häufig waren, versorgte er ihn mit Getreide, das als Saatgut und als Nahrungsmittel Verwendung fand. Dieses Getreide überließ er ihm leihweise – so daß durch die Schwierigkeiten der Rückerstattung das Abhängigkeitsverhältnis des Bauern nur noch enger wurde. Dennoch war und erwies sich die Funktion des Barons als notwendig. Die Vorstellung von der Untertänigkeit des Machthabers verwurzelte sich auf diese Weise tief in der bäuerlichen Mentalität. Auf Grund der Unterscheidung zwischen ungerechten und schlechten und gerechten und guten Feudalherren kam man gleichzeitig nicht mit der Auffassung des Barons als Unterdrücker in Konflikt.

Die Zahlung des „Zehnten“ (in Wirklichkeit ein Viertel bis ein Zwanzigstel der Ernte) muß von der Zahlung des „terraggio“ unterschieden werden. Beide waren ideologisch unterschiedlich begründet. Der Zehnte orientierte sich an den besonderen Aufgaben, die Kriegsmänner, Kleriker (es gab auch einen kirchlichen Zehnten) und Arbeiter bezahlten. Diese gaben einen Teil ihres Ertrages im Tausch gegen die Protektion, die sie erhielten. Selbst wenn der Zehnte im Verhältnis zur Fläche des vom Bauern bewirtschafteten Bodens stand (normalerweise war er aber auf den Ertrag bezogen), so rechtfertigte dennoch die Protektion und nicht die Nutzung des Bodens die Zahlung des Zehnten. Der Zehnte betraf alle Produkte, im besonderen Weizen, Gerste und andere Getreidearten, aber auch Most und Öl (in der „Terra d'Otranto“ überwog der Anteil an Öl). Dadurch, daß der Zehnte in direktem Verhältnis zum Ertrag stand – in schlechten Erntejahren somit niedrig war –, erschien er dem Bauern weniger drückend. Anfänglich hatte der Zehnte dazu gedient, den Feudalherrn und dessen Familie zu ernähren. Er behielt diesen Charakter auch dann noch bei, als sich das persönliche in ein wirtschaftliches Abhängigkeitsverhältnis gewandelt hatte. Der Baron konnte den Bauer dazu zwingen, ihm einen Teil der Produkte zu verkaufen: „barones cogere possunt ad sibi vendendum pro necessitate sui victus et familiae“<sup>8</sup>. Immerhin

<sup>7</sup> I registri della Cancelleria angioina, rekonstruiert von R. Filangieri unter Mitarbeit neapolitanischer Archivare, Bd. XIII (Neapel 1959) 286 ff.

<sup>8</sup> *Giovan Francesco Capobianco*, Tractatus de iure et auctoritate baronum erga vassallos burgenses (Neapel 1614) 57.

beruhte dies auf Gegenseitigkeit: „similiter barones cogi possunt ad vendendum victualia vassallis indigentibus“. Andererseits interessierte es den Bauer nicht so sehr, außerhalb des Feudalgebietes die unbedeutenden Mengen an Getreide zu verkaufen, die in guten Jahren eventuell für den Handel zur Verfügung stehen konnten, es war ihm mehr daran gelegen, in schlechten Jahren eine Überlebensebene zu haben. Diese Chance war ihm wenigstens im Prinzip durch den Grundsatz zugesichert, daß „domini tenentur redditus feudi distribuere in necessitatibus suorum subditorum“. Diese Pflicht des Barons stellte für die Untertanen eine Art Garantie dar, die in einer Gesellschaft, in der die Bauern nahe am Existenzminimum lebten, äußerst wichtig war. Zieht man dies nicht in Betracht, dann ist es schwer verständlich, warum in der Geschichte der süditalienischen Landbevölkerung die Auffassung von der Notwendigkeit eines Machthabers, der überwiegend als Patron gesehen wird, so wichtig ist.

Das Prinzip der Gegenseitigkeit stellt unzweifelhaft ein unentbehrliches Element der Klientelbeziehung dar, die als Austausch von Gütern und Dienstleistungen verstanden wird. Die Gegenseitigkeit nahm auf den verschiedenen Ebenen, auf denen sich die Klientelbeziehungen im „Mezzogiorno“ bildeten, verschiedene Ausprägungen an. Ihre Gestaltung war am klarsten in der Beziehung zwischen dem Herrscher und dem Baron: der Baron leistete dem Herrscher große Dienste, in erster Linie als Kriegsmann in den Kriegen gegen innere oder äußere Feinde. Der Herrscher entschädigte ihn, indem er ihm ein Gut, ein Lehen, zuerkannte. Der ideologische Ausdruck für diese Bereitschaft des Barons heißt „fedeltà“. Die Verletzung dieser „fedeltà“ wurde mit mehr oder weniger schweren Strafen geahndet; in der überwiegenden Anzahl der Fälle führte sie zu einem Widerruf des Lehens. Von ähnlichem Charakter waren die Beziehungen zwischen dem Baron und den Unterlehensträgern, auch wenn die Gewährung des Unterlehens nur dann die Gegenleistung der „fedeltà“ darstellte, wenn der Unterlehensträger ein „miles“ war, der seinem Baron im Krieg beistand, so wie dieser seinerseits dem Herrscher beistand. Auch wenn das Unterlehen nur von bescheidenen Ausmaßen war, so unterschied sich doch der Unterlehensträger ganz klar von den anderen Vasallen: „subfeudatarius non dicitur qui agrum, vel villam, vel redditum, non accepit in feudum, sed dicitur emphyteota livellarius, vel censuarius“<sup>9</sup>. Der Unterlehensträger mußte seinem Herren eine „adoha“ in Form von Geld oder Naturalien abgeben. Mit der Zeit wandelte sich diese „adoha“ in den entsprechenden Gegenwert eines „terraggio“ oder einer Miete oder aber sie reduzierte sich auf die Zahlung einer symbolischen Summe.

Das Verhältnis der Gegenseitigkeit basierte auf den verschiedenen Bedürfnissen der einzelnen Mitglieder der Gesellschaft, entsprechend deren jeweiligen Funktionen, die sie ausführten, sei es als Soldaten, als Priester oder Arbeiter. König und Bauer waren die zwei Extreme. Der eine benötigte vor allem bewaffnete Männer für seine Unternehmungen, dem anderen genügte es, wenn er leben und arbeiten konnte. Zwischen dem König und den Bauern gab es eine Vielzahl von Bedürfnissen, die jedoch alle nach dem Stand des Einzelnen abgestuft waren. Ein Herr mußte von seinen Vasallen das erhalten, was er benötigte, um seine kriegerischen und gesellschaftlichen Pflichten

<sup>9</sup> Freccia, 68.

erfüllen zu können, aber auch, um behaglich und seinem Stand gemäß leben zu können. So forderte im Jahre 1281 Giovanni Clinecto von den Vasallen des Lehens von Caiazzo „subventionem“ und von seinen Lehensmännern „adolamentum“, da er drei Monate lang „cum quibusdam aliis baronibus et feodatariis [...] extra regnum“ „cum equis et armis“, in den Diensten des Königs gestanden hatte; zehn Jahre früher hatten Goffredo Scallone aus Aversa und Pietro di Sant'Elia, Herr von Terella, genau das gleiche gefordert, aber in diesem Falle, um eine Tochter zu verheiraten<sup>10</sup>. Noch in der Mitte des 16. Jahrhunderts behauptete Marino Freccia, daß die Untergebenen den Baronen „subventionem“ leisten mußten für Aufwendungen „pro servitio Regis, vel sui exercitus“, „pro militia filii“, „pro redimenda persona ipsius dum vacans servitio Regio captus fuit ab hostibus“, aber auch „pro maritanda filia, sorore“ oder „pro monachanda“<sup>11</sup>: Kleidung, aber auch eine Hochzeit, dienten dazu, den sozialen Status des Barons zu stärken.

4. Die Macht, die ein Baron im Vergleich zu den anderen Feudalherren innehatte, gereichte in gewissem Sinn auch seinen Untertanen zum Nutzen; man konnte es ihnen deshalb nicht verdenken, wenn sie sich dafür interessierten. Wurde ein Baron jedoch sehr mächtig, so konnte er gleichzeitig seine Untertanen leichter mit größeren Abgaben belasten. Der Baron war der wichtigste Vermittler zwischen der Gesellschaft außerhalb sowie der Gesellschaft innerhalb seines Lehens, aber er hatte nicht die Eigenschaften eines „broker“, wie dies die Anthropologen für die früheren Jahre festgestellt haben. Seine Vermittlung ging sozusagen nur in eine Richtung und dies besonders auf wirtschaftlichem Gebiet: Er sammelte den Überschuß des in seinem Lehen produzierten Getreides und brachte ihn auf den Markt. Äußerst selten nur führte er die entgegengesetzte Transaktion durch, nämlich das Getreide vom Markt in das Lehen zu transferieren (auch wenn er in schlechten Jahren dazu gezwungen werden konnte, einen Teil der überschüssigen Ernte zurückzuverteilen). Auf diese Weise hielt der Baron den Bauern vom Markt fern. Es kam innerhalb des Lehens eine Wirtschaft zustande, die durch bescheidenen Geldverkehr und relativ intensiven Austausch von Naturalien oder Dienstleistungen geprägt war (letzteres zwischen den Bauern und einigen Handwerkern, besonders Schmieden), und eine Wirtschaft oder, besser gesagt, eine Reihe von Wirtschaftsbeziehungen außerhalb des Lehens. Es gab auch eine lokale Gerichtsbarkeit, die von dem jeweiligen Baron ausgeübt wurde und die getrennt von der Gerichtsbarkeit war, die von Stellvertretern des Herrschers wahrgenommen wurde.

Im großen und ganzen schien die Gesellschaft des „Mezzogiorno“ geteilt resp. zergliedert gewesen zu sein in eine Reihe lokaler Gesellschaften. Genau diese Tatsache war es, die den Beziehungen zwischen Herrschenden und Untertanen klientele Züge verlieh. Macht war sehr stark personalisiert: Das Fehlen sicherer juristischer Normen und besonders die Schwierigkeit, eigene Rechte geltend machen zu können, auch wenn diese begründet waren, hatten zur Folge, daß alles, was von „oben“ kam, die

<sup>10</sup> I registri della Cancelleria angioina, Bd. IV (Neapel 1967) 11f., 22f.; und Bd. XXIV (Neapel 1976) 16.

<sup>11</sup> Freccia, 164.

Form gütigen Wohlwollens annahm. Die Möglichkeit, dieses Wohlwollen zu erhalten, hing von der Art der Beziehung ab, die jeder Einzelne unterhalten konnte, wenn schon nicht mit dem Baron selbst, dann wenigstens mit Personen seines Umkreises. Daraus resultierte die Entstehung und Ausbildung zahlreicher Klientelverhältnisse innerhalb des allgemeinen Klientelverhältnisses zwischen Baron und Untertanen: Deren Herr, seinerseits ein Klient des Barons, konnte Verwaltungsbeamter sein, Bürgermeister, „capitano“, aber auch „baglivo“ oder jede beliebige andere Person, die von dem Baron durch Belehnung oder Protektion einen, wenn auch sehr kleinen Teil der baronalen Autorität innehatte, sei es nun auf wirtschaftlichem, juristischem oder administrativem Gebiet. Die Macht zersplitterte so in zahlreiche Teile, die sich oft überlagerten oder ineinander verschlungen waren. Man muß diese Aspekte unterstreichen, da sie die Grundlage für die Ideologie und die Mentalität des Klientelismus sind: Jedes Gesuch mußte eine mehr oder weniger lange Reihe von Vermittlern passieren, um bis zum Baron gelangen zu können. Ausschlaggebend waren nicht so sehr die Stichhaltigkeit eines Gesuches oder die Tatsache, daß es der Norm oder dem Brauch entsprach, sondern vielmehr die Möglichkeiten oder Fähigkeiten der Vermittler.

Demzufolge war innerhalb eines einzelnen Lehens die typische Klientelstruktur auch nicht dyadisch, sondern pyramidal. Um ein konkretes Beispiel zu nennen: man denke nur an die administrative Organisation im Feudalterritorium der Fürsten von Bisignano in Calabrien während des 16. Jahrhunderts<sup>12</sup>. Im Zentrum standen dort der Generalschatzmeister, der Eintreiber der Seidensteuer, der Generalprokurator der Stadt Neapel und alle diejenigen Personen, die mit der Führung einzelner wirtschaftlicher Aufgaben betraut waren, vom Getreideanbau bis zur Viehzucht. An der Peripherie gab es wie in jedem Feudalterritorium den lokalen Schatzmeister und/oder manchmal den Kämmerer und den Konservator. Der lokale Schatzmeister zog alle üblichen Einnahmen ein und übergab sie dem Generalschatzmeister. Dem Kämmerer war die Einnahme gerichtlicher Forderungen übertragen sowie die des Zensus, der „terraggi“ und der Zehnten. Im übrigen kümmerte er sich um Mühlen, Ölpresen, Paläste und Burgen. Der Konservator war für die Aufbewahrung des Getreides und der übrigen Agrarprodukte verantwortlich. Die Aufgaben des Kämmerers konnten auch von dem lokalen Schatzmeister ausgeübt werden, wie es gewöhnlich bei der Verwaltung von Territorien der Fall war, die kleiner waren als das der Fürsten von Bisignano.

Der Lehensherr hatte zu etwa zehn Personen direkten Kontakt, und diese wiederum standen in Verbindung mit den Verwaltern der einzelnen Feudalterritorien. Die Verwalter schließlich standen in direktem Kontakt mit den Bauern beziehungsweise mit den Untertanen im allgemeinen. Neben dieser, die Agrarprodukte kontrollierenden Verwaltungsebene gab es noch eine weitere, die sich speziell mit der Justiz beschäftigte. Zwischen diesen beiden Ebenen gab es keine klare Trennungslinie, sei es, da beiden der Lehensherr voranstand, sei es der engen Beziehungen wegen, die auf personeller Ebene zwischen den Guts- und den Justizverwaltern bestanden. Die Größe und Struktur der Pyramide hingen von der Anzahl und der Ausdehnung der Feudal-

<sup>12</sup> *Giuseppe Galasso*, *Economia e società nella Calabria del Cinquecento* (Neapel 1967) 229ff.

territorien ab. Es ist nicht leicht zu sagen, in welchem Moment der Geschichte des „Mezzogiorno“ die Pyramide diese bestimmte Form angenommen hat, eine Form, die erst nach 1806 grundlegende Änderungen erfahren hat. Es ist auch deshalb nicht leicht – und es ist nützlich, dies noch einmal zu wiederholen –, weil die Verschiedenartigkeit der wirtschaftlichen und sozialen Situation in den einzelnen Gebieten zeitlich sehr unterschiedlich zu festen klientelen Strukturen geführt hat. Selbst die Bezeichnung „Baron“ bezog sich auf soziale Figuren verschiedenster Art. Sie reichte vom großen Feudalherren mit einem Territorium, das von Zehntausenden von Personen bewohnt wurde und daher auch eine Pyramide mit sehr breiter Basis ergab, bis hin zum Inhaber eines kleinen Territoriums mit nur wenigen Untertanen. In letzterem Fall nahm die Beziehung zwischen Baron und Untertan einfachere Formen an („a grappolo“, cluster).

5. Der Kern einer Klientelbeziehung bildete sich häufig innerhalb der Familie. Diese war ein wichtiges Instrument sozialer Behauptung, sei es der Beziehungen wegen, die sie mit anderen Familien durch Heiratspolitik einging, sei es, weil ihre Angehörigen einflußreiche Positionen innehatten und dadurch Prestige und Autorität des Familienverbandes stärkten.

Die wichtigsten Adelsfamilien des Königreiches erfüllten militärische, politische und auch religiöse Pflichten. Die Patrizierfamilien der kleineren Städte, aber auch die Familien, denen es noch nicht gelungen war, in die Ränge der Nobilität aufzusteigen, mußten sich mit der Ausübung von lokalen Verwaltungs- oder sonstigen beruflichen Tätigkeiten (nicht jedoch „arti vili e meccaniche“) zufriedengeben.

Was die großen Adelsfamilien betrifft, so genügt es, genealogische Stammbäume zu betrachten, wie sie von Bewunderern und Historikern der Aristokratie rekonstruiert worden sind<sup>13</sup>. Bezüglich der kleineren Familien läßt sich mittlerweile nachweisen, daß einige von ihnen es verstanden haben, innerhalb eines Jahrhunderts oder auch nur einiger Jahrzehnte Dutzende von Tätigkeiten auszuüben<sup>14</sup>.

Die Funktion der Verwalter war wichtig, was die Ernte und Verteilung des Getreides betraf, da in Jahren der Hungersnot den „università“ die Aufgabe übertragen war, Vorräte anzulegen. Der Besitz von Staatsdomänen in Händen der „università“ erlaubte es den Bürgermeistern und „eletti“, bei der Zuweisung oder Verpachtung Familien und Klienten zu bevorzugen. 1559 wurde es den Bürgermeistern dann untersagt, Söhne oder Anverwandte nach Neapel zu schicken<sup>15</sup>. Im gleichen Jahr wurde verordnet, daß sie an Verwandte kein Geld verleihen durften, das ihnen von den „università“ anvertraut worden war, und daß sie desgleichen weder an Freunde noch an Verwandte Ernteerträge, die den „università“ gehörten, verkaufen durften, um die Schulden der Gemeinde zu bezahlen. Ein dichtes Netz moralischer Verpflichtung und Dankeschuld entstand somit um alle diejenigen Personen, die eine berufliche Tätigkeit aus-

<sup>13</sup> Vgl. besonders *Carlo De Lellis*, *Discorso delle famiglie del regno di Napoli* (Neapel 1654–1671).

<sup>14</sup> *Angelantonio Spagnoletti*, *L'incostanza delle umane cose. Il patriziato di Bari tra egemonia e crisi* (XVI–XVIII secolo) (Bari 1981) 39 ff.

<sup>15</sup> *Lorenzo Giustiniani*, *Nuova collezione delle prammatiche del regno di Napoli*, Bd. I (Neapel 1803–1805) 252 f.

übten. Im besonderen ist der Anwalt zu nennen. Die erwiesenen Gefälligkeiten mußten später beglichen werden (der Anwalt war auf Grund seiner Tätigkeit der Mittelsmann schlechthin zwischen Machthabern und Untergebenen). Das Gleiche gilt für die Ausübung einer wirtschaftlichen Tätigkeit, besonders wenn diese sich auf dem Sektor des privaten Kreditwesens abspielte: In den Vermögensaufzeichnungen der Adeligen, aber auch der vermögenden Bürger sind lange Listen mit gewährten Darlehen zu finden. Es handelte sich dabei oft um kleine Summen, die auf sehr lange Zeit an sehr viele Personen vergeben worden waren. In allen Fällen bildeten sich Klientelverhältnisse, die um reiche und mächtige Adelige sehr weitverzweigt waren und sich um die „patrizi“, reiche Leute und Anwälte, in beschränkterem Rahmen hielten. Die Anzahl an Klienten war ein Zeichen von Prestige; in der lokalen Verwaltung stellten sie darüber hinaus ein Wählerpotential dar: Es ist äußerst wahrscheinlich, daß man die Gründe für das Verhalten der armen Landbevölkerung, die für die Wahl zum Bürgermeister oder zu „eletti“ Patrizier oder Personen vorschlugen, die „vivevano nobilmente“ oder „vivevano dei loro beni“, im Bereich klienteler Abhängigkeit suchen muß<sup>16</sup>.

Die Funktion der Intellektuellen war zweifellos sehr wichtig für den Aufbau und die Erhaltung der Klientelbeziehungen. Man muß jedoch zwischen großen und kleinen Intellektuellen unterscheiden. Die Intellektuellen/Funktionäre der Dynastien von Schwaben, Anjou und Aragon (von Pier delle Vigne bis zu Pontano), die Intellektuellen/Bürokraten der spanischen Phase (die Mitglieder der Regierungs-, Verwaltungs-, Rechtssprechungs- und politischen Institutionen), die hervorragenden Juristen gehören der Geschichte der Beziehungen zwischen Intellektuellen und der Macht an und nicht der Geschichte des Klientelismus. Sicher bestand zwischen den Königen oder den großen Herren auf der einen Seite und den Intellektuellen auf der anderen Seite ein Austausch von Schutz gegen Leistung im Sinne eines Gegenseitigkeitsverhältnisses, ähnlich dem in der Klientelbeziehung; sicherlich war auch die „liberalità“ – die als notwendige Tugend der Mächtigen angesehen wurde und der Pontano einen seiner Dialoge widmete<sup>17</sup>, in dem er sie als wesentliches Instrument zur Rückverteilung der Reichtümer bezeichnet – eine typische Tugend des „patrono“. Aber der gleiche Pontano war es dann auch, der den Herrscher daran erinnerte, daß dieser mehr gegeben als erhalten hatte<sup>18</sup>. Die Intellektuellen des Hofes tendierten im übrigen dazu, sich in Kasten zusammenzuschließen und in gewissem Sinne die Beziehung zum Herrn zu entpersonalisieren, indem die Protektion nicht einer einzelnen Person, sondern z. B. der Literatur im allgemeinen zugesprochen wurde. Die Intellektuellen/Bürokraten schließlich bildeten eine Schicht der „togati“, die immer mächtiger und selbständiger wurde und in der die Beziehung der einzelnen Mitglieder zueinander sehr viel enger war, als die Beziehungen, die sie zu dem Vizekönig oder zu einzelnen Herren jemals hatten oder haben konnten. Auch in diesem Zusammenhang müßte eine Analyse in

<sup>16</sup> Spagnoletti, 63.

<sup>17</sup> Giovanni Pontano, I trattati delle virtù sociali, bearb. von Francesco Tateo (Bari 1965).

<sup>18</sup> Erasmo Percopo, Lettere di Giovanni Pontano a principi ed amici, in: Atti dell' Accademia Pontaniana (Neapel 1907) 33.

Perioden aufgeteilt werden, und sie müßte sich über die schon erwähnten Intellektuellen hinaus auch noch mit den Reformatoren der zweiten Hälfte und den Revolutionären der letzten Jahrzehnte des 18. Jahrhunderts befassen. Eine solche Unterscheidung würde aber Abläufe zwischen den großen Intellektuellen und den Personen, die sie beeinflussen und lenken konnten, auf sehr viel höherem Niveau betreffen. Anders stellt sich die Lage für die mittleren und kleinen Intellektuellen dar, die weder eine Kaste noch eine Schicht bildeten, sondern die ziemlich zerstreut, ja man könnte sogar sagen, isoliert waren: Notare, Anwälte, „affittuari“ der lokalen Magistraturen, und, wie schon erwähnt, öffentliche und private Verwalter. Sie waren unentbehrliche Bestandteile der Klientelbeziehungen in den Provinzzentren und besonders in den Feudalterritorien. Sie übernahmen die Funktionen eines notwendigen Verbindungsapparates.

6. Während des gesamten Spätmittelalters bis zum Beginn der Neuzeit basierte das Verhältnis zwischen König und Baronen auf der persönlichen Treue. Der Machtwechsel von den Normannen auf die Schwaben, von den Schwaben auf die Anjou, von den Anjou auf die Aragonesen und die damit einhergehenden Übergangs- und Neuordnungsphasen störten die alte Sicherheit und warfen Fragen nach dem Besitz eines Lehens oder nach den Beziehungen zwischen Lehensherr und Untertan neu auf. Dem „proditor“ wurden Vasallen und Güter genommen und einem Baron „fidelis“ übertragen. In solchen Fällen wurden die Vasallen als Teil des Feudalterritoriums betrachtet. In anderen Fällen waren sie dagegen auf das engste mit dem Baron verbunden und teilten dessen Schicksal – im Guten wie im Bösen. Wurde einem rebellischen Herrn vom Souverän Verzeihung gewährt, so erstreckte sich diese auch auf dessen Untertanen. Gleichzeitig bedeutete es aber auch, daß der Baron in seine herrschaftlichen Rechte wieder eingesetzt wurde und folglich auch das Untergebenenverhältnis der Vasallen wieder hergestellt wurde. Von den vielen möglichen Beispielen sei nur eines angeführt: 1453 gewährte Alfonso dem Grafen von Sinopoli Gnade und ermöglichte ihm so, „omnes et quoscumque villanos ascripticios seu villanas que a dominio et territorio eiusdem Comitatus recesserunt temporibus preteritis [...]“ zur Rückkehr in seine Gebiete zwingen zu können<sup>19</sup>. Im Laufe des Jahrhunderts wurde die Auseinandersetzung zwischen Monarch und Baronen immer heftiger: Nachdem sie ihre eigene Stellung gefestigt und den aufrührerischen Baronen eine Niederlage zugefügt hatten, zwangen die Könige die anderen Barone dazu, sich in Neapel niederzulassen: zuerst am aragonesischen und dann besonders am vizeköniglichen Hof, wo die Barone zwar eine kohäsivere Gruppe darstellten, aber auch verstärkt der Zentralgewalt unterworfen waren.

Verlegten die Adligen ihren Wohnsitz von dem Feudalterritorium oder von den Provinzstädten in die Hauptstadt, so ließen sie ihre Lehen in den Händen von Stellvertretern zurück. Diese übernahmen nun deren Platz als Patrone, indem sie zwar nicht deren ideologische Funktionen, aber zumindest deren praktische Aufgaben erfüllten. So kam es zu einer klaren Trennung zwischen den Inhabern der Macht und denjenigen, die diese Macht auf lokaler Ebene tatsächlich ausübten. In einigen Fällen verschlechterte sich dadurch das Abhängigkeitsverhältnis, da die Abgaben nun im Na-

<sup>19</sup> *Fonti aragonesi*, bearbeitet von den neapoletanischen Archivaren, Bd. I (Neapel 1957) 12.

men einer weit entfernten Autorität erhoben wurden, deren Stellvertreter häufig in ungerechter Weise verfuhrten. Die Loslösung der lokalen Machtausübung von der Person des Feudalherren verstärkte aber gleichzeitig dessen Eigenschaften und manchmal dessen Funktion als „protettore“. Der Besuch des Barons auf seinen Gütern wurde nicht nur als Belastung empfunden – der Geschenke wegen, die ihm gemacht werden mußten –, sondern auch als Möglichkeit, Gerechtigkeit zu erhalten. Als sich 1549 der Graf von Sessa in seine Stadt begab, versöhnte er zerstrittene Parteien, beglich begangenes Unrecht und ordnete alles so hervorragend, daß ein Chronist bestätigte, es würde im ganzen Reich keinen Fürsten geben, der so „dabbene“ wäre<sup>20</sup>. Auch auf diese Weise entstand der Mythos von der Gerechtigkeit der Macht auf höchster Ebene, da ja schließlich die Ungerechtigkeiten überwiegend von den lokalen Stellvertretern verübt wurden.

Mit der Umsiedelung der Barone in die Stadt begannen sich deutlich erkennbare neue Abhängigkeitsverhältnisse in Neapel zu bilden. Die Rolle des Schlosses oder der Burg wurde hier von dem baronalen Palast übernommen, in den der auf den Ländereien erwirtschaftete Gewinn floß. Um ihn herum bildete sich ein dichtes Netz sozialer und wirtschaftlicher Beziehungen; es entstanden weitverzweigte Klientelbeziehungen. Vor allem waren da die Personen, die im Palast arbeiteten: Haushofmeister und Kammerdiener, Zeremonienmeister und Hauslehrer. Eine Stufe tiefer folgten Köche, Diener und Kutscher. Sie alle bildeten die „famiglia“ des Adligen, die in ihrem Inneren nach komplizierten hierarchischen Regeln geordnet war. Der Kammerdiener, der in direktem Kontakt mit dem Baron stand, befand sich dem gewöhnlichen Diener gegenüber in einer gehobeneren Stellung<sup>21</sup>, letzterer wiederum galt mehr als ein von außen kommender Klient niederen Ranges. Eine ganze Reihe von Handwerkern war vom Palast abhängig, und bisweilen nahmen die Werkstätten dessen ganzes Erdgeschoß auf der Außenseite ein. Sei es, daß sie dem Adligen Miete zahlten, sei es, daß sie rein geschäftliche Beziehungen zum Palast unterhielten, die Schneider, Schuster, Schmiede, Tischler und auch Obst-, Fisch- und Lebensmittelverkäufer bildeten ein dichtes Klientelnetz. Auf höherem Niveau – und außerhalb des streng territorialen Bereiches – umgab den in Neapel lebenden Baron eine Klientel höheren Ranges: niedere Adel, Staatsbeamte, Notare und Anwälte.

Die spanische Herrschaft sicherte der dominierenden Schicht eine größere Stabilität: Als der Baron nicht mehr fürchten mußte, sein Lehen aus Untreue dem Herrscher gegenüber zu verlieren, stabilisierte sich auch die persönliche, direkte oder indirekte Bindung zu den Untertanen. Aber ausgerechnet im 16. Jahrhundert verstärkte sich der An- und Verkauf von Lehen, der diese Bindung neuen Spannungen aussetzte. Bevor wir die wichtigsten Konsequenzen aus diesem Vorgehen nennen, ist es zweckmäßig, einen anderen Aspekt der spanischen Herrschaft anzusprechen: Den extremen Formalismus, der die sozialen und klientelen Beziehungen prägte und der schließlich

<sup>20</sup> *Gaspare Fuscolillo*, *Le cronache de li antiqui ri del regno di Napoli*, hrsg. von *Bartolomeo Capasso*, in: *Archivio storico per le provincie napoletane* (Neapel 1876).

<sup>21</sup> *Claudia Petraccone*, *Napoli dal '500 all '800. Problemi di storia demografica e sociale* (Neapel 1974) 59.

wahrhaft rituelle Gestalt annahm. Beispielhaft in dieser Hinsicht ist eine Seite aus Ferrante Carafa:

„come si comincia a trattare con un soggetto, con un Vassallo e servitore, gli si ha a domandare del suo nome, della sua qualità, e dell'esercizio che tiene, e dove si è allevato e cresciuto, e di che si diletta, conforme all'età che tiene. E se colui risponde con umiltà, e prende quelle cortesie per grazie dei superiori, e non per autorità sua, e saprà conoscere i favori dei padroni, e risponderà umilmente, ed inchinevolmente e col rispetto che si deve alla presenza di suo padrone, si può continuare a darglisi dolcezza, e domandarsi con belle parole delle cose sue domestiche, di suo padre, dei suoi fratelli, e dei figliuoli, se è d'età d'averne. E se colui risponde con la solita creanza detta di sopra senza insuperbirsene, e se non parlerà mai se non è domandato, salvo se non fusse di cose appartenenti al suo officio, ed a'suoi servigi, si può continuare a domandargli della sua patria, e delle genti di quella, delle terre e città convicine alla sua. E se risponde alla maniera che abbiamo detto, gli si potrà ragionare delle guerre, ove egli per avventura fusse stato, o di lettere, se egli forse se ne diletta.“<sup>22</sup>

(Sowie man beginnt, mit einem Untergebenen zu verkehren, mit einem Vasall und Diener, so hat man ihn nach dem Namen zu fragen, nach seinem Stand, der Tätigkeit, die er ausübt, wo er aufgewachsen ist und erzogen wurde, woran er Gefallen findet, entsprechend seinem Alter. Und wenn dieser mit Demut antwortet und diese Freundlichkeiten für Gnadenbeweise des Höhergestellten hält und nicht der eigenen Autorität zuschreibt, und wenn er die Gunst der Herren anzuerkennen weiß und ehrerbietig antwortet, mit gebeugtem Haupt und mit dem Respekt, der die Anwesenheit seines Herren gebietet, dann kann man milde fortfahren und ihn mit schönen Worten nach seinen häuslichen Angelegenheiten befragen, nach seinem Vater, seinen Geschwistern und seinen Kindern, wenn er in dem entsprechenden Alter ist. Und wenn er mit der üblichen Wohlerzogenheit, die oben genannt wurde, antwortet, ohne darüber stolz zu werden, und wenn er nicht spricht, es sei denn er wird gefragt, oder über Angelegenheiten, die mit seiner Tätigkeit oder seinem Dienst zusammenhängen, dann kann man fortfahren, ihn nach seiner Heimat zu befragen, deren Bewohnern und benachbarten Gebieten und Städten. Antwortet er auf die genannte Weise, kann man mit ihm über Kriege sprechen, wo er zufällig schon gewesen ist, oder über Literatur, wenn er daran Gefallen fände.)

Dieses Zeremoniell spiegelt auf sehr genaue Weise das Verhältnis von Unterordnung und Protektion wider. Der Adelige wandte sich mit Wohlwollen an den Vasallen, aber dieser mußte mit Demut antworten und sich vergegenwärtigen, daß dieses Wohlwollen nur Gnade („grazia“) und Gunst („favore“) war. Der Dialog verlief graduell: Je mehr Demut der Untertan bezeugte, um so größere Gnade gewährte ihm der „padrone“. Das Ritual spiegelte effektive Machtverhältnisse wider, und nur diese zählten. Je weiter man sich der Basis der Klientelpyramide näherte, um so kürzer wurden die Entfernungen, ohne sich jedoch ganz aufzuheben: Das Wohlwollen wurde betont, die Demut verwandelte sich in Respekt, aus dem Adelstitel wurde ein einfaches „don“. Aber auch diese Anrede bedeutete eine Unterscheidung, die zur Anerkennung der sozialen Überlegenheit derjenigen Personen, die sich auch nur eine kleine Stufe höher in der Pyramide befanden, notwendig war.

Der ständig zunehmende Einfluß der wirtschaftlichen Beziehungen zu Beginn des 16. Jahrhunderts, der im An- und Verkauf von Lehen deutlich wird<sup>23</sup>, veränderte die Substanz, wenn nicht sogar die Form der Klientelverhältnisse. Wirtschaftliche Beziehungen waren, wie oben erwähnt, auch schon im Mittelalter nicht nebensächlich ge-

<sup>22</sup> Scipione Volpicella (Hrsg.), *Memorie di Ferrante Carafa, marchese di San Lucido*, in: *Archivio storico per le provincie napoletane* (Neapel 1880) 246, 256–257

wesen. Aber zwischen dem 16. und dem 18. Jahrhundert wurden sie zum entscheidenden Element in der hierarchischen Struktur (und deshalb in den Klientelbeziehungen), auch wenn Prestige und Legitimation, abgeleitet von einem Adelstitel, einem Amt oder einer sonstigen sozialen Funktion, sehr nützlich blieben. Da allmählich die Einkommen aus Grundbesitz die Einkommen aus richterlichen Ämtern weit überstiegen hatten, hatte sich gegen Ende des 18. Jahrhunderts, noch vor Aufhebung des Feudalismus im Jahre 1806, ein sehr großer Teil der Barone in Grundbesitzer verwandelt. Auch in dieser neuen Eigenschaft blieben sie im Mittelpunkt intensiver Klientelbeziehungen. Die Bildung einer neuen bürgerlichen Klasse, die sich im allgemeinen in die schon vorhandenen wirtschaftlichen Strukturen einfügte, zerstörte diese Klientelbeziehungen nicht, sondern vervielfältigte sie noch: Die große Klientelpyramide wurde seltener, aber es gab nun eine größere Anzahl kleinerer Pyramiden und „clusters“. Und diese bildeten sich sogar um einige Staatsfunktionäre.

Das Jahr 1806 bedeutete also das Ende des Feudalismus, aber nicht das Ende der Klientelbeziehungen. Ab 1806 wurde die Rolle des Staates immer einschneidender und ausgeprägter, und diese Tatsache brachte einige deutliche Änderungen mit sich: Die Klientel war auf politisch-sozialem Gebiet nicht mehr nur Ausdruck der Zersplitterung der Gesellschaft des „Mezzogiorno“, sondern auch ein Mittel, um diese Zersplitterung zu bewahren. Eine solche Zersplitterung war notwendig zur Aufrechterhaltung lokaler Machtpositionen, wie sie die alten dominierenden Gruppen bis zu diesem Augenblick innegehabt hatten, aber auch zur Konsolidierung neuer Kräfte, die sich erst seit kurzem durchgesetzt hatten. Das Problem der Beziehung zum Staat wurde immer wichtiger, bis es schließlich nach 1860 seine größte Bedeutung erreichte. Der Gegensatz zwischen generellen Interessen, wie sie in staatlichen Maßnahmen zum Ausdruck kamen, und lokalen Interessen, welche die Grundlage der klientelen Organisation waren, konservierten in einigen Gebieten des „Mezzogiorno“ nicht nur die Trennung von Staat und Gesellschaft, sondern verstärkten sie noch. Damit war das Überleben des Klientelismus gesichert, ja sogar dessen Stärkung vorbereitet. In der Folge nahm ein Teil dieser Klientel außergesetzliche Formen an und versuchte gleichzeitig, sich in die staatlichen Strukturen einzufügen. Aber das ist, wie man so schön sagt, eine andere Geschichte.

<sup>23</sup> Über diese und andere Aspekte der Prozesse, die hier in diesem Aufsatz kurz dargestellt wurden, vgl. *Aurelio Lepre*, *Feudi e masserie. Problemi della società meridionale nel '600 e nel '700* (Neapel 1973) und *ders.*, *Terra di Lavoro nell'età moderna* (Neapel 1978).

# V. Klientelsysteme in Spanien

## Einleitung zur Diskussion

*Helmut G. Koenigsberger*

### Queries on Spain

The excellent papers by Professor Pérez-Picazo and Professor Lemeunier make a very suitable ending for this colloquium for two reasons:

1. they show patronage and clientage at a low social level and the interconnections of this level with high politics;

2. they show this over a much longer period of time than any of the other papers has attempted to do, viz. from the 15th to the 20th centuries.

a) We are shown very clearly the basic origin of the clientage system in the early modern period: the need for the central monarchy (or government) of a large country to rely on those who have local power. This was particularly important in Murcia. Owing to the date of the *reconquista* of this part of Spain, the 13th century, royal power appeared late in this province. During the reconquest vast areas of land had been distributed to relatively few people. At the same time there was no local landed nobility who commanded traditional and immediate influence in the area. Effective local power or influence therefore lay below the aristocratic level.

*Queries:* were the great noble families, such as the Fajardo-Los Vélez, so grand and so far away that, like the king himself, they needed local help? How did this pattern differ, if at all, from the position in the settlements in East Elbia?

b) In the absence of a local nobility, local authority tended to lie with the *bandos*. The *bandos* were a mixture of clan, family and clientage networks or linkages. In the absence of effective government police or military power, they tended to fight each other and to prevent the unbiased administration of justice by the classic methods of bringing pressure on witnesses and often also on the judges.

*Query:* why was pre-Reformation Scotland more peaceful? or was it really? Were the settlements earlier than in southern Spain?

c) The rivalries and struggles of the *bandos* tended to be channelled into the patterns of the conflicts higher up on the social scale, the conflicts of the high nobility (*Aside:* and since this is a very common phenomenon in late-medieval and early mod-

ern Europe, I was earlier on sceptical of a theory which claimed that the mass of the population of Florence was concerned only with the affairs of their own quarter or neighbourhood of the city).

d) The papers gave indications of important changes of these patterns through time. These changes depended on the conjunctures of certain conditions, developments or events. The most important of these were four

- (1) economic difficulties
- (2) waves of banditry
- (3) transformations of municipal institutions
- (4) ups and downs of the effectiveness of the state apparatus.

e) Two constants should be noted:

- (1) the struggles between the *bandos* were not anti-royalist
- (2) the parties tended to close ranks when the oligarchy of those actually holding power and leading the *bandos* was attacked.

f) Transformations in the 19th century: the *bandos* now affiliate to the political parties.

In each small town one *cacique* still tends to hold control and, therefore, only one political party.

*María-Teresa Pérez Picazo / Guy Lemeunier*

## Formes du pouvoir local dans l'Espagne moderne et contemporaine: des bandos au caciquisme au royaume de Murcie (XV<sup>e</sup>–XIX<sup>e</sup> siècles)

«... et de ceci et d'autres événements qui se produisaient, on n'écrivait rien et le tout restait impuni; d'où s'ensuivaient d'autres scandales plus graves, au grand mépris de notre juridiction royale, et ainsi, pour éviter davantage de malheurs et de morts, comme l'an dernier où il s'en était produit quinze et aucune n'avait été châtiée ... [nous avons résolu de] vous envoyer un alcalde mayor pour qu'une ville de mille deux cents feux et de beaucoup de noblesse ne se perde.»

Charles II au conseil municipal de Cehegin (Murcie), 3 août 1689<sup>1</sup>.

«... la quiétude dont jouit cette tranquille province au milieu de la confusion que d'autres subissent.»

J. M. Mussó Valiente, Gouverneur de Murcie, 3 avril 1834<sup>2</sup>.

Enclavé entre deux régions espagnoles bien connues pour l'âpreté de leurs luttes politiques internes à toutes époques, Valence et l'Andalousie, le royaume de Murcie surprend quelque peu par son apparente apathie sociale. En particulier aux temps modernes et contemporains: en conséquence d'une formidable croissance de base agricole qui fait sauter les densités humaines de 1,5 à 30 habitants/km<sup>2</sup> entre 1450 et 1900<sup>3</sup>, on s'attendrait à observer de fortes tensions dans le tissu social et à enregistrer des secousses périodiques. Or on détecte bien un mouvement continu de protestation régionale contre le système féodal en ses divers éléments, contre la dîme, les charges seigneuriales, les exigences des oligarchies municipales et les diverses manifestations de la montée de l'Etat monarchique (impôts, levées militaires ...). Mais l'opposition prend de préférence l'aspect d'une résistance passive, de la fraude, de la fuite et de l'errance, ou, lorsque les ressources le permettent, se canalise en procédures judiciaires

<sup>1</sup> Archivo Municipal (A.M.) Cehegin, Sec. 1, Leg. 7, Exp. 5, fol. 164.

<sup>2</sup> Archives privées, Mula. Nous remercions toutes les personnes qui ont bien voulu nous donner accès à leurs archives personnelles et nous faire part de leurs propres connaissances sur le présent sujet ou des domaines voisins. Mais cette recherche est surtout redevable à l'amitié et à la vaste expérience archivistique de J. Gonzalez Castaño qui poursuit une étude sur l'une des familles dont il sera question.

<sup>3</sup> Voir *M. T. Pérez Picazo* et *G. Lemeunier*, *El proceso de modernización de la region murciana* (s. XVI–XIX) (Murcie 1984).

pluri-séculaires<sup>4</sup>. Il est rare qu'elle dégénère en épisodes de luttes ouvertes, sauf lors des grandes commotions nationales: *Comunidades* (1520–1521), affaire d'Esquilache (1766), guerre d'Indépendance (1808–1812), *Trienio* libéral (1820–1822).

Cependant paix sociale n'est pas forcément synonyme de tranquillité publique: la Murcie moderne jouit au contraire d'une solide réputation de turbulence, stigmatisée par le jugement lapidaire de Charles III sur les «Murcianos, gitanos y otra gente de mal vivir». Mais ce qui anime la scène politique régionale, ce sont plutôt des formes de conflictivité horizontale qui, dans un climat de violence polymorphe caractéristique des fronts pionniers, mettent aux prises des solidarités hiérarchiques: familles, clientèles, factions. Offrant un exutoire aux tensions sociales accumulées, ces luttes empêchent même, ou masquent, les manifestations de conflictivité verticale.

Au long des trois siècles de la modernité, la turbulence traverse des phases successives d'aggravation et d'assouplissement, mais il semble qu'à partir du milieu du XIX<sup>e</sup> siècle elle s'apaise pour une longue période, au moment même où les luttes politiques nouvelles gagnent tout le pays. Seulement alors on peut parler de Murcie comme d'«une tranquille province».

En fait, l'effervescence traditionnelle, l'apaisement de fin de siècle et le mécanisme de la transition entre les deux constituent un problème historique qui réclame une solution, tant pour son intérêt propre qu'en vue d'une meilleure approche des affrontements contemporains dans l'Espagne méditerranéenne.

De quels éléments de compréhension dispose-t-on pour entreprendre cette étude? Il faut confesser que le bagage est maigre.

Grâce à une longue tradition historique, développée dans les facultés de lettres et de droit ainsi qu'à l'étranger, nous connaissons assez bien les ressorts du pouvoir suprême dans l'Espagne médiévale, moderne et contemporaine: les institutions et les règles de leur fonctionnement, les personnages qui les animent, les stratégies familiales, le jeu des clientèles, les luttes de factions. Même remarque en ce qui concerne la constitution de l'État libéral, la composition et l'alternance des partis politiques ... Plus récemment les recherches se sont éteintes autour des cercles du pouvoir vers la haute administration, l'Église et l'armée.

En revanche, sauf pour les royaumes périphériques (Aragon, Catalogne, Valence) où les crises intermittentes ont depuis longtemps motivé les tentatives d'explication historique, on ignore à peu près tout du pouvoir local en Espagne entre les Rois Catholiques et la chute de l'Ancien Régime (1836): son enjeu, sa répartition, son mode d'exercice et ses rapports avec le pouvoir central. Cette lacune est propre à l'époque moderne et limite la portée des synthèses d'histoire politique globale.

L'historiographie des périodes antérieure et postérieure a, au contraire rendu classiques comme phénomènes politiques majeurs au niveau local, d'une part, les *bandos* et d'autre part, le «caciquisme». Le premier terme, familier des spécialistes du Bas Moyen Âge espagnol, désigne à la fois des factions et leurs luttes, et se trouve à l'origine d'un certain nombre de dérivés (ainsi pour le Pays Basque et la Ribera de Valence, on par-

<sup>4</sup> Sur la conflictivité rurale, M. T. Pérez Picazo et G. Lemeunier, *La cuestión agraria en el Reino de Murcia en torno a 1800*, dans: *Areas*, n.5.

lera plutôt de *banderías* et de *banderizos*), famille sémantique à laquelle appartient aussi le sous-ensemble bandit-banditisme-contrebande. Quant au vocable de cacique, forgé à propos des dirigeants politiques des populations antillaises, il avait été étendu par les découvreurs espagnols à l'ensemble des chefferies indigènes du Nouveau Monde. Repris en métropole et consacré dans le vocabulaire politique de la seconde moitié du XIX<sup>e</sup> siècle sous ses formes originelle et dérivée (caciquisme), il se réfère au pouvoir despotique et informel d'un notable local, avec les connotations préjoratives que l'on devine.

Bandos et caciquisme appartiennent à la koinè des historiens médiévistes d'une part, contemporanéistes de l'autre. Cependant les deux phénomènes n'ont été que très partiellement étudiés, le premier au niveau des grandes villes castillanes du XV<sup>e</sup> siècle, le second dans l'Andalousie contemporaine, l'un et l'autre plutôt dans leur articulation avec la vie politique nationale que dans leurs conditions sociologiques locales<sup>5</sup>.

Telles quelles, les études publiées offrent une solide référence. Mais entre 1500 et 1850, c'est le vide. D'où les incertitudes des historiens de l'époque intermédiaire: les bandos se poursuivent-ils? Comment se forme le caciquisme? G. Colas et J. M. Salas, en amont, s'étonnent de la violence politique qu'ils découvrent dans l'Aragon du XVI<sup>e</sup> siècle et l'attribuent à l'archaïsme de la société régionale<sup>6</sup>. En aval, E. Témine et G. Chastagnaret s'interrogent, et avec pertinence, sur les origines du caciquisme dans l'Espagne contemporaine. Personne ne tente de relier les deux phénomènes.

Quelques lueurs récentes, pour l'époque moderne. M. C. Gerbet<sup>7</sup> nous prévient: les mutations politiques correspondant au règne des Rois Catholiques suppriment l'éventualité des bandos nationaux (visant au contrôle de l'appareil d'Etat), mais n'altèrent en rien les conditions de formation de bandos locaux. Et B. Bennassar qui constatait à Valladolid la disparition des bandos municipaux en analyse brièvement un avatar andalou du XVII<sup>e</sup> siècle<sup>8</sup>.

La réflexion de base bibliographique ainsi que divers sondages archivistiques nous convainquirent peu à peu de l'existence d'un triple caractère commun aux bandos et au caciquisme: composition (une clientèle), objectif (la conquête et l'exercice du pou-

<sup>5</sup> Pas d'étude urbaine locale pour le Bas Moyen Age sans référence aux luttes de bandos. Pour une mise au point complète et récente sur les bandos locaux et leur articulation sur les bandos nationaux, voir *M. C. Gerbet*, *La noblesse dans le Royaume de Castille. Etude sur ses structures sociales en Estrémadure de 1454 à 1516* (Paris 1979). Les travaux fondamentaux concernant le caciquisme sont: *J. Tussell*, *Oligarquía y caciquismo en Andalucía* (Barcelone 1976); *J. Varela Ortega*, *Los amigos políticos. Partidos, elecciones y caciquismo en la Restauración (1875-1900)* (Madrid 1977); *E. Témine et G. Chastagnaret*, *Contribution à l'étude des sources et des formes des pouvoirs locaux dans l'Espagne rurale contemporaine. Réflexions sur le caciquisme*, dans: *Cahiers de la Méditerranée, Actes des Journées d'Etudes de Bendor (26-28 avril 1979)*; *A. Yanini*, *El caciquismo* (Valence 1984).

<sup>6</sup> *G. Colas Latorre et J. M. Salas Ausens*, *Aragón en el siglo XVI. Alteraciones sociales y conflictos políticos* (Universidad de Zaragoza 1982).

<sup>7</sup> Op. cit. en note 5.

<sup>8</sup> *B. Bennassar*, *Valladolid au siècle d'Or* (Paris 1967), 407-411 et: *Vivre à Andújar au XVII<sup>e</sup> siècle* (*Actas del I Congreso de Historia de Andalucía*, 1976. *Andalucía moderna S. XVI-XVII. t. I*, 1978) 131-141.

voir local), cadre (l'institution municipale). Tous deux supposent l'existence de clientèles groupées autour d'un lignage pour le contrôle du pouvoir local et la répartition de ses avantages matériels et moraux. Dès lors, il n'était pas impensable de vouloir suivre dans l'histoire politique locale le fil conducteur menant d'un phénomène à l'autre.

Ainsi notre recherche menée sur la très longue durée (XV<sup>e</sup>-XIX<sup>e</sup> s.), mais dans un cadre concret, le royaume de Murcie (20.000 km<sup>2</sup>) a-t-elle visé dans un premier temps à suivre l'évolution de l'institution municipale, en second lieu à y établir la permanence à travers l'époque moderne de luttes de factions de type médiéval, et enfin à dégager le processus de résolution des bandos dans le caciquisme: ce passage apparemment étrange de l'effervescence au mutisme.

## I. Le cadre municipal

Le municipio est l'instance fondamentale sur la connaissance de laquelle doit s'appuyer toute étude de phénomène politique en Castille autant que dans le reste de l'Europe méditerranéenne<sup>9</sup>.

*Municipio* (jusqu'à la fin de l'Ancien Régime on dit plutôt *concejo*), le vocable recouvre trois notions profondément imbriquées. Le municipio est d'abord une communauté humaine née de la Reconquête et du repeuplement qui la suit et l'assure: un groupe de familles chrétiennes établies à l'origine sur la frontière pour la défendre. C'est aussi le territoire qui lui a été assigné. C'est enfin l'organisation juridico-politique qui la structure: *fueo* octroyé par le roi qui définit les relations des habitants entre eux, *concejo*, au sens restreint d'instance politique locale, ordonnances qui manifestent le pouvoir législatif et les attributions juridictionnelles du *concejo*, budget propre.

Disons tout de suite que le municipio murcien présente une version extrême du municipio castillan. Il est tardif (la Reconquête date ici du milieu du XIII<sup>e</sup> siècle). Excepté la parenthèse du Bas Moyen Age, il résiste bien à l'offensive seigneuriale: le municipio royal restera la forme politique dominante dans l'ensemble régional, différence fondamentale avec Valence et l'Andalousie. En raison du climat subaride, mais plus encore des modalités du repeuplement (faiblesse des densités, concentration de l'habitat), il se voit doter d'un immense territoire dominé et exploité à partir d'un centre de caractère

<sup>9</sup> Impossible de fournir ici une bibliographie concernant l'histoire des municipes hispaniques surtout enrichie par médiévistes et historiens du droit. Citons pour la Catalogne l'ouvrage le plus récent, *J. Torres Ribé*, *Els municipis catalans de l'Antic Règim 1450-1836* (Barcelone 1983). Sur la vigueur du municipio castillan dont le cadre s'est étendu au royaume de Murcie en raison des modalités de la Reconquête, et sur l'option seigneuriale opposée qui prévaut alors dans la Couronne d'Aragon, voir *J. Torres Fontes*, *Jaime I y Alfonso X, dos criterios de repoblación* (VII Congreso de Historia de la Corona de Aragón, Barcelone, 1962), t. II, 329 et s. Pour une mise en valeur du fait municipal dans l'histoire économique, sociale et politique de la région murcienne: *M. T. Pérez Picazo* et *G. Lemeunier*, op. cit. en note 3, et *G. Lemeunier*, *Las ordenanzas de Lorca: la imagen del poder municipal en la Murcia moderna*, introduction à l'édition des Ordenanzas de Lorca (Murcie 1983).

urbain: exemple Lorca, 2.000 km<sup>2</sup> (95 km du nord au sud), pour 5.000 habitants environ autour de 1.500 pratiquement tous regroupés au chef-lieu.

L'édiction des normes d'usage de ces étendues sauvages, l'encadrement de la colonisation agricole opérée entre le XV<sup>e</sup> et le XIX<sup>e</sup> s., la gestion des ressources hydrauliques rares, les nécessités de la défense face à la menace de Grenade puis des pirateries côtières, l'importance des ressources communes qui y sont destinées expliquent la vigueur de l'institution municipale en pays murcien et en même temps les tensions manifestées autour d'elle à toutes époques.

A la fin du Moyen Age, la gestion municipale n'est plus décidée par l'ensemble des chefs de familles (si elle l'a jamais été), mais par un petit nombre de lignages prépondérants, nobles seulement dans les principales agglomérations. Au point que selon une conception renforcée par l'historiographie de l'époque, la communauté politique tend à s'identifier au groupe de lignages patriciens dont l'histoire s'enracine dans le mythe d'origine municipal: *repartimientos* effectués entre les *pobladores* de Murcie et de Lorca, exploits des 30 guerriers de Mula, des 80 chevaliers qui accompagnèrent l'infant don Fadrique à la conquête de Jumilla, tous venus du Nord, de Galice, d'Aragon, de France ...

Ces lignages se côtoient journallement dans le cadre de la petite ville, se connaissent parfaitement et mènent entre eux des relations mouvantes d'hostilité et d'alliance motivées par les intérêts économiques, les relations amoureuses et les stratégies matrimoniales, le souci du prestige, les exigences de l'honneur.

Par les multiples avantages qu'elle peut apporter, matériels, fiscaux, judiciaires, symboliques, la gestion municipale constitue le principal enjeu de ces affrontements. Elle est assurée par l'*ayuntamiento*, assemblée de *regidores* en nombre variable auxquels s'ajoutent une certaine représentation populaire (*jurados, procuradores del común*), et de titulaires de charges à caractère technique: judiciaire, financier, économique, policier. A leur service, toute une bureaucratie à l'échelle du municipe.

Les charges politiques, au XV<sup>e</sup> s., sont en général pourvues par élection annuelle, c'est-à-dire en fait par cooptation: l'assemblée sortante, éventuellement élargie aux membres les plus influents de la communauté, désigne les magistrats de l'année suivante. Dans les municipes seigneuriaux, seigneurs et commandeurs nomment les titulaires, soit directement, soit sur présentation par l'assemblée sortante. Quant aux offices spécialisés, ils sont diversement pourvus par les *regidores* eux-mêmes: élection, tirage au sort ou adjudication après enchères (notamment pour la garde forestière, la police des marchés ...<sup>10</sup>).

On comprend l'acharnement qui préside à la double opération de désignation. *Regimientos* et *juraderías* permettent aux lignages les plus puissants de placer leurs membres aux postes de commande. Nominations aux charges exécutives et concessions de baux municipaux pourvoient cadets, parents et alliés, créent ou récompensent des fi-

<sup>10</sup> Deux publications récentes éclairent ces procédés: *M. Rodríguez Llopis*, *Conflictos fronterizos y dependencia señorial: la encomienda santiaguista de Yeste y Taibilla (s. XIII-XV)* (Albacete 1982) et *A. L. Molina Molina*, *Las ordenanzas de Cabrero al concejo de Lorca (1490)*, dans: *Estudios sobre la region murciana*, Cuadernos de Historia 10 (1983).

délités, soudent le lignage et sa clientèle. Une heureuse stratégie municipale est indispensable à la fortune du lignage patricien. Le contrôle du pouvoir local dans des conjonctures politiques et économiques difficiles peut lui assurer des atouts décisifs pour l'avenir. Dans ces conditions, la date fatidique des élections (St Barnabé, St Jean, St Pierre ...) ravive chaque année les tensions latentes. D'où des déchaînements périodiques de violence qui vont donner à la Monarchie prétexte pour intervenir contre «les dommages, inconvénients, vacarmes et différences qui s'ensuivent dans quelques localités de nos royaumes et seigneuries de la Couronne de Castille où les offices ... sont annuels» (Charles-Quint à Carthagène, 1543)<sup>11</sup>, et bonne conscience pour détourner le système à son profit.

Précisément dans la capitale régionale, comme dans les grandes villes castillanes, un autre système est déjà en place, dont l'extension va perturber le jeu politique municipal: les charges de régidores y sont à la disposition du roi. A la rencontre des besoins financiers de la Monarchie et de la demande oligarchique, on assiste aux XVI<sup>e</sup>-XVII<sup>e</sup> siècles, à la patrimonialisation progressive des charges municipales: concession viagère, octroi de la faculté de renonciation en faveur d'un tiers, hérédité<sup>12</sup>. De Charles-Quint à Philippe IV, le processus s'accélère par la mise en vente des offices municipaux traditionnels ou nouvellement créés pour la circonstance. On sait en effet qu'à la différence de la Monarchie française, les Habsbourg d'Espagne vendent les charges municipales et non les offices de judicature.

Au-delà des stratégies complexes d'adaptation à la patrimonialisation, le jeu politique principal entre les lignages se déplace désormais de l'élection des régidores à celle des charges spécialisées restées libres (*alcaldes, mayordomo*...). Tel est grosso modo le type d'organisation municipale qui va perdurer jusqu'à la fin de l'Ancien Régime en dépit de quelques retouches dues à la Monarchie des Lumières. Mais avec le régime libéral disparaît le monopole politique des régidores perpétuels et s'instaure un système d'élection: d'abord sélection à deux degrés, puis suffrage censitaire au barème peu à peu décroissant. On en revient presque au système originel, celui de l'élection restreinte, le collègue n'étant plus alors formé par un consensus oligarchique mais par des

<sup>11</sup> A. M. Carthagène, Caja 115, Exp. 23.

<sup>12</sup> Sur les institutions municipales de Murcie-capitale qui restent les mieux connues de la région, abondante bibliographie citée dans les différents volumes de l'Historia de la Región Murciana (Murcie, 1980-1984), thèse inédite de C. M. Cremades Griñan pour le XVIII<sup>e</sup> siècle (Murcie 1983) et thèse en cours de D. Menjot sur la Murcie médiévale. Allusions au processus de patrimonialisation dans J. B. Owens, Rebelión, monarquía y oligarquía en la época de Carlos V (Universidad de Murcia 1980) et F. Chacon Jimenez, Murcia en la centuria del quinientos (Universidad de Murcia 1979), ouvrage en préparation de Owens sur la vie municipale à Murcie-capitale de 1500 à 1650. Sur une région proche, A. Malpica Cuello et J. M. Ruiz Povedano, La patrimonialización de los oficios concejiles y la formación de la oligarquía ciudadana en Malaga a fines de la Edad Media (Actas II Coloquio de Historia de Andalucía, Andalucía Medieval 1983) 449-470. En Espagne comme en France, la vente des offices a fait l'objet de nombreuses études. Tout récemment, une rapide synthèse de A. Domínguez Ortiz, Política fiscal y cambio social en la España del siglo XVII (Madrid 1984) 171-190.

niveaux de fortune. Et les élus sont en majorité des descendants de la vieille oligarchie. Ils unissent ainsi au prestige que leur vaut une origine ancienne (dans un contexte plutôt pauvre en traditions) leur qualité de premiers contribuables locaux. Seulement dans les plus grands municipes, la Révolution bourgeoise aura permis l'accès aux assemblées d'une minorité d'hommes nouveaux: commerçants, laboureurs enrichis, membres des professions libérales<sup>13</sup>.

Ces modifications dans les structures municipales ne trouvent leur sens qu'en relation avec le changement des bases du pouvoir local: dans une région où les défrichements ont fortement progressé aux XVIII<sup>e</sup>-XIX<sup>e</sup> siècles, celui-ci repose de plus en plus sur la propriété foncière au sens bourgeois, et non plus sur le contrôle politique de la terre et de l'eau (attribution des pâturages, contraintes collectives, octroi des licences de défrichement ...). Privé de ses biens propres et donc de son autonomie financière, souvent de ses communaux, amputé de la plus grande partie de ses responsabilités hydrauliques, le municipe murcien de l'époque libérale n'est plus qu'un instrument au service de la propriété privée et un collecteur de votes pour les élections nationales. En ce sens, il importe toujours de le contrôler. Il ne sera bientôt plus nécessaire d'y être effectivement présent.

## II. Les bandos classiques et modernes

Les particularités du cadre municipal murcien expliquent dans une large mesure le type de conflictivité dominant qui s'y développe à l'époque moderne et l'originalité à cet égard du Sud-Est par rapport aux régions voisines. Le royaume de Valence, comme toute la Couronne d'Aragon, connaît une organisation municipale proche. Mais les formes d'habitat et le statut juridique y opposent quelques grandes villes, municipes royaux, aux petites seigneuries qui occupent le plat-pays et regroupent les trois quarts de la population. L'Andalousie pour sa part correspond bien au schéma que nous avons dégagé pour la Murcie: mêmes institutions municipales appliquées sur un réseau d'habitat fortement concentré, même proportion égalitaire entre municipes royaux et seigneuriaux. Mais au lieu de se disperser entre des commandeurs viagers et quelques seigneurs de deuxième rang sauf exception, les seigneuries andalouses sont monopolisées par quelques grands lignages aristocratiques (Medina Sidonia, Medina-

<sup>13</sup> Comme pour les périodes antérieures, le cadre juridique du municipe espagnol de l'époque libérale est bien étudié. Connaissance récemment renouvelée par *C. de Castro*, *La revolución liberal y los municipios españoles* (Madrid 1979). Voir aussi la plupart des titres de la collection «Administración y Ciudadano» en particulier: *Guía de alcaldes de los pueblos de España*, Dirección de alcaldes constitucionales de *Vizcaino Perez* et de *F. de M. Miguel Sanchez* (Madrid 1979) et: *Municipalidades de Castilla y León* de *A. Sacristan y Martinez* (Madrid 1981). Cependant le thème est à peine traité dans: *La economía al final del Antiguo Régimen*, vol IV, *Las instituciones*, édition et introduction de *M. Artola* (Madrid 1982). Sur le municipe murcien de la Restauration, voir *M. T. Pérez Picazo*, *Oligarquía urbana y campesinado en Murcia (1875-1902)* (Murcie 1979).

celi, Arcos, Osuna), capables d'exercer un pouvoir sans contrepartie tant sur leurs domaines propres que sur les grandes cités royales avoisinantes<sup>14</sup>.

Ainsi au royaume de Valence comme en Andalousie, l'histoire politique locale sera dominée par les affrontements paysannerie-bourgeoisie agraire-seigneurs, alors qu'à Murcie, la conflictivité verticale est une exception, liée à la mise en cause du régime seigneurial là où il est effectif, au système local d'appropriation de l'eau (Lorca, Moratalla) ou à certaines conjonctures nationales. Le régime seigneurial engendre les luttes sociales tandis que l'institution municipale, type murcien, est inséparable des bandos oligarchiques qui s'en disputent la maîtrise.

### 1. Composition et mode d'action des bandos<sup>15</sup>

Au cœur du bando se trouve une parentèle ou un lignage qui lui donne son nom et autour duquel se regroupent d'autres lignages déjà apparentés ou attirés par la réalisation d'une alliance matrimoniale, ou encore par la communauté provisoire d'intérêts. Le bando est dirigé par le chef du lignage prépondérant (*cabeza*) ou par l'ensemble des chefs de lignage constituant un conseil plus ou moins formel réuni notamment pour des repas ou à l'occasion de cérémonies. Mais les jeunes du bando ont toujours un rôle de premier plan: champions du prestige lignager, indisciplinés, ils se livrent à toutes sortes d'actes agressifs, provoquent les événements, compliquent les situations et offrent de nombreuses victimes.

Aux liens de parenté par le sang s'ajoutent ceux de la pseudo-parenté à caractère religieux: le baptême crée des relations privilégiées de protection-fidélité (*padrinazgo, compadrazgo*), ainsi que l'appartenance à une même confrérie. Par les filleuls, compères, confrères, la clientèle des lignages oligarchiques pénètre dans les milieux populaires.

Autour du noyau parental se regroupent les individus et les familles situés dans la dépendance économique et sociale du chef de lignage: ceux qui constituent sa «maison», serviteurs et esclaves, ceux qui reçoivent ou ont reçu de lui éducation, entretien et salaire (*criados, paniaguados*, affranchis, bénéficiaires d'*acostamientos*), ceux qui gèrent ses terres et ses troupeaux (intendant, fermiers, métayers, censitaires, laboureurs, ouvriers agricoles, maître-berger, bergers); s'il est titulaire d'une seigneurie, ses vassaux. Le terme de *criado* surtout revient au XV<sup>e</sup> s., et au début du XVI<sup>e</sup> s.: réduit plus tard à l'équivalent de serviteur, il désigne à l'origine celui qui a été élevé dans une maison, reste partiellement à son service, en reçoit un salaire, des cadeaux et avantages divers et

<sup>14</sup> Pour saisir le contraste entre la faiblesse du fait seigneurial à Murcie et son importance dans les régions voisines, il suffit de comparer trois cartes juridictionnelles: Pérez Picazo et Lemeunier. *El proceso*, op. cit., carte 6; M. Peset et V. Graullera, *Nobleza y señoríos durante el XVIII valenciano* (Estudios de historia social, n. 12-B, 1980) 248-249 et *Andalucía del Medioevo a la Modernidad* (1350-1504) (Barcelona 1981) 104 (d'après A. Collantes de Teran).

<sup>15</sup> Sur le rôle de l'honneur familial dans les luttes locales en Méditerranée, voir par exemple: R. Jamous, *Honneur et baraka. Les structures sociales traditionnelles dans le Rif* (Paris 1981).

lui garde fidélité<sup>16</sup>. Dans un milieu provincial, le terme semble s'être conservé. en 1806, lors de l'enquête qui suit le meurtre du marquis de Torre del Barco, à Mula, Don Joseph Tejero est encore dit «*criado comensal*» de Don Manuel Francisco Valcarcel<sup>17</sup>.

Le voisinage joue également son rôle en renforçant d'autres solidarités: ensemble des locataires des maisons annexes à la demeure patricienne (la *casa principal* est entourée de *casas acesorias*), groupe de quartier où s'exercent l'aumône et l'assistance et qui sert de base à la formation de la milice, communauté paroissiale, attache commune à un édifice religieux (lieu de sépulture d'un lignage, siège d'une confrérie). On sait que dans certaines villes du Nord, comme Salamanque et Bilbao, des noms de paroisses se sont substitués aux patronymes pour désigner les bandos.

Enfin à l'intérieur ou en dehors de ce vivier, les chefs de lignage recrutent éventuellement des gardes du corps ou des hommes de main occasionnels. Don Juan Chico de Guzman, du principal lignage de Cehegin, nommé alcalde mayor de Cieza déchirée par les bandos, y entretient une garde personnelle amenée de chez lui qui lui évitera de connaître le sort de son prédécesseur. L'attaque de l'église de Cieza, le mercredi des Cendres 1662 par 300 hommes d'armes suppose, en plus de la mobilisation des clientèles, l'embauche de mercenaires valenciens<sup>18</sup>. Les étrangers échappent plus facilement aux poursuites. Ainsi les liaisons entre bandos urbains et banditisme sont permanentes et conduisent à les confondre.

Les bandos murciens sont loin d'avoir la permanence, la structuration interne et la projection sociale d'autres organisations comparables comme les banderías basques de base ethnique ou les bandos-lignages des villes du Nord (Trujillo, Salamanque, Valladolid, Bilbao) qui regroupent de façon stable des effectifs importants<sup>19</sup>. Ils se classeraient dans la catégorie des *bandos-parcialidades* (bandos-partis) distingués par M. C. Gerbet. Si certains affrontements interfamiliaux durent trois siècles et plus, des élections d'offices médiévaux au clivage libéraux-absolutistes du XIX<sup>e</sup> s., la plupart des factions se forment et se défont, connaissent des réactivations, disparaissent ou se fondent dans des alliances différentes ou plus vastes. La population ne s'engage que partiellement dans ces conflits: les enquêtes judiciaires permettent de distinguer les acteurs, leurs partisans, les témoins favorables, les réticents, les neutres.

<sup>16</sup> Sur le *criado* comme élément essentiel des clientèles nobles au XVe siècle, voir surtout Gerbet, La noblesse, op. cit. en note 5, 328-344.

<sup>17</sup> Archives privées, Cehegin.

<sup>18</sup> A. M. Cieza, Délibérations municipales, années 1662, et s.

<sup>19</sup> Pour Trujillo et l'Estrémadure, Gerbet, op. cit. Pour Salamanque, C. I. Lopez Benito, Bandos nobiliarios en Salamanca (1983). Sur Valladolid, thèse en cours de A. Rucquoi (époque des Trastamare) et Bennassar, op. cit. en note 8. Pour Bilbao et le Pays Basque, J. Caro Baroja, Linajes y bandos (Bilbao 1956); J. A. Garcia de Cortazar, Vizcaya en el siglo XV. Aspectos económicos y sociales (Bilbao 1966); A. de Otazu, El «igualitarismo» vasco: mito y realidad (St. Sebastien 1973) et diverses communications incluses dans: La sociedad vasca rural y urbana en el marco de la crisis de los siglos XIV y XV (Bilbao 1975) notamment: E. Fernandez de Pinedo, ¿Lucha de bandos o conflicto social?, 29-42, J. L. Banus y Aguirre, Los banderizos (interpretación étnica y geopolítica) 83-114 et M. Basas Fernandez, La institucionalización de los bandos en la Sociedad bilbaína y vizcaína al comienzo de la Edad Moderna, 115-160.

Les luttes de bandos s'enracinent dans les conduites d'honneur qui opposent ou rapprochent les familles. Les documents nous renseignent peu sur l'origine des rivalités familiales, mais les violences, quand elles éclatent, révèlent un état antérieur de tension, une accumulation de rancœurs dont témoigne par exemple l'enquête menée après l'assassinat de l'alcalde ordinario de Moratalla (1670)<sup>20</sup>.

Cependant, les tensions, et même les échanges d'actes agressifs avec mort d'homme, très fréquents, ne dégénèrent pas toujours en luttes de bandos. Il faut que l'intensification des rivalités conduise de part et d'autre à la mobilisation des ressources et des réseaux d'alliance, de clientèle et d'intérêts: cas fréquent lorsque l'ascension d'une famille secondaire déclenche la riposte d'un clan ancien. Même si elle n'apparaît pas au premier plan, l'occasion en est fournie par la conquête et l'exercice du pouvoir local. Ce sont les conflits municipaux qui forment le catalyseur des bandos.

Les contemporains le sentent bien qui voient l'origine redoutée des bandos et le prélude au déchaînement des luttes dans le pacte (*pacto, liga, monipodio*) assorti d'un serment par lequel les déclarants s'engagent à poursuivre collectivement un but politique donné, en principe le contrôle de l'appareil municipal par les élections.

A Lorca en 1566, les Felices de Ureta se sont «arrangés pour que dans la cité et son ayuntamiento, on ne fasse que ce qu'ils voudraient et ordonneraient, et pour retenir par devers eux tout le gouvernement du conseil municipal et la provision de tous les offices que ledit conseil a en usage de pourvoir. Et dans ce but, ils ont fait junte, ligue et monopole avec d'autres régidores et confédérés pour se favoriser, s'entraider et se montrer unanimes et d'une seule voix contre les régidores du parti d'Alonso del Castillo ...» On les accuse d'avoir passé une écriture selon laquelle les signataires s'engageaient à «s'entraider pour le meilleur et pour le pire dans le but susdit et donnaient leur parole pour eux et leurs amis pour le temps et l'espace de douze ans». Mais Alonso del Castillo a vu venir les choses et arrangé le mariage de son fils et homonyme avec la fille du puissant Juan de Albuquerque, ce qui lui assure, en vue des élections prochaines au moins 5 voix de régidores perpétuels appartenant au clan Albuquerque-Leones<sup>21</sup>.

Les élections aux postes municipaux (et accessoirement la provision des bénéfices ecclésiastiques) représentent des moments de fièvre pour les clans oligarchiques: dans la période préparatoire et au cours des opérations, les tractations se multiplient et la violence s'oriente vers la neutralisation des principaux adversaires et l'intimidation des membres mineurs du bando contraire et des non-alignés. Dans la période consécutive elle tend à la contestation et à l'annulation des résultats.

Les outrances de langage présentent évidemment le premier stade de la violence: «paroles indécentes» accompagnées de gestes de menace et de défi, proférées en public, dans la rue ou même dans la maison de l'adversaire, diffusion de rumeurs concernant la vertu des femmes du lignage ... Les vols et destructions de biens, fréquents au XV<sup>e</sup> s., n'apparaissent plus ensuite, sinon dans les affaires teintées de banditisme. Mais le meurtre est monnaie courante: plus de batailles rangées, pas de duels, mais des as-

<sup>20</sup> Archivo Histórico Nacional, Madrid, Consejo de Ordenes, Toledo, Leg. 54.274 a 54.278.

<sup>21</sup> A. M. Lorca, Deliberations municipales, 19 juin 1586.

sassinats, des meurtres par trahison et par personne interposée, dans la solitude des *campos*, ou la nuit, dans la *huerta* où la végétation arrête le regard. Les tueurs professionnels réapparaissent d'une affaire à l'autre, comme ce Pablo García Jiménez dit Pablito, de Cieza, dont la justice ne vient à bout qu'en assiégeant sa maison (1669)<sup>22</sup>.

Mais la lumière reste difficile à faire. Un meurtre crapuleux, amoureux ou perpétré à la suite d'une rixe, donc apparemment dépourvu de larges implications, peut être l'expression d'une lutte de factions sous-jacente. Les bandos comme plus tard les caciques, imposent le silence. Au texte de la provision de Charles II placée en épigraphe répond la confession du boulanger trompé de Murcie (1807): «non seulement de nombreuses personnes que je prétends présenter pour témoins s'y refusent et me disent clairement que bien qu'elles sachent tout, elles ne diront rien, par peur des vengeances. Non seulement aucun avocat de cette ville (Cehegin) n'a voulu me défendre ..., ce qui est le comble, le juge même, celui-là même qui devrait, comme il y est obligé, mettre tout son effort à ce qu'on éclaire la justice et que ne puissent la troubler les sombres machinations et sinistres moyens dont peut se prévaloir un potentat, celui-là même ... Je crains de blesser le respect dû au magistrat; je crains de m'attirer son ressentiment et de mériter ses persécutions».<sup>23</sup> Il semble que de toutes les villes murciennes, Cehegin se soit distinguée par l'efficacité de la loi du silence qui y règne jusqu'au XX<sup>e</sup> siècle. La comparaison avec les procédés *mafiosos* s'impose d'elle-même. Ajoutée au caractère informel des clientèles, ce mutisme de la peur complique le travail de l'historien.

Difficile donc de trouver des témoins. Si une fraction de la population consent finalement à parler en faveur de l'un des bandos, l'autre exerce sur le juge toutes les pressions possibles. Au XVII<sup>e</sup> siècle, plusieurs magistrats obstinés dans la recherche des culpabilités y laissent leur vie: Gaspar Domingo, juge de la Chancellerie de Grenade, assassiné avec sa suite au campo de Caravaca (1641), Gabriel de Espinosa, alcalde mayor chargé de l'enquête sur les troubles qui ensanglantent Cieza (1669).

Quand enfin la procédure est menée à bien et la sentence prononcée, la plupart des coupables se sont envolés. Protégés par la fuite au lendemain de l'affaire, libérés de prison grâce aux complicités ou encore par un de ces assauts si nombreux aux geôles municipales. Ils disparaissent provisoirement de la scène. Au moins l'exil volontaire, substitut de la peine classique de bannissement, calme les passions. Mais la justice royale a été bafouée. On comprend le ton triomphal du même Juan Chico de Guzmán lorsqu'il relate au roi son succès dans l'affaire de Cieza. Ayant réussi à coffrer les principaux membres du clan *Marín*, il les remet lui-même aux autorités militaires chargées d'exécuter les peines de préside et de galères: «N'y ayant personne qui osât les mener à la cité de Carthagène en raison du bruit qui courait qu'un grand nombre de gens de leur parti étaient embusqués sur les chemins pour les enlever, il se détermina à les conduire en personne, accompagné de trente hommes, en sorte qu'on parvint à ce qu'on s'était proposé».<sup>24</sup>

<sup>22</sup> A. M. Caravaca, Délibérations municipales, année 1641. A. M. Cehegin, Délibérations municipales, années 1689 et 1690 (Sec. 1, Leg. 7., Exp. 4 et 5). A. M. Cieza, Délibérations municipales, années 1660 à 1673. Archives privées, Cehegin.

<sup>23</sup> Archives privées, Cehegin.

<sup>24</sup> Archives privées, Cehegin.

Mais ce type de dénouement semble peu fréquent et plutôt dû à une reprise de l'autorité monarchique dans les années 1670. Le plus souvent les bandos n'attendent pas la sentence qui peut être désastreuse pour l'un d'entre eux sans apporter de véritable réparation d'honneur ni matérielle aux victimes. Avant le déclenchement de la procédure ou pour en arrêter le cours, des médiateurs s'interposent qui ménagent des trêves ou même une pacification générale. On ne voit le marquis de Los Velez agir efficacement qu'une seule fois, lors de son passage à Cieza en 1672<sup>25</sup>. Et en ce sens le relâchement des biens entre le seul grand lignage aristocratique murcien et sa région d'origine prive la vie politique locale d'un élément stabilisateur. Mais le clergé est toujours présent dans les efforts de paix: le recteur jésuite de Caravaca en 1629, entre les Robles et les Muñoz<sup>26</sup>, le curé et le père gardien de St François à Cehegin en 1718<sup>27</sup> ... Les réconciliations publiques forment d'ailleurs l'un des objectifs des missions et les biographies de saints personnages fournissent des exemples de réussites qui étendent leur renommée et appuient ultérieurement des causes de canonisation. Les Franciscains se distinguent particulièrement comme faiseurs de paix, surtout ceux de la Stricte Observance à qui, en désespoir de cause, les *ciezanos* demandent d'ouvrir un couvent dans leur ville «pour mieux affermir à l'avenir la paix et la quiétude de ladite ville et de ses habitants, vu que par ce moyen on espère la réduction des esprits inquiets ...»<sup>28</sup>.

Les concordes interfamiliales sont fréquemment célébrées dans des lieux consacrés, comme la chapelle du Sang du Christ où se retrouvent les Carreño et les López García à Cehegin en 1718. Elles revêtent parfois des formes solennelles. En 1622, à Jumilla, Don Martin de Yarza avait assassiné le licencié Guardiola, des Pérez de Los Cobos. Huit ans plus tard, le frère Gaspar Garcia, gardien du couvent des Plaies de St François, parvient à rétablir la paix entre Yarza et Los Cobos. Placés sur une estrade, les membres des deux clans, agenouillés, s'embrassent en pleurant tandis que les assistants, religieux et laïcs, entonnent l'hymne du St Sacrement<sup>29</sup>.

Alors que les pactes de formation des bandos sont difficiles à retrouver<sup>30</sup>, les «concordes» et les lettres de pardon figurent dans les registres de notaires. J. B. Owens prépare l'édition de la concorde de 1569 qui met fin dans la ville de Murcie à la seconde vague de luttes oligarchiques du XVI<sup>e</sup> siècle.

Les écritures de pardon, en général accordées par la famille de la victime moyennant une compensation pécuniaire, abondent pour le XVI<sup>e</sup> s. et XVII<sup>e</sup> s. Citons celle à la-

<sup>25</sup> P. Salmeron, *La antigua Carteya hoy Cieza* (Madrid 1777), rééd. par R. M. Capdevila (Cieza 1928) 143 et s.

<sup>26</sup> Archivo Histórico Provincial (A. H. P.) Murcie, Leg. 7269, fol. 114.

<sup>27</sup> A. H. P. Murcie, Leg. 7435, fol. 33.

<sup>28</sup> A. M. Cieza, *Délibérations municipales*, 19 septembre 1673. Le couvent de S. Diego sera construit à partir de 1681. Sur le pardon entre familles ennemies, témoignage de Martin Crespo, de Monforte (Alicante) au procès de canonisation de St. Pascual Baylon, P. Rambla, *San Pascual - Baylón* (Barcelone 1979) 46 et s.

<sup>29</sup> L. Guardiola Tomas, *Historia de Jumilla* (Jumilla 1976) 126 (référence non fournie).

<sup>30</sup> P. Leon Tello, *Inventario del archivo de los duques de Frias*, 3 vol. (Madrid 1967) cite plusieurs accords de ce type conclus par les Pacheco, marquis de Villena, dans la seconde moitié du XV<sup>e</sup> siècle.

quelle finit par consentir la veuve de Diego de Gongora, l'alcalde de Moratalla assassiné en 1670<sup>31</sup>.

Ce qui met souvent fin aux luttes de bandos, c'est le danger extérieur. Toute menace venue des instances politiques supérieures ou de revendications populaires soude l'union oligarchique et fait taire les rivalités, parfois durablement. Il en est ainsi aux époques marquées par les progrès de l'interventionnisme royal à l'intérieur des municipales (Rois Catholiques, Philippe II, Monarchie éclairée).

De même lors des offensives de seigneurialisation : à Mula contre les Fajardo (XVI<sup>e</sup>), à Murcie contre les nouvelles juridictions seigneuriales taillées dans le territoire municipal (XVII<sup>e</sup> s.), l'oligarchie parvient à bloquer le processus. Quant aux commotions populaires, elles ont, s'il était possible, sur les bandos des effets négatifs encore plus efficaces. Owens a montré le rôle de la révolte des Comunidades (1520-1521) dans l'apaisement provisoire des bandos de la capitale. Même constatation pour les grandes villes d'Andalousie, Cordoue, Séville<sup>32</sup>.

## 2. Les bandos classiques

Cette esquisse anthropologique des bandos municipaux repose principalement sur des données régionales de l'âge moderne. Mais elle diffère à peine du tableau qui pourrait être tracé partout ailleurs dans la péninsule pour le XV<sup>e</sup> siècle qui reste l'âge classique des luttes lignagères locales<sup>33</sup>. Les péripéties des bandos médiévaux remplissent les chroniques de l'époque. Elles ont attiré les historiens locaux et fourni des thèmes aux écrivains du Siècle d'Or espagnol comme aux Elizabéthains et plus tard aux Romantiques. A «Roméo et Juliette» répondent «Les Sforza de Milan» de Martínez de Meneses et «Les périls de l'absence» de Lope de Vega :

«Vivas Don Pedro, mas años  
Que en una ciudad pequeña  
La enemistad de dos bandos.»<sup>34</sup>

<sup>31</sup> A. H. P. Murcie, Leg. 8739, fol. 336.

<sup>32</sup> Owens, op. cit. en note 12, J. Suarez Moreno, La guerra de las Comunidades en Sevilla (Actas del II Coloquio de Historia de Andalucía, Andalucía Moderna, t. II 1983) 103-108 et B. Yun Casallilla, Crisis de subsistencia y conflictividad social en Cordoba a principios del siglo XVI (Cordoue 1980). Sur Mula, renseignements fournis par J. Gonzalez Castaño.

<sup>33</sup> M. A. Ladero Quesada, Andalucía en el siglo XV (Estudios de historia política, Madrid 1973); A. Collantes de Teran, El mundo urbano, dans: Andalucía del Medievo a la Modernidad, op. cit., 203-206, E. Sarasa Sanchez, Sociedad y conflictos en Aragón, s. XIII-XV (Madrid 1981) et M. Cuartas Rivero, Oviedo et el principado de Asturias, a fines de la Edad Media (Oviedo 1983). Pour des comparaisons avec le reste de l'Europe du Bas Moyen-Age, voir les synthèses de J. Heers centrées sur l'Italie du Nord: Le clan familial au Moyen Age (Paris 1974) (dont nous ne partageons pas les présupposés idéologiques) et: Les partis et la vie politique dans l'Occident médiéval (Paris 1981).

<sup>34</sup> Cité par C. Gonzalez Echegaray, Los bandos medievales a través de la literatura española, dans: La sociedad vasca op. cit. en note 19, 259-275. Plusieurs œuvres théâtrales se rapportent aux luttes urbaines de la région murcienne: «Fajardo el Bravo», et «Los Porcelos de Murcia» de Lope de Vega, les «Banderías de Murcia», anonyme.

Toutefois, la particularité des bandos urbains classiques consiste en leur insertion dans un contexte général de guerre civile qui ne se retrouvera par la suite qu'à de brèves reprises (Guerre de Succession, Guerre d'Indépendance, *Trienio* libéral): les lignages oligarchiques doivent se situer par rapport aux bandos aristocratiques, et l'éclatement des conjurations de la noblesse exacerbe les rivalités urbaines latentes. Selon un schéma étendu à l'ensemble du pays, les factions locales ne sont souvent que le prolongement des bandos nationaux. A Murcie même, au début du XV<sup>e</sup> s., ce sont les partisans des deux lignages aristocratiques des Manuel et des Fajardo qui dominent en alternance la vie municipale. Une fois éliminés les premiers, la lutte se poursuit entre les factions dominées par les deux cousins Alonso et Pedro Fajardo<sup>35</sup>.

On trouve un phénomène semblable dans les villes de Haute-Andalousie: entre 1450 et 1520, les Carvajal et les Benavides à Baeza, les Molina et les La Cueva à Ubeda se succèdent au pouvoir selon le résultat provisoire des luttes aristocratiques<sup>36</sup>. Quand les conflits urbains n'en sont pas l'émanation directe, ils en reçoivent l'écho par la présence dans la cité des criados de maisons nobles et par le système déjà mentionné des subventions: criados et bénéficiaires d'acostamientos fonctionnent comme une courroie de transmission entre bandos aristocratiques et bandos municipaux.

Au contraire, selon un réflexe qui réapparaît à la fin du XV<sup>e</sup> s., et qu'exploitera la Monarchie, la conscience des intérêts locaux peut provoquer l'union défensive des différentes oligarchies urbaines contre les bandos nobiliaires. Ainsi se forment dans une grande partie de la Castille des *Hermandades* (fraternités)<sup>37</sup>.

En 1464, les concejos de Murcie, Lorca et Carthagène, s'unissent pour empêcher les «partialités, monopoles, bandos et autres choses semblables»<sup>38</sup>. Même type d'accord en 1516 entre les oligarchies municipales du marquisat de Villena<sup>39</sup>.

Dans certaines grandes villes de Castille, les factions urbaines conservent à tout moment une certaine autonomie par rapport aux conjurations de la noblesse. Les clans y sont du type bando-lignage. Ils présentent une cohérence interne et une force d'intégration de la population urbaine qui les rend plus redoutables et qui va permettre une solution négociée durable: l'institutionnalisation des bandos, réalisée à Trujillo (1491),

<sup>35</sup> *M. Ll. Martínez Carrillo*, *Revolución urbana y autoridad monárquica en Murcia durante la Baja Edad Media (1395-1420)* (1980) 133 et s.; *J. Torres Fontes*, *Fajardo el Bravo* (*Anales de la Universidad de Murcia* 1944) et *Don Pedro Fajardo* (Madrid s.d.).

<sup>36</sup> *Ladero Quesada*, op. cit. en note 33, 58-63.

<sup>37</sup> Sur les hermandades de Castille et de Galice, mise au point de *J. Valdeón Barquero*, *Los conflictos sociales en el reino de Castilla en los siglos XIV y XV* (Madrid 1975) 65-81, et essai de typologie dans *J. I. Gutiérrez Nieto*, *Puntos de aproximación en torno al movimiento hermandino* (*Relaciones entre la Santa Hermandad y la Santa Hirmandade*) (*Actas de las I. Jornadas de Metodología aplicada de las Ciencias Historicas, Historia Medieval, Universidad de Santiago de Compostela* 1975) 312-322. Sur les hermandades du Pays Basque et des Asturies, voir: *La sociedad vasca*, op. cit.

<sup>38</sup> Texte du pacte publié par *Torres Fontes*, *Don Pedro Fajardo*, op. cit. en note 35, 218-222.

<sup>39</sup> Pacte signé le 7 février 1516 à Montealegre entre les députés des villes de Villena, Hellín, Almansa, Yecla, Tobarra et Sax, publié par *J. M. Soler García*, *La relación de Villena de 1575*, 2e éd (Alicante 1974) 477-481.

à Salamanque (1493), à Zamora (1499), à Bilbao (1551). Toute la population, ou seulement l'oligarchie, s'inscrit alors dans l'un ou l'autre bando qui prend le nom du lignage principal (Tovar et Reoyo à Valladolid) ou d'une paroisse (S. Benito et Santo Tome à Salamanque). Et il est désormais prévu une stricte égalité de représentation pour les charges municipales, par voie d'alternance ou par dédoublement<sup>40</sup>.

Il ne semble pas que ce système ait été appliqué au royaume de Murcie. Seulement une allusion postérieure concernant Lietor<sup>41</sup>. Il correspond mal à la fluidité des bandos murciens et à la moindre identification d'une population relativement instable dans les luttes oligarchiques. On paraît s'être contenté d'équilibres perpétuellement renégociés, pour l'étude desquels il faudrait reconstituer par municipio les listes de titulaires de toutes les charges.

### 3. *Les bandos modernes*

Excepté pour les régions de langue catalane où des études récentes ont encore montré l'importance du phénomène, greffé sur un banditisme généralisé<sup>42</sup>, l'historiographie cesse à l'entrée de l'âge moderne de se préoccuper du thème. Avec la disparition des bandos nobiliaires et les progrès de l'appareil d'Etat, avec l'extension de la vénalité des offices et l'institutionnalisation même des bandos, on suppose que les luttes municipales se sont peu à peu éteintes.

Cependant, l'élimination des bandos nationaux consécutive à la remise en ordre politique des Rois Catholiques n'entraîne en aucune manière un affaiblissement des bandos urbains. Elle les empêche seulement de constituer une éventuelle menace pour l'Etat. Localement même, des factions citadines restent téléguidées par les lignages aristocratiques: les Guzmán (ducs de Médina Sidonia) et les Ponce de León (ducs d'Arcos) gardent leur influence concurrente sur la vie municipale de Séville, tandis qu'à Oviedo, les Argüelles et les La Rua ennemis se rattachent aux deux grands lignages asturiens des Miranda et des Quirós<sup>43</sup>.

Au contraire, dans le secteur sud-oriental de la péninsule, la neutralisation de tous les adversaires des Fajardo, branche cadette (futurs marquis de Los Velez), fait disparaître ce facteur de perturbation.

<sup>40</sup> Voir références en note 19: pour l'Estrémadure, *M. C. Gerbet*, 441, et s.; pour Salamanque et Zamora, *C. I. Lopez Benito*, 79 et s.; pour Valladolid, *B. Bennassar*, 407-411; pour Bilbao, *M. Basas Fernandez*, 115-160.

<sup>41</sup> A. H. P. Albacete, *Sec. Privilegios Carpeta* 9, n. 82.

<sup>42</sup> Notamment pour le royaume de Valence: *J. Casey*, *The Kingdom of Valencia in the seventeenth century* (Cambridge 1979) (chapitre IX) et *S. Garcia Martinez*, *Els fonaments del país valencià modern*, Valence, coll. Garbí, València bajo Carlos II. bandolerismo, reivindicaciones agrarias y servicios a la Monarquía (Valence 1971, thèse de doctorat inédite) et *Bandolerismo, piratería y control de moriscos en Valencia durante el reinado de Felipe II* (Universidad de Valencia 1977). De même, *L. J. Guia Marin*, *La guerra de Cataluña y el bandolerismo valenciano (1640-1652)* (Actes du Ier Colloque sur le pays valencien à l'époque moderne, Université de Pau 1980) 117-141.

<sup>43</sup> *Juarez Moreno*, *La guerra de las Comunidades*, op. cit. en note 32 et *Cuartas Rivero*, Oviedo, op. cit. en note 33.

Libérés ou non des sollicitations aristocratiques, les bandos locaux se prolongent à l'époque moderne. Mais l'étude de cette nouvelle phase commence à peine. Pour la ville du Murcie, J. B. Owens suit les luttes oligarchiques au moins jusqu'à la décennie 1570 et donne des exemples de violence inter-lignagère, jusqu'au meurtre inclusivement, pour le début du XVII<sup>e</sup> s., mais sans formation de bandos<sup>44</sup>. Si les travaux en cours sur Carthagène ne signalent rien de semblable, nous avons déjà mentionné le développement des bandos dans l'autre grande ville murcienne, Lorca, dans la décennie 1560. Et surtout, des recherches sur les agglomérations secondaires de la région nous ont convaincus de l'état de violence quasi-continuë qui y règne au cours du XVI<sup>e</sup> s., et plus encore du XVII<sup>e</sup> siècle: à Caravaca (1560 et 1630–1640), Jumilla (début du XVII<sup>e</sup>), Cehegin (tout le XVII<sup>e</sup>), Cieza (décennie 1660), Moratalla, Ricote, Blanca et Sax (1670), Fortuna et Yecla (1690).

Dans l'ensemble de la région, une géographie et une conjoncture de la violence urbaine peuvent être dessinées. Au XVI<sup>e</sup> s., les troubles affectent surtout les principales agglomérations (Murcie, Lorca, Caravaca), ce qui peut être dû à un effet de sources, la période la plus tendue correspondant aux décennies 1550–1560. Tandis que les luttes s'apaisent dans les grands municipes, elles se ravivent au XVII<sup>e</sup> s. dans les petits qui connaissent deux vagues de troubles nettement séparées par les désastres des années 1640–1660 (crise économique, peste, invasions acridiennes, inondations). Comment expliquer ces disparités dans le temps et l'espace et notamment la réapparition et la généralisation de la violence oligarchique dans les municipes secondaires au XVII<sup>e</sup> s.?

La relation avec la conjoncture économique semble difficile à établir<sup>45</sup>. La crise commence localement à se faire sentir vers 1570 et ne touche l'ensemble de la région qu'au début de XVII<sup>e</sup> s. Les bandos des années 1550–1560 lui sont nettement antérieurs. Quand réapparaît la violence, elle atteint son maximum d'intensité non pas dans les zones les plus frappées par la régression des échanges (les grands municipes de la région côtière), mais plutôt dans les secteurs intérieurs, d'économie agricole plus autocentrée et partiellement épargnée par la crise.

Certaines petites villes qui poursuivent en plein désarroi une croissance amorcée au XV<sup>e</sup> s. (Cieza, Fortuna) seront parmi les plus affectées par le resurgissement des bandos. Toutefois, il est juste de noter que les économies locales qui ont le mieux traversé la crise tendent à stagner dans la 2<sup>e</sup> moitié du XVII<sup>e</sup> s., alors que le bas-pays a retrouvé son dynamisme. Faut-il y voir l'une des raisons de la particulière turbulence du nord-ouest (secteur de Caravaca)?

Si les liaisons directes économie/politique municipale ne sont pas toujours évidentes, on ne peut nier que l'ère des difficultés ouverte à la fin du XVI<sup>e</sup> s. fournit, par le développement du banditisme qu'elle engendre, un amplificateur aux violences oligarchiques: les bandos recrutent aisément des mercenaires et inversement les proscrits

<sup>44</sup> Rebelión, op. cit. et La oligarquía murciana, dans: Historia de la Región Murciana, t. VI (Murcie 1983) 236–261.

<sup>45</sup> Sur la conjoncture murcienne des XVI<sup>e</sup> et XVII<sup>e</sup> siècles, G. Lemeunier, La coyuntura murciana: población y producción en el Siglo de Oro (1500–1650), dans: Cuadernos de Historia, n. 10 (Madrid 1983) 165–234; Murcia en el siglo XVII: una sociedad en crisis, dans: Historia de la Región Murciana, t. VI (Murcie 1983) et en collaboration avec Pérez Picazo, El proceso, op. cit., 58 et s.

des luttes municipales grossissent les troupes de malfaiteurs. En ce sens la Murcie se trouve, comme l'Aragon oriental, en prise sur l'épicentre hispanique du banditisme moderne, le pays catalan-valencien. La frontière est perméable aux bandits mais elle arrête la justice. Comme Tortosa plus au nord, Yecla joue ici le rôle de plaque tournante: rare est l'affaire où ne soient mêlés des malfaiteurs qui en viennent.

Il semble cependant que l'augmentation des troubles corresponde surtout à l'évolution de l'institution municipale elle-même, telle qu'elle a été ci-dessus retracée. La vente des offices en permet l'accaparement sans remède par un lignage ou un groupe de lignages anciens, mais favorise aussi l'introduction de familles nouvelles, parfois d'origine juive. Les luttes ancestrales ne peuvent donc que se raviver à l'intérieur de l'oligarchie tandis que se développent des stratégies collectives de barrage contre les intrus, avec éventuellement l'utilisation de l'arme terrible que constitue maintenant l'Inquisition: en seront victimes à Murcie les Balibrera, seigneurs de Guadalupe, à Hellen Lope de Chinchilla, seigneur d'Agramon, à Lorca Gutiérrez de Padilla ... jusqu'à ce que les oligarchies réalisent qu'elles ont joué les apprentis-sorciers.

Plus le nombre de postes à pourvoir se réduit avec les progrès de la patrimonialisation, plus acharnées sont les luttes électorales résiduelles. C'est alors qu'entre en ligne de compte un processus connexe, celui de l'hidalguisation. Les hidalgos, là où les charges ne leurs sont pas réservées, réclament la jouissance de la moitié des offices municipaux et les tribunaux leur donnent généralement raison. Pendant quelque temps (fin XVI<sup>e</sup>—début XVII<sup>e</sup>), deux ou trois familles hildalgas vont donc pouvoir se répartir la moitié des postes (Alguazas, Cieza, Jumilla). D'où les haines entre ces familles souvent «étrangères» et les lignages locaux en ascension mais encore plébéiens: elles expliquent l'affaire Yarza – Los Cobos de Jumilla. D'où aussi une motivation majeure pour la folle course à la noblesse qui caractérise le XVII<sup>e</sup> siècle espagnol.

Si la remontée de la violence oligarchique atteint plus tôt les grandes villes, c'est que la patrimonialisation-hidalguisation de l'institution municipale y est plus précoce. En revanche, au XVII<sup>e</sup> s., de nouveaux équilibres semblent y avoir été trouvés alors que le double processus s'étend maintenant aux municipes secondaires, en plein déchaînement du banditisme, au cœur d'incertitudes économiques et d'une phase de faiblesse de l'appareil d'Etat. On n'a pas pu adopter partout la sage solution appliquée à Lieten où les quatre charges de régidores vendues par la Couronne ont été attribuées aux quatre lignages avec prohibition de cumul.

Au contraire, l'extension des majorats aggrave les perturbations: les offices municipaux acquis sont progressivement immobilisés par fidéicommissaires et l'extinction des lignées tend à les concentrer avec les patrimoines familiaux. La sélection féroce qui conduira lors d'une phase ultérieure à la simplification du jeu, exacerbe pour le moment les tensions entre les concurrents encore en lice.

Et cependant, un exemple est là pour nous rappeler qu'indépendamment de l'évolution des structures juridiques, politiques et sociales, les bandos sont liés à l'existence même du municipe. En 1694, en raison des troubles que déclenchent les élections, Charles II doit retirer aux alcaldes ordinarios de Fortuna leur juridiction criminelle et l'agréger au corregimiento du Murcie. Or Fortuna qui a acheté de la Monarchie son indépendance au début du siècle (1628) a par la même occasion acquis le droit d'élection

à toutes les charges municipales. Il n'y a donc eu ni vente d'office, ni accaparement par fidéicommiss, ni *mitad de oficios*, et les *hidalgos* y sont inconnus. Il faudra pourtant trente ans et des alliances matrimoniales entre *bandos* pour que les petits-fils oublient les luttes de leurs grands-pères<sup>46</sup>.

Quant au rôle de la Monarchie dans cette évolution, il est capital quoique non univoque. Sa responsabilité dans l'aggravation des luttes urbaines a déjà été signalée. L'alourdissement du fardeau fiscal en temps de crise pousse à l'errance, renforce le banditisme et rend encore plus désirables les charges municipales qui associent leurs titulaires à la détermination de l'assiette et au recouvrement de l'impôt.

Bien informée de la conflictivité municipale qui ne la gêne pas autant que le banditisme levantin, la Monarchie s'emploie seulement à la maintenir dans certaines limites. Le sous-encadrement administratif avait sans doute encouragé les désordres: le roi multiplie ses représentants; les circonscriptions sont réduites; peu à peu les principales villes du Sud-Est sont dotées de *corrégidores* et d'*alcaldes mayores* qui comptent parmi leurs tâches essentielles celle de présider en personne aux élections d'offices<sup>47</sup>. Pour tenter de parer aux excès, on a étendu le système de tirage au sort (*insaculación*), probablement inspiré des institutions de la Couronne d'Aragon. Mais on n'a fait là que déplacer le problème: il est toujours possible de truquer et de contester la liste des candidats dont les noms figurent à l'intérieur des boules de cire déposées dans la jarre. Afin d'espace au moins les désordres, dans les domaines de l'Ordre de St Jacques, les tirages au sort s'effectuent pour cinq ans, les élus se succédant par rotation.

Les luttes de clans oligarchiques ont en retour une influence directe sur le développement de l'appareil judiciaire. Alors que les conflits médiévaux se résolvent par la force, à partir du XVI<sup>e</sup> s., le recours à la justice royale constitue une voie alternative ou concurrente à l'emploi de la violence. La criminalité des *bandos*, les demandes d'annulation d'élections, les procès d'*hidalguía* et tout ce qui relève directement ou indirectement de la conflictivité municipale forment un pourcentage élevé des affaires traitées par les tribunaux suprêmes.

Si la Monarchie a finalement peu de prise sur les *bandos*, c'est qu'elle ne dispose encore que des échelons supérieurs de l'appareil d'Etat. Administration et justice, pour ne pas parler des forces de police quasi-inexistantes, dépendent des détenteurs du pouvoir local: en Castille, de l'oligarchie municipale. Or, ce sont précisément les patriciens les animateurs des *bandos* locaux. Comment séviraient-ils contre eux? Et peut-on espérer de la Monarchie qu'elle s'attelle véritablement au problème tant que les oligarchies restent politiquement fidèles, qu'elles assurent les levées militaires et la rentrée des impôts?

Reste à savoir cependant si les *bandos* murciens des XVI<sup>e</sup> et XVII<sup>e</sup> siècles sont bien typiques de la Castille, ou du moins de l'Espagne méridionale, compte tenu des particularités économiques et juridico-politiques signalées. En attendant le développement de recherches parallèles, il ne semble pas trop audacieux d'avancer d'une part que la

<sup>46</sup> A. M. Murcie, *Cartas Reales*, 1737-1738, fol. 133.

<sup>47</sup> *Castillo de Bovadilla*, *Politica para corregidores* (éd. consultée, Madrid, 1649) fixe la conduite à tenir par les administrateurs royaux nommés dans des «lugares de vandos» (Livre III, chap. IX).

lutte de bandos s'étend à l'ensemble des municipes castillans de la modernité, d'autre part que la Murcie en présente un exemple exacerbé, révélant ainsi son appartenance à l'une de ces zones de violence (les pays catalans et leurs marges) que les historiens et les anthropologues cernent peu à peu<sup>48</sup>.

### III. Des bandos au caciquisme

#### 1. La crise de l'Ancien Régime: bandos ou luttes de classes

Après ces explosions, la première moitié du XVIII<sup>e</sup> siècle donne une impression de calme inédite. On enregistre chez les notaires les dernières grandes «écritures d'amitié et de compromis»: en 1712 entre dix-sept chefs de lignages patriciens de Lorca, en 1718 entre seize membres des clans affrontés de Cehegin<sup>49</sup>. L'administration royale restitue même à la turbulente Fortuna sa juridiction municipale en 1738.

Quel rôle attribuer à la conclusion de la Guerre de Succession et au développement de l'administration bourbonnienne dans cette pacification? Le thème est à l'étude au niveau local. Sans minimiser les facteurs proprement politiques, on ne peut nier l'influence favorable de la grande croissance agricole des années 1680–1750 qui semble avoir profité à toutes les classes de la société et détendu l'atmosphère municipale<sup>50</sup>.

Passé le milieu du siècle cependant, le panorama change. Banditisme et bandos réapparaissent au royaume de Murcie. Le phénomène est à mettre en rapport avec l'inflexion de la conjoncture politique et économique: le système municipal traditionnel se trouve mis en question au moment où l'euphorie agraire s'efface.

Des situations de type malthusien apparaissent en plusieurs secteurs de la région, que mettent en évidence les crises agricoles de la fin de l'Ancien Régime: d'où une détérioration du niveau de vie paysan, générateur d'un désordre rural qui se propage dans les dernières décennies du XVIII<sup>e</sup><sup>51</sup>. Les zones montagneuses limitrophes du royaume de Valence sont encore une fois les plus atteintes<sup>52</sup>, ainsi que celles qui confinent avec l'Andalousie: les bandits montent des raids en plein jour dans la ville de Moratalla<sup>53</sup>.

Sur cette toile de fond se développent les attaques à l'institution municipale. La patrimonialisation des offices, l'extension et la concentration des majorats, après deux siècles, débouchent maintenant sur le monopole d'une oligarchie très restreinte de régidores. Privilège qui s'accompagne d'une forte accumulation foncière réalisée par le même mécanisme de la *vinculación* (mise en majorat): 60 à 65% des terres dans le secteur irrigué du Segura, 35 à 45% dans le secteur non irrigué<sup>54</sup>.

<sup>48</sup> E. Claverie et P. Lamaison, *L'impossible mariage* (Paris, 1982).

<sup>49</sup> A. M. Lorca, *Protocolo 612*, et A.H.P. Murcie, *Leg. 7435*.

<sup>50</sup> Pérez Picazo et Lemeunier, *El proceso*, op. cit., 132 et s.

<sup>51</sup> *Ibid.*, 202–212.

<sup>52</sup> J. Torras Elias, *Liberalismo y rebeldía campesina (1820–1823)* (Barcelone 1975).

<sup>53</sup> Voir A. Rubio, *Cosas de Moratalla* (Moratalla 1916, rééd. 1984).

<sup>54</sup> Pérez Picazo et Lemeunier, *El proceso*, op. cit., 234 et s.

La double concentration atteint son maximum dans le nord-ouest où les ayuntamientos sont sous la coupe d'un petit nombre de familles: les Chico de Guzmán à Cehégín, les marquis de San Mamés et de Bogaraya, les Melgarejo et les Samaniego à Caravaca, les López Sahajosa, Cañete, Conejero et Rueda à Moratalla, tous grands propriétaires de majorats.

Ailleurs, le monopole économique et politique est moins accentué. C'est là que va se manifester l'opposition des classes moyennes agraires nées de la croissance de l'époque antérieure, des laboureurs aisés et des petits et moyens propriétaires non nobles qui se voient fermer à la fois l'accès à la propriété de la terre et à la représentation politique dans les conseils municipaux. Leur mécontentement se traduit soit par des procès contre les abus oligarchiques les plus criants (en profitant des bonnes dispositions de l'administration éclairée), soit par l'intervention dans les luttes de bandos qui opposent de nouveau les grandes familles subsistantes.

Le nombre et la complexité des conflits croissent avec le temps. Cependant une distinction peut être opérée entre la situation des grands municipes royaux, Murcie, Lorca, Carthagène, et celle des autres, plus modestes, et soumis à la juridiction seigneuriale comme Mula et les Commanderies d'Ordres Militaires. Dans les premiers, on observe une nette préférence pour la voie judiciaire: le stade de violence des époques antérieures paraît dépassé. Dans les seconds, au contraire, les voies de fait ne sont pas rares quoiqu'on ne retrouve pas l'ancienne connivence entre bandos et banditisme. Le climat politique s'y est tellement détérioré qu'à partir de 1750-1760 les groupes impliqués dans les rivalités et les procès sollicitent la présence d'un alcalde mayor nommé par le roi et dont la qualité d'étranger paraît devoir assurer l'impartialité ... jusqu'à ce que, très rapidement, ceux qui l'ont appelé en viennent à l'exéquer et à s'unir pour l'expulser; ainsi à Mula, à Calasparra et à Moratalla. Dans cette dernière ville, les frictions avec les alcaldes mayores successifs atteignent un tel degré qu'en 1762<sup>55</sup> Don Manuel Cogedor fait arrêter quatre régidores, Cristobal Vélez Cervato, Antonio Sánchez Pernías, Pedro R. López Sahajosa et Francisco Cañete Botía, et les frappe d'une amende de 2000 ducats. A l'inverse, en 1783<sup>56</sup>, les régidores réussissent à obtenir le rappel de Don Juan Antonio Soto Flores en raison «des vices, nullités et violences dont ont été entachées les élections», présidées par lui. Enfin en 1805, Don Onésimo Ruiz tente de faire assassiner l'un des régidores par des sbires, réaction extrême antérieurement documentée à Archena en 1792. Quant à Calasparra, le même type de conflit y éclate en 1781 quand la majorité des régidores, derrière la famille Martínez Corbalán refuse d'entériner l'ordre royal prorogeant le mandat de l'alcalde mayor en exercice; le procès-verbal des délibérations municipales précise qu'ils «honorent l'ordre royal .. mais n'y obéiront pas»<sup>57</sup>.

Dans ce bouillonnement apparent, l'analyse des procédures administratives et judiciaires permet de faire la différence, grosso modo, entre conflits verticaux (qui opposent des classes sociales) et conflits horizontaux ou luttes de bandos proprement dites,

<sup>55</sup> A. H. P. Murcie, Leg. 8890.

<sup>56</sup> A. H. P. Murcie, Leg. 8905.

<sup>57</sup> A. M. Calasparra, Délibérations municipales, mai-juin 1781.

quoique le terme même soit employé indistinctement. Les premiers, entre laboureurs et oligarques, sont de loin les plus nombreux. Trois sortes de motivations paraissent les déclencher :

- a) luttes entre éleveurs (presque toujours grands propriétaires) et agriculteurs en raison de l'avance des défrichements, comme à Jumilla en 1782-1783 où l'on retrouve à la défense des intérêts pastoraux un Pérez de Los Cobos<sup>58</sup>.
- b) mauvaise administration ou franchises malversations des deniers municipaux (Lorca 1792, Yecla 1797)<sup>59</sup>.
- c) dénonciation des structures agraires : plaintes à Murcie contre le système de fermage en vigueur qui permet l'expulsion en fin de bail sans remboursement des frais d'infrastructure<sup>60</sup>.

Si nous les mentionnons malgré leur caractère de luttes de classes, c'est parce qu'ils divisent durablement les communautés, y entretiennent l'agitation et, loin de les exclure, se combinent éventuellement avec les luttes de bandos.

Celles-ci éclatent comme aux siècles précédents à propos des élections d'offices, et surtout là où le prestige de l'oligarchie est moindre.

Des conflits de ce type ont été localisés à Fortuna<sup>61</sup> à partir de l'insaculation contestée de 1776, à Mula en 1779<sup>62</sup> où l'on parle de «cabezalismo» sinon encore de «caciquisme», sans compter les événements déjà relatés de Calasparra (1781) et de Moratalla (1782). Le procès de Yecla (1797) présente un cas particulièrement significatif car l'attaque y est dirigée contre le pouvoir-même des régidores perpétuels, et par une fraction de l'oligarchie exclue. Selon les mémoires antérieurement présentés à la justice (en 1755 et 1768), l'affaire procédait d'une déclaration unilatérale de noblesse de la part de vingt-six familles, en 1726, alléguant la perte de leurs *ejecutorias* (déclarations judiciaires de noblesse) au cours de la Guerre de Succession<sup>63</sup>. Depuis lors le consortium «élu» monopolisait le gouvernement municipal.

Le caractère relativement peu violent des luttes est dû à l'évolution des mœurs dans la noblesse urbaine, mais surtout aux efforts de la Monarchie des Lumières. Preuve a contrario : quand l'appareil d'Etat s'affaiblit, dans la première moitié du XIXe siècle, la violence renaît.

Le jeu complexe des alliances et des affrontements de classe prépare les implications politiques caractéristiques de l'époque libérale immédiatement postérieure ; les factions regroupées autour des régidores héréditaires préfigurent les premiers partis politiques que dirigeront les mêmes personnages. Selon notre hypothèse, dans les dernières années du XVIIIe siècle se forme au sein de la classe dominante, tant à Murcie que dans le reste du pays, une sorte de «projet oligarchique» (selon l'heureuse expression de M. Carmagnani). Les bases essentielles en sont l'individualisme agraire en éco-

<sup>58</sup> Archivo Historico Nacional, Madrid, Consejos, Leg. 1359.

<sup>59</sup> A. M. Lorca, Délibérations municipales, septembre 1792, et Archivo General de Simancas, Junta de Comercio y Moneda, Leg. 41.

<sup>60</sup> Pérez Picazo et Lemeunier, La cuestión agraria, op. cit. en note 4.

<sup>61</sup> A. H. P. Murcie, Leg. 9850.

<sup>62</sup> Archivo Histórico Nacional, Madrid, Consejos, Leg. 1563.

<sup>63</sup> Archivo Histórico Nacional, Madrid, Consejos, Leg. 327

nomie et la Monarchie tempérée en politique. D'où l'acceptation relativement rapide du programme libéral une fois démontré qu'il tendait à satisfaire ces aspirations, et surtout quand furent éliminés ses objectifs les plus radicaux et leurs partisans.

## 2. *Bandos et partis: l'émergence du caciquisme*

A partir de la fin de la Guerre d'Indépendance (1814), les caractères des bandos locaux commencent à changer. Tout d'abord, l'acharnement des luttes augmente: on délaisse la voie judiciaire pour revenir à la violence. A Mula, le chef de l'un des bandos, le marquis de Torre del Barco, est assassiné en 1805<sup>64</sup>; dans la même ville, en 1815, on comptera cinq cents affaires civiles et criminelles en cours selon l'alcalde mayor qui parle de «familles entières ruinées par les vengeances». Les événements politiques nationaux et la reprise des contacts entre bandos et banditisme favorisent les déchaînements collectifs. A Moratalla en 1809, la populace excitée lynche le régidor Aquilino López-Sahajosa. Il avait antérieurement dénoncé les pratiques «caciquiles»<sup>65</sup> de ses collègues de l'ayuntamiento: personne ne fit un geste pour sa défense et il n'est pas exclu que quelques-uns de ses bourreaux aient été payés<sup>66</sup>. A Caravaca, le jeune marquis de San Mamès est assassiné en 1822. A Lorca, la même année, l'émeute contre le juge Eraso (cinq morts) trouve son origine dans la rivalité personnelle de José Maria Mussó Valiente et d'Antonio Pérez de Meca, camouflée sous les divergences politiques entre factions «modérée» et «exaltée»<sup>67</sup>.

C'est que les bandos tendent à s'articuler sur les problèmes politiques nationaux, comme dans la période antérieure avec les questions sociales. Ils offrent une structure d'accueil aux nouveaux clivages. Inversement, l'affrontement absolutistes-libéraux, la diffusion du carlisme et l'apparition de tendances divergentes au sein du libéralisme donnent une nouvelle pugnacité aux antagonismes municipaux.

Désormais, les anciens ennemis justifieront leurs actions par des différences de crédo politique: les querelles interfamiliales se présentent comme idéologiques. A Moratalla, les clans rivaux des Palencia et des Torralva, maintenant à la tête des partis absolutiste et libéral, déchaînent à tour de rôle leurs vengeances dans les périodes de répression.

L'habitude se généralise de faire apparaître le bando contraire comme ennemi de la Couronne et de capter la bienveillance des autorités provinciales. A Mula, Cehegin, Caravaca, on l'accuse de libéralisme en période absolutiste; puis de carlisme à Ricote, Sax et Ceuti après 1833. Sur ce dernier cas, le gouverneur civil de Murcie, Mussó Valiente n'est pas dupe: «Plus fournis et plus malins, les partis s'y étaient déjà déclaré la guerre, les plus audacieux accusant les autres de factieux, sans qu'on ait découvert

<sup>64</sup> Archives privées, Cehegin.

<sup>65</sup> A. H. P. Murcie, Leg. 8911.

<sup>66</sup> A. M. Moratalla, Délibérations municipales, année 1805. Voir également *Rubio*, Casas de Moratalla, op. cit. en note 53.

<sup>67</sup> Archives privées, Mula.

jusqu'à maintenant d'autre faction que l'envie d'occuper les postes du conseil», allusion à la vieille rivalité des Vera et des Arnaldos<sup>68</sup>.

Mais pour expliquer la crispation des attitudes, il importe de dépasser les justifications idéologiques et d'envisager l'impact global de la Révolution bourgeoise. Si l'on a pu parler d'adaptation des institutions aux XVI<sup>e</sup>-XVII<sup>e</sup> siècles, il s'agit maintenant d'une mutation. L'État espagnol traverse une crise prolongée: l'impréparation de ses fonctionnaires et la pauvreté de ses moyens contrastent avec l'efficacité de l'époque des Lumières. La première moitié du XIX<sup>e</sup> siècle apparaît comme une époque de guerre civile ouverte ou latente. Et la guerrilla (anti-française «apostolique», libérale ou carliste) a développé le mépris de la vie humaine, l'intolérance face à l'adversaire politique, la préférence pour les procédés expéditifs.

Au niveau des relations politiques locales, la structure municipale se trouve profondément affectée: les charges héréditaires disparaissent et tous les ayuntamientos sont réorganisés selon le modèle français et soumis à l'administration centrale. Les adaptations nécessaires et les reclassements ne peuvent qu'envenimer les rivalités oligarchiques.

A la base, le changement des rapports de production provoque un rejet de la part des paysans. Le paternalisme de l'«économie morale» est maintenant remplacé par des règles du jeu plus dures pour eux. D'où leur mécontentement et la brusque montée du banditisme qui dans la région constitue un authentique phénomène de «protestation primitive». Les bandes opèrent partout avec l'appui paysan, la plupart sous les ordres de l'un des partis pour le compte desquels elles réalisent le «sale travail». Dans ces conditions, la démarcation entre activité politique et délinquance disparaît jusque dans la décennie 1840 où la répression du carlisme et le changement de conjoncture économique marginalisent de nouveau le banditisme.

Le refus antilibéral chez les paysans contraste avec l'adhésion majoritaire des membres de l'oligarchie et des classes moyennes agraires, ce qui correspond certes à leur éducation «éclairée» mais surtout à la parfaite conscience de leurs intérêts économiques bien compris.

Ce choix qui révèle la mise en marche du «projet» va permettre à la vieille oligarchie municipale de conserver sa situation privilégiée. Le suffrage censitaire, partie intégrante de l'ordre libéral, lui confère une nouvelle légitimité. En même temps, autour des membres les plus en vue des anciennes familles s'organisent les premiers partis politiques qui ne pouvaient être évidemment que des constellations de clientèles traditionnelles dans la dépendance de leurs patrons. Et ceci, avec l'avantage supplémentaire que le nouveau type d'association et le discours politique qui l'accompagne permettent de présenter, comme on l'a vu, sous un jour moderne les affrontements personnels et la lutte pour le pouvoir local, plus féroce que jamais.

En retour, la recrudescence des rivalités va accélérer le processus de sélection interne, amorcé deux siècles auparavant, à travers un double piltre:

*politique*: seuls ceux qui ont choisi dès le début la «bonne» cause (libérale) pourront conserver leur réseau d'influences local et régional et éliminer leurs rivaux au cours de

<sup>68</sup> Archives privées, Mula.

la phase des bandos politisés. Ainsi disparaissent de la scène les Riquelme de Murcie, les Marín Ponce de León de Lorca et les Rodríguez de Navarra de Moratalla.

*économique*: les réformes libérales vont donner à un secteur minoritaire de l'oligarchie l'occasion de s'enrichir aux dépens des autres par une habile politique d'acquisitions foncières.

A partir de 1830-1850, phase culminante du processus, les vainqueurs apparaissent et le nouvel Etat libéral se voit obligé de pactiser avec eux: à charge d'assurer les résultats électoraux, une poignée de familles, parfois une seule, se voit reconnaître par les gouvernements successifs le monopole du pouvoir local: ce sont les notables du XIX<sup>e</sup> presque tous issus de la vieille oligarchie. Ils serviront d'intermédiaires entre l'administration centrale et ses administrés dans une phase de changement rapide du cadre institutionnel: n'oublions pas les difficiles problèmes d'adaptation d'une population en majorité rurale et analphabète.

Entre 1876 et 1923 (la Restauration, selon l'historiographie espagnole), le «projet oligarchique» de la fin du XVIII<sup>e</sup> se réalise et connaît son âge d'or. Leur pouvoir sanctionné par l'Etat qui ne peut se passer d'eux, les notables font et défont les ayuntamientos du nouveau type. Sauf dans le cas des grandes agglomérations, ils n'ont même pas besoin d'en faire parti puisqu'ils les manient à leur gré en y faisant nommer des membres de leur clientèle. La liaison avec le pouvoir central est assurée par l'élection des députés et sénateurs (sortis de leurs rangs à cette époque dans une proportion de 80 à 85%), en contact permanent à Madrid avec la machine gouvernementale et les dirigeants des grands partis. Tandis qu'au niveau local, un autre membre de la même famille, en son nom propre ou comme «délégué» de l'homme politique madrilène, contrôle le corps électoral, l'ayuntamiento, et défend les intérêts économiques du groupe. Ainsi est né le cacique, figure-clé de la sociologie politique espagnole à la fin du XIX<sup>e</sup> siècle<sup>69</sup>. Dans le cas du Murcie, nous avons établi que lesdits caciques descendent de l'ancienne oligarchie de régidores-grands propriétaires-chefs de bandos. C'est seulement dans la capitale et à Carthagène qu'apparaissent les fils de familles nouvelles, liées au commerce et à la banque plus qu'à la terre, et intégrées à la classe dominante dès la génération antérieure.

Par voie de conséquence, malgré la constitution libérale, les structures politiques de base restent des aires d'influence familiale, ou cacicats, qui correspondent généralement à un municipe: Cehegin (les Chico de Guzmán), Bullas (les Carreño), Moratalla (d'abord López Sahajosa, puis Aguilera), Jumilla (barons del Solar), Mula (les Perea), Lorca (comtes de San Julian) ... A partir de 1899, ils se verront tous coiffés par le su-

<sup>69</sup> Le mot est lancé par l'ouvrage classique de *J. Costa*, *Oligarquía y caciquismo como la forma actual de gobierno en España y modo de cambiarla* (Madrid 1902, rééd. 1975, avec introduction de *A. Orti*). En plus des études citées en note 5, on peut consulter: *J. M. Jover Zamora*, *La Restauración*, dans: *G. Tortella, C. Martí, J. M. Jover et J. L. García Delgado*, *Revolución burguesa, oligarquía y constitucionalismo (1834-1923)*, t.VIII de l'Historia de España dirigée par *M. Tuñón de Lara* (Barcelone 1981) et *J. Fontana*, *Cambio económico y actitudes políticas en la España del s. XIX* (Barcelone 1975). Sur Valence, voir *Yanini*, *El caciquismo*, op. cit. et sur Murcie, *Pérez Picazo*, *Oligarquía urbana*, op. cit. en note 13. Pour une comparaison avec l'Amérique Latine: *M. Carmagnani*, *Estado y sociedad en América Latina 1850-1930* (Barcelona 1984).

per-cacique Juan de la Cierva, véritable vice-roi de la région murcienne qu'il convertit en bastion du parti conservateur.

Deux exemples (Lorca et Moratalla) aideront à saisir le processus. A Lorca, nous avons vu la vieille rivalité de Musso Munoz de Ojalora et des Pérez de Meca se couler dans le moule des tendances libérales modérée et exaltée. Antonio Pérez de Meca, à l'origine «exalté», mais plus habile dans sa stratégie foncière, parvient à éliminer la famille Musso dont la figure la plus importante disparaît précocement en 1838. Il finit sénateur du Royaume et comte de San Julian. Son petit-fils sera le cacique de Lorca pendant la Restauration et sa famille y conservera le pouvoir jusqu'à la Guerre Civile.

Quant à Moratalla, depuis 1760-1770, s'y déchaîne une lutte acharnée entre les clans López Sahajosa d'une part, Rueda-Cañete-Conejero d'autre part, dans laquelle s'embrouillent les *alcaldes mayores*. La mort tragique d'Aquilino López Sahajosa apparaît comme un épisode insuffisamment élucidé de cet affrontement. Au cours de la première moitié du XIX<sup>e</sup> siècle, après des mariages successifs, la paix se rétablit: entre 1836 et 1853 tous les *alcaldes ordinarios* portent le nom de l'un ou l'autre de ces lignages, jusqu'à ce que la dernière héritière des Sahajosa épouse un homme nouveau, de la famille des notaires Aguilera. Celui-ci et ses descendants seront les caciques de Moratalla jusqu'en 1936.

Quel que soit le cas, la vie politique locale reste organisée comme une pyramide clientélaire structurée par la faveur du cacique. La relation patron-client suppose de la part du premier l'efficacité de ses recommandations auprès de l'administration centrale: remises sur les tarifs d'octroi, obtention de bons numéros dans les tirages au sort militaires, d'emplois dans l'appareil bureaucratique en développement de l'Etat moderne. Et de la part du client, elle exige renonciation à toute velléité d'indépendance idéologique, obéissance et défense des intérêts du cacique et de sa famille. Le réseau de la clientèle enserrme l'ensemble des travailleurs et «dépendants» des grandes propriétés rurales et tous les individus en relation avec la famille cacicale par le lignage, l'amitié ou simplement par convenance personnelle. Au début du XX<sup>e</sup> siècle, il était impossible de gagner un procès à l'Audience Territoriale d'Albacète (cour d'Appel) sans choisir comme avocat Juan de la Cierva.

Ainsi, jusqu'en 1931 (II<sup>e</sup> République), on ne peut dire qu'il ait existé dans la région, ni dans la majeure partie du pays, de vie politique moderne (c'est-à-dire motivée par des principes idéologiques), mais plutôt un réseau touffu de relations de patronage-clientèle manié par une oligarchie très restreinte. Il n'y a plus de place pour les affrontements de type ancien. Et comme entretemps le banditisme a disparu, la Murcie, contrairement à sa légende, est devenue «cette tranquille province».

## Conclusion

Ainsi pense-t-on avoir montré qu'entre le XV<sup>e</sup> et le XIX<sup>e</sup> siècle au moins, la vie politique du sud-est espagnol est animée par des clientèles groupées autour des lignages-oligarchiques qui constituent la classe dirigeante de la région. Le municipe formant la

structure politique essentielle au niveau local, une compétition permanente pour le contrôle du pouvoir municipal entretient des rivalités ouvertes ou latentes entre ces clientèles oligarchiques. En effet, tandis que le régime seigneurial se heurte à une contestation verticale, non exclusive d'ailleurs de l'exercice du patronage aristocratique, l'institution municipale suscite des formes de conflictivité horizontale. Celle-ci domine la scène politique locale en pays murcien. Sauf conjoncture particulière, elle entrave ou détourne l'expression des tensions sociales. Mais il arrive aussi, notamment au tournant des XVIII<sup>e</sup> et XIX<sup>e</sup> siècles, qu'elle en permette la libération, comme à Yecla et à Mula.

Les rivalités entre lignages et l'existence des clientèles qui les soutiennent sont inséparables de la structure élective et collégiale du pouvoir municipal. Il faut s'attendre à ce qu'elles dégèrent occasionnellement en luttes aiguës. Mais ce qui retient l'attention, c'est la violence et la durée particulière des bandos qui déchirent les villes du sud-est. À l'issue d'une enquête qui est loin d'être close, nous avons recherché les causes du phénomène dans les caractères mêmes des municipes murciens: d'immenses territoires à l'échelle européenne, une population réduite (au moins jusqu'au XVIII<sup>e</sup> siècle), donc une absence de pression démographique et de revendications sociales massives, l'énormité de l'enjeu municipal (la gestion des communaux et des ressources hydrauliques), enfin la faiblesse et l'éloignement des autorités supérieures. À cet ensemble d'éléments favorables au déchaînement de la compétition politique, il faut ajouter un climat général de violence de type Far West, renforcé localement: si la Murcie a mauvaise réputation dans l'Espagne moderne, des événements tels que ceux de Cieza au XVII<sup>e</sup> et de Caravaca au XIX<sup>e</sup> siècle font scandale dans la région et au-delà.

L'agitation cependant n'est pas continue mais passe par des phases d'assoupissement et de réveil. Une tentative d'explication des pointes fébriles mobilise un faisceau de facteurs économiques, sociaux et politiques: la crise des échanges au XVII<sup>e</sup> et les différentes vagues de banditisme attisent les luttes oligarchiques; mais l'aggravation des bandos semble plutôt à mettre en relation avec des mutations d'ordre juridico-politique: transformations de l'institution municipale, pause ou recul dans la constitution de l'appareil d'Etat (notamment au XVII<sup>e</sup> et au début du XIX<sup>e</sup>).

Cependant, au cours de l'époque moderne, le jeu politique local évolue non seulement quant à ses règles (le cadre municipal), mais aussi quant au nombre des partenaires en présence. Le triple mouvement de vinculation-hidalguisation-patrimonialisation des offices entraîne dans chaque municipio une concentration des charges de régidores et des fortunes au bénéfice d'un nombre de plus en plus réduit de lignages. L'accélération du processus dans la seconde moitié du XVII<sup>e</sup> siècle n'est sans doute pas étrangère à la généralisation des violences oligarchiques que l'on enregistre alors.

Enfin, ne l'oublions pas, le type de croissance que connaît la région tend à modifier les bases mêmes du pouvoir local: à mesure que progressent la colonisation et l'individualisme agraire aux dépens des terres collectives, les éléments économiques (surtout fonciers) de la prééminence sociale tendent à prévaloir sur les éléments politiques. Il devient moins nécessaire de siéger dans les ayuntamientos pour les chefs de lignages qui seront bientôt prêts à sacrifier leur pouvoir local héréditaire en échange, d'une part, de la consécration de leurs droits fonciers, d'autre part, d'un aménagement en

leur faveur des instances politiques centrales. Du milieu des régidores sortent les notables.

Mais la transition s'opère de façon chaotique. Les alternances politiques ravivent les bandos anciens qui se parent des nouvelles couleurs idéologiques. Elles représentent en même temps un véritable bouleversement culturel auquel tous ne sont pas également capables de s'adapter. L'établissement du régime libéral va ainsi prolonger sur le plan local l'action des majorats d'Ancien Régime: du groupe déjà restreint des notables finit par émerger une seule figure, prépondérante par son patrimoine renouvelé et sa clientèle élargie, donc capable d'exercer un pouvoir local plus efficace. Le nouvel Etat qui en a besoin consacre ce pouvoir: voici venu le temps des caciques.

Ce schéma d'évolution, fortement majoritaire, n'est pas unique. A plusieurs reprises on a remarqué que les grandes villes y échappent: à Murcie et à Carthagène, sinon à Lorca, les bandos s'éteignent tôt; la concentration politique est moins perceptible; des familles nouvelles apparaissent; la conflictivité sociale affleure précocement, surtout à Carthagène où la présence d'un prolétariat industriel nombreux anime une vie politique modernisée. Et qu'en est-il des quelques villages qui jouissent de l'autonomie municipale et sur lesquels nous sommes imparfaitement renseignés?

Reste à vérifier si le modèle, essentiellement valable pour les villes petites et moyennes du Sud-Est, est susceptible de s'appliquer hors de la région. Outre ses conclusions, la méthodologie de cette enquête peut servir de base de réflexion pour des monographies comparatives. En effet, à notre avis, c'est seulement en privilégiant l'observation de longue durée (contre les découpages universitaires), l'analyse au niveau local et l'explication multifactorielle que l'on pourra parvenir à une interprétation globale des phénomènes politiques dans l'Espagne moderne et contemporaine.

# VI. Diskussionsbericht

*Antoni Mączak*

Die Diskussion wurde auf ziemlich informelle Art und Weise geführt. Da die einzelnen Beiträge vor Kolloquiumsbeginn an die Teilnehmer verschickt worden waren, wurden sie während der jeweiligen Sitzungen nicht mehr ausführlich vorgetragen, sondern in Berichten vorgestellt (s. Abdruck derselben in diesem Band) und von den Autoren nur noch kurz kommentiert.

Regionale und theoretische Aspekte von Patronage wurden dabei in den verschiedensten Zusammenhängen berührt; Fragen und kritische Anmerkungen zu bestimmten Beiträgen vermischten sich mit allgemeineren Beobachtungen und Schlußfolgerungen. Es scheint mir deshalb auch sinnvoller zu sein, den Diskussionsbericht um große Hauptthemen zu gruppieren, als den tatsächlichen Meinungsaustausch chronologisch wiederzugeben.

Einige Teilnehmer gingen freundlicherweise auf die Bitte des Gastgebers ein und schickten die Voten, die sie während der Schlußdiskussion mündlich abgegeben hatten, später in schriftlicher Form zu. Diese Texte wurden in diesem Bericht unter den jeweils passenden Kapiteln aufgenommen und, wenn möglich, ausführlich zitiert.

Obwohl ich sehr darum bemüht war, allen Thesen, Ideen und Meinungen, die in der Diskussion zur Sprache kamen, die verdiente Berücksichtigung zukommen zu lassen, möchte ich nicht ausschließen, daß es aufgrund des bisweilen unzulänglichen Mitschnittes wie auch aufgrund des begrenzten Raumes, der mir zur Verfügung steht, zu kleinen Verzerrungen kommt. Dafür trage ich jedoch allein die Verantwortung.

## Zur Terminologie

Die Diskussion über Begriffe war, soweit sie überhaupt stattfand, kurz. Dies kann einfach mit der Tatsache erklärt werden, daß vier Sprachen vertreten waren, von denen jede ihre spezifischen Ausdrücke und ihre spezifische Gelehrterterminologie besitzt. Aber sogar unabhängig davon zeigte der Diskussionsverlauf, daß den meisten Historikern ziemlich wenig daran gelegen war, Begriffe wie „Patronage“ und „Klientelismus“ weiter auszudifferenzieren. Einen interessanten Vorschlag machte Wolfgang Reinhard, den die Betrachtung des eigentlichen Wesens von „Patronage“ zu folgender terminologischer Schlußfolgerung geführt hat: „Jeder von uns weiß, daß aus Klienten Freunde und (rituelle) Verwandte werden können, daß Familienverbände den harten Kern von Klientenfaktionen darstellen und so fort. Ich plädiere daher erneut für meinen Vorschlag von 1979 [...], mit einem weiteren Rahmenbegriff *Verflechtung* (oder dergleichen) und vier Teilkategorien *Landsmannschaft* – *Verwandtschaft* – *Freundschaft* –

*Patronage* zu arbeiten und die beobachteten Phänomene je nach ihrem jeweiligen Aggregatzustand auf dieser Skala einzuordnen.“ Aus dem Beitrag zu Spanien ebenso wie aus den Kommentaren Denis Richets schloß Reinhard, daß sich die gerichtlichen Quellen oft auf „Verwandtschaft“ und nicht direkt auf „Patronage“ beziehen. Trotz alledem paßte Reinhard's eigene Definition von Patronage sehr gut zum Ausdrucksstil und Vokabular der Diskutanten. Die wahrscheinlich substantiellste Verbesserung für allgemein gebrauchte Termini hat Denis Richet vorgeschlagen: seiner Ansicht nach sollte an die Stelle von „*échanges inégaux*“ der Terminus „*réciprocité*“ gesetzt werden.

Hermann Wellenreuther analysierte in bezug auf England (15. bis 18. Jahrhundert) einen Komplex von Ideen und Begriffen, die alle in irgendeiner Weise mit Patronage in Beziehung standen. Seiner Ansicht nach (und dies war auch sein Beitrag zur Diskussion über „Konsensus“, siehe unten) wird „die spezifische Ausgestaltung der Patron-Klient-Beziehungen ebenso wie ihre Funktion in der Gesellschaft von dem jeweiligen sozialen, politischen und ökonomischen Gesamtzusammenhang geprägt [...], in dem diese Beziehungen stehen“. Daher sind die Hauptprobleme mit spezifischen Funktionen und nicht mit inhaltlichen Aspekten von Patronage verbunden. So ist die „Schutzfunktion“, einst zentrales Attribut von Patronage, im England des 17. und 18. Jahrhunderts nicht mehr bekannt. „Allgemein: der Prozeß der Verrechtlichung erscheint mir für diese Zusammenhänge von großer Bedeutung zu sein.“ Ebenso wichtig war in England die fortschreitende Monetarisierung von Dienstleistungen, ja von Leistungen überhaupt. Während dieser Prozeß im rein ökonomischen Bereich jedoch schon Ende des 15. Jahrhunderts abgeschlossen war, drang „erst im 16. Jahrhundert ... die Vorstellung der Monetarisierung von sozialen Beziehungen, die auf dem Austausch von Dienstleistungen beruhten, allmählich in die englische Vorstellungswelt ein“. Dieser Prozeß ging um 1770 (so Wellenreuther) zu Ende, zeigte allerdings schon im ausgehenden 17. Jahrhundert die Tendenz, daß auch auf der Patron-Klient-Ebene der Klient seine Dienstleistung in monetäre Kategorien faßte. „Hier liegt m. E. die Ursache für die Vorstellung, Wahlstimmen mit einer spezifischen Geldsumme zu taxieren. Der Monetarisierung von Leistungen für den Patron oder Leistungen vom Patron, die früher mit Wertvorstellungen wie ‚good Lordship‘, ‚fidelity to the Lord‘ umschrieben wurden, entspricht die Herausbildung von lokalen und regionalen Märkten (...) im ökonomischen ebenso wie im politischen Bereich, die nicht mehr nach dem Tauschprinzip unter Zurückdrängung des Gedankens der Gleichwertigkeit der getauschten Ware funktioniert, sondern das „quid-pro-quo“-Prinzip im 18. Jahrhundert auf beiden Seiten mit dem Gedanken der Profitmaximierung verknüpft.“ Im Zusammenhang mit „Korruption“ bemerkte Wellenreuther, daß „zeitgenössische Diskussionen über Korruption wichtige Bedeutungswandlungen des Patron-Klient-Konzeptes [erschlossen hätten] ...“

## Die Quellenlage

Wenn überhaupt eine Quellengattung existiert, die sich besonders für die Erforschung von Patronage eignet, dann ist es der Brief. In der Diskussion der Beiträge von

Wojciech Tygielski und David Ransel wurden Briefsammlungen zitiert, die aufgrund der Vollständigkeit, die sie boten, oder ihrer außerordentlichen Informationsqualität wegen als besonders geeignet angesehen werden, die Stellung der Patrone genauer zu fassen. Wolfgang Reinhard verwies auf den unübertroffenen Reichtum der Sammlungen der römischen Kurie, betonte allerdings gleichzeitig, daß Korrespondenzen allein kaum eine angemessene Interpretation zuließen und normalerweise durch andere Quellen ergänzt werden müßten. Fiktive Gesuche, die lediglich eine Hommage an den Patron bedeuteten, seien mit Vorsicht zu betrachten. Anthony Molho stimmte dem zu: sogar typisch „klientelhafte“ Briefe könnten kaum mehr reflektieren als den Wunsch einer Person, Klient zu werden. Demgegenüber antwortete Tygielski, daß für die Rekonstruktion von Klientelbeziehungen jene Briefe besonders wertvoll seien, in denen Patrone Klienten an Höher- oder Gleichgestellte empfehlen. Übereinstimmend wurde festgestellt, daß die Rhetorik von Briefen eines besonders kritischen Ansatzes bedürfe. Richet schlug sogar eine Sondersitzung vor, die nur Primärquellen gewidmet sein sollte.

Die Quellenlage für die Zeit von ca. 1730 bis 1780 in England wurde von Wellenreuther vorgestellt. Korrespondenzsammlungen dieser Zeit seien für einige Patronage-Beziehungssysteme so gut wie vollständig erhalten und könnten anhand anderer Quellen überprüft werden. Ganze Beziehungssysteme könnten rekonstruiert werden: es gäbe Listen von Klienten und auch detaillierte Berichte über andere zeitgenössische Klientensysteme. Ein Gunsterweis für einen Klienten sei von diesem immer mit einem Brief bestätigt worden.

Jenny Wormald skizzierte schottische Verhältnisse, überliefert als Berichte von englischen Gesandten, die jedoch auch weiter verbreitet hätten sein können und die als wichtige Quelle für unser Verständnis von Patronage-Beziehungen gegen Ende des 16. Jahrhunderts zu gelten haben. Sie zeigen freilich ein nicht unvoreingenommenes Bild, denn die Engländer verstanden und beschrieben die schottische Realität mit Begriffen, die sie aus ihrem eigenen Land kannten. Andererseits versuchten die Schotten im 17. Jahrhundert selbst, sich als „zivilisiert“ nach englischem Typus zu geben und neigten dazu, die Unterschiede zwischen den Lowlands und den Highlands mit ihren Clan-Strukturen überzubetonen.

Offen blieb die Frage, in welchem Ausmaß das alte lateinische Vokabular, mit dem Patron-Klient-Beziehungen von gebildeten, höflichen Korrespondenten in der Regel beschrieben wurden, Vorstellungen sozialer Beziehungen in der Renaissance und im Barock schuf, dabei aber tatsächlich die Wirklichkeit verzerrte. Nach Antoni Mączak sollte diese Frage in Verbindung mit der eindrucksvollen Materialsammlung über Patronage durch die Mousnier-Schule beantwortet werden.

Denis Richet präsentierte die französischen Quellen und betonte die Kombination von rechtlichen, gerichtlichen und privaten Aufzeichnungen, wie sie z. B. in Notariatsarchiven zu finden seien (Ehekontrakte mit den Listen der Zeugen, Aufzeichnungen der Verwaltungsbezirke, Tagebücher und „livres de raison“). Berichte ausländischer Botschafter seien lange Zeit hauptsächlich auf Details über aktuelle Ereignisse hin untersucht worden, hieß es, man sollte sie auch über „versteckte gesellschaftliche Verbindungen“ befragen. Tygielski fügte hinzu, daß man politische Pamphlete vielfach zu

Recht einer Verdrehung der Tatsachen verdächtigt habe, daß sie aber trotzdem die zeitgenössische Meinung „how the things were being done“ reflektierten. Es gebe keinen Grund anzunehmen, daß dies nur für Polen charakteristisch sei.

## Raum und Zeit

Den Kategorien Raum und Zeit wurde kein besonderer Abschnitt der Diskussion gewidmet, und doch wurden sie in analytischen und synthetischen Kommentaren oft berührt. Es herrschte eine stillschweigende Übereinkunft, daß Patronage-Beziehungen immer auf ein spezifisches historisches Umfeld bezogen werden sollten.

Räumliche Abhängigkeiten erschienen hauptsächlich

- a) als Beziehungen zwischen Stadt und Land,
  - b) als Kontrast zwischen der räumlichen Weite eines Landes und seinen schwach ausgebildeten Kommunikationssystemen,
  - c) als Spannungsgefüge zwischen (politischem) Zentrum und Peripherie.
- Als besonderes Problem stellte sich
- d) die Territorialklientel im Gegensatz zur Personalklientel dar,
  - e) und schließlich traten räumliche Fragen im Zusammenhang mit der architektonischen Umgebung der Patronatshöfe auf.

Ad a) Die Stadt kann als Mikrokosmos verstanden werden, der nach den Regeln der Patronage funktionierte. Allerdings stammten alle hierzu angeführten Beispiele aus dem Mittelmeerraum. Guy Lemeunier unterstrich, daß lokale städtische Oligarchien auf großen klientelen Beziehungssystemen sowohl innerhalb der Stadt als auch ihres Umlandes basierten. Dies sei in Spanien immer dort möglich gewesen, wo – wie in vielen Teilen von Kastilien, jedoch nicht in Valencia und Andalusien – Städte direkt der Krone und nicht der Aristokratie unterstanden hätten. Allerdings, so Lemeunier, hätten lokale Klientelnetze mit den großen landesweiten *bandos* eng verknüpft oder ihnen untergeordnet sein können. Im frühen 16. Jahrhundert allerdings wäre in Spanien der Umfang der Patronagesysteme rapide geschrumpft: die aristokratischen *bandos* hätten die Entwicklung der neuen bürokratischen Machtstrukturen nicht überlebt; die lokalen bestanden weiter und paßten sich veränderten Faktoren wie Ämterkauf, Majorat etc. an.

Ad b und c) Mączak unterstrich die Rolle der weiten Räume in den östlichen Teilen von Polen-Litauen. Die geographische Weite habe Patronage als Herrschaftssystem lokaler Potentaten über ihre Nachbarschaften (und deren „Broker“-Dienste) begünstigt. Während der König und der Hof stete Quelle von Gunstbezeugungen, Ehrerweisungen und anderer Belohnungen geblieben seien, hätten die Magnaten (weltliche wie geistliche) praktisch die gesamte Verbindung des Zentrums zu den entfernten Provinzen kontrolliert und weitgehend über die Verteilung der genannten Belohnungen entschieden. Schnelle Kommunikationssysteme über große räumliche Entfernungen hätten sich als äußerst wichtig z. B. dann erwiesen, wenn wichtige Ämter frei geworden wären. Dies konnte im einzelnen so aussehen: ein kluger Klient mit Verbindung zum konkurrierenden Hof eines Magnaten brachte dorthin die Neuigkeit, daß eine Stelle

frei sei, und half so seinem Patron, den König zuerst zu erreichen und um eben diese Stelle zu bitten. Für einige englische Fälle, wie sie von Victor Morgan zur Sprache gebracht wurden, war eher eine Art von räumlicher Begrenztheit der Patronage-Beziehungen charakteristisch. In entlegenen Teilen des Landes und außerhalb des direkten modernisierenden Einflusses Londons besaßen spätmittelalterliche Formen von Patronage gute Chancen, sogar bis ins 17. Jahrhundert erhalten zu bleiben.

Die räumlichen Voraussetzungen für das Funktionieren von Patronage wurden auch für ein relativ kleines Staatsgebiet wie Schottland hervorgehoben. Doch ist in diesem Fall, wie Jenny Wormald bemerkte, der Unterschied zwischen Highlands und Lowlands oft überbetont worden, indem erstere als angebliches Refugium primitiver sozialer und Macht-Beziehungen dargestellt wurden. Diese Ansicht wurde von den Schotten selbst seit dem 17. Jahrhundert häufig vertreten: sie versuchten, sich als zivilisierte Engländer zu profilieren, um als Klienten akzeptiert zu werden.

Ad d) „Territorialklientel“ als ein Teilbegriff und als Gegensatz zu Personalklientel wurde von Reinhard in bezug auf das Reich (den kaiserlichen Hof) und den Reichsadel vorgeschlagen. Dieser Begriff könne in bestimmtem Umfang auch auf Polen übertragen werden, meinte Maćzak, wo große Gruppen kleinadeliger Vasallen von Bischöfen und Äbten und auch Klient-Vasallen von Magnaten – wie in Litauen und der Ukraine (aber auch im Kulmerland) – existierten. Die Patronage-Beziehung funktionierte in diesen Fällen als eine Art von Territorialklientel-Beziehung: Diese Kleinklientel wurde eher kollektiv, als kleine Ansiedlung oder als Clan, betrachtet, denn als Gruppe von Individuen; das zeitgenössische Vokabular reflektiert dies deutlich.

Ad e) Es überrascht nicht, daß der Hof selbst viele Male erwähnt wurde. Reinhard verwies auf Norbert Elias' „Die höfische Gesellschaft“ und schlug vor, mögliche Zusammenhänge von Patronage und Klientele anhand bestimmter Architekturformen zu überprüfen: vielleicht ließen sich hier sogar Zusammenhänge mit der Antike nachweisen – die Aufwartung von Klienten im Vorzimmer habe es schließlich im alten Rom ebenso gegeben wie im frühneuzeitlichen England, so Reinhard. Auch Frau Wormald betonte wiederholt die Bedeutung der räumlichen Voraussetzungen für das Funktionieren von Patronage.

Der Zeitfaktor als solcher zog nicht viel Aufmerksamkeit auf sich, obwohl die sich verändernden Muster von Patronage ebenso wie die Entwicklung ihres sozio-politischen Umfeldes gewöhnlich hervorgehoben wurden. Maćzak machte auf den grundlegenden Unterschied zwischen langfristigen und kurzfristigen Patronagebeziehungen aufmerksam. Verhältnismäßig kurzfristige Beziehungen wären zur Lösung eines speziellen Problems entstanden und hätten danach geschwächt oder sogar völlig gelöst werden können. Dies wäre auch in den Beziehungen zwischen den Magnaten und dem Landadel in Polen-Litauen möglich gewesen, wenn ein Adliger es vorgezogen hätte, seine Unabhängigkeit zu bewahren, aber dennoch nicht ohne einige Protektion an den Gerichten, gegen feindliche Nachbarn etc. ausgekommen wäre.

## Klientelismus und soziale Klassen

Es schien keine soziale Gruppe gegeben zu haben, die gegen Patronage immun gewesen wäre: Die Skala der Personen, die in den schriftlichen und mündlichen Berichten erwähnt werden, reicht vom Pächter bis zum Fürsten. Notwendige Voraussetzung war einzig der Besitz der persönlichen Freiheit – in dem Sinne, daß man nicht Leibeigener oder Sklave war. Für untere Bevölkerungsschichten und in einigen besonderen Gebieten konnte Klientelismus ein Massenphänomen sein, so z.B. in einigen Teilen Italiens, wo Pächter von Bürgern abhängig waren (cf. Giorgio Chittolini) oder Kleinadelige (manchmal zweifelhaften adeligen Standes) von Großgrundbesitzern wie in Litauen. Für diese Gruppen war die Klientelbeziehung, wie Antoni Mączak ausführte, in der Regel gleichbedeutend (oder beinahe gleichbedeutend) mit ökonomischer Abhängigkeit. Solche Klienten hatten im Grunde keine Alternative zur Patronage. Es ist ein Problem, so Mączak, Klientelismus hier nach unten abzugrenzen und von anderen Typen von Abhängigkeit zu unterscheiden. Man sollte seiner Ansicht nach von vorgegebenen konkreten Fällen ausgehen und anhand derer allgemeine Regeln aufstellen. Von dem uns zur Verfügung stehenden Aktenmaterial lasse sich immerhin die Schlußfolgerung ziehen, daß Klientelismus normalerweise dort existierte, wo Abhängige ihren Patron wechseln konnten, wo letzterer nicht der Besitzer der Pacht war und wo die Verpflichtungen der Klienten dem Patron gegenüber eher politischer und sozialer als ökonomischer Natur waren. Die Rhetorik, mit der derartige Beziehungen beschrieben werden, könnte von einiger Bedeutung sein. Zumindest in Litauen unterschieden Bräuche und Sitten Kleinadelige vom Bauerntum und wurden daher von den Klienten und manchmal auch von den Patronen besonders betont.

Soweit das andere Ende des sozialen Spektrums betroffen war, so wurden diejenigen Fälle von Territorialpatronage, die in den Quellen genannt werden, nicht in Frage gestellt, obgleich sie klar als vollständig anderer Typus von Patronage betrachtet wurden. In dieser Hinsicht unterschied sich die Diskussion über die Territorialpatronage im Reich von derjenigen in anderen Gegenden Europas.

Die Patronage-Beziehungen werden in der Regel – wenn auch oft indirekt – als der Klassenstruktur einer Gesellschaft widersprechend oder sogar als unvereinbar mit ihr betrachtet. Dies war bei unserer Diskussion nicht der Fall. Guy Lemeunier hat dieses Problem besonders aufgerollt. Nach ihm muß die Existenz von Ständen und von Klientelismus nicht zwangsläufig andere Formen von Klassenstrukturen ausschließen. Andererseits bestand bei einigen speziellen Konfliktfällen (und hierfür war der Südosten Spaniens charakteristisch) die Tendenz, daß territoriale Solidaritäten gestärkt und Klassenkonflikte *sensu largo* geschwächt wurden. Zu diesen Konfliktfällen gehörten beispielsweise solche, die die Wasserversorgung betrafen, die Gemeindegrenzen, Weideland, manchmal auch die Stadtregierung. Allgemein läßt sich in einigen lokal begrenzten Gesellschaften eine Tendenz mehr zu horizontal als zu vertikal wirkendem Konfliktpotential beobachten; nationale Konflikte freilich konnten die Situation ändern und taten dies im Bedarfsfall auch. Beispiel dazu: die Rebellion der *Communeros*.

Denis Richet äußerte seine Sorge, „daß eine idyllische Vision von Klientelbanden“

mehr und mehr durch eine apokalyptische ersetzt werde, in der die „Pseudo-Dialektik der Herrschaft-Unterdrückung-Revolution“ ein Schlüssel sei, der alle Türen öffnen solle. Er selbst vertrat – wie oben bemerkt – vehement das Konzept des „échanges inégaux“ anstelle von „réciprocité“, das normalerweise von Sozialwissenschaftlern bevorzugt wird und auch in unserer Diskussion Anwendung fand.

Antoni Mączak schloß sich den Ansichten Lemeuniers und Richets an; seiner Ansicht nach sollte zwischen zwei extremen Typen von Patronage-Beziehungen unterschieden werden: einer oppressiven und einer protektionistischen, die in der Realität jedoch kaum in klaren Weberschen Formen existierten. Diese Unterscheidung könnte dazu beitragen, Richets Sorgen zu zerstreuen, so Mączak. Eine wirklich oppressive Beziehung unterscheide sich kaum von der (informellen) Hörigkeit der niederen Klienten. Ein gewisser Grad persönlicher Freiheit für Klienten, Spielregeln, denen beide Seiten unterliegen, und die Möglichkeit des Klienten, den Patron zu wechseln, scheinen die Bedingungen zu sein, um Patronage von weitergehenden Ausdrucksformen von Unterdrückung zu unterscheiden.

Tygielski fand die Dominanz von vertikalen gegenüber horizontalen Konflikten (auf mikroterritorialer Ebene) verknüpft mit der absoluten Herrschaft einer Autoritätsperson, die wenig Platz für interne Konflikte lasse. Solche Beziehungen konnten alles andere als idyllisch sein. Mączaks Frage nach der unteren Grenze des Klientelismus könnte, so Tygielski, mit dem Hinweis auf die Verbindung von Abhängigkeit (ausschließlich oder hauptsächlich) und Protektion beantwortet werden; „Unterdrückung“ im Marxschen Sinne des Begriffes sei charakteristisch für feudale Bindungen und müsse von Patronage unterschieden werden.

Marzio Romani konzentrierte seine Aufmerksamkeit auf urbane Gesellschaften, wie sie von Reinhard vorgestellt worden waren: „Adel und Kaufleute gelangten auf dem gleichen Weg zu sozialem (und ökonomischem) Erfolg. Zuerst lief die Ämterbeschaffung über Patronage-Beziehungen, später über Kapitalinvestitionen und Gewinne; aber in der Logik beider Arten war nicht viel Unterschied.“

Aber, und dies ist der Kommentar des Berichterstatters, soziale Barrieren konnten Patronage-Beziehungen auf einen bestimmten Stand beschränken. In Polen z. B. hat man Bürger als wenig nützlich angesehen; sie haben sich unter adeligen Lehensmännern geradezu bizarr ausgenommen; man weiß auch kaum etwas über die Partizipation von Städtern in Patronage-Beziehungen der Magnaten, obwohl sie diesen in der einen oder anderen Weise gedient haben. Wie Claude Marie Gerbet gezeigt hat, schnitten andererseits in Kastilien soziale Barrieren keineswegs scharf durch Klientengruppen. Wo hohe Bildung zählte und den Weg für soziales Vorankommen und Beförderung in Ämter öffnete, halfen sowohl die Ausbildung als solche wie auch die Schulkameradschaft mit den Mächtigen jungen Männern aus der Mittelklasse, sich ihrer als klienteler Hebel zum sozialen Aufstieg zu bedienen. Ein gutes Fallbeispiel ist in diesem Kontext Hans Müller, ein dänischer Rentmeister aus Holstein in der Mitte des 17. Jahrhunderts. Generell läßt sich sagen, daß Patronage und berufliche Erfolge bei gelehrten Räten einhergingen.

## Patronage, Feudalismus und frühmoderner Staat

Feudalismus wurde in der Diskussion oft und in den verschiedensten Bedeutungen erwähnt. Gottfried Schramms Argumentation über Patronage und Feudalismus fußte auf den Modernisierungsvorgängen in Westeuropa während des Mittelalters. Lediglich der erste karolingische Versuch, eine Gesellschaft durchzustrukturieren, so Schramm, habe – mit dem Ausbau des Lehenssystems – die politische Ordnung auf Klientelbeziehungen aufgebaut. Das habe dem noch relativ primitiven Zustand des frühmittelalterlichen Europas entsprochen und den greifbaren Vorteil gehabt, daß die vertikale Feudalbindung eines Lehensmannes seine horizontale Zuordnung zu den Nachbarn, zu Region und Stamm, geschwächt und so den Reichsverband gestärkt habe.

Das Instrument der Lehensbildung sei bis 1800 nie konsequent zum alten Eisen gelegt worden, bemerkten Volker Press und Otmar von Aretin. Namentlich der Kaiser habe dieses für ihn nützliche Erbe immer wieder belebt und nutzbar zu machen versucht. Aber die Lehensordnung hat nur den Kern des karolingischen Europas mit einiger Konsequenz und Dauerhaftigkeit geprägt. Alle späteren Anstrengungen, Staatlichkeit zu strukturieren, in ein zeitgerechtes System zu bringen, haben nicht mehr die Vertikalität von Patronats-Beziehungen zur Achse gewählt. Sie alle wollten den Einzelnen nicht über Klientel-Leitern nach oben orientiert sehen, sondern ihn mit seinesgleichen zusammenfassen und einordnen: in der Gemeinschaft seines Standes und schließlich als Ziel einer egalisierten Staatsbürgergesellschaft. Das hat den Bindungen von Patronat und Klientel keineswegs den Garaus gemacht. Im Gegenteil: alle neuen Ordnungsansätze konnten nur funktionieren, wenn sie durch eine so naturwüchsige, dem Menschen gleichsam mitgegebene Institution wie der Klientel ergänzt wurden.

Das Neue mußte sich gegen Widerstände durchsetzen, die vielfach in Patronageverbänden organisiert waren; umgekehrt mußten sich die Neuerer, um solche Widerstände zu brechen, selbst des Werkzeugs von Klientelbeziehungen bedienen (Frankreich unter Richelieu, Rußland im 18. Jahrhundert). Doch bekamen Patronagebindungen nie wieder jene konstruktive Bedeutung, die sie im Lehenssystem besessen hatten. Und wo (wie in Polen-Litauen) solche Bindungen im Widerspruch zur Verfassung zu Pfeilern des Staatsgefüges wurden, war der Preis eine Sklerose, die in der Frühen Neuzeit gerade nicht die Norm ausmachte.

Reinhard stimmte mit anderen Diskutanten darin überein, Feudalismus, im Sinne von Lehenswesen, als einen Sonderfall der Patronage-Klientel-Beziehungen zu betrachten. Man könnte sagen, daß diese Interpretation von Patronage und Lehenswesen mit der von Fustel de Coulanges vorgelegten Sicht der Auflösung der alten Gesellschaft und der frühfeudalen Institutionen wie der *Commendatio* übereinstimmt.

„Anders steht es mit ‚Feudalismus‘ im weiteren Sinn, einer bestimmten Art von Agrargesellschaft“, meinte Reinhard weiter. „Ganz offensichtlich sind ‚Patronage-Klientel-Phänomene‘ überhaupt nicht an bestimmte *Gesellschaftsformen* gebunden, sie kommen in Stände- wie in Klassengesellschaften vor, tendieren allerdings dazu, Hierarchien und bestehende Verhältnisse zu stärken. Sie sind ihrem Wesen nach konservativ.“

Aber auch gegen die Betrachtung von Feudalismus als einer besonderen Art von Patronage wurden mehrere Argumente vorgebracht. Es zeigte sich, daß allzu ausführ-

liche Beschreibungen von sozio-ökonomischen oder sozio-politischen Systemen nur von begrenztem Nutzen waren. Mączak verglich ein allzu umfassendes Konzept von Patronage mit dem seiner Meinung nach überdehnten Begriff von Kapitalismus, wie ihn Fernand Braudel und Immanuel Wallerstein vertreten, und mit dem sperrigen und zu umfassenden Konzept des Feudalismus, das berechtigterweise von Perry Anderson kritisiert wurde. Die italienischen Teilnehmer zögerten, das Lehenssystem in den größeren Rahmen von Patronage zu stellen, wobei sie Argumente aus der frühneuzeitlichen Geschichte Italiens anführten. Pierangelo Schiera glaubte, daß man mit einiger Berechtigung zwischen formal-feudalen und informellen Patronage-Beziehungen unterscheiden könne. Für Giorgio Chittolini entwickelten sich Patronage-Beziehungen in Italien besonders während des 15. Jahrhunderts aufgrund des zu damaliger Zeit herrschenden sozio-politischen Chaos'. Feudalbindung gründete auf einer Art von Investitur; Patronage-Klientel-Beziehungen entstanden aus den Bedürfnissen von zwei Parteien heraus, gemeinsame Sache gegen Mächte von außen zu machen. Die sogenannte Refeudalisierung Italiens im 17. Jahrhundert läßt sich wohl besser verstehen, wenn man sie als Anwachsen der Patronage aufgrund wachsender Nachfrage für Patronage, besonders seitens der Bauern, interpretiert. (Nebenbei: dies ist ein starkes Argument für die „Angebot-Nachfrage“-Interpretation von Patronage, siehe unten.)

Obwohl der Beitrag Aurelio Lepres nicht diskutiert wurde (da der Autor abwesend war), bezog man sich immer wieder auf ihn und seine Argumente für eine sehr starke Beziehung zwischen Lehensabhängigkeiten und Klientelismus in Italien. Die Betonung dieser Beziehung bei Lepre mag jedoch hauptsächlich, möglicherweise sogar ausschließlich, mit der Blickrichtung Herr-Bauer-Beziehung zusammenhängen, wobei allerdings ein großer Bereich von Macht-Brokerage beiseite gelassen wird. Im Königreich Neapel spielten Barone keine Rolle als Makler, die neapolitanischen Juristen dagegen sehr. Der Faktor „Makler“, „Mittler“, „Vermittler“ im Kontext des modernen Feudalismus wurde im übrigen nicht adäquat diskutiert.

Die Diskussion vermittelte den Eindruck, daß englische Forscher Patronage gewöhnlich als Nachfolgeerscheinung von Lehensbeziehungen betrachten, die in diesem Land bereits seit dem späten Mittelalter veraltet waren; in Italien dagegen sieht man beide Formen – Patronage und Lehen – als vermischt und koexistent an. Polen-Litauen war ein ganz besonderer Fall, wie Tadeusz Manteufels Bemerkungen (1951) interpretiert werden können. Dort schuf Patronage in der Neuzeit in *cruda radice* eine soziale Machtbeziehung, die dem Lehenswesen oft sehr ähnlich kam.

Immer wenn die Diskussion sich auf das frühneuzeitliche Europa konzentrierte, herrschte allgemeine Übereinstimmung darüber, daß Patronage-Klientel-Phänomene in keiner Weise an bestimmte Gesellschaftsformen gebunden waren, sondern in Stände- wie auch in Klassengesellschaften vorkamen (Reinhard). Das Verhältnis zum Staat im modernen Sinn war grundsätzlich ambivalent: Der Staat konnte Patronage und Klientelismus bald auf der Seite der Aktiva, bald auf jener der Passiva verbuchen, sie konnten unter bestimmten Umständen einer Verstärkung der Staatsbildung gedient haben, andererseits aber auch zu einer Zersetzung der Staatsgewalt geführt haben (Romani, Reinhard).

Die Diskutanten neigten mehr dazu, mögliche unterschiedliche Rollen, die Patro-

nage in frühmodernen Staaten spielte, darzustellen und zu analysieren als chronologische und/oder regionale Unregelmäßigkeiten zu erörtern. Reinhard merkte an, daß für das 16. und 17. Jahrhundert die Günstlings-Minister vom Typ Richelieu besonders charakteristisch gewesen seien: Man könne diese bestimmte Art von Patronage „en gros als Regulationsphase des europäischen Staatsbildungsprozesses betrachten“. Nach Tygielski war es für die europäischen Randstaaten charakteristisch, daß dort ineffiziente formale Machtstrukturen von disziplinierten Parteien gestützt wurden; wenn der Patron ein hoher Staatsbeamter war, arbeitete sein eigenes klienteles Beziehungssystem für den Staat. Das Phänomen als solches war daher nicht gefährlich für den Staat, solange die Machtelite nicht zu zahlreich wurde, d. h. die Zahl von klientelen Interessengruppen vernünftigermaßen begrenzt und ein politischer Konsens noch möglich war. Im Falle Polens erwies sich das politische Modell, das Kanzler Zamoyski aufgebaut hatte, jedoch als zu attraktiv, die Zahl der konkurrierenden Patronagesysteme stieg schnell und trug maßgeblich zur Ineffizienz des Staates bei. Mączak stimmte dem zu, präziserte aber, daß diese Entwicklung für die „Peripherie“ zwar vermutlich charakteristisch, doch keineswegs allgemein typisch war. Es sei eine große Frage, ob sich für Ungarn ähnliche Tendenzen nachweisen ließen.

Im allgemeinen wurde (wie Schramm in seinem Beitrag zeigt) der ost-zentral-europäische Staatstypus von den Habsburgern unterdrückt; nur in Polen war Patronage im Begriff, als vorrangiges, wenn auch informelles Prinzip politischer Macht zu gedeihen.

Relativ wenig wurde über Kirchenpatronage gesagt, obwohl mehrere Diskutanten ihre Bedeutung betonten; von Aretin, Prodi und Reinhard analysierten die Problematik der römischen Kurie. Einige Kommentare über kirchliche Institutionen in Deutschland (geistliche Fürstentümer, Domkapitel) gaben Anlaß zu der Vermutung, daß die katholische Kirche ihre eigenen spezifischen Probleme hatte (Erwin Riedener). Der Begriff der Patronage in seinem einfachen mittelalterlichen Sinn meint vor allem auch Aufstieg in kirchliche Ämter. Doch auch Sekten und zu Ketzern gestempelte religiöse Bewegungen des Hochmittelalters konnten nur dank irgendwelcher Beschützer (Patrone) überleben. Vor allem zwei Gruppen bildeten in ihrem Verhältnis zu den Päpsten typische „Interessen-Verbände“ aus, die sehr mobil und plastisch waren und in denen man durchaus Patron-Klient-Verhältnisse erkennen kann: die Domkapitel der geistlichen Fürstentümer und die *mercatores curiam Romanam sequentes*. Auch das Baseler Schisma führte zu solchen Interessen-Verbänden, begünstigt in diesem Fall durch die erklärte Neutralität der Kurfürsten.

In Übereinstimmung mit Reinhard's Analyse der „Gegenreformation als Modernisierung“ kommentierte Romani: „Man kann sagen, daß Klientelismus und Konfessionalisierung zwei der Stützen des Formationsprozesses für den absoluten Staat waren. Ersterer sicherte die soziopolitische Stabilität durch eine progressive Erosion der Macht alter herrschender Gruppen (Klassen), die diesen Verlust durch die Vergrößerung ihres Anteils am sozialen Einkommen zu kompensieren suchten. Die Kirche kooperierte mit den Fürsten und trug so zur sozialen Uniformierung durch immer genauere Vorschriften und Kontrollen des religiösen und moralischen Verhaltens der Gläubigen resp. Untertanen bei; ebenso vergrößerte sich die Klientel der Fürsten durch die Nutzung des kirchlichen Patrimoniums.“

Die einzelnen kirchlichen Korporationen boten unterschiedliche Möglichkeiten, Vernetzungen von Patronagetypen zu schaffen. Von Aretin betonte die Rolle der Gebetsbrüderschaften. In italienischen Gemeinden liefen sehr viele Karrieren über Gebetsbrüderschaften, die die öffentliche Meinung in den Städten formten und ihre eigenen Männer unterstützten. Sie bildeten häufig das Milieu, in dem Patronage sich entfalten konnte. Rainer Müller und Volker Press wiesen auf Universitäten und Domkapitel, wo in exemplarischer Weise Qualifikation und Patronage sich ergänzt hätten.

Deutsche Teilnehmer äußerten sich auch zur Reformation. Press nannte Luther den größten jemals existierenden Patron. Moraw interpretierte die Reformation als Folge einer Patronatskrise des Papsttums um 1480/90, eine Krise der Beziehungen zwischen dem Papsttum und der deutschen Kirche.

Romani und Molho machten auf einige ethische Aspekte von Patronage aufmerksam. Im Florenz des 16. Jahrhunderts – so Anthony Molho – wurde Patronage gewöhnlich offiziell verurteilt. Romani fand in norditalienischen Quellen drei unterschiedliche Einstellungen zu Patronage: die mißbilligende, die tolerierende und die institutionalisierende. Die Wertschätzung hing ganz vom Blickwinkel ab. Darin war Patronage der Korruption nicht unähnlich, abgesehen natürlich davon, daß der Terminus selbst einen klassischen, altehrwürdigen Klang hatte und nicht verdammenswert erschien. Patronage wurde manchmal assoziiert mit und verurteilt als Manifestation von Korruption – sie kann (oder kann nicht) die fortschreitende Modernisierung eines Machtsystems bezeichnen: in Venedig (so Maćzak), das allerdings einen extremen Fall darstellt, war es in der Regel so, daß jegliche Form persönlicher Einflußnahme verurteilt – aber trotzdem gepflegt wurde.

## Patronage als Marktbeziehung

Patronage als Marktbeziehung – solche und ähnliche Formulierungen erschienen im Verlauf der Diskussion des öfteren, besonders in der ersten und letzten Sitzung. Die ersten, die dieses Thema aufgriffen, waren Karl Bosl und Denis Richet, die von der Nachfrage und dem Angebot an Patronage als Faktoren sprachen, welche die jeweilige Situation der Partner bestimmten. Antoni Maćzak betonte diesen Aspekt von Patronage-Beziehungen als eine Determinante ihrer Bedingungen und ihrer Ausbreitung. Eine Vorbedingung des „Patronage-Klientelismus-Marktes“ war die tatsächliche Möglichkeit des Klienten, die Beziehung aufzulösen und entweder einen anderen Patron zu wählen oder den Bereich der Patronage einfach zu verlassen. Dies war in vielen Fällen möglich, wie die Quellen zeigen. Wollte man allgemeine Regeln aufstellen, könnte man sagen, daß Klienten (oder künftige Klienten) Druck ausüben konnten, wenn zwei oder mehr Patrone auf dem Markt konkurrierten oder wenn deren Patronagebande als nicht besonders wichtig angesehen wurden. Wellenreuthers Analyse englischer Wahlagitation Mitte des 18. Jahrhunderts brachte gerade dazu erst kürzlich schöne Beispiele.

Gar nicht so verschieden von den englischen Verhältnissen war „the structure of politics“ im zeitgenössischen Polen-Litauen. Während Patrone dort in der Lage waren,

in lokalen Versammlungen des Adels ernsthaft Druck auf die Wähler auszuüben, gab es relativ wenig Gebiete, wo Wahlen ohne derartige Vorkommnisse abliefen. Das Patronagenetz umfaßte niemals den gesamten Adel eines Wahlkreises; es bildete vielmehr für die Faktion eines großen Herrn den Rahmen und war auf diese Weise für dessen politischen Erfolg eminent wichtig. Diverse Memoiren politischer Klienten, die auf verschiedenen Ebenen für die Organisation der adeligen Mannschaften oder der Szlachta verantwortlich waren, zeigen ziemlich genau, wohin diese Wahlfreiheit führen konnte: Skrupellose Adelige machten bei Wahlen ein Geschäft, indem sie die Stimmen ihrer freien Gefolgschaft an den Meistbietenden verkauften. Sie konnten weder durch die Justiz noch durch rohe Gewalt in Schach gehalten werden. Anschauliche Beschreibungen lokaler politischer Verhältnisse im polnisch-litauischen Staat des 18. Jahrhunderts geben Frau Zielińska recht, die den Begriff des Klienten auf Personen beschränkt, die politisch aktiv waren und Personen, die nur temporär oder nur ökonomisch von Grundbesitzern abhängig waren, unberücksichtigt läßt.

In Polen vollzog sich die Ausbreitung von Patronage-Beziehungssystemen vermutlich am intensivsten vom 16. bis zum späten 18. Jahrhundert. Man kann dies in gewisser Hinsicht mit der Entwicklung der Marktwirtschaft oder mehr noch mit einem Wachstum der Macht der Magnaten in Verbindung bringen.

Helmut Koenigsberger wies darauf hin, daß Patronage stets den Gesetzen des Marktes unterliegt, auch in sozialistischen Gesellschaften. Eine hierarchisch denkende Gesellschaft impliziert das Verlangen, mit den Mächtigen verbunden zu sein. Auch Reputation hat in diesem Zusammenhang große Bedeutung; oft ist der Anschein von Verbindungen wichtiger als die tatsächliche Beziehung.

Auch Victor Morgan sah enge und mannigfache Verbindungen zwischen Patronage und Marktwirtschaft: Patronage werde durch das Wechselspiel von Angebot und Nachfrage reguliert, und man könne – aller Voraussicht nach – eine Verbindung zwischen Patronage-Klientelismus als einer Form der Machtorganisation und ökonomischen Entwicklungen in England im 16./17. Jahrhundert ziehen. Eine andere Frage, der es nachzugehen gelte, sei, ob und inwieweit die Entwicklung der Marktwirtschaft auf lange Sicht zu einem Verfall von Patronage-Beziehungen beigetragen habe. Man kann in dieser Hinsicht nur mutmaßen, da Patronage eine flexible und adaptionsfähige soziale Bindung war. Z. B. konnte die Bevölkerungskonzentration in größeren Städten zu bestimmten Zeiten Patronage unterschiedlich beeinflussen, so etwa bestimmte Verflechtungen und Beziehungstypen stärken, andere auflösen.

Die Konzentration von Macht in zentralen staatlichen Institutionen, am königlichen Hof etwa, stimulierte den Absatz im Zentrum selbst, während sie lokale Patronagenetze häufig störte (d. h. die Nachfrage nach Patronage von Lokalmatadoren herabsetzte). Troels Dahlerup unterstrich die Rolle des königlichen Kanzleramtes als Handelsplatz für Käufe, Verkäufe und Austausch von Begünstigungen der verschiedensten Art. In größeren und weniger zentralisierten Ländern als dem frühneuzeitlichen Dänemark war die Rolle regionaler Machtvermittler natürlich größer. „Falls die Rosenkrantz und Guldensterns ihre Macht am Tisch des königlichen Rates verlieren würden, wären sie nicht in der Lage, ihre Lehensmänner zufrieden zu stellen.“

Mączak versuchte, die Ansichten, die während der Diskussion vorgebracht worden

waren, zusammenzufassen. Er konstatierte Übereinkunft darüber, daß Patronage als Geschäft angesehen werden könne. Der Markt für diese Art von Geschäft war jedoch nicht immer ideal, d.h., in einigen Fällen monopolisierte der Patron den Einfluß derart, daß die Beziehung ihre Schutzfunktion verlor und in Unterdrückung ausartete. (In solchen Fällen kann sie – nach Tygielski – kaum als Patronage bezeichnet werden). Man kann über Patronage unter dem Gesichtspunkt geschäftlichen Austausches auch in Begriffen sprechen, wie sie Victor Morgan verwendet, d.h. über die Aktivierung oder Auflösung von Patronage, ausgelöst durch externe ökonomische Faktoren. Aber dies ist beinahe synonym mit der Rolle, die Patronage auch in Modernisierungsprozessen spielt.

## Patronage in der internationalen Politik

Dies war eines der Hauptthemen, die in Verbindung mit Beiträgen zum Reich diskutiert wurden. Mehrere Diskutanten betonten die besondere Natur des Reiches und verwiesen darauf, daß das Adjektiv „international“ nicht der Realität gerecht werde (besonders wenn das Reich vor 1648 gemeint war). In diesem Zusammenhang diskutierten von Aretin, Press und Moraw Mechanismen der Einflußnahme von Seiten Habsburgs, Bayerns und Frankreichs vor allem im 17. und 18. Jahrhundert. Es gab verhältnismäßig wenig Kommentare zur Frage, inwieweit Patronage unter Staaten Patronage unter Personen vergleichbar sei. Schiera machte auf die Schwierigkeit aufmerksam, zwischen zwischenstaatlichem Klientelismus und Allianzen zu unterscheiden. Es zeigte sich auch die Schwierigkeit, Klientelbeziehungen von ausschließlich unternehmerischen Verbindungen zu trennen. „Meiner Meinung nach“, so Schiera, „sollte man vielleicht die Kategorien ‚Patronat‘ und ‚Klientel‘ in einem begrenzten Rahmen betrachten, angesiedelt etwa zwischen Allianz und Unternehmerverhältnis. Man könnte so vielleicht ein Feld abgrenzen, das sich als speziell sozialpolitisches Feld erweist. Große internationale Verhältnisse gehörten dann ebenso dazu wie kleinere ökonomische Unternehmungen. In diesem kleineren sozialpolitischen Feld hätte Klientelismus nicht den Status einer Institution, sondern eher einer ‚Modalität des Funktionierens‘ einer Institution. Dies zieht jedoch methodische Probleme nach sich. Denn wenn man so etwas als Modalität eines Prozesses akzeptiert, so muß man verschiedene Methoden anwenden. Ein weiteres Problem, das mit der ‚Modalität des Funktionierens‘ zusammenhängt, ist die Frage, inwieweit diese Modalität selbst institutionalisiert war oder nicht.“ Institutionalisation würde für unsere Periode, nach Meinung Schieras, eine politisch-rechtliche Institutionalisation bedeuten. Klientelismus könnte somit als eine nicht komplett institutionalisierte ‚Modalität des Funktionierens‘ eines politischen Systems in dieser Epoche definiert werden.

Mączak bezweifelte, ob man ein und denselben Terminus „Patronage“ für interpersonelle wie auch für zwischenstaatliche Beziehungen gebrauchen könne. Es sei wahr, daß „*échanges inégaux*“ (um den von Richet vorgeschlagenen Terminus zu gebrauchen) zwischen den Staaten existierten, aber es sei vernünftiger, darin eher ein Druckmittel als Patronagebeziehungen zu sehen. Moraw stellte die Frage, ob die Reichsver-

fassung mit ihrer hierarchischen Anordnung zum Kernbereich der Patronage gehöre. Er führte dazu im einzelnen aus: „Um das zu klären, muß man erst eine Versuchung beseitigen, die sehr naheliegt: Man kann sich nicht mit Nachbarbegriffen behelfen. Der Begriff Bündnis ist genauso vage und spezifisch wie die Begriffe Patronage und Klientel. Wir müssen immanente Kriterien finden, alles andere ist völlig ausgeschlossen. Hierbei beginnt das Problem bei der Langfristigkeit der Situation. Das personale Element ist vom Mittelalter bis ins 18. Jahrhundert das erste zentrale Element. Hierzu bleibt zu sagen, die Reichsverfassung hat sich bis zu ihrem Ende als ein noch nicht fertig institutionalisiertes Gebilde erwiesen, d. h., ihre personalen Elemente sind sehr stark geblieben. Und bei diesen personalen Gebilden kann man zunächst ohne Schwierigkeiten die Terminologie anwenden, die mit Patronage und Klientel zu tun hat.“

Karl Bosl und Volker Press brachten die Rede auf das Verhalten der Reichsritterschaft. Bosl scheint es möglich, Patron-Klient-Beziehungen an diesem Beispiel modellhaft darzustellen; z. B. hätten Ministerialen noch im 11. Jahrhundert „clientes“ geheißen.

Nach von Aretin brachte das Klientelsystem im Reich paradoxerweise keinen Machtzuwachs; ein Verlust an Klienten habe aber trotzdem einen katastrophalen Machtverlust bedeutet, was die Kaiser nicht immer verstanden hätten. Um 1648 sei der Kaiser als Bündnispartner relativ uninteressant gewesen; sein Monopol, eine Reichsklientel zu haben, sei verlorengegangen. Gegen Ende des 18. Jahrhunderts, als das Reich wieder erstarkte, habe auch das Interesse der Reichsfürsten an einer Neubelebung des Reiches zugenommen. Am Zusammenbruch des Reiches schließlich sei unter anderem die schwache Präsenz des Kaisers schuld gewesen.

Von Aretin berührte auch die kaiserliche und spanische Konkurrenz in bezug auf Klienten in Italien im 18. Jahrhundert. Der Kaiser sei zwar offizieller Landesherr gewesen, Spanien aber habe das Geld verteilt. Für Wien sei das Klientelsystem in Italien fast wichtiger als dasjenige in Deutschland gewesen. Koenigsberger wies darauf hin, daß die spanisch-österreichische Konkurrenz auf der Halbinsel bereits im 16. Jahrhundert begonnen hat. Das spanische Patronagesystem sei oft gegen den Kaiser gerichtet gewesen: Auf dem Spiel habe die Möglichkeit, Truppen auszuheben, gestanden.

## Führte die Diskussion zu einem Konsensus über Patronage?

Als strittiges Thema während der Abschlußdebatte erwies sich die Frage, ob die geleisteten Beiträge und Kommentare die Teilnehmer zu einigen wichtigen *gemeinsamen* Schlüssen geführt haben.

Nach Helmut Koenigsberger hatte das Kolloquium einen bemerkenswerten Grad an Konsensus erbracht, namentlich in bezug auf Folgendes:

„I. Patronage-Klientelismus war (und ist) kein einheitliches System, sondern eine Methode, das öffentliche Leben und öffentliche Beziehungen zu organisieren. Man könnte sagen: ‚patronage makes the world go round‘.

2. Patronage-Klientelismus war eine Form des Handelns, die als absolut selbstverständlich betrachtet wurde (...), sogar im Himmel. Wir hatten keinen Theologen hier, um uns von diesem die Details erläutern zu lassen; aber es ist klar, daß der Kult der Jungfrau Maria und der Heiligen, zumindest psychologisch, auf Patronage-Klientelismus, auf einer Vermittlerkonzeption, beruht.

3. Die historische und praktische Grundlage des Bedürfnisses nach derartigen Beziehungen bestand in der Unfähigkeit der Regierungen (vor dem 19. Jahrhundert), auf lokaler Ebene effektiv zu arbeiten. Keine Regierung besaß einen ausreichend entwickelten, ehrlichen und effizienten Staatsapparat – vielleicht kann man von Bürokratie überhaupt noch nicht sprechen –, der ohne Zusammenarbeit mit jenen ausgekommen wäre, die Autorität einflößten, befehlsgewohnt und gehorsamheischend waren. Es war unvermeidlich, daß solche Personen, Gruppen oder Korporationen auch die Rolle von Patronage-Vermittlern übernahmen. Je reicher und mächtiger die zentrale Monarchie war, desto attraktiver war auch die Rolle dieser Vermittler. (Kardinal Granvella suchte eine derartige Position auszufüllen.)

4. Daraus folgt, daß dem Anwachsen der Staatsgewalt oftmals die Ausweitung des Patronage-Systems einherging.

5. Daraus folgt des weiteren, daß Patronage-System und Korruption nicht synonym sind (und waren), obwohl sie zweifellos auf verschiedene Weise zusammenhängen. (all power corrupts' oder, in Professor Moraws Formulierung: ‚man soll von Mitunternehmertum anstatt von Korruption sprechen.‘) Allgemein gesagt, scheint das Verständnis für Korruption in der Frühen Neuzeit gewachsen zu sein; die Normen variierten allerdings entsprechend den Personen, die betroffen waren und entsprechend den Zielsetzungen der einzelnen Patronage-Praktiken.

Man könnte hier eine Verbindung mit dem Problem der Gehälter herstellen. Federico Chabod hat gezeigt, wie in Italien eine Theorie des gerechten Lohnes entstand – analog zur scholastischen Theorie des gerechten Preises. Falls das Gehalt eines Beamten unter diesem als gerecht angesehenen Niveau lag – und dies war sehr oft der Fall –, hielt man es für gerecht, daß der Beamte es ergänzte, indem er Gebühren erhob. Jene, die auf diese Weise belastet wurden, tendierten natürlich dazu, solche Gebühren als notwendige Bestechung zu sehen.

6. Dieser letzte Gesichtspunkt wirft die Frage nach der Absicht auf – oder, als Frage formuliert: Patronage zu welchem Zweck? Vielleicht haben wir diesen Aspekt des Problems nicht so ausreichend diskutiert, wie wir es getan haben sollten.

7. Patronage-Klientel-Beziehungen durchzogen alle Ebenen der Gesellschaft. In der Frühen Neuzeit war dies natürlich eine hierarchische Gesellschaft, und entsprechende Verflechtungen hatten die Tendenz, die Hierarchie zu stärken. Sie waren daher grundsätzlich konservativer Natur. Aber sie konnten auch revolutionär werden, wie etwa während der Reformation (vergleiche Prof. Reinhardts Beitrag). Oder sie konnten die Resonanz revolutionärer Bewegungen verstärken, die Unterstützung, die diese in weiteren Schichten der Gesellschaft finden mochten. Aber sie stärkten nicht die Organisation solcher Bewegungen.

Aus keinem dieser Punkte läßt sich die Schlußfolgerung ziehen, daß Patronage-Beziehungen nicht auch in nichthierarchischen Gesellschaften hätten existieren können,

so etwa innerhalb des polnischen Adels vom 16. bis zum 18. Jahrhundert oder in einer modernen sozialistischen Gesellschaft.

8. Für die Frühe Neuzeit liegen die historischen Zeugnisse für derartige Beziehungen zumeist in schriftlicher Form, besonders in Briefen, vor. Es ist darauf hingewiesen worden, daß dies eine grundlegende Eigenschaft des ganzen Systems ist, ja, daß das System vielleicht ohne das Schreiben von Briefen gar nicht hätte existieren können, oder daß es, wie im Rußland des 18. Jahrhunderts, nur mit einer größeren Verbreitung von Bildung in Erscheinung trat. Prof. Ransel war – sicher zurecht – mit einer solchen Schlußfolgerung vorsichtig, und der Fall von Murcia widerspricht der Annahme, daß Bildung oder überhaupt schriftliche Vereinbarungen zwischen Patron und Klient notwendig waren.

9. Prof. Mączak wies auf den Aspekt Patronage-Klientel-Beziehungen als Marktproblem, als Frage des Angebotes und der Nachfrage, hin. Ein solcher Ansatz würde bedeuten,

- a) daß die Beziehung sich in bürgerlichen und sozialistischen Gesellschaften fortgesetzt hat,
- b) daß sie zur Zeit des klassischen Feudalismus, wenn auch in einer eingeschränkteren Form, existiert hat.

Ein wesentlicher Aspekt des Patronage-Klientel-Verhältnisses besteht in dem Gebrauch öffentlicher Beziehungen. Da stets Einigkeit darüber bestand, daß nichts so erfolgreich ist wie der Erfolg – in frühneuzeitlichen Termini wurde dieser Begriff als das Bedürfnis, *réputation* zu erlangen, ausgedrückt – war der Anschein einer Patron-Klient-Beziehung oft ebenso wichtig wie eine Beziehung selbst. Dies zeigt sich deutlich in einer von Frau Wormalds Anekdoten, und es ist auch die Grundlage für Gogols Roman ‚Die Toten Seelen‘. Im 16. Jahrhundert betrieb die Regierung der Niederlande eine Politik, die es ihr erlaubte, öffentlich Patronage zu verleihen – in Form eines Amtes, eines Zollrechtes etc. –, auf jeden Fall solcher Dinge, deren sich der Empfänger rühmen konnte. Dieser war jedoch privat verpflichtet, einen *contre-lettre* zu unterzeichnen, indem er auf die Einkünfte aus diesem Gunsterweis verzichtete, so daß die Regierung sie wieder für einen anderen Klienten verwenden konnte. Reputation war da für beide Seiten wichtig, wenn auch aus entgegengesetzten Gründen.

Zu Beginn der Diskussion glaubte ich nicht, daß es möglich sein würde, eine umfassende Theorie über die Geschichte der Patronage-Klientel-Beziehungen zu konstruieren. Ich bin im übrigen noch immer skeptisch. Es gibt schließlich keine Möglichkeit, dieses Phänomen zu isolieren und dafür ein eigenes Modell zu konstruieren. Aber man könnte eine Metapher benutzen. Patronage ist wie eine chemische Substanz, die in Kombination mit anderen Substanzen unterschiedlich reagiert, bei unterschiedlichen Temperaturen sozusagen, oder im Verlauf unterschiedlicher chemischer Prozesse. Auf einige Substanzen hat es überhaupt keinen Einfluß oder nur sehr geringen. (Ich habe versucht, in meinem Beitrag eine solche Situation im Hinblick auf die niederländischen Städte zu beschreiben.) Doch die Beziehung selbst bleibt immer erkennbar, und es ist sicherlich möglich, ihre Verhaltensmuster auch in unterschiedlichen Situationen herauszufinden.“

Koenigsbergers allgemeine Ansichten wurden von Reinhard nicht unterstützt. Er

befand vielmehr: „Die Feststellung eines allgemeinen Konsenses durch Herrn Koenigsberger erscheint mir höchst erfreulich, obwohl ich sie nicht recht teilen kann. Nach dem dezidiert historistischen Tenor verschiedener Beiträge scheint mir nämlich viel eher die bei Historikern übliche Übereinstimmung in der Nicht-Übereinstimmung vorzuliegen, konkreter: jeder hat nachgewiesen, daß sein Fall völlig anders gelagert ist als alle anderen und geht mit diesem Ergebnis befriedigt nach Hause. Nur – das wußten wir schon vorher. Warum dann noch ein Kolloquium? Die Aufgabe unseres Treffens war sicher der Vergleich. Nun kann man in zweierlei Absicht vergleichen, zum einen, um die Unterschiede festzustellen – darauf sind die Historiker eingeschworen. Zum anderen in der Absicht, Gemeinsamkeiten festzustellen – das gilt bei den Historikern geradezu als unanständig. Nichtsdestoweniger wäre genau dieses unsere Aufgabe gewesen, denn nur so kann man Patronage-Klientel-Beziehungen einer *gemeinsamen* Kultur des frühneuzeitlichen Europa in den Griff bekommen.

Eine gemeinsame Theorie dieser frühneuzeitlichen Patronage-Klientel-Beziehungen für ganz Europa scheint es nun aber tatsächlich nicht zu geben. Dennoch meine ich im Gegensatz zu Herrn Koenigsberger, daß es nicht ohne Theorie geht. Es gibt ja ein Theorieangebot von sozialwissenschaftlicher Seite, vor allem von seiten der Anthropologen. Freilich hat Herr Molho zu Recht darauf hingewiesen, daß derartige Theorien als solche viel zu allgemein seien, um in unserem Fall noch viel zu erklären. Die Theorien der allgemeinen menschlichen Grundausstattung mit Abhängigkeitsverhältnissen sind also für unseren Zweck so wenig hilfreich wie die noch so eindrucksvolle Untersuchung von in Zeit und Raum isolierten Einzelfällen. Was wir brauchen, ist vielmehr ein Mittleres, das sachlich und zeitlich zwischen den anthropologischen Konstanten (wenn es sie gibt) und den Individualitäten angesiedelt ist. Das könnte im Sinne der von Herrn Schiera gestern und von Herrn Koenigsberger schon vor Jahren vertretenen Auffassung von Patronage als ‚Schmiermittel‘ auf die Identifizierung eines den frühneuzeitlichen Europäern gemeinsamen Kodex von ‚Spielregeln‘ hinauslaufen, geht es doch um spezifische Konditionierung von Verhalten.

Wie soll man dabei vorgehen? Das Erfolgsrezept besteht m. E. darin, die Entwürfe der Anthropologie für ein abstraktes Bild der Fundamentalstrukturen regulierter menschlicher Interaktion als Konstante im Sinne zu behalten, wenn man die jeweiligen konkreten historischen Umweltfaktoren als die Variablen untersucht. Mit dem nötigen methodologischen Pragmatismus gehandhabt, könnte ein derartiges Vorgehen sowohl begrifflich klare und daher vergleichbare als auch empirisch gesättigte Ergebnisse versprechen.

Damit bietet sich beim Versuch, Ergebnisse unserer Tagung zusammenzufassen, ein Blick auf die Außenseite des Phänomens Patronage-Klientel an, auf die festgestellten Beziehungen zu anderen Phänomenen.“

Wolfgang Reinhard betrachtete es als ein Manko des Ansatzes, das allerdings für diese Kolloquium akzeptiert worden war, daß Patronage einigermaßen künstlich von einer Gruppe von Teilkategorien (siehe oben: Terminologie) isoliert worden war.

Andere Diskutanten sahen die Meinungsunterschiede hinsichtlich eines Konsenses nicht so scharf. Jenny Wormald meinte sogar, ihr wäre gar nicht wohl, wenn es „a monolithic consensus about patronage and clientage“ gegeben hätte. Glücklicherweise

gab es keinen. Frau Wormald führte des weiteren aus: „Gemeinsame Grundlage war, daß Patronage ein entscheidender, tatsächlich wesentlicher Teil der Regierungen und Sozialstrukturen der verschiedenen in Betracht gezogenen Länder in der Frühen Neuzeit war. Auf diese Grundlage wurde ein Mosaik gelegt, in welches als faszinierende Steinchen jene unterschiedlichen Arten eingeführt wurden, in denen sich Patronagesysteme in den verschiedenen Gesellschaften äußern konnten. So war beispielsweise innerhalb des hochkomplexen Reiches das Patronagesystem des Kaisers eine Quelle der Macht, daraus wiederum läßt sich mit gutem Recht die allgemeine Feststellung ableiten, daß Patronagesysteme den ‚Staat‘ nicht gefährdeten oder unterminierten, sondern Teil kaiserlicher Machtentfaltung waren. Wo andererseits staatliche Kontrolle relativ schwach war, wie in Schottland, konnten lokale Patronagenetze selbst politische Stabilität schaffen. Der schottischen Situation wiederum könnte die Unsicherheit entgegen gehalten werden, der Patronage und Klientelismus im Rußland des 18. Jahrhunderts unterworfen waren, oder auch die Gewalt der Städte in Südostspanien. Der Fall Jan Zamoyskis liefert eine besonders interessante, individuelle Fallstudie für jene Umstände, die es diesem mächtigen Patron ermöglichten, mit großem Erfolg eine unangreifbare politische Fraktion aufzubauen; allgemeiner gesagt, es existierte eine Fülle von Erklärungen über die Bedeutung der Persönlichkeit und des Charismas erfolgreicher Patrone.“

Gottfried Schramm akzeptierte Koenigsbergers erste These und interpretierte sie dahingehend, „daß Klientelbeziehungen in der Frühen Neuzeit noch unangefochten galten und unentbehrlich waren. So ähnlich ist es – nur mittlerweile nicht mehr unangefochten, nicht mehr mit der allgemeinen Billigung, damit, worauf die These 2 anspielt – noch heute.“ Fritz Schmidt kommentierte Koenigsberger wie folgt. „Professor Koenigsberger führte in seinen zusammenfassenden Bemerkungen aus, daß eine allgemeine Theorie der Patronage wenig erfolgversprechend wäre, daß es aber sehr wohl möglich sei, Muster zu erkennen. Freilich, wie mir scheint, unter der Voraussetzung, daß Patronage nicht als isoliertes soziales Phänomen betrachtet wird, sondern daß man vielmehr versucht, sie mit der allgemeinen historischen Entwicklung in systematischen Zusammenhang zu bringen. Anknüpfend an Norbert Elias läßt sich die europäische Geschichte seit dem Spätmittelalter bis weit in die Neuzeit hinein als ein Staatenbildungsprozeß verstehen, der sich unter Wettbewerbsbedingungen vollzogen hat. Diese Form des Wettbewerbsdrucks führte dazu, daß sich das Gewicht zwischen den beiden von Professor Mączak angesprochenen Hauptformen der sozialen Chancenverteilung fundamental verschoben hat: Leistungskriterien werden bedeutsamer als Patronagemechanismen. Die mit dem Staatenbildungsprozeß einhergehende Ausdehnung des Marktes ermöglichte in immer umfassenderen Bereichen eine Leistungsmessung, welche an objektivierten Kriterien orientiert war. Andererseits war auch die objektivierte Leistungsmessung eine Voraussetzung der Marktausdehnung. Wie nun auf lange Sicht der Wettbewerb die Bedeutung der Patronage als sozialer Institution mindert, mag nun an zwei Beispielen verdeutlicht werden:

- Mit der Ausnahme Großbritanniens ist die Staatenentwicklung in den Kernteilen Europas mit dem Aufbau stehender Heere unmittelbar verknüpft. Dies deshalb, weil der Aufbau stehender Heere notwendige Bedingung für die systematische Ver-

besserung der Wettbewerbschancen ist. Dem Aufbau stehender Heere eignet darüber hinaus das Moment der Durchrationalisierung. Militärtechnisch sind stehende Heere durch eine gesteigerte Bedeutung des Drills und der Koordination der Truppenteile gekennzeichnet. Aus diesem Grunde ist in der Tat die von Professor Koenigsberger vorgetragene These vollständig korrekt, daß Heere, welche nach dem Patronageprinzip rekrutiert wurden, im Verlaufe der neuzeitlichen europäischen Entwicklung sukzessive obsolet wurden.

- Das zweite Beispiel betrifft Florenz, und ich nehme hier Bezug auf die Ausführungen von Professor Molho, der auf die Arbeit der Kents über ‚Neighbours and Neighbourhood in Renaissance Florence‘ hingewiesen hat. Erläutert wird darin die Technik der Steuerbemessung in Florenz. Die benötigte Gesamtsumme wurde zunächst auf die einzelnen Stadtbezirke verteilt. Innerhalb jedes Bezirkes verteilte dann ein Bürgerausschuß unter dem Vorsitz seines Vorstehers die Steuerlast auf die einzelnen Haushalte. Angesichts unsicherer Bemessungsverfahren – die objektivierte Bemessung nach dem ‚catasto‘ galt im untersuchten Zeitraum nur wenige Jahre – scheint dies ein unmittelbarer Anlaß für den Rückgriff auf Patronagemechanismen gewesen zu sein. ... Allgemein gewendet: mußte nicht notwendigerweise die Entfaltung eines ‚rationalen Kapitalismus‘ im Sinne von Max Weber mit der Entwicklung einer objektivierbaren Steuerbemessung einhergehen, welche selbstredend Patronage ausschloß?“

Nach Volker Press hat das Kolloquium einen allgemeinen Konsensus hinsichtlich der großen Bedeutung von Patronage gebracht. Press äußerte die Hoffnung, daß die deutschen Wissenschaftler von nun an Patronage mehr berücksichtigen und in diesem Punkt mit den britischen und polnischen Historikern aufholen würden. Seiner Ansicht nach bestand Übereinkunft darüber, daß man die formalisierte Sprache der Patron-Klient-Beziehungen analysieren und rekonstruieren müsse (dies war auch Reinhardts besonderes Anliegen).

Nach Romani könne als eine Art gemeinsamer Nenner für frühneuzeitliche Patronage überall im westlichen Europa deren enge Beziehung zum jeweils entstehenden Staat angesehen werden. Argumente für einen solchen Konsensus lieferten u.a. die Darlegungen von Molho, Blockmans und Koenigsberger. Daß es unklug war, Patronage nicht zu berücksichtigen, machte sich bemerkbar bei Herrschern wie Alessandro Farnese und Philipp II. (nicht jedoch seinem Vater!). Bedürfnis und Nachfrage nach Vermittlern unterschiedlichster Art bestanden im frühneuzeitlichen Europa ganz allgemein. „In einer Wirklichkeit, in der ein formales System von Beziehungen innerhalb der bürokratischen Struktur festgeschrieben worden ist, haben nur die Loyalitätsbande zum Fürsten ein Bindemittel dargestellt.“

Der angeblich fundamentale Konflikt zwischen Patronage und Berufsbeamtentum wurde mehr oder weniger am Rande und nur von einigen Diskutanten aufgeworfen. Dahlerup, Maćzak und Schiera waren der Meinung, daß, während beide Prinzipien an sich in starkem Kontrast zueinander standen, dies in der sozialen Realität nicht notwendigerweise so sein mußte, da Loyalität ein hochgeschätzter Wert blieb. Nach Schiera änderte sich die Situation gleichwohl entsprechend den fortschreitenden Anforderungen an eine professionelle Qualifikation der Beamten. Wenn jedoch ein Vor-

gesetzter Bewerber für ein Amt auszuwählen hatte, trug die altmodische Tugend persönlicher Loyalität in der Regel den Sieg davon – dies war (auch nach Maćzak) ein Faktor, der zur Haltbarkeit von Patronage beitrug. Dahlerups Kommentare wiesen auf bestehende Lücken oder Zonen von nur geringer Patronage-Intensität im frühneuzeitlichen Europa hin. Die skandinavischen Länder gehörten ganz offensichtlich dazu; Dahlerup schien aber eine intensivere Forschung nötig, um dieses Phänomen erklären oder um spezifisch andere Formen von Patronage aufdecken zu können, die für diese Zone charakteristisch waren. Dahlerup und Maćzak stimmten überein, daß unter den hypothetischen Gründen für diese schwache Entwicklung von Patronage im Norden das dort früh entwickelte und effizient arbeitende Staatsbeamtentum ausschlaggebend gewesen sein könnte; zu fragen wäre auch, ob ein Zusammenhang zwischen einer schwach entwickelten Patronage und einer zahlenmäßig geringen Adelschicht bestand.

Victor Morgan und Rainer A. Müller gingen der Frage, ob und inwieweit sich die Professionalisierung des Beamtenstandes auf Patronage ausgewirkt habe, noch genauer nach. Nun haben Frau Zielińskas Ergebnisse klar gezeigt, daß in den Bereichen, die man periphere Staatsstrukturen nennen könnte, ein umgängliches Wesen, gute und breitgefächerte Verbindungen, manchmal auch Skrupellosigkeit viel mehr zählten als Gelehrsamkeit. Dies lag an dem aufgeblähten System adeliger Selbstregierung und dem Übergewicht persönlicher Beziehungen gegenüber institutionellen. Es gab allerdings auch – so in Polen-Litauen – Klienten von Magnaten, die ausgezeichnet ausgebildet waren. Sie arbeiteten hauptberuflich für ihre Herren und waren ihrer Kenntnisse und Effizienz wegen als Diener, Verwalter und schließlich auch Mittler hoch angesehen.

Für eine langfristige Sozialdisziplinierung erwies sich andererseits als wichtig, daß in den meisten westlichen Ländern das Leistungsprinzip vor allem innerhalb der Institutionen Anwendung fand, die dem akademischen Bereich in irgendeiner Form nahestanden (dies war R. A. Müllers Fazit). Das Leistungsprinzip brauchte eine Klientelbeziehung nicht auszuschließen. Mit dem Leistungsprinzip wird jedoch grundsätzlich die Patronat-Klientelbeziehung relativiert und seine Anwendung problematisiert. Müller führte dabei im einzelnen aus: „In der Frühmoderne fand die Anwendung des Leistungsprinzips vor allem in den Institutionen statt, die dem akademischen Bereich in irgendeiner Form nahestanden. Dies sind zum einen die Universitäten selbst, mit ihren Studiengängen und Examenskriterien, dies sind die Behördenorganisationen, die mehr und mehr Akademiker anstellen, so z. B. auf Kosten des Adels, und dies sind auch Gremien wie die Domkapitel, die aus ‚Qualitätsgründen‘ Akademiker aufnehmen, um sich so den Anschein größerer Kompetenz zu geben. Letztendlich mündete diese Entwicklung, wie allgemein bekannt, in eine berufliche Professionalisierung, in eine Verobjektivierung des Berechtigungswesens. Ich möchte noch einmal betonen, daß ‚Patronat- und Klientel-Beziehungen‘ dabei keineswegs *völlig* außer Kraft gesetzt wurden, sondern sich, wenn, dann auf einer anderen Ebene abspielten.“

Es ist paradox – kommentierte Maćzak – daß, obgleich die universitäre (insbesondere die juristische) Ausbildung eine Prämisse für den vollständigen Ausbau der modernen Bürokratie und die Auflösung der Vorherrschaft traditioneller Verflechtungen darstellte, Universitäten als Institutionen und Korporationen von Gelehrten und künf-

tigen Gelehrten und/oder Staatsdienern Hochburgen des Patronage-Klientelismus wurden (ähnlich äußerte sich auch Denis Richet). Maćzak erinnerte bei dieser Gelegenheit an den klassischen und vielfach neugedruckten Beitrag von Jeremy Boissevain, worin dieser die Geschichte von Universitätsprüfungen und politischem Klientelismus im zeitgenössischen Sizilien erzählt.

Gab es trotzdem einen Konsensus oder nicht? Die Kluft zwischen Koenigsbergers und Reinhardts Ansichten war – so der Gastgeber – nicht so breit, wie sie beiden Gelehrten möglicherweise erschien. Niemand widersprach der lakonischen Definition von Reinhard (siehe sein Referat in diesem Band); mehr noch, sie schien schließlich sogar gut zu der Absicht der Diskutanten zu passen, sich in einfachen Termini auszudrücken. Einigkeit bestand unzweifelhaft darin, daß Patronage unterschiedliche Formen annehmen könne und dies auch tue. Uneinig war man sich jedoch darüber, wie weiterhin vorzugehen sei, wie man in diesem Zusammenhang das wissenschaftliche Vokabular entwickeln sollte und was man von Forschungsrichtungen wie der Anthropologie und der politischen Wissenschaft zu erwarten habe. Bedauerlicherweise waren sich die Anwesenden offenbar auch darin einig, einige Fragen von großer Bedeutung nur leicht anzureißen, so etwa Fragen nach der Beziehung zwischen Patronage und Korruption oder der Wechselwirkung von Altersgruppen in Patronage-Beziehungen (Lemeunier kam auf dieses Thema zu sprechen).

Von Stromers verschiedene Kommentare führten indirekt, aber doch ziemlich nachdrücklich zu dem Vorschlag, daß man die Patron-Klient-Beziehungen tiefgreifend auch als Entscheidungsprozesse untersuchen sollte. Er meinte dazu wörtlich; „Was hat der Patron für ein Interesse am Klienten? Warum bringt er ihn zur Macht? Warum hält er ihn an der Macht?“ Es waren wirtschaftliche, machtpolitische und Prestige-Faktoren im Spiel. Das kann in Richtung Psychologie oder auch in Richtung politische Verflechtungen untersucht werden. Von Stromer hält es im übrigen auch für möglich, daß via Klientelismus-Forschung die Kluft zwischen historischer und sozialer Verhaltensforschung überbrückt wird und daß besagte Forschung auch dazu benutzt werden könnte, Historiker und Psychologen einander näherzubringen (und nicht notwendigerweise Psychoanalytiker).

Als ein weiterer und letzter Bereich des Konsenses erwies sich die Feststellung, daß Patronage-Klientelismus ein empfindliches Thema sei, dem mit Verallgemeinerungen nicht gut beizukommen sei. Viele interessante und vielversprechende Forschungsgebiete scheinen es zu berühren. Auch das seit kurzem wachsende Interesse an Korruption als historischem Phänomen, das wiederbelebte Interesse an Ämterkäuflichkeit versprechen Fortschritte im Wissen über Patronage.

Zum Schluß (als Frau Wormald ihre eigenen Schlüsse und Eindrücke zusammenfaßte) glaubte niemand, daß das Thema erschöpfend behandelt worden war. Zu viele Aspekte – Patronage als Markt-System, das Verhältnis von Patronage und Korruption im Zusammenhang mit Berufsbeamtentum, die Idee des „gerechten Gehaltes“ beispielsweise – wurden nur andiskutiert und als Wegweiser für künftige Arbeit hingestellt. Es spricht freilich für sich und den Erfolg des Kolloquiums, daß jene, die daran teilgenommen haben, am Ende meinten, es sei schnell zu Ende gegangen, und es mit dem Bewußtsein, stimuliert und angeregt worden zu sein, verließen.

# Register

Die Register wurden erstellt von Annalena Staudt-Lauber.

## Personenregister

- Adelgais, (Kleinratsfamilie-) in Ravensburg 54
- Aerschot, Herzog von 133, 135
- Aguilera, (Familie-) in Moratalla 338 f.
- Alba, Fernando Alvarez de Toledo, Herzog von (1507–1582) 132, 137, 144 f.
- Albert, Herzog von Österreich 9
- de Albuquerque, Juan 324
- Albuquerque-Leones, (Familie-) 324
- Alekseev, (Soldat) 230
- Alfons V., „der Großmütige“, König von Aragon (1416–1458) 308
- d'Andilly, (Sohn des Antoine Arnauld) 149
- Angus, Grafen von 168
- Archibald Graf von 160, 169
- Anjou, (Haus-) 308
- Ankenreute, (Kleinratsfamilie-) in Ravensburg 54
- Anna Iwanowna, Zarin v. Rußl. (1730–1740) 221
- Aragon, (Haus-) 308
- Arbuthnot, Alexander 159
- Arcos, (Familie-) in Andalusien 322
- Herzöge von → Ponce de Léon
- Argüelles, (Familie-) 329
- Argyll, Grafen von 160, 162, 165 f., 168
- Colin Graf von 163
- Arimbert (Bischof von Mailand) 239
- Armenteros (Sekretär der Margarethe v. Parma) 139 f.
- Arnaldos, (Familie-) 337
- Arnauld, Antoine 149, 151
- Arran, James Graf von 163, 169
- Arzt, (Familie-) in Augsburg 56
- Asinari, Federico 287
- Askanien, (Haus-, Anhaltische Linie) 35
- August II., „der Starke“, Kurfürst v. Sachsen/ König v. Polen (1694–1733) 72
- August III., „der Dicke“, König v. Polen (1733–1763) 203, 207, 209 f.
- Báthory (engl.: Batory), Stefan, König v. Polen (1575–1586) 86, 155, 177, 183, 186, 189, 191–194, 196
- Bacon, Nathanael 113
- Balibrera, (Familie-) Herren v. Guadalupe 331
- Bannermann of Waterton, Alexander 162
- Baranowski, Wojciech (Vizekanzler in Polen) 193
- Barberij, (Steuerbeamter unter Emanuele Filiberto) 291 f.
- Baumgartner, (Familie-) in Augsburg 56
- Beaton, David, Kardinal 169 f.
- Benavides, (Familie-) in Andalusien 328
- Beowulf 94
- Berchem, Hendrik van 137
- de Berghes, Marquis (Provinzgouverneur in Hainault) 132, 135 f., 138, 140
- Berlaymont 131, 133, 137
- Berra, Antonio (Hauptmann der Miliz in Savoyen) 287, 295
- Besseler, (Kleinratsfamilie-) in Ravensburg 53
- Besserer, (Kleinratsfamilie-) in Ravensburg 54
- Bestuzhev-Riumin, A. P. 217, 222
- Betz, (Kleinratsfamilie-) in Ravensburg 53 f.
- Bezborodko, A. A. 223
- Biron, Ernst Johann (Günstling der Zarin Anna Iwanowna) (1690–1772) 221 ff.
- Blairquhan, James Kennedy von 163
- Blarer, (Familie-) in Konstanz 58
- Bodman, Rupert von (Fürstabt von Kempten) (1678–1728) 28
- Bogaraya, Grafen von 334
- di Boglio, Monsignor 273, 283
- Annibale 292, 295
- Onorato Grimaldi Baron v. 292 f., 295 f.
- Boldù, (venez. Gesandter in Savoyen) 266
- Bolvis, Giacomino 280
- Bonetto, Giovenale, Arzt 280
- Bonifiglio, Agostino 295
- Bonvalot, Pancras (Cousin Granvellas) 131
- Borukowski, Jan (Vizekanzler in Polen) 193
- de Bourgogne, Antoine, „Grand Bâtard“ 124
- de la Bouverie, Jean 122
- Boyd, Lord 168
- Brandenburg, Kurfürsten von 13
- Friedrich Wilhelm von, „Der Große Kurfürst“ (1620–1688) 44, 68

- Brühl, Heinrich von (Minister in Polen) 203, 208 ff.
- Buckingham, Herzog von 84, 111 f.
- Bunkhofer, (Kleinratsfamilie-) in Ravensburg 54
- Burckhardt, Jacob, Schweizer Historiker (1818–1897) 234
- Burgau, (Kleinratsfamilie-) in Ravensburg 53, 54
- Burghley, Lord William Cecil (Erster Minister unter Elisabeth I. v. Engl.) (1520–1598) 84, 107, 194 f.  
→ s.a. Cecil
- Burgund  
→ Karl der Kühne  
→ Maria die Reiche  
→ Philipp der Gute
- Burkard  
– Martin (Metzger in Augsburg) 57  
– Melchior (Metzger in Augsburg) 57
- Cacherano, Giovanni Bartolomeo 288
- Cambiano, Giuseppe 265
- Cameron of Lochiel, Alan 165
- del Canto, Alonso (Offizier der span. Truppen i. d. Niederlanden) 136
- Cañete, (Familie-) in Moratalla 334, 339
- Cañete Botía, Francisco 334
- Car, (schottischer Adeliger) 164
- Carafa, Ferrante, Graf v. San Lucido 310
- Caresana, Giuseppe (Statthalter v. Turin) 285, 289
- Carfarand, Gaspar 295
- Carl August Herzog von Weimar 75
- Carlo Emanuele I. Herzog von Savoyen 267, 272, 274 ff., 278, 286, 292
- Carreño, (Familie-) in Cehegin und Bullas 326, 338
- Carretto, Audino 280
- Carvajal, (Familie-) in Andalusien 328
- Castell, (Haus-) 28
- de Castellanos, Cristóbal (Offizier der span. Truppen i. d. Niederlanden) 136
- del Castillo, Alonso 324
- Cathérine → Katharina
- Catherine → Katharina
- Cavalli, (venez. Gesandter in Savoyen) 266
- Cecil, (Haus-) 110  
– Robert Graf von Salisbury 84, 111, 175, 194  
→ s.a. Burghley
- Cellebrino, Francesco Antonio 279 f.
- Chantonnay, (Bruder Granvellas) 143 f.
- Charles → Karl
- Charles-Quint → Karl V
- Charles the Bold → Karl der Kühne
- de Chasteauroulleau, Seigneur 131
- Chevrot, Jean (Bischof von Tournai) 121
- Chico de Guzmán → Guzmán
- Chomeini 156
- Christina von Lothringen 128, 130
- de la Cierva, Juan 339
- Clinecto, Giovanni 304
- Cogedor, Don Manuel 334
- de Coligny, Gaspard (Admiral) (1519–1572) 140
- Colloredo-Mannsfeld, Ferdinand Graf von (Reichsvizekanzler) 75
- Condé, (Haus-) 151  
– Ludwig von Bourbon, Prinz von (1530–1560) 140
- Conejero, (Familie-) in Moratalla 334, 339
- Correggio, Herren von 248
- Correr, (venez. Gesandter in Savoyen) 266
- Costa, Giovanni Francesco 287
- Cowbardie, Herr von (genannt Murray) 164
- Cowglen, George Maxwell von 163
- Cravotto, Martin (Druckermeister in Piacenza) 264
- Croy, (Familie-) 122, 124, 133  
– Antoine de 124
- Czartoryski, Michael (Großkanzler von Litauen) 155, 203, 205, 207–210
- Dacre, (Familie-) 103
- Dänemark, (Krone-) 34
- Dalberg, Karl Theodor Freiherr von (Erzbischof von Mainz) (1744–1817) 74–77, 81
- David, Bischof von Utrecht 119
- Deuring, (Kleinratsfamilie-) in Ravensburg 53 f.
- Dienheim (Domherr in Mainz) 75 f.
- Dietmar (Magister in Wien) 9
- Dohna, Grafen von 44  
– Fabian Burggraf von 86
- Dolgorukii, (Familie-) 221  
– Iwan 217, 221
- Domingo, Gaspard (Richter in Granada) 325
- Don Carlos, Infant v. Spanien 142
- Doria, (Familie-) 248  
– Stefano 287
- Douglas, (Familie-) 162  
– Sir George 169
- Douglas of Dalkeith, Sir James 167
- Drohojowski,  
– Jan Tomasz 195  
– Jan Krzysztof 193
- Du Buat (Franz. Diplomat u. Gelehrter) 79

- Dunbar, Gavin (Erzbischof v. Glasgow) 163  
 Dunlugus, (Familie-) 166
- Ebenriedt, (Kleinratsfamilie-) in Ravensburg 53  
 Eboli, (Familie-) 136, 144  
 Eck, Leonhard von (Bayerischer Kanzler) (1480–1550) 39  
 Eduard VI. König v. Engl. (1547–1553) 192  
 Edward → Eduard  
 Eglinton, Graf von 168  
 Egmont, Lamoral Graf von (gest. 1586) 127 ff., 131 f., 134 ff., 138 ff., 145  
 Ehinger, (Familie-) in Konstanz 58 f.  
 – Hans 58  
 Eiselin, (Familie-) in Augsburg 57  
 Ekolt, (Kleinratsfamilie-) in Ravensburg 54  
 Elias, Norbert 360  
 Elisabeth I., Königin v. Engl. (1558–1603) 84, 94, 101, 104, 112, 192, 194  
 Elisabeth Petrowna, Zarin v. Rußl. (1741–1762) 216, 219, 223  
 Emanuele Filiberto, Herzog von Savoyen (1528–1580) 132, 134, 141, 143, 239, 261, 263, 265 ff., 271, 273 f., 276, 281–284, 286 f., 289–292, 294 f.  
 Emmanuel Philibert → Emanuele Filiberto  
 England-Hannover, (Krone-) 34  
 Epernon, Herzog v. 150 f.  
 Eraso  
 – (Sekretär der Familie Eboli) 136, 144  
 – (Richter in Lorca) 336  
 Ermolov (Günstling der Zarin Katharina II.) 223  
 Erroll, Grafen v. 162, 169  
 – William, Herr von 162  
 Erthal, Friedrich Karl von (Kurfürst v. Mainz) 74 ff.  
 de Espinosa  
 – Kardinal 146  
 – Gabriel (Bürgermeister v. Cieza) 325  
 Essex, Graf von 84, 111, 194  
 Este, (Familie-) 250  
 Eugenius → Eugen  
 Eugen IV., Papst (1431–1447) 122
- Faber, (Kleinratsfamilie-) in Ravensburg 53  
 Don Fadrique, Infant 319  
 Fajardo, (Familie-) Grafen von Los Velcz 313, 327 ff.  
 – Alonso 328  
 – Pedro 328  
 Farnese, (Familie-) 249 f.  
 – Alexander (1545–1592) 145, 361
- Fea, Francesco Maria 289  
 Felices de Ureta, (Familie-) in Lorca 324  
 Ferdinand I. Kaiser (1556–1564) 26, 39  
 Ferdinand II. Kaiser (1619–1637) 41  
 Ferdinand III. Kaiser (1637–1657) 65  
 Ferrero, Borgo (Hauptmann der Miliz in Savoyen) 282  
 Fieschi, (Familie-) 246, 248  
 Firotini, Onorati 274  
 Flemming, (Familie-) 206  
 Flemming (Schatzmeister) 207  
 Francis → Franz  
 Franz, Erzherzog (Coadjutor in Köln und Münster) 75  
 Franz I. Kaiser (1745–1765) 69  
 Franz I. König v. Frankr. (1515–1547) 129, 144  
 Franz II. König v. Frankr. (1559–1560) 132  
 Franz Ludwig, Bischof von Würzburg 70  
 Fraser of Lovat, Lord 166  
 Freccia, Marino 300, 304  
 Friedrich, „der Siegreiche“, Kurfürst v. d. Pfalz (1451–1476) 24  
 Friedrich I. König v. Preußen (1701–1713) 44  
 Friedrich II., „der Große“, König v. Preußen (1740–1786) 72–75  
 Friedrich III. Kaiser (1440–1493) 36  
 Friedrich von Hessen-Kassel, Erbprinz 73  
 Friedrich Wilhelm I., „der Soldatenkönig“, König v. Preußen (1713–1740) 45  
 Friedrich Wilhelm II. König v. Preußen (1786–1797) 74 f.  
 Frosch, Johann (Doktorand Luthers) 58  
 Fürstenberg, (Haus-) 28  
 – Baron von 76  
 Fugger, (Familie-) 20, 22, 56 f.  
 Fustel de Coulanges (frz. Historiker) 350
- Gabutto, Giugliano 281  
 Gaist, (Kleinratsfamilie-) in Ravensburg 53 f.  
 de Gall, (Kleinratsfamilie-) in Ravensburg 53 f.  
 García, Gaspar 326  
 Gawdy, (Familie-) 110  
 Geizkofler (Reichspennigmeister) 59  
 Gembicki, Wawrzyniec 193  
 Gentile, Bernardino 278  
 Georg I. König v. Engl. u. Kurfürst v. Hannover (1714–1727) 73  
 Glajon 128  
 Glamis, Herr von 173  
 Glazunov, (Familie-) 225  
 Gogol, Nikolai (Russischer Dichter) 358

- Golitsyn, V V 213  
 de Gongora, Diego (Bürgermeister von Moratalla) 327  
 Gonzaga von Guastalla u. Novellara, (Familie-) 248  
 Gonzague-Nevers → Nevers  
 Görtz, Eustach Graf von 73  
 Gordoun, Lord Adam 164  
 Gostomski, Hieronim 194  
 Grant, Herr von 164  
 Grant of Freuchy, (Familie-) 165  
 de Granvella, Antoine Perrenot (Kardinal u. span. Minister) (1517–1586) 87, 127 f., 130–140, 142–145, 147, 357  
 Gray, Lord 169 f.  
 Grunbach, Wilhelm von 29  
 Guardiola, (Klient des Clans der Perez de Los Cobos) 326  
 Guldenstern, (Familie-) 354  
 Guglielmetti, Percivallo 289  
 Guglielmone, Michele 281  
 Guise, (Haus-) 132, 136, 152  
 – François von (gest. 1563) 151  
 – Maria von 169  
 Gutiérrez de Padilla, (Familie-) 331  
 Guzmán, (Familie-) Herzöge v. Medina-Sidonia 329  
 Guzmán, Chico de, (Familie-) 334, 338  
 – Don Juan Chico de (Bürgermeister von Cieza) 323, 325
- Habsburg, (Haus-) 5, 27, 37, 63 f., 68 f., 144, 178, 198, 352, 355  
 – (Innsbrucker Linie) 39  
 – (Spanische Linie) 320  
 – Philipp, „der Schöne“, Erzherzog v. Österr. u. König v. Kastilien (1478–1506) 38  
 Haidenhofer, (Kleinratsfamilie-) in Ravensburg 53 f.  
 Haintzel, (Familie-) in Augsburg 56  
 – Hans (Bürgermeister v. Augsburg) 56  
 – Hans Heinrich 60 f.  
 – Johann Baptist 60  
 – Paul 56  
 Hamilton, (Familie-) 165, 168  
 – Thomas Lord Binning (1613), Graf von Melrose (1619) 168  
 Hattstein, Marquard von (Bischof v. Speyer) (gest. 1581) 30  
 Hérisant, Louis Théodore (frz. Diplomat in Regensburg) 79  
 Heinrich II. König v. Frankr. (1547–1559) 129  
 Heinrich III. König v. Frankr. (1574–1589) 150, 177  
 Heinrich IV. König v. Frankr. (1589–1610) 86, 152  
 Heinrich VIII. König v. Engl. (1509–1547) 101, 192  
 Heinrich v. Valois → Heinrich III. König v. Frankr.  
 Henri → Heinrich  
 Henry → Heinrich  
 Hensler, (Kleinratsfamilie-) in Ravensburg 54  
 Herbröt, (Familie-) in Augsburg 57  
 Herbut, (Familie-) 192  
 Hertz, Heinrich (Kistler in Augsburg) 57  
 Herwart, (Familie-) in Augsburg 56  
 – Georg (Bürgermeister v. Augsburg) 55 f.  
 – Hans Paul  
 Hessen → Philipp  
 Hessen-Kassel → Wilhelm IX.  
 Hickes, Michael (Sekretär Lord Burghleys 1580–1598) 110, 195  
 Hinderbach, Johannes (Jurist u. kais. Rat in Wien) (gest. 1486) 8  
 Hobbes, Thomas (1588–1679) 93  
 Höchstätter, (Familie-) in Augsburg 57  
 – Felicitas 59  
 Hoedevelde, Clais van 125  
 Hofenfels (Minister in Zweibrücken) 77  
 Hohenheim, Franziska Gräfin von 78  
 Hohenlohe, (Haus-) 28  
 Hohenzollern, (Haus-) 13, 44, 70  
 Holstein, (Haus-) 23  
 Hoorn, Philipp Graf von 134  
 Hope, (Familie-) 168  
 Hortiz de Pros, Diego 287  
 Hoser, (Familie-) in Augsburg 57  
 Humboldt  
 – Alexander von (Naturforscher) (1769–1859) 17  
 – Wilhelm von (Gelehrter u. preuß. Staatsmann) (1767–1835) 17  
 Humelberg, (Kleinratsfamilie-) in Ravensburg 54  
 Huntingdon, Graf 107  
 Huntly, Grafen von 160, 162, 166, 168 f., 175  
 – Alexander Graf von 160  
 – George Graf von 162 f.  
 – George V. Graf von 164  
 – George VI. Graf von 165  
 Hyrus, (Kleinratsfamilie-) in Ravensburg 54
- Ilsung, (Familie-) in Augsburg 56  
 d'Isenbourg, Salentin 121  
 Ivan the Terrible → Iwan IV

- Iwan IV., „der Schreckliche“, Zar v. Rußl.  
(1533–1584) 212, 224
- Jakob I. König v. Engl. (seit 1567 König v.  
Schottland) (1603–1625) 84, 109, 154,  
168–173, 175
- Jakob I. König v. Schottland (1423–1437)  
160, 162
- Jakob II. König v. Schottland 162
- Jakob IV. König v. Schottland (1488–1513)  
160
- Jakob V. König v. Schottland (gest. 1542)  
160, 168 f., 171
- Jakob VI. König v. Schottland → Jakob I. Kö-  
nig v. Engl.
- James → Jakob
- Jauer, Peter von 9
- Jenisch, (Familie-) in Augsburg 57
- Jiménez, Pablo García, genannt Pablito 325
- Johann (John), Bischof von Cambrai 119, 122,  
132
- Johann (John), Dekan in Brügge 119
- Johann, König v. Böhmen (1310–1346) 7
- Johann, „ohne Furcht“, Herzog von Burgund  
(gest. 1419) 122
- John of Austria → Juan d’Austria
- John the Fearless → Johann ohne Furcht
- Joseph I. Kaiser (1705–1711) 32, 42
- Joseph II. Kaiser (1765–1790) 45, 69, 71–74,  
76 f., 79 ff.
- Juan d’Austria (1547–1578) 137
- Jülich-Kleve-Berg, Herzöge von 23
- Karl, „der Kühne“, Herzog von Burgund  
(1467–1477) 117, 124
- Karl I. König v. Engl. (1625–1649) 175
- Karl II. König v. Spanien (1665–1700) 250,  
315, 325, 331
- Karl III. König v. Spanien (1759–1788) 316
- Karl IV. Kaiser (1346–1378) 7, 11 f.
- Karl V. Kaiser (1519–1558) 38 f., 43, 52, 121,  
123, 129, 140, 144, 248, 287, 320
- Karl VI. Kaiser (1711–1740) 69
- Karl VII. Kaiser (1742–1745) 45, 69, 73
- Karl Alexander Herzog v. Württemberg 73
- Karl August Herzog v. Zweibrücken 74
- Karl Eugen Herzog v. Württemberg 73, 78
- Karnkowski, Stanislaw 194
- Katharina I. Alexejewna, Zarin v. Rußl.  
(1725–1727) 217
- Katharina II., „die Große“, Zarin v. Rußl.  
(1762–1796) 73, 77 ff., 81, 156, 216–220,  
223, 225, 228
- Kaunitz, Wenzel Anton Reichsfürst von  
(Österreichischer Staatskanzler)  
(1711–1794) 72 f., 77, 79 f.
- Keeper Bacon, Lord 110
- Kerr of Newbattle, Mark (Graf v. Lothian)  
175
- Klodziński, Maciej 193
- Knyvett, (Familie-) 110
- Königsegg-Aulenburg, Graf von 35
- Kolbinger, Abraham (Fuggerischer Stipen-  
diat) 22
- Kollöffel, (Kleinratsfamilie-) in Ravensburg  
54
- Konarski, Stanislaus 210
- Konopczyński, Władysław 203
- Korsakov (Günstling d. Zarin Katharina II.)  
223
- Križanić, Jurij 211
- Krötlin, (Kleinratsfamilie-) in Ravensburg 54
- Kurbskii, Andrei 212
- La Cueva, (Familie-) in Andalusien 328
- Lana, Antonio (Konsul in Santhià) 280
- Landi, (Familie-) 248
- Langenstein, Heinrich von (Theologe)  
(gest. 1397) 8
- de Lannoy, Antoine 124
- Lanskoi (Günstling d. Zarin Katharina II.)  
223
- dalle Lanze, Francesco 281
- La Rua, (Familie-) in Oviedo 329
- Lautrec, (Haus-) 150
- Laval, (Haus-) 150
- Leicester, Graf von 107
- Leo X., Papst (1513–1521) 121
- Leopold I. Kaiser (1658–1705) 66 f., 81
- Leopold II. Kaiser (1790–1792) 82
- Leslie of Syde, John 162
- Łeśniowski, Marcin 193
- Leszczyński, Stanisław, als Stanislaus I.  
Leszczyński König v. Polen (1704–1709  
und 1733–1736) 205
- Lethington  
– Richard Maitland von 173 f.  
– William von 173
- Levo, Giovanni Antonio (Edelmann in  
Piacenza) 264, 289, 291
- Liebig, Justus (1803–1873) 17
- Lippomano (Venez. Gesandter in Savoyen)  
266
- Lipski, Andrzej 193
- Lope de Chinchilla, Herr von Agramon 331
- Lope de Vega (Span. Dichter) (1562–1635)  
327

- López García, (Familie-) in Cehegin 326  
 López Sahajosa, (Familie-) 334, 338 f.  
 – Aquilino 336, 339  
 – Pedro 334  
 Los Cobos, (Familie-) in Jumilla 326, 331, 335  
 Los Vélez, (Familie-) 313, 329  
 – Graf von 326  
 → s. a. Fajardo  
 Louis → Ludwig  
 Ludwig der Bayer, Kaiser (1314–1347) 12  
 Ludwig XIV. König v. Frankr. (1661–1715) 65–68, 87, 173  
 Ludwig XVI. König v. Frankr. (1774–1792) 69  
 Lupin, (Kleinratsfamilie-) in Ravensburg 54  
 Luther, Martin (1483–1546) 21, 49, 58, 353
- Macdonald of Dunivaig, (Familie-) 165  
 Machiavelli, Niccolò (1469–1527) 145, 262  
 Mackintosh of Dunachten, (Familie-) 165  
 Maclean of Duart, (Familie-) 165  
 Macleod of Dunvegan, (Familie-) 165  
 – William 165  
 Maitland → Lethington  
 Major, John (Theologe) 166  
 Malaspina, (Familie-) 248  
 Malliano, Atreo 279  
 Manfredi, Gian Galeazzo 246  
 Mangold, (Kleinratsfamilie-) in Ravensburg 54  
 Mansfeld (Provinzgouverneur in Luxemburg) 132  
 Manuel, (Familie-) in Murcia 328  
 Mar, John Graf von 173 f.  
 Margaret → Margarethe  
 Margarethe II. v. Österreich, Herzogin v. Parma (Generalstatthalterin der Niederlande) (1522–1586) 121, 128, 130, 132 f., 139, 143, 145  
 Maria, „die Reiche“, Herzogin v. Burgund (gest. 1482) 117  
 Maria Stuart, Königin v. Schottland (1542–1567) 107, 169 f., 172  
 Maria Theresia, Kaiserin (1740–1780) 45, 69  
 Maria von Ungarn (1505–1558) 132  
 Marin, (Familie-) in Cartagena 325  
 Marín Ponce de León, (Familie-) in Lorca 338  
 Martínez Corbalán, (Familie-) 334  
 Martínez de Meneses (Span. Dichter) 327  
 Mary → Maria  
 Matthias, Erzherzog v. Österr. u. Kaiser (1612–1619) 40, 136, 144  
 Matuszewicz, Marcin 204, 206, 208
- Maurice → Moritz  
 Max Emanuel v. Bayern, Kurfürst (1679–1726) 22, 68  
 Maximilian, König v. Böhmen 130, 143 f.  
 Maximilian, Herzog von Bayern (1597–1651) 40 f.  
 Maximilian I. Kaiser (1493–1519) 11, 36 ff., 123  
 Maximilian von Habsburg, Erzherzog v. Österr. u. Regent v. Tirol (1585/90–1618) 40, 178  
 Maxwell, Lord 162, 164, 166, 169  
 Mazarin, Jules, Kardinal (1602–1661) 64 f., 87  
 Mecklenburg, (Haus-) 23  
 Medici, (Familie-) 194 f., 234, 249  
 – Cosimo I. (1519–1574) 238  
 – Katharina, Königin v. Frankr. (1519–1589) 151  
 – Lorenzo „der Prachtige“ (1449–1492) 239  
 Medina-Sidonia, (Familie-) in Andalusien 321  
 – Herzöge von → Guzmán  
 Medinaceli, (Familie-) in Andalusien 321  
 Melgarejo, (Familie-) in Caravaca 334  
 Melville, Sir James 172  
 Menshikov, Aleksandr Danilowitsch (Berater u. Freund Peters d. Großen) (1673–1729) 215, 217, 222  
 Mentzer, Balthasar I. (Theologe in Gießen) 17  
 Menzies, James 163  
 de Mercatel, Raphael (Abt. v. St. Bavo in Gent) 119  
 Merz, (Kleinratsfamilie-) in Ravensburg 53  
 Miller, (Kleinratsfamilie-) in Ravensburg 53  
 Miranda, (Familie-) in Asturien 329  
 Mniszech, Georg (Kronhofmarschall d. Kgs v. Polen) 208 ff.  
 Mockh, (Kleinratsfamilie-) in Ravensburg 53 f.  
 Molin, (Venez. Gesandter in Savoyen) 266  
 Molina, (Familie-) in Andalusien 328  
 Molino, Francesco (Bandit) 283  
 Mondéjar, Marquis von 145 f.  
 de Montaigne, Michel (1533–1592) 86  
 de Montmorency, Anne, Herzog, Konnetabel u. Marschall v. Frankr. (1493–1567) 129  
 Mordvinov  
 – (Günstling d. Zarin Katharina II.) 223  
 – (Major in Novgorod) 230  
 Morell, (Kleinratsfamilie-) in Ravensburg 54  
 Moresco, Ambrogio 282  
 Moriscos, Christian 146  
 Moritz, Kurfürst v. Sachsen (1541–1553) 128  
 Morosini (Venez. Gesandter in Savoyen) 266  
 Moser, Friedrich Karl von 70

- Müller, Hans (Dänischer Rentmeister in Holstein) 349
- Mürlin, (Kleinratsfamilie-) in Ravensburg 54
- Muñoz, (Familie-) in Caravaca 326
- Murray, (Familie-) 168
- Mussó Valiente, José Maria (Statthalter v. Murcia) 315, 336
- Musso Munoz de Otorala, (Familie-) in Murcia 339
- Myszkowski, Zygmunt (Marschall in Polen) 194
- Napoleon I. Bonaparte, Kaiser v. Frankr. (1804–1814) 45
- Nassau, (Haus-) 28
- Nassau-Dillenburg, Grafen von 28
- Nazarin, Lorenzo (Arzt) 280
- Neidhart, (Familie-) in Augsburg 58
- Neuburg, (Haus-) 25
- Neumarkt, Johann von (Bischof u. Kanzler Karls IV.) (gest. 1380) 7 ff., 12
- Nevers, (Haus-) 150 ff.
- Herzogin von 150
- Herzog von 65, 152
- Louis de Gonzague 151
- Nevskii, Alexander 222
- Nicholas → Nikolaus
- Nikolaus V., Papst (1447–1455) 121
- Noircames, Markgraf v. Antwerpen u. Kanzler v. Brabant 137
- Norfolk, Herzog von 107
- Nürnberg, Burggrafen von 13
- Öschlaher, (Kleinratsfamilie-) in Ravensburg 54
- Österreich, (Haus-) 37
- Oettingen, (Familie-) 28
- Ogilvy, (Familie-) 165
- OKelly, (frz. Gesandter in Mainz) 79
- Okuń, Tomasz 193
- Oliphant, Lord 162
- Opaliński, Andrzej (Kronmarschall in Polen) 191
- Orange → Oranien
- Oranien
- Wilhelm Prinz von (1533–1584) 87 f., 127 f., 131–140, 142, 145–147
- Wilhelm II. von (1650–1702) 66
- Orlov, Grigorii 217, 223
- Ortenburg, Joachim Graf von 22
- Orzechowski, (Familie-) 192
- Ossoliński, (Familie-) 192
- Ostrogski, (Familie-) 194
- Janusz, Herzog u. Stadtherr v. Krakau 194
- Osuna, (Familie-) in Andalusien 322
- Oxenstierna, Axel (Schwed. Reichskanzler) (1583–1654) 39, 41
- Palencia, (Familie-) in Moratalla 336
- Paler, (Familie-) in Augsburg 56
- Pancras Bonvalot, Seigneur 131
- Panin, Nikita Iwanowitsch (Leitender Staatsmann unter Katharina II.) (1718–1783) 216 f.
- Panin-Kurakin, (Familie-) 223
- Pannwitz, (Familie-) 7 f.
- Johann von 7
- Nikolaus von (Breslauer Domkustos) 7
- Wolfram von 7
- Parella (Schatzmeister bei Emanuele Filiberto) 274
- Pasero, Cavalier 279
- Paul I. Petrowitsch, Zar v. Rußland (1796–1801) 220
- Pérez
- Antonio 145
- Gonzalo 140, 144
- Pérez de Los Cobos → Los Cobos
- Pérez de Meca, (Familie-) in Murcia 339
- Antonio (später Graf von San Julian) 336, 339
- Pejrano, Sebastiano 279 f.
- Percy, (Familie-) 103
- Perea, (Familie-) in Mula 338
- Peter I. Alexejewitsch, „der Große“, Zar v. Rußland (1682/89–1725) 156, 214, 224
- Peter II. Alexejewitsch, Zar v. Rußland (1727–1730) 221
- Peter III. Fjodorowitsch, Zar v. Rußland (1762) 220
- Peter the Great → Peter I. Alexejewitsch
- Pettolis, Giovanni Andrea (Konsul in Santhià) 280
- Peutinger
- Christoph (Stadtpfleger in Augsburg) 56
- Conrad (Humanist aus Augsburg) 56
- Pfarrer, Mathis 58
- Pfeffel, Christian Friedrich 79
- Pfister, (Familie-) in Augsburg 56
- Marx 56
- Philipp, „der Großmütige“, Landgraf v. Hessen (gest. 1568) 33
- Philipp, „der Gute“, Herzog v. Burgund (1419–1467) 119 f., 122, 125
- Philipp II. König v. Spanien (1556–1598) 127 f., 130 f., 133 f., 136, 139–147, 327, 361
- Philipp IV. König v. Spanien (1621–1665) 250, 320

- Philip the Good → Philipp der Gute  
Pico della Mirandola, (Familie-) 248  
Pier delle Vigne, (Familie-) 307  
Piotrowski, Jan 191, 193  
Pommern, (Haus-) 23  
Ponce de León, (Familie-) Herzöge v. Arcos 329  
Pontano, (Familie-) 307  
Potemkin, Grigorii Alexandrowitsch (Günstling Katharinas II.) (1739–1791) 217 f., 223  
Preußen, (Krone-) 34  
Prielmair, Korbinián von (1643–1707) 22  
Przeździecki (Vizekanzler Litauens) 209  
Pütter, Stefan 70
- Quirós, (Familie-) in Asturien 329
- Rachis, Giovanni Battista 281  
Radishchev, A. N. 223  
Radziwiłł  
– Hieronim (Bannerherr v. Litauen) 203, 205, 209  
– Michael (Großhetman v. Polen) 155, 203–208  
Ravensburger, Leo (Stadtpfleger in Augsburg) 56  
Razumovskii, A. G. 223  
Rechberg, Grafen von 22  
Rehlinger  
– Anna 59  
– Ulrich (Reformationsbürgermeister in Augsburg) 58  
– Wolfgang 58  
Reichlin, (Kleinratsfamilie-) in Ravensburg 53 f.  
Reihing, (Familie-) in Augsburg 56  
Rembold, (Familie-) in Augsburg 56  
Renard, Simon 144  
Reoyo, (Familie-) in Valladolid 329  
Richelieu, Armand Jean du Plessis, Herzog von, Kardinal (1585–1642) 64 f., 67, 84 f., 350, 352  
Riquelme, (Familie-) in Murcia 338  
Rizzio, David (Günstling Maria Stuarts) (1533–1566) 171  
Robert II. Stewart, König v. Schottland (1371–1390) 162  
Robertson, Donald, Herr von Struan 163 f.  
Robles, (Familie-) in Caravaca 326  
Rodriguez de Navarra, (Familie-) in Moratalla 338  
Romanzoff, Nikolaus Petrovich Graf von (Russ. Gesandter im Reich) 72, 74, 77–81  
Rosenstern, (Familie-) in Dänemark 354  
Roth, (Kleinratsfamilie-) in Ravensburg 53 f.  
dell’Rovere, Leonardo 265, 270  
Rozraźewski, Hieronim 194  
Rudolf II., Kaiser (1576–1612) 40  
Rueda, (Familie-) in Moratalla 334, 339  
Ruiz, Don Onésimo 334  
Ruprecht, Deutscher König (1400–1410) 24  
Ruthven, Lord Patrick 170, 172
- Sachsen, (Haus-) 132  
Sailer, Gereon (Arzt u. Politiker in Augsburg) 55, 59  
Sala  
– Gasparado 281  
– Giovanni 281  
Salisbury, Graf von 84  
Samaniego, (Familie-) in Caravaca 334  
San Julian, (Familie-) in Lorca 338  
→ s. a. Pérez de Meca  
San Mamès, Grafen von 334, 336  
Sánchez Pernías, Antonio 334  
Sandizell, Wilhelm Ritter von 59  
San’Andrea, Signor di 293  
San’Elia, Pietro di 304  
Savoyen, Herzöge von 291  
→ Carlo Emanuele  
→ Emanuele Filiberto  
→ Vittorio Amedeo I.  
Sayn-Wittgenstein, Grafen von 28  
Scallone, Goffredo 304  
Schatz, (Kleinratsfamilie-) in Ravensburg 54  
Scheler, (Kleinratsfamilie-) in Ravensburg 54  
Schellang, (Kleinratsfamilie-) in Ravensburg 54  
Schellenberger, (Kleinratsfamilie-) in Ravensburg 53 f.  
Schetz (Finanzgouverneur Philipps II. i. d. Niederlanden) 135  
Schindelin, (Kleinratsfamilie-) in Ravensburg 54  
Schneider, (Kleinratsfamilie-) in Ravensburg 54  
Schönborn, (Haus-) 31  
– Damian Hugo von (Bischof von Speyer) (gest. 1743) 31  
– Friedrich Karl von (Reichsvizekanzler) 32  
– Johann Philipp von (Erzbischof v. Mainz) (1605–1673) 30  
– Lothar Franz von (Erzbischof v. Mainz) (1655–1729) 31  
Schoonhoven, Jan van (Bürgermeister v. Antwerpen 1564–1565) 137  
Schulthais, (Kleinratsfamilie-) in Ravensburg 53 f.

- Schweidnitz, Anna von 9  
 Séguier, (Familie-) 151  
 – Antoine 150, 152  
 – Pierre 150  
 Seitz, (Familie-) in Augsburg 57  
 – Mang (Weber in Augsburg) 57  
 Senner, (Kleinratsfamilie-) in Ravensburg 54  
 Sessa, Graf von 309  
 Seton of Fyvie, Alexander (nach 1603 Graf von Dunfermline) 173, 175  
 Sforza, (Familie-) 253  
 Shakespeare, William (1564–1616) 136  
 Shcherbatov, M. M. 219  
 Shuvalov  
 – A. I. 223  
 – Iwan 217  
 Sigismund II. Augustus, König v. Polen (1529–1572) 192, 199  
 Sigismund III. Wasa, König v. Polen (1597–1601) 178, 183, 186 f., 191, 194, 196, 200  
 Simolin, I. M. 223  
 Sinopoli, Graf von 308  
 Soetern, Philipp Christoph von (Erzbischof von Trier) 30  
 del Solar, (Familie-) in Jumilla 338  
 Solms, (Familie-) 28  
 Solms-Braunfels, Grafen von 28  
 Soto Flores, Don Juan Antonio 334  
 Spalatin, Georg (1484–1545) 49  
 Speranskii, M. M. (Staatssekretär in Rußland) 223  
 Stakhiev, A. S. 223  
 Stanislaus II. August, König v. Polen (1764–1795) 207, 210  
 Stein, Johann Friedrich Freiherr vom 75 f.  
 Stenglin, (Familie-) in Augsburg 56  
 von Stetten, (Familie-) in Augsburg 56  
 Stewart, (Haus-) 160  
 – Agnes 164  
 – Walter, Commendator of Blantyre 173  
 Stewart of Garlies, Alexander 164  
 Stoll, (Kleinratsfamilie-) in Ravensburg 54  
 Straelen, Antoon van (Bankier in Antwerpen) (1521–1568) 133 ff., 137  
 Strakhov (Günstling der Zarin Katharina II.) 223  
 Struan → Robertson  
 Stuart, (Haus-) 94, 108, 112, 154  
 Sturm, Jakob 58  
 Sutherland, Graf von 164  
 Syde, John Leslie von 162  
 Szymonowicz, Szymon (Dichter) 195  
 Täschler, (Kleinratsfamilie-) in Ravensburg 53 f.  
 Tafinger, (Kleinratsfamilie-) in Ravensburg 54  
 Taranowski, Andrzej 191  
 Tarnowski, Jan 194  
 Tejero, Don Joseph, Graf von Torre del Barco 323, 336  
 Thirlestean, John von 173  
 Thoman, (Kleinratsfamilie-) in Ravensburg 54  
 Thou, Christophe de 150  
 Thugut, Johann Amadeus Freiherr von (Österr. Staatsmann) (1736–1818) 78  
 Thynne, Thomas 109  
 Titelmans, (Inquisitor in Flandern) 139  
 Torralva, (Familie-) in Moratalla 336  
 Torta, Pietro (Statthalter des Perosatales) 282  
 Tovar, (Familie-) in Valladolid 329  
 Trauttmannsdorff  
 – Ferdinand Graf von (Österr. Gesandter) (1749–1827) 72, 77, 79  
 – Maximilian Graf von 41  
 Treysa, Hermann von 9  
 Troshchinskii, D. M. (Minister in Rußland) 223  
 Trubetskoi, (Russ. Fürst) 216  
 Tudor, (Haus-) 83, 105–108, 113, 173  
 Tylicki, Piotr (Kronsekretär u. Vizekanzler in Polen) 193  
 Ulin, (Kleinratsfamilie-) in Ravensburg 54  
 Ulrich, Herzog von Württemberg (1487–1550) 33, 41  
 Ulstätt, Marx (Stadtpfleger in Augsburg) 56  
 Vachiero, Dionigi (Doktor der Rechte) 280  
 Valcarcel, Don Manuel Francisco 323  
 Valperga, Tommaso 287  
 Varick, Gosuin de (Statthalter in Diest) 142  
 Vasil'chov, A. S. (Günstling der Zarin Katharina II.) 217, 223  
 Vélez Cervato, Cristobal 334  
 Vera (Familie-) 337  
 Vergennes (Franz. Außenminister) 79 f.  
 Verthamont 152  
 Vetter, Georg 56  
 Viglius 131, 133, 137, 139 f.  
 Villavicencio, Lorenzo de (Augustinerfrater) 136, 144  
 Villiers, (Familie) 84  
 Visconti, (Familie-) 254  
 Volkov, Dmitrii 219  
 Volland, (Kleinratsfamilie-) in Ravensburg 54

- Volynskii, Artemii (Kabinetminister in Rußland) 221  
 Vorontsov, (Familie-) 223  
 – Graf von 79
- von Walderdorff, (Domherr in Mainz) 76  
 Walsingham, Herzog von 84  
 Weber, Max 92, 102, 237, 361  
 Weindorffer, (Kleinratsfamilie-) in Ravensburg 54  
 Weiß, (Familie-) in Augsburg) 56  
 Welfen, (Haus-) 23  
 Welser, (Familie-) in Augsburg 17, 55–58  
 – Carl 60  
 – Hans Friedrich 56  
 – Hans I. (Bürgermeister v. Augsburg) 56  
 – Hans II. 56  
 – Marx (Stadtpfleger in Augsburg) 56  
 – Philippine 60  
 Wenzel, „der Faule“, König v. Böhmen (1373–1419), Deutscher König (1378–1400) 7, 12  
 Werff, Pieter Adriansz. van der (Bürgermeister v. Leiden) 136 f.  
 Wesenbeke 137, 139  
 Wetterau, Grafen von 25  
 Wettin, (Haus-, Sächsische Linie) 23  
 Wilhelm VIII. von Hessen-Kassel 73  
 Wilhelm IX., Landgraf von Hessen-Kassel (1785–1821) 78, 80  
 Wittelsbach, (Haus-) 27, 59, 79  
 Worontzoff → Vorontsov  
 Wolparthshofer, (Kleinratsfamilie-) in Ravensburg 53 f.
- Württemberg  
 → Karl Alexander  
 → Karl Eugen  
 → Ulrich
- Yarza, (Familie-) in Jumilla 326, 331  
 – Don Martin de 326
- Zabiello, Antoni 208  
 Zamoyski  
 – Jan (Kanzler in Polen) (1542–1605) 155–158, 177–201, 352, 360  
 – Jerzy (Bischof von Chelm) 195  
 – Stanisław (Kastellan von Belz) 192  
 – Tomasz 201  
 Zane (Venez. Gesandter in Savoyen) 266  
 Zanetto, Giovanni 282  
 Zavadovskii (Günstling der Zarin Katharina II.) 223  
 Zborowski, (Familie-) 177, 200  
 – Krzysztof 177  
 – Samuel 177  
 Zebrzydowski, Mikołaj (Kronmarschall in Polen) 193, 198  
 Zoello, Senator 279  
 Żółkiewski, Stanisław (Vizekronkommandeur) 194 f.  
 Zollern, (Haus-, Brandenburgische Linie) 23  
 Zorich, (Günstling der Zarin Katharina II.) 223  
 Zubov (Günstling der Zarin Katharina II.) 223  
 Zweibrücken → Karl August  
 Zwingli, Ulrich (Huldreich) (1484–1531) 59

# Ortsregister

- Aberdeen 159, 166 f.  
Aberdeenshire 162  
Adrianopel 191  
Aix 149  
Albacete 339  
Alguazas (Spanien) 331  
Amboise (Frankreich) 134  
Amsterdam 89  
Andalousie → Andalusien  
Andalucia → Andalusien  
Andalusien 145 ff., 317 f., 321 f., 327 f., 333, 346  
Anhalt 74  
Anjou 307  
Annan (Schottland) 166  
Ansbach 24, 26  
Ansbach-Bayreuth 70  
Antwerpen 125, 128, 133, 137 ff.  
Aquilaia 249  
Aquino (Italien) 301  
Aragon 307, 316 f., 319, 321, 331 f.  
Arce (Italien) 301  
Arcos (Spanien) 329  
Archena (Spanien) 334  
Arguel 131  
Arignano 287  
Arras (Frankreich) 122, 131  
Artois 117, 135  
Asti 284  
Atholl (Grafschaft in Schottland) 173  
Augsburg 6, 17, 20, 22, 34, 37, 51, 53, 55, 57–61  
Australia → Australien  
Australien 234  
Austria → Österreich  
Autriche → Österreich  
Aversa 304  
Avigliana 280  
  
Baden 74, 80  
Baeza (Andalusien) 328  
Balkan 211  
Blanca (Spanien) 330  
Banff (Schottland) 166 f.  
Basel 352  
Baskenland 316  
Bayern 22, 27, 32 f., 37, 39, 41 f., 68, 70, 72, 74, 79, 81, 355  
Belgien 126  
Belgium → Belgien  
  
Belz 192  
Berlin 44, 75  
Biberach 51  
Bilbao 323, 329  
Bisignano (Süditalien) 305  
Blantyre (Schottland) 173  
Blois 150  
Böhmen 39, 130, 143, 147  
Bohemia → Böhmen  
Bologna 249  
Bourgogne 149  
Brabant 117, 121, 123, 131, 133 f., 137 f., 146  
Brandenburg 13, 72 f.  
Brandenburg-Ansbach 24  
Breslau 7  
Bressa 266  
Bricherasio 288  
British Isles → Großbritannien  
Brixen 71, 74  
Brügge 119, 122 f., 125, 139  
Brünn 7, 17  
Brüssel 118, 128, 135, 138 f., 141  
Bruges → Brügge  
Brussels → Brüssel  
Buchau 34  
Bullas (Spanien) 338  
Burgund 117, 123, 161  
Burgundy → Burgund  
Buriasco 288  
Byczyna (Polen) 178  
  
Caiazzo (Süditalien) 304  
Calasparra (Spanien) 334 f.  
Cambrai 119, 122, 132  
Camerano 287  
Campania 301  
Capitanata 301  
Caravaca (Spanien) 325 f., 330, 334, 336, 340  
Cartagena (Spanien) 320, 325, 328, 330, 334, 338, 341  
Carthagène → Cartagena  
Castille → Kastilien  
Catalogne → Katalonien  
Catalonia → Katalonien  
Cateau-Cambrésis 261  
Cehegin (Spanien) 315, 323, 325 f., 330, 333 f., 336, 338  
Cele (Italien) 269  
Ceuti (Spanien) 336  
Chelm (Polen) 195

- Cherasco 65  
 Chiavrie 269  
 Chivasso 265  
 Chur 71  
 Cieza (Spanien) 323, 325 f., 330 f., 340  
 Coazze (Italien) 289  
 Condove 269  
 Copenhagen → Kopenhagen  
 Cordoua → Córdoba  
 Córdoba 327  
 Courland → Kurland  
 Cracow → Krakau  
 Cullen (Schottland) 166
- Dänemark 73, 354  
 Darmstadt 24  
 Deutschland 1 ff., 5 f., 8, 10, 16, 23, 72, 77, 81,  
 129, 142, 224, 241, 352, 356  
 – Oberdeutschland 47  
 Diest (Span. Niederlande) 142  
 Dijon 149  
 Dinant 123  
 Dinkelsbühl 51  
 Dôle 131  
 Dresden 26, 44, 72, 209  
 Dunfermline (Schottland) 175
- East-Elbia → Ostelbien  
 East Anglia (England) 107  
 Edinburgh 154, 168, 173  
 Eichstätt 74  
 Elsaß 25  
 Emden 139  
 Emilia 244, 246, 249 f.  
 England 11, 73 f., 80–84, 87, 91–95, 98–104,  
 108, 112, 114 f., 141, 154, 161, 168 f., 171 f.,  
 174 f., 192, 194, 224, 234, 241, 344 f., 347,  
 354  
 Erding 22  
 Espagne → Spanien  
 Estense (Herrschaftsgebiet in Italien) 249
- Farnese (Herrschaftsgebiet in Italien) 249  
 Firenze → Florenz  
 Flandern 117, 121, 123, 135, 138, 139  
 Flanders → Flandern  
 Florence → Florenz  
 Florenz 194 f., 233–236, 238 f., 314, 353, 361  
 Fortuna (Spanien) 330 f., 333, 335  
 Fossano 280  
 France → Frankreich  
 Franche-Comté (Freigrafschaft Burgund) 132  
 Franken 13, 40  
 Frankenthal (Festung) 65
- Frankfurt 13, 45, 77  
 Frankreich 11, 42, 45, 63–71, 74, 78–83,  
 85–87, 100, 122, 129 f., 132, 134, 138 f., 141,  
 143 f., 149, 161, 166, 168 f., 224, 261, 267,  
 319, 350, 355  
 – Nordfrankreich 153  
 Frassinere 269  
 Freiburg 37  
 Freising 27, 71, 76  
 Friaul 245, 249  
 Fulda 76
- Galice → Galizien  
 Galizien 143, 319  
 Gatagnana (Gegend in Italien) 246  
 Gengenbach 34  
 Gent 117, 119, 123 ff., 138  
 Genua 244, 246  
 German Empire → Deutschland  
 Germany → Deutschland  
 Ghent → Gent  
 Gaveno 289  
 Gießen 17  
 Glasgow 163  
 Göttingen 17, 70  
 Govan (Schottland) 163  
 Granada 146, 319, 325  
 Grenade → Granada  
 Grenoble 149  
 Groningen 129  
 Großbritannien 88, 171, 173, 360  
 Guadalupe (Spanien) 331  
 Guastalla 248  
 Guelders 117, 129  
 Günzburg 37, 60
- Haag (Reichsgrafschaft) 39  
 Hainault 117, 122, 132, 138  
 Halle 70  
 Hamilton (Schottland) 170  
 Hannover 73 ff., 80 f.  
 Heidelberg 24 ff., 60  
 Heilbronn 42  
 Hellin (Spanien) 331  
 Hessen 15  
 Hessen-Darmstadt 24  
 Hessen-Kassel 73, 78, 80  
 Highlands (Schottland) 345, 347  
 Hildesheim 27  
 Holland 65, 117, 122, 135 f., 138  
 Holstein 349  
 Huntingdon 107

- Indien 143  
 Indies → Indien  
 Ingolstadt 59  
 Innsbruck 26 f., 37 f., 43, 59 f.  
 Italian States → Italien  
 Italien 65, 142 ff., 153, 233 f., 236–242, 244 f.,  
 248, 252, 254, 299 f., 348, 351, 356 f.  
 – Norditalien 243 f.  
 – Oberitalien 2  
 – Süditalien 233, 240, 242, 299 ff., 303 f.,  
 306, 311  
 Joinville 152  
 Jumilla (Spanien) 319, 326, 330 f., 335, 338  
 Kalabrien 305  
 Kassel 77 f.  
 Kastilien 86, 141, 318, 320, 328, 332, 346,  
 349  
 Katalonien 147, 316  
 Kempten 28  
 Kings Lynn (Norfolk, England) 112  
 Köln 75  
 Konstanz 26 f., 58, 71, 74  
 Kopenhagen 222  
 Kowno (Polen-Litauen) 208  
 Krakau 177 f., 194  
 Kulmerland 347  
 Kurland 223  
 Kursachsen 68  
 Lamone-Tal (Italien) 246  
 Langenstein (Hessen) 8  
 Leicester 107  
 Leicestershire 107  
 Leiden 136  
 León 338  
 Liège 117, 123, 133  
 Liguria → Ligurien  
 Ligurien 240, 244, 250  
 Lille 124  
 Lindau 34  
 Linlithgow (Schottland) 173  
 Litauen 155–158, 203, 207 ff., 212, 347 f.  
 Lithuania → Litauen  
 Lithuanie → Litauen  
 Livland 193  
 Livonia → Livland  
 Lombardei 238, 240, 242, 252 f., 256 f.  
 Lombardy → Lombardei  
 London 79 f., 110, 154, 167, 174, 347  
 Lorca 319, 322, 324, 328, 330 f., 333–336,  
 338 f., 341  
 Lorraine → Lothringen  
 Lothian (Herzogtum in Schottland) 175  
 Lothringen 150 f.  
 Lowlands (Schottland) 345, 347  
 Lublin 178  
 Ludwigsburg 26  
 Lüttich 71, 75  
 Lunigiana (Italien) 246, 248  
 Luxemburg 117 f., 121 f., 132  
 Madrid 65, 136, 144 f., 338  
 Mailand 143 f., 235, 237 ff., 244, 249, 254, 285  
 Mainz 31, 42, 74 f., 79  
 Mannheim 26, 44  
 Mantua 65  
 Marburg 16, 33  
 Marken (Italien) 246, 249  
 Masino 287  
 Mayenne (Gegend in Frankreich) 149  
 Mechlin 131  
 Memmingen 58  
 Mezzogiorno → Süditalien  
 Milan → Mailand  
 Milanese State → Mailand  
 Mittelitalien 243 f.  
 Moldau (Gebiet am Schwarzen Meer) 198  
 Moldavia → Moldau  
 Mondovi 282  
 Montferrat 65  
 Moratalla (Spanien) 322, 324, 327, 330,  
 333–336, 338 f.  
 Moskau (Gebiet) 193, 212  
 München 26 f., 44, 59, 79  
 Münster 41, 75  
 Mula (Spanien) 319, 323, 327, 334 ff., 338 f.  
 Murcia 313, 315 f., 318 f., 321 f., 325–331,  
 333 ff., 338, 340 f., 358  
 Murcia → Murcia  
 Muscovy → Moskau  
 Nairn (Schottland) 166  
 Namur 117, 122  
 Nancy 83, 117  
 Naples → Neapel  
 Navarra 338  
 Neapel 132, 143, 147, 240, 301, 305 f., 308 f.,  
 351  
 Netherlands → Niederlande  
 Neuburg 60  
 New-Russia → Neu-Rußland  
 Niederlande 83, 87 f., 117, 124, 126–132,  
 134–148, 153, 358  
 – burgundische 123  
 – habsburgische 123  
 – österreichische 70, 72, 74, 81

- Nieśwież (Polen) 206  
 Nizza 273, 275, 283, 287, 292 f., 295  
 Nördlingen 42  
 Nordafrika 146  
 Nordamerika 98  
 Norfolk 107, 110, 112  
 Norwich 107  
 Novaret 269  
 Novellara 248  
 Nowgorod 230  
 Nürnberg 13, 33, 57
- Oberpfalz 33  
 Oberschwaben 20, 38  
 Österreich 9, 18, 45, 63, 67, 69–72, 74, 79 ff.  
 – Vorderösterreich 37  
 Oettingen 62  
 Olmütz 7  
 Olyka (Polen) 206  
 Osasco (Savoyen) 288  
 Osieck (Polen) 193  
 Ostelbien 313  
 Oviedo (Spanien) 329
- Paderborn 76  
 Padua 177  
 Paris 9, 122, 149 f., 177  
 Parma 130, 143  
 Passau 71, 80  
 Pays Basque → Baskenland  
 Perosa-Tal 282  
 Pfalz 24–27  
 Pforzheim 24  
 Piacenza 248, 264  
 Picardie 117  
 Piedmont → Piemont  
 Piemont 240, 242, 245, 261, 266 f., 282, 287,  
 290 f.  
 Pisa 250  
 Plock (Polen) 193  
 Podlasic (Polen) 193  
 Podole → Podolien  
 Podolien 178  
 Poland → Polen  
 Polen 72, 84, 155 f., 157, 177 f., 183, 194 f.,  
 198 f., 346 f., 352, 354  
 Polen-Litauen 86, 153 f., 158, 203, 346, 350 f.,  
 353, 362  
 Poznań (Polen) 194  
 Prag 7, 40  
 Preußen 18, 45, 63, 69 f., 72–78, 80 ff.  
 Przemysl (Polen) 195
- Ravensburg 51 ff., 55  
 Regensburg 34, 71, 76, 78 ff.  
 Renfrew (Schottland) 166  
 Ricote (Spanien) 330, 336  
 Rom 61, 241 f., 347  
 Romagna 244, 246, 249  
 Rottenburg 37  
 Ruffia (Savoyen) 265  
 Rußland 63, 70–74, 76–82, 153 f., 156, 158,  
 198, 211 f., 216, 222, 224, 226, 229, 350,  
 358, 360  
 – Neu-Rußland 218  
 Russia → Rußland  
 Russian State → Rußland  
 Ruthenia → Ruthenien  
 Ruthenien 177
- Sachsen 69, 72 f., 75, 77, 132  
 Sachsen-Weimar 74  
 Saint-Omer (Frankreich) 124  
 Salamanca (Spanien) 323, 329  
 Salisbury 175  
 San Secondo 288  
 Santhià 280  
 Savoy → Savoyen  
 Savoyen 134, 143, 239, 261, 266, 268, 276,  
 291 f.  
 Sax (Spanien) 330, 336  
 Saxony → Sachsen  
 Schlesien 10  
 Schottland 107, 130, 141, 147, 153 f.,  
 156–162, 164 f., 167, 171 f., 174 f., 241, 313,  
 347, 360  
 Schwaben 13, 27, 34, 37 f., 40 f., 43, 307  
 Schweden 42, 63 f., 66 f., 68, 73, 198  
 Schwerin 73  
 Scotland → Schottland  
 Séville → Sevilla  
 Seeland 121 f., 132, 135  
 Segura (Spanien) 333  
 Sessa (Italien) 309  
 Sevilla 327, 329  
 Sicily → Sizilien  
 Siena 249 f.  
 Sinopoli (Italien) 308  
 Sizilien 142, 145 f., 238, 363  
 Sluck (Gut in Polen-Litauen) 203  
 Smolensk 223  
 Sora 301  
 Spain → Spanien  
 Spandau 76  
 Spanien 63 f., 66, 128, 131 f., 140–144, 146,  
 148, 241, 261, 287, 313, 315 ff., 332, 340 f.,  
 344, 346, 356

- Spanish Empire → Spanien  
 Speyer 24 f., 30 f., 76  
 St. Petersburg 73, 78 f., 218, 222, 230  
 St. Quentin 261  
 Strasbourg → Straßburg  
 Straßburg 58, 177  
 Straubing 32  
 Stuttgart 24, 26, 34, 59, 78  
 Südengland 153  
 Suffolk 107  
 Sweden → Schweden
- Terella 304  
 Terra d'Otranto (Süditalien) 302  
 Terra di Lavoro (Süditalien) 301  
 Teschen 70, 81  
 Tortona 248  
 Tortosa (Spanien) 331  
 Toskana 237, 241, 249  
 Tournai 121  
 Trentino 245  
 Trient 8, 74  
 Trujillo (Kastilien) 323, 328  
 Türkei 198  
 Turin 270, 284 f., 289  
 Turkey → Türkei  
 Tuscany → Toskana
- Ubeda (Andalusien) 328  
 UdSSR 241  
 Ukraine 178, 347  
 Ulm 58, 60  
 Umbrien 246, 249  
 Ungarn 39, 352  
 Urbino 249  
 USA 155, 234, 241  
 Utrecht 119, 123, 129, 135
- Vairano 301  
 Valence → Valencia
- Valencia 315 f., 318, 321 f., 333, 346  
 Valladolid 317, 323, 329  
 Valpadana (Savoyen) 240  
 Venedig 152, 238, 353  
 Venetien 240, 244, 253  
 Veneto → Venetien  
 Venice → Venedig  
 Venise → Venedig  
 Vercelli 268  
 Vereinigte Staaten → USA  
 Villena (Grafschaft in Spanien) 328
- Walachei 198  
 Walachia → Walachei  
 Wales 84, 107  
 Warsaw → Warschau  
 Warschau 179  
 Warwickshire 107  
 Weimar 75  
 Wetzlar 14  
 Wien 8 f., 34, 40, 43 ff., 59, 65, 68 f., 78, 81,  
 356  
 Wiltshire 109, 113  
 Wimpfen 24  
 Wittenberg 58  
 Wolhynia → Wolhynien  
 Wolhynien (Polen) 178, 194  
 Wolyń → Wolhynien  
 Worms 24, 74  
 Württemberg 33 f., 41, 73, 78  
 Würzburg 29, 70, 75, 80
- Yecla (Spanien) 330 f., 335, 340  
 Yuste 141
- Zamora (Spanien) 329  
 Zamosc (Polen) 187 f.  
 Zealand → Seeland  
 Zürich 59  
 Zweibrücken 77, 79, 81

## Sachregister

- adherents → Gefolgsleute  
administration → Verwaltung  
affinity → Verschwägerung  
allegiance → Treuebeziehung  
alliance → Bindung  
ally → Bundesgenosse  
amitié → Freundschaft
- backing, social → Unterstützung, soziale  
banderia → Partei  
bando → Partei  
Bastard feudalism → Lehenswesen  
Bestechung  
→ bribery 125, 156, 218 f., 221, 223, 227  
Bindung  
→ alliance  
→ bond  
– matrimoniales  
→ alliance matrimoniales 322, 332  
→ personal tie  
→ relations, social  
– soziale/persönliche  
6, 35, 50, 66, 145, 159 f., 162, 165 f., 170,  
175, 189, 200, 211 f., 216, 224, 230, 235,  
247, 251, 257 f., 264, 286–289, 309, 319,  
323, 349, 355  
bloodfeud → Lehen  
bond → Bindung soziale/persönliche  
bond of maintainance → Bündnis, Unterhalts-  
bribery → Bestechung  
Briefe  
→ patron-client-letters 226–229  
– private  
→ correspondence  
→ letter  
6 f., 12, 61, 179, 180–186, 188–191, 196 f.,  
208, 210, 224 ff., 228, 230 f., 292, 344 f., 358  
– tradition  
→ epistolary tradition 211  
brokerage → Vermittlung  
Bundesgenosse  
→ allié  
→ ally  
→ associate  
139, 178, 189, 195, 200, 204, 217 f., 234,  
297, 319  
Bündnis, Unterhalts-  
→ bond of maintainance 162 f.  
bureaucracy → Bürokratie  
Bürgerschaft  
→ suretyship 52, 62, 212, 229
- Bürokratie  
→ bureaucracy 34, 103 ff., 123, 125, 214, 230,  
235 ff., 288, 319, 339, 357, 362
- chef de famille → Familienoberhaupt  
chef du lignage → Sippenoberhaupt  
Clan 118, 123, 133, 157, 211 ff., 313, 324 ff.,  
328, 332, 336, 345, 347  
client → Klient  
clientage → Klientel  
– kin-based  
→ Klientel, Verwandtschafts-  
– political  
→ Klientel, politische  
– relationship  
→ Klientelbeziehung  
clientelism → Klientelismus  
clientèle du lignage → Klientel, Sippenclique  
→ Faktion  
Community, local → Gemeinschaft, lokale  
constitution → Verfassung  
Correspondence → Briefe, private  
corruption → Korruption
- election → Wahl  
elector → Wähler  
electoral reform → Wahlreform  
Elite → elite 127, 149, 152, 178, 199, 215 f.,  
224, 226, 231, 296  
– eines Bezirks → village-elite 113  
– Bildungs-  
→ elite, educated  
→ elite, literate 56, 167, 225  
– Grundbesitzer  
→ elite, landed 100  
– lokale  
→ elite, local  
→ elite, provincial 128, 145, 147, 238  
– Regierungs-  
→ elite, ruling 130, 146  
– städtische 50–53, 55 f., 58–61, 124  
– wirtschaftliche 12  
Empire → Reich, Heiliges Römisches  
epistolary tradition → Brieftradition
- faction, political → Partei  
Faktion  
→ faction  
→ clique  
107, 109 ff., 127, 141, 154, 173, 179, 187,  
190 f., 199, 201, 216, 316, 323, 328 f., 336

- Familie (= auch „familia“ eines Herrn)
- family
  - famille
    - 6, 8 f., 13, 16 f., 21, 28–31, 50, 55, 58, 87, 94, 100, 110, 114, 124, 131, 155, 160, 162, 165, 189, 203–213, 215, 217, 222 f., 240, 244, 248 f., 272, 279, 288 f., 295 f., 302, 306, 309, 313, 316, 322, 331, 334 f., 338 f., 341
  - Adels-
    - families of lairds
    - gentry family
    - great families
      - 20, 26, 29, 43, 129, 168, 200, 238
  - Bürger- 20, 23, 62
  - interessen
    - family interests 148
  - oberhaupt
    - chef de famille 319
  - Patriziats-
    - patrician family 52, 55, 137
  - Universitäts- 16
  - verbindungen, auch zwischenstädtische
    - groupe de familles 58, 220, 318
  - family interests → Familieninteressen
  - famille → Familie
  - family → Familie
  - favoritism → Günstlingswirtschaft
  - favourite → Günstling
  - feud → Lehen
  - Feudal- → s. a. Lehen
  - Feudalbeziehungen
  - feudalism → Feudalismus
    - feudal obligations
    - feudal ties
    - fief
      - 19, 24, 26, 32, 65, 86, 99, 166, 236, 239
  - herrschaft 243, 245–257, 289 f., 292, 299, 301–306, 308, 309
  - struktur 299 f.
  - vertrag 243
  - Feudalismus
    - „Bastard feudalism“ 83, 100 ff.
    - feudalism
    - refeudalization
    - système féodal
      - 10, 99 f., 102, 125 f., 148, 240, 243 ff., 249 f., 252, 311, 315, 350 f., 358
  - Finanz-
    - financial feudalism
    - fiscal feudalism 102
  - fidélité → Treuebeziehung
  - fief → Feudalismus
  - followers, following → Gefolgsleute
  - frendis → Freund
  - Freund
    - amico
    - frendis
    - friend
      - 58, 76, 87, 97, 110, 131 ff., 140, 145, 173, 189 ff., 200, 206, 208, 218, 220 f., 230, 239, 244, 287, 343
    - Eidfreund 204
  - Freundschaft
    - amitié
    - friendship
      - 6, 8, 50, 55, 60, 79, 122, 133, 168, 173, 204 f., 223, 230, 339, 343
  - friend → Freund
  - friendship → Freundschaft
  - Führungsgruppe → Elite
  - Gastfreundschaft → hospitality 94
  - Gefolge, Gefolgsleute
    - adherents
    - followers
    - following
      - 135 f., 188–192, 201, 221
  - Gemeinschaft, lokale → community, local
    - 103, 251–259
  - Gesellschaftsvertrag 275
  - government patronage → Patronage, Regierungs-
    - Gruppenbeziehungen 261
  - Guerrilla 337
  - Günstling
    - favourite
    - protégé
      - 84, 118 ff., 156, 178, 216, 221 ff., 352
  - Günstlingswirtschaft → favoritism 219, 222
  - Gunst, königliche → royal favour 200
  - Gunst des Herrn/Patron → patron's favor
    - 205, 228
  - Hierarchie, Kommando- 289
    - Patronagehierarchie
      - patronage hierarchies 218, 220, 356
    - soziale 10, 71, 84, 86, 125, 156, 201, 211, 218 f., 222, 263 f., 268, 271, 275, 286, 290, 296 f., 300, 309, 311, 316, 357
  - Hof, kaiserlicher/königlicher, fürstlicher
    - court 10–15, 17, 19, 22 f., 25–29, 31, 34 f., 38–43, 45 f., 58 f., 65, 79 ff., 86, 129, 161, 170 f., 186, 192, 205, 207, 209 f., 217, 227, 247, 256, 284, 289, 308, 346 f., 354
    - Patronatshof 346
  - Holy Roman Empire → Reich, Heiliges Röm.
  - hospitality → Gastfreundschaft

- Immunität 271, 276  
intermediary → Vermittler
- Käuflichkeit (von Ämtern)  
→ venality (of offices) 121, 125  
kingroup → Sippe  
kinship → Verwandtschaft  
Kleiderordnung  
→ Tracht  
→ wearing of livery  
84, 101, 271 f., 292, 304
- Klient  
→ Klient  
1, 6, 9, 12, 14, 18, 25, 44, 50, 84, 86 ff., 95,  
98, 110 ff., 114, 119 f., 122, 125, 131, 137 f.,  
142, 152, 157, 162, 164 ff., 169 f., 175, 195,  
198, 205, 207, 211 ff., 215 f., 221–224, 227,  
230, 244, 288, 300 f., 305 ff., 309, 339,  
343–349, 353 f., 358, 361
- Klientel  
→ clientage  
→ clientèle  
2, 3, 5–10, 14, 16, 18 ff., 25–28, 30–33, 35,  
38, 42, 46, 48, 55, 63, 69, 83, 86, 91, 93 ff.,  
97, 103 f., 108, 113, 119, 123, 127, 129,  
131 f., 136, 147, 150, 154–156, 160, 187,  
205, 211 f., 217 f., 233, 238, 241, 245 f., 251,  
286, 288, 290, 295 f., 305, 307, 309 f., 313,  
316 ff., 320, 323–325, 337 f., 340 f., 347, 350,  
352, 355 f.  
– bande 348  
– beziehung  
→ clientage relationship 146, 159, 240,  
243, 248, 250, 289, 299 ff., 303, 306–309,  
311, 345 f., 348, 350, 352, 360, 362  
– Bezugssystem 86, 210, 250, 304, 356  
– clique 86  
– englische im Reich 80, 82  
– französische im Reich 78–82  
– kaiserliche 35–37, 39, 41–45, 67, 69, 71 f.,  
74, 76, 356  
– landesfürstliche  
→ clientèle princière 23, 33 f., 152  
– österreichische im Reich 71 f., 81  
– oligarchische  
→ clientèle oligarchique 340  
– Personalklientel 346 f.  
– politische  
→ clientage, political 174  
– preußische im Reich 69, 72–75, 81 f.  
– pyramide  
→ pyramide clientélaire 87, 300, 305,  
310 f., 339  
– Reichsklientel 356  
– russische im Reich 78, 81 f.  
– schwedische im Reich 68  
– Sippenklientel  
→ clientèle du lignage 322  
– städtische 52, 60  
– struktur 299 f., 306  
– Territorialklientel 346 f.  
– Verwandtschaftsklientel 159  
– wirtschaft 299
- Klientelismus  
→ clientelism  
84, 86–88, 125 f., 299, 305, 307, 343, 348 f.,  
351–353, 355, 357, 360, 363  
– Subklientelismus 83
- Klientschaft 206, 208
- Koalition 297
- Komplizenschaft 247, 251
- Korruption  
→ corruption  
4, 6, 13, 84, 118–123, 161, 216, 241, 275,  
344, 353, 357, 363
- Laie, gebildeter  
→ literate layman 167, 171
- Landsmannschaft 8, 50, 343
- Lehen  
→ feud  
→ bloodfeud  
159, 165 f., 169, 174, 248 f.
- Lehnssystem 351
- Lehnsträger 276
- Lehnsverband 46, 65
- letter → Briefe, private
- lignage → Sippe
- luttés de faction → Parteikämpfe
- Magnat 86, 155, 169, 188, 199, 203–206,  
208 ff., 346 f., 349, 354, 362  
– faktion 155
- Mediator → Vermittler
- Mehrfachbeziehung (Multiplexität)  
→ multiplicity  
→ multi-stranded relationship  
50, 61, 98, 100
- Miliz → Untertanenheer
- milizia paesana → Untertanenheer
- multi-stranded relationship → Mehrfach-  
beziehung
- Nachbarschaft  
→ neighbourhood  
→ voisinage  
52, 85, 112 f., 195, 200, 204, 235 f., 323

- neighbourhood → Nachbarschaft  
 Nepotismus 4, 6, 28  
 network, feudal → Netz, feudales  
 network → Netz von Sozialbeziehungen  
 Netz, feudales  
 → network, feudal 102  
 – von Gefolgsleuten 155  
 – Informationsnetz 283  
 – Klientennetz  
 → network of clients 135, 218, 220, 285, 309, 313, 339, 346  
 – Patronagenetz  
 → network of patronage  
 → patron-client-network 114, 158, 162, 165, 167, 175, 194, 212, 223 f., 230, 239 f., 353 f.  
 – Soziales Netz von Gemeinschaften  
 → network of local communities 58, 59, 160  
 – von Sozialbeziehungen  
 → social network  
 → resseau de fidélité 7, 9, 11, 26, 48–53, 55, 59, 60 f., 85, 98, 126, 150, 152, 212 f., 217, 220, 224, 248, 288, 306, 309, 324  
 – Vermittlungsnetz 286
- Oligarchie 10, 48, 138, 156, 314 f., 329, 331 f., 334 f., 337 ff.  
 Oligarchisierung 21, 23
- Parlament  
 → parlement  
 → parliament 87, 95, 105 f., 111, 114, 149–152, 199  
 – schottisches 161  
 Parlamentarismus 156
- Partei  
 → bando  
 → banderia  
 → faction, political  
 → party 80, 136, 138, 159 f., 167, 169, 181, 194, 198, 203, 210, 217, 227, 275, 314, 316 ff., 321, 323 ff., 327–330, 332–340, 346  
 – der politischen Elite  
 → party of the political elite 146  
 – eines Familienverbandes/Patrons 17, 22, 46, 136, 144, 155, 205–208, 248, 258, 324  
 – Parteikämpfe  
 → luttés de factions 316, 318, 324 f., 327, 329 f., 332–335, 340  
 – Parteioberrhaupt 155, 209  
 party → Partei
- party of the political elite → Partei der politischen Elite  
 Patenschaft 52, 62  
 Patrimonialisation 320, 331, 333, 340  
 patrimonial system → Patrimonium  
 Patrimonium  
 → patrimoine  
 → patrimonial system  
 → patrimony 87, 101, 120, 214, 300 f., 331, 341, 352  
 patrimony → Patrimonium  
 Patron 1, 6 f., 10 f., 20 f., 50, 84, 86 ff., 98, 100, 107 f., 110 f., 121, 123, 150, 152, 156 f., 160, 162, 164, 166 f., 170, 175, 191, 195, 198, 200 f., 207, 211 ff., 223, 227 f., 230, 301, 303, 307 f., 310, 345, 348 f., 352 f., 355, 358, 360  
 patron-client-letters → Briefe, Patron-Klient  
 patron-client-relationship → Patron-Klient-Beziehung  
 patron-client-society → Patron-Klient-Gesellschaft  
 Patron-Klient-Beziehung  
 → patron-client-cluster  
 → patron-client-relationship  
 → relation patron-client 85, 92, 98 ff., 102 f., 162, 174, 199, 211 ff., 217 ff., 222, 224, 227, 240 ff., 275, 339, 344, 352, 361, 363  
 Patron – Klient – Gesellschaft  
 → patron-client-society 97 ff., 102  
 Patronage 6, 12, 16 f., 21 f., 29 f., 32, 50, 62, 83–89, 91–95, 97, 99, 102, 104 ff., 108 ff., 112 f., 115, 119 ff., 123, 125 ff., 129, 132 f., 142, 147, 150, 155 ff., 159–166, 168, 171, 186 f., 189, 192–198, 200 f., 211, 214 ff., 218–222, 224, 226 f., 229 f., 233, 236, 238 f., 241 f., 300, 313, 343 f., 347 f., 350–353, 355–363  
 – Adelspatronage  
 → aristocratic patronage  
 → patronage aristocratique 88, 113, 120, 131, 133 f., 136, 142, 148, 340  
 – bastardfeudal → Patronage, Lehens-  
 – beziehungen 346, 349 ff.  
 – feudal → Patronage, Lehens-  
 – gesellschaft 11, 157  
 – gruppe  
 → patronage group 216, 219 ff., 224, 226 f.  
 patronage group → Patronagegruppe  
 patronage hierarchies → Hierarchie, Patronage  
 – kaiserliche  
 → imperial patronage 143

- königliche
    - king's patronage
    - royal patronage
      - 131, 141, 161, 172, 175
  - Landadelspatronage
    - gentry patronage 114
  - Lehenpatronage
    - patronage, feudal
    - patronage, bastardfeudal
      - 107, 109, 111, 114
  - Marktbeziehung 353 f.
  - patrimoniale 102 f., 107, 111 f., 114
  - politische
    - political patronage 21, 28, 30 ff., 39, 42, 115, 169, 171, 174, 223
  - Regierungspatronage
    - government patronage 139
  - Schutzpatronage 85
  - system
    - patronage system 25, 45, 148, 160, 192, 199, 223, 231, 345 f., 354, 357, 360
  - Territoriumspatronage
    - territorial patronage 130, 348
  - Wahlpatronage 84
  - Patronat 2 f., 5 f., 8–11, 13, 15–19, 27, 34 f., 46, 350, 355
    - kaiserliches 14 f., 27, 35 f., 38 f., 42
    - landsmannschaftliches 14
  - Patronat-Klientel-Beziehungen
    - dyadic relationship
    - patron-client-relationship
      - 8, 10, 16, 23 f., 50, 93, 95, 97 f., 148, 243, 257, 300, 351, 358 f., 361
  - Patronatsverband 158
  - personal tie → Bindung, soziale/persönliche
  - Personenverband 7
  - political support → Unterstützung, politische
  - protection → Protektion
  - protector → Schutzherr
  - protégé → Günstling
  - Protektion
    - protection 86, 99, 102, 120, 162, 166, 180, 196, 203, 208, 210, 221, 224, 227 f., 238, 302, 305, 310, 349
    - politik 31
  - Protectorat 27
    - schwedisches 68
  - protettore → Schutzherr
    - Holy Roman Empire
      - 1, 3–6, 10 f., 18 ff., 23, 28, 30, 32, 35 f., 41–44, 46, 63, 65–69, 71 ff., 76–82, 144, 347 f., 355 f., 360
    - Reichsreformbewegung 70, 81
    - relations between kins and vassals → Vasallenbeziehungen
    - relations, social → Bindungen, soziale
    - relationship, dyadic → Patronat-Klientel-Beziehungen
    - reciprocal → Verflechtung
    - social → Verflechtung
    - relative → Verwandter
    - reseau → Netz
    - Rivalitäten, oligarchische 337
    - royal favour → Gunst, königliche
  - Schutz,
    - wirtschaftlicher → economic security 99
    - der Klienten 6, 24, 50, 209, 247, 258, 334, 355
  - Schutzherr
    - protector
    - protettore
      - 67, 86, 164, 177, 180, 309
  - Schutzmacht 68
  - security, economic → Schutz, wirtschaftlicher
  - Sicherheit, kollektive 262
  - Sippe
    - kingroup
    - lignage
      - 62, 165 f., 212, 222, 319–324, 326, 328, 331, 339, 340
    - Oberhaupt
      - chef du lignage 322 f., 333, 340
  - Solidaritätsgemeinschaft 246 f.
  - suffrage censitaire → Wahlrecht, Zensus
  - support, financial → Unterstützung, finanzielle
  - suretyship → Bürgschaft
- Territorialisierung 44
- territorial patronage → Patronage, Territoriums-
- Tracht → Kleiderordnung
- Trauzugenschaft 52
- Treuebeziehung
  - allegiance
  - fidélité
  - fedeltà
    - 13, 85, 152, 159, 162, 233, 248, 303, 319
- Unterstützung, finanzielle
  - support, financial 170, 207
  - Förderung und Hilfe
- refeudalization → Feudalismus
- Reformation 3, 11, 13 f., 20, 23, 27, 30, 47, 50 f., 56–59, 167 ff., 313, 353, 357
- Reich, Heiliges Römisches

- politische
  - support, political 119, 122, 196 ff.
- soziale
  - backing, social 187, 196 ff., 200
- Untertanenheer
  - Miliz
  - milizia paesana 261 f., 264–268, 271 ff., 275–285, 287–297
- Vasall 25, 246, 290, 300, 303, 322, 247
- Vasallenbeziehungen 129
- Verdichtung, gesellschaftliche 3 f., 14, 21, 29, 35
- Verfassung
  - constitution 135
  - Hofverfassung 12
  - Reform von 1548 52, 55, 56
  - Reichskriegsverfassung 66 f.
  - Reichsverfassung 2 f., 11, 14, 18 ff., 24, 26 f., 63 f., 66–70, 72–75, 81
  - Stadtverfassung 52
  - Wahlverfassung 5
- Verflechtung, oligarchische 47
  - politische 363
  - soziale
    - cluster
    - relationship, reciprocal
    - relationship, social 5, 7, 9, 11, 15, 38, 46, 48 f., 51 ff., 58–62, 85, 88, 92, 94, 97 f., 101, 108, 111 ff., 119 ff., 125 f., 129, 147, 162 f., 165 f., 180, 186 f., 195, 213, 217, 225 f., 231, 343, 357, 362
- Vermittler
  - broker
  - family agent
  - intermediary 78, 85, 87, 106, 110, 112 f., 119 ff., 124, 126, 147, 195, 273, 286, 288, 294, 304 f., 307, 346, 351, 354, 357
- Vermittlung
  - brokerage
  - mediation 107 f., 110, 113, 119–123, 125 f., 351
- Verschwägerung
  - affinity 52, 55, 58, 62, 101, 110
- Verwaltung
  - administration 4 f., 100, 102, 115, 120, 124, 154, 214 f., 220, 224, 247, 295, 307, 337 ff.
  - Finanzverwaltung
    - administration, financial 118
- Verwandter
  - kinsman
  - relative 119, 142, 164 f., 168 f., 213, 218, 220, 277, 287, 306, 343
- Verwandschaft
  - kinship
  - parentèle 8 f., 13, 15, 43, 47, 49, 55, 60, 76, 95, 103, 123, 125, 165, 168, 180, 192, 204, 211 f., 220, 222, 296, 301, 322, 343 f.
- village-élite → Elite eines Bezirks
- voisinage → Nachbarschaft
- Vormundschaft 22, 55, 277, 281
- voting block → Wahl
- Wahl
  - election
  - voting block 45, 84, 114, 133, 137, 178, 204, 234, 278, 319, 320, 321, 323 f., 331 f., 334 f., 338, 344, 354
  - kampf
    - luttes électorales 331
  - kapitulation 66
  - Königswahl
    - election of the king
    - royal election 177, 186
  - Patronatswahl 158
  - reform
    - electoral reform 198
- Wähler
  - elector 192
- wearing of livery → Kleiderordnung
- Zensuswahlrecht
  - suffrage censitaire 337